18 4.50

Fürst Bülows Reden

nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik.

Mit Erlaubnis des Reichskanzlers

ALIFORNIA
IN
Y FACILITY

gesammelt und herausgegeben

von

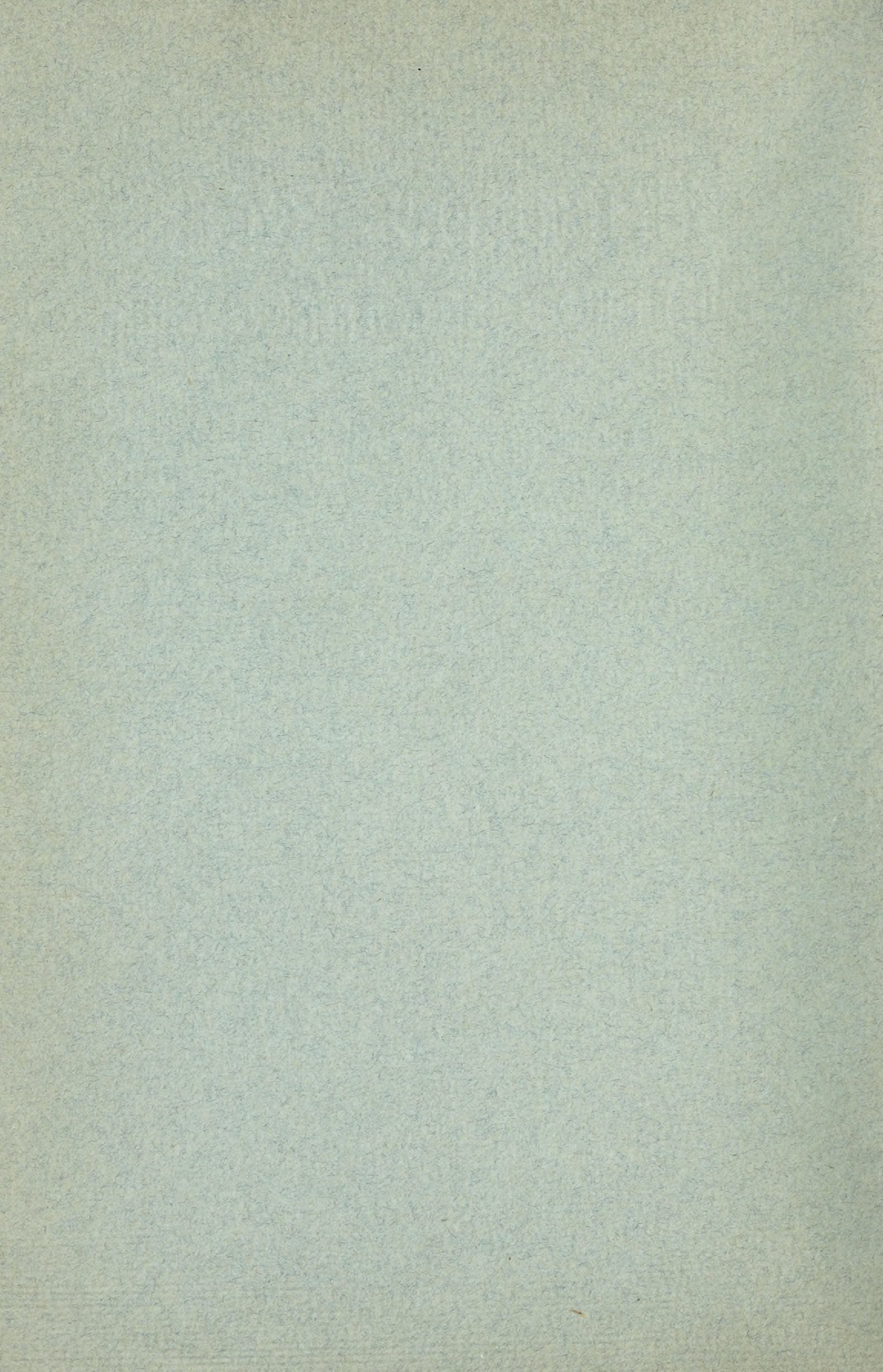
Johannes Penzler.

II. Band 1903—1906.

Mit einem ausführlichen Namen- und Sachregister.



Berlin.
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1907.



Fürst Bülows Reden.

II.



Fürst Bülows Reden

nebst urkundlichen Beiträgen zu seiner Politik.

Mit Erlaubnis des Reichskanzlers

gesammelt und herausgegeben

von

Johannes Penzler.

II. Band 1903—1906.

Mit einem ausführlichen Namen- und Sachregister.



Berlin.
Druck und Verlag von Georg Reimer.
1907.

Inhaltsverzeichnis.

1761886

Anhang: Urkundliche Beiträge.

Berichtigung.

S. 188, Z. 6 u. 5 v. u. lies Right statt Wright.

I. Militärische Fragen. — Auswärtige Politik. — Soziale Reformen. — Byzantinismus. — Sozialistische Zukunftspläne.

Sitzung des Reichstages vom 10. Dezember 1903.[1]

Am 4. Dezember war die elfte Legislaturperiode im Auftrage des Kaisers durch eine Thronrede vom Reichskanzler eröffnet worden. Gleichzeitig war der Reichshaushaltsetat für das Finanzjahr 1904/05 dem Reichstage zugegangen. Am 9. Dezember hatte die erste Lesung des Etats begonnen. Den zweiten Beratungstag leitete der Abgeordnete Bebel mit einer zweistündigen Rede ein. Ihm antwortete zunächst der Reichskanzler.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Ich darf es dem Herrn Kriegsminister überlassen, meine Herren, im einzelnen die Angriffe zurückzuweisen, welche der Herr Abgeordnete Bebel gegen die Organisation unseres Heeres gerichtet hat. Ich gestehe allerdings von vornherein, daß ich auf diesem Gebiet, was die Einrichtungen unseres Heerwesens angeht, in kavalleristischen und artilleristischen Fragen, was die Uniformierung betrifft, daß ich in militärischen Detailfragen von vornherein mehr Vertrauen habe zu dem Herrn General von Einem als zu dem Herrn Abgeordneten Bebel.

(Sehr gut! sehr richtig! rechts.)

Darin soll keine besondere Unfreundlichkeit für den Herrn Abgeordneten Bebel liegen. Aber die Erfahrung beweist, daß auf solchen Gebieten ein Quentchen eigener Anschauung, Praxis und Kenntnis schwerer wiegt, als ein Zentner der phantasievollsten Vorstellungen.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat in dem militärischen Abschnitt seiner Rede vom Drill gesprochen. Der Drill ist nicht Selbstzweck und soll nie Selbstzweck sein, aber als Mittel zum Zweck hat er sehr wesentlich beigetragen zu den Erfolgen der preußischen Waffen seit König Friedrich Wilhelm I.

(Sehr richtig! rechts.)

Drill und Erziehung, wie unser alter Kaiser sagte, haben den preußischen Soldaten zu dem gemacht, was er ist.

---

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/04, 4. Sitzung.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat sich auch über die Manöver verbreitet in einer Weise, die mich glauben läßt, daß er persönlich wohl kaum je an einem Manöver teilgenommen hat.

(Heiterkeit rechts.)

Der Zweck der Manöver wie aller militärischen Übungen kann selbstverständlich immer nur die kriegsmäßige Ausbildung sein. Aber in dieser Beziehung haben die Manöver einen großen Wert, zur Erziehung für Marsch- und Gefechtsleistungen, zur Erziehung der Führer, als Vorbereitung für den Ernstfall. Daß aber im Ernstfall die Reiterei, auf die es der Abgeordnete Bebel besonders abgesehen hat, eine wichtige Rolle spielen wird, wie sie das im letzten Kriege, in den napoleonischen Zeiten und unter Friedrich dem Großen getan hat, das ist die Ansicht vieler einsichtiger Militärs in Deutschland und außerhalb unserer Grenzen. In solchen Fragen kann ich nur dem Praktiker folgen, nicht dem Laien und auch nicht dem beredtesten Dilettanten.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Schaedler hat hier gestern eine Anzahl von Soldatenmißhandlungen, von schweren Soldatenmißhandlungen zur Sprache gebracht. Wir alle verurteilen Roheit und Grausamkeit. Brutalität und Ungerechtigkeit empören mich gerade so sehr wie Sie, und als Reichskanzler füge ich hinzu, daß ich in voller Übereinstimmung mit den Kriegsministern aller Bundesstaaten es als die heilige Pflicht der Militärverwaltung betrachte, mit allen geeigneten Mitteln derartigen Ausschreitungen entgegenzutreten, ihnen vorzubeugen, sie auszurotten.

(Bravo! rechts.)

Je höher uns unser Heer steht, um so mehr müssen wir seinen Schild blank halten, um so energischer müssen wir und werden wir alles dran setzen, um begründeten Beschwerden abzuhelfen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bestreite auch keinem Mitgliede dieses Hohen Hauses das Recht, militärische Fragen in den Kreis seiner Kritik zu ziehen. Die Kritik muß aber sachlich und gerecht sein, sie darf nicht blind tadeln und blindlings verwerfen, sie muß in militärischen Fragen auf die militärischen Interessen Rücksicht nehmen und auf die nationalen Gesichtspunkte, sie darf weder das Selbstvertrauen unseres Volkes erschüttern noch mit dem Ansehen, das wir im Ausland genießen, die Aussichten auf weitere Erhaltung des Friedens untergraben.

(Sehr gut! rechts.)

Es gibt, meine Herren, eine doppelte Art der Kritik: es gibt die Kritik, die offen und ungescheut Mißstände zur Sprache bringt, in der patriotischen Absicht, sie dadurch zur Heilung zu bringen und dadurch den Körper gesund zu erhalten. Es gibt aber auch eine Art der Kritik, der es viel mehr auf einen Agitationsstoff ankommt als auf die Sache

(Sehr richtig! rechts; Widerspruch bei den Sozialdemokraten),

und das ist die Art der Kritik, die seit Monaten, die seit Jahren auf dem empfindlichsten Gebiet, das wir haben, auf diesem Gebiet, wo mehr als auf irgend einem anderen die höchsten Interessen des Vaterlandes auf dem Spiel stehen, auf militärischem Gebiet von sozialdemokratischer Seite geübt wird.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das ist ja überhaupt kennzeichnend für Sie, meine Herren (zu den Sozialdemokraten) — und das zog sich auch wie ein roter Faden durch die Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel —, jeden einzelnen Fall zu verallgemeinern, immer die Ausnahme zur Regel aufzubauschen.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen; Zuruf der Sozialdemokraten.)

— Nicht mit Recht, Herr Bebel! Denn wenn sich irgendwo ein Mitglied der bürgerlichen Gesellschaft, wenn sich ein Unternehmer, ein Offizier, ein Unteroffizier, ein Geistlicher, ein Richter eine Blöße gibt, so stellen Sie die Sache so dar, als ob die ganze bürgerliche Gesellschaft schuld wäre, als ob das die Schuld der heutigen bürgerlichen und gesellschaftlichen Ordnung wäre, als ob es nicht auch bei Ihnen räudige Schafe gäbe

(sehr wahr),

als ob es nicht auch in Ihren Reihen rohe, nichtsnutzige, gemeine, schwache Menschen gäbe. Die Armee setzt sich zusammen aus 600000 Mann mit einem Unteroffizierkorps von rund 80000 Mann. Daß unter einer halben Million Menschen, die sich aus allen Bevölkerungsklassen rekrutieren, Ausschreitungen vorkommen, meine Herren, das motiviert noch nicht die Angriffe, die in der jüngsten Zeit so vielfach gegen unsere militärischen Institutionen gerichtet worden sind. Solche Erscheinungen, wie die zur Sprache gebrachten, finden sich auch in anderen Berufsklassen, es kommen auch in anderen Ständen brutale Eingriffe und Übergriffe vor, auch anderswo Mißhandlungen. Ich konstatiere, daß solche tief betrübenden und unbedingt zu mißbilligenden Erscheinungen in der Armee mit jedem Jahr abnehmen. Ich konstatiere

weiter, daß, wo sich solche Erscheinungen wieder zeigen, sie mit der größten Strenge bestraft werden sollen. Nach meiner Ansicht können derartige Infamien gar nicht streng genug bestraft werden.

(Sehr richtig! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, es ist auch gestern von dem Herrn Abgeordneten Schaedler Bezug genommen worden auf die Vorgänge in einer unserer Grenzgarnisonen, in Forbach. Ich stimme dem Herrn Abgeordneten Schaedler darin zu, daß die rückhaltlose Aufdeckung solcher Vorgänge nützlich ist, nicht nur, weil in der Öffentlichkeit ein heilsames Korrektiv liegt, sondern auch, weil es ein gutes Zeichen für eine Institution ist, wenn nichts verkleistert und vertuscht wird, und das ist in diesem Falle nicht geschehen. Ich bin weiter der Ansicht, daß derartige Vorgänge Fingerzeige dafür sein sollen, wo die bessernde Hand — die von sachlichen Beweggründen geleitete und so sachlich bessernde Hand — der Heeresverwaltung einzugreifen hat. Kein Heer der Welt, das deutsche Heer so wenig wie irgend ein anderes Heer, ja noch weniger als irgend ein anderes Heer, soll auf seinen Lorbeeren ausruhen. Mit Recht hat der Herr Abgeordnete Schaedler aber davor gewarnt, solche Fälle zu verallgemeinern. Ich lege hier nicht nur vor dem Inland, ich lege auch vor dem Ausland Verwahrung dagegen ein, daß, wie dies fortgesetzt von sozialdemokratischer Seite geschieht, die Sache so dargestellt wird, als ob solche häßliche Erscheinungen, die überall vorkommen, typisch wären für deutsche Verhältnisse, als ob man sie unserem Offizierkorps als charakteristische Merkmale anhängen und gewisse Vorkommnisse dahin verdrehen dürfe, daß nur das deutsche Offizierkorps oder vorzugsweise das deutsche Offizierkorps solche Erscheinungen zeitige. Das ist in meinen Augen Heuchelei, das erkläre ich für Pharisäertum. Es wird auch anderswo gesündigt. Ganz ohne Schuld und Fehle scheint ja nicht einmal die Sozialdemokratie zu sein.

(Heiterkeit.)

Ich protestiere also dagegen, daß unser Offizierkorps in dieser Art verantwortlich gemacht wird für einzelne mißratene Glieder.

Meine Herren, das deutsche Offizierkorps ist auch heute davon durchdrungen, daß kein Stand mehr der ehrenhaftesten Gesinnung — ich meine hier ehrenhaft im bürgerlichen Sinne des Worts — und einer idealistischen Weltauffassung bedarf als derjenige Stand, dem die Verteidigung des Vaterlandes anvertraut ist. Unser Offizierkorps wird sich immer gegenwärtig halten, daß die großen Erfolge, die wir vor dreißig Jahren errungen haben, in erster Linie zurückzuführen waren auf die

altpreußische schlichte und einfache Art, auf die Tüchtigkeit und Anspruchslosigkeit, die ihre Pflicht tat, ohne viel Worte zu machen, und ohne unnötiges Sporenklirren, auf die Eigenart, für die Offiziere wie Göben, wie die beiden Alvensleben, wie der Feldmarschall Graf Roon, wie unser großer Moltke vorbildlich waren. Dann wird unser Offizierkorps auch weiter das Lob verdienen, das ihm Fürst Bismarck erteilt hat, nämlich, daß kein Land der Welt uns dieses Offizierkorps und seine Vorzüge nachmachen könne.

Meine Herren, ich wende mich jetzt zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel über die auswärtige Politik. Was unsere ostasiatische Politik angeht, so hat der Herr Abgeordnete Bebel mir zwei Vorwürfe gemacht, die in seltsamem Widerspruch zu einander stehen. Einerseits hat er mir vorgeworfen, daß unsere ostasiatische Politik zu aktiv wäre, phantastisch, abenteuerlich; andererseits findet er, daß ich mich in der Mandschurei zu passiv verhielte. Ich muß gestehen, daß ein größerer Mangel an Logik mir kaum vorgekommen ist.

(Heiterkeit und sehr richtig! rechts.)

Wenn es einen Punkt in Ostasien, und ich möchte beinahe sagen, in der Welt gibt, wo wir nichts zu suchen haben, so ist es die Mandschurei.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn also der Herr Abgeordnete Bebel für die Tschungusen und Mongolen, die, wie ich glaube, die Mandschurei bewohnen, einen neuen Kreuzzug inscenieren will als neuer Peter von Amiens, so lasse ich ihn allein vorgehen. Ich bleibe zu Haus.

(Heiterkeit rechts und in der Mitte; Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe den Herrn Abgeordneten Bebel dahin verstanden, daß er findet, ich sei in Ostasien im allgemeinen zu unternehmungslustig, ich sollte dagegen mehr Feuer hinter meiner Politik in der Mandschurei machen. Das lehne ich ab.[2]

Nun hat der Herr Abgeordnete Bebel weiter gemeint, unsere ostasiatische Politik würde uns Komplikationen zuziehen. Wie das möglich sein soll, ist mir nicht recht klar. Unsere Politik ist, wie überall, so auch in Ostasien so besonnen, friedliebend und loyal, daß sie gar keinen

[2] Der Abg. Bebel hatte gesagt: „Neben England und Japan sind es insbesondere auch die Vereinigten Staaten, die mit lebhaftem Interesse auf die Entwicklung in China blicken und keineswegs geneigt sind, dem Machtzuwachs Rußlands im äußersten Osten so passiv gegenüberzustehen, wie das seitens der deutschen Politik bisher geschieht."

Grund, gar keinen Anlaß zu begründeten Ausstellungen geben kann. Sie kann uns also auch nicht in Konflikte verwickeln. Wenn wir in Konflikte verwickelt würden, so würden wir die defensive Rolle und das gute Gewissen für uns haben. Ich betone aber nochmals, daß nach menschlicher Berechnung, und da auch die anderen Staaten den Frieden wünschen und die Verträge achten, wir in Ostasien nicht in Verwicklungen geraten werden.

Der Herr Abgeordnete Bebel ist auch auf Venezuela zurückgekommen, und er hat sein Bedauern darüber ausgedrückt, daß wir unsere Differenzen mit Venezuela nicht sofort vor das Haager Schiedsgericht verwiesen hätten. Ja, meine Herren, das haben wir aus dem einfachen Grunde nicht getan, weil der Präsident Castro, für den der Herr Abgeordnete Bebel im vorigen Winter mit solcher Wärme eintrat

(Heiterkeit),

anfänglich auf kein Schiedsgericht eingehen wollte und sich dazu erst bequemt hat, als wir ihm mit einem gewissen Nachdruck diese unsere Forderung zu Gemüte führten.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, will ich aber nicht zaudern, meinem Bedauern darüber Ausdruck zu geben, wie sich der Herr Abgeordnete Bebel soeben über Rußland ausgesprochen hat. Die Art und Weise, wie sich der Herr Abgeordnete Bebel bemüht hat, Stimmung gegen Rußland zu machen, und wie er die russischen Verhältnisse kritisiert hat, wird sicherlich viel Genugtuung erregen bei denjenigen unserer ausländischen Gegner, welche die guten Beziehungen zwischen Rußland und Deutschland zu trüben suchen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich bin aber überzeugt, meine Herren, daß ich die Mehrheit dieses Hohen Hauses auf meiner Seite habe, wenn ich sage, daß eine derartige tadelnde Kritik der inneren Verhältnisse eines befreundeten Nachbarreiches; daß eine derartige zügellose Kritik, wie sie der Herr Abgeordnete Bebel

(großer Lärm bei den Sozialdemokraten. Sehr richtig! rechts)

— — ich wiederhole, eine so zügellose Weise, wie soeben der Herr Abgeordnete Bebel die russischen Zustände kritisiert hat, weder den Traditionen des deutschen Volkes entspricht, noch seinen Wünschen, noch seinen Interessen. Und ich bin überzeugt, daß ich die große Mehrheit des deutschen Volkes hinter mir habe, wenn ich sage, daß ich mich durch den Tadel

des Herrn Abgeordneten Bebel nicht abhalten lassen werde, auf das sorgsamste die Beziehungen zu Rußland auch weiter zu pflegen.

(Großer Lärm bei den Sozialdemokraten, lebhafte Zustimmung rechts. (Glocke des Präsidenten.)

Vizepräsident Dr. Paasche: Meine Herren, ich bitte, den Herrn Redner nicht zu unterbrechen.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Der Herr Abgeordnete Bebel ist weiter eingegangen auf unser Verhältnis zu Amerika. Er hat mir vorgeworfen, daß wir Amerika gegenüber zu nachgiebig seien, daß wir Amerika nachliefen. Das ist genau derselbe Vorwurf, der in der sogenannten gelben Presse in Amerika gelegentlich gegen die Leiter der dortigen Politik erhoben wird, und das beweist, daß auf beiden Seiten des großen Wassers die einsichtigen, besonnenen und verständigen Leute an der Aufrechterhaltung guter Beziehungen zwischen Amerika und Deutschland arbeiten, und die weniger einsichtigen, weniger verständigen und weniger besonnenen Leute diese Beziehungen zu trüben suchen.

Was Herrn Vanderbilt anlangt, über den sich Herr Abgeordneter Bebel wenig liebenswürdig ausgesprochen hat, so hat er die deutschen Herren, die vor zwei Jahren Amerika besuchten, aufs freundlichste aufgenommen. Es war ganz natürlich, daß, als er nach Deutschland kam, ihm hier gleichfalls ein höflicher Empfang bereitet wurde. Von irgendwelcher Unterwürfigkeit der ihn empfangenden Herren ist gar nicht die Rede gewesen. Es handelte sich auch nicht um den kommandierenden General von Danzig oder um den Oberpräsidenten, sondern, soviel mir bekannt ist, um einen Assessor der dortigen Regierung und den General von Mackensen, der von früher her mit Herrn Vanderbilt bekannt war. Ich möchte wünschen, daß häufiger Fremde in einflußreichen Stellungen Deutschland besuchen; denn im allgemeinen kennen wir Deutsche das Ausland besser als das Ausland uns, und wenn wir solche Fremde freundlich und höflich empfangen, so vergeben wir uns gar nichts.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat sich weiter über den Stand der Handelsverträge ausgesprochen. Wie er es tat, das würde im höchsten Grade geeignet sein, das Zustandekommen von Handelsverträgen zu erschweren, wenn man im Auslande glaubte, daß der Herr Abgeordnete Bebel auf unsere Politik einen bestimmenden Einfluß ausüben könnte.

(Heiterkeit rechts.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat alle Argumente zusammengetragen,

die möglich waren, um die Stellung unserer Unterhändler zu schwächen und die Stellung der Unterhändler der anderen Vertragsstaaten zu stärken.

(Hört! hört! rechts.)

Demgegenüber betone ich, daß die verbündeten Regierungen nach wie vor an dem Wunsche festhalten, auf für uns annehmbarer Basis baldmöglichst zu Handelsverträgen zu kommen.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat weiter die Frage der Erhebung von Abgaben auf den Wasserstraßen berührt. Über diesen Punkt erkläre ich das Nachstehende: nach der ganzen Entstehungsgeschichte des Art. 54 der Reichsverfassung kann es keinem Zweifel unterliegen, daß durch diese Verfassungsbestimmnng das Recht der einzelnen Staaten beseitigt werden sollte, auf den deutschen Strömen lediglich für die Befahrung derselben irgendwelche Abgaben zu erheben. Jede Ausnahme von diesem reichsgesetzlichen Grundsatz würde hiernach der Genehmigung durch ein besonderes Reichsgesetz bedürfen, und zwar, wie bei den Verhandlungen über das Gesetz vom 5. April 1886, betreffend die Erhebung einer Schiffahrtsabgabe auf der Unterweser, ausdrücklich hervorgehoben wurde, eines Reichsgesetzes, welches im Bundesrat unter Wahrung der Vorschriften des Art. 78 der Reichsverfassung zu beschließen ist. Dem Bundesrat liegt keinerlei Antrag vor, von dem allgemeinen Grundsatz des Art. 54 der Reichsverfassung eine Ausnahme zu erwägen und zu beschließen, und es dürfte deshalb auch für das Hohe Haus und die beteiligten Erwerbskreise kein Grund bestehen, auf die in der Presse enthaltene Erörterung einer theoretischen Streitfrage einzugehen, welche durch die deutsche Reichsverfassung dem Gebiete der Reichsgesetzgebung vorbehalten ist, und bei der auch bestehende vertragsmäßige Abmachungen mit den betreffenden Staaten in Betracht kommen würden.

Meine Herren, nun hat der Abgeordnete Bebel an das erinnert, was ich vor einem Jahre hier gesagt habe über meine sozialpolitische Auffassung.[3] Dabei hat der Abgeordnete Bebel gefragt, warum ich nicht den Ehrgeiz hätte, ein Millerand zu werden. Das will ich Ihnen sagen, Herr Bebel: ich habe diesen Ehrgeiz nicht, einmal, weil Herr Millerand durch und durch Franzose ist, ein französischer Patriot, während Sie und Ihre Freunde bei jeder Gelegenheit erklären, daß Sie nicht auf demselben nationalen Boden stünden wie wir.

(Bravo! sehr richtig!)

[3] Vgl. die Reden vom 20. und 21. Jan. 1903 (Bd. I, S. 390ff).

Und dann, meine Herren, wenn ich mich wirklich zum Millerand ent-wickelte oder mir einen Millerand zulegen würde

(Heiterkeit),

diesem Millerand von keiner Seite mehr Knüppel zwischen die Räder geschoben werden würden als von dem Herrn Abgeordneten Bebel.

(Sehr wahr! sehr richtig!)

Darüber, Herr Bebel, werden Sie sich doch wohl selbst nicht nach den Verhandlungen des Dresdener Parteitages irgendwie im Zweifel sein können.

(Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, ich habe vor einem Jahre gesagt, daß von einem Stillstand der sozialpolitischen Gesetzgebung nicht die Rede sein könne. Daran halte ich fest. Die verbündeten Regierungen werden sich, wie Sie aus der Thronrede ersehen haben, in ihren arbeiterfreundlichen Bestrebungen nicht irremachen lassen. Wir werden auch weiter bemüht sein, Leben und Gesundheit der Arbeiter immer besser zu schützen. Wir werden auch versuchen, nach und nach die großen Fragen der Arbeitszeit und der Arbeitsverfassung, der Frauen- und Kinderarbeit, der Lohnzahlungsmethode so weit zu lösen, als dies möglich ist unter voller Aufrechterhaltung unserer Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Wir betrachten es als die Pflicht des Staates, wie, wenn ich mich nicht irre, mein auf diesem Gebiete so kompetenter Nachbar Graf Posadowsky einmal gesagt hat, ich glaube, es war in Düsseldorf — wir betrachten es als die Pflicht des Staates, den Arbeiter in möglichst umfassender, in möglichst wenig bedrückender, dem Stande unserer heutigen Kultur entsprechender Weise gegen die Gefahren seines Berufslebens zu schützen. Wir wollen nicht nur fortführen, was auf dem Gebiete des Arbeiterschutzes und der Arbeiterversicherung schon geschaffen ist, sondern wir hoffen auch, allmählich denjenigen Aufgaben näher treten zu können, die noch der Lösung harren. Diese Aufgaben sind für das nächste Jahrzehnt die Witwen- und Waisenversorgung und, wie ich hoffe, später auch einmal die Arbeitslosenversicherung.

Wir werden aber diese Aufgaben nur lösen können, wenn wir auf der sozialen Bahn, wenn wir in dem, was ich den Kampf, den ewigen Kampf gegen das menschliche Elend nenne, Schritt für Schritt vorgehen, ohne den Boden der Wirklichkeit unter den Füßen zu verlieren, ohne durch unreife und unpraktische Forderungen, wie sie von sozialdemokratischer Seite gestellt werden, unser ganzes wirtschaftliches Leben mit Katastrophen zu bedrohen, durch Forderungen, von denen jeder weiß,

daß sie nicht oder noch nicht realisiert werden können. Durch solche Forderungen wird lediglich ein besonnener und stetiger Fortschritt auf der sozialen Bahn erschwert. Indem sie fortgesetzt solche Forderungen erhebt, erleichtert die Sozialdemokratie nicht die sozialpolitischen Reformen, wie der Herr Abgeordnete Bebel mir dies soeben in freundliche Aussicht stellen wollte, sondern sie erschwert solche Reformen.

(Sehr richtig!)

Und es ist noch ein anderer Grund, der die sozialpolitische Gesetzgebung hemmt und erschwert, und den will ich Ihnen offen sagen. Der Abgeordnete Bebel hat niemals ein Hehl daraus gemacht, daß er ein Gegner der bestehenden Verfassung, ein Gegner der Monarchie, daß er Republikaner ist. Durch nichts aber werden die Bestrebungen zugunsten der Arbeiter mehr erschwert, und nichts ist ein größeres Hemmnis für eine Verbesserung der Lage der Arbeiter als die sozialdemokratische Gepflogenheit, die Bestrebungen zugunsten der Arbeiter mit antimonarchischen Zielen und Tendenzen zu verquicken.

(Sehr wahr!)

Und nichts ist unlogischer. Die Geschichte beweist, daß die Sozialreform eines Landes völlig unabhängig ist von seiner Staatsverfassung; die Geschichte beweist, daß es mit der Republik allein auch nicht getan ist.

(Sehr wahr!)

Ich bin viel herumgekommen, ich glaube, objektiv zu sein. Ich kann Sie versichern, daß in Republiken auch mit Wasser gekocht wird

(Heiterkeit),

daß es auch da sehr häufig hapert, und daß es ein großer Irrtum ist, zu glauben, daß es irgend ein politisches Universalserum gäbe, um alle menschlichen Krankheiten und Leiden zu heilen. Ich sage also, daß der Hang der Sozialdemokratie, ihre republikanische Gesinnung in den Vordergrund zu schieben, schädlich ist für die Fortführung der Sozialreform, und daß er im hohen Grade ungerecht ist. Es gibt keine Republik, wo so viel für die arbeitenden Klassen geschehen ist, wie bei uns geschehen ist. Der Herr Abgeordnete Bebel sprach uns eben von seinen Schweizer Freunden. Er bewohnt während eines Teils des Sommers die schöne Schweiz. Es wird ihm sicherlich nicht unbekannt sein, daß in der Schweiz große sozialpolitische Gesetze angenommen wurden von der Bundesversammlung, aber in der Volksabstimmung fielen. Das bekannte Projekt für die Arbeitslosenversicherung wurde in Basel-Stadt vom Großen Rat des Kantons angenommen, dagegen im

Referendum abgelehnt. Das ist eine schöne Illustration zu den Angriffen, die Herr Bebel soeben gegen die bürgerlichen Klassen und die höheren Stände gerichtet hat.

(Sehr richtig!)

Herr Bebel hat soeben noch mit großer Lebhaftigkeit für direkte Steuern plädiert. Es wird Herrn Bebel nicht unbekannt sein, daß in keinem Lande der Welt der Widerstand gegen die Einführung direkter Steuern, und namentlich progressiver direkter Steuern, wie sie Herrn Bebel als Ideal vorschweben, stärker ist als in dem republikanischen Frankreich

(sehr richtig!),

und daran hat auch Herr Millerand nichts ändern können.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat weiter eine entsetzliche Schilderung von unseren heutigen Zuständen entworfen. Er verglich dieselben zweimal mit den Zuständen im kaiserlichen Rom, im sinkenden Rom. Na, meine Herren, da muß ich wirklich sagen: ein hinkenderer Vergleich ist mir lange nicht vorgekommen. Ich habe mich doch auch mit Geschichte beschäftigt, mit römischer Geschichte, ich habe Gibbon gelesen, Tacitus, Friedländer. Das werden Sie wohl auch gelesen haben. Wo in aller Welt soll Ähnlichkeit bestehen zwischen den damaligen römischen Zuständen und unseren heutigen Verhältnissen? Ich versichere Ihnen, daß der Senat in Rom zur Zeit des Kaisers Tiberius ganz anders aussah als dieses Hohe Haus.

(Stürmische Heiterkeit.)

Und wenn der Herr Abgeordnete Bebel unter Kaiser Caligula eine Rede gehalten hätte, wie er sie heute hier gehalten hat, so wäre es ihm schlecht bekommen.

(Lebhafte Zustimmung und große Heiterkeit.)

Deutschland ist kein dekadentes Volk, und sein Kaiser ist weder ein Caligula noch ein Nero.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat auch von Byzantinismus gesprochen. Ich gestehe, es hat mich gewundert, daß der Herr Abgeordnete Bebel dies Wort in den Mund genommen hat. Dem Herrn Abgeordneten Bebel wird doch wohl nicht unbekannt sein, daß es nicht bloß einen Byzantinismus nach oben gibt, sondern auch einen Byzantinismus nach unten.

(Lebhafte Zustimmung. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Es gibt nicht nur Fürstenschranzen, es gibt auch Volksschranzen.

(Lebhafte Rufe: Sehr gut!)

Das sind diejenigen, die immer dem untrüglichen Massen-

instinkte schmeicheln; das sind diejenigen, welche finden, daß der Herr Demos sich niemals irren könnte. Und von diesen Volksschranzen hat unser größter Dichter gesagt, sie seien die schlimmsten von allen.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat Vorgänge zur Sprache gebracht, welche sich in Krimmitschau abgespielt haben. Ich muß es selbstverständlich dem sächsischen Herrn Bundesratsbevollmächtigten überlassen, näher auf diese Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel zu antworten. Meinerseits möchte ich aber doch das Nachstehende sagen. Wenn der Herr Abgeordnete Bebel von einem Terrorismus der Arbeitgeber spricht, wenn er über Unterdrückung klagt, wenn er Freiheit verlangt, wenn er in allen Tonarten alle möglichen Freiheiten fordert, so erwidere ich ihm: wo herrscht denn weniger Freiheit als bei Ihnen?

(Lebhafter Beifall. — Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Keine Partei hat während der Wahlkämpfe die Redefreiheit und die Versammlungsfreiheit anderer Parteien weniger geachtet als die sozialdemokratische Partei.

(Lebhafte Zustimmung. — Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Daß Ihnen das nicht gefällt, meine Herren, wenn ich das hier ausspreche, das weiß ich wohl. Das ist aber noch kein Grund für Sie, mich beständig zu unterbrechen. Ich habe den Herrn Abgeordneten Bebel auch nicht unterbrochen, und ich denke, wir wollen von beiden Seiten hübsch anständig diskutieren.

(Sehr gut!)

Ich sage: keine Partei hat die Rede- und Versammlungsfreiheit anderer Parteien weniger respektiert als die sozialdemokratische Partei. Die Presse keiner Partei führt gegenüber den anderen Parteien, gegenüber den Führern anderer Parteien eine intolerantere und rohere Sprache als die Presse der sozialdemokratischen Partei.

(Lebhafte Zustimmung. — Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Wie gewaltsam gehen Sie vor auf den Bauplätzen und in den Werkstätten gegen den einzelnen Arbeiter, der sich Ihren Genossenschaften nicht anschließen will, der sich der Sozialdemokratie nicht unterwerfen will!

(Sehr gut!)

Welche Tyrannei üben Sie aus in den Krankenkassen-Verwaltungen!

(Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Fragen Sie die Ärzte, die Apotheker, viele Mitglieder der Krankenkassenverwaltungen! Und wie, meine Herren, ist es denn mit der Meinungsfreiheit bei Ihnen bestellt?

(Sehr gut! und große Heiterkeit.)

Sie reden so oft von dem finstern Mittelalter. Es hat niemals ein Konzil gegeben, wo eine solche Unduldsamkeit, eine solche Engherzigkeit, eine solche Ketzerrichterei geherrscht hätte als auf Ihrem letzten Parteitage.

(Lebhafter Beifall. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Keine Bulle ist je so schroff abgefaßt worden wie damals die Erklärungen des Abgeordneten Bebel.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Und ich möchte noch folgendes hinzufügen. Wie war es denn nach den Wahlen, als der Abgeordnete Bernstein eine gewisse Sehnsucht durchblicken ließ

(Zurufe von den Sozialdemokraten)

— doch, meine Herren, Sehnsucht durchblicken ließ nach einem sozialdemokratischen Vizepräsidenten.

(Große Heiterkeit.)

Da erhielt der Herr Abgeordnete Bernstein von dem Herrn Abgeordneten Bebel einen Rüffel von einer Schärfe, wie ich ihn nicht gegenüber dem jüngsten Beamten in einem der mir unterstellten Ressorts zur Anwendung bringen würde.

(Stürmische Heiterkeit.)

Da nehme ich alle die Herren zu Zeugen, die da hinter mir stehen.

(Erneute stürmische Heiterkeit.)

Herr Bebel, ja, Sie, Herr Bebel, der Sie heute von Freiheit reden, Sie haben in Dresden förmliche Exkommunikationen ausgesprochen, excommunicatio major und excommunicatio minor

(große Heiterkeit);

Sie haben auch einen Index aufgestellt, in welchen Zeitungen geschrieben werden soll und in welchen nicht geschrieben werden darf. R e d e n S i e u n s v o n a l l e m, n u r n i c h t v o n F r e i h e i t!

(Lebhafte Zustimmung. Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Die Freiheit, die Sie meinen, das ist die Willkür für Sie, der Terrorismus für andere.

(Sehr richtig!)

Und willst du nicht mein Bruder sein,
So schlag' ich dir den Schädel ein.

(Stürmische Heiterkeit.)

Meine Herren, der Abgeordnete Bebel hat uns wieder eine Rede gehalten, wo sich eine kritische Bemerkung an die andere anreihte, wie eine Perle an die andere. Wenn ich der Sozialdemokratie ein Zeugnis auszustellen hätte, so würde ich sagen: Kritik, Agitation und — das gebe ich Ihnen vollkommen zu, da können Sie sehen, wie objektiv ich bin — Disziplin und Opferfreudigkeit I a

(stürmische Heiterkeit);

positive Leistungen, Klarheit des Programms Vb.

(Erneute schallende Heiterkeit.)

In der Sitzung des Reichstages vom 26. November 1884 beschäftigte sich Fürst Bismarck mit dem Anwachsen der Sozialdemokratie. Mein großer Amtsvorgänger sagte damals:

> Ich bin über diese Vergrößerung gar nicht unglücklich. Je größer die Zahl der sozialistischen Abgeordneten wird, desto mehr wird ihnen die Ehrenpflicht obliegen, doch bald mit positiven Plänen hervorzutreten und zu sagen, wie sich in ihren Köpfen die Zukunft der Welt und die Verfassung gestaltet. Bisher sind sie damit im Rückstand geblieben. Was besteht, ist alles schlecht, das unterliegt ihrer Kritik, wird alles verworfen. — Also die Kritik ist außerordentlich leicht, aber das Bessermachen! Wenn ich doch endlich einmal eine Verfassung, eine solche Gesetzgebung sehen könnte, wie die Herren Führer der Sozialdemokraten sie sich denken. Sie sind jetzt 25; das zweite Dutzend haben sie also; ich will ihnen noch das dritte geben; wenn sie aber 36 sind, erwarte ich mit Sicherheit, daß sie ihren vollen Operationsplan zur Verfassung, wie sie sein soll, entwerfen; sonst glaube ich, sie können nichts.

Meine Herren, seitdem sind beinahe 20 Jahre verflossen. Die Sozialdemokratie hat das sechste Dutzend Mandate bereits überschritten. Aber den vollen Operationsplan der Verfassung, den Fürst Bismarck von Ihnen verlangte, den haben Sie uns immer noch nicht verraten. Wenn es früher hieß, daß es dazu noch zu früh wäre, so können wir eine solche Entschuldigung heute nicht mehr gelten lassen.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat im Juni in Karlsruhe gesagt, daß der Untergang der bürgerlichen Gesellschaft viel näher bevorstünde, als sie es selbst glaube. Da ist es doch natürlich, daß wir wissen möchten, was uns bevorsteht.

(Heiterkeit.)

Daß der Herr Abgeordnete Bebel einen genauen und detaillierten Zukunftsplan besitzt, das muß ich nicht nur anstandshalber annehmen

(Heiterkeit),

sondern das hat er selbst auf einem der letzten sozialdemokratischen Parteitage — ich weiß wirklich nicht, war es in Lübeck oder in Mainz — gesagt. Da sagte der Herr Abgeordnete Bebel, in der Zeit der Aktion sei es zu spät für theoretische Diskussionen, der Plan des Zukunftsstaates müßte schon vorher in allen Details ausgearbeitet und fertig sein. Sie besitzen also einen solchen ganz genauen Plan, Sie wollen ihn uns nur nicht zeigen.

(Heiterkeit.)

Es geht dem Herrn Abgeordneten Bebel und der Sozialdemokratie wie dem Verteidiger von Paris, dem General Trochu, während der Belagerung durch die Deutschen: der sprach auch immer von einem geheimnisvollen Plan, durch den alles gut und schön werden würde. Wenn man aber den Plan sehen wollte, dann sagte er: der Plan ist bei meinem Notar mit meinem Testament deponiert, beide werden einmal gleichzeitig geöffnet werden.

(Große Heiterkeit.)

Den Plan des Herrn Abgeordneten Bebel möchten wir aber doch noch bei seinen Lebzeiten sehen.

(Heiterkeit.)

Also sagen Sie uns doch endlich statt der ewigen Klagen, statt der fortgesetzten Beschwerden, sagen Sie uns endlich, aber nicht in negativer Kritik, nicht in verneinenden Redensarten, sondern in positiven Angaben, was Sie nun eigentlich an die Stelle des Bestehenden setzen wollen, wie es nun eigentlich praktisch aussehen soll in dem Paradies, in das Sie uns führen wollen.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ich danke Ihnen, daß Sie mich nicht dorthin mitnehmen wollen, ich möchte dort auch gar nicht sein.

(Heiterkeit.)

Daß für die Sozialdemokratie die Pflicht vorliegt, in dieser Beziehung endlich einmal mit der Sprache herauszurücken, das hat Ihnen auch ein Ihnen nahestehender, ein Ihnen befreundeter Politiker, der Herr Abgeordnete — leider nicht mehr Abgeordneter — Dr. Barth, vorgehalten.

(Heiterkeit.)

der vor einiger Zeit in einem Artikel der „Nation" schrieb, für die Sozialdemokratie sei jetzt endlich der Augenblick gekommen, nicht mehr wie bisher eine Politik unfruchtbarer Demonstrationen und Agitationen zu machen, sondern zu zeigen, was sie Positives leisten, was sie Positives hervorbringen könnte.

Meine Herren, ich habe mich nicht erst seit heute und gestern, ich habe mich seit Jahren redlich bemüht, aus Ihren Reden, denen ich immer besonders aufmerksam zuhöre, und aus Ihren Schriften mich darüber zu informieren, wie nun Ihr Zukunftsstaat praktisch eingerichtet werden soll, wie Ihr Zukunftsstaat eigentlich aussehen soll. Die Ausbeute war unendlich gering. Das Konkreteste, was ich darüber gelesen habe, war noch ein Aufsatz, der vor drei oder vier Jahren erschien in einer Zeitschrift, deren Mitarbeiter zum Teil persönliche Bekannte von mir waren, und der mir übersandt worden ist, in der Zeitschrift „Kosmopolis", und dann die Broschüre „Die soziale Revolution" von Herrn Kautsky, die ich als Bädeker, als grünen Bädeker für die Reise nach Utopien bei mir habe.

(Große Heiterkeit.)

Also, meine Herren, in dem Aufsatz des Herrn Liebknecht hieß es über den Zukunftsstaat — denn es war dieser Aufsatz die möglichst präzise Antwort auf die Frage, wie es in dem Zukunftsstaate aussehen würde —:

> Verschwinden werden die Kasernen, denn wir haben keine Soldaten mehr, und verschwinden werden die Zuchthäuser, denn die Gesellschaft wird sich ohne Verbrecher behelfen.
>
> (Heiterkeit.)
>
> Verschwinden werden die Justizpaläste, denn an Prozessen wird Mangel sein. Verschwinden werden — rein aus Schönheitsrücksichten — die entsetzlichen Bauungeheuer, durch die man heute den Menschen beweisen will, daß außerhalb dieser Welt der Materie eine bessere Welt über dem Sternenzelt sei. Denkmäler der Kunst wird man dafür um so andachtsvoller verehren. Verschwinden werden die Bastillen der Arbeit, die Fabriken, verschwinden werden die Löcher, nicht gut genug für das Vieh. Und verschwinden werden die ungesunden, fieberverbreitenden Häuserwüsteneien und Häusersümpfe, genannt Großstädte. Der Unterschied zwischen Stadt und Land wird aufhören, und dank den vervollkommneten Beförderungsmitteln werden die Menschen nicht mehr Sklaven der Entfernungen sein, und ohne sich von den Kulturgenüssen zu trennen, in der freien Natur leben können.

Meine Herren, da frage ich doch mit aller Rücksicht, die ich für einen ehrlichen und überzeugten Mann hege, der jetzt unter der Erde ruht: Ist es möglich, von dem Zukunftsprogramm einer großen Partei, einer Partei, die alles Bestehende umstürzen will, ein nebelhafteres, phantastischeres, unklareres Bild zu entwerfen, als es hier einer der hervorragendsten parlamentarischen Führer der Sozialdemokratie getan hat?

Was mich bei solchen und ähnlichen Zukunftsbildern nur immer wundert, ist, daß die Farben nicht noch dicker aufgetragen werden. Wenn ich schon das Aufhören der Verbrechen, der Zuchthäuser, der großen Städte und der Fabriken verspreche, warum nicht auch das Aufhören von Kopf- und Zahnweh, von Tod und Krankheit.

(Heiterkeit.)

Vielleicht kommt das noch. Wenn ich an Ihrer Stelle stände, würde ich die Farben noch viel dicker auftragen.

Bei Herrn Kautsky habe ich gelesen, daß an dem Tage nach dem Siege der sozialdemokratischen Partei die Grundeigentümer, die Großindustriellen, die Kapitalisten ihres Besitzes enteignet werden würden. Daß bei einem solchen großen Raubzug auch nur die Lage der Arbeiter sich wirklich und dauernd bessern würde, dafür bleibt Herr Kautsky den Beweis vollkommen schuldig. Wie in dem Zukunftsstaat nun praktisch regiert werden soll, wie bei der in Aussicht genommenen Herabsetzung der Arbeitszeit und Steigerung der Arbeitslöhne eine Verringerung der Produktion verhindert werden soll, wie bei der Zuweisung der Arbeit dem Arbeiter auch nur der bescheidenste Rest von persönlicher Freiheit aus eigener Initiative bleiben soll, welcher Maßstab der Verteilung gelten soll, ob gleichmäßig oder nach Maßgabe der Leistung — über alle diese entscheidenden und grundlegenden Fragen erfahren wir so gut wie gar nichts. Ich bin also vollkommen berechtigt, zu sagen, daß es der Sprung eines Blinden ins Dunkle ist, den uns die Sozialdemokratie mit ihrer ganzen Agitation, mit ihren ewigen Klagen zumutet. Was Sie an die Stelle des Bestehenden setzen wollen — das hat ja der Dresdener Parteitag jedem gezeigt —, das wissen Sie eben selbst nicht, darüber sind Sie sich selbst nicht klar, darin sind Sie nicht einmal untereinander einig. Wenn es wirklich die Durchführung Ihres Parteiprogramms sein würde, so käme das heraus — es ist schon vor mir gesagt worden — auf die Schaffung eines riesigen Staatszuchthauses, auf ein kolossales ergastulum, wo es kein Mensch aushalten würde. Es wird aber niemals gelingen, einen solchen Zuchthausstaat aufrechtzuerhalten. Die von Herrn Bebel in Aussicht genommene Nivellierung

wäre natürlich nur möglich und denkbar, wie er das mehr als einmal in seinen Schriften entwickelt hat, durch die Anwendung der brutalsten Gewalt. Aber selbst wenn die von Ihnen in Aussicht genommene Diktatur des Proletariats durchgeführt würde, wenn momentan der Besitz aller Menschen gleich gemacht würde, so würde das morgen wieder anders sein, denn es wird stets fleißige und faule, sparsame und verschwenderische, kluge und dumme Menschen geben.

(Zwischenrufe bei den Sozialdemokraten.)

– Ach, Herr Bebel, ich habe aus den Verhandlungen Ihres letzten Parteitages den Eindruck entnommen, daß Sie manchen Ihrer Parteigenossen für sehr viel weniger fleißig halten als sich selbst; daß mancher von Ihnen manchen anderen für sehr viel dümmer hält als sich selbst. Daran, an der Besonderheit der Menschen, an ihrem Bedürfnis nach individueller Freiheit, welche macht, daß der Mensch nicht getrieben und geleitet und von Herrn Bebel an den Pflock gebunden werden will, daran werden Sie scheitern, auch wenn Sie sich nicht vorher die Köpfe einrennen an den ehernen Mauern der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung, die sehr viel fester ist, als Sie glauben.

(Sehr richtig!)

Es ist ja unmöglich, sich mit diesem Thema zu beschäftigen, ohne den Herrn Abgeordneten Bebel auf Schritt und Tritt auf Widersprüchen zu ertappen. Diejenige Staats- und Gesellschaftsordnung, die Sie durchführen wollen, Herr Bebel, und die Sie am Schluß Ihrer Ausführungen herbeiwünschten, wäre doch nur möglich bei einem Mangel an Egoismus, bei einem Altruismus, bei einer gegenseitigen Bruderliebe, wie sie meines Wissens bisher in keinem Staatswesen und in keiner Gesellschaft anzutreffen gewesen sind. Ihre Republik, Herr Bebel, wäre wie die Republik des Plato nur möglich mit Engeln und Engelssöhnen. Bilden Sie sich etwa ein, ein solcher Engel zu sein?

(Heiterkeit.)

Sie sind mir ein netter Engel!

(Stürmische Heiterkeit.)

Und glauben Sie, daß Sie Engel züchten, indem Sie immerfort an den Neid, das Mißtrauen, den Haß, an alle schlechten menschlichen Leidenschaften appellieren? Wer, wie Sie, den berechtigten und natürlichen Egoismus, auf dem bis jetzt jede gesellschaftliche und staatliche Ordnung mit beruht hat, ersetzen will durch eine angeblich höhere Form selbst-

losen Gemeinsinns, der muß doch erst anfangen, selbst duldsam und milde und gut zu sein.

(Sehr richtig! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Statt solcher Harmonie haben Sie uns in Dresden eine Kakophonie aufgeführt, wie sie noch nie dagewesen ist.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat im Eingange seiner Ausführungen sich auch wieder gegen den Militarismus gewendet. Er glaubt, es ginge auch ohne Armee oder mit einem *Milizheer*. Ich möchte nur wissen, was er täte, wenn wir von unsern Nachbarn angegriffen würden. Gegenüber Zuständen, wie sie der Herr Abgeordnete Bebel hervorrufen will, läge die Versuchung zu einem solchen Angriffe sogar sehr nahe.

(Sehr wahr! rechts.)

Und selbst wenn ein solcher Angriff vermieden würde, so beweist doch die ganze Geschichte, daß der Beste nicht in Frieden leben kann, wenn es dem bösen Nachbar nicht gefällt. Was würden Sie nun also machen, Herr Bebel, wenn wir ohne eine starke, ohne eine wohldisziplinierte Armee von unsern Nachbarn angegriffen würden? Und wie denken Sie sich überhaupt die Durchführung Ihrer auswärtigen Politik ohne eine große Armee?

(Sehr richtig! rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten und Zurufe.)

Um die auswärtige Politik des Herrn Abgeordneten Bebel und der Sozialdemokratie zu realisieren, müßten wir eine viel stärkere Armee haben, als wir sie heute besitzen. Er will ja überall intervenieren: in Mazedonien, in Finnland, in Armenien, in Rumänien, sogar in der Mandschurei

(Heiterkeit),

überall, wo Menschen leiden. Das ist an sich ganz schön, das macht vielleicht dem menschlichen Gefühl Ehre, das ist aber nicht durchzuführen ohne eine ganz ungewöhnlich große Armee. Und wie denkt sich der Herr Abgeordnete Bebel die künftige Leitung der auswärtigen Politik? Wen haben Sie beispielsweise als Minister des Äußern ins Auge gefaßt

(große Heiterkeit),

als Botschafter, als Gesandte?

(Heiterkeit und Zurufe.)

Ich fürchte nach den Auslassungen des Herrn Abgeordneten Bebel auf dem Dresdener Parteitag, daß es Akademiker nicht sein dürfen.

(Heiterkeit.)

Sich auf diese Frage vorzubereiten, haben Sie ja allen Grund, wo Sie uns sagen, daß unser Untergang und Ihr Regierungsantritt so nahe bevorsteht, und wo Sie, ebenfalls in Dresden, erklärt haben, die Sozialdemokraten würden, wenn sie am Ruder wären, ihre Sache ganz vorzüglich machen.

(Heiterkeit rechts.)

Und wie denken Sie sich das Verhältnis zu Rußland

(Heiterkeit),

über das Sie sich soeben so überaus unfreundlich und gehässig ausgesprochen haben? Vor einigen Wochen las ich in einer italienischen Zeitung einen Brief, den der Herr Abgeordnete Bebel an einen italienischen Freund, den Abgeordneten Enrico Ferri, einen italienischen Sozialisten, gerichtet hatte. In dem Briefe hieß es, die deutsche Sozialdemokratie ignoriere das Zarentum.

(Lachen rechts. Zuruf.)

— Herr Bebel, ich habe den Brief in der Presse gelesen. Wenn Sie den Brief nicht geschrieben haben, dann freut es mich für Sie. Aber glauben Sie, daß Sie, einmal am Ruder, das mächtige russische Reich mit 130 Millionen ignorieren würden?

Ich lese beständig in sozialdemokratischen Blättern Angriffe gegen Rußland, beinahe so scharf wie das, was der Herr Abgeordnete Bebel hier eben über Rußland gesagt hat. Ich lese da, kein Mittel müßte unversucht gelassen werden, dem russischen Kaisertum den Abscheu des deutschen Volkes, den Haß des deutschen Volkes zum Ausdruck zu bringen. Glauben Sie, daß mit solchen Tendenzen ein friedliches Verhältnis möglich wäre zwischen uns und Rußland, wie es dem wohlverstandenen Interesse des deutschen Volkes entspricht? Wer vor solchen Unklarheiten, solchen Widersprüchen, so viel Rätseln steht, der sollte sich mehr in seiner Kritik mäßigen, als es der Herr Abgeordnete Bebel heute getan hat.

(Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen;
Zurufe bei den Sozialdemokraten),

der sollte nicht die bestehende Gesellschaft umstürzen wollen, denn er hat gar nichts Besseres an ihre Stelle zu setzen.

(Sehr gut!)

Das größte Pech, das dem Herrn Abgeordneten Bebel und der Sozialdemokratie passieren könnte — das habe ich oft gedacht —, wäre, wenn Sie durch irgend ein Wunder plötzlich in die Gewalt, an die Macht kämen

(Zurufe von den Sozialdemokraten);

denn dann würde sich Ihre Unfähigkeit im Innern wie nach außen, Ihre Unfähigkeit, die Produktion zu organisieren, Ihre Unfähigkeit, die auswärtige Politik zu führen — Ihre ganze Impotenz würde sich in bengalischer Beleuchtung zeigen.

(Große Heiterkeit und Sehr wahr!
Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich gebe allerdings zu, daß Ihre Geschäftsübernahme auch für uns ein heilloses Pech sein würde

(große Heiterkeit),

denn, wenn Sie nichts Dauerndes organisieren und produzieren würden, im Zerstören und Ruinieren würden Sie groß sein.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, in den langen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel traten uns namentlich zwei Gesichtspunkte entgegen. Einmal das von dem Herrn Abgeordneten Bebel schon früher oft proklamierte unverhüllte Bestreben, die bestehende Ordnung der Dinge unsere bestehende staatliche und gesellschaftliche Ordnung umzustürzen. Und dann Klagen über mangelndes Entgegenkommen des Staates gegenüber der sozialdemokratischen Bewegung, der sozialdemokratischen Weltauffassung. Ja, meine Herren, solche Klagen erinnern mich an das französische Sprichwort von dem Tier, das für böse erklärt wird, weil es sich verteidigt, wenn es angegriffen wird. Verteidigen wird sich der Staat.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Wer der Staat ist? Das würden Sie schon merken, wenn Sie losgingen. Wir werden die bestehende Ordnung der Dinge, wir werden die Fundamente, auf welchen diese Ordnung ruht, die Religion, die Monarchie, die in Jahrhunderten langsam emporgewachsene Kultur, wir werden das Haus, das vielen Geschlechtern Obdach gewährt hat und das noch unsere Kinder aufnehmen soll, zu verteidigen wissen und verteidigen können. An diesem Hause haben viele Generationen gearbeitet, große Geister und tüchtige Männer, es ist das Resultat von viel Hingebung und Treue, von viel Schweiß und Blut. Aufzubauen ist schwer, einzureißen ist leicht. Die Künstler, die den Tempel aufführen, werden selten geboren, aber Herostrate, die bereit sind, ihn anzuzünden, sind zu Dutzenden vorhanden.

(Sehr gut! rechts.)

Wir werden unser Haus zu verteidigen wissen mit voller Festigkeit, aber auch mit voller Ruhe; denn wenn wir sehr wohl die Gefahren sehen, welche unsere Traditionen und Zukunftshoffnungen, die Quellen unserer Macht und Wohlfahrt bedrohen, so fürchten wir diese Gefahren doch durchaus nicht. Und alle Versuche, an die Stelle der organischen und gesetzmäßigen und verfassungsmäßigen Fortentwicklung die widerrechtliche und gewaltsame Revolution zu setzen, werden nach meiner Überzeugung scheitern — scheitern an dem gesunden Sinn des deutschen Volkes, das sich selbst aufgeben müßte, wenn es Ihnen folgen würde.

(Andauernder lebhafter Beifall rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen. Zischen bei den Sozialdemokraten. — Erneuter lebhafter Beifall.)

2. Replik des Reichskanzlers gegen den Abgeordneten Bebel.

Sitzung des Reichstages vom 14. Dezember 1903.[1])

Am vierten Tage der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats antwortete der Abgeordnete Bebel in dreieinhalbstündiger Rede auf die vorstehenden Ausführungen des Reichskanzlers. Dieser erwiderte mit folgenden Darlegungen.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, als ich diesen Saal betrat, erklärte der Herr Abgeordnete Bebel, daß meine neulichen Ausführungen der Ausdruck der vollkommensten Unfähigkeit gewesen wären. Meine Darlegungen müssen doch einen gewissen Eindruck auf ihn gemacht haben

(sehr richtig! rechts),

daß er sich während 3½ Stunden über dieselben verbreitet hat. Je aufgeregter der Herr Abgeordnete Bebel gesprochen hat, um so mehr werde ich mich eines ruhigen Tons befleißigen.

Was zunächst die Divergenzen angeht, die zwischen dem Herrn Abgeordneten Bebel und mir auf militärischem Gebiete bestehen, so konstatiere ich, daß ich niemals gesagt habe, daß ich auf diesem Gebiete irgendwelche Autorität für mich in Anspruch nähme. Darin unterscheide ich mich gerade von dem Herrn Abgeordneten Bebel,

---

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/04, 7. Sitzung.

daß ich mich nicht kompetent halte auf Gebieten, wo ich keine gründliche Kenntnis besitze, daß ich mir also beispielsweise nicht einbilde, von Geschützen, von Artillerie und dergleichen viel zu verstehen. Ich habe nur gesagt, daß ich den Herrn Kriegsminister von Einem auf militärischem Felde für kompetenter hielte als den Herrn Abgeordneten Bebel, und das ist seitdem in doppelter Weise bewiesen worden. Es ist bewiesen worden durch die sehr sachkundigen Ausführungen, die der Herr Kriegsminister hier neulich gemacht hat, und es ist andrerseits bestätigt worden durch die weit weniger sachkundigen Darlegungen, die uns der Herr Abgeordnete Bebel heute über militärische Dinge geboten hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn der Herr Abgeordnete Bebel bei dieser Gelegenheit bestritten hat, daß er einzelne Fälle verallgemeinere, um dadurch unsere Zustände in trübem Licht erscheinen zu lassen, so muß ich sagen, daß von allen Behauptungen, die er heute aufgestellt, diese mich vielleicht am meisten durch ihre Kühnheit überrascht hat.

(Sehr richtig!)

Ich berufe mich, meine Herren, zum Beweise auf zahllose Artikel in der sozialdemokratischen Presse, auf ebenso zahlreiche Reden der sozialdemokratischen Abgeordneten und vor allem und insbesondere gerade auf die Rede, die der Herr Abgeordnete Bebel heute gehalten hat. Ich wundere mich auch nicht, daß der Herr Abgeordnete Bebel in dieser Beziehung verallgemeinert; er hat ja vor kurzem erklärt, daß er bis zum letzten Atemzug die bestehende Ordnung der Dinge bekämpfen und untergraben wolle. Da ist eine solche verallgemeinernde Taktik natürlich. Was mich wundert, ist nur, daß er uns für so einfältig hält, daß wir diese Tendenz bei ihm nicht merken und herausfühlen sollten. Darin unterschätzt der Herr Abgeordnete Bebel doch unsere Kapazität.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel ist auch auf die Soldatenmißhandlungen zurückgekommen. Ich wiederhole nochmals, daß von der Heeresverwaltung alles, aber alles geschehen soll, um solchen Abscheulichkeiten vorzubeugen, um solche Abscheulichkeiten auszurotten. Wenn aber bei dieser Gelegenheit der Herr Abgeordnete Bebel unter vielen anderen unliebenswürdigen Bemerkungen über unser Heer gefragt hat: „Wo wird mehr geschimpft als auf dem Exerzierplatz?" so

könnte ihm doch einen Ort nennen, wo in dieser Beziehung auch nichts Übles geleistet wurde.

(Stürmische Heiterkeit.)

Ich könnte ihm sogar einen Herrn nennen, der im Schimpfen einiges leistet; das werde ich aber nicht tun.

(Große Heiterkeit.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Bebel bei dieser Gelegenheit auch gesagt, wir, die wir in seinen Augen die große bourgeoise Masse bilden, d. h. die sehr große Mehrheit des Hohen Hauses und alles, was hier auf dieser Bank sitzt, wir seien die Feinde der Bildung. Mir scheint, daß die bürgerliche Gesellschaft unserer Generation wie die der vorhergegangenen Generationen, über die der Herr Abgeordnete Bebel sich so unfreundlich geäußert hat, doch einiges geleistet haben für die Bildung und den geistigen Fortschritt der Nation. Wie steht aber der Herr Abgeordnete Bebel selbst zur Bildung? Was liegt denn seinem Hasse gegen die Akademiker im letzten Ende anders zu Grunde als Mißtrauen und Haß gegen die Bildung?

(Sehr wahr! sehr gut! rechts.)

Diese Abneigung ist auch ganz natürlich. Denn jede Bildung — ich spreche nicht von Halbbildung, sondern von wirklicher und echter Bildung — führt zu individueller Meinung und selbständiger Anschauung, und das ist nicht verträglich mit dem sozialdemokratischen Programm, das paßt nicht zum Zukunftsstaat.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

— Herr Bebel, habe ich Sie ein einziges Mal unterbrochen? Nun seien Sie doch so freundlich und unterbrechen Sie mich auch nicht. Sie haben drei Stunden unausgesetzt geredet; haben Sie jetzt die Freundlichkeit, stille zu sein, während ich rede.

Der Herr Abgeordnete Bebel ist auch auf die auswärtige Politik gekommen und hat mir zum zweitenmal meine Haltung in der Mandschurei vorgeworfen. Als auswärtiger Politiker kann ich es eben dem Herrn Abgeordneten Bebel nie recht machen. Wenn wir irgendwo einschreiten müssen in Verteidigung deutscher Rechte und deutscher Interessen, mag es in China oder in Südamerika sein, so heißt es bei ihm, wir wollten überall dabei sein, wir machten uns odios oder lächerlich. Wenn wir aber nicht einschreiten, heißt es, wir ließen Gewalt vor Recht gehen. Was Ostasien angeht, so ist unser Programm dort sehr einfach: wir wollen festhalten und entwickeln, was wir dort besitzen, wir wollen

aber nicht unsere Finger verbrennen bei Angelegenheiten, die uns nichts angehen.

Nun hat der Herr Abgeordnete Bebel mit dem ihm eigenen Pathos erklärt, er müsse sich „vor der ganzen Kulturwelt", wie er sich ausdrückte, dagegen verwahren, daß er in Mazedonien, Armenien und in der Mandschurei intervenieren wollte. Das wird Rußland und die anderen Mächte gewiß wesentlich beruhigen.

(Heiterkeit.)

Ich muß mich aber mit dem Herrn Abgeordneten Bebel darüber verständigen, was er eigentlich unter Intervention versteht. Wer so scharf, wie der Abgeordnete Bebel es tut, die Verhältnisse anderer Länder kritisiert, wer so lebhaft Partei für die inneren Gegner fremder Regierungen gegen diese nimmt, der steht vor zwei Möglichkeiten: entweder seine Worte sind Schläge ins Wasser und führen höchstens zu einer Blamage, oder es kommt schließlich zu Zusammenstößen mit dem Ausland. Daß wir das eine wie das andere vermeiden wollen, damit wird die Mehrheit dieses Hauses wohl einverstanden sein.

(Sehr wahr! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat weiter gesagt, daß er die ausländischen Länder und Verhältnisse kritisiere, völlig unbekümmert darum, was für einen Eindruck er dadurch im Ausland hervorrufe, und er ist in dieser Kritik so weit gegangen, daß er sich ein Einschreiten des Herrn Präsidenten zugezogen hat. Ich muß Herrn Bebel darauf aufmerksam machen, daß, wenn er seine Stellung hier so auffaßt, als ob Äußerungen, die in diesem Hohen Hause getan würden, im Auslande gar keine Beachtung fänden, er die Bedeutung des Deutschen Reichstags und die Tragweite dessen, was hier ausgeführt wird, erheblich unterschätzt.

Der Herr Abgeordnete Bebel ist dann auf den Dresdener Parteitag übergegangen. Am Eingange seiner langen Ausführungen behauptet er, daß ihm der Herr Kriegsminister von Einem neulich einen beklommenen Eindruck gemacht habe. Davon haben wir anderen gar nichts gemerkt.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Aber ich gestehe: als der Herr Abgeordnete Bebel soeben meinte, der Dresdener Parteitag sei für seine Partei ein Jungbrunnen gewesen, da machte er mir einen einigermaßen gedrückten Eindruck.

(Sehr gut!)

Das kam selbst bei ihm doch recht gequält heraus. Wir anderen sind uns wohl alle darüber einig, daß der Dresdener Parteitag mehr Ähnlichkeit hatte mit einer riesigen Mohrenwäsche, nur daß aus dieser Wäsche keiner weiß herausgekommen ist.

(Große Heiterkeit.)

Wenn aber der Herr Abgeordnete Bebel gesagt hat, das sei ein ganz besonders gutes Zeichen für die sozialdemokratische Partei, daß in Dresden nichts vertuscht und verkleistert wurde, so ist das beinahe wörtlich dasselbe, was ich neulich über die Vorgänge in Forbach gesagt habe. Der Unterschied besteht nur darin, daß ich gesagt habe, in Forbach müsse die scharf bessernde Hand eingreifen, während der Herr Abgeordnete Bebel mir leider keine Illusion darüber gelassen hat, daß in der sozialdemokratischen Partei alles beim alten bleiben soll.

Als der Herr Abgeordnete Bebel überging zur Beantwortung der Fragen, die ich neulich an ihn gerichtet hatte wegen des Zukunftsstaates, da war ich wirklich sehr gespannt, da sagte ich mir: jetzt kommt endlich der große Moment, jetzt wird das verschleierte Bild von Saïs enthüllt.

(Heiterkeit.)

Ja, Kuchen! — wie der Herr Abgeordnete Richter mal sagte.

(Heiterkeit.)

Wir haben vom Herrn Abgeordneten Bebel gar nichts gehört als dieselbe bandwurmartige Kritik, und im übrigen über den Zukunftsstaat blauen Dunst.

(Heiterkeit.)

Nun sagte der Herr Abgeordnete Bebel, ich hätte durch das, was ich neulich gesagt hätte, bewiesen, daß ich den Zukunftsstaat und das Programm der sozialdemokratischen Partei nicht verstünde.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das beweist nur — Ihr „sehr richtig", Herr Ledebour, beweist nur, daß Sie mich nicht richtig verstanden haben.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Dann gilt meine Antwort Ihnen, verehrter Herr Nachbar! — Also das beweist nur, daß Sie nicht richtig verstanden haben, was ich ausgeführt habe. Was habe ich denn gesagt? Ich habe gesagt, daß, wenn das sozialdemokratische Parteiprogramm überhaupt durchführbar wäre, dies hinauskommen würde auf ein riesiges Zuchthaus, auf ein kolossales Plötzensee, in dem es niemand aushalten würde. Im Zukunftsstaat

soll ja doch von der freien Wahl der Arbeitsstätte, des Berufs, der Art und Weise des Lebensgenusses nicht mehr die Rede sein. Jeder soll im Zukunftsstaat diejenige Arbeit verrichten und an der Stelle, wo sie ihm von oben vorgeschrieben wird. Und da sage ich — und da denkt wahrscheinlich die große Mehrheit des Reichstags mit mir —, daß dies eben eine Zuchthausordnung und ein Zuchthausstaat ist.

(Sehr richtig! — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe weiter hingewiesen auf den großen Raubzug, den die Sozialdemokratie projektiert, indem sie die Grundeigentümer, die Industriellen, die Kapitalisten ihres Besitzes entkleiden will. Ja, entweder hat die sozialdemokratische Forderung nach wirtschaftlicher Gleichheit keinen Sinn, oder sie bedeutet doch so viel, daß niemand mehr verdienen und besitzen soll als der andere, ohne Rücksicht auf die persönliche Leistung. Ein solcher Gesellschaftszustand ist natürlich nur herbeizuführen auf dem Wege der von Ihnen verlangten und gepriesenen Vergesellschaftung der Produktionsmittel und Verstaatlichung des Privateigentums an Kapital jeder Art. Und wenn nicht sogleich wieder neue Ungleichheiten entstehen sollen, so wird der sozialdemokratische Staat durch fortgesetzte und gleichmäßige Verteilung des Arbeitsertrages dafür sorgen müssen, daß nicht wieder neues Privateigentum entsteht. Praktisch gesprochen läuft das nach meiner Anschauung auf die allergrößte Ungerechtigkeit hinaus, weil jede besondere Anerkennung für persönliches Verdienst auf diese Weise befriedigt wird. Und da sagte ich, daß ein solcher Zustand nur einzuführen und durchzuführen wäre, wenn die Menschen, die nun einmal von persönlichen Interessen und Begierden erfüllte Wesen sind, in Engel verwandelt würden, zu denen Herr Bebel sich nicht rechnet, was ich begreife.

(Große Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat auch gesprochen von der Stellung der Beamten zur Sozialdemokratie. Ich nehme keinen Anstand, zu erklären, daß ein Beamter nicht Sozialdemokrat sein kann.

(Sehr richtig! rechts.)

Jeder Beamte hat seinem Monarchen den Eid der Treue geleistet. Die sozialdemokratische Partei bekennt sich trotz der heutigen ziemlich gewundenen Erklärung des Herrn Abgeordneten Bebel über diesen Punkt zum Republikanismus. Ein Beamter also, der für die Sozialdemokratie wirkt, der sich zur Sozialdemokratie rechnet, bricht seinen Eid

(sehr richtig! rechts);

ein Beamter, der Beamter bleibt mit sozialdemokratischen Anschauungen, macht sich des Eid- und Treubruchs schuldig.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Einen solchen Beamten werden wir nicht dulden.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat wieder gesprochen von den positiven Leistungen der Sozialdmokratie. Wo sind diese positiven Leistungen? Ich sehe nur eine fortgesetzte wüste Kritik, ich sehe einen ununterbrochenen Appell an die niedrigsten Instinkte, an die schlechtesten Leidenschaften

(sehr richtig!);

ich sehe einen blinden Fanatismus, einen engherzigen Dogmatismus, ich sehe das vollständige Fehlen aller derjenigen Eigenschaften, die man immer mit so großem Recht als gute deutsche Eigenschaften bezeichnet hat: die Innerlichkeit, das Zartgefühl, die Ehrerbietung — jawohl die Ehrerbietung, von der Goethe gesagt hat: „Mein Gemüt neigt zur Ehrerbietung" — ich sehe eine geistlose, humorlose, die Gemüter ausdörrende Agitation

(lebhafte Zustimmung),

die wie ein trockener Samum, wie ein entnervender Sirocco über die deutschen Lande hinweggeht.

(Lebhafte Zustimmung rechts.)

Meine Herren, die Klagen des Herrn Abgeordneten Bebel, seine erregten Anklagen über Druck, über Tyrannei und Helotentum, wie er sich heute ausdrückte — diese Klagen sind deshalb unbegründet und innerlich unwahr, weil der Herr Abgeordnete Bebel die gegenwärtigen, von ihm so heftig angegriffenen, von ihm mißachteten Zustände in Deutschland, die aber doch legale und verfassungsmäßige Zustände sind, beseitigen will, um uns hineinzuführen in seinen Absolutismus. Das würde allerdings ein Despotismus sein, der noch ganz anders ausschauen würde als der patriarchalische Absolutismus der alten Zeit, über den Herr Bebel eben hergezogen ist. Das würde ein Absolutismus werden, der in der Tat an diejenigen Zustände erinnern würde, von denen er neulich gesprochen hat, an die Zustände im sinkenden Rom. Über dem Lager der Sozialdemokratie weht nicht die Fahne wahrer Freiheit.

(Sehr richtig!)

Wenn die Sozialdemokraten jemals ans Ruder kämen, so würde man sagen, daß die Beschwerden, die sie vorher vorgebracht haben, daß die

Forderungen der Freiheit, die sie vorher aufgestellt haben, die ärgste Heuchelei sind, die jemals dagewesen ist.

(Sehr richtig rechts!)

Die Diktatur des Proletariats — das hat einer aus Ihren Reihen gesagt —, das würde die Diktatur der Klubredner und der Literaten sein.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist die Diktatur, die jetzt in Dresden im kleinen ihr struppiges Haupt erhoben hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Das ist die Diktatur, die im großen unter Blut und Tränen Frankreich gesehen hat 1794 und 1871. Das ist die Diktatur, von der ein glänzender, ein wirklich glänzender Geist der sozialistischen Richtung, Proudhon, gesagt hat: „Auf meine Ehre und Gewissen — schrieb Proudhon —, ich lasse mich lieber regieren von unseren alten Königen, die Jahrhunderte der Ehre und Wohlfahrt repräsentierten, als von Demagogen, die innerlich auf Volk und Staat pfeifen, und die dem ersteren nur schmeicheln, um sich des letzteren zu bemächtigen."

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ein tiefer Denker, der vor einigen Tagen in die Ewigkeit hinübergegangen ist, Herbert Spencer, hatte kurz vor seinem Tode einen Brief an einen französischen Freund geschrieben, in dem er als das Ergebnis eines achtzigjährigen Lebens erklärt, daß, wenn die sozialistische Weltanschauung triumphieren sollte, dies der härteste Schlag sein würde, der die menschliche Kultur bisher getroffen hätte.

(Hört! hört! — Sehr richtig! rechts.)

Und er hat hinzugefügt, daß, wenn die Sozialdemokratie triumphierte, sie sehr bald ersetzt werden würde durch die Militärdiktatur.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube nicht, meine Herren, daß die Sozialdemokratie triumphieren wird. Ich bin überzeugt, daß der gesunde Sinn des deutschen Volkes, daß die Festigkeit unserer Einrichtungen, daß die Vaterlandsliebe aller auf bürgerlichem Boden stehenden Parteien, daß die Einsicht und Entschlossenheit der Krone und ihrer Ratgeber ein derartiges Unheil von uns abwenden werden. Wo sie aber siegen sollte, da würde sicherlich das eintreffen, was Herbert Spencer vorausgesagt hat; es würde eintreffen, daß sie sehr bald Platz machen würde dem rohesten, brutalsten Säbelregiment, um das zu retten, was die modernen Barbaren noch übrig gelassen haben würden.

Mit der Polizei allein ist es nicht getan. Nur, wenn diejenigen Parteien — und damit möchte ich schließen —, wenn diejenigen Parteien, die auf dem Boden der bestehenden Ordnung der Dinge stehen, sich nicht übertreffen lassen von der Sozialdemokratie an Einigkeit, an Disziplin und Opferfreudigkeit, nur wenn sie der drohenden Gefahr mit Entschlossenheit, mit Besonnenheit, mit Festigkeit begegnen, nur dann, aber dann auch sicherlich, werden wir die Entwicklung des Vaterlandes in glücklichen, ruhigen und friedlichen Bahnen halten.

(Lebhafter Beifall.)

3. Maßregeln gegen die Sozialdemokratie.

Sitzung des Reichstages vom 15. Dezember 1903.[1])

Den Ausführungen des konservativen Abgeordneten Grafen zu Limburg-Stirum, die gesetzliche Maßnahmen zur Bekämpfung der Sozialdemokratie forderten, hielt der Reichskanzler folgendes entgegen.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Graf Stirum hat im Laufe seiner Ausführungen die Bemerkung fallen lassen, er vermisse bei der Regierung den zielbewußten Willen, er wolle Taten sehen. Das kann doch nur so viel heißen, als daß der Herr Abgeordnete Graf Stirum, wenn er an dieser Stelle stünde, gesetzliche Maßnahmen, daß er Repressivmaßregeln gegen die Sozialdemokratie in Vorschlag bringen würde. Ich erlaube mir die Frage an den Herrn Abgeordneten Grafen Stirum, ob er glaubt, daß gegenwärtig für solche Maßregeln in diesem Hause eine Mehrheit zu finden sein würde. Wenn aber hierfür keine Aussicht besteht, so würde ich es für einen Fehler halten, ohne zwingende Not und ohne sachlichen Nutzen Uneinigkeit und Zwiespalt unter die bürgerlichen Parteien zu tragen.

(Sehr richtig!)

Der Herr Abgeordnete Graf Stirum hat weiter hingewiesen auf die nur zu zahlreichen Fälle von sozialdemokratischem Terrorismus in den Werkstätten und auf den Arbeitsplätzen. Soweit solche Vorfälle strafbare Handlungen enthalten, fallen sie unter das Strafgesetz oder

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/04, 8. Sitzung.

unter die Bestimmungen der Gewerbeordnung. Daß Remedur erfolgen wird, soweit dies nach Lage der Gesetzgebung möglich ist, darauf können Sie sich verlassen, dafür wird die Regierung und werden alle Organe der Regierung sorgen. Wenn der Herr Abgeordnete Graf Stirum weitergehende Maßregeln wünscht, so steht es ihm frei, Initiativanträge einzubringen, und er wird sich dann davon überzeugen, ob solche Anträge in diesem Hohen Hause zurzeit auf eine Mehrheit zu rechnen haben oder nicht.

Der Herr Abgeordnete Graf Stirum hat auch nach dem Programm der Regierung gefragt. Ich glaube, daß ich mich in dieser Beziehung kaum deutlicher ausdrücken kann, als ich dies während der Debatten der letzten Tage schon getan habe. Das Programm der Regierung besteht darin, daß sie alles tun will, um gegenüber der Sozialdemokratie die Einigkeit unter den bürgerlichen Parteien und in der bürgerlichen Welt aufrechtzuerhalten, und soweit dies noch nicht der Fall ist, sie herbeizuführen; und daß sie trachten wird, zu vermeiden, was diese Einigkeit stören könnte.

Mit Entschiedenheit muß ich aber dagegen Verwahrung einlegen, daß die Regierung in der Bekämpfung verfassungswidriger Ziele der Sozialdemokratie es an der nötigen Festigkeit und Entschlossenheit fehlen lasse. Ich glaube aber, daß in diesem Kampfe Ruhe und Besonnenheit bessere Führer sind als Hastigkeit und unüberlegte Hitze.

(Sehr richtig!)

Vis consili expers mole ruit sua.

Ich glaube weiter, daß es ein Fehler ist, die Bereitwilligkeit und — ich füge hinzu — die Fähigkeit einer Regierung, staatsfeindliche Tendenzen der Sozialdemokratie zu bekämpfen, einzuschätzen lediglich nach dem Eifer, den sie für dieses oder jenes Sondergesetz an den Tag legt. Ich halte nicht viel von einer nervösen Gesetzesmacherei.

(Sehr richtig!)

Worauf es ankommt, ist, die öffentliche Ordnung jedem Angriff gegenüber mit vollem Nachdruck zu verteidigen, jeden, der es wagt, sich der Majestät des Gesetzes in den Weg zu stellen, rücksichtslos zu Boden zu werfen

(Unruhe bei den Sozialdemokraten),

die bestehenden Gesetze ohne Schlaffheit und mit Entschlossenheit anzuwenden, im übrigen aber die Anhänglichkeit an die im Interesse aller bestehenden Institutionen von allen Seiten zu pflegen, von allen Seiten

nach Möglichkeit zu vermeiden, was Unzufriedenheit schafft, die Ursachen begründeter Unzufriedenheit tunlichst aus dem Wege zu räumen, mit anderen Worten in gemeinsamer Arbeit zwischen den verbündeten Regierungen und dem Reichstage unser Haus so wohnlich einzurichten, daß sich alle in demselben so wohl fühlen, als das bei unserem zur Kritik geneigten Nationalcharakter möglich ist.

(Bravo!)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Graf Stirum hat eine Parallele gezogen zwischen unseren gegenwärtigen Zuständen und den Zuständen vor der französischen Revolution. Persönlich fühle ich mich von der Sorglosigkeit der damals in Frankreich regierenden Kreise vollkommen frei. Gewiß, die regierenden französischen Kreise jener Tage glaubten nicht, daß die Revolution kommen würde, und doch kam sie rasch und blutig. Aber wo sind denn jetzt die drückenden Vorrechte von Adel und Klerus? Wo die schwelgenden Höfe? Wo ist der roi, qui s'amuse? Wo sind die Zehnten und Fronden, unter denen damals in Frankreich Bauer und Bürger litten? Wir haben jetzt dank unserem alten großen Kaiser und seinem großen Kanzler ein soziales Königtum, wir haben soziale Gesetzgebungen an allen Ecken und Enden. Wir haben höchstens Meinungsverschiedenheiten über das Tempo dieser Gesetzgebung, aber wir haben keine ernstlichen Differenzen über die Notwendigkeit der sozialen Reformarbeit. Die deutschen Regierungen, die gegenüber dem Arbeiterstande ein so gutes Gewissen haben wie nur irgend eine Regierung der Welt, werden fortfahren in ihrem Bestreben, die Entwickelung unserer inneren Verhältnisse in ruhigen, friedlichen und in gesetzlichen Bahnen zu halten, soweit das der Größenwahn der sozialdemokratischen Führer, ihr Schüren des Klassenkampfes und ihr terroristisches Gebaren zuläßt. Und ich möchte wünschen, daß die Debatten dieser Tage nicht nur das Vertrauen der bürgerlichen Klassen zur Regierung bei der Abwehr des sozialdemokratischen Terrorismus, sondern auch das Selbstvertrauen der bürgerlichen Kreise, der bürgerlichen Gesellschaft kräftigen mögen, die sehr viel stärker ist, als sie selbst es glaubt!

(Lebhaftes Bravo.)

4. Der Einzug in das neue Herrenhaus.

Sitzung des Herrenhauses vom 16. Januar 1904.[1])

Am 16. Januar hielt das preußische Herrenhaus in seinem neu errichteten Heim die erste Sitzung ab. Den Vorsitz führte an Stelle des erkrankten Präsidenten Fürsten zu Wied der erste Vizepräsident Freiherr von Manteuffel. Nach dessen Eröffnungsansprache, die in ein dreimaliges Hoch auf den Kaiser und König ausklang, ergriff der Ministerpräsident das Wort.

Präsident des Staatsministeriums, Reichskanzler Graf von Bülow: Im Anschluß an die Begrüßungsworte Ihres verehrten Herrn Vizepräsidenten möchte ich meinerseits zurückgreifen auf die Glückwünsche, welche vor fünf Jahren bei der Eröffnung des neu erbauten Abgeordnetenhauses mein Herr Amtsvorgänger im Namen des Königlichen Staatsministeriums dem Landtag aussprach. Fürst zu Hohenlohe wünschte damals dem Hause der Abgeordneten als Begleiter in seine neue Arbeitsstätte den Geist der Treue und der opferwilligen Vaterlandsliebe, der während eines halben Jahrhunderts über der alten Arbeitsstätte gewaltet habe.

Heute, wo wir das neue Herrenhaus einweihen, sei es mir gestattet, anzuknüpfen an eine Erwartung, die ich aussprach, als ich zum ersten Male die Ehre hatte, als Ministerpräsident vor Ihnen zu erscheinen,[2]) an die Überzeugung, daß diese Versammlung, in der so viel Erfahrung und Einsicht vertreten sind, mit stets bewährtem Patriotismus und in immer gleicher Hingebung für Seine Majestät den Kaiser und König, jener Hingebung, der Ihr Präsident soeben beredten Ausdruck gegeben hat, die Königliche Staatsregierung unterstützen werde in ihrem Streben, gemeinsam mit der verfassungsmäßigen Landesvertretung das Wohl der Preußischen Monarchie zu fördern. Lassen Sie mich diese Zuversicht heute erneuern. Der größte Staatsmann, den Preußen und den Deutschland hervorgebracht hat, Fürst Bismarck, hat einmal gesagt,[3]) daß das Herrenhaus der Träger sein solle einer Politik, die nicht mit Leichtigkeit den Tagesströmungen folgt, sondern die den Regulator und den Ballast des Schiffes darstellt. Möge dieses noblesse oblige auch in diesem neuen Bau die Signatur Ihrer Beratungen und Beschlüsse bilden. Möge dieses Hohe Haus immer den

[1]) Sten. Ber. der Verhandl. d. Herrenhauses 1904, 1. Sitzung.
[2]) Vgl. Bd. I, S. 215ff.
[3]) Am 24. Januar 1865.

Blick gerichtet halten auf das große Ganze, auf die Fundamente der Preußischen Monarchie als des Grund- und Ecksteins des Deutschen Reiches. Möge das Herrenhaus immer ein Vorbild bleiben preußischer Gesinnung und preußischen Geistes, jener Gesinnung, die ich zusammenfasse dahin: Der König in Preußen voran, Preußen in Deutschland voran, Deutschland in der Welt voran.

(Lebhaftes Bravo.)

5. Der Aufstand der Hereros.

Sitzung des Reichstages vom 18. Januar 1904.[1]

Vor dem Eintritt in die Tagesordnung machte der Reichskanzler dem Reichstage Mitteilung über die durch den Ausbruch des Hereroaufstandes in Südwestafrika eingetretene Verschlimmerung der Lage. Er schloß mit einem Appell an die Einigkeit und Hilfsbereitschaft des Reichstages.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich betrachte es als meine Pflicht, diesem Hohen Hause Aufschluß zu geben über die ernsten Ereignisse in Südwestafrika und Ihnen Mitteilung zu machen von den Maßnahmen, die wir zum Schutze von Leben und Eigentum Hunderter von dortigen deutschen Ansiedlerfamilien unverzüglich ins Werk werden setzen müssen.

Der Aufstand der Hereros, der in wenigen Tagen einen so bedrohlichen Umfang angenommen hat, ist ohne sichtbaren Anlaß und auch für genaue Kenner des Schutzgebietes unerwartet zum Ausbruch gekommen. Die erste Nachricht über die Möglichkeit einer solchen Erhebung haben wir heute vor acht Tagen aus dem Schutzgebiet erhalten. Die seitdem eingegangenen und durchweg von uns sofort veröffentlichten Telegramme lassen leider keinen Zweifel an dem Ernst der Lage. Der Aufstand hat in wenigen Tagen den von der Eisenbahn durchzogenen und von Weißen am dichtesten besiedelten Teil der Kolonie ergriffen. Die Früchte des Fleißes und der Ausdauer eines Jahrzehnts sind im Aufstandsgebiet vernichtet worden; ein großer Teil der Ansiedler hat sein Eigentum an Haus und Hof, an Land und Vieh verloren. Schwerer noch ist die Sorge um das Schicksal der von ihren Farmen

[1] Sten. Ber. d. R. T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/04, 13. Sitzung.

nach den Stationen geflüchteten Weißen, die jetzt einen Verzweiflungskampf gegen eine Übermacht von Eingeborenen führen. Es läßt sich heute noch nicht übersehen, wie viele von den in weiten Entfernungen über das Land zerstreut wohnenden Farmerfamilien nicht mehr rechtzeitig die schützenden Mauern der Stationen zu erreichen vermochten. Der Aufstand ist in einem Zeitpunkt losgebrochen, wo sich der Gouverneur mit dem Gros der Schutztruppe infolge der Erhebung der Bondelzwarts im Süden des Schutzgebietes befindet, mehr als 20 Tagemärsche vom Schauplatz der gegenwärtigen Katastrophe entfernt. Daher sind die Zufluchtsorte in der Mitte der Kolonie nur mit schwachen, über ein weites Gebiet zersplitterten Streitkräften versehen. Okahandja, Otjimbingwe, Karibib sind in der äußersten Bedrängnis. Windhoek selbst, die Hauptstadt des Schutzgebiets, ist ernstlich bedroht.

Gleich die ersten Nachrichten zeigten die Notwendigkeit einer ansehnlichen Verstärkung der Schutztruppe. Infolgedessen wurde die Entsendung von 500 Mann mit 6 Maschinengewehren und 6 Maschinenkanonen vorbereitet. Ihre Zustimmung zu dieser Maßnahme wird im Wege von Vorlagen erbeten, die ich nach bereits erfolgter Genehmigung durch den Bundesrat Ihrem Herrn Präsidenten hier übergebe, und die einen Nachtragsetat für 1903 und einen Ergänzungsetat für 1904 umfassen. Die erwähnten Truppen können jedoch nicht vor dem 30. Januar und 6. Februar die Ausreise antreten. Die am Sonnabend eingetroffenen Nachrichten indessen, die das Schlimmste befürchten lassen, machen sofortige weitere Maßnahmen notwendig. Es sind deshalb noch gestern alle Vorbereitungen getroffen worden, um ein zusammengestelltes Bataillon Marineinfanterie in der Stärke von etwa 500 Mann nebst einigen Geschützen und einem Detachement Eisenbahnpioniere mit der größten Beschleunigung nach Swakopmund zu instradieren. Diese Truppen werden am Donnerstag[2] Nachmittag in See gehen können auf einem Dampfer des Norddeutschen Lloyd, dessen Eintreffen in Swakopmund am 8. Februar erwartet werden darf.

Für die Kosten, die durch die Aussendung der Marineinfanterie und des Eisenbahndetachements entstehen, und deren Höhe sich heute noch nicht feststellen läßt, werde ich zur gegebenen Zeit die nachträgliche Genehmigung des Hohen Hauses nachsuchen.

Bis zum Eintreffen der Marineinfanterie wird ein jetzt unterwegs befindlicher Ablösungstransport von 230 Mann, der am 3. Februar in

[2] Am 21. Januar.

Swakopmund fällig ist, bereits einige Unterstützungen gebracht haben. Außerdem hat das in Kapstadt stationierte Kanonenboot „Habicht" Befehl erhalten, nach Swakopmund in See zu gehen. Das Schiff wird vermutlich bereits heute dort eintreffen.

Meine Herren, die geplanten Maßnahmen sind, soweit sich die Sachlage bis jetzt übersehen läßt, das Mindestmaß dessen, was wir unseren in der Kolonie in vollster Pflichttreue tätigen Beamten und Soldaten schuldig sind, wie auch denjenigen, welche sich dort angesiedelt haben im Vertrauen auf den Schutz des mächtigen Deutschen Reiches, und vor allen Dingen unserer deutschen Mitbürger, die im fernen Lande deutschem Wesen eine neue Heimstätte begründet haben.

Die Vorgänge der letzten Tage, die Hilferufe unserer auf das äußerste gefährdeten Landsleute werden — das hoffen die verbündeten Regierungen zuversichtlich — das deutsche Volk und seine Vertretungen einmütig finden in sofortigem Handeln zum Schutze der Bedrängten und zur Verteidigung der Ehre unserer Flagge.

(Bravo!)

6. Totalisator. — Wasserwirtschaftliche Fragen. — Staatsminister von Maybach. — Handelsverträge. — Polenpolitik.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 23. Januar 1904.[1])

Auf der Tagesordnung stand die erste Beratung des Staatshaushaltsetats für 1904/05. Nach dem Grafen zu Limburg-Stirum hatte der Abgeordnete Richter zum Etat gesprochen. Die beiden Reden gaben dem Ministerpräsidenten Anlaß zur Erwiderung.

Ministerpräsident, Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich darf es dem Herrn Minister für Landwirtschaft überlassen, auf die Auslassungen des Herrn Vorredners über den Totalisator und die damit zusammenhängenden Fragen zu erwidern. Ich möchte meinerseits nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß der Herr Vorredner bei diesem Anlaß ohne Grund die Person Seiner Majestät des Königs in die Diskussion gezogen hat.

(Zuruf links: Wo denn?)

[1]) Verhandl. d. Hauses d. Abg., 20. Leg.-Per., I. Session 1904, 3. Sitzung.

Ich möchte hinzufügen, daß das Interesse Seiner Majestät für die Hebung der Landespferdezucht nicht zurückzuführen ist auf irgendwelche persönliche Liebhaberei, sondern auf richtige Einsicht in den Wert dieses wichtigen Zweiges der Landwirtschaft, wie auf Rücksichten auf die Erhaltung unserer Wehrkraft.

Ich hatte gehofft, daß der Herr Abgeordnete Richter mir in den wasserwirtschaftlichen Fragen Schonzeit gewähren würde, bis die betreffenden Gesetzentwürfe diesem Hohen Hause vorliegen. Nachdem er aber schon heute über mich hergefallen ist, wie Zieten aus dem Busch

(Heiterkeit),

muß ich mich sofort gegen seine Angriffe zur Wehre setzen.

Der Herr Abgeordnete Richter hat der Königlichen Staatsregierung und mir Inkonsequenz vorgeworfen. Er hat gemeint, daß die Königliche Staatsregierung ursprünglich nur den Bau des Kanals vom Rhein bis zur Elbe ins Auge gefaßt hätte; er hat weiter gesagt, daß bei der großen wasserwirtschaftlichen Vorlage vom Jahre 1900 der Mittellandkanal noch immer das Hauptstück gewesen sei; er hat endlich gemeint, daß die jetzt in der Thronrede angekündigten Vorlagen nur dem Osten nützten, und daß der Westen dabei zu kurz komme. Der Herr Abgeordnete Richter hat auch Bezug genommen auf die Erklärung, die ich — es war ja wohl am 3. Mai 1901 — hier abgegeben habe, daß die damalige wasserwirtschaftliche Vorlage ein zusammenhängendes Ganze[2]) bilde, aus dem einzelne Bestandteile nicht ausgeschaltet werden könnten. Daraus entnimmt der Herr Abgeordnete Richter gegen mich den Vorwurf der Inkonsequenz. Das gehört wohl zu den ungerechtesten Vorwürfen, die mir in meinem politischen Leben noch gemacht worden sind.

(Widerspruch und Lachen bei den Freisinnigen.)

Ich habe, seitdem ich Ministerpräsident bin, stets betont, daß die Behandlung der wasserwirtschaftlichen Fragen ausschließlich vom wirtschaftlichen Standpunkte zu erfolgen habe, und daß dabei in erster Linie praktische Gesichtspunkte maßgebend sein müssen. Ich bin also in der Behandlung dieser Fragen durchaus konsequent geblieben. Im übrigen aber, meine Herren, muß ich es ablehnen, ein Konsequenzenmacher zu sein. Die starre Konsequenz, der atrox animus Catonis, daß man im Jahre 1904 voll und unentwegt dasselbe sagt, was man im Jahre

[2]) Vgl. Bd. I, S. 221.

1867 gesagt hat, das mag dem Parteiführer schön anstehen, aber in der praktischen Leitung großer politischer Geschäfte an verantwortlicher Stelle kommt man nicht weit damit.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Königliche Staatsregierung muß mit den Verhältnissen rechnen, wie sie tatsächlich liegen. Tatsache ist, daß die Provinz Schlesien und die übrigen im Flußgebiet der Oder belegenen Gebietsteile wiederholt von verheerenden Überschwemmungen heimgesucht worden sind. Tatsache ist, daß die Provinz Schlesien im vergangenen Sommer der Schauplatz einer Hochwasserkatastrophe gewesen ist, so schwer wie kaum je zuvor.

(Sehr richtig! rechts.)

Tatsache ist, daß durch diese Überschwemmung die Bewohner jener Landesteile auf das empfindlichste an Hab und Gut geschädigt worden sind. Tatsache ist, daß dabei sogar Menschenleben verloren gegangen sind. Tatsache ist, daß wiederholt große Summen aus Staatsmitteln haben flüssig gemacht werden müssen zur Beseitigung und zur Vergütung der durch Überschwemmungen angerichteten Schäden. Vor diesen Tatsachen kann ich die Augen nicht verschließen. Diese Tatsachen legen mir als preußischem Ministerpräsidenten die Pflicht auf, den betroffenen Landesteilen unter die Arme zu greifen und so rasch als möglich alle Vorkehrungen zu treffen gegen die Wiederholung derartiger verhängnisvoller Ereignisse. Die Königliche Staatsregierung hat ihren grundsätzlichen Standpunkt in der Behandlung der wasserwirtschaftlichen Fragen nicht aufgegeben und braucht ihn nicht zu verleugnen. Die Staatsregierung glaubt auch heute, daß die Herstellung eines zusammenhängenden und wirklich leistungsfähigen Wasserbahnnetzes im Interesse der Gesamtheit liegen würde. Sie ist auch heute der Ansicht, daß solche das ganze Gebiet der Monarchie durchquerenden Wasserstraßen in Verbindung mit den schon erbauten oder noch zu erbauenden Schienengleisen unserer wirtschaftlichen Entwicklung neue Antriebe und gangbare Pfade darbieten würden. Aber nach den Ereignissen des vergangenen Sommers glaubt die Königliche Staatsregierung, daß von allen wasserwirtschaftlichen Fragen diejenige der Herstellung wirksamer Schutzmaßregeln gegen die Hochwassergefahren der Oder, der Havel und der Spree die brennendste ist. Deshalb hat die Königliche Staatsregierung die Regelung dieser Frage der Regelung der anderen Frage vorangestellt. Wo die Gefahr am höchsten ist, da ist auch die Pflicht zur

Abhilfe am nächsten. Indem die Königliche Staatsregierung das Schutzbedürfnis des Ostens in erste Linie stellt, und indem sie die Gesichtspunkte des Hochwasserschutzes und der Landeskultur trennt von den Gesichtspunkten des Verkehrs, hofft die Königliche Staatsregierung, daß dieses Hohe Haus den Verkehrswünschen des Westens, soweit sie in der Thronrede als dringend notwendig anerkannt worden sind, aus Gründen ausgleichender Gerechtigkeit — dies Wort wiederhole ich auch heute — und aus Gründen hohen wirtschaftlichen Interesses seine Zustimmung erteilen wird. Sie hofft, daß es auf diese Weise möglich sein wird, eine Streitfrage, die nur zu lange und in mehr als einer Richtung hemmend und störend gewirkt hat, durch ein allseitig annehmbares positives Ergebnis aus der Welt zu schaffen.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Richter mir weiter Nachgiebigkeit vorgeworfen. Er hat gemeint, ich hätte die Waffen gestreckt vor der Mehrheit dieses Hohen Hauses. Ich gestehe, meine Herren, daß dieser Vorwurf mich eigentümlich berührt aus dem Munde des Herrn Abgeordneten Richter

(sehr richtig! rechts),

der doch ein Liberaler, der doch konstitutionell sein will.

(Sehr richtig!)

Das zeigt wieder einmal, daß das Temperament und daß der Eigenwille stärker sind als alle Theorie und alle Doktrin. Ich habe immer dunkel gefühlt, daß ich eigentlich viel liberaler und viel konstitutioneller bin als der Herr Abgeordnete Richter

(Heiterkeit);

aber bei dieser Gelegenheit ist es mir recht deutlich geworden. Ich möchte mit der Mehrheit dieses Hohen Hauses rechnen, ich möchte Rücksicht nehmen auf die Mehrheit dieses Hohen Hauses; der Herr Abgeordnete Richter möchte, daß ich der Mehrheit dieses Hohen Hauses über den Leib ginge, daß ich mich gar nicht kümmerte um die Wünsche, um den Standpunkt der Mehrheit dieses Hohen Hauses.

(Zuruf bei den Freisinnigen.)

Der Herr Abgeordnete Richter ist liberal, und er ist konstitutionell; aber mit der reservatio mentalis, daß es immer nach seinem Willen gehen soll

(sehr richtig! und Heiterkeit):

„Und das Haus absolut, wenn es meinen Willen tut!" Er möchte, daß es zwischen diesem Hohen Hause und ihm so herginge, wie in jener

Ehe, wo die Frau zu ihrem Manne sagte: „Wenn wir beide, sagte sie, derselben Meinung sind, dann hast du recht, wenn wir aber verschiedener Meinung sind, dann habe ich recht."

(Große Heiterkeit.)

Ich, meine Herren, halte es für die Pflicht eines preußischen Ministerpräsidenten, zu tun, was ihm möglich ist, um eine Entfremdung zu verhindern zwischen der Regierung und denjenigen staatserhaltenden Faktoren, die gemeinsam mit der Regierung die Grundlagen verteidigen sollen, auf welchen die preußische Monarchie aufgebaut ist

(bravo! rechts),

und gerade jetzt, in unserer Zeit, halte ich es doppelt für meine Pflicht, zu tun, was von mir abhängt, damit diese beiden Faktoren zusammengehen können. Wenn zum Schaden des Landes ein solches Zusammengehen und ein solches Zusammenstehen vereitelt werden sollte, so soll vor dem Lande und vor der Geschichte die Verantwortung dafür nicht mich treffen.

Meine Herren, ich möchte jetzt mit einigen Worten eingehen auf die Auslassungen des ersten Herrn Redners aus diesem Hohen Hause, des Herrn Grafen Stirum. Ich will mich vor allem im Namen der Königlichen Staatsregierung allem anschließen, was der Abgeordnete Graf Stirum gesagt hat über den vor zwei Tagen verstorbenen früheren Bautenminister Herrn von Maybach.[3]) Graf Stirum hat in treffender Weise das Wesen dieses ausgezeichneten Mannes charakterisiert, der durch seine Arbeitskraft und Arbeitsfreudigkeit, seine Pflichttreue und seinen aufrechten Charakter ein Vorbild war für jeden preußischen Beamten, der ein Repräsentant war unseres preußischen Beamtentums im besten und höchsten Sinne des Worts.

(Bravo!)

---

[3]) Graf Stirum hatte gesagt: „Wenn ich nun einige Worte über die Eisenbahnen sage, so lassen Sie mich vorweg des Mannes gedenken, der vor einigen Tagen aus dem Leben geschieden ist, dem wir die großen Erfolge unserer Eisenbahnen verdanken (Bravo!), des Staatsministers von Maybach. Die Älteren unter uns, die den Herrn hier in der Arbeit gesehen haben, müssen sich seiner erinnern als eines vornehmen Mannes von starkem Rückgrat, gerecht in jeder Beziehung und tüchtig, wie man ihn nur als Muster eines preußischen Beamten hinstellen kann. Ich halte es für richtig, daß wir hier an dieser Stelle seiner gedenken. Denn wenn wir auf die Resultate unserer Eisenbahnverstaatlichung sehen, so ist das einer der größten Erfolge für unseren Staat, die in der großen Zeit, die hinter uns liegt, erzielt worden sind." (Bravo! rechts).

Der Name des Ministers von Maybach, der unter der genialen Leitung des Fürsten Bismarck die Verstaatlichung unserer Eisenbahnen durchgeführt hat, wird fortleben in der preußischen Geschichte.

(Bravo!)

Der Herr Abgeordnete Graf Stirum hat weiter zur Sprache gebracht die Frage der Kündigung der Handelsverträge. Graf Stirum hat selbst daran erinnert, daß es die Königliche Staatsregierung wiederholt für bedenklich erklärt hat, diese Frage in diesem hohen Hause zu verhandeln. Ich habe im Reichstag es stets mit Entschiedenheit abgelehnt, mich dort über innere Landesangelegenheiten eines Bundesstaats und insbesondere über innerpreußische Angelegenheiten auszulassen. Ich habe im Reichstag keinen Zweifel darüber gelassen, daß ich Eingriffen in die verfassungsmäßige Zuständigkeit der Einzelstaaten entgegentreten müßte. Gegenüber den Bemerkungen des Herrn Abgeordneten Grafen Stirum muß ich an das Wort erinnern:

Was du nicht willst, das man dir tu,
Das füg auch keinem andern zu!

Ich muß davor warnen, hier Themata zu behandeln, die vor das Forum des Reichstags gehören. Wenn man mir einwendet, daß es nützlich ist, hier Reichsangelegenheiten zu erörtern und zu kritisieren, so erwidere ich, daß wir dem Reichstag dann nicht das Recht verwehren könnten, innerpreußische, =braunschweigische, =bayerische Angelegenheiten in den Bereich seiner Diskussion zu ziehen. Ob ein solches gegenseitiges Kritisieren, ein solches Hinübergreifen in die wechselseitigen Sphären und Kompetenzen nützlich ist, ist mir in hohem Grade fraglich.

Wenn aber der Herr Abgeordnete Graf Stirum fürchtet, daß die Handelsverträge zum Nachteil der Landwirtschaft ausfallen würden, so erwidere ich, daß ich in die Vertragsverhandlungen eingetreten bin mit derselben Absicht und mit demselben festen Vorsatz, mit dem ich seinerzeit eingetreten bin in die Zolltarifaktion, nämlich mit der Absicht und dem Vorsatz, für unsere Landwirtschaft so viel durchzusetzen, als die Rücksicht auf die anderen Erwerbsstände und die Rücksicht auf das Allgemeinwohl es irgendwie gestatten. Und wenn Graf Stirum gemeint hat, daß die Handelsvertagsverhandlungen langsam vonstatten gingen, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß es sich handelt um die Prüfung von Hunderten von Positionen, daß es sich handelt um den Verkehr zwischen Ländern, die in sehr lebendigen und sehr ausgedehnten Handelsbeziehungen zueinander stehen, daß es sich darum handelt, zahl=

reiche Interessen auszugleichen und viele Divergenzen zu beseitigen. Das kann nicht von heute auf morgen, das kann nur allmählich geschehen.

Meine Herren, ich glaube, daß die große Mehrheit dieses Hohen Hauses, ebenso wie die Mehrheit des Reichstages und wie die Mehrheit im Lande das baldige Zustandekommen von Handelsverträgen auf für uns annehmbarer Basis wünscht. Die verbündeten Regierungen sind von dem lebhaften Wunsche erfüllt, sobald als möglich unseren Zolltarif in Kraft treten zu lassen und die Vorteile, die er der Landwirtschaft bietet, dieser sobald als möglich zu gewähren. Ich möchte aber den Wunsch aussprechen, daß die Position unserer Unterhändler und der Regierungen, die hinter diesen Unterhändlern stehen, von allen Seiten gestärkt werden möge, gestärkt auch dadurch, daß Sie uns das Vertrauen schenken, daß wir die Interessen der heimatlichen Arbeit mit derselben Entschiedenheit und derselben Sachkenntnis wahrnehmen, wie dies von den Unterhändlern anderer Länder zum Vorteil dieser Länder vorausgesetzt wird.

Der Herr Abgeordnete Graf Stirum ist auch auf die Mittelstandspolitik zu sprechen gekommen und hat bei dieser Gelegenheit Vorwürfe gegen meinen Stellvertreter im Reich, gegen den Herrn Staatssekretär des Innern erhoben. Der Herr Graf Stirum meinte, daß wir nicht genügend einträten für den Mittelstand, d. h. für die Forderung des Handwerks und des Kleingewerbes, für die Erhaltung und Kräftigung des Bauernstandes und des Kleinhandels. Wenn der Herr Abgeordnete Graf Stirum mir Mangel an Interesse und Mangel an Verständnis für die Mittelstandspolitik in diesem Sinne vorwirft, so tut er mir unrecht, und ich darf hinzufügen, daß er dem Staatssekretär des Innern, dem Grafen Posadowsky, gerade so sehr unrecht tut. Ich bin mir der Bedeutung dieser weiten Kreise unseres Volkes in wirtschaftlicher wie in sozialpolitischer Hinsicht sehr wohl bewußt. Ich weiß, daß sie in unserem staatlichen Organismus wie in unserem Volksleben einen bedeutsamen Faktor darstellen, dessen Pflege für uns von dem größten Interesse ist. Ich weiß auch, daß die moderne Entwicklung der Dinge mit ihrem Zug nach den großen Städten, mit der Erstarkung des Großbetriebes, mit der Vervollkommnung der Verkehrsmittel gerade diesen Schichten ihren Kampf um ihre Existenz in hohem Grade erschwert. Mit dieser Entwicklung müssen wir rechnen. Zurückschrauben können wir sie nicht. Aber allerdings betrachte ich es als die Pflicht der Regierung, hier ausgleichend einzugreifen, soweit sich die wirtschaftlich schwachen Teile der Bevölkerung aus eigener Kraft nicht wehren und

erhalten können. Ich muß aber für die verbündeten Regierungen das Verdienst in Anspruch nehmen, daß sie sich dieser ihrer Pflicht gegenüber dem Mittelstande stets bewußt gewesen sind. Ich berufe mich in dieser Beziehung auf unsere ganze Handwerkergesetzgebung, auf die Gesetze zur Regelung des Genossenschaftswesens, auf das Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb. Daß die Gesetze zum Besten des Mittelstandes noch manche Lücke enthalten, daß sie in mancher Beziehung verbesserungsfähig sind, daß, meine Herren, für den Mittelstand noch viel geschehen kann, das geben wir vollkommen zu. Die verbündeten Regierungen sind aber bereit, gemeinsam mit den dazu berufenen Faktoren zu tun, was in ihren Kräften steht, um dem Mittelstande in den Grenzen des Möglichen weiter zu Hilfe zu kommen.

Meine Herren, nun hat der Herr Abgeordnete Richter auch von unserer Polenpolitik gesprochen, und er hat gemeint, daß mit unserer Polenpolitik und daß insbesondere mit dem Ansiedlungsgesetze das Gegenteil des von uns gewollten Effekts erreicht würde. Darauf entgegne ich, daß von polnischer Seite unsere Ostmarkenpolitik, unser Vorgehen in den östlichen Provinzen und insbesondere das Ansiedlungsgesetz doch nicht mit solcher Lebhaftigkeit bekämpft werden würde, wenn diese unsere Maßnahmen schartige Waffen wären. Ich glaube, daß ohne diese Maßregeln, die wir getroffen haben, die großpolnische Agitation noch weitere Fortschritte gemacht haben würde.

(Sehr richtig!)

Ich glaube weiter, daß, wenn mit den bisherigen Gesetzen noch nichts erreicht worden wäre, nicht die Frage entstehen würde, ob wir diese Gesetze abzuschaffen haben, sondern ob sie nicht noch zu verschärfen wären.

(Sehr richtig!)

Ich glaube, daß der leitende Gedanke dieser Gesetze, das Deutschtum im Osten zu stärken, immer bessere Früchte tragen wird, je ruhiger, fester und konsequenter wir unsere Ostmarkenpolitik fortsetzen.

Der Herr Abgeordnete Graf Stirum hat auch die Verhältnisse in Oberschlesien berührt. Die Entwicklung der Dinge in Oberschlesien hat, seitdem ich an die Spitze der Königlichen Staatsregierung berufen worden bin, meine besondere Aufmerksamkeit in Anspruch genommen. Es unterliegt für mich keinem Zweifel, daß die polnische Agitation in Oberschlesien, welches auch ihre anfänglichen Ziele gewesen sein mögen, nach und nach einen bewußt und direkt antipreußischen und antideutschen Charakter angenommen hat.

(Sehr richtig!)

Ich berufe mich in dieser Beziehung auf das Entstehen der Gornoslazakpartei; ich berufe mich auf das Entstehen einer polnisch-sozialdemakratischen, durch die „Gazeta Robotnicka" vertretene Partei. Ich berufe mich auch auf die immer unverhüllteren Bekenntnisse der früher nicht so intransigenten Katolikpartei, daß auch ihre Ziele großpolnische wären. Die großpolnische Agitation in Oberschlesien verfolgt zweifellos die Absicht, die Bevölkerung von Oberschlesien in wirtschaftlicher, sozialer, politischer Hinsicht vom Deutschtum abzulösen und dem Großpolentum zuzuführen. Dazu dienen Presse, Vereine, Versammlungen, Volksbibliotheken auf der einen Seite, auf der anderen Konsumvereine, Volksbanken, insbesondere die Beuthener Parzellierungsbank. Die Anstrengungen der großpolnischen Agitation in Oberschlesien entsprechen dem Interesse, welches diese Agitation daran hat, mit Schlesien und durch Oberschlesien eine Brücke von Krakau nach Posen zu schlagen. Um so größeren Wert müssen wir darauf legen, Oberschlesien preußisch und deutsch zu erhalten. Oberschlesien ist das Land des Eisens, das Land der schwarzen Diamanten, das Land des Massenaufgebotes. Wir brauchen die Bodenschätze von Oberschlesien gerade so notwendig im Frieden für unsere wirtschaftliche Entwicklung, wie wir sie im Falle auswärtiger Verwickelungen gebrauchen würden zu unserer Verteidigung. Die stetige und gehässige Hervorkehrung des Gegensatzes zwischen der polnischen Arbeiterschaft in Oberschlesien und den dortigen deutschen Großgrundbesitzern und Unternehmern bedeutet schon im Frieden eine ernste Gefahr.

(Sehr richtig!)

Im Falle von Verwickelungen würde die großpolnische Durchsetzung der Massen in dem dicht bevölkerten und hart an der Landesgrenze gelegenen Schlesien noch ernstere Gefahren in sich bergen. Ein Blick auf die Karte beweist, daß es kaum einen Punkt der Monarchie gibt, wo die Erhaltung deutscher Sitte und Sprache, preußischer und deutscher Gesinnung so notwendig ist als gerade in Oberschlesien.

Wenn ich also hervorhebe, daß die großpolnische Gefahr in Oberschlesien eine sehr ernste ist, so liegen doch nach meiner Ansicht die Verhältnisse in Oberschlesien in vieler Beziehung anders als in Posen und Westpreußen.

(Sehr richtig!)

Das hängt schon mit historischen Gründen zusammen. Während Westpreußen und Posen bis zu ihrer Einverleibung zu Preußen zum polnischen Reiche gehörten, die politischen Schicksale von Polen teilten, hat

schon seit dem Mittelalter jeder staatliche Zusammenhang zwischen Schlesien und Polen aufgehört. Mittelschlesien und Niederschlesien sind dann auch ähnlich wie ein großer Teil unseres Nordostens durch allmähliche innere Entwicklung ganz deutsch geworden. Durch die exponierte Lage des Landes zwischen slawischen Nachbarstaaten und Einwanderungen von dort hat sich aber in Oberschlesien neben dem Deutschen noch eine andere Sprache erhalten, das sogenannte Wasserpolnisch. Die großpolnische Agitation beruft sich auf das Bestehen dieser besonderen Mundart, auf ihre Verwandtschaft mit der polnischen Sprache, auf ihren Gegensatz zum Deutschen, um auch Schlesien für ihr Großpolen zu reklamieren. Historische Gründe können dafür, wie ich oben darlegte, in keiner Weise angeführt werden. Richtig aber ist tatsächlich, daß die großpolnische Agitation bei den Massen in Schlesien der großpolnischen Idee vielfach Eingang verschafft hat.

Hand in Hand mit der großpolnischen Agitation in Schlesien geht die sozialdemokratische Agitation. Die eine arbeitet der anderen in die Hände; in der Feindschaft gegen jede Autorität, gegen monarchische und vaterländische Gesinnung steht die eine der anderen nicht nach. Wenn aber die Art der polnischen Gefahr in Oberschlesien eine andere ist als in Posen und Westpreußen, so werden wir auch in Oberschlesien zwar ebenso energische und nachhaltige, aber doch andersartige Maßregeln ergreifen müssen wie in Posen und Westpreußen. Über die Einzelheiten dieser Maßnahmen werden sich die beteiligten Herren Ressortminister auslassen. Ich möchte meinerseits nur noch ein Wort hinzufügen. Von manchen Seiten werden auch für Oberschlesien vor allem repressive und mechanische Maßregeln auf dem Gebiete des Vereinsrechts, der Presse und der polizeilichen Verordnungen anempfohlen und als Allheilmittel gepriesen. Ich vermag den Wert dieser Mittel nicht so hoch zu schätzen. Ein guter Kenner der Verhältnisse in Oberschlesien sagte mir einmal, das komme ihm vor, wie die Bettdecke, die sich einer über die Ohren ziehe, um selbst weiter schlafen zu können und nicht mit der eigenen Person und dem eigenen Vermögen in den Kampf eintreten zu müssen. Der Mangel an Eigenarbeit und insbesondere an Kleinarbeit im täglichen Berufsleben für nationale Zwecke ist auf deutscher Seite in unseren östlichen Provinzen leider vielfach eine betrübende Begleiterscheinung des Kampfes, der dort geführt wird. Ich scheue mich nicht, es offen auszusprechen, daß die führende deutsche Oberschicht in Oberschlesien noch mehr als bisher die eigenen Hände rühren muß. Mit Versammlungen, mit Resolutionen, mit dem Anrufen

der Regierung ist es nicht allein getan. Was das Polentum in Oberschlesien auf dem Gebiete des Vereins- und Preßwesens, für wirtschaftliche und für Bildungszwecke, auf dem so wichtigen Gebiete des Kreditwesens geleistet hat, das muß das Deutschtum nicht nur nachahmen und erreichen, sondern noch übertreffen. An der Spitze der Provinz Schlesien steht als Oberpräsident ein durch Erfahrung, Kenntnisse und Charakter gleich hervorragender Staatsmann, dem aus seiner früheren Tätigkeit die Verhältnisse gerade in Oberschlesien sehr wohl bekannt sind.[4] Er hat zu seiner Verfügung den Dispositionsfonds des Oberpräsidenten für die Erhaltung und Stärkung des Deutschtums im Regierungsbezirk Oppeln. Wenn dieser Dispositionsfonds nicht ausreichen sollte, so werde ich für seine Verstärkung Sorge tragen.

(Bravo! rechts.)

Wenn nun das so intelligente, durch Besitz und Bildung gleich ausgezeichnete deutsche Element in Oberschlesien selbst ernstlich mithilft und selbst die Hand an den Pflug legt, so wird auch die deutsche Sache in Oberschlesien wie in allen unseren östlichen Provinzen nicht rückwärts, sondern vorwärts gehen. Die Königliche Staatsregierung wird auch in Oberschlesien die Deutschen nicht im Stiche lassen; sie wird alles tun, was in ihrer Macht steht, damit Schlesien das bleibt, was es gewesen ist, seitdem es dem Degen des Großen Königs gehuldigt hat, ein preußisches und ein deutsches Land.

(Bravo! rechts.)

7. Russische Anarchisten.

Sitzung des Reichstages vom 29. Februar 1904.[1]

Bei der Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats stand der Etat der Reichsjustizverwaltung auf der Tagesordnung. Diese Gelegenheit benutzte der Abgeordnete Bebel zu einem scharfen Angriff gegen die polizeilichen Maßnahmen, die in Deutschland, speziell in Preußen verdächtigen Personen aus Rußland gegenüber in Anwendung gebracht werden. Ihm trat der Reichskanzler mit den folgenden Darlegungen entgegen.

[4] Herzog zu Trachenberg, Fürst von Hatzfeld.

[1] Sten.-Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/4, 45. Sitzung.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, vor zwei Stunden wurde mir telephoniert, daß der Herr Abgeordnete Bebel eine donnernde Rede halten würde.

(Heiterkeit.)

Daraufhin habe ich das Krankenzimmer verlassen, an das ich durch eine starke Grippe gefesselt war. Ich bitte um Nachsicht, wenn ich mit belegter Stimme spreche; ich wollte aber nicht auf das Vergnügen verzichten, dem Herrn Abgeordneten Bebel sogleich zu antworten. Ich freue mich übrigens, daß ich hier Gelegenheit habe, mich über eine Frage auszusprechen, welche die gesetzgebenden Körperschaften im Reiche und in Preußen in der letzten Zeit wiederholt beschäftigt hat. Die preußischen Herren Ressortminister und der Herr Staatssekretär des Äußeren haben Ihnen die Gründe auseinandergesetzt, aus denen wir zur Überwachung russischer Anarchisten einen russischen Agenten in Berlin zugelassen haben. Ich glaube, daß alle Regierungen die Pflicht haben, sich gegenüber der anarchistischen Propaganda gegenseitig zu unterstützen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich glaube weiter, daß dem internationalen Charakter der vom Anarchismus drohenden Gefahr von den Regierungen eine internationale Gemeinsamkeit der Abwehr entgegengesetzt werden muß

(sehr richtig!),

und ich glaube endlich, daß die moralische Pest des Anarchismus geradeso bekämpft werden muß wie jede andere Seuche.

(Sehr richtig!)

Während des letzten Jahrzehnts sind der Präsident der französischen Republik Carnot, der Präsident der Vereinigten Staaten Mac Kinley, der König Humbert von Italien, die Kaiserin Elisabeth von Österreich, der spanische Ministerpräsident Canovas del Castillo, der russische Minister des Innern Sjipjägin dem Messer oder dem Revolver elender Mordbuben zum Opfer gefallen.

(Hört! hört!)

Und da sollten wir uns scheuen, internationale Maßregeln zu ergreifen, um derartigen Greueln vorzubeugen? Da sollten wir ängstlich davor zurückscheuen, uns zu verteidigen gegen Leute, die ihrerseits keinerlei Rücksicht kennen, die Schrecken und Mord als ihren obersten Grundsatz anerkennen?

(Sehr richtig!)

Die Herren Ressortminister haben Ihnen eingehend dargelegt, unter welchen Bedingungen und Einschränkungen jener russische Agent bei uns zugelassen wird. Die Zulassung ist immer nur eine widerrufliche. Der Betreffende hat sich lediglich auf die Beobachtung russischer Staatsangehöriger zu beschränken, und er hat sich streng zu halten innerhalb der durch unsere Gesetze gezogenen Grenzen. Er hat insbesondere in Deutschland keinerlei obrigkeitliche oder obrigkeitartige Befugnisse auszuüben. Die Tätigkeit des russischen Agenten soll von den deutschen Behörden sorgsam überwacht werden. Im Rahmen dieser Einschränkungen und im Rahmen unserer Gesetze stehen meines Erachtens wie in andern Ländern so auch bei uns der Zulassung eines solchen Agenten Bedenken nicht im Wege. Sie ist ein Akt staatlicher Notwehr gegenüber Bestrebungen, welche eine Gefahr bilden für jede staatliche Ordnung.

(Sehr wahr!)

Das steht nicht im Widerspruch mit dem Gastrecht, welches bei uns jeder Fremde genießt, der legitime Zwecke verfolgt.

(Sehr richtig!)

Es ist gesagt worden, daß ich in der Ausweisungspolitik Dinge getan oder zugelassen hätte, welche die nationale Würde des deutschen Volks verletzten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Das „sehr richtig!", welches eben von den sozialdemokratischen Bänken ertönt, macht auf mich keinen Eindruck, denn auf nationalem Gebiete halte ich die Sozialdemokratie nicht für zuständig.

(Lebhafter Widerspruch und Unruhe links.)

Zu meinem Bedauern ist mir aber auch in nichtsozialistischen Blättern der ungerechte und törichte Vorwurf gemacht worden, als ob ich in dieser Beziehung unserer nationalen Würde etwas vergeben hätte. Als ich dieses Hohe Haus betrat, wurde mir erzählt, daß der Herr Abgeordnete Dr. Müller (Meiningen) an den Ausspruch des Fürsten von Bismarck: „Wir Deutsche fürchten Gott und sonst nichts in der Welt!" appelliert und mir vorgeworfen habe, in der Handhabung unserer Fremdenpolizei Rußland gegenüber von diesem stolzen Ausspruch abgewichen zu sein. Ich habe vor zwei Jahren einmal gesagt, daß ich den Herrn Abgeordneten Dr. Müller (Meiningen) für einen geistvollen Mann hielte.[2])

(Na! na! rechts. Heiterkeit.)

---

[2]) Vgl. Bd. I, S. 424.

Das nehme ich auch heute nicht zurück. Aber ein geistreicher Mann braucht nicht immer in der politischen Praxis beschlagen zu sein.

(Sehr wahr! Heiterkeit.)

Unsere Akten bieten ein reichhaltiges Material für die Beurteilung der Methode, welche Fürst Bismarck in solchen Fragen für die dem deutschen Interesse entsprechende hielt. Ich will nur zwei Fälle herausgreifen.

Der eine Fall betrifft die in den Jahren 1881 und 1882 spielende Angelegenheit der Ausweisung des russischen Staatsangehörigen Stanislaus Mendelssohn, der andere die Auslieferung des russischen Staatsangehörigen Leon Deutsch-Buligin vom Jahre 1884.

Mendelssohn sollte einer von uns der russischen Regierung erteilten Zusage gemäß nach der russischen Grenze hin ausgewiesen und den russischen Grenzbehörden überliefert werden. Die russischen Behörden wurden jedoch nicht rechtzeitig benachrichtigt, und so gelang es Mendelssohn, zu entkommen, ehe die Übergabe an die russischen Behörden erfolgen konnte. Darüber enthalten nun die Akten folgendes.

In einem Schreiben an den Justizminister und an den Minister des Innern sagt der Staatssekretär des Auswärtigen Amts, also der Vertreter des Reichskanzlers Fürsten von Bismarck:

> Die russische Regierung legt großen Wert darauf, des Mendelssohn habhaft zu werden, und ich halte es aus politischen Rücksichten für angezeigt, diesem Wunsch unsererseits tunlichst entgegenzukommen . . . .

(Hört! hört! links.)

> Die Ausweisung würde rechtlich zulässig sein, selbst wenn sie nur aus Gefälligkeit gegen die russische Regierung geschähe.

Sodann heißt es in einem Erlaß nach St. Petersburg:

> Ew. pp. wollen sich darüber Gewißheit verschaffen, ob seitens der russischen Regierung . . . betreffs dieser Ausweisung (i. e. Mendelssohn und Genossen) noch besondere Wünsche bestehen.

In einem damaligen Memorandum des Auswärtigen Amts über den Fall Mendelssohn hieß es am Schluß:

> Russischerseits wird dieser Ausgang der Sache unseren inneren Behörden als ein Mangel an Willfährigkeit ausgelegt.

Dazu bemerkt Fürst Bismarck in einem eigenhändigen Marginal:

> Mit vollem Recht, und das Verhalten steht mit den Anstrengungen, die ich mache, um Vertrauen in Petersburg zu wecken, in einem für unsere russischen Beziehungen schädlichen Widerspruch.

(Hört! hört!)

Endlich finden sich in einem vom Fürsten von Bismarck selbst unterzeichneten Erlasse an unseren damaligen Geschäftsträger in Petersburg folgende Sätze:

> Das eingeschlagene Verfahren steht mit meinen Intentionen in direktem Widerspruch, und ich bedaure lebhaft, daß . . . der russischen Regierung begründeter Anlaß gegebenen worden ist, an der Aufrichtigkeit der ihr früher erteilten Zusage zu zweifeln.

Deutsch, der von der russischen Regierung als Nihilist bezeichnet wurde, war auf deren Antrag von der badischen Regierung ausgeliefert und später vom Militärbezirksgericht in Odessa zu Zwangsarbeit verurteilt worden.

Zur Charakteristik des Standpunkts des ersten Reichskanzlers dienen folgende Stellen aus den den Fall Deutsch betreffenden Akten des Auswärtigen Amts.

In einem Erlaß an den preußischen Gesandten in Darmstadt sagt im Auftrage des Fürsten Bismarck der Staatssekretär Graf Hatzfeldt:

> Ich bemerke ergebenst, daß es für unsere politischen Beziehungen zu Rußland nützlich sein würde, wenn in diesem Falle dem berechtigten Wunsche der russischen Regierung, eines von ihr als gefährlich und verwegen bezeichneten, aus russischen Gefängnissen flüchtig gewordenen russischen Revolutionärs habhaft zu werden, unsererseits entgegengekommen werden könnte.

Ein Schreiben desselben Staatssekretärs an das Großherzoglich Badische Staatsministerium enthält folgenden Passus:

> Da der Deutsch in Rußland wegen gemeiner Verbrechen verfolgt wird und überdies aus politischen Gründen Wert darauf zu legen ist, in diesem Falle den Wünschen der russischen Regierung gerecht zu werden, glaube ich mich der Hoffnung hingeben zu dürfen, daß das Großherzogliche Staatsministerium bereit sein werde, seine Mitwirkung dazu eintreten zu lassen, um den Verhafteten in die Hände der russischen Behörde zu liefern.

In einem über diese Angelegenheit Seiner Majestät dem Kaiser erstatteten Immediatbericht sagt Fürst Bismarck:

> Für den Fall jedoch, daß sich diese Beibringung

— nämlich der zur Auslieferung erforderlichen Beweisstücke —

> verzögern sollte, wünscht sie,

— nämlich die russische Regierung —

daß die Ausweisung des Genannten in einer Weise ausgeführt werde, welche es den russischen Behörden ermögliche, ihn auf russischem Gebiet zu ergreifen. Seine Majestät der Kaiser von Rußland nimmt persönlich großes Interesse daran, daß der von seiner Regierung ausgesprochene Wunsch erfüllt werde. Für die Pflege unserer Beziehungen zu Rußland ist es nach meinem ehrfurchtsvollen Dafürhalten von Wichtigkeit, daß unsererseits alles geschieht, um den gedachten Wunsch zu entsprechen.

In einem ebenfalls von dem Fürsten selbst unterschriebenen Erlaß an das Großherzoglich Badische Staatsministerium heißt es:

Seine Majestät der Kaiser von Rußland legt großen Wert darauf, daß dieser gefährliche und in anderen Verbrechen implizierte Nihilist in Rußland zur Untersuchung gezogen werden könne. Die Erfüllung oder Versagung dieses Begehrens wird deshalb nicht ohne Rückwirkung auf die Empfindungen bleiben, welche der Kaiser Alexander der deutschen Politik gegenüber hegt, und welche durch unsere auswärtige Politik im Interesse des Friedens mit Sorgfalt und Erfolg gepflegt worden sind. Nach der Verfassung Rußlands sind die persönlichen Überzeugungen und Eindrücke des Kaisers maßgebend für die Politik unseres großen Nachbarreiches. Unter diesen Umständen ist es aus politischen Rücksichten wichtig, daß den Wünschen der russischen Regierung entsprochen werde. Sollte die Auslieferung dennoch versagt werden, so würde das Auswärtige Amt und die Diplomatie die Verantwortlichkeit für die Rückwirkung der Versagung auf die Beziehungen des Reiches zu Rußland ablehnen müssen.

So weit Fürst Bismarck.

Ich füge hinzu, daß von uns während der letzten fünf Jahre nur drei russische Revolutionäre über die Grenze ausgewiesen worden sind, und zwar waren dies zweifellose Anarchisten, die wir selbst nicht behalten konnten, und deren Übernahme wir auch anderen Ländern nicht zumuten konnten. Außer diesen drei notorischen Anarchisten, die über die russische Grenze ausgewiesen worden sind, sind noch eine größere Anzahl politisch verdächtiger Personen der Ausweisung als lästige Ausländer verfallen. Aber kein einziger dieser politisch Verdächtigen ist über die russische Grenze abgeschoben worden.

Ich erkläre also, daß alles, was hier vorgebracht worden ist über angebliche Liebedienerei der deutschen Behörden gegenüber russischen

Behörden, über eine angebliche Schwäche der deutschen Regierung gegenüber der russischen Regierung — daß das alles der Wahrheit nicht entspricht.

(Hört! hört!)

Ich erinnere ferner an zweierlei. Einmal daran, daß die von deutscher Seite bei dem russischen Schriftenschmuggel beteiligten Hauptpersonen der sozialdemokratischen Partei angehörten.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Ich erinnere weiter daran, daß unter den Schriften und Büchern, welche zu dem Einschreiten in Königsberg Veranlassung gegeben haben, terroristische und anarchistische Brandschriften der übelsten Art sich befanden.

(Hört! hört!)

Nun hat allerdings der Herr Abgeordnete Bebel soeben gesagt, das wären Kuckuckseier gewesen, diese anarchistischen und terroristischen Broschüren seien von raffinierten Spitzeln den harmlosen Genossen

(Heiterkeit)

untergeschoben werden. Verlangen Sie wirklich, Herr Bebel, daß ich das glauben soll?

(Lebhafte Zurufe rechts.)

Das scheint mir an Kühnheit der Erfindung fast heranzureichen an das berühmte Märchen, an den großartigen Schwindel von dem Kaiserschloß auf Pichelswerder.

(Sehr gut! und große Heiterkeit.)

Nächstens werde ich wohl zu hören bekommen, daß die Schimpfereien auf dem Dresdener Parteitag, daß jenes anmutige Plätschern in dem Jungbrunnen des Herrn Abgeordneten Bebel von der preußischen Polizei, von der preußischen Regierung, von mir angestiftet worden sei.

(Sehr gut! und stürmische Heiterkeit.)

Die Wahrheit wird wohl sein, daß diese blutrünstigen Proklamationen, diese Broschüren, in denen zu Mord und Totschlag aufgefordert wird, ausgegangen sind von Leuten, mit denen sich die deutsche Sozialdemokratie in eine ziemlich weitgehende Geschäftsverbindung eingelassen zu haben scheint.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! — Zwischenrufe von den Sozialdemokraten.)

Die Wahrheit wird wohl sein, daß es deutsche Sozialdemokraten waren, die diese bluttriefenden Manifeste über die russische Grenze schmuggeln wollten.

Nun ist heute auch gesagt worden, es sei sehr schwierig, zu definieren, wer eigentlich Anarchist sei, und welche Handlungen als anarchistische zu betrachten und zu behandeln wären. In der Theorie mag das schwierig sein, wenn es sich z. B. um die Redaktion eines Gesetzentwurfs handelt. In der Praxis liegt die Sache aber doch bedeutend einfacher. Ich glaube, daß niemand in diesem Hohen Hause, der daran zweifelt, daß Schriften, wie sie neulich mein verehrter Nachbar, der hier neben mir sitzt, der Herr Justizminister, im preußischen Abgeordnetenhause verlesen hat, einen anarchistischen Charakter tragen.

(Sehr richtig!)

Ich möchte aber auch darauf hinweisen, daß die Bestimmung, auf welche Russen sich die Beobachtungstätigkeit des russischen Agenten zu erstrecken hat, und über wen ihm Auskunft zu erteilen ist, in Deutschland lediglich den deutschen Behörden zusteht. Diese haben die Pflicht, darüber zu wachen, daß der russischen Polizei nicht weiter, aber so weit Hilfe geleistet wird, wie dies der Zweck der solidarischen Bekämpfung des Anarchismus erheischt. Kommen dabei Fehlgriffe vor, so werden sie korrigiert werden. Von Maßnahmen gegen russische Liberale oder gar gegen deutsche Staatsangehörige ist gar nicht die Rede. Es ist noch keinem russischen Studenten, der sich bei uns bilden, der in unseren Hörsälen, in unseren Universitäten der Wissenschaft leben will, irgendwelches Hindernis in den Weg gelegt worden. Die fremden Studenten werden bei uns mit derselben Liberalität behandelt wie die einheimischen. Aber die Entscheidung darüber, was Fremde bei uns tun, und was sie nicht tun dürfen, steht der Regierung dieses Landes zu, nicht fremden Nihilisten und ihren Beratern und Helfern von der sozialdemokratischen Partei.

(Lebhafte Zustimmung.)

Und wenn die fremden Herren sich bei uns so mausig machen, wie sie dies in der letzten Zeit getan haben, wenn sie so impertinente Erklärungen verfassen, wie sie Herr Bebel soeben verlesen hat, und wie sie in der Tat die hiesigen slavischen Studenten unter Führung des Herrn Mandelstamm und Silberfarb

(stürmische Heiterkeit)

vor einiger Zeit vom Stapel gelassen haben, so werde ich dafür sorgen, daß solche Leute ausgewiesen werden.

(Lebhafte Zustimmung. Zuruf von den Sozialdemokraten.)

In keinem Lande der Welt würde ein solcher Unfug von Fremden geduldet werden.

(Sehr richtig!)

In keinem anderen Lande würden Fremde sich das herausnehmen. Mitleid und Nachsicht dort, wo sie am Platze sind, Duldung und Schutz für solche, die sich unter unsere Gesetze stellen und sie beobachten, und die sich anständig aufführen.

(Sehr richtig!)

Aber wir sind in Deutschland noch nicht so weit gekommen, daß wir uns von solchen Schnorrern und Verschwörern auf der Nase herumtanzen lassen.

(Lebhafte Zustimmung. Zuruf von den Sozialdemokraten.)

Für ein Laboratorium mit nihilistischen Sprengstoffen sind wir zu gut.

(Bravo!)

Meine Herren, der ganze Lärm, welchen die Sozialdemokratie schlägt wegen der Ausweisungen und wegen der Vorgänge in Königsberg, fließt aus derselben Quelle wie das ununterbrochene Toben der sozialdemokratischen Presse gegen Rußland und die heftigen Angriffe, die heute wieder Herr Bebel gegen Rußland gerichtet hat. Der Zweck, der damit verfolgt wird, ist, uns mit Rußland zu verhetzen.

(Sehr richtig!)

Der Zweck, der damit verfolgt wird, ist, Revolution und Krieg zu entfesseln. Der Herr Abgeordnete Bebel hat eben mit einer gewissen Verlegenheit gesprochen von einem Artikel, den sein Freund Herr Kautsky in der „Neuen Zeit" geschrieben hat. Er schilderte Herrn Kautsky als einen Ideologen. Ich glaube, Herr Kautsky ist mehr. Herr Kautsky ist anerkanntermaßen das publizistische Sprachrohr des Herrn Bebel

(sehr gut! rechts),

er ist sein Leibjournalist

(Heiterkeit),

er steht zu dem Abgeordneten Bebel so, wie weiland der Großinquisitor in Spanien zum Könige stand: er zeigt mit dem Stock auf diejenigen, die verbrannt werden sollen. Das haben ja die armen Revisionisten in Dresden und später erfahren.

(Heiterkeit. Sehr richtig!)

Also in einem Artikel des sozialdemokratischen Organs par excellence, in der „Neuen Zeit" schreibt Herr Kautsky:

Das Zarentum so viel nur möglich zu diskreditieren, ist heute eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie.

(Hört! hört!)

Wenn es erst gelungen wäre, in Rußland der Revolution zum Siege zu verhelfen

— so führt Herr Kautsky weiter aus —,

würde die Rückwirkung auf ganz Europa eine ganz gewaltige sein

(Hört! hört!)

Ein revolutionäres Rußland würde die Balkanhalbinsel überschwemmen. Dann würde Österreich gesprengt werden, dann würde der Bundesstaat in Deutschland dem Einheitsstaat Platz machen müssen, dann würde Polen wiederhergestellt werden.

(Hört! hört!)

Und der Artikel gipfelt in den Worten:

Sollte es nicht möglich sein, daß schon aus diesen Kämpfen sich schließlich eine herrschende Stellung des Proletariats im Deutschen Reich ergibt?

(Hört! hört!)

Also darum, damit wir hier in Deutschland mit dem Zukunftsstaat, der Zuchthausordnung

(Lärm bei den Sozialdemokraten — sehr richtig!)

und der Diktatur des Herrn Abgeordneten Bebel beglückt werden

(Heiterkeit),

darum sollen wir den Nihilisten erlauben, daß sie nach Herzenslust bei uns wühlen und konspirieren.

(Sehr richtig!)

Das werden wir nicht tun. Wir werden nicht dulden, daß vom deutschen Gebiete aus feindliche Machinationen gegen den russischen Staat oder gegen einen anderen Staat getrieben werden.

(Sehr richtig!)

Wenn es nach dem Herrn Abgeordneten Bebel ginge, dann würden wir allerdings bald in Krieg mit aller Welt sein. Heute reibt er sich an Rußland, morgen möchte er in Rumänien oder Armenien, übermorgen in Südafrika intervenieren. Das würde eine Hans-Dampf-Politik werden, eine abenteuerliche und phantastische Politik, um mich eines Lieblingsausdrucks des Herrn Abgeordneten Bebel zu bedienen,

wie sie noch gar nicht dagewesen ist. Eine solche Politik werden wir nicht führen, sondern wir werden unbekümmert um sozialdemokratische Quertreibereien die friedlichen, vertrauensvollen und guten Beziehungen aufrechterhalten, die uns jetzt mit anderen Staaten verbinden.

(Lebhafter anhaltender Beifall auf allen Seiten des Hauses. Zischen bei den Sozialdemokraten.)

8. Aufhebung von § 2 des Jesuitengesetzes.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 16. März 1904.[1])

Der Bundesrat hatte in seiner Sitzung vom 9. März 1904 der vom Reichstag beschlossenen Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes vom 4. Juli 1872 seine Zustimmung gegeben. Darüber war in weiten Kreisen des Volkes eine Verstimmung und Erregung entstanden, die im wesentlichen auf Unkenntnis des Sachverhalts und auf die Tagespresse zurückzuführen war. Deshalb ergriff Graf Bülow gern die Gelegenheit, im preußischen Hause der Abgeordneten, wo bei der Beratung des Kultusetats der Abgeordnete Dr. von Heydebrand und der Lase diese Angelegenheit zur Sprache brachte, sich über die Haltung der Verbündeten Regierungen zu äußern.

Ministerpräsident, Reichskanzler Graf von Bülow:

Als ich diesen Saal betrat, drückte der Herr Abgeordnete Hackenberg die Besorgnis aus, daß die Königliche Staatsregierung auf kirchenpolitischem Gebiete Zugeständnisse mache, durch welche die nationale Weiterentwickelung geschädigt werden könnte. Er sprach von Nachgiebigkeit gegenüber einer Partei dieses Hohen Hauses, gegenüber dem Zentrum; er sprach auch von kleinen Geschenken. In der Presse bin ich sogar dem Worte Kuhhandel begegnet.

(Heiterkeit.)

Ich freue mich, daß ich Gelegenheit habe, diese Vorwürfe einmal von dieser Stelle aus zu beleuchten.

Was soll denn das ewige Geschrei — ich spreche selbstverständlich nicht von Geschrei in diesem Hohen Hause

(Heiterkeit),

wo die Diskussion zu meiner Genugtuung in ruhigen und würdigen Bahnen läuft, sondern ich spreche von dem Geschrei außerhalb dieses Hohen

[1]) Verhandl. d. Hauses d. Abg. 20. Leg.-Per., I. Session 1904, 43. Sitzung.

Hauses — was soll das Geschrei von Nachgiebigkeit gegenüber dem Zentrum, über Abhängigkeit der Regierung vom Zentrum, über Kuhhandel? Wo sind denn die Kühe, die Staatskühe, die ich habe wegtreiben lassen

(Heiterkeit. — Zuruf des Abgeordneten Dr. Friedberg: Nanu!),

Herr Dr. Friedberg! ich sehe auch nicht das kleinste Kälbchen.

Ich möchte einmal die Liste derjenigen Zugeständnisse durchgehen, die man mir vorgeworfen hat als Konzessionen an den Ultramontanismus. Wenn ich dabei auch Fragen berühren muß, die, streng genommen, nicht vor das Forum dieses Hohen Hauses, sondern vor das Forum des Reichstages gehören, so tue ich es, um derartige Anklagen nicht unwidersprochen ins Land gehen zu lassen. Was hat man mir also alles vorgeworfen als Nachgiebigkeit gegenüber dem Zentrum?

Man hat mir als solche ankreiden wollen das Gesetz für die Sicherung des Wahlgeheimnisses, das sogenannte Klosettgesetz. Diese Forderung war, bevor sie erfüllt wurde, von keiner Seite sehr ernstlich bekämpft worden

(oh, oh! rechts),

und sie war gestellt und urgiert worden von liberaler Seite und von niemandem lebhafter als von dem früheren Herrn Abgeordneten Barth, den doch niemand für einen heimlichen Affiliierten des Zentrums halten konnte.

(Heiterkeit.)

Man hat mir weiter vorgeworfen als Konzession an das Zentrum die Erhöhung des Zolles auf Malzgerste.

(Heiterkeit.)

Wenn Sie es interessiert, so will ich Ihnen verraten, daß die erste Anregung zu einer Unterscheidung zwischen Malz- und Futtergerste von einem liberalen Abgeordneten an mich herangetragen worden ist.

Der Fall Spahn? Der Dr. Martin Spahn ist für seine Stelle durchaus qualifiziert. Die Berufung eines katholischen Gelehrten auf den neu gegründeten Lehrstuhl für Geschichte in Straßburg und die katholische Fakultät in Straßburg, zwei Maßnahmen, die seit Jahr und Tag einen breiten Raum in den kirchenpolitischen Diskussionen eingenommen haben. Ich habe schon einmal in diesem Hohen Hause nachgewiesen und der Staatssekretär von Elsaß-Lothringen, Herr von Köller, hat vor dem Reichstage dargelegt, daß diese beiden Maßnahmen getroffen wurden im Interesse des Reichsgedankens, im Interesse der Gewinnung der Reichslande für die Reichsidee, und daß nach der Überzeugung der

zuständigsten Kenner der elsaß-lothringischen Verhältnisse, des früheren Statthalters, des verewigten Fürsten von Hohenlohe-Schillingsfürst, und des gegenwärtigen Statthalters, des Fürsten von Hohenlohe-Langenburg, sie nützlich waren und nützlich gewirkt haben.

Ich komme nun zur Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes. Diese Aufhebung hat in den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Hackenberg einen verhältnismäßig geringen Raum eingenommen. Ich muß aber gegenüber der von dem Abgeordneten von Heydebrand mit Recht konstatierten Erregung im Lande auf diesen Punkt ausführlicher eingehen. In dieser Angelegenheit hat man mir zweierlei vorgeworfen. Man hat mir vorgeworfen, daß ich mich für die Aufhebung des § 2 erklärt und eingesetzt habe, und man hat mir die Taktik vorgeworfen, die ich in dieser Beziehung eingeschlagen hätte. Ich wende mich zunächst zu dem letztgenannten Vorwurf, den mir der Vorredner, der Herr Abgeordnete von Heydebrand, gemacht hat. Man hat getadelt, daß ich durch meine Ankündigung im Reichstage über die Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes die ganze Frage aufgerührt hätte, ohne sicher zu sein, daß die Bundesregierungen meinem Antrage zustimmen würden. Bei dieser Gelegenheit will ich auch der falschen Behauptung entgegentreten, als ob die Bundesregierungen darüber verstimmt gewesen wären, da ich sie von dieser meiner Ankündigung nicht vorher in Kenntnis gesetzt habe. Was, meine Herren, habe ich denn — ich glaube, es war am 3. Februar v. J. — im Reichstag gesagt? Ich habe gesagt, daß die Zulassung von Niederlassungen des Ordens der Gesellschaft Jesu die Zustimmung der Verbündeten Regierungen nicht finden würde.[2] Dieser Standpunkt der Verbündeten Regierungen hat sich nicht geändert, Herr von Heydebrand, und darin liegt die Antwort auf die Frage, die Sie soeben an mich gerichtet haben. Die Verbündeten Regierungen sind auch heute noch ohne Ausnahme der Ansicht, daß die Zulassung von Niederlassungen des Ordens der Gesellschaft Jesu nicht angängig und nicht möglich sei. An keiner maßgebenden Stelle besteht die Absicht, den § 1 des Jesuitengesetzes aufzuheben.

(Bravo!)

Ich habe damals, am 3. Februar, aber weiter gesagt, daß nach meiner Ansicht die konfessionellen Verhältnisse innerhalb des Reiches die Aufrechterhaltung des § 2 nicht mehr notwendig erscheinen ließen. In diesem Sinne würde ich, soweit ich Einfluß hätte auf die Instruierung der

[2] Vgl. Bd. I, S. 413 f.

preußischen Stimmen, Stellung nehmen zu den vorliegenden Initiativanträgen des Reichstages. Ich habe nur von meinen persönlichen Ansichten und Absichten gesprochen. Ich habe nicht das Versprechen abgegeben, daß der § 2 sogleich aufgehoben werden würde, und ich konnte dieses Versprechen gar nicht abgeben. Ich habe nicht einmal zugesagt, daß die preußischen Stimmen in diesem Sinne abgegeben werden würden. Ich habe mich nur dafür verbürgt, daß ich meinen Einfluß auf die preußischen Stimmen verwerten würde im Sinne der Aufhebung des § 2. Die Zustimmung des preußischen Staatsministeriums zu gewinnen, ist mir sogleich gelungen. Die Zustimmung der Mehrheit der Verbündeten Regierungen zu gewinnen, ist mir erst nach einem Jahre gelungen. Aber nicht nur waren selbstverständlich meine Absichten vollkommen loyal, sondern auch mein Vorgehen war durchaus korrekt. Wenn ich die Bundesregierungen von meinen Absichten nicht vorher in Kenntnis gesetzt habe, so geschieht dies aus besonderer Rücksicht. In einer so heiklen Angelegenheit wollte ich die Verantwortung nicht auf andere Schultern schieben, sondern ich hielt es für richtig, die Hauptverantwortlichkeit auf mich zu nehmen und es den Bundesregierungen zu überlassen, ob sie sich dieser meiner Auffassung anschließen wollten oder nicht. Ich verrate auch kein Geheimnis, wenn ich sage, daß sich die Mehrheit der Bundesregierungen wohl schon früher für die Aufhebung des § 2 entschlossen haben würde, wenn nicht gerade in jenem Augenblik das Vorgehen des Herrn Bischofs von Trier eine Erregung in protestantische Kreise hineingetragen hätte, welche ihre Rückwirkung auf die Entschließungen des Bundesrats nicht verfehlte. Die Mehrheit der Bundesregierungen war bis vor kurzem der Ansicht, daß die Aufhebung des § 2 doch nicht indiziert sei. Mit dieser Stimmung des Bundesrats mußte ich rechnen. Für meine Person bin ich von Anfang an der Ansicht gewesen und geblieben, daß die Aufhebung des § 2 ein Gebot der politischen Zweckmäßigkeit wie der Billigkeit war.

Die Gründe, auf die sich diese meine Auffassung stützte, sind ungefähr die gleichen, welche Herr von Bennigsen im Jahre 1896 entwickelt hat. Ich brauche die damaligen Ausführungen des Führers der nationalliberalen Partei nicht zu verlesen: sie werden Ihnen allen bekannt sein. Wenn aber behauptet worden ist, Herr von Bennigsen habe seine Erklärung unter anderen Umständen als später abgegeben, so erinnere ich daran, daß ein Jahr später, im Jahre 1897, der Herr Abgeordnete Marquardsen im Namen der nationalliberalen Partei wiederum erklärte, die Mehrheit der nationalliberalen Partei würde für

die Aufhebung des § 2 stimmen. In demselben Sinne nahm 1899 der Herr Abgeordnete Büsing Stellung. Diese Haltung der nationalliberalen Partei hat sich auch nicht geändert, als ich am 3. Februar v. J. meine Erklärung abgab. Der Herr Abgeordnete Franken erklärte damals — und wie ich annahm im Namen der nationalliberalen Partei —, er würde sich freuen, wenn die Aufhebung des § 2 dazu beitragen würde, den religiösen Frieden zu fördern. Und noch im vergangenen Sommer, im Juni vorigen Jahres, während die Wahlbewegung ihre höchsten Wellen schlug, erklärte der Führer der nationalliberalen Partei, der Abgeordnete Bassermann, in einer sehr beachtenswerten und beachteten Wahlrede, die er in Karlsruhe hielt — diese Worte des Herrn Abgeordneten Bassermann möchte ich doch verlesen gegenüber den Angriffen, die wegen der Aufhebung des § 2 gegen die Königliche Staatsregierung gerichtet worden sind —, da also erklärte der Herr Abgeordnete Bassermann wörtlich folgendes: „Er könne die Erklärung nicht abgeben, daß er künftighin gegen die Aufhebung des § 2 stimmen werde. Die nationalliberale Partei habe ihren Mitgliedern freie Hand gelassen. Der Abgeordnete Bassermann fragte:

> Wollen wir uns auf kirchenpolitischem Gebiet für Polizeigesetze begeistern? Ist heute die Zeit illiberaler Ketzerrichterei gekommen? Gilt der Satz, daß nur der, der im § 2 des Jesuitengesetzes den Angelpunkt unserer inneren Politik zu erkennen vermag, ein freisinniger Mann ist, der den unverfälschten Liberalismus in seiner Mannesbrust trägt?

Jedenfalls hat die Mehrheit der Partei, der Herr Abgeordneter Hackenberg angehört, bei jeder Abstimmung über das Jesuitengesetz für die Aufhebung des § 2 gestimmt.

Nun bin ich allerdings in liberalen Blättern hier und da der Behauptung begegnet, es hätten manche liberale Abgeordnete nur deshalb für die Aufhebung des § 2 gestimmt, weil sie sich der stillen Hoffnung hingegeben hätten, die Regierungen würden dieser Aufhebung nicht zustimmen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, was soll ich dazu sagen? Ich verstehe allenfalls — es ist gewiß nicht mein Standpunkt — aber allenfalls verstehe ich, wie man den Standpunkt einnehmen kann, daß der parlamentarische Apparat schädlich oder überflüssig ist. Aber wenn man, wie wir alle, auf verfassungsmäßigem, konstitutionellem Boden steht, dann, meine Herren,

begreife ich nicht, wie man das Parlament und parlamentarische Anträge so wenig ernst nehmen kann, daß man Beschlüsse faßt mit der Erwartung, in der stillen Hoffnung, mit der reservatio mentalis: die Regierung würde nicht darauf eingehen.

(Heiterkeit und Sehr gut!)

Das ist beinahe jesuitisch, Herr Hackenberg!

(Große Heiterkeit.)

Ich mache also die Herren darauf aufmerksam, daß ich viel zu konstitutionell bin, als daß ich in Abstimmungen und Anträgen nicht immer die ernstliche Absicht sehen sollte, das Beschlossene und Beantragte nun auch wirklich realisiert zu sehen.

(Sehr gut!)

Also, meine Herren, mein Standpunkt in der Frage der Aufhebung des § 2 entsprach durchaus dem Standpunkt, welchen die Mehrheit der nationalliberalen Partei seit vielen Jahren und bis in die letzte Zeit eingenommen hat. Meine Haltung entsprach aber auch dem Standpunkt, den die konservative Partei eingenommen hat. Sie wissen alle, meine Herren, daß unter dem Antrag auf Aufhebung des § 2 die Namen standen des Herrn Grafen von Stirum, des Herrn Frhrn. von Richthofen, des leider verstorbenen Abgeordneten Grafen Clemens Klinckowström, des von uns allen beklagten Herrn von Levetzow und vieler anderer hervorragender konservativer Abgeordneter. Und wer konservative Autorität nicht gelten lassen will, den hat mit Recht der Herr Abgeordnete Porsch soeben daran erinnert, daß der erste Antrag auf Aufhebung des § 2 ausgegangen ist von einem Liberalen, von einem ausgesprochenen Liberalen, von einem alten Fortschrittsmann, von dem Herrn Abgeordneten Rickert, daß der erste förmliche Antrag den Namen des Herrn Abgeordneten Rickert trug.

Also in der Frage der Aufhebung des Artikels 2 befinde ich mich im Einklang nicht nur mit dem, was ich für nützlich und notwendig halte für das Land, sondern auch mit allen Parteien, mit der großen Mehrheit des Reichstags, und insbesondere auch mit der Mehrheit der nationalliberalen Partei. Wenn man, wie soeben Herr von Heydebrand, von Schwäche gesprochen hat, so kann es sich keinesfalls um Schwäche handeln gegenüber irgend einer Partei, sondern es kann sich nur handeln um ein freundliches Entgegenkommen gegenüber einem Beschluß, den mit überwältigender Mehrheit der Reichstag angenommen hat. Und wenn — was ich bestreite — in dieser Frage gesündigt

worden wäre, so wären wir allzumal Sünder, und niemand würde das Recht haben, sich hinzustellen und zu sagen: Ich danke dir, Gott, daß ich nicht bin wie der Ministerpräsident.

(Heiterkeit.)

Ich möchte noch eins sagen. Ich bin auch der Annahme begegnet, als ob ich die Aufregung nicht vorausgesehen hätte, welche die Aufhebung des § 2 hervorrufen würde. Das ist ein Irrtum. Diesen Sturm habe ich sehr wohl vorausgesehen. Ich bin aber der Ansicht, daß ein leitender Minister seine Politik unmöglich einrichten kann auf Beifall oder Mißfallen, auf Applaus oder Zischen, daß er auch die Unpopularität nicht scheuen muß, sondern daß er lediglich das tun muß, was dem ruhig und pflichtmäßig erwogenen Interesse des Landes entspricht.

Endlich möchte ich doch noch darauf hinweisen, daß sogar der engere Ausschuß für die Abwehrbewegung gegen die Zulassung der Jesuiten in das Deutsche Reich am 1. März 1895 den Mitgliedern des Bundesrats Abdrücke einer Petition gegen die Aufhebung des Jesuitengesetzes übersandt hat, in der es heißt:

> Es liegt uns wenig daran, ob die Befugnis, einzelne Jesuiten als Privatpersonen auszuweisen oder zu internieren, fortbesteht; alles dagegen kommt darauf an, daß die Ordenstätigkeit der Jesuiten nach wie vor im Deutschen Reiche untersagt bleibt.

Zu den Unterzeichnern dieser Petition gehören zahlreiche Personen, die jetzt noch eine Rolle spielen im Evangelischen Bund. Also auch hier, meine Herren, auch in dieser Frage der Aufhebung des § 2 ist von Schwäche und Nachgiebigkeit nicht die Rede. Ich wiederhole noch einmal: wo sind die Kühe, die ich habe wegtreiben lassen? Es ist nichts geschehen, weder auf gesetzgeberischem noch auf personellem Gebiet, was den immer wiederholten Vorwurf der Schwäche der Regierung gegenüber Forderungen des Klerikalismus, der Abhängigkeit der Regierung vom Ultramontanismus irgendwie berechtigt erscheinen lassen könnte.

Mit derselben Entschiedenheit aber, mit der ich bestreite, daß ich je irgendwelche Zugeständnisse gemacht, daß ich irgendwelche Maßnahmen getroffen hätte, durch welche das staatliche Interesse geschädigt worden wäre, oder durch die gerecht oder billig denkende Protestanten sich verletzt fühlen konnten, mit derselben Enschiedenheit betone ich gegenüber den heute zwar verhüllten, aber doch deutlich erkennbaren Klagen des

Herrn Abgeordneten Porsch, daß unsere katholischen Mitbürger allen Grund haben, sich der Rechte und Freiheiten zu erfreuen, die sie bei uns genießen.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, es gibt Punkte, über die wir uns grundsätzlich nie werden verständigen können. Sie haben Wünsche, die wir nie werden erfüllen können, Sie erheben Beschwerden, die wir nie ganz werden abstellen können. — Das liegt im Wesen der Dinge. Herr von Heydebrand hat aber mit Recht gesagt, daß das Grenzgebiet zwischen Staat und Kirche ein sehr heikles Gebiet ist, durch dessen Berührung leicht schwere Beunruhigung entstehen kann. Wir müssen von beiden Seiten vermeiden, ohne Not an dem modus vivendi zu rühren, den im Jahre 1887 die Weisheit des Fürsten Bismarck im Verein mit der Weisheit des verewigten Papstes Leo XIII. gefunden hat. Das aber erkläre ich mit aller Bestimmtheit, daß die tatsächliche Handhabung der Gesetze die katholische Kirche und unsere katholischen Mitbürger befriedigen muß. Und das erkläre ich mit ebenso großer Bestimmtheit, daß die Königliche Staatsregierung von dem aufrichtigen Wunsche beseelt ist, den Wünschen der katholischen Bevölkerung so weit Rechnung zu tragen, als dies in einem paritätischen Staate möglich ist, so weit — aber auch nicht weiter! — Rechnung zu tragen, als dies zulässig ist in einem paritätischen Staate, ohne den Rechten des Staats etwas zu vergeben oder berechtigte Empfindungen der anderen Konfessionen zu verletzen.

Meine Herren, wenn Sie die Lage der katholischen Kirche in Deutschland mit ihrer Lage in manchen anderen Ländern vergleichen

(sehr richtig! rechts)

ich nenne absichtlich keine Namen, aber auch in katholischen Ländern ,
so glaube ich, Sie haben allen Grund, mit dieser Lage zufrieden zu sein, Sie haben allen Grund, diese Lage dankbar zu empfinden als einen Segen der Toleranz und auch Ihrerseits — wie das zu meiner Befriedigung Herr Dr. Porsch in Aussicht gestellt hat — immer und überall Toleranz zu üben.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Hackenberg hat auch gefragt, welche Grenzen die Rücksicht auf die Wünsche der katholischen Bevölkerung haben, wo Halt gemacht werden würde in der Befriedigung der Wünsche der katholischen Bevölkerung. Ich nehme keinen Augenblick Anstand, darauf zu erwidern, daß die Voraussetzung für die Aufrechterhaltung des konfessionellen Friedens, die conditio sine qua non dieses

Friedens, die Respektierung der Hoheitsrechte des Staates ist. Die staatlichen Hoheitsrechte wird die Königliche Staatsregierung nie und unter keinen Umständen preisgeben. Gegenüber dem Herrn Abgeordneten von Heydebrand betone ich, daß wir selbstverständlich weit davon entfernt sind, die katholische Bevölkerung besser behandeln zu wollen als die evangelische. Ich hoffe aber, daß der Herr Abgeordnete von Heydebrand auch mit mir einverstanden sein wird, wenn ich weiter sage, daß es eine ethische Ungerechtigkeit und ein politischer Fehler sein würde, die Katholiken schlechter zu behandeln. Evangelische und katholische Interessen haben gleichmäßig Anspruch auf Berücksichtigung, auf Schutz, auf Förderung durch die Staatsregierung.

Nun weiß ich sehr wohl, wie verschieden die katholische Kirche ist von unserer evangelischen Kirche. Ich weiß, daß das Verhältnis der katholischen Kirche zum Staat ein anderes ist als das der evangelischen. Ich weiß — gerade Herr von Heydebrand hat das früher mal ausgeführt in einer Diskussion, der auch ich beiwohnte —, daß evangelische Interessen und katholische Interessen nicht über einen Leisten geschlagen werden können. Das verhindert aber nicht, daß, wie schon vor vielen Jahren Fürst Bismarck gesagt hat, die Regierung es den katholischen Deutschen schuldig ist, unermüdlich die Wege aufzusuchen, auf denen die Regelung der Grenze zwischen der weltlichen und geistlichen Gewalt in der schonendsten und konfessionell am wenigsten verstimmenden Weise durchgeführt werden kann.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete D. Hackenberg hat von Imponderabilien gesprochen, die nicht außer acht gelassen werden dürften. Dessen, meine Herren, bin ich mir sehr wohl bewußt. Ich betrachte es als die erste Pflicht der Regierung, dafür zu sorgen, daß die Gewissensfreiheit in keiner Weise bedroht wird, die geistige Freiheit, die dem Deutschen teurer ist als jede andere, die freie Forschung, auf der unser wissenschaftliches Leben beruht. Ich halte es aber für einen Fehler, wenn, wie es vielfach geschieht, der Kampf für diese Güter in einer Weise geführt wird, durch die ohne Not fremde Gefühle und Überzeugungen verletzt werden

(sehr richtig!),

und ich halte es für falsch, ihn zu führen mit Zwangsmitteln, die auf geistigem Gebiet selten zu dauernden Erfolgen führen.

(Sehr wahr!)

Ich mißbillige und ich hasse jede Unduldsamkeit, aber ich mißbillige auch jene Unduldsamkeit, die glaubt, daß sie allen Geist und alle Wissen-

schaft allein gepachtet hat, die jeden verdammt, der einer anderen Weltauffassung huldigt; und diese Unduldsamkeit findet sich nicht nur bei denjenigen, die festhalten an der christlichen Weltanschauung.

(Sehr wahr!)

Von meinen drei Herren Vorrednern[3]) ist die Kluft zwischen den Konfessionen beklagt worden. Meine Herren, ich habe mehr als einmal von dieser Stelle darauf hingewiesen, daß unter den Konfessionen wie zwischen den Konfessionen und dem Staat grundsätzliche Gegensätze bestehen, die wir nie werden beilegen können. Aber wir müssen trachten, auf praktischem Gebiet zu einem friedlichen Nebeneinanderleben zu kommen, wir müssen sehen, daß wir auf dem Gebiet der konkreten Tatsachen ein friedliches Einvernehmen herstellen und wo es mangelhaft ist, verbessern. Der Kampf der Lehre wird nicht aufhören, solange nicht eine der beiden Kirchen aufgehört haben wird zu bestehen. Soweit das menschliche Auge in die Zukunft reicht, wird das nicht der Fall sein. Was soll aber dabei herauskommen, wenn in in der Weise, wie es zu meinem Bedauern neuerdings geschehen ist, der Kampf der Lehre, der Prinzipien, der Doktrin auf das politische Gebiet übertragen wird. Ich halte es für eine der größten staatsmännischen Leistungen des Fürsten Bismarck und für sein unvergängliches Verdienst, daß er es verstanden hat, den Kulturkampf beizulegen. Ich bin nicht der Ansicht eines Hauptrufers im konfessionellen Streit, des Herrn Superintendenten Meyer in Zwickau, der sich oft mit meiner politischen Haltung beschäftigt und der in seiner Rede, die ich von ihm gelesen habe, die Beilegung des Kulturkampfes durch den Fürsten Bismarck den „schmählichen Kulturfrieden" nannte und sie als eins der traurigsten Ereignisse der deutschen Geschichte, fast trauriger als den Canossagang König Heinrichs IV. bezeichnete. Wenn ich solche und ähnliche Elukubrationen höre und lese, wenn ich manche der Angriffe lese, welche gegen die Königliche Staatsregierung wegen ihrer Haltung hinsichtlich der Aufhebung des § 2 gerichtet sind, so verstehe ich die Empfindung, mit der Hus dem alten Weibe zusah, dem stupiden, alten Weibe, das Reisig zu seinem Scheiterhaufen herbeitrug.

Die große Mehrheit des deutschen Volkes will nach meiner Überzeugung nichts wissen von einem neuen Kulturkampf, den die Fanatiker auf beiden Seiten zu entzünden

---

[3]) D. Hackenberg, Dr. Porsch und Dr. von Heydebrand und der Lase.

immer bereit wären. Nicht die Regierung braucht den Frieden, sondern das deutsche Volk braucht ihn. Das deutsche Volk sollte mit kleinlichen, gehässigen, elenden konfessionellen Hetzereien verschont werden, verschont werden von beiden Seiten. Ich halte es weder für klug, noch für patriotisch, die Gegensätze, die ohnehin zwischen den bürgerlichen Parteien bestehen, noch zu verschärfen durch eine übertriebene Betonung der konfessionellen Unterschiede. Aus Gründen der äußeren wie der inneren Politik, im Hinblick auf unsere nationale Geschlossenheit nach außen wie gegenüber der sozialdemokratischen Gefahr im Innern haben wir die Pflicht, unnötigen Streit zu vermeiden und die konfessionellen Gegensätze nach Möglichkeit in den Hintergrund zu drängen. Das deutsche Volk ist schon so zerklüftet, daß wir, was uns trennt, soweit das möglich ist, aus dem Wege räumen müssen, auch wenn es nicht ohne Opfer an der eigenen Rechthaberei abgeht.

(Beifall.)

9. Noch einmal: Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 18. März 1904.[1])

In der Sitzung vom 17. März hatte der Abgeordnete von Eynern Einspruch dagegen erhoben, daß der Ministerpräsident in seiner Rede vom 16. des Mts. der nationalliberalen Partei eine Art reservatio mentalis unterstellt habe. Gegen diesen Vorwurf verteidigt sich Graf von Bülow in dieser Sitzung.

Ministerpräsident, Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich hatte nicht die Absicht, mich wieder an der Diskussion zu beteiligen, sehe mich aber genötigt, auf die gestrigen Auslassungen des Herrn Abgeordneten von Eynern zu erwidern, nicht auf den sachlichen Teil dieser Auslassungen, die ich in meinen vorgestrigen Ausführungen im voraus widerlegt zu haben glaube, wohl aber auf die persönlichen Angriffe, die der Herr Abgeordnete von Eynern gegen mich gerichtet hat.

Herr von Eynern meinte, ich habe der nationalliberalen Partei einen schweren moralischen Vorwurf gemacht, indem ich ihr bei der Abstimmung über die Aufhebung des § 2 eine reservatio mentalis

---

[1]) Verhandl. d. Hauses d. Abg., 20. Leg.-Per., I. Session 1904, 45. Sitzung.

unterstellt hätte. Meine Herren, ich hätte es nicht für möglich gehalten, daß in meine klaren und einfachen Worte ein so falscher Sinn hineingelegt werden könnte. Ich habe lediglich davon gesprochen, daß liberale Blätter gegenüber der zutreffenden Berufung auf die großen Mehrheiten, die sich im Reichstag für die Aufhebung des § 2 ausgesprochen haben, eingewandt hätten, daß bedeute nicht viel, da mancher Abgeordneter für die Aufhebung in der Hoffnung gestimmt hätte, der Bundesrat würde dieser Aufhebung nicht zustimmen. Es ist mir gar nicht eingefallen, mir diese Ansicht zu eigen zu machen, und es ist mir insbesondere nicht eingefallen, dem Herrn Abgeordneten Bassermann oder dem Herrn Abgeordneten Hackenberg, der meines Wissens nie dem Reichstage angehört hat, eine solche Ansicht zu imputieren. Will aber der Herr Abgeordnete von Eynern etwa bestreiten, daß solche liberale Stimmen sich geltend gemacht haben, dann empfehle ich ihm z. B. die Lektüre der Nationalzeitung vom 10. d. M.

Der Herr Abgeordnete von Eynern hat aber weiter auch die große Politik in den Kreis seiner Erörterungen gezogen. Er scheint zu fürchten, daß die Aufhebung des § 2 den Dreibund sprengen

(Heiterkeit)

und unser Verhältnis zu Italien erschüttern könnte. Wenigstens auf dem Gebiet der auswärtigen Politik und namentlich was unsere Beziehungen zu Italien angeht, könnte eigentlich selbst der Herr Abgeordnete von Eynern etwas mehr Vertrauen zu mir haben, der ich vor zwei Jahren den Dreibund in unveränderter Form erneuert und vorher jahrelang das Reich als Botschafter beim Königreich Italien vertreten habe. Der Herr Abgeordnete von Eynern hat nach dem Oldenburgschen Bericht gesagt:

> Wir stehen treu und fest zu Österreich und Italien. Solange das Zentrum noch nicht solchen Einfluß auf die Regierung ausübte, konnte man das sagen. Wenn aber mehr und mehr das Zentrum den römischen Einfluß in den Vordergrund schiebt, kann das unsere Stellung zu den auswärtigen Staaten berühren.

Darauf erwidere ich dem Herrn Abgeordneten von Eynern, daß das Zentrum so wenig wie irgend eine andere Partei Einfluß hat auf den Gang unserer auswärtigen Politik, und ich weise mit der größten, mit der allergrößten Entschiedenheit die vollständig grundlose, unzutreffende und unberechtigte Behauptung zurück, daß irgend eine Partei meine auswärtige Politik bestimmen könnte. Ich führe diejenige auswärtige

Politik, welche nach meiner Kenntnis der internationalen Sachlage am besten dem Interesse der deutschen Nation entspricht.

(Bravo!)

Endlich, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete von Eynern auch gemeint, ich hätte Deckung gesucht hinter Herrn von Bennigsen. Darauf erwidere ich ihm, daß es nicht meine Gewohnheit ist, mich hinter irgend jemand zu verstecken.

(Bravo!)

Ich habe lediglich davon gesprochen, daß selbst ein Mann von so ausgesprochen nationaler und protestantischer Gesinnung wie der verewigte Herr von Bennigsen erklärt hat:

> daß die Bestimmungen des § 2 seit mehr als 20 Jahren gar nicht mehr praktisch geworden seien und in ihrem Inhalt etwas Verletzendes und Gehässiges für große Teile in unserem Vaterlande hätten.

Ich habe hinzufügt, daß ich diese Ansicht des Herrn Abgeordneten von Bennigsen teile, und daß meine Gründe für die Auffassung von der Möglichkeit und Nützlichkeit der Aufhebung des § 2 ungefähr dieselben seien, auf die der Herr Abgeordnete von Bennigsen sich gestützt hat. Ich hatte doch wohl das Recht, daran zu erinnern, daß meine Haltung gegenüber dem § 2 geteilt worden ist von allen hervorragenden Mitgliedern des Reichstages, von dem Abgeordneten Richter bis zu dem Abgeordneten von Bennigsen, von dem Abgeordneten Rickert bis zu dem Abgeordneten von Levetzow, daran zu erinnern, daß diese meine Haltung übereinstimmt mit der Haltung aller Parteien und mit der Haltung der großen, der überwältigenden Mehrheit des Reichstages.

Wenn aber Herr von Eynern weiter gesagt hat, mit seiner Erklärung wäre Herr von Bennigsen in seiner Partei isoliert geblieben, so gestatte ich mir, an ihn die Frage zu richten, ob alle diejenigen Mitglieder der nationalliberalen Partei, von Lasker bis auf Marquardsen, Franken, Büsing, Bassermann, die sich für die Aufhebung des § 2 erklärt haben, nicht mehr zur nationalliberalen Partei gerechnet werden dürfen.

(Heiterkeit.)

Im übrigen, meine Herren, sehe ich in diesen Ausführungen des Herrn Abgeordneten von Eynern nur einen krampfhaften, aber völlig mißglückten Versuch, Herrn von Bennigsen zu desavouieren. Für meine

Person gehe ich lieber mit Herrn von Bennigsen als mit Herrn von Eynern.

(Beifall und lebhafte Heiterkeit.)

Auch in den weiteren Verlauf der Debatte noch einzugreifen, sah Graf von Bülow sich veranlaßt, und zwar durch die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Friedberg.[2])

Ministerpräsident, Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich möchte die Diskussion nicht aufhalten, zumal mein Herr Nachbar, der Herr Kultusminister, auch auf die Ausführungen des Abgeordneten Dr. Friedberg antworten will. Ich kann aber eine Reihe von Bemerkungen des Herrn Vorredners nicht unwidersprochen lassen. Wenn der Abgeordnete Friedberg von splendid isolation gesprochen hat, in der ich mich befände, so erwidere ich ihm, daß, wenn in diesem Hohen Hause über die Aufhebung des § 2 abgestimmt würde, ich wahrscheinlich nicht ganz allein für die Aufhebung eintreten würde. Ich möchte ihn ferner darauf hinweisen, daß ich nicht glauben kann, die rechte Seite dieses Hohen Hauses sei mit dem Standpunkt des Herrn Dr. Friedberg in kirchenpolitischer Hinsicht vollständig einverstanden. Ich wenigstens finde, daß zwischen den Ausführungen, die vorgestern hier der Herr Abgeordnete von Heydebrand gemacht hat, und der heutigen Rede des Herrn Abgeordneten Dr. Friedberg wie den gestrigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten von Eynern ein sehr wesentlicher Unterschied besteht.

(Sehr richtig! rechts.)

Und endlich möchte ich den Herrn Abgeordneten Dr. Friedberg darauf aufmerksam machen, daß, wenn ich eine Sache für richtig halte, ich mich nicht deshalb von ihr abbringen lasse, weil ich mit meiner Meinung allein stehe. Wenn ich keinen anderen Kompaß hätte als das Mehrheitsprinzip, wäre ich ein schlechter Ministerpräsident.

Ferner hat der Herr Abgeordnete Friedberg von einer großen Rücksichtslosigkeit gesprochen, die ich begangen hätte. Worin soll denn diese Rücksichtslosigkeit bestehen? Darin, daß ich auf einen, wie von allen Seiten zugegeben worden ist, vom Reichstag mit sehr großer Mehrheit gefaßten Beschluß eingegangen bin?! Wo kommt denn die Stimme des deutschen Volkes mehr zum Ausdruck, in den Beschlüssen des Reichstages oder in dem, was der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg und seine

[2]) Ebenda, S. 3169 ff.

näheren Freunde wünschen? Und diese Rücksichtslosigkeit soll ich speziell begangen haben in dieser Frage, wo der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg selbst früher für die Aufhebung des § 2 gestimmt hat?

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ich hatte erwartet, daß dem Herrn Abgeordneten Dr. Friedberg die offenen und aufrichtigen Erklärungen genügen würden, die ich hier gegen die Mißdeutung meines Zitats aus liberalen Blättern zur Abstimmung über den § 2 abgegeben habe. Da das leider nicht der Fall ist, so wiederhole ich noch einmal, es ist mir gar nicht eingefallen, mit den Worten, die ich an den Herrn Abgeordneten D. Hackenberg gerichtet habe, diesen irgendwie persönlich treffen zu wollen. Das lag mir so fern, wie gewiß auch der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg nicht daran dachte, mich verletzen zu wollen, als er mir vorgestern bei meinem Protest gegen den sogenannten Kuhhandel sein „Nanu!" zurief.

(Heiterkeit.)

Es ist mir ebenso wenig eingefallen, irgend einen inneren Zusammenhang konstruieren zu wollen zwischen dem Herrn Abgeordneten D. Hackenberg und der reservatio mentalis, wie es dem Herrn Abgeordneten Dr. Friedberg beigekommen sein wird, einen Zusammenhang herstellen zu wollen zwischen mir und dem Kuhhandel. Ich kann also in den Auslassungen des Herrn Abgeordneten Dr. Friedberg nur den Ausdruck einer etwas künstlichen Empfindlichkeit sehen, die auch durch sein von ihm eben hervorgehobenes Temperament meines Erachtens nicht ganz gerechtfertigt wird.

Weiter hat der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg von dem Dunkel gesprochen, worin sich die Vorgeschichte der Aufhebung des § 2 bewegt hätte; er hat von der labyrinthischen Vorgeschichte der Aufhebung des § 2 gesprochen. Meine Herren, dieses Dunkel und dieses Labyrinth ist nicht so groß wie das Dunkel und das Labyrinth, das für mich die Revision umhüllt, die der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg in dieser Frage seinen eignen Ansichten hat angedeihen lassen.

(Sehr gut!)

Ich habe hier vor mir die Verhandlungen des Reichstages vom Jahre 1895/96 mit der schönen Rede, die der Herr Abgeordnete Friedberg damals gehalten hat für die Aufhebung des § 2. Und eben hat der Herr Abgeordnete Friedberg selbst gemeint, das wäre eine Frage, zu der müßte man ja sagen oder man müßte dazu nein sagen. Man

kann aber doch nicht zu dieser Frage, wie der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg tut, abwechselnd ja und dann wieder nein sagen.

(Große Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, hat der Abgeordnete Friedberg wieder gesprochen von Geschäften, die ich machte mit einer Partei dieses Hohen Hauses. Darauf entgegne ich dem Herrn Abgeordneten Dr. Friedberg, daß ich vorgestern und daß ich schon früher betont habe, daß von einer Abhängigkeit der Königlichen Staatsregierung von irgend einer Partei nicht die Rede ist und nicht die Rede sein kann. Das wird mir der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg aber doch wohl selbst zugeben, daß ich als praktischer Politiker mit den Verhältnissen rechnen muß, wie sie im Reichstage liegen, wie ich sie im Reichstage nicht geschaffen, sondern vorgefunden habe. Und das wird der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg doch auch nicht bestreiten, daß ich als leitender Minister Fühlung halten muß mit den großen Parteien, die auf dem Boden der bestehenden Ordnung der Dinge stehen

(sehr richtig!),

mit den großen staatserhaltenden Parteien, solange ich mich in verfassungsmäßigen Bahnen bewegen will. Wie würde es denn der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg machen, wenn er an meiner Stelle stünde? Würde Herr Dr. Friedberg denn etwa einen Staatsstreich unternehmen? Danach sieht er mir doch eigentlich nicht aus

(große Heiterkeit!)

trotz dem, was er eben von seinem Temperament gesagt hat. Oder würde der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg sich im Reichstag auf die äußerste Linke stützen? Solchen Wünschen und Gedanken begegne ich ja zuweilen in linksliberalen Blättern. Ich habe erst heute früh einen Artikel in dieser Richtung gelesen. Ich halte den Herrn Abgeordneten Friedberg aber doch für zu verständig, als daß er so phantastische Wege einschlagen sollte. Ich glaube, wenn der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg an meiner Stelle stünde, dann würde er es ungefähr ebenso machen wie ich

(Heiterkeit),

nur etwas temperamentvoller.

(Große Heiterkeit.)

Es ist ebenso falsch, mir die Aufhebung des § 2, die — man kann gar nicht oft genug daran erinnern — wiederholt seit Jahren von der sehr großen Mehrheit des Reichstags beschlossen worden ist, als eine Nachgiebigkeit gegenüber dem Zentrum anzukreiden, wie es falsch wäre,

zu sagen, daß mein Eintreten für eine Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle eine Schwäche gegenüber der konservativen Partei gewesen wäre, wie es auch falsch wäre zu sagen, daß die stramme Polenpolitik, die ich vertrete, und die zu meiner Freude von der nationalliberalen Partei unterstützt wird, eine Nachgiebigkeit gegenüber der nationalliberalen Partei wäre, diese Polenpolitik, von der ich hoffe, daß, wenn sie nach den Osterferien wieder hier auf der Tagesordnung steht, ich dann den Herrn Abgeordneten Dr. Friedberg in dieser Frage an meiner Seite finden werde. Also ich wiederhole: mit den Verhältnissen, wie sie liegen, muß jeder praktische Politiker rechnen, denn die Politik, Herr Dr. Friedberg, ist der ordo rerum agibilium. Das hat schon der Heilige Thomas von Aquino gesagt, dessen Zitierung Sie mir hoffentlich nicht als eine neue Konzesssion an das Zentrum vorwerfen werden.

(Große Heiterkeit.)

Die Königliche Staatsregierung darf sich von keiner Partei regieren lassen, sie hat aber die Pflicht, die Kräfte jeder Partei zu verwerten, jede staatserhaltende Partei nach Möglichkeit zu verwerten für das Wohl des Ganzen, für die Gesamtheit. Gewiß, meine Herren, wenn eine Partei, wie nach den gegenwärtigen Verhältnissen das Zentrum, die stärkste Partei im Reichstage ist, so legt ihr das meines Erachtens auch ganz besondere Pflichten auf gegenüber dem Vaterlande, es legt ihr die Pflicht auf, dafür zu sorgen, daß die Regierungsmaschine im Gang bleibt.

(Sehr richtig!)

Wenn die Partei sich dieser Verpflichtung entzöge, so würde dadurch nicht nur das Wohl des Landes geschädigt werden, es würde sich auch unfehlbar an der Partei selbst rächen.

Ich betrachte es aber nicht nur als meine Aufgabe, Fühlung zu halten mit den staatserhaltenden Parteien, ich betrachte es auch als meine Pflicht, darüber hinaus die staatserhaltenden Parteien zu einigen gegenüber den Gefahren, auf die ich vorgestern am Schlusse meiner Ausführungen hingewiesen habe. Und ich kann nur mein Bedauern darüber aussprechen, wenn mir diese meine Aufgabe so sehr erschwert wird, wie das durch Reden geschieht, wie sie gestern Herrn von Eynern und heute Herr Dr. Friedberg gehalten haben.

(Widerspruch bei den Nationalliberalen.)

Aus jedem Wort der Ausführungen des Herrn Abgeordneten Dr. Friedberg ging hervor, daß er von der Besorgnis erfüllt ist, die Königliche Staatsregierung und ich speziell wären zu nachgiebig gegen-

über katholischen Ansprüchen. Er glaubt, daß wir fortgesetzt vor Wünschen der katholischen Bevölkerung zurückwichen. Ich bestreite nicht, daß ich es für meine Pflicht halte, da, wo keine Verletzung weder des Staatsinteresses, noch der evangelischen Kirche, noch der Grundbedingungen der deutschen Kultur, mit der ich es sehr viel ernster nehme, als der Herr Abgeordnete Dr. Friedberg eben anzunehmen schien, daß, wo keine Verletzung dieser drei gewichtigen Faktoren vorliegt, wir den Wünschen unserer katholischen Mitbürger Rechnung tragen können.

(Bravo! im Zentrum.)

Ich bestreite auf das entschiedenste, daß ich diese Grenze jemals überschritten hätte. Ich habe vorgestern genau die Linie gezogen, über welche keine Preußische Regierung in kirchenpolitischen Fragen hinausgehen kann, noch hinausgehen wird. Ich habe deutlich den Punkt bezeichnet, wo das Staatsinteresse jeder Preußischen Regierung Halt gebietet. Über diesen Punkt werde ich sicherlich nicht hinausgehen, und wenn es den Herrn Abgeordneten von Eynern beruhigen kann, so will ich hinzufügen, daß, soweit mein Auge in die Zukunft reicht, auch keiner meiner Nachfolger diese, im vitalsten Interesse der Preußischen Monarchie gebotene Linie je überschreiten wird.

(Lebhafter Beifall.)

10. Französisch-englisches Kolonialabkommen. — Marokko. — Ostasiatischer Krieg. — China. — Kirchenpolitik. — Bundesrat. — Deutsch-Südwestafrika.

Sitzung des Reichstages vom 12. April 1904.[1]

Auf der Tagesordnung stand die Fortsetzung der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats 1904/05, und zwar des Spezialetats „Reichskanzler und Reichskanzlei“. Nach den Ausführungen des nationalliberalen Abgeordneten Dr. Sattler ergriff der Reichskanzler das Wort und sprach über die oben bezeichneten Punkte.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, der Herr Vorredner hat auf dem Gebiete der auswärtigen Politik eine Reihe allgemeiner Fragen an mich gerichtet, von

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/04, 64. Sitzung.

denen er, wie ich glaube, mir selbst zugeben wird, daß es leichter ist, sie zu stellen, als sie zu beantworten.

So hat der Herr Vorredner von einer Verschiebung der europäischen Lage gesprochen. Das kann sich nur auf das vor einigen Tagen in die Öffentlichkeit gelangte französisch-englische Kolonialabkommen beziehen.

(Sehr richtig!)

Ich darf den Herrn Abgeordneten Sattler darauf aufmerksam machen, daß sich die englischen Minister, wie ich gelesen habe, über dieses Abkommen erst heute abend im englischen Parlament aussprechen wollen. Ebenso wenig haben sich bisher die französischen Minister über das Abkommen geäußert. Da wird er gewiß begreifen, daß ich mich nicht des längeren und breiteren über diesen Vertrag hier auslassen kann. Denn ich habe in meiner Eigenschaft als Minister des Äußern die Pflicht, wenn ich hier über auswärtige Politik spreche, solche Sachen zu sagen, die, wenn möglich, das Interesse des Landes fördern, und die jedenfalls nicht das Interesse des Landes schädigen. Das aber kann ich dem Herrn Abgeordneten Sattler über diesen Punkt doch sagen, daß wir keine Ursache haben, anzunehmen, das englisch-französische Kolonialabkommen enthalte eine Spitze gegen irgend eine andere Macht. Was vorzuliegen scheint, ist der Versuch, eine Reihe von Differenzpunkten, die zwischen England und Frankreich bestanden, auf dem Wege gütlicher Verständigung aus der Welt zu räumen. Dagegen haben wir vom Standpunkt der deutschen Interessen nichts einzuwenden. Ein gespanntes Verhältnis zwischen Frankreich und England brauchen wir schon deshalb nicht zu wünschen, weil ein solches eine Gefährdung des Weltfriedens wäre, dessen Aufrechterhaltung wir aufrichtig anstreben.

Was speziell Marokko angeht, das den Kernpunkt dieses Abkommens bilden dürfte, so sind wir, wie im Mittelmeer überhaupt und speziell in Marokko, im wesentlichen wirtschaftlich interessiert. Wir haben da vor allem kommerzielle Interessen. Deshalb haben wir auch ein erhebliches Interesse daran, daß in Marokko Ruhe und Ordnung herrscht. Unsere merkantilen Interessen in Marokko müssen und werden wir schützen. Wir haben keinen Grund, zu befürchten, daß diese unsere Interessen in Marokko von irgend einer Macht mißachtet oder verletzt werden könnten.

Was, meine Herren, den Konflikt in Ostasien angeht, so ist unsere Haltung gegenüber diesem Kriege eine sehr einfache. Nachdem es leider nicht gelungen ist, den Frieden aufrecht zu erhalten, tun wir,

was für uns möglich ist, damit sich aus dem Duell im fernen Osten kein Weltkrieg entwickelt. Das ist ein Hauptgrund für unsere loyale und strikte Neutralität. Diese Neutralität geht allerdings schon daraus hervor, daß wir keinen Anlaß haben, uns in einen Krieg einzumischen, der die deutschen Interessen nicht direkt berührt. Und endlich ist das auch das sicherste Mittel, um unseren Handel und unser Wirtschaftsleben tunlichst vor Schädigungen zu bewahren.

Nun ist, meine Herren, ja gegen uns mehrfach der Vorwurf erhoben worden – ein Fraktionsgenosse des Herrn Abgeordneten Sattler hat diesem Vorwurf erst kürzlich in einem anderen hohen Hause Ausdruck gegeben —, daß wir durch den Ausbruch des Krieges überrascht worden wären. Ich habe sogar gelesen, daß wir durch einen übertriebenen Optimismus andere in unbegründete Sicherheit gewiegt hätten. Ich könnte darauf erwidern, daß die leitenden Minister in London, Paris und Petersburg und selbst die japanischen Vertreter in Paris und Petersburg durch den Ausbruch des Krieges tatsächlich überrascht worden zu sein scheinen. Ich könnte auch betonen, daß selbst diejenigen nichtjapanischen Staatsmänner, die der Ansicht waren, daß der stark geheizte japanische Kessel bald Dampf geben würde, nicht vorausgesehen haben, daß die Regierung in Tokio für den Abbruch der diplomatischen Beziehungen gerade den Augenblick wählen würde, den sie sich tatsächlich ausgesucht hat. Ich will aber einfach darauf hinweisen, daß in solchen kritischen Augenblicken die Regierung die großen auswärtigen Interessen des Landes wahrzunehmen hat, und daß sie vor allem dafür zu sorgen hat, daß bei aufziehendem Sturm das Schiff des Landes nicht auf Klippen und Untiefen gerät. Wenn wir vor dem Ausbruch des Krieges eine pessimistische Sprache geführt hätten, pessimistischer als sie anderswo geführt wurde, so hätte uns das in St. Petersburg in das Licht der Kriegstreiberei bringen und dort Mißtrauen erregen können. Andererseits hatten wir kein Recht, der japanischen Regierung kriegerische Absichten nachzusagen, solange Japan nicht selbst den Krieg erklärt hatte. Wir mußten also ebenso ruhig bleiben, wie die anderen Zentren der europäischen Politik, vielleicht sogar noch etwas ruhiger, da wir weniger interessiert waren als andere.

Da ich einmal auf dieses Thema eingegangen bin, möchte ich mich noch gegen eine andere Anklage wenden, die wegen des ostasiatischen Krieges gegen uns erhoben worden ist. Man hat uns einen Vorwurf daraus gemacht, daß wir uns für die Neutralisierung von China interessiert haben. Unsere Haltung ging aber auch in dieser Beziehung

aus klaren und einwandsfreien Motiven hervor. Es lag und es liegt wohl im Interesse aller Mächte und jedenfalls im Interesse der deutschen Politik, daß sich aus dem Krieg in Ostasien nicht ein Weltkrieg entwickle. Zur Erreichung dieses Zieles trägt es wesentlich bei, wenn das große chinesische Reich vom Kriege ausgenommen wird. Die Neutralisierung von China war auch ein geeignetes Mittel zur Beruhigung des chinesischen Hofes und der chinesischen Regierung. Die Furcht, in den Krieg hineingezogen werden zu können, hätte den chinesischen Hof veranlassen können, Peking zu verlassen, was wiederum die Sicherheit der in China lebenden Europäer bedroht haben würde. Durch unser Eintreten für die Neutralisierung von China — das außerdem der beste Beweis war gegen die vielfach über uns verbreitete Verleumdung, wir wollten den Krieg benutzen, um uns Stücke von China anzueignen — glauben wir dem allgemeinen europäischen Frieden und speziell auch unseren Interessen am besten gedient zu haben.

Was die Ausführungen des Herrn Dr. Sattler über kirchenpolitische Fragen angeht, so will ich gern anerkennen, daß sich Herr Dr. Sattler in dieser Beziehung sehr vorsichtig ausgedrückt hat. Ich will ihm auch zugeben, daß ich den ersten Teil seiner Ausführungen über die Notwendigkeit des konfessionellen Friedens fast Wort für Wort unterschreiben kann. Die Geschichte lehrt uns — gerade Herr Dr. Sattler als Historiker wird mir das bestätigen —, daß kein Volk unter konfessionellem Hader mehr gelitten hat als das deutsche Volk. Bei keinem Volke hat sich so sehr konfessioneller Hader als der gefährlichste und schädlichste Streit herausgestellt. Kein Volk hat so viel Anlaß wie wir, konfessionellen Streit zu vermeiden. Wer auch an dieser Stelle stehen möge, er wird, wenn er anders das Wohl des Ganzen über Parteirücksichten, über subjektive Empfindungen und über populäre Strömungen stellt, in erster Linie bemüht sein müssen, durch eine Politik, die sich über dem Hader der Konfessionen hält, den konfessionellen Frieden und damit die Geschlossenheit der Nation aufrecht zu erhalten.

Daß der Herr Abgeordnete Dr. Sattler theoretisch die Notwendigkeit des Friedens unter den Konfessionen betonte, hat ihn freilich nicht verhindert, eine Reihe von Angriffen gegen das kirchenpolitische Verhalten der Reichsregierung und der Königlich preußischen Staatsregierung zu richten. Der Herr Abgeordnete Dr. Sattler hat wieder von Zugeständnissen der Regierung gesprochen. Ich kann nur mein Bedauern darüber ausdrücken, daß er sich in dieser Beziehung auch wieder mehr in

Wendungen allgemeiner Natur ergangen hat, als daß er seine Vorwürfe spezialisiert hätte. Ich würde ihm dankbar sein, wenn er mir sagen wollte, welche Zugeständnisse ich an den Ultramontanismus gemacht haben soll auf Kosten der Interessen des Reiches. Ich glaube nicht, daß er in der Lage ist, mir ein solches Zugeständnis zu nennen. Ich bestreite auf das allerentschiedenste, daß ich in dieser Beziehung irgend eine Konzession gemacht hätte, die ein Nachteil für das Reich oder ein Unrecht gegenüber der evangelischen Kirche gewesen wäre. Wenn aber der Herr Abgeordnete Dr. Sattler ein Mittel weiß, wie ich die Geschäfte des Reiches in verfassungsmäßiger — ich unterstreiche dreimal das Wort: verfassungsmäßig — und ersprießlicher Weise führen kann ohne jede Rücksicht auf die stärkste Partei in diesem Hause, dann soll der Herr Abgeordnete Dr. Sattler die Güte haben, mir dies Mittel ins Ohr zu sagen.

(Hört! hört! Heiterkeit.)

Ein solches Rezept muß er doch in der Tasche haben, denn sonst würde es im hohen Grade ungerecht sein, mir einen Vorwurf daraus zu machen, daß ich mit den gegebenen Verhältnissen rechne. Also ich bitte! heraus mit diesem Mittel und heraus mit dem Rezept! Wenn das nicht geschieht, so würde mich das Verhalten des Herrn Abgeordneten Dr. Sattler an die bekannte Anekdote erinnern, die der verewigte Fürst Bismarck — ich kann im Augenblick nicht sagen wo, ich glaube, in seinen Gedanken und Erinnerungen — von dem kleinen Fürsten erzählt, der seinem Minister befahl, er möchte sein Volk glücklich machen; wie aber der Minister das Volk glücklich machen solle, das sagte Serenissimus ihm nicht.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Dr. Sattler ist auch eingegangen auf die Haltung der nationalliberalen Partei gegenüber der Aufhebung des § 2. Gewiß gebe ich zu, daß ein Teil der nationalliberalen Partei der Beseitigung des § 2 nicht zugestimmt hat. Aber der dissentierende Teil der nationalliberalen Partei hat diese seine Haltung nach außen sehr wenig akzentuiert. Der Herr Abgeordnete Dr. Sattler wird mir zugeben, daß, ausgenommen der Herr Abgeordnete Dr. Sattler, die führenden Geister der nationalliberalen Partei

(Heiterkeit)

so überwiegend auf der anderen Seite standen, daß dieser Dissens nicht in die Öffentlichkeit getreten ist. Ich muß mich also nochmals dagegen verwahren, daß mir als Verleugnung des Staats-

interesses, als Schädigung des Protestantismus, als Gang nach Canossa, als Kuhhandel, und wie die Schlagworte alle lauten, vorgeworfen wird, was seit Jahren alle Parteien dieses hohen Hauses zusammen mit der Partei, welcher der Herr Abgeordnete Dr. Sattler angehört, von der Regierung gefordert haben.

Der Herr Abgeordnete Dr. Sattler hat auch angespielt auf Vorgänge im Bundesrat und Verstimmungen unter den Bundesregierungen. Daß ich über Vorgänge im Bundesrat hier nichts sagen kann, brauche ich wohl nicht ausdrücklich hervorzuheben. Das sind arcana imperii. Wenn aber der Herr Abgeordnete Dr. Sattler angedeutet hat, es wären unter den Verbündeten Regierungen Gegensätze hervorgetreten, es wäre überstimmt worden, es wäre vergewaltigt worden, so erkläre ich, daß die vertrauensvollen Beziehungen zwischen den Bundesregierungen in keiner Weise getrübt oder verletzt worden sind. Daß fünfundzwanzig Regierungen nicht immer und nicht in allen Fragen derselben Ansicht sein können, das ist doch ziemlich natürlich. Aber weder haben Preußen und Bayern es irgend einer anderen Regierung verargt, daß sie gegen die Beseitigung des § 2 gestimmt hat, noch ist von irgend einer anderen Seite es Preußen und Bayern verübelt worden, daß diese für die Beseitigung jener Bestimmung ihr Votum abgegeben haben. Daß ein Teil des Bundesrats sich dem anderen hat fügen müssen, ist schon früher vorgekommen. Ich erinnere an die Errichtung des Reichsgerichts in Leipzig. Ich möchte aber noch eins hinzufügen. Die vertrauensvollen Beziehungen unter den Bundesregierungen sind doch zu wichtig für eine gedeihliche Entwicklung des Reichs, als daß es nicht vermieden werden sollte, ohne Not Zweifel zu äußern. Von der Notwendigkeit vertrauensvoller Beziehungen unter den Bundesregierungen ist jedenfalls niemand mehr durchdrungen als ich. Das habe ich durch mein tatsächliches Verhalten bewiesen, seitdem ich an dieser Stelle stehe. Von meiner Seite ist niemals irgend etwas geschehen, was eine Verletzung oder Vergewaltigung der Bundesstaaten gewesen wäre. Ich muß solche Vorwürfe entschieden zurückweisen.

Endlich hat der Herr Abgeordnete Sattler auch die Vorgänge in Südwestafrika berührt. Ich glaube, daß wir uns mit der Lage der Dinge in Südwestafrika besser bei der Beratung des Kolonialetats beschäftigen. Ich will mich aber schon heute und gern allem anschließen, was der Herr Abgeordnete Sattler über diesen Punkt ausgeführt hat und insbesondere über die Notwendigkeit, Südwestafrika zu halten.

Wir denken auch gar nicht daran, auch nur einen Fußbreit dieses Bodens aufzugeben, den wir unter unseren Schutz genommen haben, und auf dem deutsches Blut geflossen ist. Wir werden alles tun, um die Aufrührer, die sich gegen unsere Autorität erhoben haben, in ihre Schranken zurückzuweisen. Wir werden weiter alles tun, um der Wiederkehr solcher Vorkommnisse für die Zukunft vorzubeugen. Wir werden, das hoffe ich, auch aus den gemachten traurigen Erfahrungen lernen. Dann wird die gegenwärtige Krisis für Südwestafrika der Beginn einer neuen und besseren Ära sein. Vor allem aber schließe ich mich dem an, was der Herr Abgeordnete Sattler gesagt hat über die Offiziere und Mannschaften, die in den letzten Tagen in Südwestafrika in den Tod gegangen sind. Wir gedenken mit Wehmut unserer Toten, aber auch mit Anerkennung für ihre Bravour

(lebhaftes Bravo),

wir sind stolz auf den Heldenmut, den sie an den Tag gelegt haben.

(Lebhaftes Bravo!)

Es ist mir ein Bedürfnis, von dieser Stelle aus zu sagen, daß unsere Landsleute drüben, die so tapfer ihre Pflicht vor dem Feinde tun, der Anerkennung, der Dankbarkeit und des Vertrauens des Landes sicher sein können.

(Lebhafter Beifall.)

11. Russische Revolutionäre. — Ostasien. — Verkauf deutscher Schiffe. — Landwirtschaft. — Handelsverträge. — Zuckerkonvention. Elsaß-Lothringen. — Marokko. — Konsuln. — Jesuitengesetz.

Sitzung des Reichstages vom 14. April 1904.[1]

An der weiteren Erörterung der auswärtigen Politik beteiligte sich am 14. April auch wieder der Abgeordnete Bebel in einer Rede, auf die der Reichskanzler sofort antwortete, um sodann auf vorangegangene Reden zurückzugreifen.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, bevor ich, wie dies meine Absicht ist, auf die gestrige Debatte zurückkomme, muß ich mich gegen einige Ausführungen wenden,

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/1904, 66. Sitzung.

die wir soeben gehört haben. Der Herr Abgeordnete Bebel hat mit einem großen Aufwand von Pathos und mit einem nicht geringen Aufwand von Kraftworten sich über die Ausweisungen verbreitet, die hier vor einiger Zeit stattgefunden haben. Er hat dabei von einer Art von Zurückmauserung gesprochen, die bei mir stattgefunden haben soll. Er hat gemeint, ich hätte mir seinerzeit im Auslande einen freien Blick erworben, der mir aber in den heimischen Verhältnissen wieder abhanden gekommen wäre. Ich erwidere ihm, daß, wenn ich im Auslande etwas gelernt habe, es vor allem das war, daß man als internationaler Kosmopolit wohl ein ganz guter Mann sein kann, vielleicht auch ein hervorragender Agitator, aber ein praktischer Staatsmann ist man nicht. Im übrigen kann ich den Herrn Abgeordneten Bebel nur bitten, seinen Studie über Mauserung lieber in seiner eigenen Partei vorzunehmen.

(Heiterkeit.)

Und wenn er bei solchen Studien etwas an den Tag legt von der Toleranz und Nächstenliebe, die er eben so schön gepredigt hat, so habe ich nichts dagegen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, die Spezialfälle, welche der Herr Abgeordnete Bebel soeben zur Sprache gebracht hat, werden von zuständiger Seite widerlegt werden. Ich möchte meinerseits aber sogleich zweierlei hervorheben. Der Herr Abgeordnete Bebel hat wieder gemeint, die russischen Revolutionäre wären im Grunde harmlose Menschen, sie kämpften nur mit gesetzlichen Mitteln, dächten nicht an so was wie Blutvergießen. Da möchte ich ihm doch einen Passus aus einer solchen russischen nihilistisch-revolutionären Broschüre vorlesen.

(Zuruf.)

Ich bemerke ausdrücklich, daß ich diesen Artikel in der Übersetzung der „Leipziger Volkszeitung" vorlese

(Heiterkeit),

die wohl von allen sozialistischen Blättern dasjenige ist, das dem Herrn Abgeordneten Bebel am nächsten steht. Ich erinnere mich, daß, als es im vergangenen Sommer in der sozialdemokratischen Partei, ich will nicht sagen, kriselte, aber dort allerlei Gegensätze hervortraten, sich der Herr Abgeordnete Bebel vom „Vorwärts" zu der „Leipziger Volkszeitung" flüchtete. Also gegen dies Blatt wird er wohl nichts einzuwenden haben. Da heißt es also in dieser von der „Leipziger Volkszeitung" wiedergegebenen russischen revolutionären Broschüre:

Ob Nikolaus II. in einer Mietskutsche vom Kasanschen oder Semenowschen Platze abfährt oder in einem Wagen unter schmutziger Wäsche versteckt weggeführt wird wie ein anderer Häuptling der Reaktion während der Revolution, oder ob er in Frauenkleidung wie ein anderer Magister der Unterjochungskunst flieht, das alles interessiert uns wenig: die Geschichte selbst wird das Schicksal bestimmen. Ob das Schafott Ludwigs XVI. oder der Frauenrock Guizots — das ist die Sache der Zukunft, und nicht wir haben mit operettenblutigen Strömen herumzuspritzen!

(Na also! bei den Sozialdemokraten.)

Na also, meine Herren? Wenn Ihnen das noch nicht genügt, so lese ich Ihnen einen weiteren Artikel aus der „Leipziger Volkszeitung" selbst vor. Die „Leipziger Volkszeitung" schrieb über das glücklicherweise mißlungene Attentat gegen den Gouverneur von Wilna:

Der leider aus der strafenden Hand eines Helden mit heiler Haut entkommene Wilnaer Gouverneur gehört zu der verächtlichsten Gattung der Schergen im Zarenreiche. Diesmal war das heldenhafte Opfer des Lebens umsonst gebracht, und das liebe Publikum half natürlich mit, den Rächer der mit Füßen getretenen Menschenwürde in die Krallen der Polizei zu bringen, aus denen er wohl nicht wieder herauskommt. Aber die einstweilen glücklich gerettete Kanaille wird sich hoffentlich diesen Fall als Warnung und Mahnung merken, daß in Rußland die Zeiten der ungestraften Herrschaft von ihresgleichen vorbei sind.

So sehen die Herren aus, für die sich der Herr Abgeordnete Bebel so leidenschaftlich ins Zeug legt.

Was nun die stattgehabten Ausweisungen angeht, die auf meine Veranlassung erfolgt sind, so haben sich die Ausgewiesenen ihr Schicksal selbst zuzuschreiben.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe hier vor einigen Wochen gesagt, daß fremde Studenten, die sich bei uns ruhig und anständig benehmen, ungestört unsere Bildungsanstalten besuchen und in Frieden ihren Studien nachgehen können.[2]) Wie richtig das ist, können Sie schon daraus entnehmen, daß an der Universität Berlin in der letzten Zeit die Zahl der fremden und

[2]) Vgl. oben S. 53.

speziell der russischen Studenten nicht ab-, sondern zugenommen hat.

(Hört! hört! rechts.)

Es scheint also den Herren bei uns gar nicht schlecht zu gefallen.

Ich habe aber weiter gesagt, daß, wenn die fremden Studenten sich mausig machen sollten, sie ausgewiesen werden würden. Sie haben sich mausig gemacht, sie haben die Zurückhaltung überschritten, die fremde Gäste überall einzuhalten haben. Wir haben von dem Rechte jedes Hausherrn Gebrauch gemacht, Fremden, die sich lästig machen und unangemessen benehmen, die Tür zu weisen.

(Bravo! rechts.)

Sich öffentlich von Fremden Unhöflichkeiten sagen zu lassen, das braucht sich die preußische Regierung nicht gefallen zu lassen, das braucht sich die preußische Polizei nicht gefallen zu lassen, und das brauche ich mir auch nicht gefallen zu lassen.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich will aber noch die Bemerkung zurückweisen, die der Herr Abgeordnete Bebel bei diesem Anlasse über den verewigten Fürsten Bismarck gemacht hat. Der Herr Abgeordnete Bebel hat behauptet, daß die Aktenstücke, die ich neulich aus der Feder des Fürsten Bismarck vorgelesen habe,[3]) das Andenken des Fürsten Bismarck kompromittierten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten. Lachen rechts.)

Ich glaube im Gegenteil — und die Mehrheit dieses Hauses und die große Mehrheit im Lande wird es mit mir glauben —, daß diese Aktenstücke nur beweisen, mit welchem Ernst und wie unermüdlich auch an seinem Lebensabend noch Fürst Bismarck für den Frieden und die Sicherheit des Reichs sorgte, dessen Erstehung in erster Linie seinem Genie zu danken ist.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, nun hat sich der Herr Abgeordnete Bebel auch der ostasiatischen Frage zugewandt und mit einer gewissen Feierlichkeit erklärt, es dürfe in dem Kriege in Ostasien in keiner Weise Partei ergriffen werden für einen oder den andern der beiden Kämpfer. Mit Vergnügen konstatiere ich, daß das beinahe wörtlich übereinstimmt mit dem, was ich vorgestern hier gesagt habe. Aber mit viel weniger Vergnügen muß ich auch feststellen, daß damit die Sprache der sozialdemokratischen Presse gar nicht stimmt, die in der outriertesten, in der gehässigsten Weise Partei nimmt gegen Rußland, die unermüdlich bestrebt ist, uns mit Rußland zu verhetzen. Das steht im Widerspruch

[3]) Vgl. S. 49 ff.

mit der strikten und loyalen Neutralität, welche die Regierung beobachtet, weil sie den Interessen des Landes entspricht. Und bei dieser Gelegenheit muß ich wieder darauf aufmerksam machen, wie häufig es ist, daß gerade die deutsche Sozialdemokratie in auswärtigen Fragen eine unkluge und eine unpatriotische Haltung einnimmt im Gegensatz zu ihren ausländischen Gesinnungsgenossen.

(Sehr richtig! rechts.)

Während bei uns die sozialdemokratische Presse in allen Tonarten gegen Rußland tobt, hält sich die französische Sozialdemokratie viel reservierter und sehr viel vorsichtiger. Als vor einigen Tagen der französische Ministerpräsident Herr Combes einem Bankett beiwohnte, das ihm französische Radikale und Sozialisten in Laon gaben, wurde seine Bemerkung, daß Frankreich Rußland treu bleibe, von den anwesenden Radikalen und Sozialisten mit Beifall und Jubel aufgenommen.

(Hört! hört! rechts.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Bebel weiter gemeint, wir machten uns einer Verletzung der Neutralität schuldig, und zwar in zweierlei Weise. Einmal durch unser Eintreten für die Neutralisierung von China. Wenn er bei dieser Gelegenheit von einer Vergewaltigung von China gesprochen hat, so habe ich noch niemals gehört, daß jemand vergewaltigt wird, der etwas wünscht. Die Neutralisierung von China entsprach den Neigungen des chinesischen Hofes und der chinesischen Regierung. Und noch weniger lag in dieser Neutralisierung eine Verletzung von Japan; denn die japanische Regierung hat sich beeilt, freiwillig dem Beschluß der Mächte über die Neutralisierung von China beizutreten. Ich möchte also in dieser Richtung den Herrn Abgeordneten Bebel bitten, nun nicht wieder japanischer zu werden als die Japaner.

(Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat dann von dem Verkauf deutscher Schiffe an ausländische Firmen gesprochen. Meine Herren, nach der bisherigen völkerrechtlichen Praxis sind derartige Verkäufe inländischer Schiffe an ausländische Firmen zulässig. Mindestens ist die Frage, ob sie unstatthaft, eine sehr zweifelhafte. Ich bin auch da wieder in der glücklichen Lage, mich auf eine Stimme aus Ihren Reihen berufen zu können, nämlich auf den „Vorwärts", der doch wohl noch bis zu einem gewissen Grade sozialdemokratisch-offiziös, Bebel-offiziös sein wird. Also der „Vorwärts" schreibt:

> Die Beurteilung der Verkäufe unter dem Gesichtspunkt der Neutralität ist nicht ganz zweifellos. Der moderne Grundsatz der

> Neutralität verbietet dem neutralen Staat schlechterdings jede direkte oder indirekte Unterstützung einer kriegführenden Macht; hierher gehört insbesondere Lieferung von Kriegsschiffen und Schiffen zum Truppentransport. Es ist klar, daß es sich bei den Käufen der russischen Regierung um Truppentransportdampfer handelt. Nur ist es eben nicht der Staat, sondern eine private Firma, von der die Schiffe verkauft wurden.

Dementsprechend sind auch während des spanisch-amerikanischen Krieges die Schnelldampfer „Normannia" und „Kolumbia" von der Hamburg-Amerika-Linie an die englische Schiffsagentenfirma H. E. Moß verkauft worden, von der sie dann in den Besitz Compania Transatlantica in Barcelona übergingen. Von einer Parteinahme gegen Japan aber kann schon deshalb nicht die Rede sein, weil es ja den Japanern freisteht, auch bei uns Schiffe zu kaufen.

Was die *Kruppschen Waffenverkäufe* während des südafrikanischen Krieges angeht, so haben wir eben die strenge Auffassung, die ich damals anfangs zur Geltung brachte, nicht aufrecht erhalten können, weil von anderen Staaten weiter Waffenverkäufe vorgenommen wurden.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat auch von einer *Isolierung Deutschlands* gesprochen. Er scheint zu fürchten, daß wir vollständiger Einsamkeit entgegengingen. Ich erwidere ihm, daß wir mit zwei großen Mächten in einem festen Bündnisverhältnis stehen, zu fünf anderen Mächten stehen wir in freundschaftlichen Beziehungen, während unser Verhältnis zu Frankreich ein ruhiges und friedliches ist und, soweit das von uns abhängt, auch bleiben wird. Ich übrigen glaube ich, daß, wenn wir unser Schwert scharf erhalten, wir uns vor der Isolierung gar nicht so sehr zu fürchten brauchen.

(Sehr richtig! rechts.)

Deutschland ist zu stark, um nicht bündnisfähig zu sein. Für uns sind mancherlei Kombinationen möglich, und selbst wenn wir einmal allein stünden, so wäre das auch nicht so fürchterlich. Also bange machen gilt nicht!

(Sehr gut! rechts.)

Ich will, meine Herren, Akt nehmen von der Erklärung, die der Herr Abgeordnete Bebel nun zum zweiten Male hier abgegeben hat, er und seine Freunde würden dafür einstehen, daß kein Fußbreit deutschen Bodens vom Reiche abgerissen würde. Ich hoffe, daß diese Erklärung

des Herrn Abgeordneten Bebel sich bezieht auf das ganze Reichsgebiet im Westen wie im Osten und im Norden. Es würde mir auch lieb sein, wenn der Herr Abgeordnete Bebel seinen Einfluß, der wahrscheinlich groß sein wird, auf seine fremden Gesinnungsgenossen anwenden wollte, um sie abzuhalten, in irgend einer Weise an den deutschen Grenzen zu rütteln. Noch lieber endlich würde ich es sehen, wenn der Herr Abgeordnete Bebel aus seiner eben geäußerten patriotischen Überzeugung die Konsequenzen zöge und seine Stellung zu Heer- und Flottenforderungen revidierte.

(Sehr gut! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Bebel wird mir selbst zugeben: wenn wir infolge mangelhafter Rüstung vom Auslande besiegt würden, wenn dann selbst er den Kuhfuß auf die Schulter nimmt, so hilft uns das nichts mehr.

(Heiterkeit.)

Es kommt darauf an, daß wir so stark sind, daß sich niemand ungestraft an uns reiben kann.

(Sehr gut! rechts.)

Meine Herren, ich möchte nun mit einigen Worten auf die gestrige Debatte zurückkommen. Ich habe gestern nicht mehr gesprochen, weil ich in vorgerückter Stunde die Geduld dieses Hohen Hause nicht mehr in Anspruch nehmen wollte.

Der Herr Abgeordnete von Kardorff, dem ich aufrichtig dankbar für seine wohlwollende Beurteilung unserer auswärtigen Politik bin, hat — ich benutze die Notizen, die ich gestern gemacht habe — von dunklen Mächten gesprochen, welche die Interessen der Landwirtschaft nachteilig beeinflussen. Daß es offene Gegner der Landwirtschaft gibt, wissen wir, das haben wir gehört. Solche okkulten Machenschaften sind mir aber nicht bekannt, jedenfalls haben sie auf mein amtliches Verhalten keinen Einfluß. Ich verstehe, daß man mir manchen Vorwurf macht. Aber wie man mir den Vorwurf machen kann, daß ich es an der nötigen Rücksicht und Fürsorge für die Landwirtschaft fehlen ließe, das, meine Herren, verstehe ich nicht. Im Kampf mit einem großen Teil dieses Hohen Hauses, mit großen Parteien, mit einem großen Teil der öffentlichen Meinung und starken Strömungen habe ich einen landwirtschaftsfreundlichen Tarif vorgelegt und durchgeführt

(Zuruf rechts),

und in die Handelsvertragsverhandlungen bin ich — ich habe es erst

kürzlich im preußischen Abgeordnetenhause betont[4]) — eingetreten mit dem festen Vorsatz, unseren neuen Handelsverträgen einen so landwirtschaftsfreundlichen Zuschnitt als möglich zu geben. Das ist der erste Punkt der Instruktion, die ich unsern Unterhändlern auf den Weg gegeben habe

(Zuruf rechts);

daran machen mich auch die Angriffe nicht irre, die gestern der Abgeordnete Gothein gegen mich gerichtet hat, indem er mir vorwarf, daß ich die Interessen der Industrie und des Handels weniger pflegte als die Interessen der Landwirtschaft. Ich halte diese meine Haltung für richtig, nicht nur, weil ich glaube, daß, wenn für die Landwirtschaft gesorgt wird, auch Industrie und Handel gut dabei fahren, sondern auch in voller Würdigung der schweren und harten Zeiten, die die Landwirtschaft durchgemacht hat und in vielen Teilen unseres Vaterlandes heute noch durchmacht

(sehr richtig!),

in voller Würdigung auch der nicht nur wirtschaftlichen, sondern auch sozialpolitischen Bedeutung der Landwirtschaft, ihrer Wichtigkeit für die Kraft und Schlagfertigkeit des deutschen Volkes, ihrer Wichtigkeit auch für unsere monarchischen Institutionen.

(Bravo!)

Aber ich möchte bei dieser Gelegenheit auch auf einen Widerspruch in den Angriffen aufmerksam machen, die so häufig gegen mich gerichtet werden. Wenn ich, meine Herren, zu solchen Anfragen und Interpellationen schweige, dann heißt es, warum ich die facultas dicendi, die der Herr Abgeordnete von Heydebrand die Liebenswürdigkeit hatte mir zuzusprechen, nicht benützte zu einigen beschwichtigenden und aufrichtenden Worten. Wenn ich mich aber im Interesse der Landwirtschaft ausspreche, dann heißt es, es wären nichts als Worte. Sie werden mir zugeben, meine Herren, daß dieses Dilemma grausam und daß es nicht leicht ist, es Ihnen recht zu machen. Über den Stand der Handelsvertragsverhandlungen hat der Herr Staatssekretär des Äußern gestern Auskunft gegeben, soweit dies nach Lage der Verhältnisse möglich war. Diese Auskunft hat den Herrn Abgeordneten Grafen Reventlow nicht befriedigt. Aber in keinem Lande der Welt sind Minister in der Lage, dem Parlamente über schwebende Unterhandlungen eingehende Auskunft

[4]) Vgl. oben S. 41.

zu geben, und in manchen Parlamenten werden über schwebende Verhandlungen solche Anfragen überhaupt nicht gestellt.

Was aber die Kündigung der Handelsverträge angeht, so muß ich dies sagen: wir stehen in schwierigen und verwickelten Verhandlungen, die unser handelspolitisches Verhältnis zu unsern Nachbarn, zur ganzen zivilisierten Welt neu regeln sollen. Die Verantwortung für den Gang und Ausgang dieser Verhandlungen trägt lediglich die Regierung. Da muß auch die Regierung den Zeitpunkt bestimmen, wann ihr der Augenblick gekommen zu sein scheint, die Handelsverträge zu kündigen. An diesem Standpunkt habe ich festgehalten während der ganzen Zolltarifaktion; an diesem Standpunkt muß ich auch weiter festhalten, denn es handelt sich hier um ein Recht der Exekutive, auf das in unserem monarchischen Staat die Regierung nicht verzichten kann. Gelangen wir ohne Kündigung der alten Verträge zu neuen Handelsverträgen, desto besser für alle Beteiligten.

(Zuruf rechts.)

Nehmen die Vertragsverhandlungen nicht den von uns erwarteten und gewünschten Verlauf, so werden wir ohne Schwäche von unserem Kündigungsrecht Gebrauch machen.

(Zurufe rechts: Wann?)

— Auf jede Frage ist nicht immer eine Antwort möglich.

Was die Brüsseler Zuckerkonvention anlangt, so glaube ich, es wird von allen Seiten anerkannt werden müssen, daß wir uns in einem gewissen Übergangsstadium befinden, wo ein voller Überblick über die Wirksamkeit des Gesetzes noch nicht möglich ist. Soweit sich aber schon heute ein sicheres Urteil fällen läßt, wird der Herr Staatssekretär des Reichsschatzamts Ihnen darüber eingehende Mitteilung bei der Beratung des Etats der Zölle und Verbrauchssteuern machen. Ich möchte aber einerseits nochmals feststellen, daß unser Beitritt zur Brüsseler Zuckerkonvention nicht hervorgegangen ist aus irgendwelcher Nachgiebigkeit gegen das Ausland, sondern aus der reiflichsten Abwägung deutscher Interessen, aus gewissenhafter Prüfung namentlich der Interessen der Landwirtschaft. Andererseits aber muß ich die gegen unsere Unterhändler in Brüssel gerichteten Angriffe zurückweisen. Wir wissen alle, daß sich unsere Unterhändler in Brüssel in einer schwierigen Lage befanden zwischen der Entwicklung in unserer heimischen Zuckerindustrie auf der einen Seite und der Haltung der übrigen Staaten auf der anderen Seite. In dieser schwierigen Lage haben unsere Unterhändler getan,

was ihnen möglich war, um für uns möglichst günstige Bedingungen zu erlangen. Ich halte die gegen sie erhobenen Vorwürfe nicht für gerecht.

Ad vocem Unterhändler möchte ich mich noch gegen eine Bemerkung wenden, die der Herr Abgeordnete Gothein gestern gemacht hat. Der Herr Abgeordnete Gothein hat gestern gesagt: wenn unsere Unterhändler mit den Minimalzöllen neue Handelsverträge zustande brächten, so würden sie, wie er sich ausdrückte, Übermenschen sein. Ich glaube nicht, meine Herren, daß es nützlich ist, öffentlich so etwas vor den Ohren des Auslandes zu sagen

(sehr richtig! rechts);

davon abgesehen bestreite ich die Richtigkeit dieser Bemerkung. Gewiß erleichtern die Mindestzölle nicht den Abschluß neuer Verträge. Die verbündeten Regierungen haben im Interesse der Landwirtschaft eine schwere Aufgabe auf sich genommen, als sie sich entschlossen, mit festgelegten Getreidezöllen in die Unterhandlungen für den Abschluß neuer Verträge einzutreten. Es ist aber falsch, zu behaupten, daß Handelsverträge mit diesen Minimalzöllen unmöglich wären. Das ist durchaus nicht der Fall. Wir halten es für sehr wohl möglich, auf der Grundlage dieser Minimalzölle mit allen Staaten, mit denen wir in Unterhandlungen stehen, zu einem für beide Teile befriedigenden Ausgleich zu gelangen.

Meine Herren, ich komme zu den Ausführungen des Herrn Dr. Ricklin. In den Streit des Herrn Dr. Ricklin mit dem Herrn Abgeordneten Blumenthal werde ich mich nicht einmischen, teils weil ich mich ungern in Konflikte mische, die mich nichts angehen, teils auch aus dem Grunde, weil ich es nicht mit jemand verderben möchte, der, wie Herr Gothein mir andeutete, vielleicht mal mein Nachfolger wird.

(Heiterkeit.)

Ich werde also nur auf das eingehen, was der Herr Abgeordnete über die vorjährigen Beschlüsse des Landesausschusses für Elsaß-Lothringen gesagt hat. Der Herr Abgeordnete Ricklin hat zutreffend ausgeführt, daß diese Beschlüsse, die der Herr Statthalter von Elsaß-Lothringen mir vorgelegt hat, sich in dreifacher Richtung bewegen. Sie verlangen einmal Ausschaltung des Reichstages als gesetzgeberischen Faktors für Elsaß-Lothringen; sie fordern ferner Vertretung im Bundesrat bei Beratung von elsaß-lothringischen Angelegenheiten, und sie wünschen endlich Erteilung der Befugnisse, der Stellung und des Namens eines Land-

tags an den Landesausschuß. Die Ausführung dieser Beschlüsse würde also einen tiefen Eingriff in die staatsrechtliche Stellung von Elsaß-Lothringen in sich schließen. Die mit der staatsrechtlichen Stellung von Elsaß-Lothringen zusammenhängenden Fragen sind an und für sich schwieriger und verwickelter Natur. Ihre Lösung kann meines Erachtens nur allmählich erfolgen, nur Hand in Hand mit der Festigung des Reichsgedankens.

Nun hat der Herr Abgeordnete Ricklin zu meiner Befriedigung hervorgehoben, daß der Reichsgedanke in Elsaß-Lothringen Fortschritte gemacht hat. Er wird aber selber nicht erwarten, daß ich ohne weiteres zu seinen Vorschlägen Stellung nehmen soll. Seinen Forderungen stehen gewichtige Bedenken politischer und verfassungsrechtlicher Natur im Wege, sie bedürfen einer eingehenden Prüfung. Es kommt dazu, daß die Ansichten über die Zweckmäßigkeit der Maßnahmen, die eine Änderung der verfassungsmäßigen Stellung von Elsaß-Lothringen enthalten würden, auch im elsaß-lothringischen Landesausschuß meines Wissens noch geteilt sind, und daß es nicht gewiß ist, ob die Forderungen des Landesausschusses den einmütigen Wünschen der Bevölkerung von Elsaß-Lothringen entsprechen.

Was den dritten Punkt angeht, so möchte ich darauf aufmerksam machen, daß mit Ausnahme des Interpellationsrechts dem Landesausschuß von Elsaß-Lothringen schon jetzt alle Befugnisse zustehen, die ein Landtag hat. Über diese Frage, die eine inner-elsaß-lothringische Frage ist, werden wir uns vielleicht am leichtesten verständigen können. In der Verfassung von Elsaß-Lothringen hat sich seit der Wiedervereinigung mit dem Reiche eine große Anzahl von Änderungen vollzogen, die unseren Landsleuten in Elsaß-Lothringen doch den Beweis liefern sollten, daß die Reichsregierung bereit ist, ihren Wünschen entgegen zu kommen, soweit sie berechtigt und durchführbar sind.

Ich erinnere nur an die Aufhebung des Diktaturparagraphen. Bei jener Aufhebung des Diktaturparagraphen habe ich vor zwei Jahren hier erklärt, daß für mich hinsichtlich der Stellung von Elsaß-Lothringen zum Reich und der weiteren Entwicklung von Elsaß-Lothringen zwei Gesichtspunkte maßgebend wären: einmal die Fürsorge für die Sicherheit des Reichs, die Rücksicht auf die europäische Gesamtlage und auf den europäischen Frieden, und dann die Haltung der elsaß-lothringischen Bevölkerung gegenüber dem Deutschen Reiche, das Tempo ihrer Verschmelzung mit dem deutschen Volke. An dieser Auffassung halte ich auch heute fest, und von diesen beiden Gesichtspunkten aus werde ich

die Frage prüfen, ob der Zeitpunkt schon gekommen ist, den Forderungen des elsaß-lothringischen Landesausschusses näher treten zu können.

Ich wende mich noch zu einigen Ausführungen, die am Schlusse der gestrigen Debatte der Herr Abgeordnete Graf Reventlow gemacht hat. Der Herr Abgeordnete Graf Reventlow hat behauptet, daß das englisch-französische Abkommen und speziell der Hauptteil jenes Abkommens, der sich auf Marokko bezieht, in Deutschland mit Beschämung und Niedergeschlagenheit aufgenommen worden wäre. Er meint, wir dürften nicht dulden, daß sich andere Mächte in Marokko größeren Einfluß sicherten als wir. Das kann doch nur so viel heißen, als daß wir selbst ein Stück von Marokko fordern sollen. Ich möchte mir erlauben, an den Herrn Abgeordneten Grafen Reventlow eine einfache Frage zu richten. Der Herr Abgeordnete Graf Reventlow ist gewiß mit mir der Ansicht, daß, wenn ein so großes Reich, wie das Deutsche Reich, eine solche Forderung stellt, es diese Forderung auch durchsetzen muß, coûte que coûte. Was würde nun der Herr Graf Reventlow mir raten zu tun, wenn eine derartige Forderung auf Widerstand stieße? Ich sage nicht, daß es sicher ist, daß sie auf Widerstand stieße; ich sage nicht, daß es wahrscheinlich ist, ich sage nur, daß man in solchen ernsten Fragen jeden Fall ins Auge fassen muß. Würde dann der Herr Abgeordnete Graf Reventlow mir den Rat geben, daß ich vom Leder ziehen soll? — Der Herr Graf Reventlow schweigt, und ich verstehe es, daß er schweigt.

(Heiterkeit.)

Ich glaube, meine Herren, daß es von meiner Seite Leichtsinn sein würde — und zu meiner Befriedigung haben die Führer aller Parteien mit Ausnahme des Herrn Grafen Reventlow sich in diesem Sinne ausgesprochen —, wenn ich ohne Not aus solchem Grunde das Land in Abenteuer stürzen wollte. Ich glaube weiter, meine Herren, daß, wenn ich das täte, der Herr Abgeordnete Graf Reventlow, bei dem mir die kritische Ader stark ausgebildet zu sein scheint

(Heiterkeit),

mir mit derselben Lebhaftigkeit übertriebenen Tatendurst vorwerfen würde, mit der er jetzt meine angebliche Tatenscheu getadelt hat.

Ich glaube, meine Herren, daß gerade jetzt, wo im fernen Osten ein Krieg entbrannt ist, dessen Rückwirkung vorläufig noch unberechenbar ist, und wo im näheren Orient noch vieles ungeklärt ist, eine Politik besonnener Ruhe und selbst der Reserve im Interesse des Reiches am

nützlichsten ist, und ich werde mir weder vom Auslande noch von übelwollender oder ungeduldiger Kritik im Inlande den Zeitpunkt vorschreiben lassen, wann wir aus dieser Haltung herauszutreten haben.

Der Herr Abgeordnete Graf Reventlow hat weiter das Sprichwort variiert: duobus litigantibus tertius gaudet. Ich will es dahingestellt sein lassen, ob dieses Sprichwort immer zutrifft, und will es auch dahingestellt sein lassen, ob, wenn zweie aufhören, sich zu streiten, dann notwendig der Dritte und Vierte tristis sein muß. Das aber möchte ich doch dem Herrn Grafen Reventlow sagen, der mir Neigung zur Diplomatie zu haben scheint

(Heiterkeit),

— Ihre Familie, Graf Reventlow, hat manchen trefflichen Diplomaten hervorgebracht —, also das möchte ich ihm doch sagen, daß, wenn man partout Reibungsflächen herbeiführen will, man das nicht über alle Dächer schreien muß. Friedrich der Große hat vielleicht hier und da einmal einen machiavellistischen Schachzug in der Politik gemacht, er hat aber vorher den Antimachiavell geschrieben.

(Große Heiterkeit.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Graf Reventlow zu meinem Bedauern ungewöhnlich scharfe Angriffe gegen unsere Vertretung im Auslande gerichtet und namentlich gegen unsere konsularischen Vertreter. Ich bin immer der Ansicht gewesen, seitdem ich vor 30 Jahren in den diplomatischen Dienst eingetreten bin, daß jeder Beamte im Auslande, vom Vizekonsul und vom Konsularagenten bis zum Gesandten und zum Botschafter, in erster Linie dazu da ist, um für jede berechtigte deutsche Klage ein offenes Ohr, für jeden begründeten deutschen Anspruch eine tätige Hand zu haben. Ich bin kein Chauvinist im fremdländischen Sinne des Wortes, ich dulde bei meinen Untergebenen kein unnützes Sporenklirren. Aber allerdings sollen unsere Vertreter im Auslande, wo sie den Boden des Völkerrechts und des Vertragsrechts unter den Füßen haben, Leben, Eigentum, Interessen und Rechte unserer deutschen Landsleute mit Nachdruck schützen. Das entspricht den Traditionen, die seit lange maßgebend sind im auswärtigen Dienst, das entspricht auch dem Geist der Instruktionen, die an unsere Vertreter im Ausland ergangen sind. Aber gerade deshalb, weil ich weiß, daß diese Instruktionen für unsere Vertreter im Ausland maßgebend sind, muß ich diese pflichttreuen, arbeitsfreudigen und gewissenhaften Beamten, die ich selbst oft an der Arbeit gesehen habe, in Schutz

nehmen gegen Vorwürfe, wie sie der Abgeordnete Graf Reventlow gestern erhoben hat. In jeder Herde wird mal ein räudiges Schaf vorkommen. Wenn Sie einem meiner Untergebenen irgendwelche Pflichtwidrigkeit nachweisen können, wenn Sie namentlich Mangel an der Eigenschaft nachweisen können, die ich von unseren Vertretern in erster Linie verlange, stramm nationale Gesinnung, so fliegt er hinaus, da können Sie ganz ruhig sein. Aber ohne Beweis, auf vage Anschuldigungen hin gebe ich meine Untergebenen nicht preis.

Wie einseitig übrigens in dieser Beziehung die Auffassung des Herrn Grafen Reventlow ist, das geht schon aus dem hervor, was er über deutsche Konsuln sagte, die der deutschen Sprache nicht mächtig sind. Wenn der Abgeordnete Graf Reventlow eine Reise um die Welt machen wollte — ich sage nicht, daß ich ihn dazu auffordere, ich freue mich, ihn hier zu sehen

(Heiterkeit);

aber eine solche Reise ist ja für jeden nützlich —, so würde er sich davon überzeugen, daß es auch eine Menge französischer, englischer, spanischer, russischer Konsuln gibt, die der französischen, englischen, spanischen, russischen Sprache nicht mächtig sind. Und der Grund ist sehr einfach. An Orten, wo wir keine Berufskonsuln haben, und wo sich keine Deutschen oder unter den dort angesessenen Deutschen keine geeigneten Elemente für Wahlkonsuln finden, übertragen wir wie andere das Wahlkonsulat demjenigen einheimischen Kaufmann, der uns die besten Garantien dafür bietet, daß er die Interessen unserer Landsleute und unseres Handels wahrnehmen und fördern wird. — Auf die übrigen von dem Herrn Abgeordneten Grafen Reventlow vorgebrachten Beschwerden werden der Herr Staatssekretär des Äußern und der Herr Kolonialdirektor bei ihren Etats näher eingehen.

Ich komme zum Schluß noch einmal auf die in den letzten Tagen viel erörterte Frage der Aufhebung des § 2 des Jesuitengesetzes zurück. Ich muß zunächst feststellen, wie schwierig es auch bei aller Vorsicht ist, hier so zu sprechen, daß man nicht mißverstanden wird. Der Abgeordnete Graf Reventlow hat gestern am Schlusse seiner Ausführungen behauptet, ich hätte gesagt, ich arbeitete nur mit dem Zentrum. Ähnliche Andeutungen hat der Herr Abgeordnete Gothein gemacht, und dieser Meinung schien soeben auch der Herr Abgeordnete Bebel zuzuneigen.

(Widerspruch von den Sozialdemokraten.)

Dann nehme ich das sofort und gern zurück!

(Heiterkeit.)

Was habe ich denn in Wirklichkeit gesagt? Ich habe an ein verehrtes Mitglied dieses Hauses, an den Herrn Abgeordneten Sattler die Frage gerichtet, ob er glaube, daß es möglich wäre, daß ich die Geschäfte des Reichs in verfassungsmäßiger und ersprießlicher Weise führe ohne jede Rücksicht auf die stärkste Partei in diesem Hohen Hause. Das habe ich gesagt. Ich habe mich ebensowenig dem Zentrum mit Haut und Haar verschrieben, als der Herr Abgeordnete Spahn gestern gesagt hat, das Zentrum wäre eine Regierungspartei sans phrase geworden. Es gibt eine Reihe von Fällen, wo ich anderer Ansicht bin als die Herren vom Zentrum; es gibt aber auch Fälle, wo ich glaube mit den Herren vom Zentrum zusammen gehen zu können. So geht es mir aber mit allen Parteien, die in diesem Hohen Hause auf dem Boden der Verfassung stehen. Der Herr Abgeordnete Spahn hat uns gestern mit einem Seitenblick auf den Herrn Abgeordneten Sattler gesagt, daß ich ihm zu viel mit den Nationalliberalen kokettierte. Umgekehrt wird mir von dem Herrn Abgeordneten Sattler Flirt mit dem Zentrum vorgeworfen.

(Heiterkeit links.)

So machen liebenswürdige, junge Damen dem Leutnant, der nicht allein mit ihnen tanzen will, mit reizendem Schmollen den Vorwurf, er hätte nur Augen für die anderen.

(Heiterkeit.)

Ich habe hier mehr als einmal auseinandergesetzt, daß ich nicht allein mit einer Partei gehen kann. Ich habe aber auch gesagt, daß ich es für meine Pflicht erachte, die staatserhaltenden Kräfte, die in jeder Partei vorhanden sind, für das Wohl des Ganzen zu verwerten, und ich unterschreibe durchaus das, was gestern der Herr Abgeordnete von Kardorff gesagt hat über die dankenswerte Mitarbeit des Zentrums an großen nationalen Fragen.

Der Herr Abgeordnete von Heydebrand und der Herr Abgeordnete Gothein haben gemeint, wenn man sich auch befreunde mit der Aufhebung des § 2, so wäre doch die Art und Weise anstößig, wie der Paragraph aufgehoben worden wäre. Ich könnte mit der Gegenfrage antworten, welcher Artikel der Verfassung, welche verfassungsmäßige Bestimmung durch mein Vorgehen verletzt worden ist. Mein Verfahren würde doch nur dann im Widerspruch stehen, ich sage, nicht mit dem Buchstaben, aber auch selbst mit dem Geist der Reichsverfassung, wenn

ich entweder den Bundesrat überrumpelt hätte, oder wenn dieser heutige Reichstag zu der Frage der Aufhebung des § 2 anders stünde als sein Vorgänger. Wie kann aber von einer Überrumpelung, einer Überraschung des Bundesrats die Rede sein, da ich vor 13 Monaten von dieser Stelle klar und deutlich vor versammeltem Kriegsvolk erklärt habe, daß ich die Aufhebung und Beseitigung des § 2 für möglich und nützlich hielte?

Was aber die Stellung des heutigen Reichstags zur Frage der Beseitigung des § 2 angeht, so könnte man ja leicht die Gegenprobe anstellen, indem von irgend einer Seite der Antrag eingebracht würde auf Wiederherstellung des § 2

(Heiterkeit),

und es würde sich ja dann zeigen, ob der gegenwärtige Reichstag eine andere Stellung einnimmt als sein Vorgänger.

Es kommt aber meines Erachtens überhaupt weniger auf den Zeitpunkt für die Aufhebung des § 2 und die Modalitäten in diesem oder jenem Detail an, sondern darauf, ob jene Aufhebung sachlich richtig war, ob sie ein Gebot der Staatsraison und ein Gebot der Gerechtigkeit war.

Der Herr Abgeordnete Spahn hat gestern gemeint, es hätte ihm wehe getan, daß ich für die Aufhebung des § 2 Gründe der Staatsraison ins Feld geführt hätte und nicht solche der Gerechtigkeit. Ich muß darauf aufmerksam machen, daß für mich natürlich die Gründe der Staatsraison in erster Linie bestimmend sind; aber in diesem Falle widersprechen sich nach meiner Überzeugung Staatsraison und Gerechtigkeit nicht. Und ich konstatiere, daß ich auch von den Rednern, die sich gestern hier über die Art und Weise unseres Vorgehens in der Frage des § 2 beschwert haben, kein einziges sachliches Argument für die Aufrechterhaltung des § 2 gehört habe.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Daß die Beseitigung des § 2 gerecht und nützlich war, war seit vielen Jahren die Ansicht der großen Majorität dieses Hohen Hauses, und der Bundesrat ist dieser Ansicht beigetreten.

Und nun, meine Herren, möchte ich noch dem Herrn Abgeordneten von Heydebrand danken für die Mahnung, die er gestern an unsere evangelischen Glaubensgenossen im Lande gerichtet hat, daß sie sich nicht durch eine, wie ich wohl weiß, tiefgehende, aber nach meiner innersten Überzeugung nicht berechtigte Erregung über die Beseitigung

des § 2 zu einer Haltung drängen lassen, von der ich fest glaube, daß sie die Interessen beider Konfessionen, daß sie die Interessen des Landes schädigen würde. Keine Konfession hat ein Interesse daran, die konfessionelle Streitaxt auszugraben. Daran hat auch keine Partei ein Interesse, jedenfalls keine Partei, die auf dem gegenwärtigen Boden der Dinge steht. Der Herr Abgeordnete Bebel hat soeben davon gesprochen, daß gegen uns im Auslande viel Abneigung und Feindschaft vorhanden wäre. Ich will das nicht bestreiten. Ich will auch jetzt nicht untersuchen, worauf solche Empfindungen gegen uns im einzelnen zurückzuführen sind. Zum Teil mögen sie wohl auf Eifersucht beruhen.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber jedenfalls haben wir allen Grund, unsere Reihen zu schließen. Ich bin überzeugt, die Mehrheit dieses Hohen Hauses wird mit mir der Ansicht sein, daß wir in einer Zeit, wo in der inneren und äußeren Politik manche ernste Symptome am Horizont stehen, den konfessionellen Hader vermeiden müssen, der uns im Innern und nach außen schwächen würde.

(Bravo!)

12. Dank oder Undank.

Sitzung des Reichstages vom 16. April 1904.[1]

Der Abgeordnete Schrader hatte ausgeführt:

„Da ich den Herrn Reichskanzler hier sehe, so möchte ich gleich eine andere Bemerkung daran knüpfen. Der Herr Reichskanzler ist entgegenkommend, entgegenkommend in diesem Falle gegen das Zentrum, gegen die katholische Kirche. Dank hat er nicht davon gehabt; denn es werden immer neue, ihm Verlegenheit bereitende Forderungen kommen. Der Herr Reichskanzler ist sehr entgegenkommend gewesen gegen die Agrarier. Ja, welchen Dank er davon gehabt hat, hat er in früheren Verhandlungen dieses Reichstags erfahren können, und wäre er hier gewesen, so hätte er eine Rede hören können, wie ich sie im Reichstage gegenüber einem Reichskanzler noch nicht gehört habe. Meine Herren, ich habe die Kämpfe gegen den Fürsten Bismarck hier mitgemacht; aber in dieser rücksichtslosen Weise, wie der Herr Abgeordnete von Oldenburg gegen den Reichskanzler gesprochen hat, ist in diesem Reichstage noch niemals gesprochen, und noch niemals in einem Falle, wo von jener Seite dem Herrn Reichskanzler so viel Dank hätte geschuldet werden sollen, wie ihm jetzt mit Undank gelohnt ist."

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/04, 68. Sitzung.

Darauf erwiderte

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, der Abgeordnete Schrader hat soeben gesagt, daß ich beim Zentrum wie bei den Agrariern Undank erntete. Darauf erwidere ich, daß ich meine Politik unmöglich zuschneiden kann auf Dank oder Undank — daß Undankbarkeit in der menschlichen Natur liegt, ist auch mir bekannt —, sondern ich kann lediglich das tun, was nach meiner Ansicht das Interesse des Landes erfordert.

Ich bedauere, daß ich nicht selbst den Ausführungen des Herrn Abgeordneten von Oldenburg beigewohnt habe, die, wie ich höre, ihre persönliche Spitze gegen mich richteten. Wenn aber der Herr Abgeordnete Schrader diese persönlichen Wendungen eben, ich möchte sagen, so liebevoll unterstrichen hat

(Heiterkeit),

so gefiel er sich dabei doch wohl etwas in der Rolle des tertius gaudens, von dem in diesen Tagen viel die Rede war.

Die Ausführungen des Herrn von Oldenburg sind mir nach drei Gesichtspunkten resümiert worden. Herr von Oldenburg hat es als eine Legende bezeichnet, daß ich etwas für die Landwirtschaft getan hätte. Er wünscht Taten von mir. Ohne meine beharrlichen Bemühungen würde der Zolltarif schon in den Vorstadien stecken geblieben sein, würde er schon bei den Vorarbeiten gescheitert und überhaupt nicht zustande gekommen sein. Wäre der Zolltarif nicht mehr gewesen als ein Versprechen in schönen Worten, so hätte ich mir nicht solche Mühe darum gegeben. Ich halte die Vorlage des Zolltarifs für eine der Landwirtschaft und dem Lande nützliche Tat. Oder glauben Sie, daß es sich bei den mühseligen Unterhandlungen, die wir jetzt auf Grund dieses Tarifs führen, nur um schöne Redensarten handelt? Auf Grund dieses Zolltarifs hoffen wir zu Handelsverträgen zu kommen, denen die Mehrheit dieses hohen Hauses wird zustimmen können. Und wenn wir auf dieser Basis des Zolltarifs Handelsverträge zustande bringen, so würde ich das für eine weitere nützliche Tat halten.

Ich möchte übrigens hierbei bemerken, daß der Begriff der Tat ein relativer ist. Mancher hält für eine Tat, was sich bei näherem Zusehen und in seiner weiteren praktischen Entwicklung als eine Untat für das Land und die Landwirtschaft herausstellt.

Der Herr Abgeordnete von Oldenburg hat mir auch einen Vorwurf daraus gemacht, daß ich mich gegen den Pessimismus gewandt hätte.

Wenn ich so pessimistisch wäre, wie sich der Herr Abgeordnete von Oldenburg über die Lage ausgesprochen zu haben scheint, täte ich besser, mein Amt noch heute niederzulegen. Mit einem nervösen Reichskanzler würde dem Reiche in den gegenwärtigen Zeitläuften wirklich nicht gedient sein. Ich glaube aber, daß sich bei aller Schwarzseherei der Herr Abgeordnete von Oldenburg die praktische Leitung der Geschäfte leichter denkt, als sie in Wirklichkeit ist. So liegen die Dinge nicht, daß der Reichskanzler bloß auf den Knopf zu drücken braucht, und der gedeckte Tisch für die Landwirtschaft steht da!

(Heiterkeit.)

Ich habe bei meinen Bemühungen für die Landwirtschaft Schwierigkeiten zu überwinden, die jeder mit Händen greifen kann, der nicht mit vorgefaßter Meinung die Dinge beurteilt. In diesen meinen Bemühungen sollten mich die Freunde der Landwirtschaft unterstützen, statt auf mich zu schießen.

Endlich hat der Herr Abgeordnete von Oldenburg gemeint, daß sich die Schüler des Fürsten Bismarck nicht mit dem Meister vergleichen könnten. Das ist eine der richtigsten Bemerkungen, die ich je in meinem Leben gehört habe. Sich mit dem Fürsten Bismarck zu vergleichen, wäre nicht nur für jeden Schüler desselben, sondern für jeden lebenden Politiker einfach geschmacklos. Wenn sich aber niemand unterfangen wird, einen Staatsmann ersetzen zu wollen, wie er einem Volke in Jahrhunderten einmal geschenkt wird, so soll sich doch jeder bemühen, von ihm zu lernen. Eine Hauptregel, die uns Fürst Bismarck hinterlassen hat, ist die, daß man nicht unerfüllbare Forderungen aufstellen und über dem Wünschenswerten das Erreichbare gefährden soll.

(Lebhafter Beifall.)

13. Auswärtige Politik und Schutzgebiete.

Sitzung des Reichstages vom 9. Mai 1904.[1]

Bei der dritten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1904 und des Haushaltsetats für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1904 hatte in der Generaldiskussion der Abgeordnete Bebel in längerer Rede gezeigt, wie sich in seinem Geiste die auswärtige Politik des Reiches und die Zustände in den deutschen Schutzgebieten spiegeln.

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/04, 87. Sitzung.

Ihm hielt der

Reichskanzler Graf von Bülow folgendes entgegen:

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat seine Rede eröffnet mit einem Überblick über die gegenwärtige internationale Weltlage. Ich werde ihm auf dieses Terrain nicht sehr weit folgen, muß aber doch einige Bemerkungen richtigstellen, die mir der Korrektur besonders dürftig erscheinen.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat ein Telegramm berührt, welches Seine Majestät der Kaiser aus Syrakus an Seine Majestät den Kaiser von Rußland gerichtet hat. Der Herr Abgeordnete Bebel hat den Wortlaut dieses Telegramms nicht richtig wiedergegeben. Aber allerdings hat Seine Majestät der Kaiser in seinem Telegramm an den Kaiser von Rußland der warmen Teilnahme Ausdruck gegeben an dem schweren Unglücksfall, bei welchem so viele brave Leute in der Erfüllung ihrer Pflicht in den Tod gegangen sind. Ich bin überzeugt, daß dieses Gefühl menschlicher Teilnahme nicht nur von der Mehrheit dieses Hohen Hauses, sondern auch von der großen Mehrheit im Lande geteilt wird

(sehr richtig! rechts),

und ich kann bei dieser Gelegenheit nur meinem Bedauern Ausdruck geben über die Art und Weise, wie in einem Teile unserer Presse und namentlich in unseren Witzblättern wieder wie vor wenigen Jahren die Unglücksfälle eines befreundeten Landes zum Gegenstande gehässiger und hämischer Artikel und Zerrbilder gemacht werden.

(Sehr richtig! rechts.)

Das widerspricht ebenso sehr menschlichem Empfinden wie dem politischen Takt.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Wenn aber, meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel schon in jener Teilnahme Seiner Majestät des Kaisers an dem Unglück des „Petropawlowsk" eine Abweichung von der uns gegenüber dem ostasiatischen Kriege obliegenden Neutralität erblickt, wie kann er es dann verantworten, daß er wieder die heftigsten Angriffe gegen unseren russischen Nachbar gerichtet hat, daß er in so unverhüllter Weise gegen ihn zu Felde gezogen ist unter Zuhilfenahme aller möglichen schiefen historischen Analogien, daß er in unverblümten Worten gesagt hat, er wünsche eine Niederlage Rußlands? Das ist eine Abweichung von jener ehr-

lichen, strikten Neutralität, die wir gegenüber dem gegenwärtigen ostasiatischen Kriege nach beiden Seiten hin einnehmen, eine Abweichung, eine Verletzung der Neutralität, die ich als verantwortlicher Minister nicht mitmachen kann.

(Bravo! rechts.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat sich dann auch über die Lage der Dinge in Südwestafrika verbreitet. Er hat hierbei die dortigen militärischen Operationen kritisiert. Ich glaube, meine Herren, daß bei der gegenwärtigen Lage der Dinge in Südwestafrika eine solche Kritik – ich will mich schonend ausdrücken – mindestens nicht zeitgemäß ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Was soll jetzt mit solchen Erörterungen erreicht werden? Wie sollen wir jetzt, wo wir gar nicht in der Lage sind, die Beteiligten zu hören, zu einem objektiven Urteil gelangen? Wenn überhaupt auf Grund eines sichereren Materials, als es uns jetzt zur Verfügung steht, unseren Offizieren draußen ein Vorwurf wird gemacht werden können, so wird es doch höchstens der Vorwurf sein, daß sie ihre Person und ihr Leben zu rücksichtslos in die Schanze geschlagen haben.

(Sehr wahr! rechts.)

Das ist ein schöner Vorwurf, und ich muß sagen, die Art und Weise, wie unsere Leute und unsere Offiziere in den Tod gegangen sind, der sehr hohe Prozentsatz der gefallenen Offiziere ist eine gründliche Widerlegung der generalisierenden Vorwürfe, die so vielfach in letzter Zeit gegen unser Offizierkorps erhoben worden sind.

(Sehr gut! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat auch gemeint, der Ausbruch des Aufstandes wäre zum größten Teil zurückzuführen auf das Verhalten, auf die Ausschreitungen, auf die Grausamkeit unserer Landsleute drüben in Südwestafrika. Ich überlasse es dem Herrn Kolonialdirektor, die Einzelfragen, welche der Herr Abgeordnete Bebel an die Kolonialverwaltung gestellt hat, zu beantworten. Ich möchte meinerseits aber doch folgendes sagen. Gewiß sind unsere Landsleute drüben auch Menschen von Fleisch und Blut. Wie andere Kolonialländer haben auch wir die Erfahrung machen müssen, daß sich Leute, denen es an der nötigen Selbstzucht fehlt, unter dem Einfluß des Klimas, der stärkeren Machtvollkommenheit, der größeren Bewegungsfreiheit zu Ausschreitungen hinreißen lassen. Aber solche tieftraurigen Einzelfälle bilden doch, Gott

sei Dank, eine verschwindende Ausnahme gegenüber der großen Anzahl unserer Landsleute, die drüben in Selbstzucht und Pflichttreue ihre harte Arbeit verrichten.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich halte es für meine Pflicht, das gerade jetzt gegenüber unseren so schwer betroffenen Landsleuten in Südwestafrika von dieser Stelle aus zu erklären. Das sage ich auch gegenüber den Angriffen, die von einzelnen Missionaren gegen unsere Landsleute gerichtet worden sind. Ich kann bei aller Hochachtung für die Missionare nur meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß sie sich gerade diesen Augenblick, wo so viele Deutsche das Opfer roher Barbarei geworden sind, ausgesucht haben, um solche Anschuldigungen zu erheben. In dem uns in Südwestafrika aufgedrungenen Kampfe ist der Platz der Missionare an der Seite ihrer Landsleute. Ich kann ihnen weder das Recht der Neutralität zwischen Deutschen und Hereros einräumen, noch das Amt eines Anklägers oder Richters zugestehen.

Der Abgeordnete Bebel hat weiter die Truppensendungen nach Südwestafrika berührt. Darüber möchte ich im allgemeinen folgendes sagen. Man hat gemeint, daß wir von vornherein mehr Truppen nach Südwestafrika hätte schicken sollen. Es ist auch gesagt worden, die Truppensendungen hätten rascher vor sich gehen sollen. Demgegenüber betone ich, daß ich von dem Tage an, als die erste Nachricht über den Aufstand in Südwestafrika eintraf, sowohl der Kolonialverwaltung wie dem Gouverneur von Südwestafrika keinen Zweifel mehr darüber gelassen habe, daß ich die Verantwortung übernähme für alle Truppensendungen nach Südwestafrika, die vom militärischen Standpunkt aus für erforderlich erachtet würden, und daß ich die dadurch notwendig werdenden Kosten vor diesem hohen Hause vertreten würde. Sparsamkeit, wo es sich um die Rettung so vieler in Bedrängnis befindlicher Deutscher, wo es sich um das Ansehen unserer Fahne, wo es sich um den militärischen Erfolg handelt, wäre eine Sparsamkeit am unrechten Ort, wäre geradezu ein Verbrechen. Es sind denn auch genau so viel Truppen und mit jeder denkbaren Beschleunigung hinausgeschickt worden, als von dem Gouverneur infolge meiner wiederholten Anfragen gefordert wurden. Allen hinsichtlich des militärischen Bedarfs geäußerten Wünschen ist von uns sofort entsprochen worden. An diesem Standpunkt werden wir auch weiter festhalten, und wir hoffen dabei auf die Zustimmung dieses hohen Hauses.

Was die Entsendung des Generalleutnants von Trotha betrifft, so ist der Sachverhalt sehr einfach. Die Leitung der Operationen

war zunächst dem Gouverneur, Oberst Leutwein, überlassen worden, welcher aus eigener langjähriger Erfahrung Land und Leute in Südwestafrika kennt. Als es sich herausstellte, daß nach dem Urteil des Oberst Leutwein selbst umfassendere Verstärkungen notwendig wurden, ergab sich eine doppelte Schwierigkeit. Einmal die Notwendigkeit, daß die größere Truppenzahl mit einer größeren Anzahl von Stabsoffizieren als Kommandeur einen General erforderte. Dann aber auch die Erwägung, daß der Leiter größerer militärischer Operationen nicht gleichzeitig der Chef der Zivilverwaltung sein konnte, da dies schon aus Gründen der territorialen Entfernung sich als unzweckmäßig herausstellte und die Kräfte eines Einzelnen überstieg. Während der Leiter der militärischen Operationen im schwierigen Gelände und vielleicht in den Grenzgebieten seine Aufgabe erfüllen soll, kann er nicht gleichzeitig in Windhuk sitzen.

Meine Herren, auf das, was der Herr Abgeordnete Bebel über ein Gesetz ausgeführt hat, welches beim preußischen Landtag über die Erschwerung des Vertragsbruchs landwirtschaftlicher Arbeiter und des Gesindes eingebracht ist, gehe ich hier nicht ein.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Ich lehne es ab, mich hier über die Motive auszusprechen, welche die Königlich preußische Staatsregierung bei ihrem gesetzgeberischen Vorgehen in Preußen leitet.

(Beifall rechts.)

Der Ort, sich darüber auszusprechen, ist der preußische Landtag, nicht der Deutsche Reichstag.

(Große Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Und endlich, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Bebel auch gemeint, daß in der Welt so viel Antipathie, so außerordentlich viel Neid und Haß gegen uns vorhanden wäre. Ich bestreite, daß diese Antipathien in so hohem Grade vorhanden sein sollen, wie es der Herr Abgeordnete Bebel behauptet. Wenn das aber wirklich zuträfe, so würde es nur ein Grund mehr sein, unsere Rüstung so zu erhalten, daß wir allen Eventualitäten der Zukunft mit Ruhe entgegensehen können

(sehr wahr! rechts):

denn, meine Herren, ein Mittel, um berechtigten Haß und Neid — und der Haß und Neid gegen uns sind unberechtigt, denn wir haben seit 33 Jahren eine eminent friedliche Politik gemacht

(Lachen bei den Sozialdemokraten)

— ich sage, ein Mittel, um berechtigten Haß und Neid zu entwaffnen anders, als indem man sein Schwert scharf erhält, ist noch nicht gefunden worden.

(Beifall.)

14. Reichsverdrossenheit. — Unzufriedenheit. — Sozialdemokratie. — Konfessioneller Friede. — Parlamentarische Verhältnisse. — Sozialreform. — Wahlsystem. — Handelsverträge. — Konservative Partei.

Sitzung des Herrenhauses vom 11. Mai 1904.[1]

Es hatte eine umfangreiche Etatsdebatte auf Grund des Kommissionsberichtes und der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses über den Etat stattgefunden. Alle dabei gegen die Regierung vorgebrachten Vorwürfe und Klagen faßte der Ministerpräsident in der nachfolgenden Rede abwehrend zusammen.

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, die beiden Herren Vorredner haben von der allgemeinen Unzufriedenheit gesprochen, die im Lande herrsche. Der Herr Graf von Mirbach hat sich dabei darauf berufen, daß neulich sogar ein Bevollmächtigter zum Bundesrat im Reichstage von Reichsverdrossenheit geredet hätte. Ich habe mir daraufhin sogleich den stenographischen Bericht über die betreffende Reichtagsverhandlung vorlegen lassen. Aus diesem Bericht geht hervor, daß in der Tat am 3. Mai der Königlich bayrische Ministerialrat und Kronanwalt, stellvertretender Bevollmächtigter zum Bundesrat für das Königreich Bayern, Ritter von Burkhard, gesagt hat:

> Ich befürchte, wenn durch einen Beschluß des Reichstags wirklich eine Steuererhöhung in einem Einzelstaate eintreten muß, dann könnte eine Reichsverdrossenheit dadurch begünstigt werden; zum mindesten wird der Reichsgedanke dadurch nicht gekräftigt.

Der Beschluß, um welchen es sich bei diesen Ausführungen des Herrn von Burkhard handelt, war der Beschluß der Budget-Kommission des Reichstags, den Einzelstaaten weitere 17 Millionen Mark Beiträge zu überweisen. Ich muß aber den Herrn Grafen von Mirbach darauf aufmerksam machen, daß zu diesem Beschlusse des Reichstags auch die

[1] Sten. Ber. d. Herrenhauses 1904, 13. Sitzung.

näheren politischen Freunde des Herrn Grafen von Mirbach wesentlich beigetragen haben.

(Sehr richtig! links.)

Wenn also die Reichsverdrossenheit, die, wie Herr Graf von Mirbach richtig hervorgehoben hat, einer der Herren Bundesratsbevollmächtigten in hypothetischer Form in Aussicht gestellt hat, — wenn diese Reichsverdrossenheit wirklich eintreten sollte, so würden für diesen Teil der Reichsverdrossenheit die politischen Freunde des Herrn Grafen von Mirbach zweifellos mit die Verantwortung tragen.

(Sehr richtig! und Heiterkeit links.)

Ich würde dem Herrn Grafen von Mirbach wahrhaft dankbar sein, wenn er seinen großen, den zu meiner Freude großen und berechtigten Einfluß, welchen er auf seine politischen Freunde hat, dazu benutzen wollte, um sie dazu zu bewegen, daß sie den in Rede stehenden Beschluß des Reichstages beseitigen oder wenigstens modifizieren, einen Beschluß, den auch ich aus sachlichen und politischen Gründen beklage.

Wenn aber die beiden Herren Vorredner[2]) weiter von allgemeiner Unzufriedenheit gesprochen haben, so möchte ich mir die Gegenfrage erlauben, wann wir seit vierzehn Jahren eine Zeit gehabt haben, wo bei uns Zufriedenheit geherrscht hätte. Als ich — es sind bald sieben Jahre her — von Rom nach Berlin kam, wohnte ich der Etatsdebatte im Reichstage bei, der ersten in meinem Leben. Herr Graf von Mirbach, der damals dem Reichstage noch angehörte, was zu meinem Bedauern nicht mehr der Fall ist — ich wünschte, er wäre noch Mitglied desselben —, Graf Mirbach wird sich mit mir entsinnen, daß sich durch die damalige Etatsdebatte wie ein roter Faden die allgemeine Klage über die Reichsverdrossenheit zog. Ich höre noch die Redner der verschiedenen Parteien, wie sie in beredten Worten darlegten, daß die Reichsverdrossenheit niemals so allgemein, so intensiv gewesen sei. Das war im Jahre 1897. Und selbst in den Tagen des Fürsten Bismarck, eines Staatsmannes, wie er einem Volke in Jahrhunderten nur einmal geschenkt wird, war auch nicht alle Welt zufrieden, weder auf der Linken noch sogar auf der Rechten.

(Heiterkeit.)

Es muß an zwanzig Jahre her sein, da las ich bei einem Schriftsteller, der einen eigenartigen Geist besaß, aber viel eigenen Geist, bei Lagarde: „Die Unzufriedenheit" — ich zitiere aus dem Gedächtnis —

[2]) Freiherr von Manteuffel und Graf von Mirbach.

„die Unzufriedenheit ist allgemein, die Luft drückt. Bald wird der Staub wirbeln und das Gewitter losbrechen, und dann erst kann der ruhig strömende Regen kommen, der Wälder und Herzen erquicken soll." Und ich entsinne mich, daß in einer seiner bedeutsamsten Reden — es muß im Jahre 1878 oder 1879 gewesen sein — Fürst Bismarck die Frage aufwarf: Haben Sie jemals einen zufriedenen Deutschen gesehen?

(Heiterkeit.)

Die Neigung — führte Fürst Bismarck aus — die Neigung zur Unzufriedenheit sei in den deutschen Landen so allgemein, daß er nicht wisse, ob jemand einen zufriedenen Deutschen kenne.[3])

Meine Herren, diese allgemeine Neigung zur Unzufriedenheit, zur Verdrossenheit, zur Kritik, ist ja einer der Gründe, aus denen die Sozialdemokratie für ihre destruktiven und utopischen Tendenzen gerade in Deutschland einen so fruchtbaren Boden findet. Es ist natürlich, wenn die Unzufriedenen ihre Stimme gerade derjenigen Partei zuwenden, die am schärfsten kritisiert, die sich am besten auf das Räsonnieren versteht, die trotz mancher löblicher Anstrengungen von anderen Seiten doch noch alle anderen im Herunterreißen übertrifft.

(Heiterkeit.)

Eins aber möchte ich ganz offen aussprechen — und möchte es gerade aussprechen gegenüber dem Herrn Grafen von Mirbach und Herrn Freiherrn von Manteuffel, die beide trotz dieser oder jener sachlichen Divergenz mir mit einem Wohlwollen begegnet sind, für das ich aufrichtig dankbar bin —: ich möchte darauf hinweisen, daß die Unzufriedenheit der sozialdemokratischen Partei nicht so viele Mitläufer zuführen würde, wenn nicht auch von Kreisen und Personen und publizistischen Organen, welche behaupten, auf monarchischem Boden zu stehen und sich sogar besonders nationaler Gesinnung rühmen, gegenüber der Regierung und sogar gegenüber einer Stelle, die außerhalb der Diskussion bleiben sollte, vielfach eine Sprache geführt würde, die wesentlich dazu beitragen muß und dazu beigetragen hat, Tausende in das sozialdemokratische Lager zu treiben.

(Sehr richtig!)

Insbesondere auf dem Gebiete der auswärtigen Politik ist in den letzten Jahren kaum etwas geschehen, ohne daß das von dieser Seite als

[3]) In der Rede vom 9. Oktober 1878: „Der Deutsche hat an und für sich eine starke Neigung zur Unzufriedenheit. Ich weiß nicht, wer von uns einen zufriedenen Landsmann kennt."

Schwäche, als Ungeschicklichkeit, als Mangel an Patriotismus, geradezu als Landesverrat hingestellt worden wäre. Der unglückliche Leser, der nur solche Blätter liest, muß sich geradezu einbilden, daß seine Regierung an diese oder jene fremde Macht oder gar an den Jesuitenorden verkauft wäre.

(Heiterkeit.)

Gerade in den letzten Wochen habe ich mehr wie einmal in einer gewissen Presse gelesen, daß die Regierung die Würde und Ehre des Landes preisgegeben hätte, lediglich weil die Regierung die Ehre und Würde des Landes nicht in chauvinistischen Radomontaden und törichten Hetzereien sucht. Die Früchte solcher Verhetzungen hat vielfach die Sozialdemokratie geerntet, die ja, wie einer ihrer Führer mit Recht gesagt hat, lebt von den Fehlern ihrer Gegner. Von Fehlern auf allen Seiten!

(Zwischenruf.)

Gewiß, meine Herren, von Fehlern auf allen Seiten. Intra muros peccatur et extra. Bemühen wir uns alle, ein Verhalten und Vorgehen zu vermeiden, das der Sozialdemokratie zugute kommt; bemühen wir uns, gemeinsam die Quellen der Unzufriedenheit tunlichst zu verstopfen; hacken wir möglichst selten einer auf den andern, und es werden auch künftig weniger Bosheitsstimmzettel in das sozialdemokratische Sammelbecken der Unzufriedenheit fallen.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, die beiden Herren Vorredner haben sich auch mit der Haltung der Regierung gegenüber der Sozialdemokratie beschäftigt, Herr Freiherr von Manteuffel im Namen seiner Partei, Herr Graf von Mirbach pro domo sua. Beide ließen durchblicken, daß ich es gegenüber der Sozialdemokratie bei Worten bewenden lasse. Daß Reden keine Taten sind, weiß ich sehr wohl. Ich glaube aber doch, daß eine Rede unter Umständen nützlicher sein kann als eine übereilte Tat oder als ein verfehlter Anlauf zu einer Tat, wie wir deren auch schon erlebt haben.

(Sehr richtig!)

Ich habe im Dezember im Reichstage eingehend ausgeführt, daß und warum ich eine Aktion für einen Fehler halte, welche die bürgerlichen Parteien spalten würde. Auch Freiherr von Manteuffel wird nicht bestreiten, daß ein gesetzgeberisches Vorgehen in der von ihm gewünschten Art nur möglich wäre unter heftigen Kämpfen innerhalb der bürgerlichen Parteien und zwischen einem großen Teil der bürger-

lichen Parteien und der Regierung. Da gestatte ich mir die Frage, ob es klug sein würde, jetzt in dieser Weise eine Spaltung unter die bürgerlichen Parteien zu tragen. Ich würde es für einen Fehler halten, wenn die Regierung so operierte, daß sie vielleicht für lange Zeit eine Sammlung der staatserhaltenden Elemente verhindern würde. Nun hat ja Graf von Mirbach soeben gemeint, daß die Einigung der bürgerlichen Parteien ein schöner Traum wäre. Meine Herren, ich weiß wohl, daß die Neigung zur itio in partes tief im deutschen Charakter wurzelt, wie das Herr Graf von Mirbach soeben ausgeführt hat, diese Neigung zu häuslichem Hader, die den Stammeskämpfen des Mittelalters zugrunde lag, später den Kämpfen unter den einzelnen Partikularstaaten, und die jetzt die Quelle ist, aus der die Lust zu Parteikämpfen fließt. Aber sollen wir deshalb das Streben nach Einigung und den Wunsch der Einigung aufgeben? Ich betrachte es jedenfalls als meine Pflicht, zu tun, was in meinen Kräften steht, um die bürgerlichen Parteien zu einigen. Ich betrachte es als meine Pflicht, zu tun, was ich vermag, um die Steine aus dem Wege zu räumen, die einem Zusammengehen der staatserhaltenden Parteien im Wege stehen. Das ist auch einer der Hauptgründe, aus denen ich die konfessionellen Hetzereien verurteile.

(Bravo!)

Ich will in vorgerückter Stunde nicht auf den Gegenstand zurückkommen, der den ersten Teil der heutigen Sitzung ausgefüllt hat. Nur das will ich sagen: es ist falsch, wenn behauptet wird, daß nur die Indifferenten und Lauen, daß nur die Laodicäer[4]) den konfessionellen Frieden wünschten. Wir alle brauchen gerade diesen Frieden, wir brauchen ihn gerade in unserer Zeit. Wir müssen den konfessionellen Frieden wahren, und wir werden ihn aufrechterhalten, wenn nur von beiden Seiten vermieden wird, Gehässigkeit in die nun einmal durch Gottes Vorsehung und den Gang der Geschichte bestehenden konfessionellen Gegensätze hineinzutragen. Daß es sehr wohl möglich ist, ernste konfessionelle Fragen in ruhiger Weise zu behandeln, hat die heutige Sitzung bewiesen.

(Sehr richtig!)

Ich glaube weiter, daß auch auf allen anderen Gebieten auf möglichste Solidarität der bürgerlichen Parteien hingearbeitet werden muß. Sowohl der Herr Freiherr von Manteuffel als der Herr Graf von Mirbach haben den Wahlkampf berührt, der jetzt in dem Wahlkreise Frankfurt-Lebus ausgefochten wird. Beide haben aber nicht erwähnt,

[4]) Vgl. Offenb. Joh. 3, 14—16.

daß dort eine Sonderkandidatur vom Bund der Landwirte aufgestellt und daß damit die Phalanx der bürgerlichen Parteien durchbrochen worden ist.

(Sehr richtig!)

Ich weiß nicht, wie weit der Einfluß der geehrten Herren auf den Bund der Landwirte reicht. Ist er vorhanden, so möchte ich bitten, auf den Bund einzuwirken, damit im Wahlkreise Frankfurt-Lebus schon vor dem ersten Wahlgang die volle Einigung der bürgerlichen Parteien hergestellt wird, die nach meiner Überzeugung überall eine wesentliche Voraussetzung ist für eine dauernde Überwindung der Sozialdemokratie.

(Sehr richtig!)

Nun ist mir ja vielfach vorgeworfen worden, daß ich zu viel Rücksicht auf parlamentarische Verhältnisse, auf parlamentarische Mehrheiten nähme. Es ist mir gesagt worden, ich müsse unbekümmert um Reichstag und Reichstagsmehrheit vorgehen. Meine Herren, ich habe niemals gesagt oder auch nur gedacht, daß die Regierung sich grundsätzlich nach der parlamentarischen Mehrheit zu richten hätte. Ich weiß sehr wohl, daß wir kein parlamentarisches System im eigentlichen Sinne des Wortes haben. Ich halte es für ein großes Glück, daß wir kein solches parlamentarisches System haben. Ich glaube, daß ein solches bei uns schwächend nach außen und spaltend im Innern wirken würde. Das parlamentarische System ist bei uns auch tatsächlich unmöglich, weil keine der bestehenden Parteien die absolute Mehrheit hat und nach unserer ganzen wirtschaftlichen, politischen, sozialen und konfessionellen Struktur in absehbarer Zeit haben wird. Daß ich mich nicht von den parlamentarischen Mehrheiten treiben lasse, das glaube ich mehr als einmal gezeigt zu haben. Ich glaube es bewiesen zu haben bei der Zolltarifaktion, und auch gegenüber dem südafrikanischen Kriege. Gewiß, meine Herren, gibt es Fälle, wo eine pflichtbewußte und patriotische Regierung ihren Willen durchsetzen muß im Kampfe gegen parlamentarische Mehrheiten, coûte que coûte, es koste, was es wolle, wo die salus publica zur suprema lex wird. Aber ohne zwingende Not, im inopportunen Moment, tête baissée darf eine solche Aktion nicht unternommen werden. Wir werden die bestehenden Gesetze gegenüber Ausschreitungen ohne Schwäche zur Anwendung bringen. Wir werden jede Ungesetzlichkeit aufs strengste unterdrücken. Die Autorität des Staates, die Majestät des Gesetzes, die Sicherheit des Landes, den Bestand der

Monarchie werden wir zu verteidigen wissen. Wer die antastet, wird sich blutige Köpfe holen. Ich würde mich aber nicht für würdig halten, an der Stelle zu stehen, an der ich stehe, wenn ich von vornherein auf die Möglichkeit verzichten wollte, die tiefgehenden Gegensätze, die durch unser Volk gehen, durch Gerechtigkeit, Geduld und Besonnenheit auf friedlichem Wege auszugleichen.

(Bravo!)

Graf Mirbach hat soeben gesagt, daß unsere sozialen Reformen nur Undankbare geschaffen hätten. Das darf uns nach meiner Ansicht nicht irre machen. Einmal deshalb nicht, weil in einem monarchischen Staate die Regierung das tun muß, was vor Gott und vor ihrem Gewissen ihr richtig und gerecht erscheint.

(Bravo!)

Es darf uns aber auch nicht irre machen, weil nach meiner Überzeugung die Weiterführung der sozialen Reform auch politisch ihre Früchte tragen wird. Und indem wir unsere Sozialreform fortführen, die ein Vorbild geworden ist für alle anderen zivilisierten Länder, so wahren wir uns erst recht das Recht, zu besonderen Maßnahmen gegen die Sozialdemokratie überzugehen, sobald diese uns durch ihr Verhalten dazu zwingt.

(Bravo!)

Meine Herren, die Schuld liegt auch nicht am Wahlsystem. Vom Wahlsystem gilt ungefähr das, was der alte Klausner bei Shakespeare — ich weiß nicht, wo es ist, ich glaube in Romeo und Julia — von den Pflanzen und Kräutern seines Gartens sagt, nämlich daß keine Pflanze so schlecht wäre, daß sie nicht auch Gutes stiften könnte, und keine so gut, daß man nicht auch mit ihr Mißbrauch treiben könnte. Kein Wahlsystem ist an und für sich ganz gut oder ganz schlecht. Es wird gut oder schlecht durch den Gebrauch. Wenn die deutschen Wähler von dem bestehenden Wahlsystem keinen richtigen Gebrauch zu machen wissen, so werden sie sich auch nicht wundern können, wenn früher oder später das Dilemma entsteht, ob der Zukunftsstaat mit seiner Zuchthausordnung und seiner Güterteilung etabliert, oder ob das bestehende Wahlrecht durch ein anderes ersetzt werden soll.

Es ist ferner meine Stellung zu wirtschaftlichen Fragen berührt worden und insbesondere die schwerwiegende Frage der Handelsverträge. Herr Freiherr von Manteuffel hat hervorgehoben, Landwirtschaft, Industrie und Handel müßten zusammengehen. Schon daraus folgt,

daß wir weder eine extrem agrarische Politik verfolgen können, die verderblich wäre für Industrie und Handel, noch eine einseitige Industrie- und Handelspolitik, die zu einer ungerechten Vernachlässigung der landwirtschaftlichen Interessen führen würde. Die beiden Leuchttürme, zwischen denen wir den Weg finden müssen, sind einerseits Schutz für unsere bedrängte notleidende Landwirtschaft, andererseits Freiheit für die Ausfuhr unserer Industrieerzeugnisse. In diesem Geiste sind wir in die Handelsvertragsverhandlungen eingetreten, und auf dieser Basis hoffen wir zu Handelsverträgen zu gelangen, mit denen Industrie, Handel und vor allem die Landwirtschaft zufrieden sein können.

(Bravo!)

Meine Herren, über die Frage der Kündigung der Handelsverträge habe ich mich in diesem Winter so häufig ausgesprochen

(Heiterkeit),

daß ich mich wohl auf das beziehen kann, was ich schon oft gesagt habe. Ich möchte also nur feststellen, daß die Regierung, welche die alleinige Verantwortung trägt für den Gang, Fortgang und Ausgang der Handelsvertragsverhandlungen, auch selbst den Zeitpunkt bestimmen muß, wo die Kündigung der Handelsverträge ihr angebracht erscheint.

(Sehr richtig!)

Herrn von Manteuffel und dem Grafen Mirbach, die konservative Männer sind, sollte doch wohler sein an der Seite der Regierung, die für die Konservativen eine freundliche, ich möchte fast sagen eine zärtliche Hand hat

(Heiterkeit),

als wenn sie abhingen von wechselnden parlamentarischen Mehrheiten.

(Sehr richtig!)

Denn das kann ich mir doch nicht denken, daß die konservativen Herren etwa auf dem Standpunkt ständen: es gibt Fälle, wo die Regierung der parlamentarischen Mehrheit über den Leib zu gehen hat, und es gibt Fälle, wo sie sich von der parlamentarischen Mehrheit mitschleifen lassen muß. Einem solchen, ich möchte sagen intermittierenden Mehrheitsprinzip — mal so, mal so — könnte ich meinen Beifall nicht erteilen.

(Heiterkeit und lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, Herr Freiherr von Manteuffel hat gesagt, daß gerade in konservativen Kreisen — und damit komme ich auf den Aus-

gangspunkt meiner Betrachtungen zurück — vielfache Unzufriedenheit mit der Regierung vorhanden wäre. Ich bin weit entfernt, zu verlangen, daß konservativ und gouvernemental identische Begriffe sein sollen. Ich weiß sehr wohl, daß es das Recht und die Pflicht konservativer Männer sein kann, der Regierung Opposition zu machen. Ich weiß, daß ein Konservativer nicht verpflichtet ist, der Regierung immer Vertrauen entgegenzutragen. Aber, meine Herren, ein so weitgehendes Mißtrauen, wie es nicht in der persönlichen Stellung der beiden hochverehrten Herren mir gegenüber, aber nach dem Herrn Freiherrn von Manteuffel an anderen Stellen vorhanden ist, ein solches Mißtrauen ist doch nicht konservativ. Ich glaube, daß ein Sturmlaufen gegen die Regierung, wie es in letzter Zeit auch von konservativer Seite unternommen ist, weder taktisch richtig, weder ein Beweis von politischem Augenmaß, noch gerecht ist. Denn es handelt sich um eine Regierung, die nach meiner festen Überzeugung an Freundlichkeit für die Landwirtschaft schwerlich von einer ihrer Nachfolgerinnen übertroffen werden wird.

(Lebhafte Zustimmung.)

Warten Sie nur ab, Sie werden sich noch nach meinen Fleischtöpfen zurücksehnen.

(Große Heiterkeit.)

Ich habe mich bestrebt, seitdem ich an dieser Stelle stehe, im Rahmen des Staatswohls und des Gesamtinteresses ein Zusammengehen zwischen der Regierung und der konservativen Partei zu ermöglichen. Ich habe mich besonders bestrebt, manche Hindernisse aus dem Wege zu räumen, die ein Zusammengehen zwischen der Regierung und der konservativen Partei erschweren könnten. Ich habe diesem Gesichtspunkte manche anderen Erwägungen untergeordnet, speziell die eine Frage, die ich vor Ihnen nicht näher zu bezeichnen brauche. Ich möchte aber, daß mir meine redlichen Bemühungen von der andern Seite etwas erleichtert würden.

Es ist in der letzten Zeit von mehr als einer Seite darauf hingewiesen worden, daß am Horizont unserer inneren und auch äußeren Politik manche ernsten Zeichen stehen. Jedenfalls haben wir — und das ist zu meiner besonderen Genugtuung in den Worten der beiden Herren Vorredner zum Ausdruck gekommen — allen Grund, unsere Reihen zusammenzuschließen und uns um die gemeinsame Fahne zu sammeln. Diese Fahne kann nur die Königliche Fahne sein, zu welcher dieses Hohe Haus immer gestanden hat; deshalb, meine Herren, hofft

die Königliche Staatsregierung, daß sie bei diesem Hohen Hause immer Unterstützung und das Vertrauen finden wird, deren sie bedarf zur Sicherung der Fundamente des Preußischen Staates. Die Erhaltung dieser Fundamente — das hat mit vollem Rechte Herr Graf von Mirbach gesagt — ist die Vorbedingung nicht nur der preußischen, sondern auch der deutschen Machtstellung.

(Lebhaftes Bravo.)

Nachdem Freiherr von Manteuffel berichtigt hatte, daß er nicht von Unzufriedenheit in konservativen, sondern von Unzufriedenheit in ländlichen Kreisen gesprochen habe, erklärte

Ministerpräsident Graf von Bülow:

Ich nehme mit Dank von der Richtigstellung des Herrn Freiherrn von Manteuffel Akt. Er wird mir aber zugeben, daß aus konservativen Kreisen Stimmen laut geworden sind, die diese meine Annahme und Auffassung erklären.

15. Gegen Bebel.

Sitzung des Reichstags vom 5. Dezember 1904.[1]

Bei der Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1905 hielt der Abgeordnete Bebel wieder eine mehrstündige Rede über militärische Fragen, auswärtige Angelegenheiten und vieles andere. Ihm antwortete

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, was der Herr Abgeordnete Bebel soeben über Jena gesagt hat, daß das deutsche Volk Anlaß hätte, das Jubiläum von Jena zu feiern, hat mich nicht wundergenommen. Es stimmt ja dem Sinne nach mit dem überein, was er auf dem sozialdemokratischen internationalen Parteitage in Amsterdam über Sedan gesagt haben soll

(sehr richtig! rechts),

daß er es sich wohl gefallen lassen würde, wenn auch wir einmal ein Sedan erlebten.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat weiter gemeint, die Früchte eines großen europäischen Krieges würde in erster Linie die Sozialdemokratie

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/1905, 105. Sitzung.

davontragen. Diese Auffassung halte ich für richtig, und das ist ein Grund mehr, warum die Regierungen aller großen Länder, wie ich hoffe, festhalten werden an ihrer jetzigen ruhigen und besonnenen Friedenspolitik. Das ist aber auch der innere Grund für die Art und Weise, wie die Sozialdemokratie sich zu dem ostasiatischen Konflikt stellt. Ich habe schon im vergangenen Frühjahr[2]) den Aufsatz eines der erleuchtetsten Köpfe der sozialdemokratischen Partei vorgelesen, einer Hauptfeder der sozialdemokratischen Partei, des Herrn Dr. Kautsky, wo er eingehend darlegte, daß die Sozialdemokratie den gegenwärtigen ostasiatischen Krieg benutzen müsse, um überall den Regierungsantritt der Sozialdemokratie, die Diktatur des internationalen Proletariats vorzubereiten. Die Sozialdemokratie will ja gar nicht, daß wir dem ostasiatischen Krieg gegenüber neutral bleiben. In Wirklichkeit möchte die Sozialdemokratie uns gegen Rußland verhetzen. Sie möchte einen Druck der öffentlichen Meinung hervorbringen, um unserer auswärtigen Politik Schwierigkeiten zu bereiten, um uns Hindernisse in den Weg zu legen, und am letzten Ende vielleicht, um ein kriegerisches Durcheinander hervorzurufen, wobei eben dann der Weizen der Sozialdemokratie blühen könnte.

Wenn die Sozialdemokratie wirklich eine neutrale Haltung gegenüber dem ostasiatischen Kriege wollte, so würde der Führer dieser Partei sich nicht gegen Rußland in solchen Angriffen ergehen, wie wir sie soeben gehört haben, Angriffe, die im direkten Widerspruch zu der neutralen Haltung stehen, die wir gegenüber dem ostasiatischen Krieg einzunehmen haben. Von einer solchen revolutionären Einmischung in die inneren Verhältnisse anderer Länder wollen wir aber nichts wissen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir haben gar nicht das Recht, in die inneren russischen Verhältnisse hineinzureden

(sehr wahr! rechts);

die gehen uns gar nichts an. Die gehen uns ebenso wenig etwas an, wie die Russen unsere Verhältnisse angehen. Wenn wir uns jede Einmischung des Auslandes auf das ernstlichste verbitten, so haben wir auch nicht das Recht, bei anderen die Fenster einzuschmeißen.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten. — Sehr richtig! rechts.)

Sie wollen international sein, und Sie gefährden die internationalen Beziehungen!

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

[2]) Am 29. Febr. 1904; vgl. oben S. 55.

Sie predigen gegen den Krieg, und Sie suchen selbst den Krieg herbeizuführen.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie nennen unsere ruhige und besonnene Politik eine abenteuerliche Politik, die überall Händel suche, und Sie empfehlen uns eine Politik, die, wenn wir sie einschlagen wollten, uns in Schwierigkeiten mit aller Welt verwickeln würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn übrigens der Herr Abgeordnete Bebel sich in dieser Weise gegen die russische Autokratie echauffiert, so spottet er seiner selbst und weiß nicht, wie.

(Sehr gut! rechts und in der Mitte.)

Die im vorigen Jahre hier sattsam erörterte Art und Weise, wie der geehrte Herr Abgeordnete seine eigene Partei leitet, steht ja ungefähr auf der Höhe des Zustands, der ihm in Rußland nicht gefällt.

(Große Heiterkeit.)

Die Freiheit, die er seinen Gesinnungsgenossen und den publizistischen Organen seiner Partei einräumt, die gleicht ungefähr dem Grade von Freiheit, der ihm in Rußland nicht genügt; und die Ordnung der Dinge, die er herbeiführen möchte, die Zukunftsgesellschaft, die er bei uns etablieren will, würde jeden Despotismus in den Schatten stellen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Werden Sie erst selbst wirklich liberal, begreifen Sie erst selbst das Wesen wahrer Freiheit, bevor Sie unter Störung unserer internationalen Beziehungen die Freiheit bei anderen importieren wollen.

(Beifall rechts.)

Der Herr Abgeordnete Bebel ist auch auf die Zwischenfälle eingegangen, die sich im vergangenen Sommer und vor einigen Wochen ereignet haben: die Aufbringung einiger deutscher Handelsschiffe und die Beschießung des Geestemünder Fischerdampfers „Sonntag". Sobald die ersten Nachrichten über diese Zwischenfälle bei uns eingetroffen waren, haben wir sofort eingegriffen. Ich freue mich, sagen zu können, daß die russische Regierung unseren berechtigte Forderungen sogleich und willig entgegengekommen ist. So ist es möglich gewesen, diese Zwischenfälle glatt und rasch aus der Welt zu schaffen.

Sie wissen, meine Herren, daß die Fragen des Seerechts und Völkerrechts, die dabei in Betracht kamen, sehr streitiger, daß sie ver-

wickelter Natur sind. Um so ratsamer schien es mir, den Versuch zu machen, in jedem einzelnen Fall diese Zwischenfälle auf diplomatischem Weg aus der Welt zu schaffen. So haben es übrigens auch die anderen Regierungen gemacht, die sich in derselben Lage befanden wie wir. Sie haben auch den Weg diplomatischer Verhandlung beschritten. Sie haben sich auch bestrebt, diese Fragen in einer Weise zu behandeln, die nicht notwendig zu Konflikten führen mußte.

Das war freilich nicht nach dem Sinn mancher Leute, die gerade bei diesem Anlaß ein besonders forsches Vorgehen von uns verlangten. Namentlich im sozialdemokratischen Lager zeigte sich damals — das klang ja noch in der Rede des Herrn Abgeordneten Bebel nach — eine lebhafte Sehnsucht nach der gepanzerten Faust

(hört! hört! rechts),

die Ihnen doch sonst nicht sympathisch ist. Da wurde mir schon im Sommer, ich war noch in Norderney, geraten, ich möchte, ohne eine russische Erklärung abzuwarten, die deutsche Flotte ohne weiteres nach Kronstadt schicken.

(Heiterkeit.)

Und als nun der Geestemünder Fischerdampfer „Sonntag" beschossen wurde — da muß ich eine Parenthese eröffnen. Ich konstatiere hier an der Hand der mir vorgelegten species facti, daß an Bord des „Sonntag" niemand verletzt worden ist, daß der Dampfer selbst unbeschädigt geblieben ist — nur ein Tau ist zerbrochen, man weiß aber nicht, ob infolge eines Schusses — und daß der Schadensersatz, den die Reederei beansprucht, sage und höre, auf 3065 Mark berechnet wird. Der Landrat in Geestemünde glaubt, daß eine Entschädigung von 1500 bis 2000 Mark ausreichen würde. — Also als sich dies Ereignis zutrug, da wurde der Lärm im sozialdemokratischen Lager ganz fürchterlich. Der Herr Abgeordnete Bebel hat eben gesagt: Über allen Wipfeln Ruh! Na, ich danke.

(Heiterkeit.)

Ich habe mir die damaligen Auslassungen seines Moniteurs, des leitenden Blattes der sozialdemokratischen Partei, des „Vorwärts", vorlegen lassen. Da hieß es, sobald die erste Nachricht über die Beschießung des „Sonntag" eingetroffen war, als ich noch gar nicht die Möglichkeit gehabt hatte, irgendwelche Schritte zu unternehmen:

> Die deutsche Regierung nimmt sich ungeheuer viel Zeit, um auch nur die Tatsache dieses frechen Russenstreiches festzustellen. Wenn

sie in dem gleichen Schneckentempo die Sache weiter verfolgt, wird sie lange Zeit brauchen, um mit einer Sühneforderung an Rußland heranzutreten.

Weiter hieß es in einem anderen Artikel des „Vorwärts“:

> Was speziell Deutschland anlangt, so muß mit dem größten Nachdruck gefordert werden, daß Deutschland erstens zu der allgemeinen Verletzung des Völkerrechts schleunigst Stellung nimmt, und daß es zweitens sofortige Aufklärung über den aus Geestemünde gemeldeten Fall erteilt. Jedes Schweigen muß den Eindruck erwecken, als wenn Deutschland dem unsäglich unwürdigen Russendienst noch einen neuesten allerschmählichsten hinzufügen wollte. Einerlei, wie Graf Bülow und seine Leute über das Völkerrecht und nationale Würde denken mögen, das deutsche Volk hat zu verlangen, daß die Regierung sich nicht länger der Verachtung anderer Nationen preisgibt.

(Hört! hört! rechts.)

Die radikale Presse sekundierte in diesem Fall der sozialdemokratischen. Die „Volkszeitung“ brachte einen überaus schneidigen Leitartikel unter der Überschrift: „Bülow heraus!“

(Große, andauernde Heiterkeit.)

Da hieß es:

> Was wird der deutsche Reichskanzler tun, um für dieses allem Völkerrecht hohnsprechende, an die Praxis der marokkanischen Seeräuber erinnernde Gebaren Genugtuung zu verlangen?

Selbst das „Berliner Tageblatt“, welches in auswärtigen Fragen mitunter ganz verständig ist, wurde ganz wild

(Heiterkeit)

und schrieb:

> Hoffentlich zeigt unsere Regierung diesmal, daß sie von den Russen sich ebensowenig die Butter vom Brot nehmen läßt wie das Kabinett von St. James.

Warum eigentlich, meine Herren? Sie fanden es doch damals unerhört, als wir vor zwei Jahren haitianischen Insurgenten auf die Finger klopften, die widerrechtlich ein deutsches Handelsschiff gekapert hatten. Sie protestierten und lärmten, als wir in Wahrung völkerrechtswidrig geschädigter deutscher Interessen in Venezuela einschritten

(hört! hört! rechts);

Sie schrien wie besessen

(Heiterkeit),

als wir die Ermordung deutscher unschuldiger Missionare und des deutschen Gesandten durch die chinesischen Boxer nicht dulden wollten. Sie verhielten sich ganz ruhig, als die Hereros armen deutschen Farmern den Hals abschnitten; Sie wünschten, daß wir die Hereros um Frieden bitten möchten; Sie wollen, daß wir das Hereroland wieder räumten. Aber bei Zwischenfällen, wie sie Neutralen gegenüber in Seekriegen öfter vorgekommen sind, trotz der augenscheinlichen Bereitwilligkeit der russischen Regierung, uns jede Genugtuung zu gewähren, und obwohl die anderen Mächte, die sich in derselben Lage befanden wie wir, diese Zwischenfälle ganz versöhnlich nahmen, da wollten Sie, daß wir sofort vom Leder ziehen sollten.

(Hört! hört! rechts und in der Mitte. Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Warten Sie nur ab, Herr Bebel! — Als unser korrektes und verständiges Vorgehen von vollem Erfolge gekrönt war, da fand der „Vorwärts", daß unsere Haltung außerhalb jeder Kritik läge.

Aber selbst die Engländer waren damals der Sozialdemokratie nicht forsch genug.

(Hört! hört!)

Als zur Befriedigung aller vernünftigen Leute der Zwischenfall von der Dogger Bank seinen akuten Charakter verloren hatte, da schrieb der „Vorwärts":

> Der jetzige Ausgang des Konflikts ist für England keineswegs so rühmlich, wie es anfangs den Anschein hatte. England hätte unter diesen Umständen trotz alles Säbelrasselns ziemlich klein beigegeben.

Und dasselbe sozialdemokratische Blatt, das so oft behauptet hat, Kriege und Konflikte gingen nur hervor aus der gegenwärtigen Ordnung der Dinge, aus unserer heutigen bürgerlichen Gesellschaftsordnung, das so oft erklärt hat, im Zukunftsstaat würde es keine Kriege und keine Konflikte mehr geben — ach, Herr Bebel, was haben Sie selbst darüber für nette Sachen geschrieben in Ihrem Buche „Die Frau".

(Große Heiterkeit.)

Was habe ich da für hübsche Sachen gelesen über das idyllische Friedensdasein, das einst auf dieser Erde unter Ihrer Leitung herrschen würde!

(Heiterkeit.)

Dieser selbe „Vorwärts“ schrieb, als zur Genugtuung wiederum aller vernünftigen Leute der Huller Fall einem Schiedsgericht unterbreitet wurde — ich bitte um die Erlaubnis, noch diesen Artikel verlesen zu dürfen —:

> Noch unwahrscheinlicher dünkte uns die Petersburger Meldung, daß die englische Regierung der russischen den Vorschlag gemacht habe, den Zwischenfall einem Schiedsgericht gemäß der Haager Bestimmung zu unterbreiten. Würde sich England wirklich auf eine solche Verschleppung des Falles einlassen, so hätte es unstreitig an Prestige unendlich verloren. Wir zweifeln nicht daran, daß England sich vollständige Genugtuung verschaffen könnte, wenn es nur Rußland seinen unbeugsamen Willen zeigt. Es brauchte durchaus nicht das baltische Geschwader in den Grund zu bohren; schon die ersten scharfen Schüsse würden Rußland zur Nachgiebigkeit zwingen. England hat jetzt die beste Gelegenheit, zu zeigen, ob es wirklich auch mit einer Großmacht anzubinden wagt, oder ob es gleich anderen Staaten auch nur den Heldenmut besitzt, gegen winzige Kleinstaaten bramarbasierend vom Leder zu ziehen.

Das, meine Herren, ist schon ein recht bösartiger Hetzversuch

(sehr richtig! rechts),

der erklärt, weshalb während und nach dem Huller Zwischenfall die Nachricht auftauchte, wir suchten Rußland und England zu entzweien. Wir, das heißt die vernünftigen Leute, die große Mehrheit dieses Hauses, haben das nie getan; aber andere Leute haben es versucht.

(Sehr richtig!)

Der Gipfelpunkt dieser ganzen Kampagne war, daß nach dem Huller Zwischenfall, an dem wir gar nicht beteiligt waren, der uns gar nichts anging, der „Vorwärts“ uns im Namen der sozialdemokratischen Partei aufforderte, sofort einen geharnischten Protest an Rußland zu richten.

(Heiterkeit. Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Damals schrieb der „Vorwärts“:

> Schon der Fall mit der englischen Fischerflottille hätte den Konflikt zu einer internationalen Frage machen müssen. Waren doch alle Nationen in gleichem Maße daran interessiert, daß den Russen ihr Flibustierhandwerk, das die Fahrzeuge aller Nationen bedrohte, so rasch und gründlich wie möglich gelegt würde. Nachdem aber die übrigen Fälle noch hinzugekommen sind, nachdem mehrere

schwedische, ein unbekanntes und aller Wahrscheinlichkeit nach auch ein deutsches Fahrzeug von den russischen Schiffen bombardiert worden sind, bedeutet es die gröblichste Mißachtung des Völkerrechts, daß nicht sofort alle, auch die unbeteiligten Staaten

— also auch wir —

gegen das Vorgehen der Russen geharnischten Protest erhoben resp. den Protest Englands zu ihrem eigenen machten.

Nun, meine Herren ich hoffe, daß Sie diese Reizbarkeit Ihres Nationalgefühls künftig auch bei anderen Gelegenheiten zeigen werden

(sehr gut! Bravo! und Heiterkeit),

und ich verstehe nicht, wie unter solchen Umständen der Herr Abgeordnete Bebel nicht mit beiden Händen für die Forderungen meines verehrten Kollegen, des Kriegsministers von Einem, stimmt. Ich erwarte, daß er uns die Mittel bewilligen wird zu Lande und zu Wasser

(Heiterkeit),

um einer so kampfbereiten Politik, wie er und sein Leibblatt uns da empfehlen, den nötigen Rückhalt zu geben.

(Heiterkeit.)

Denn, meine Herren, daß es mit dem großen Mund allein nicht getan ist, das wird mir der Herr Abgeordnete Bebel selber zugeben.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat auch von unserer angeblichen Würdelosigkeit gesprochen — das war, glaube ich, der Ausdruck, den er gebrauchte; er liebt ja die starken Worte — also von unserer angeblichen Würdelosigkeit, von unserem Mangel an Selbständigkeit gegenüber Rußland. Davon ist keine Rede. Wir wollen uns aber auch nicht von ihm mit Rußland brouillieren lassen. Angriffe, wie sie der Herr Abgeordnete Bebel soeben gegen Rußland gerichtet hat, sind doppelt bedauerlich während eines Krieges; denn gerade während eines Krieges, wo die Empfindungen, die Leidenschaften geschärft sind, wo die Empfindlichkeit doppelt groß ist, soll sich der Unbeteiligte des Taktes befleißigen

(sehr richtig! rechts)

— eine Gottesgabe, die freilich unter den Menschen verschieden verteilt ist.

(Sehr gut! und Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat auch den Königsberger Prozeß berührt. Über die Voraussetzungen, unter denen dieser Prozeß eingeleitet worden ist, über den Gang und über die Modalitäten dieses Prozesses

wird sich der preußische Herr Justizminister an zuständiger Stelle aussprechen.

(Lebhafte Rufe: ah! links. Sehr richtig! rechts.)

Für meine Person möchte ich Ihnen das Folgende sagen: die Kritik, die an diesem Prozesse geübt worden ist, bewegt sich auf dem Gebiete der Verschiedenheit der juristischen Auffassung.

(Widerspruch links.)

Wenn Fehler begangen worden sind, so liegen sie auf dem Gebiete der juristischen Meinungsverschiedenheit

(Widerspruch),

auf dem Gebiete der juristischen Theorie.

(Wiederholter Widerspruch links.)

Es handelt sich bei diesem Prozeß aber nicht allein um theoretische Fragen, es handelt sich nicht allein um juristische Formfragen. Es handelt sich um die in Königsberg festgestellte Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie mit Bewußtsein daran arbeitet, die in Rußland bestehende Ordnung der Dinge zu beseitigen.

(Sehr richtig! rechts. Zurufe und Unruhe links.)

Es handelt sich um die in Königsberg festgestellte Tatsache, daß die deutsche Sozialdemokratie zu diesem Zweck Schriften revolutionären, terroristischen, anarchistischen Inhalts nach Rußland verbreitet hat.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Es handelt sich darum, daß auch die sozialdemokratischen Schriften, die nach Rußland geschickt wurden, den Zweck verfolgten, die in Rußland bestehende Regierung zu stürzen. Wenn wir solche direkt gegen die Regierung eines uns befreundeten Landes gerichtete Treibereien gewähren lassen, so würden wir damit die guten und friedlichen Beziehungen zu diesen unseren Nachbarn gefährden. Wenn es in Rußland ärger zuginge als in Dahome, hätten wir doch die Pflicht, feindliche Handlungen gegen eine uns im völkerrechtlichen Sinne befreundete Regierung zu verhindern.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Ich höre den Zwischenruf „unwürdig". Eine so plumpe Invektive reicht nicht an mich heran; sie fällt auf denjenigen zurück, der in unsere Verhandlungen eine solche Tonart eingeführt.

(Lebhaftes Bravo rechts und in der Mitte.)

Wenn in Königsberg keine Verurteilung wegen Hochverrats erfolgt ist, so geschah das aus formal-juristischen Gründen. Die Verhandlungen in Königsberg haben keinen Zweifel darüber gelassen, daß die deutsche Sozialdemokratie mit Bewußtsein Tendenzen verfolgt und eine Tätigkeit entfaltet, die, wenn sie ungehemmt vor sich ginge, unser Verhältnis zu Rußland schädigen und beeinträchtigen würde. Die deutsche Sozialdemokratie hat offen erklärt, daß sie im Interesse des allgemeinen Umsturzes den Umsturz in Rußland herbeiführen will. Der sozialdemokratische Verteidiger in Königsberg, Herr Dr. Liebknecht, erklärte, es wäre die vornehmste Aufgabe des von der Sozialdemokratie geführten deutschen Volkes, tatkräftig zur Befreiung des russischen Volkes mitzuwirken. Das heißt doch mit dürren Worten, Rußland provozieren, Rußland anrempeln, den Krieg mit Rußland.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Eine sozialdemokratische Versammlung in Königsberg nahm die folgende Resolution an:

> Die heute im Reformgasthause tagende öffentliche Volksversammlung spricht unter dem Eindruck der durch den Russenprozeß vor aller Welt aufgedeckten barbarischen Zustände des Zarismus ihren um die Freiheit kämpfenden russischen Brüdern erneut ihre unerschütterliche Sympathie aus und erklärt, ihnen gegenüber die Pflichten internationaler Solidarität unbeirrt weiter erfüllen zu wollen, bis auch Rußland der westeuropäischen Kultur erschlossen und im Geiste eines modernen Rechtsstaats umgewandelt sein wird.

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Vorher hat der Herr Abgeordnete Haase erklärt:

> Es ist Pflicht aller Mitglieder der Sozialdemokratie, von jetzt ab noch viel mehr für die Verbreitung russischer Schriften, die hier in Deutschland erlaubt sind, Sorge zu tragen.

(Hört! hört! und sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

In einer Berliner Volksversammlung erklärte der Herr Abgeordnete Liebknecht

(Heiterkeit und Zurufe rechts)

— also der durchgefallene Abgeordnete Liebknecht

(Heiterkeit) —:

> Das praktische Resultat des Prozesses ist das, daß jeder freigesinnte Deutsche erklären muß: ich halte es für meine Pflicht,

den russischen Freiheitskämpfern zu helfen, — und jeder Parteigenosse muß sich verpflichtet halten, die Bestrebungen der russischen Parteigenossen durch Einschmuggelung von sozialdemokratischen Schriften zu unterstützen. — Stürmischer Beifall. — Nicht nur jeder Parteigenosse, sondern auch jeder freisinnige Mann muß dazu beitragen, daß die Bastille des Despotismus gestürzt werde, und daß wir bald rufen können: Der Zarismus ist tot — es lebe die russische Freiheit!

(Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

— Stürmischer langanhaltener Beifall

— wie jetzt bei Ihnen.

(Große Heiterkeit.)

In derselben Rede, meine Herren, äußerte Herr Liebknecht am 30. Juli über die Ermordung des russischen Ministers Plehwe:

Gestern eilte die Kunde durch die Stadt, daß der Minister von Plehwe tot sei, daß der Bluthund von Wilna — minutenlanger tosender Beifall — gerecht gerichtet worden ist.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Der Attentäter von gestern ist ebenso mutig gewesen, wie der vor wenigen Tagen in Finnland. Auch hier hat der Attentäter das eigene Leben aufs Spiel gesetzt. Er wollte „das Volk vom Tyrannen befreien". Das war Tells Geschoß. Ein ehrendes Andenken ist diesem Helden sicher. Es sind edle Menschen, die die Bezeichnung Heroen verdienen. Wir haben die Pflicht, die russischen Sozialdemokraten zu unterstützen, und ich werde ihnen Schriften schicken, so oft ich kann, und ich bitte alle Sozialdemokraten, das Gleiche zu tun.

Stürmischer, langanhaltender Beifall folgte diesen Worten.

Und da wollen Sie bestreiten, meine Herren, daß Sie zu feindlichen Beziehungen mit Rußland treiben? Da wollen Sie bestreiten, daß, wenn Sie das Heft in die Hand bekämen, daß, wenn Sie machen könnten, was Sie wollten, Sie uns in Feindschaft mit der russischen Regierung verwickeln würden? — Wohlgemerkt, nachdem Sie uns vorher wehrlos gemacht hätten durch die Einführung Ihres Milizsystems und alles dessen, was Sie zur Desorganisation unserer Armee planen!

(Bravo! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Bebel ist auch nicht einverstanden damit, daß ich einen *englischen Journalisten* empfangen habe. Ich möchte

den Herrn Abgeordneten Bebel auf zweierlei aufmerksam machen. Ich möchte ihn einerseits darauf hinweisen, daß ich Herrn Bashford nichts gesagt zu haben glaube, was für das deutsche Publikum etwas Neues wäre.

(Sehr richtig! in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Ich habe ihm nur das gesagt, was nach meiner Ansicht die große Mehrheit der verständigen Deutschen — ich unterstreiche das Wort „verständig" — über unser Verhältnis zu England denkt. Zu beurteilen, wann und wie ich es für richtig und zweckentsprechend halte, die öffentliche Meinung anderer Länder zu orientieren, das behalte ich mir selber vor.

Wenn aber der Herr Abgeordnete Bebel weiter gesagt hat, ich hätte diese Darlegungen im Reichstage machen sollen, so glaube ich, daß es wenige Minister des Äußeren gibt, die sich so oft und so eingehend über auswärtige Fragen aussprechen wie ich, und ich glaube, daß mir in dieser Beziehung ein begründeter Vorwurf nicht gemacht werden kann. Ich bin aber nicht ein Feuerwerker, der zweimal im Jahre aufzutreten hat, um an einen bestimmten Termin ein Feuerwerk abzubrennen.

(Heiterkeit.)

Wann und wie ich über Fragen der auswärtigen Politik überhaupt sprechen will, der Zeitpunkt, den ich mir aussuche, um über auswärtige Fragen dies oder jenes zu sagen, hängt lediglich ab von dem, was ich im Interesse des Landes für nützlich und zweckdienlich halte, und das bestimme ich selbst.

(Bravo! rechts.)

Der Grund, warum ich Herrn Bashford empfangen habe, als er den Wunsch aussprach, mich zu sprechen, war die unverkennbare und leidige Tatsache, daß eine gewisse Anzahl Publizisten während der letzten Monate ihren Platz in der englischen Presse benutzte, um Unkraut zu säen auf den Acker der deutsch-englischen Beziehungen. In der Politik darf man aber nicht warten, bis der himmlische Gärtner das Unkraut vom Weizen sondert, da muß man selbst zugreifen und sich der oft nicht erquicklichen Arbeit des Gärtners unterziehen. Darum habe ich schon im November — es muß Anfang November gewesen sein — Herrn Bashford empfangen, der dann Anfang Dezember in der „Nineteenth Century" seine Entrevue veröffentlichte. Ich hielt es für nützlich, bald zwei von den stacheligsten Disteln auszuheben, die sich in der letzten

Zeit unter dem Unkraut bemerkbar machten, also besonders die Behauptung, wir hätten uns in die Tibet-Angelegenheit eingemischt, was eine Lüge war, und die Behauptung, wir hätten den Huller Zwischenfall durch perfide Ausstreuungen herbeigeführt, was eine zweite Lüge war. Also ich habe mich bemüht, diese bösartigen Erfindungen aus der Welt zu schaffen. Sie dienen, meine Herren, wie Sie wissen, derjenigen publizistischen Kampagne, die nicht erst seit gestern sich bemüht, die friedlichen Beziehungen zwischen Deutschland und England zu stören. Sie werden nicht von mir verlangen, daß ich auf alle hetzerischen Erzeugnisse dieser publizistischen Kampagne eingehe. Wenn aber, meine Herren, solche Hetzer zur Basis ihrer Angriffe und Verdächtigungen die Annahme machen, als wenn wir mit unserer Flottenpolitik aggressive Pläne gegen England verfolgten, und wenn zu meinem tiefen Bedauern auch der Herr Abgeordnete Bebel sich hierüber nicht mit der wünschenswerten vollen Klarheit und apodiktischen Gewißheit ausgesprochen und die Verleumdungen zurückgewiesen hat, dann frage ich Sie alle, die Sie an unserem Flottenprogramm mitgewirkt haben, ob unsere Flotte andere als rein defensive Zwecke verfolgt. Sie verfolgt nur defensive Zwecke und wird auch in Zukunft keine anderen als defensive Zwecke verfolgen. Dafür sorgt nicht nur unser Friedensbedürfnis — selbstverständlich, meine Herren, das Bedürfnis eines Friedens in Ehren —, sondern dafür sorgt auch die rapide Zunahme der maritimen Machtmittel aller übrigen seefahrenden und seekräftigen Nationen. Der Kreis der seefahrenden Nationen hat sich in den letzten Jahren viel zu rasch entwickelt, als daß irgend eine Macht den Anspruch auf universelle Seeherrschaft erheben könnte. In der alten Welt, als die Länder um das Mittelmeer den Erdkreis bedeuteten, als Rom und Karthago um die Suprematie rangen, da hatte das Ceterum censeo des alten Cato vielleicht die politische Logik für sich. Noch, als die Engländer ihre Seekriege führten gegen Spanien, gegen Holland, gegen Frankreich, winkte dem Sieger als Preis das Monopol auf dem Meere. Heute ist das anders. Was hat heute ein Volk gewonnen, wenn es einen seiner maritimen Nebenbuhler niederwirft? Es wird vielleicht den wirtschaftlichen Organismus dieses Gegners zerstören, aber es wird sicher auch seinem eigenen Handel die schwersten Wunden schlagen. Es wird die Geschäfte der anderen besorgen, die mit Vergnügen die leeren Plätze auf dem Weltmarkt einnehmen und sich auf ihnen häuslich einrichten würden. Auch wer als Sieger aus einem solchen

Kriege zurückkehrte, würde nicht ohne den schwersten und dauerndsten Schaden die friedliche Arbeit wieder aufnehmen.

(Sehr richtig!)

Und zu diesem Schaden rechne ich nicht nur was während des Krieges passiert. Ich rechne auch dazu die Folgen des Hasses, der Erbitterung, die sich oft noch Jahrzehnte nach beendigtem Kriege geltend machen, die oft noch lange nachher hypnotisierend auf die ehemaligen Gegner wirken. Frankreich und Deutschland wissen davon ein Lied zu singen.

Meine Herren, wenn ich aus dieser Darlegung die praktische Nutzanwendung ziehen soll, so ist es diese: Ich wiederhole auch vor diesem Hause: ich kann mir nicht denken, daß der Gedanke eines deutsch-englischen Krieges bei den vernünftigen Leuten in beiden Ländern ernstlichen Anklang finden sollte. Sie erwägen nüchtern den ungeheuren Schaden, den auch bei günstigstem Ausgang ein solcher Krieg über das eigene Land bringen würde, und die Rechnung ergibt, daß der Einsatz für die sicheren Verluste viel zu hoch ist. Deshalb, meine Herren, nehme ich für meinen Teil die Feindseligkeiten eines Teils der englischen Presse nicht zu tragisch. Ich hoffe, die Schicksale beider Länder werden immer von den kühlen Köpfen bestimmt werden, die wissen, daß Deutschland und England nicht nur für die Gegenwart, sondern für alle Zukunft, soweit sie dem menschlichen Auge erkennbar ist, mit einer Aufrechterhaltung der gegenwärtigen friedlichen Beziehungen am besten gedient ist.

(Lebhafter allseitiger Beifall.)

Meine Herren, von zwei Seiten ist die Lage der Dinge in Südwestafrika berührt worden. Ich freue mich, daß mir Gelegenheit geboten wird, mich über die dortige Situation vor Ihnen und vor dem Lande auszusprechen. Als im vergangenen Jahre die ersten Nachrichten über den Aufstand der Herero bei uns eintrafen, habe ich von dieser Stelle aus der Zuversicht Ausdruck gegeben, daß das über Südwestafrika hereingebrochene Unglück das deutsche Volk und seine Vertretung einmütig finden würde, einmütig zum Schutze unserer bedrängten Ansiedler, einmütig zur Wahrung der Ehre unserer Flagge. Ich habe gleichzeitig gesagt, daß wir nicht ruhen würden, bis die Aufrührer, die ihre Hand gegen die deutsche Herrschaft erhoben, in ihre Schranken zurückgewiesen wären. Ich habe gesagt, daß wir nicht daran dächten,

einen Fuß breit des Landes abzugeben, auf dem deutsches Blut geflossen ist. Und wenn Herr Bebel es soeben als einen Fehler der gegenwärtigen deutschen Politik bezeichnet hat, da zu bleiben, wo wir sind, so glaube ich und hoffe ich, daß die große Mehrheit dieses Hohen Hauses und die große Mehrheit des deutschen Volkes gerade der entgegengesetzten Ansicht ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Und ich habe mich endlich bereit erklärt, die volle Verantwortung zu übernehmen für alle Truppensendungen, die behufs rascher Niederwerfung des Aufstandes von zuständiger militärischer Seite für notwendig erklärt werden würden, ebenso wie für die Kosten, die aus diesen Maßnahmen zur Bekämpfung des Aufstandes hervorgehen würden. Wenn wir dieses Hohe Haus zu diesem Zwecke nicht schon im Sommer einberufen haben, so geschah es einerseits, weil damals und auch noch im Frühherbst die Lage der Dinge in Südwestafrika sich nicht übersehen ließ, und weil andererseits nach der Haltung, die dieses hohe Haus in diesen Fragen bisher eingenommen hatte, wir uns der Erwartung hingeben konnten, daß es diejenigen Maßregeln billigen würde, die wie getroffen haben, um Südwestafrika für Deutschland zu erhalten.

(Sehr richtig!)

Nach diesen meinen Erklärungen, meine Herren, sind wir verfahren. Wir haben mit jeder denkbaren Beschleunigung vom ersten Tage des Aufstandes an bis zu diesem Augenblicke alle Truppen und alle Hilfsmittel nach Südwestafrika gesandt, die von militärischer Seite für notwendig erklärt wurden. Es hat sich herausgestellt, daß wir gegen einen weit zahlreicheren, besser bewaffneten, besser organisierten, besser geführten Feind zu kämpfen hatten, als auch von den Kennern des Landes vorher angenommen worden war. Der Aufstand in Südwestafrika hat dem deutschen Volke große Opfer auferlegt, sehr schwere, sehr schmerzliche Opfer an Gut und vor allem an Blut. Um so rühmlicher ist das Verhalten derjenigen, die freiwillig sich zum Kriegsdienst bereit fanden im fernen Lande.

(Bravo!)

Ich danke dem Herrn Abgeordneten Spahn für die Art und Weise, wie er unserer in Afrika fechtenden Truppen gedacht hat. Wir verdanken es in der Tat der Tapferkeit und der Ausdauer unserer Leute, die keine Strapazen und keine Entbehrung gescheut haben; wir verdanken es der umsichtigen Führung des Generals von Trotha, wir verdanken es der

Tüchtigkeit und der Todesverachtung seiner Offiziere, wenn die Kampagne im Hererolande jetzt in der Hauptsache als beendigt angesehen werden kann. Der Widerstand der Hereros erscheint gebrochen, dank vor allem der Energie unserer Truppen, die sich nach jedem Gefecht dem Feinde wieder an die Ferse hefteten.

Allerdings ist unseren Truppen eine neue und schwere Aufgabe gestellt worden, und hat ein neuer und schwerer Schlag Südwestafrika getroffen durch den Aufstand der Witbois und unserer Hottentottenstämme. Dadurch ist auch in dem bisher verschont gebliebenen Süden unseres Schutzgebietes manche in harter Arbeit zur Blüte gebrachte Heimstätte zerstört worden, haben wir den Verlust mancher Menschenleben zu beklagen. Der General von Trotha hat so rasch als möglich alle disponiblen Truppen nach dem Schauplatz der Unruhen geschickt. Wir haben das Vertrauen zu unsern Leuten, daß sie auch dort tun werden, was ihnen möglich ist, um die in Not befindlichen Ansiedler zu retten und den Aufständischen die Auflehnung gegen die deutsche Herrschaft ein für allemal zu verleiden.

Meine Herren, was nun? Vor allem handelt es sich darum, in dem verwüsteten Gebiet Ruhe und Ordnung, Sicherheit für Leben und Eigentum wiederherzustellen. Das sind die unerläßlichen Voraussetzungen für die Wiederaufnahme jedes geordneten Wirtschaftsbetriebes.

Eins aber möchte ich ausdrücklich sagen. Wir sind weder zu grausam, noch sind wir so töricht, die einzige Möglichkeit der Wiederstellung geordneter Zustände darin zu erblicken, daß die jetzt aus den Wüsteneien des Sandfeldes hervorströmenden, halb verhungerten und verdursteten Hererobanden erbarmungslos niedergeknallt werden. Davon kann keine Rede sein. Gewiß, meine Herren, ich halte es für unsere heilige Pflicht, die Wiederkehr eines solchen Aufstandes für alle Zeit unmöglich zu machen. Ich glaube, daß in Zukunft keine Feuerwaffe in den Händen eines Eingeborenen bleiben darf.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich bin auch der Ansicht, daß die Organisation der Kapitänschaften die allein die Geheimhaltung der weitverzweigten Vorbereitungen des Aufstandes ermöglicht hat, nicht wieder aufleben darf. Wir werden uns vielleicht genötigt sehen, die Eingeborenen behufs besserer Überwachung in Reservate zu überweisen. Aber von einer Ausrottung der Eingeborenen kann, abgesehen von allen Gründen der Menschlichkeit, die wir immer hochhalten werden, schon aus der praktischen Erwägung

heraus nicht die Rede sein, daß wir die Eingeborenen für jede Art des wirtschaftlichen Betriebes in Südwestafrika, für die Landwirtschaft, für die Viehzucht und insbesondere für den Bergbau gar nicht entbehren können. Auch darüber wird kaum ein Zweifel obwalten können, daß wir in Südwestafrika eine Truppenmacht halten müssen, die stark genug ist, um jeden neuen Aufstandsversuch im Keime zu ersticken.

Meine Herren, nun hat der Herr Reichstagsabgeordnete Bebel auch wieder gesagt, der Wert von Südwestafrika sei ein sehr geringer, Südwestafrika sei, wie ich schon mehr als einmal in der ihm nahestehenden Presse gelesen habe, eine Sandwüste, die aller für sie gemachten Aufwendungen spotte. Das ist nicht die Ansicht der Kenner des Landes, nicht die Ansicht derjenigen, die bereit sind, dort ihre eigene Haut und ihr eigenes Geld zu Markte zu tragen. Die Untersuchung der mineralischen Bodenschätze — ich will von allem absehen, was nicht zweifellos feststeht — hat das Ergebnis geliefert, daß eine Gesellschaft sich bereit erklärt hat, ohne Reichszuschuß, ohne Landüberweisungen auf eigene Kosten eine Bahn von Swakopmund nach den Kupferlagern von Otavi in der Länge von 500 bis 600 Kilometern zu bauen. Wenn diese Bahn, deren Kosten auf etwa 16 Millionen Mark berechnet sind, fertiggestellt sein wird, dann wird diese Privatbahn die größte bisher vollendete deutsche koloniale Eisenbahn sein. Hinter dieser Gesellschaft stehen große Banken, die nicht gewohnt sind, ihr Geld à fonds perdu herzugeben. Und was die landwirtschaftliche Qualifikation von Südwestafrika angeht, so sind alle Kenner des Landes, die ich gesprochen habe, darüber einig, daß weite Flächen des Bodens von Südwestafrika um nichts schlechter sind als der Boden des benachbarten britischen Südafrika. Die Forschritte, die Farmwirtschaft und Viehzucht vor dem Beginn des Aufstandes gemacht haben, sind uns ein Unterpfand dafür, daß auf die Länge dem Fleiß unserer Ansiedler nicht versagt werden wird, was Briten und Buren in Südafrika gelungen ist.

(Sehr richtig!)

Meine Herren, einen Punkt möchte ich noch berühren. Eines ist notwendig, wenn wir den *wirtschaftlichen Aufbau von Südwestafrika* sichern wollen: daß wir der Kolonie diejenigen Leute erhalten, die in jahrelanger, mühsamer Arbeit sich dort eine eigene Heimstätte und einen gewissen Wohlstand erworben hatten, bevor der Aufstand ihnen alles nahm.

(Lebhaftes mehrseitiges Sehr richtig!)

Sie wissen, daß die Farmer, die durch den Aufstand um Hab und Gut gekommen sind, eine Deputation nach Deutschland geschickt haben, um hier ihre Ansprüche zu vertreten. Es ist mir eine besondere Freude gewesen, diese Deputation zu empfangen[2]) und ihr meine Fürsprache zuzusagen; und ich glaube, mich nicht zu irren, wenn ich annehme, daß auch viele Herren aus diesem hohen Hause die Darlegungen der Deputation gehört und Gelegenheit gehabt haben, durch Besprechung mit Mitgliedern der Deputation sich über die Lage der Dinge zu informieren. Ich möchte Sie dringend bitten, meine Herren, diese Entschädigungsfrage nicht als eine Rechtsfrage zu behandeln. Für meine Person bin ich der Ansicht, daß das Reich gegenüber den Ansiedlern, die es unter seinen Schutz genommen hat, mindestens moralische Verpflichtungen hat

(sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen),

und daß es für das Reich eine Ehrenpflicht ist, soweit es diesen Schutz nicht hat durchführen können, den angerichteten Schaden so sehr als nur irgend möglich gut zu machen.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Diejenigen Herren aber, die sich diese Anschauung nicht aneignen können, möchte ich bitten, sich wenigstens auf den Standpunkt des öffentlichen Interesses zu stellen. Der Aufstand in Südwestafrika hat unsere Kolonie schon so viel wertvolle Kräfte gekostet, daß es unverantwortlich wäre, wenn wir durch eine unbillige oder von ihnen selbst als unbillig empfundene Handlungsweise die verschont gebliebenen Ansiedler aus dem Lande treiben wollten. Wir brauchen dieses in langen Jahren angesammelte Kapital von Erfahrungen, wir brauchen die alten Südwestafrikaner als Lehrmeister, als Wegweiser für die Zukunft. Schon deshalb sollten wir ihnen sobald als möglich die Mittel gewähren, um sich wieder einen Hausstand zu gründen und mit neuem Mut und neuer Zuversicht ihre wirtschaftliche Tätigkeit wieder aufzunehmen. Deshalb bitte ich dieses hohe Haus nachdrücklich, in dieser hochwichtigen Frage den Vorschlägen, die wir Ihnen in dem Nachtragsetat für Südwestafrika machen, Ihre Zustimmung nicht zu verweigern.

(Bravo! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Es ist natürlich, daß ein Unglück wie das gegenwärtig über Südwestafrika hereingebrochene auch eine Lehre für die Zukunft enthält,

---

[2]) Am 16. Juni 1904 (vgl. Anhang).

namentlich eine Lehre darüber, wie teuer Versäumnisse zu stehen kommen. Es ist aber auch natürlich, wenn sich an diese Vorgänge eine Kritik unserer Kolonialorganisation in Südwestafrika geknüpft hat. Ich finde Kritik auch hier berechtigt. Sie erstreckt sich, wie Sie wissen, hauptsächlich auf die Frage, ob Militär- oder Zivilverwaltung, auf die Frage der Selbstverwaltung der Kolonie, auf die Frage der Ausgestaltung der Kolonialabteilung zu größerer Selbständigkeit, auf die Frage der Organisation unserer kolonialen Streitkräfte. Alle diese Fragen unterliegen zurzeit den eingehendsten Erwägungen, die noch nicht zum Abschluß gebracht sind. Ich möchte gerade bei organisatorischen Fragen Überstürzung vermeiden, weil ich der Ansicht bin, daß dauernde Einrichtungen nicht unter dem Eindruck einer unvermuteten Krisis, eines akuten Zustandes abgeändert oder neugestaltet werden sollen.

Was ich, meine Herren, über diese Fragen schon heute sagen kann, möchte, ich, wie folgt, zusammenfassen: 1. Es ist meine, von Seiner Majestät dem Kaiser gebilligte Absicht, für die Zukunft die eigentliche Verwaltung des südwestafrikanischen Schutzgebietes entsprechend dem Wunsche seiner Bewohner einem Zivilgouverneur zu unterstellen.

(Bravo!)

In Vorbereitung dieser Änderung ist der Generalkonsul von Lindequist, der mit den Verhältnissen des Schutzgebietes genau bekannt ist und in dem Schutzgebiet, wie ich hinzufüge, das allgemeine Vertrauen der Einwohner genießt, als Gouverneur der Kolonie in Aussicht genommen. 2. Ich halte es für nötig, daß wir zu einem weiteren Ausbau der Selbstverwaltung unserer Schutzgebiete innerhalb derjenigen Grenzen gelangen, die durch die Rechte des Mutterlandes und seiner gesetzgebenden Körperschaft gezogen sind. Ein wesentlicher Schritt nach dieser Richtung ist bereits durch meine Verordnung vom 24. Dezember vorigen Jahres über die Bildung von Gouvernementsbeiräten geschehen; die Einrichtung funktioniert in diesem Jahre zum erstenmal und wird nach den sich ergebenden Erfahrungen weiter ausgestaltet werden. 3. Im Zusammenhang mit der selbständigeren Stellung der einzelnen Schutzgebietsverwaltungen müssen wir auf dem einen oder anderen Wege dazu kommen, die Rechnungsablegung und Rechnungskontrolle vom Rechnungshof nach den Schutzgebieten zu übertragen

(sehr richtig!),

um auf diese Weise sowohl die Lokalververwaltungen draußen als auch die Zentralverwaltung hier in Berlin von einer unfruchtbaren und dabei

stetig wachsenden und jetzt schon kaum mehr zu bewältigenden Arbeitslast zu befreien.

(Sehr gut!)

4. Auch in der Organisation der Zentralverwaltung unserer Kolonien müssen wir nach meiner Ansicht zu einer Änderung kommen; der gegenwärtige Zustand trägt den Stempel eines Provisoriums an der Stirn. Die Kolonialabteilung ist keine oberste Reichsbehörde, sondern eine der vier Abteilungen des Auswärtigen Amts. Andererseits hat sie nach der Allerhöchsten Verordnung vom 12. Dezember 1894 die Geschäfte der eigentlichen Kolonialverwaltung unter der unmittelbaren Verantwortung des Reichskanzlers wahrzunehmen und ist dem Staatssekretär des Auswärtigen Amtes nur so weit unterstellt, als es sich um die Beziehungen zu fremden Staaten oder um die allgemeine Politik handelt.

Daß diese Organisation auf die Dauer nicht haltbar ist, hat sich bei der Gelegenheit des südwestafrikanischen Aufstandes deutlich gezeigt.

(Sehr wahr!)

Im Rahmen einer bloßen Abteilung einer obersten Reichsbehörde lassen sich die stark angewachsenen Geschäfte der Kolonialverwaltung nicht mehr erledigen. Bei der Ausdehnung und Wichtigkeit, welche die kolonialen Geschäfte angenommen haben, muß der Reichskanzler in der Lage sein, für diese Geschäfte ebenso wie für alle anderen Ressorts einen verantwortlichen Stellvertreter zu bestellen. In dieser Lage bin ich heute nicht; nach dem Stellvertretungsgesetz von 1878 kann der Reichskanzler nur die Vorstände der „obersten Reichsbehörden" mit seiner verantwortlichen Stellvertretung betrauen, und die Kolonialabteilung ist keine „oberste Reichsbehörde". Andererseits ist durch die besondere Organisation der Kolonialabteilung der Chef des Auswärtigen Amtes, dem die Kolonialabteilung angehört, ausdrücklich von der unmittelbaren Einwirkung auf die Geschäfte der eigentlichen Kolonialverwaltung ausgeschlossen. In ruhigen Zeiten ist ein solcher Zwitterstand zur Not zu ertragen, bei ernsten Ereignissen aber hat er nach meiner Überzeugung seine Unhaltbarkeit gezeigt.

Endlich 5.: besonders wichtig, und wie ich hinzufügen muß, besonders schwierig ist die Frage der Organisation unserer kolonialen Streitkräfte und des Verhältnisses dieser Organisation zu der Zivilverwaltung der Kolonien. Ich bin heute noch nicht in der Lage, Ihnen Mitteilung darüber zu machen, ob und in welchen Richtungen eine genaue Würdigung der bisherigen Erfahrungen hier Anlaß zu Änderungen geben

wird; ich kann nur versichern, daß auch auf diesem Felde kein Schritt ohne die sorgfältigste und gewissenhafteste Prüfung und Abwägung von Vorteilen und Nachteilen geschehen soll.

Meine Herren, wenn ich von Änderungen in unserer Kolonialverwaltung spreche, so will ich mich von vornherein gegen den Vorwurf verwahren, als ob ich die Tragweite solcher zum Teil nur formalen Änderungen überschätzte. Eine schlechte und veraltete Kolonialorganisation kann natürlich großen Schaden anrichten; aber auch die beste Kolonialorganisation ist nur wirksam nach dem Geiste, der in ihr lebendig ist. In dieser Beziehung — das spreche ich ganz offen aus — haben wir noch große Fortschritte zu machen.

(Sehr richtig!)

Der Gang der deutschen Geschichte während der letzten Jahrhunderte war der Entwicklung des Verständnisses für koloniale und überseeische Aufgaben nicht günstig. Es fehlt uns noch vielfach die Tradition, es fehlt uns die Erfahrung, über welche andere, ältere Kolonialvölker verfügen. Es gibt bei uns noch nicht viele Leute, denen nach Erfahrung und nach Kenntnissen schwierige koloniale Aufgaben mit gutem Gewissen anvertraut werden können.

Ich hoffe, meine Herren, daß es mir mit der Unterstützung des Herrn Chefs der Kolonialverwaltung, dessen treuer und selbstloser Pflichterfüllung auf einem der schwierigsten Posten der gesamten Reichsverwaltung ich volle Anerkennung zolle

(Bravo!), —

ich sage: ich hoffe, daß es mir mit seiner Unterstützung gelingen wird, in dieser Beziehung einen Fortschritt herbeizuführen. Im letzten Ende, meine Herren, wird allerdings unsere koloniale Zukunft und wird unsere Stellung als Weltmacht davon abhängen, daß das deutsche Volk selbst sich durchringt zu einem immer volleren Verständnis der großen Aufgaben unserer überseeischen und unserer Weltpolitik, wie sie mehr als einmal vor diesem Hohen Hause dargelegt worden sind. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß die jüngsten Erfahrungen in Südwestafrika nicht nur für die Regierung und nicht nur für die Kolonialverwaltung, sondern auch für die öffentliche Meinung eine Lehre gewesen sind.

(Sehr gut!)

Wenn dem so ist, dann werden wir hoffen können, daß auch in Südwestafrika aus Ruinen neues Leben erblühen wird.

(Bravo!)

Meine Herren, von zwei Seiten ist auch die Diätenfrage berührt worden. Auf diese Frage werde ich heute nicht näher eingehen.

(Heiterkeit.)

Was ich nach Lage der Dinge über diese Frage sagen kann, habe ich schon einmal vor diesem Hohen Hause dargelegt; das hat mein verehrter Nachbar und Stellvertreter Graf von Posadowsky im vergangenen Winter wiederholt ausgeführt. Ich muß es mir also versagen, das so oft Gesagte zu wiederholen und die pro und contra mehr als einmal dargelegten Gründe hier noch einmal durchzugehen. Ich glaube mir das um so mehr versagen zu können, als auch in der heutigen Debatte tatsächlich und prinzipiell nichts Neues über diesen Punkt vorgebracht worden ist. Es ist insbesondere nach meiner Empfindung kein durchschlagender Grund dafür vorgebracht worden, daß wir die Diätenfrage pro hic et nunc lösen müßten. Man kann im Prinzip der Gewährung von Diäten nicht abgeneigt und doch der Meinung sein, daß der gegenwärtige Zeitpunkt der Regelung dieser Frage nicht günstig ist, daß diese Regelung besser einem späteren Zeitpunkt vorbehalten bleibt.

(Heiterkeit!)

Gegen eine Äußerung des Herrn Abgeordneten Bebel muß ich mich aber wenden. Der Herr Abgeordnete Bebel hat so gesprochen, als ob es eine Rücksichtslosigkeit der Verbündeten Regierungen wäre, daß sie dem Beschluß des Reichstags über die Gewährung von Anwesenheitsgeldern noch nicht ihre Zustimmung erteilt hätten. Meine Herren, wenn der Bundesrat einem von diesem Hohen Hause beschlossenen Antrag oder Resolutionen dieses hohen Hauses nicht ohne weiteres seine Zustimmung erteilt, so ist das ebensowenig eine Rücksichtslosigkeit, ebensowenig eine Unhöflichkeit, ebensowenig auch nur eine Unliebenswürdigkeit, als wenn dieses Hohe Haus Gesetzentwürfe, die ihm von den Verbündeten Regierungen unterbreitet werden, nicht sogleich oder gar nicht annimmt, was doch oft genug vorgekommen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Was dem einen recht ist, ist dem andern billig.

Daß die Verbündeten Regierungen an einer klaren und unzweideutigen Bestimmung der Verfassung, an einem zweifellosen Artikel der

Reichsverfassung festhalten, daraus können Sie ihnen keinen Vorwurf machen.

(Sehr richtig! rechts.)

Die verbündeten Regierungen wollen nicht oder sie wollen noch nicht in eine Änderung der Reichsverfassung einwilligen, weil sie der Ansicht sind, daß jede Änderung der Reichsverfassung eine überaus ernste Sache ist, die man sich reiflich überlegen muß.

(Heiterkeit links.)

Ich möchte namentlich die Herren von der äußersten Linken auf einen Widerspruch in ihrer Haltung aufmerksam machen, auf einen klaffenden Mangel an Logik. Wenn von irgend einer Seite eine Verfassungsänderung angeregt wird, die den Herren von links nicht paßt, dann entsteht ein furchtbares Geschrei über die Bedrohung der Verfassung: wenn es sich dagegen um eine Verfassungsänderung handelt, die ihnen genehm ist, dann hört die Verfassung auf, ein unantastbares Heiligtum zu sein.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir müssen alle versuchen, mit der Verfassung, wie sie nun einmal ist, auszukommen; wir müssen alle die Verfassung respektieren — die Verbündeten Regierungen am längsten und am meisten. Daraus können Sie uns keinen Vorwurf machen.

Und noch eins möchte ich sagen: wenn der Herr Abgeordnete Bebel eben im Namen des Deutschen Reichstags für die Würde des Reichstags gegenüber den verbündeten Regierungen plädiert hat, so hat mich das doch eigentümlich berührt in demselben Augenblick, in dem der Herr Abgeordnete Bebel der Mehrheit dieses Reichstags, der aus allgemeinen direkten geheimen Wahlen hervorgegangenen Mehrheit des Reichstags eine solche Beleidigung ins Gesicht geworfen hat, daß er dafür zur Ordnung gerufen worden ist. Davon will ich ganz absehen, daß ich mich erinnere, in dem öfters zitierten Buch: „Die Frau" gelesen zu haben, im Zukunftsstaat würden die Parlamente verschwinden, und die Sozialdemokratie mache sich aus dem Parlamentarismus nicht viel. Also verstehe ich nicht, weshalb Sie gerade im Namen der Rechte und der Würde des Parlaments für Diäten plädieren.

Meine Herren, endlich hat der Herr Abgeordnete Bebel auch gesagt, wir seien nicht reich genug, um *unsere Rüstungen* aufrecht zu erhalten. Meine Herren, diese Melodie kennen wir. Diese Melodie ist erklungen, solange es eine deutsche Geschichte gibt. Diese Melodie hörte man schon

auf dem Regensburger Reichstag. Der sagte, gerade so wie heute der Herr Abgeordnete Bebel, wenn der Reichspfennig verlangt wurde, der Reichspfennig sei primo modo unerschwinglich, und nachher kamen die Franzosen und preßten uns zehnmal mehr aus, als was primo modo für unerschwinglich erklärt worden war.

(Heiterkeit.)

Und auch in der Konfliktszeit, in den fünfziger und sechziger Jahren hieß es immer, es wäre kein Geld da für militärische Zwecke.

Was wäre aus uns geworden, wenn dieser Standpunkt damals die Oberhand gewonnen hätte!

(Sehr wahr! rechts.)

Nur gegen die eine Behauptung des Abgeordneten Bebel will ich mich noch wenden, das deutsche Volk mache unverhältnismäßige Ausgaben für militärische Zwecke. Ich habe hier eine Übersicht vor mir liegen über die Ausgaben, welche die verschiedenen Länder im Verhältnis zu ihrer Einwohnerzahl für militärische Zwecke machen. Ich habe sie entnommen einem gut geschriebenen Aufsatz des Generalleutnants von Pelet-Narbonne, der mir vor einigen Tagen vorgelegt worden ist; die Zahlen sind aus dem Bericht eines französischen Berichterstatters, was nach dem, was der Herr Abgeordnete Bebel eben ausgeführt hat, ihm besonderes Vertrauen einflößen wird.

(Heiterkeit.)

Danach konstatiere ich, daß Frankreich jährlich für sein Heer ausgibt 1270000000, Deutschland 1200000000, Großbritannien 1560000000, Rußland 1200000000 Franks. Rechnet man für Frankreich die Pensionen, das Budget der Ehrenlegion, die Kosten anderer Ministerien, die lediglich militärischen Zwecken dienen, wie z. B. die militärische Organisation der Grenzwachen hinzu, so beläuft sich die Gesamtsumme seiner Ausgaben für militärische Zwecke auf über dreizehnhundert Millionen Franks. Von den Gesamtausgaben des Staates verwendet Frankreich für militärische Zwecke 35, Rußland 25, Italien 22, Deutschland nur 20 Prozent. Also davon kann keine Rede sein, daß wir nicht können. Es fragt sich nur, ob wir wollen. Sie werden niemand einreden können, daß ein Volk, das jährlich — das konstatiere ich hier öffentlich — drei Milliarden für geistige Getränke ausgibt, nicht imstande sein soll, 1200 Millionen als Versicherungsprämie für seine Sicherheit aufzubringen.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn Sie, Herr Bebel, die Summen für die Erhaltung unserer Wehrpflicht, die nach der Überzeugung der verbündeten Regierungen das Minimum dessen bedeuten, was wir für unsere Sicherheit brauchen, nicht bewilligen wollen, so sagen Sie wenigstens offen, Sie lassen es auf das Risiko eines Krieges und bei einer dann mangelhaften Rüstung auf das Risiko eines unglücklichen Krieges ankommen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat soeben gesagt, daß das französische Offizierkorps und der französische Generalstab auf der Höhe des deutschen Offizierkorps und des deutschen Generalstabs ständen. Dem widerspreche ich nicht. Ich habe alle Hochachtung vor dem französischen Offizierkorps. Aber wenn Sie gleichzeitig die Revanchegelüste in Betracht ziehen, die in Frankreich noch immer vorhanden sind — darüber werden Ihre dortigen Freunde Sie doch wohl informiert haben; ich erinnere nur an alle Mühe, die sich in dieser Richtung Herr Jaurès gegeben hat —, so werden Sie mir zugeben müssen, daß auch wir das Recht haben, für unsere Sicherheit zu sorgen. Sagen Sie also nicht, daß wir die Mittel, die wir für unsere Sicherheit brauchen, nicht aufbringen können; denn das trifft nicht zu.

(Lebhafter Beifall.)

16. Handelsverträge.

Sitzung des Reichstags vom 9. Dezember 1904.[1]

Vor dem Eintritt des Reichstags in die Tagesordnung machte der Reichskanzler folgende Mitteilung.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, die Verbündeten Regierungen hatten die Absicht, die mit Rußland, Rumänien, Belgien, Italien, der Schweiz und Serbien vereinbarten Handelsverträge diesem hohen Hause nach dem Schluß der ersten Lesung des Etats vorzulegen. Die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn waren, wie den Herren bekannt ist, auf einen toten Punkt gelangt und mußten wegen erheblicher Meinungsverschiedenheiten abge-

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/05, 108. Sitzung.

brochen werden. Infolge von Mitteilungen, die uns jetzt von österreichisch-ungarischer Seite gemacht sind, ist Aussicht vorhanden, auch mit diesen unsern Nachbarn zu dem gewünschten Einverständnis zu kommen.

(Hört! hört! links.)

Selbstverständlich halten wir daran fest, daß entsprechend den von mir in diesem hohen Hause abgegebenen Erklärungen wir nur einem Handelsvertrage unsere Zustimmung geben und die Ihrige zu einem solchen nachsuchen können, der uns eine genügende Garantie gewährt, daß der deutsche Viehbestand gegen Seuchengefahr geschützt bleibt.

(Bravo! rechts und in der Mitte.)

Auch haben wir hinsichtlich der österreichisch-ungarischen Einfuhrzölle Wünsche, die im Interesse unserer Ausfuhrindustrie zu erfüllen sind, wenn ein Handelsvertrag zustandekommen soll.

Da das Einbringen der bereits fertiggestellten sechs Handelsverträge die Verhandlungen mit Österreich-Ungarn stören würde, während andererseits nach der Geschäftslage dieses Hohen Hauses die volle Durchberatung der Verträge noch vor Weihnachten nicht sicher erschien, so werden die Verbündeten Regierungen Ihnen die neuen Handelsverträge erst gleich nach den Weihnachtsferien vorlegen. Wir werden bestrebt sein, dahin zu wirken, daß das Inkrafttreten der neuen Verträge und des neuen Zolltarifes dadurch keine Verzögerung erleidet.

Unter diesen Umständen darf ich an dieses Hohe Haus die Bitte richten, in eine Besprechung der handelspolitischen Situation zurzeit nicht einzutreten.

17. Der Abgeordnete von Vollmar.

Sitzung des Reichstages vom 9. Dezember 1904.[1]

Die Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats und der Nebengesetze für das Rechnungsjahr 1905 stand auf der Tagesordnung. Sozialdemokratischer Redner war an diesem Tage der Abgeordnete von Vollmar. Gegen ihn wandte sich der Reichskanzler mit den folgenden Ausführungen.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich möchte zunächst in aller Kürze eine Bemerkung richtigstellen, die der Herr Vorredner, der Herr Abgeordnete von Voll-

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/05, 108. Sitzung.

mar, soeben über mich gemacht hat. Er hat gemeint, wenn ich ihn richtig verstanden habe, ich hätte am Montag[2]) in verärgertem Tone gesprochen.

(Heiterkeit rechts.)

Meine Herren, so leicht ärgere ich mich nicht. Ich halte mich an einen Rat, den einmal der selige Feldmarschall Wrangel seinem Adjutanten gab, als dieser ihn fragte, ob er, der Feldmarschall, sich bei einer Besichtigung, die nicht besonders gegangen war, geärgert hätte. Darauf erwiderte ihm der alte Feldmarschall: „Mein Sohn," sagte er zu ihm, „ich ärgere mich so selten

(Zurufe: mir!)

als möglich, ich ärgere lieber die anderen."

(Sehr gut! und große Heiterkeit.)

Nun hat der Herr Abgeordnete von Vollmar weiter gemeint, ich hätte die sozialdemokratische Partei herausgefordert. Meine Herren, mich wundert, daß ein so hervorragender Dialektiker, wie der Herr Abgeordnete von Vollmar, glaubt in Vergessenheit bringen zu können, daß das Herausfordern auf der ganzen Linie doch bisher die Sache der Sozialdemokratie war.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Die Sozialdemokratie richtet beständig die heftigsten Angriffe gegen die Regierung, gegen die Minister, gegen den Staat, gegen Gott und alle Welt. Das sollen wir ruhig herunterschlucken. Sobald aber jemand etwas sagt, was der Sozialdemokratie nicht gefällt, so wird sie empfindlich.

(Sehr richtig! — Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Das gibt uns einen Vorgeschmack von der Meinungsfreiheit, die in der sozialdemokratischen Zukunftsordnung herrschen würde.

(Heiterkeit und Sehr wahr! rechts.)

Vorläufig sind wir aber noch nicht so weit, daß wir den Türkenkopf abzugeben hätten, auf dem man herumtrommelt. Die Sozialdemokratie aber soll das Pflänzchen „Rühr mich nicht an" sein, das niemand antasten darf. Ich habe ebensogut das Recht, meine Meinung zu äußern, wie Sie

(Zustimmung bei den Sozialdemokraten),

und werde mich daran nicht hindern lassen.

---

[2]) Gemeint war die Sitzung vom 5. Dezember.

Wenn aber der Herr Abgeordnete von Vollmar mir weiter Vorhaltungen gemacht hat über die Tonart, in der ich zu sprechen pflege, so habe ich wohl hier und da selbst in der mir wohlwollenden Presse gelesen, ich sei zu höflich, zu liebenswürdig, ich befleißige mich zu urbaner Formen, ich möchte einmal recht grob werden, denn das gefalle dem Deutschen so gut.

(Große Heiterkeit rechts und in der Mitte.)

Meine Herren, ob ich diesen Rat befolge, das weiß ich nicht. Ich fürchte, daß ich es auf diesem Gebiet doch nicht mit gewissen Leuten aufnehmen könnte.

(Sehr gut! in der Mitte und rechts. Heiterkeit.)

Es entbehrt aber doch nicht einer gewissen Pikanterie, daß der Herr Abgeordnete von Vollmar mir meine Tonart vorwarf in demselben Augenblick, wo mir ein Artikel unterbreitet wurde, der von einer dem Herrn Abgeordneten von Vollmar, ich will nicht sagen, besonders nahestehenden Seite, aber doch in einem Blatte der Partei veröffentlicht ist, zu der sich der Herr Abgeordnete von Vollmar rechnet, und in dem wörtlich steht — ich bitte um die Erlaubnis, diesen kurzen Artikel verlesen zu dürfen —:

Die konservativen Wegelagerer

(große Heiterkeit),

die Zentrumsgauner

(erneute große Heiterkeit),

die nationalliberalen Jesuiten

(große Heiterkeit),

und als der oberste der Philister Eugen Richter

(erneute Heiterkeit)

— meine Herren, der Herr Abgeordnete Richter, von dem neulich Herr von Kardorff mit Recht gesagt hat, daß wir ihn zu unser aller Bedauern nicht an seinem Platze sehen, von dem wir alle hoffen, daß er seinen gewohnten Platz bald wieder einnehmen möge

(allseitiger Beifall) —,

der parlamentarische Strolch

(stürmische Heiterkeit)

— ich bitte um Verzeihung —

der parlamentarische Strolch von Kardorff

(schallende Heiterkeit)

machte den Regisseur. Der Reichsgerichtsrat Spahn

— ich bitte nochmals um Entschuldigung —

illustrierte die deutsche Klassenjustiz in Permanenz durch einen niederträchtigen Staatsstreich, und der beschäftigungslose Advokat und Streber Bassermann

(Heiterkeit)

gab zum ersten Male in seinem Leben einen juristischen Kommentar. Es ist heute überflüssig, an die schamlosen Bubenstücke, an die infame Affenbosheit dieses parlamentarischen Gesindels zu erinnern

(große Heiterkeit),

das damals wie eine Sauherde

(große Heiterkeit)

in die Geschäftsordnung und Verfassung hereinbrach und niedertrampelte, was ihm im Wege war.

(Große Heiterkeit.)

Und die Herren, die sich einer so geschmackvollen Tonart befleißigen, die machen mir Vorhaltungen über meinen Ton!

(Heiterkeit.)

Der Herr Abgeordnete von Vollmar hat weiter gemeint, ich hätte kein Verständnis für die Sozialdemokratie. Ich verfolge im Gegenteil mit Aufmerksamkeit die Vorgänge in der sozialdemokratischen Partei und mit ganz besonderer Aufmerksamkeit die Haltung eines so gewiegten Politikers und Parlamentariers, wie es der Herr Abgeordnete von Vollmar ist, und seiner näheren Freunde. Vor zwei Jahren, meine Herren, wurden ja in manchen Kreisen Erwartungen an den Revisionismus geknüpft. Wie der edle Posa in Schillers Don Carlos vor den bösen König Philipp, so trat damals der Revisionismus vor den Führer der sozialdemokratischen Partei: „Geben Sie Gedankenfreiheit, Sire!"

(Große Heiterkeit.)

Der dachte aber: „Sonderbarer Schwärmer!"

(Erneute große Heiterkeit.)

Er gab keine Gedankenfreiheit, er ließ durch seinen Freund, Herrn Kautsky, erklären, in der sozialdemokratischen Partei sei sogar das Anzweifeln der gerade herrschenden Meinung gefährlich und nicht erlaubt.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

— Ich werde Ihnen, Herr Bebel, wenn Sie gestatten, den Artikel übersenden, ich habe ihn nicht mehr wörtlich im Gedächtnis. Jedenfalls

war damals die Haltung des Herrn Abgeordneten Bebel eine solche, daß selbst ein angesehenes französisches sozialdemokratisches Blatt, die „Humanité“ oder „Aurore“, von dem dogmatisme intolérant, dem unduldsamen Dogmatismus der deutschen Sozialdemokratie sprach. Da duckte sich der Revisionismus

(Heiterkeit),

da überließ er die Führung den utopistischen Politikern, da wich er zurück vor denjenigen, die das mit seltenem Scharfsinn und seltener Denkkraft, mit ungewöhnlichen Kenntnissen und mit noch ungewöhnlicherer Dialektik konstruierte, aber durch die geschichtliche Entwicklung der Dinge in seinem Fundament erschütterte System von Marx für ein Dogma halten, so starr und so unanfechtbar, wie nur irgend ein asiatisches Dogma. Und als der Revisionismus sich zurückzog, sich so duckte, da schaltete er sich eben aus aus der Zahl derjenigen Faktoren, die Realpolitik treiben.

(Sehr richtig! links.)

Gewiß, die Behandlung, die ihm damals zuteil wurde, konnte Mitgefühl erregen, wenn, wie Herr von Vollmar treffend sagte, die Politik nicht bis zu einem gewissen Grade das Mitleid ausschlösse.

(Heiterkeit.)

Aber auch die Art und Weise, wie damals der Revisionismus reagierte, oder vielmehr, wie er nicht reagierte, auch die konnte ein gewisses Mitgefühl hervorrufen. Deshalb hat es keinen Wert, wenn die Herren von jener Richtung sich mit einer — ich gebrauche wiederum einen Ausdruck, dessen sich Herr von Vollmar soeben bediente — mit einer relativen Mäßigung aussprechen, solange sie nicht imstande sind, sich von demjenigen Herrn zu emanzipieren, den ich nicht beim Namen nennen will, den aber vor zwei Jahren mit feinem Witz der Herr Abgeordnete von Vollmar verglich mit dem Lordprotektor Cromwell. Solange sie sich nicht auf eigene Füße stellen, so lange haben ihre relativ gemäßigteren Anschauungen auch nur einen akademischen Wert, — und daß in der sozialdemokratischen Partei das Akademische nicht allzu hoch bewertet wird, das wissen wir seit dem Dresdener Parteitag.

(Heiterkeit.)

Nun, meine Herren, hat sich der Herr Abgeordnete von Vollmar eingehend mit unserem Verhältnis zu Rußland beschäftigt. Er

hat zunächst gemeint, es sei ein Unterschied zwischen dem Auftreten einer Partei und zwischen der Haltung einer Regierung. Das, meine Herren, kann ich nicht zugeben. Die Annahme, es sei gleichgiltig, wie die Parteien, die Presse, das Parlament sich zu den großen Fragen der auswärtigen Politik stellen, trifft heute nicht mehr zu. Wir gewinnen nicht an Ansehen, wenn schwierige, verwickelte, heikle Fragen der internationalen Politik lediglich vom Parteistandpunkt aus behandelt werden. Gerade so, wie man während des südafrikanischen Krieges auf falschem Wege war, als man sich vom Gefühl leiten ließ und das vermeintliche moralische Recht oder Unrecht verwechselte mit dem nationalen Vorteil oder Nachteil, so ist man auch heute im Irrtum, wenn man sich in der auswärtigen Politik von Gefühlswallungen oder von Fraktionsrücksichten bestimmen läßt. Ich wiederhole noch einmal: wir beobachten Rußland gegenüber die vollkommen loyale Neutralität, die unserem traditionellen Verhältnis zu dieser Macht entspricht, ohne daß wir damit den anderen Mächten, die mit uns im Allianz- oder Freundschaftsverhältnis stehen, irgendwelchen Grund zu berechtigtem Mißtrauen oder zu berechtigter Beschwerde geben. Ich kann nur wünschen, daß alle Parteien, daß die öffentliche Meinung und die Presse dieselbe Linie einhalten mögen. Wir Deutsche — ich will das offen aussprechen — haben eine unglückliche Sucht, einen unglücklichen Hang, bei fremden Händeln Partei für den einen oder anderen zu nehmen, uns mit unserm Urteil in fremde Streitigkeiten einzumischen.

(Sehr richtig!)

Dabei kommt praktisch nicht viel heraus. Es ist ein Mangel an Erziehung, wenn bei uns weite Kreise sich hineinschreiben und hineinreden lassen in eine solche heftige Parteinahme und dabei womöglich noch denken, das schade nichts, wenn die Regierung sich nur korrekt verhalte.

(Sehr richtig! links.)

Je größer der Einfluß der Organe der öffentlichen Meinung, der Abgeordneten wie der Presse, geworden ist auch für Fragen der auswärtigen Politik, um so mehr müssen sie sich der Verantwortlichkeit bewußt werden, die auf ihnen ruht für Schwierigkeiten, die aus der Erregung von Volksleidenschaften für den Gang unserer auswärtigen Politik erwachsen. Ich will gerne anerkennen, daß unsere große Tagespresse von der „Kreuzzeitung“ bis zur „Frankfurter Zeitung“ sich gegenüber dem gegenwärtigen ostasiatischen Kriege einer anerkennenswerten Ruhe und Besonnenheit befleißigt. Da mich aber der Herr

Abgeordnete von Vollmar genötigt hat, dieses Thema noch einmal anzuschneiden, so füge ich hinzu, daß ich zu meinem Bedauern nicht das Gleiche von unserer Witzpresse sagen kann. Gerade so, wie unsere Witzpresse während des südafrikanischen Krieges maßlos heftig und unverständig war und ihr Witz oft in Schmähungen ausartete, so läßt sich auch jetzt beobachten, wie sie gegenüber dem ostasiatischen Kriege den einen der beiden Gegner wegen seiner bisherigen Unglücksfälle mit einem Hohn und Spott verfolgt, der doppelt bedauerlich ist angesichts der von diesem Gegner bewiesenen Tapferkeit.

(Bravo! rechts.)

Die Freiheit, die ich der Witzpresse im übrigen gern gönne — über mich mögen sie schreiben, was sie wollen

(Heiterkeit),

da gebe ich ihnen Maskenfreiheit

(Heiterkeit) —,

diese Freiheit muß ihre Grenze finden in einem gewissen Maß von politischer Einsicht, das verbietet, beim Unglück anderer schadenfroh zu sein, das verhindert, dem Auslande durch bösartige Illustrationen Material zu Hetzereien gegen das deutsche Volk zu liefern.

(Sehr wahr! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Solche bösartigen Illustrationen, solche rohen Witze können — das kann ich Sie versichern — oft mehr Schaden anrichten als ein leidenschaftlicher Artikel oder selbst als Reden, wie wir sie bisweilen von der äußersten Linken gehört haben. Ich vermag auch keinen mildernden Umstand darin zu erkennen, daß solche Zeichnungen bei uns, wie ich wohl weiß, meist von blutigen Nichtpolitikern entworfen oder inspiriert werden. Was der Deutsche in der Bundestagszeit über seine Nachbarn dachte, das war diesen ziemlich egal, das hatte in der Tat auch keine große Bedeutung. Heute ist das anders. Heute muß die Nation die Fenster ersetzen, die ihre Presse einschmeißt. Dieses Gefühls der Mitverantwortlichkeit für den Gang unserer auswärtigen Politik müssen wir uns noch mehr bewußt werden.

(Beifall rechts.)

Der Herr Abgeordnete von Vollmar hat auch gemeint, die Sozialdemokratie wolle keinen Krieg mit Rußland. Ja, dann mußte der Herr Abgeordnete von Vollmar damit anfangen, den Herrn

Abgeordneten Bebel zu verhindern, so gegen Rußland zu sprechen, wie er das nun schon bei wiederholten Malen getan hat.

(Sehr wahr! rechts und in der Mitte.)

Wie weit sein Einfluß in dieser Richtung reicht, das weiß ich freilich nicht

(Heiterkeit)

trotz der ritterlichen Art, mit der er eben für ihn eingetreten ist. Eins ist sicher: je mehr Sie gegen Rußland zu Felde ziehen, um so mehr muß ich mich bemühen, die Beziehungen zu Rußland in friedlichen und freundlichen Bahnen zu halten. Eins möchte ich noch hinzufügen: Angriffe, aus denen nicht die nötigen kriegerischen Konsequenzen gezogen werden können, sind fremden Völkern gegenüber immer vom Übel. Der andere wird dadurch gereizt, und man selbst blamiert sich, wenn man seinen Worten keine Tat folgen läßt.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, der Abgeordnete von Vollmar ist auch noch einmal auf den Königsberger Prozeß zurückgekommen. Ich habe schon gesagt, daß ich über den Königsberger Prozeß nicht als Jurist, sondern als Politiker gesprochen habe. Ich kann nur wiederholen: alles, was der Herr Abgeordnete von Vollmar hierüber gesagt hat, ändert nichts an der von mir konstatierten Tatsache, daß die Sozialdemokratie mit vollem Bewußtsein und mit allen ihr zur Verfügung stehenden Mitteln gegen die russische Regierung arbeitet. Dadurch aber schädigt sie unser Verhältnis zu Rußland, das in freundlichen Bahnen zu halten die Aufgabe unserer Politik sein muß.

Es hat mich gefreut, daß der Herr Abgeordnete von Vollmar soeben die nationale Note betont hat, daß er für seine Partei die Eigenschaft des Patriotismus reklamiert hat, daß er seiner Partei einen nationalen Mantel umgehängt hat. Wenn der Herr Abgeordnete von Vollmar mit Beharrlichkeit und Zähigkeit auf diesem Wege weiter fortschreitet, so kann er sich vielleicht noch zu einem deutschen Jaurès entwickeln.

(Heiterkeit.)

Das würde ich ihm aufrichtig wünschen. Vorläufig aber muß ich konstatieren, daß in keinem Lande der Welt die Sozialdemokratie gegenüber Rußland eine so feindliche, lärmende, und ich muß hinzufügen, ungeschickte Propaganda treibt, wie das bei uns der Fall ist.

Der Herr Abgeordnete von Vollmar hat auch dunkle Andeutungen gemacht, oder vielmehr er hat sich auf Andeutungen des Herrn Abgeordneten Bebel bezogen, die mir darauf hinauszukommen schienen, als ob wir Rußland gegenüber durch irgend einen als pudendum zu behandelnden Vertrag gebunden wären. In dem offiziellen Organ der sozialdemokratischen Partei habe ich dieselbe Behauptung gelesen. Mit Erlaubnis des Herrn Präsidenten möchte ich diese wenigen Zeilen vorlesen. Da heißt es:

> Das Verhalten des Reichskanzlers Grafen Bülow im Reichstag gegenüber den kurzen Andeutungen, die Genosse Bebel über den Königsberger Prozeß gemacht hat, beweist zur Genüge, daß die gegenwärtige Regierung im Russendienst völlig verstockt und unrettbar verstrickt ist. Der langjährige frühere englische Botschafter in Berlin, White, hat neulich in einer englischen Zeitschrift behauptet, daß er ganz sicher wisse, es sei ein geheimer Vertrag zwischen Rußland und Deutschland abgeschlossen worden. Alle Anzeichen sprechen dafür, daß ein solcher Vertrag in der Tat existiert, und daß er einen so skandalösen, auch die inneren Verhältnisse der beiden Länder berührenden Inhalt hat, daß Deutschland durch diesen Vertrag an Rußland sklavisch gebunden ist. Man hat fast den Eindruck, als ob die erstaunliche, bis zur Würdelosigkeit gesteigerte Willfährigkeit gegenüber Rußland daraus zu erklären ist, daß man vor unangenehmen Enthüllungen Rußlands sich fürchtet. Man hat, so scheint es, mit dem Geheimvertrag Rußland eine Waffe gegen Deutschland selbst in die Hand gegeben —

meine Herren, ich bin kein unbescheidener Mensch — aber halten Sie mich wirklich für einen so kolossalen Ochsen?

(große, allgemeine Heiterkeit)

> — Rußland eine Waffe gegen Deutschland selbst in die Hand gegeben, die uns nicht nur zu den schändlichen Russendiensten verpflichtet, sondern auch der Regierung die Möglichkeit nimmt, sich von dem Joch zu lösen. Vielleicht gewinnen die Freisinnigen wenigstens die Energie, bei dieser Gelegenheit nach dem geheimen Vertrag, der zwischen Preußen und Rußland abgeschlossen ist, sich zu erkundigen.

Meine Herren, was die Herren von der Freisinnigen Partei tun werden, das weiß ich nicht. Ich selber möchte aber das Nachstehende sagen.

Was die Behauptung angeht, nämlich daß eine solche Mitteilung ausgegangen wäre „von dem langjährigen früheren englischen Botschafter in Berlin, White", so hat es allerdings einmal einen englischen Botschafter gegeben, der White hieß; der war aber nicht Botschafter in Berlin, sondern in Konstantinopel.

(Heiterkeit.)

Dann hat es auch einmal einen Botschafter in Berlin gegeben, der White hieß, der war aber nicht englischer Botschafter, sondern amerikanischer.

(Heiterkeit.)

Auf der Höhe dieser Sachkenntnis, die mich wirklich schon an Pichelswerder erinnert

(Heiterkeit),

steht auch der übrige Inhalt dieses Artikels oder ähnlicher — ich will nicht sagen — Insinuationen, aber ähnlicher Andeutungen. Für die große Mehrheit dieses Hohen Hauses brauche ich wohl nicht zu sagen, daß ein solcher Vertrag nicht existiert.

Meine Herren, und endlich hat der Herr Abgeordnete von Vollmar auch gemeint, die auswärtige Lage sei so friedlich, daß er nicht einsehe, weshalb wir unsere Wehrkraft zu verstärken brauchten. Wir haben keinen Grund, an der Aufrichtigkeit der Friedensversicherungen zu zweifeln, die die Regierungen der Großmächte wiederholt abgegeben haben. Die Regierungen, Fürsten und Staatslenker sind, wie ich glaube, alle von dem aufrichtigen Wunsch erfüllt, den Frieden aufrecht zu erhalten. Ich kann auch hinzufügen, daß die zwischen den Mächten bestehenden Allianzen sich mehr und mehr als Instrumente des Friedens bewährt haben. Wie sehr das von dem Dreibund gilt, habe ich hier mehr als einmal dargelegt. Aber auch die französisch-russische Allianz hat sich als friedenerhaltend bewährt, indem sie auf weniger friedliche Elemente in Frankreich einen moderierenden Einfluß ausgeübt hat. Wir hoffen, daß auch die französisch-englische Annäherung friedenerhaltend wirken wird. Für Deutschland dürfen wir das Verdienst in Anspruch nehmen, daß es, dank der weisen Politik unseres alten Kaisers und seines großen Kanzlers, den Grund zu einer langen Friedensepoche gelegt hat. Ich würde aber meinen Pflichten als auswärtiger Minister nicht genügen, wenn ich die Augen dagegen verschließen wollte, daß es in Europa auch Unterströmungen gibt, die zu kriegerischen Verwicklungen drängen. Wenn Sie an die Revanchegelüste in Frankreich denken —

wir haben den innigen Wunsch, daß dieselben sich mehr und mehr verflüchtigen mögen; aber so optimistisch wie der Herr Abgeordnete von Vollmar vermag ich die Stimmung jenseits der Vogesen nicht anzusehen —, wenn Sie denken an die kürzlich von mir berührten Hetzereien gewisser englischer Zeitschriften und Journale und an manche analoge Erscheinungen deutschfeindlicher Treibereien in Europa, so werden Sie mir zugeben, daß es in der Welt weder an Zündstoff fehlt noch an Leuten, die Lust hätten, den Zündstoff zur Flamme zu entfachen. Eins ist sicher, meine Herren: wenn Deutschland seit einem Menschenalter der Mittelpunkt der Friedenstendenzen und ein Bollwerk des Friedens gewesen ist, so konnte es dies nur sein dank seiner Stärke!

(Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ein schwaches Deutschland würde sofort kriegerische Begehrlichkeit, kriegerische Neigungen groß werden lassen. Ein schwaches Deutschland — und damit will ich schließen — würde nicht nur für uns eine Gefahr sein, sondern auch für den europäischen und den Weltfrieden, den wir alle aufrecht zu erhalten wünschen!

(Lebhafter Beifall.)

18. Handelsverträge. — Ostmarkenfrage. — Bergarbeiterstreik.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 14. Januar 1905.[1]

Auf der Tagesordnung stand die erste Beratung des Staatshaushaltsetats für das Etatsjahr 1905. Die beiden ersten Redner waren die Abgeordneten Graf zu Limburg-Stirum und Herold. Auf mehrere von ihnen berührte Punkte entgegnete der

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, von den beiden Vorrednern aus diesem Hohen Hause ist die Frage der Handelsverträge berührt worden. Der Herr Abgeordnete Graf Stirum hat von einer Kette bitterer Enttäuschungen gesprochen. Meine Herren, seitdem ich das letzte Mal die Ehre hatte, vor diesem Hohen Hause zu erscheinen, ist es uns gelungen — nicht ohne Überwindung sehr großer Schwierigkeiten —, mit sechs auswärtigen Staaten — Italien, Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz und

[1] Sten. Ber. d. H. d. Abg., 20. Leg.-Per., I. Session 1904/05, 117. Sitzung.

Serbien — Handelsverträge zu vereinbaren, ein Erfolg, der bekanntlich vorher von manchen Seiten für ausgeschlossen gehalten wurde. Mit Österreich-Ungarn sind die Handelsvertrags-Verhandlungen so weit gefördert worden, daß es sich in den nächsten, wie ich glaube in den allernächsten Tagen entscheiden muß, ob wir auch mit diesem Lande zu dem erwünschten Abschluß kommen werden. Wenn wir die sechs fertiggestellten Handelsverträge dem Reichstage vorlegen würden, bevor die Situation mit Österreich-Ungarn in der einen oder in der anderen Richtung vollständig geklärt worden ist, so würden wir die Verhandlungen mit diesem Lande in hohem Grade erschweren. Ich glaube, daß doch niemand in diesem Hohen Hause bestreiten wird, daß der Abschluß der Handelsverträge, welche für lange Zeit hinaus die feste Grundlage für unsere wirtschaftliche und auch für unsere politische Stellung bilden sollen, ein Werk von der allergrößten Bedeutung ist. Wenn ich die Vollendung dieses Werkes im letzten Augenblicke lediglich aus dem Grunde gefährdet hätte, um die parlamentarische Verhandlung der Handelsverträge um acht oder vierzehn Tage früher ermöglichen zu können, so wäre das nach meiner Ansicht unverantwortlich gewesen.

(Sehr richtig! links.)

Durch ein solches Vorgehen hätte ich vielleicht hier und da für den Augenblick Beifall gefunden; ich würde aber für später eine große Verantwortung auf mich geladen und mich für die Zukunft dem Vorwurf, dem berechtigten Vorwurf ausgesetzt haben, daß ich aus Übereilung oder Ungeduld oder dem Drängen einzelner mir nahestehender Politiker aus den Parlamenten folgend, schwerwiegende wirtschaftliche Interessen gefährdet hätte. Die Frage der Kündigung der Handelsverträge wird dadurch gegenstandslos werden, daß wir sechs Handelsverträge fertiggestellt haben und hoffentlich auch den siebenten in kürzester Frist unter Dach und Fach bringen werden, und daß in diesen Handelsverträgen Bestimmungen über den Zeitpunkt ihres Inkrafttretens enthalten sind. Ich möchte noch eins hinzufügen: Handelsverträge rasch abzuschließen, ist kein diplomatisches Kunststück; dazu braucht man nur Konzessionen zu machen. Wenn wir aber Handelsverträge zustande bringen wollen, mit denen unsere Landwirtschaft und auch unsere Exportindustrie leben kann, so mußte das Terrain Schritt für Schritt erobert werden.

Die wirtschaftliche Politik der verbündeten Regierungen ist auch in den Handelsvertragsverhandlungen von dem Bestreben geleitet, festzu-

halten an den beiden wohlbewährten Grundsätzen, einerseits des Schutzes der nationalen Arbeit, andererseits der Erneuerung langfristiger Handelsverträge. Die Erfahrung der letzten zehn Jahre hat bewiesen, daß dieses Ziel im wesentlichen für Handel und Industrie erreicht ist, nicht aber für die Landwirtschaft

(sehr richtig! rechts),

und daß für die Landwirtschaft eine Erhöhung des Schutzes unbedingt notwendig ist. Dieser verstärkte Schutz für die Landwirtschaft soll nach der Ansicht der Königlichen Staatsregierung die Signatur der neuen Handelsverträge bilden.

(Bravo! rechts.)

Wir durften aber dabei nicht die Möglichkeit aus den Augen verlieren, auch die Interessen unseres Handels und unserer Industrie entsprechend wahrzunehmen.

Meine Herren, ich glaube, daß die Schwierigkeiten solcher Vertragsverhandlungen von manchen Seiten doch erheblich, daß sie an manchen Stellen ungeheuer unterschätzt werden. Ich kann Sie versichern, daß die mit den Handelsvertragsverhandlungen betrauten Ressorts, die daran beteiligten Männer, insbesondere die beiden Herren Staatssekretäre des Innern und des Äußern, summam diligentiam präſtieren, daß sie mit voller Dampfkraft arbeiten, daß sie für ihre Arbeit Anerkennung verdienen. Und deshalb möchte ich an dieses Hohe Haus die Bitte richten, die ohnehin schwierigen Verhandlungen nicht noch schwieriger zu gestalten durch ein zu scharfes Drängen oder durch Erörterung von Einzelheiten, auf die ich in der gegenwärtigen Lage unmöglich eingehen kann. Ich bitte Sie, zu der Königlichen Staatsregierung und zu den verbündeten Regierungen das Vertrauen zu haben, daß sie in dieser für unsere Zukunft hochwichtigen Frage die Interessen des Landes und aller Erwerbsstände gewissenhaft wahrnehmen werden.

Ich muß mich jetzt mit einigen Worten zu dem wenden, was der Herr Vorredner, der Abgeordnete Herold, über die Ostmarkenfrage gesagt hat. Der Herr Vorredner hat gemeint, unsere Maßnahmen seien daran schuld, daß unsere gemischtsprachigen Provinzen noch immer nicht zur Ruhe kommen könnten. Darauf erwidere ich ihm, daß niemand aufrichtiger die Beruhigung der nationalen Gegensätze in den gemischtsprachigen Provinzen wünscht als die Königliche Staatsregierung. Uns mit den polnischen Herren herumzustreiten, macht uns gar kein Vergnügen. Sobald uns die großpolnische Agitation in Ruhe

läßt, wird der Kampf aufhören und in den gemischtsprachigen Provinzen Ruhe sein.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn uns bewiesen wird, daß die großpolnische Agitation in dankbarer Würdigung der Wohltaten des preußischen Staates und der preußischen Verwaltung, daß sie in der Erkenntnis der Unmöglichkeit, die letzten Ziele der großpolnischen Agitation zu verwirklichen, auf den Kampf verzichtet und die Waffen streckt, dann wird Frieden in den gemischtsprachigen Provinzen herrschen. Solange aber auf uns geschossen wird, werden wir weiter schießen

(Bravo! rechts),

und zwar mit um so schärferer Munition, je klarer die großpolnische Agitation ihre deutsch- und preußenfeindlichen letzten Ziele enthüllt.

Der Herr Abgeordnete Herold hat weiter gemeint, wir müßten der polnischen Bevölkerung gegenüber mehr Entgegenkommen zeigen. Meine Herren, eine hundertjährige Geschichte beweist, daß, sobald der preußische Staat diesen Weg der Schwäche gegenüber der großpolnischen Agitation eingeschlagen hat, das immer zu seinem größten Schaden gewesen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Und deshalb werden wir in eine solche Politik der Nachgiebigkeit, der Schwäche gegenüber der großpolnischen Agitation nicht wieder verfallen.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Während der Weihnachtsferien blätterte ich in einem Buche, das vielleicht den Älteren unter Ihnen bekannt ist, in Laubes Geschichte des Frankfurter Parlaments vom Jahre 1848. Da wird sehr anschaulich eine Sitzung in der Paulskirche geschildert, wo die polnischen Abgeordneten bewegliche Reden führten über Polens Fall und die deutschen Abgeordneten von rechts und links die polnischen Schmerzen zu lindern suchten. Man ging damals so weit, den Vorschlag zu machen, dem östlichen Teil der Provinz Posen Autonomie zu gewähren. Wir sollten uns selbst ein Stück Fleisch aus dem Leibe schneiden, um den polnischen Hunger zu stillen. In eine solche Politik der Naivität — ich spreche das Wort offen aus — wird das deutsche Volk und das preußische Volk nicht wieder verfallen.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Das sind tempi passati. Etwas haben wir doch gelernt, dazu haben wir zu oft gesehen, wohin die großpolnische Agitation führt, sobald ihr nicht von der Regierung und von der deutschen Bevölkerung mit Festigkeit und Folgerichtigkeit entgegengetreten wird.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Herold hat endlich den Streik im Ruhrgebiet zur Sprache gebracht, der in eine ernste Phase getreten ist. Der Herr Handelsminister will Ihnen die Sachlage im Ruhrrevier im einzelnen darlegen. Ich möchte für meine Person und schon für heute folgendes sagen. Bei Streiks haben nach meiner Ansicht die Behörden eine doppelte Pflicht. Sie haben vor allem die Aufgabe, dafür einzustehen, daß unter allen Umständen Ordnung und Ruhe aufrecht erhalten bleiben, dafür zu sorgen, daß die Gesetze gleichmäßig und gerecht zur Anwendung gebracht werden.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Sie haben aber auch alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um eine Einigung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im Interesse des sozialen Friedens, im Interesse des Gedeihens der Industrie und des Wohles der Arbeiter herbeizuführen.

(Sehr richtig!)

Deshalb bin ich gern bereit gewesen, die Behörden zu einer solchen vermittelnden Tätigkeit zu veranlassen, und ich hoffe, daß alle Beamten diesen meinen Weisungen in vollem Maße mit Eifer und Unparteilichkeit nachkommen werden. Ich setze dabei voraus, daß sich die Arbeitnehmer von Ausschreitungen fernhalten, daß sie sich strenge im Rahmen der bestehenden Gesetze halten. Ich erwarte aber auch von den Arbeitgebern, daß sie den Beschwerden und Wünschen der Arbeitnehmer gegenüber Verständnis und Entgegenkommen zeigen werden.

(Sehr gut! bei den Freisinnigen.)

Ein allgemeiner Ausstand würde für unsere deutsche Kohlenindustrie, die in unserm wirtschaftlichen Leben eine so große Rolle spielt, schwere Nachteile nach sich ziehen; sie würde unsere Konkurrenzfähigkeit gegenüber dem Auslande beeinträchtigen, sie würde den Nationalwohlstand schädigen. Ebenso wird jeder wahre Freund des Arbeiterstandes die schweren Folgen beklagen, welche ein Ausstand zweifellos für die Arbeiter nach sich ziehen müßte. Bei jeder solchen Kraftprobe, möge sie nun von der einen oder der anderen Seite angestellt oder provoziert sein, ist in der Regel im besten Falle der Erfolg von zweifelhafter Dauer; sicher aber der augenblickliche große Schaden, die großen Opfer

eines solchen Kampfes, hier in dem Verlust großer Werte, dort im Familienelend und in sinkender Lebensführung. Und deshalb schließe ich mich von ganzem Herzen der Hoffnung des Herrn Abgeordneten an, die gewiß von diesem Hohen Hause ohne Ausnahme geteilt wird, daß auf beiden Seiten die besonnene Überlegung die Oberhand behalten und ohne schwere Kalamitäten für beide Teile und für das Land zu einer friedlichen Verständigung führen möge.

(Allseitiges lebhaftes Bravo!)

19. Bergarbeiterstreik im Ruhrkohlenbezirk.

Sitzung des Reichstages vom 20. Januar 1905.[1])

Von den Abgeordneten Auer und Genossen war folgende Interpellation eingebracht worden:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die Werkbesitzer im Ruhrkohlenbezirk

1. systematisch die zum Schutze der Arbeiter in der Reichsgewerbeordnung festgelegten und auch für die Bergarbeiter giltigen Bestimmungen umgehen und sogar eine förmliche Organisation behufs Verrufserklärung unbequemer Arbeiter geschlossen haben;
2. die reichsgesetzlichen Vorschriften über den Arbeitsvertrag tatsächlich außer Wirkung setzten, die Arbeitsordnungen durchaus willkürlich anwenden und dadurch werkseitig fortgesetzt Kontraktbruch geübt wird;
3. durch das Nullen der Kohlenwagen den Arbeiter um einen Teil seines verdienten Lohnes betrügen;
4. durch ihre Verkaufsorganisation, das Kohlensyndikat, ohne Berücksichtigung der Industrie und der allgemeinen Volksbedürfnisse die Kohlenpreise systematisch hinaufschrauben, und um dieses in höherem Grade zu erreichen, alles getan haben, was den Ausbruch des Bergarbeiterstreiks zur Folge haben mußte?

Welche Maßregeln gedenkt der Reichskanzler gegenüber diesen Vorgängen zum Schutze der Arbeiter sowie der Kohlenverbraucher zu ergreifen?

Diese Interpellation wurde in längerer Rede vom Abgeordneten Huë begründet und dann vom Reichskanzler und vom preußischen Handelsminister Möller beantwortet.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, der preußische Herr Handelsminister wird die Interpellation der Herren Abgeordneten Auer und Genossen im einzelnen

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/05, 123. Sitzung.

beantworten. Ich will aber seinen Ausführungen einige Bemerkungen über eine Frage vorausschicken, die im Vordergrund des öffentlichen Interesses steht und die das Land lebhaft bewegt. Ich habe bereits im preußischen Abgeordnetenhaus gesagt, daß die Regierung nach meiner Ansicht bei Streiks eine doppelte Aufgabe hat. Sie muß dafür sorgen, daß Ordnung und Ruhe unter allen Umständen aufrechterhalten bleiben. Sie soll aber auch durch ihre Organe auf den Ausgleich der Gegensätze hinwirken, um damit für unser gesamtes wirtschaftliches Leben größeres Unheil nach Möglichkeit zu verhindern.

Ich nehme Akt von der Erklärung des Herrn Vorredners, daß die Ruhe im Ruhrgebiet durch die Arbeitnehmer nicht gestört werden würde. Ich hoffe, die Ereignisse werden ihm recht geben. Ich will aber nichtsdestoweniger auch hier keinen Zweifel darüber lassen, daß die preußische Staatsregierung die vollen Machtmittel des Staats einsetzen würde, wenn der im Ruhrgebiet entfesselte Lohnkampf in Exzesse ausarten sollte.

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Die bisher von dem Gros der Bergarbeiter beobachtete ruhige Haltung überhebt mich nicht der Mahnung an die Arbeitnehmer, sich nicht zu Gewalttätigkeiten hinreißen zu lassen. Insbesondere ist es die Pflicht der Behörden, die persönliche Freiheit zu schützen. Wenn der Mensch das Recht zum Streiken hat, so hat er auch das Recht zum Arbeiten

(sehr richtig! rechts),

und dieses Recht muß gegen jede Art von Terrorismus nachdrücklich geschützt werden.

(Zustimmung rechts.)

Meine Herren, ich beklage es tief, daß im Ruhrgebiet noch keine Einigung zustande gekommen ist. Die zur Vermittlung berufenen Staatsorgane haben jedenfalls das Ihrige getan und werden in der gleichen versöhnlichen Richtung auch weiter bemüht bleiben.

Von der einen Seite wird alle Schuld an dem Ausstand auf die Arbeitgeber geschoben. Und gewiß, wenn die von dem Herrn Vorredner erhobenen Vorwürfe, insbesondere in bezug auf inhumane Behandlung, tatsächlich begründet wären, so würden sie allgemeiner Verurteilung begegnen. Von der anderen Seite wird die Verantwortung für den Streik ausschließlich auf übertriebene Forderungen der Arbeiter geschoben. Wenn die Vertreter der Grubenbesitzer den Wunsch der Staatskommissare

nach gemeinsamen Verhandlungen mit den Vertretern der Arbeiter ignorieren sollten, so würde ich das gerade so mißbilligen

(hört! hört! links),

wie ich trotz der nach meiner Ansicht verfehlten Rechtfertigungsversuche des Herrn Vorredners die Einstellung der Arbeit ohne vorherige Kündigung mißbillige und bedaure.

(Sehr gut! rechts.)

Hier Recht und Unrecht, das unter Aufrechterhaltung des wirtschaftlichen Gesamtinteresses Mögliche von dem Agitatorischen und Utopischen zu scheiden, bedarf einer sehr sorgsamen Untersuchung. Um eine solche gerecht vorzunehmen, dazu muß man sich von parteipolitischen Gründen und Spekulationen noch freier halten, als dies der Herr Vorredner getan hat.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, ich bin nicht nur in den Ausführungen des Herrn Vorredners, sondern auch in der bürgerlichen Presse, in Zeitungsausschnitten, die mir heute morgen vorgelegt worden sind, Klagen begegnet über die angebliche Rat- und Machtlosigkeit des Staates. Dabei tritt bei unserer an die Achtung vor König, Staat und Obrigkeit gewöhnten bürgerlichen Gesellschaft ein starkes Mißtrauen hervor gegen die vereinte Kapitalsmacht der großen Zechenbesitzer und Banken, wie diese sich bemerkbar gemacht hat in der Hibernia-Angelegenheit, und wie sie der Herr Vorredner zu meinem Bedauern ausspielen konnte.

(Bewegung.)

Meine Herren, wir stehen hier vor einem der schwierigsten Probleme, das in anderen Kulturstaaten ebenso wie bei uns noch der Lösung harrt. Ich weise hin auf die Vereinigten Staaten, wo die Syndikats-, Kartell- und Trustbildung am weitesten vorgeschritten ist, eine weise Zentralverwaltung und ein weiser Präsident aber schon am Werke sind, das Gemeinwohl vor Schaden zu bewahren.

(Hört! hört!)

Bei uns ist die Aufgabe in einer Richtung erleichtert. Ich denke dabei an die vorbildlichen Werke der deutschen Sozialpolitik, ich denke an das Gefühl der sozialen Verpflichtung, das die deutschen Unternehmer die großen Lasten und Kosten der sozialen Gesetzgebung willig tragen läßt und sich fortgesetzt — das möchte ich besonders hervorheben — in großartigen freiwilligen Wohlfahrtseinrichtungen für die Arbeiter betätigt.

(Zwischenrufe von den Sozialdemokraten.)

— Würden Sie nicht die Güte haben, Ihre Bemerkungen vorzubringen, nachdem ich geendigt habe? — Aber auf der anderen Seite liegen die Verhältnisse bei uns in Deutschland besonders schwierig. Die Arbeiterorganisationen sind in Deutschland nicht aus wirtschaftlichen Bedürfnissen natürlich entstanden

(Zurufe von den Sozialdemokraten),

– lassen Sie mich doch meinen Gedanken ausführen —, sondern sie sind, von dieser oder jener Ausnahme abgesehen, im wesentlichen Werkzeuge der politischen Parteien.

(Sehr richtig! rechts. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie das bestreiten, so weise ich Sie hin auf den Ursprung beispielsweise der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften, bei deren Begründung doch gewiß mitbestimmend das Motiv war, die Arbeiter gegenüber der Agitation, der genialen Agitation von Ferdinand Lassalle bei der Fortschrittsfahne zu halten. Selbst bei den christlichen Arbeitervereinen spielen Parteiinteressen hinein. Und nun vollends die sozialistischen Gewerkschaften, die von Anfang an ja gar nichts anderes sein sollten als Exerzierplätze, als Manöverfelder für eine Partei des Umsturzes, als eine Schule für die Erziehung der Arbeiter zu jenem Kommunismus, der das Ende unserer Kultur und der Tod der individuellen Freiheit sein würde.

(Sehr wahr!)

Was die englischen Gewerkschaften Großes geleistet haben, das haben sie geleistet auf rein wirtschaftlichem Boden ohne jedes Ansehen der Partei. Was bei uns not tut — das betone ich auch gegenüber dem Herrn Vorredner, obwohl er sich bemüht hat, in seinen Ausführungen den Sozialdemokraten zurücktreten zu lassen hinter den Bergarbeiter, der Sozialdemokrat schimmert aber doch noch durch —, was bei uns not tut, ist die Emanzipation der in Berufsvereinen aller Art organisierten Arbeiter von der Parteipolitik

(sehr richtig!)

und namentlich von der Politik einer Partei, deren geistiges Oberhaupt schon vor Jahren und Jahrzehnten die Führer der englischen Gewerkschaften, weil sie die Lage der Arbeiter auf friedlichem Wege, womöglich ohne Streik, verbessern wollten, für Verräter erklärte, einer Partei, die jeden wirtschaftlichen Fortschritt unter der gegenwärtigen Staats- und Gesellschaftsordnung für ausgeschlossen erklärt, einer Partei, die auch in dem Elend eines mißglückten Streiks, in einem nationalen Not-

stande — und ich würde eine Ausdehnung dieses Streiks als einen nationalen Notstand betrachten — nur ein Mittel sieht zur Schürung des Hasses, zur Stärkung des Klassengefühls im Parteiinteresse.

(Lebhaftes Bravo. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Welche Sprache führt denn die sozialdemokratische Presse gegenüber diesem Streik? Es ist möglich, daß die Führer aus praktischen und taktischen Gründen in diesem Augenblick den Ausbruch des Streiks nicht gewollt haben. Nachdem aber der Streik ausgebrochen ist, bringt jede Nummer jeder sozialdemokratischen Zeitung, insbesondere der „Vorwärts", Tag für Tag ganze Wagenladungen von Öl, das ins Feuer gegossen wird.

Der Herr Vorredner hat der Regierung den Vorwurf gemacht, daß sie einen Mangel an Voraussicht gezeigt habe gegenüber diesem Streik. Und dabei hieß es in dem ersten Aufruf der sozialdemokrati- Partei wegen des Ausstandes im Ruhrgebiet über die Regierung und über die Volksvertretung:

Doch unsere Regierungen sind Kapitalistenregierungen

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten),

und unsere Parlamente sind Kapitalistenparlamente.

(Lebhafte Zustimmung bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie das mit Ihrem „Sehr richtig!" unterstreichen, dann verstehe ich nicht den soeben gehörten Appell

(sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen),

den der Herr Vorredner an die Gerechtigkeit dieses Hohen Hauses

(lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen)

und an die Einsicht der Regierung richtete.

(Lebhafte Zustimmung.)

Entweder — oder! Entweder erwarten Sie von der Regierung und von diesem Hohen Hause Gerechtigkeit und Verständnis für die Arbeiter

(Zuruf von den Sozialdemokraten),

oder verzichten Sie auf derartige Angriffe in Ihren öffentlichen Aufrufen.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen. Zurufe und Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Sie handeln nicht im Volksinteresse

— nämlich das Parlament und die Regierungen, unser Parlament und unsere Regierungen —,

sondern im Interesse des Kapitals, und deshalb haben die Bergarbeiter von den Bemühungen des Kommissars des Herrn Möller nichts zu erwarten.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

So erleichtern Sie uns die Verständigung im Ruhrgebiet

(sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen),

von welcher der Herr Vorredner behauptet hat, daß sie ihm und seinen Freunden am Herzen läge.

(Sehr gut! rechts.)

Wenn Sie — wie dies der Herr Vorredner ausgeführt hat — den Streik wirklich nicht provoziert haben, wenn der Streik — und das bestätigt mir der Abgeordnete Huë durch sein Kopfnicken — sogar gegen Ihren Willen und Wunsch ausgebrochen ist, wo bleibt da die Hoffnung des Herrn Abgeordneten Bebel, daß in seiner Zukunftsgesellschaft die Produktion sich „spielend" regele

(Zurufe bei den Sozialdemokraten),

daß es spielend möglich sein würde

(andauernde Unruhe bei den Sozialdemokraten — Glocke des Präsidenten),

die unzufriedenen Elemente im Zaum zu halten?

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Der Abgeordnete Huë hat den Ausbruch des Streiks zurückgeführt auf die Machiavellistische Taktik der Arbeitgeber, auf aufreizende Artikel der bürgerlichen Blätter. So einfach liegt die Sache nicht. Wie alle Revolutionäre, wie schon vor hundert Jahren die Jakobiner, können Sie wohl die Leidenschaften entfesseln, sie zügeln können Sie nicht

(sehr gut! rechts),

und die Partei, die jetzt am lautesten klagt über das Regiment der Arbeitgeber, sie wird mit ihren seit Jahrzehnten betriebenen utopistischen Hetzereien die Hauptschuldige sein, wenn gegen meine Hoffnung und gegen das Verhoffen der großen Mehrheit dieses hohen Hauses der Streik sich weiter ausdehnt und über fanatisierte und verführte Arbeiter und ihre armen Familien Elend und Not bringt.

Der Herr Vorredner hat an einem Punkte seiner Ausführungen gesagt, daß aus der Unbesonnenheit oft Gutes hervorgehe. Ich bin im Gegenteile der Meinung, daß gerade auf sozialem Gebiete nur durch Besonnenheit wahre und dauernde Fortschritte erzielt werden können.

Und deshalb hoffe ich, daß die Beratungen dieses Hohen Hauses getragen sein mögen von jenem Geiste der Besonnenheit und Mäßigung, den ich allen, allen Teilen im Ruhrgebiet nochmals ans Herz lege.

(Lebhafter Beifall.)

20. Einbringung der Handelsverträge.

Sitzung des Reichstages vom 1. Februar 1905.[1])

Am 1. Februar 1905 konnte der Reichskanzler die Zusatzverträge zu den Handels-, Zoll- und Schiffahrtsverträgen mit sieben Staaten und zu dem Viehseuchenübereinkommen mit Österreich-Ungarn dem Reichstage zur verfassungsmäßigen Beratung vorlegen. Er tat das mit der nachfolgenden Rede.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich habe die Ehre, diesem Hohen Hause Zusatzübereinkommen zu den mit Italien, Belgien, Rußland, Rumänien, der Schweiz, Serbien und Österreich-Ungarn bestehenden Handelsverträgen nebst den dazu gehörigen Denkschriften zur verfassungsmäßigen Beschlußfassung vorzulegen. Die verbündeten Regierungen hoffen, daß Sie, meine Herren, diesen Übereinkommen Ihre Zustimmung erteilen und damit ein Werk, das die finanzielle, wirtschaftliche und politische Zukunft des Reichs von fundamentaler Bedeutung ist, einem glücklichen Abschluß entgegenführen werden.

Ich habe nicht die Absicht, heute auf die Einzelheiten dieser Verträge einzugehen. Jede gewünschte nähere Auskunft werden die Herren Staatssekretäre und ihre Kommissare bereitwillig erteilen. Über die allgemeinen wirtschaftspolitischen Ziele, die wir bei der Erneuerung unserer Handelsbeziehungen zum Auslande verfolgen, habe ich mich mehr als einmal und eingehend von dieser Stelle aus ausgesprochen, und ich möchte mich heute auf die nachstehenden Gesichtspunkte beschränken.

Wer auf die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands zurückblickt, wird sich der Überzeugung nicht verschließen können, daß Industrie und Handel während der letzten Jahrzehnte an Umfang und an Bedeutung sehr erheblich zugenommen haben. Unter dem Schutz des Tarifs von 1879 und seiner Ergänzungen erstarkte allmählich die deutsche Industrie

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/05, 131. Sitzung.

und setzte ihre Entwicklung zum Großbetrieb fort. Zwar trat in den achtziger Jahren bei den Handelsstaaten die Tendenz hervor, sich mit hohen Zollschranken abzuschließen und der deutschen Industrie den Absatz ihrer überschüssigen Erzeugnisse nach dem Auslande zu erschweren. Aber diese unserer Industrie drohende Gefahr des Erstickens in der eigenen Überproduktion wurde anfangs der neunziger Jahre durch den Abschluß der Handelsverträge im wesentlichen beschworen und durch jene Handelsverträge eine feste Grundlage für den internationalen Warenaustausch für eine längere Reihe von Jahren geschaffen. Seitdem nahmen Industrie und Handel bei uns einen glänzenden Aufschwung, der 1895 einsetzte und bis um die Mitte des Jahres 1900 dauerte. Von diesem Zeitpunkt an flaute die wirtschaftliche Aufwärtsbewegung allerdings ab. Handel und Wandel gerieten ins Stocken. Es zeigten sich sowohl auf dem inneren Markt wie in den auswärtigen Absatzverhältnissen gewisse Schwierigkeiten. Immerhin vermag dieser teilweise Rückschlag am Gesamtbild einer Periode des Aufblühens von Handel und Industrie unter dem Regime der Handelsverträge nichts Wesentliches zu ändern. Auch deuten manche Anzeichen, namentlich die wieder steigenden Einnahmen aus dem Eisenbahnverkehr darauf hin, daß diese Geschäftsstockungen zum großen Teil überwunden sind, und Handel und Industrie wieder unter günstigeren Auspizien arbeiten. Dagegen ist die Lage unserer heimischen Landwirtschaft, welcher durch jene Handelsverträge ein großer Teil ihres Schutzes genommen war, infolge des fortgesetzt unbefriedigenden Standes der Getreidepreise, infolge des Hinzutretens ungünstiger Produktionsbedingungen eine immer kritischere geworden. Die Ergebnisse der letzten Volkszählung lassen deutlich die Verschiebung erkennen, welche sich innerhalb der Bevölkerung des Deutschen Reiches zu Ungunsten der Landwirtschaft während der letzten Dezennien vollzogen hat. Im Jahre 1871 wohnten 64 Prozent der Bevölkerung in ländlichen Gemeinden, d. h. in Gemeinden bis zu 2000 Einwohnern. Im Jahre 1895 hielten sich Stadt und Land ungefähr das Gleichgewicht, während heute nur noch 46 Prozent der Bevölkerung auf dem platten Lande wohnen gegen 54 in den Städten.

(Hört! hört! rechts.)

Diese Zahlen verdienen nach meiner Überzeugung die ernsteste Beachtung. Ich habe es, glaube ich, schon einmal von dieser Stelle gesagt: *Deutschland ist nicht lediglich ein Industriestaat*

(sehr wahr! rechts, oh! links),

es ist Agrar- und Industriestaat.

(Sehr wahr! rechts.)

Weite Distrikte in unserem Vaterlande, namentlich im Nordosten, aber auch im Süden und Südwesten z. B. in Bayern, sind auf den Betrieb der Landwirtschaft angewiesen. Hier fehlen die Vorbedingungen für eine gedeihliche Entwicklung der Industrie entweder ganz oder sind nur spärlich und in örtlich beschränktem Umfange vorhanden. Ich erkenne durchaus die hohe Bedeutung an, welche Industrie und Handel für unsere wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung haben, für die Mehrung unseres Nationalvermögens, für unsere Machtstellung in der Welt. Ich freue mich dieser Erfolge unserer Handelspolitik, welche zu diesem wirtschaftlichen Aufschwunge mit beigetragen hat. Ich betrachte aber die Landwirtschaft als einen den beiden anderen Erwerbsständen vollständig gleichberechtigten Faktor; ich erachte die Erhaltung eines leistungsfähigen, fest eingesessenen Bauernstandes, dieser Grundlage unserer Nähr- und Wehrverhältnisse, für im höchsten Staatsinteresse liegend.

(Bravo! rechts.)

Wenn ein so wichtiges Glied des Volksorganismus wie die Landwirtschaft krankt, dann darf es nicht seinem Schicksal überlassen werden, sondern es ist die Pflicht einer staatserhaltenden Politik, ihr jede Fürsorge und Pflege angedeihen zu lassen, die sich mit den Lebensinteressen der anderen Erwerbsstände irgend vereinigen läßt.

Meine Herren, dieser Rückblick auf die Entwicklung unseres wirtschaftlichen Lebens während der letzten Jahrzehnte ließ die verbündeten Regierungen die Gesichtspunkte klar erkennen, von denen bei einer Neuregelung der Handelsbeziehungen zum Auslande auszugehen war. Vor allem glaubten die verbündeten Regierungen an dem bisherigen System unserer Handelspolitik festhalten und wiederum Handelsverträge mit Konventionaltarifen auf eine längere Reihe von Jahren mit den wichtigsten Kulturstaaten abschließen zu sollen.

Um aber die Neugestaltung unserer Handelspolitik auf einer für uns annehmbaren Grundlage zu sichern, mußten wir zunächst in eine Revision des bestehenden, den gegenwärtigen wirtschaftlichen Verhältnissen in Deutschland vielfach nicht mehr entsprechenden Zolltarifs eintreten. Damit knüpften wir an die Traditionen des Fürsten Bismarck an, der in seinem bekannten Schreiben vom 25. Oktober 1878 an den damaligen

Reichstagsabgeordneten Baron von Varnbüler die Revision des Zolltarifs als die Vorbedingung für etwaige Handelsverträge bezeichnet hatte, um Kompensationsobjekte zu schaffen für eventuelle Tarifverhandlungen. Gerade auf den Abschluß langfristiger Handelsverträge mit gebundenen Tarifen legten die verbündeten Regierungen den höchsten Wert. Sie wollten dadurch unserem wirtschaftlichen Leben Sicherheit und Stetigkeit erhalten, unsere Ausfuhrindustrie vor Überraschungen durch einseitige Willkür in der Zollgesetzgebung der anderen Länder bewahren und es unserer Exportindustrie ermöglichen, sich auf längere Zeiträume einzurichten und ihren Abschlüssen eine sichere Basis zu geben. Dadurch wird auch unter den obwaltenden Verhältnissen wohl den Interessen nicht nur der Industrie und des Handels, sondern auch der Landwirtschaft, die doch wenigstens zum Teil auf die Ausfuhr ihrer Erzeugnisse angewiesen ist — ich erinnere an die Zucker- und Spiritusfabrikation —, tatsächlich am besten gedient.

Daneben aber, meine Herren, hielten die verbündeten Regierungen es für notwendig, nunmehr auch unserer Landwirtschaft einen angemessenen, d. h. wesentlich erhöhten Zollschutz zu gewähren. Von der absoluten Notwendigkeit dieser Erhöhung bin ich seit meinem Amtsantritt stets durchdrungen gewesen, und ich habe aus dieser meiner Überzeugung niemals ein Hehl gemacht; denn die Landwirtschaft ist es, die bei den letzten Handelsverträgen zu kurz gekommen war

(sehr richtig! rechts),

und die unter der damaligen Herabsetzung der landwirtschaftlichen Zölle schwer zu leiden gehabt hat.

(Zustimmung rechts. — Unruhe links.)

Sollte aber der Landwirtschaft geholfen werden, so war ein verstärkter Zollschutz sowohl für den deutschen Getreidebau, wie für die heimische Viehzucht unerläßlich.

(Sehr wahr! rechts.)

Der Getreidebau bildet auch heute noch die hauptsächlichste Grundlage des landwirtschaftlichen Betriebes in Deutschland und wird es bei unserer Bodenbeschaffenheit und unseren klimatischen Verhältnissen voraussichtlich in absehbarer Zeit bleiben. Mehr als die Hälfte der deutschen Acker- und Gartenfläche wird mit Getreide bestellt. Bei einem so umfangreichen Anbau der Halmfrüchte ist die Höhe der Getreidepreise für die Rentabilität der Landwirtschaft von größter Bedeutung.

(Sehr richtig! rechts und von den Nationalliberalen.)

Nun zeigen aber die Getreidepreise seit den letzten 25 Jahren — wenn auch unter erheblichen Schwankungen — eine fallende Bewegung. In der wachsenden Konkurrenz des billiger produzierenden Auslandes, in der Verbesserung der Transportmittel, durch die Billigkeit der Bahn- und Seefrachten findet diese sinkende Bewegung ihre natürliche Erklärung. Das Maß für die Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle glaubten die verbündeten Regierungen zu finden einerseits in der gebotenen Rücksicht auf die beiden anderen Erwerbsstände, Handel und Industrie, andererseits in der Rücksicht auf die Konsumenten.

Wenn aber, meine Herren, die Schaffung vertragsmäßiger Bürgschaften für den internationalen Güteraustausch den verbündeten Regierungen als notwendig galt, so durfte mit der Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle nur so hoch gegangen werden, als dabei der Abschluß langfristiger Handelsverträge noch möglich erschien, und als dabei eine Schädigung anderer Bevölkerungskreise nicht zu befürchten war.

Von diesen rein objektiven Gesichtspunkten sind die verbündeten Regierungen auch bei der Abmessung der neuen Getreidezölle ausgegangen. Für die vier Hauptgetreidearten wurden auf meinen Vorschlag Minimalzölle eingestellt, um damit dem Auslande zu zeigen, daß ein Schutz des deutschen Getreidebaus in dieser Höhe uns als absolut notwendig und ein Heruntergehen unter diese Minimalzölle während der Vertragsverhandlungen von vornherein als undiskutabel gelte.

Meine Herren, die Höhe der Getreidezölle bildete bekanntlich während unserer Verhandlungen über den neuen Zolltarif einen der bestrittensten Punkte. Von der einen Seite wurden diese Getreidezölle für nicht ausreichend erachtet, von der anderen Seite wurden dieselben Getreidezölle für exorbitant erklärt, und es für vollständig ausgeschlossen gehalten, mit solchen Minimalzöllen wieder zu Handelsverträgen zu kommen. Die verbündeten Regierungen haben sich durch die von rechts und links gegen sie gerichteten Angriffe nicht irre machen lassen, sondern sie haben festgehalten an den von ihnen für angemessen erachteten Sätzen — festgehalten nach allen Seiten. Ich verrate kein diplomatisches Geheimnis, wenn ich sage, daß es nur mit Mühe, mit großer Mühe gelungen ist, in den Handelsvertragsunterhandlungen und namentlich in den Handelsvertragsunterhandlungen mit Rußland und Österreich-Ungarn die Minimalzölle in der von diesem Hohen Hause beschlossenen Höhe durchzusetzen. Im Interesse unserer Landwirtschaft haben wir diesen Kampf, diesen harten und langwierigen Kampf gekämpft und mit Erfolg gekämpft. Wir haben mit sieben Vertragsstaaten Handelsverträge zustande gebracht,

und wir haben gleichzeitig eine wesentliche Erhöhung der landwirtschaftlichen Zölle im Interesse unserer Landwirtschaft nach verschiedenen Richtungen hin erreicht. Denn, meine Herren — jetzt kann ich es ja offen aussprechen —, Festhalten an dem System der Handelsverträge war für die Mehrheit der verbündeten Regierungen conditio sine qua non für unser gesamtes zollpolitisches Reformwerk. Mehr zu verlangen, wäre allerdings unmöglich gewesen. Das werden mir alle diejenigen bestätigen, die einen Einblick in die Handelsvertragsunterhandlungen und namentlich in die mit Rußland und Österreich-Ungarn gehabt haben.

Wenn aber, meine Herren, von der anderen Seite geglaubt wird, daß durch Getreidezölle in der von diesem Hohen Hause beschlossenen und jetzt durchgesetzten Höhe die Lebenshaltung der breiten Schichten der Bevölkerung und namentlich der arbeitenden Klassen in unerträglicher Weise belastet werden würde, so ist das, wie ich glaube, eine Besorgnis, die durch die bisherige Entwicklung nicht gerechtfertigt wird.

(Sehr wahr! rechts. Widerspruch links.)

Durch unsere neuen Konventionaltarife werden die Sätze für die beiden Brotgetreidearten im wesentlichen auf diejenigen Zollsätze erhöht, die in den Jahren 1887 bis 1892 bestanden haben.

(Sehr richtig! rechts. Zurufe links.)

Damals aber befand sich unsere Industrie in einer Periode des Aufschwungs und sogar der Überproduktion. Es wird auch niemand leugnen können, daß sich während der letzten Dezennien die Lage der breiten Schichten der Bevölkerung in Deutschland — ich denke dabei an den kleinen städtischen Bürgerstand, ich denke an die Handwerker, ich denke an die kleinen Beamten und Angestellten, vor allem aber an die lohnarbeitende Klasse — es wird niemand im Ernste bestreiten können, daß sich die Lage dieser Klassen während der letzten Jahrzehnte, daß sich ihre ganze Lebenshaltung wesentlich gehoben hat.

(Sehr richtig! rechts. Zurufe links.)

— Wenn Sie das bestreiten, meine Herren, so verweise ich Sie auf die Statistik der Einkommensteuer; ich verweise auf die wachsenden Einlagen in den Sparkassen

(sehr richtig! rechts);

ich erinnere an das Wort eines großen Gelehrten und scharfsinnigen Denkers, an das Wort Schmollers, der von einer förmlichen wirtschaftlichen Wiedergeburt des deutschen Arbeiterstandes gesprochen hat. —

Und dieser wirtschaftliche Aufschwung hat sich vollzogen in einer Periode, an deren Beginn wir übergegangen sind von dem System des Freihandels zu dem System des Schutzes der nationalen Arbeit

(sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen)

unter Wiedereinführung und allmählicher Erhöhung der Getreidezölle.

Und wie liegt die Sache in Frankreich? In Frankreich, meine Herren, spielt der Weizen in der Ernährung der arbeitenden Klassen eine viel größere Rolle als bei uns. Trotzdem besteht in Frankreich seit Jahren ein Weizenzoll von 5,60 M. für den Doppelzentner.

(Hört! hört!)

Die Mehrheit der französischen Deputiertenkammer, die eine republikanische, radikale, demokratische Mehrheit ist, innerhalb deren die sozialistische Gruppe eine maßgebende Rolle spielt, hat vor nicht langer Zeit einen Antrag auf Herabsetzung der Getreidezölle mit großer Mehrheit abgelehnt

(hört! hört! rechts und in der Mitte),

dagegen trotz des Widerspruchs der Regierung einen Antrag auf Erhöhung der Viehzölle mit ebenso großer Mehrheit angenommen.

(Hört! hört! rechts und in der Mitte.)

Die französischen Republikaner, Radikalen und Demokraten, denen doch gewiß das Schicksal der arbeitenden Klassen am Herzen liegt — ich habe in einem interessanten Aufsatz in der „Neuen Zeit" vor einigen Tagen zwar das Gegenteil gelesen, ich kann das aber nicht recht glauben; ich nehme an, daß der Kammermehrheit in Frankreich das Schicksal der arbeitenden Klassen wirklich am Herzen liegt —, also die französische Volksvertretung glaubt nicht, daß die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen durch Getreidezölle beeinträchtigt wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Eine solche, wie ich glaube, schiefe und irrige Auffassung überlassen die französischen Radikalen, die praktische Leute sind

(Heiterkeit),

ihren mehr doktrinär angelegten deutschen Gesinnungsgenossen.

(Erneute Heiterkeit.)

Wir haben also die Getreidezölle nach allen Seiten gehalten. Wir hoffen, daß unter ihrem Schutz der deutsche Körnerbau sich gedeihlich entwickeln wird. Der Zoll für Roggen ist um 43, der Zoll für Weizen um 57, der Zoll für Hafer um 76, der Zoll für Gerste um 100 Prozent erhöht worden.

Sehr eigentümlich hat es mich berührt, daß ich nach dem Abschluß des Handelsvertrags mit Rußland in der Presse immer wieder zu lesen bekam, ich hätte den Minimalzoll für Gerste mit 4 M. fallen lassen. Die Differenzierung der Gerste, die Erhöhung und Normierung des Zolls für Braugerste als eines Minimalzolles war einer der hauptsächlichsten Punkte des Kompromisses, das zur Annahme des Antrags von Kardorff und damit des ganzen Zolltarifs geführt hat. Diesen Gerstenzoll fallen zu lassen, würde mir — ich nehme keinen Anstand, das zu sagen — als ein Akt der Illoyalität erschienen sein.

(Sehr gut!)

Die Minimalzölle waren während der ganzen Verhandlungen für mich ein noli me tangere.

Meine Herren, sehr schwierig gestalteten sich die Verhandlungen über den Seuchen- und Sperrschutz für unsere heimischen Viehbestände. Von mehreren Vertragsstaaten, insbesondere von Rußland und Rumänien waren anfänglich gerade auf veterinärpolizeilichem Gebiet wesentliche Zugeständnisse für die Einführung von Vieh, Fleisch, Geflügel, tierischen Produkten nicht nur gefordert, sondern geradezu als eine Voraussetzung für die Erneuerung der Handelsverträge bezeichnet worden. Darauf konnte ich mich selbstverständlich nicht einlassen. Der deutsche Viehbestand repräsentiert einen Wert von über 7 Milliarden. Er bildet einen bedeutenden Teil unseres Nationalvermögens. Seine Sicherstellung gegen Seuchengefahr ist mithin von der allergrößten wirtschaftlichen Bedeutung. Von dieser Überzeugung sind wir alle durchdrungen, die wir hier auf dieser Bank sitzen. Um so mehr hat es mich gewundert, daß ich nach dem Abschluß des Handelsvertrags mit Rußland weiter zu hören bekam, ich hätte auf veterinärem Gebiet den Russen alle möglichen Konzessionen gemacht. An solche Ausführungen wurde dann gewöhnlich der Appell geknüpft, die Vertreter der Landwirtschaft möchten den neuen Handelsvertrag ablehnen. Meine Herren, wenn die Prämisse richtig wäre, so würde ich die Schlußfolgerung auch unterschreiben. Es ist mir aber niemals eingefallen, Ihnen solche Handelsverträge zuzumuten. Auf veterinärem Gebiet haben wir allen Vertragsstaaten gegenüber, mit Ausnahme von Österreich-Ungarn, auf das ich gleich zu sprechen komme, volle Aktions- und Sperrfreiheit.

Gegenüber Österreich-Ungarn lagen die Verhältnisse insofern anders, als wir hier mit der vertragsmäßigen Regelung des Viehverkehrs als dem bestehenden Rechtszustand zu rechnen hatten.

Das bisherige Seuchenübereinkommen mit Österreich-Ungarn litt bekanntlich an dem Fehler, daß wir, abgesehen von den Fällen der Rinderpest und Lungenseuche, unsere Grenzen gegen die Einfuhr von Vieh erst dann sperren durften, wenn durch den Viehverkehr eine ansteckende Tierkrankheit in das Inland eingeschleppt worden war. Mit anderen Worten, wir durften den Brunnen erst zudecken, wenn das Kind hineingefallen war. In der neuen Viehkonvention ist es uns gelungen, diesen Fehler zu korrigieren. Künftig soll uns die Sperrbefugnis schon dann zustehen, wenn in einem österreichisch-ungarischen Gebietsteil eine Tierkrankheit in bedrohlichem Umfang besteht. Wir haben also an die Stelle der Repressivsperre die Präventivsperre gesetzt und dadurch einem lange gehegten Wunsche der Landwirtschaft Folge geleistet.

Wir dürfen ferner, sofern es sich nicht um mindergefährliche Fälle handelt, die Sperre bis zu 9 Monaten nach dem Zeitpunkt aufrecht erhalten, an welchem sie amtlich für erloschen erklärt ist. Eine engere Begrenzung unserer Sperrbefugnisse haben wir nur gegenüber der Einfuhr von Schlachtvieh zugelassen, d. h. von Vieh, das zur alsbaldigen Abschlachtung in öffentliche Schlachthäuser eingebracht wird. Wir bewegen uns also vollständig im Rahmen der bisherigen ständigen Praxis, die wir während der ganzen Dauer des jetzt gültigen Viehseuchenübereinkommens ohne wesentliche Gefährdung unseres Viehbestandes geübt haben. Ich habe in der Reichstagssitzung vom 11. Dezember 1903 erklärt während der Beratung über den neuen Zolltarif, daß die verbündeten Regierungen keine Bestimmungen in einen Handelsvertrag oder in ein Abkommen mit einem anderen Staate aufnehmen würden, die sie, die verbündeten Regierungen, verhindern würde, die erforderlichen Maßnahmen zu treffen, um unseren Viehbestand gegen Seuchengefahr wirksam zu schützen. Ich bin aber überzeugt — überzeugt auf Grund gewissenhafter Prüfung der neuen Seuchenkonvention, überzeugt auf Grund dessen, was mir zuständige Autoritäten versichern —, daß die neue Seuchenkonvention mit der Präventivsperre bei richtiger Handhabung — in der Beziehung verlasse ich mich auf meinen Freund den Herrn Landwirtschaftsminister

(bravo! rechts; große Heiterkeit) —

daß sie uns volle Sicherheit gewährt.

Es ist uns, meine Herren, ferner gelungen, wesentliche Erhöhungen unserer Viehzölle zu erlangen. Besonderes Gewicht lege ich auf die Erhöhung des Zolles für Schweine, da die Aufzucht, der Ver-

kauf der Schweine gerade auch von den kleinen Landwirten betrieben wird.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Zoll für Schweine betrug bekanntlich bisher 5 M. für das Stück; künftig sollen die Schweine nach dem Gewicht verzollt werden, und zwar mit 9 M. für den Doppelzentner Lebendgewicht. Die Erfahrung zeigt, daß das statistische Gewicht des importierten Schweines 1 1/2 Doppelzentner beträgt; der Zoll pro Schwein wird also künftig etwa 13 1/2 bis 14 M. betragen

(hört! hört! links)

— fast dreimal so viel wie bisher.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört! links.)

Von großer Bedeutung ist die anderweitige Normierung und wesentliche Verstärkung des Zolles für warmblütige Pferde. Während bisher Pferde ohne Unterschied des Wertes nach dem Stück verzollt wurden, soll künftig der Zoll nach dem Wert erhoben werden. Für warmblütige Pferde ohne Unterschied der Abstammung bis zum Wert von 1200 M. soll — und zwar ohne Einschiebung einer billigeren Zwischenstaffel, wie sie vom Auslande lebhaft gewünscht wurde — ein Stückzoll von 72 M. erhoben werden. Die Erhöhung unseres Pferdezolls ist von großer Bedeutung auch für unsere Wehrkraft durch Förderung der Zucht geeigneter Remonten.

(Sehr richtig! rechts.)

Unter der Herrschaft des bisherigen, viel zu niedrigen Pferdezolls war die Remontezucht gerade in dem eigentlichen Zuchtgebiet, der Provinz Ostpreußen, zurückgegangen. Wir hoffen, daß jetzt ein an Qualität und Quantität befriedigender Ersatz an Pferden für unser Heer sichergestellt werden wird; das wird für unsere Landesverteidigung von großem Werte sein.

(Sehr richtig! rechts.)

Von anderen landwirtschaftlichen Zöllen ist der Butterzoll von 16 auf 20 M., der Hopfenzoll von 14 auf 20 M. erhöht worden. Ich weiß wohl, meine Herren, daß der Hopfenzoll im autonomen Tarif mit 70 M. angesetzt worden war. Hätten wir aber beim Hopfenzoll nicht wesentliche Zugeständnisse gemacht, so würde es ganz unmöglich geworden sein, wieder zu Handelsverträgen mit Rußland und mit Österreich-Ungarn zu kommen. Die Hopfenproduzenten werden sich also

mit der immerhin ins Gewicht fallenden Erhöhung von 6 M. zufrieden geben müssen.

Meine Herren, wo wir für unsere Landwirtschaft große Vorteile erreicht haben, ist es begreiflich, daß wir auf demselben Gebiete auch Zugeständnisse haben machen müssen. Die neuen Handelsverträge waren deshalb so schwer zustande zu bringen, weil die agrarischen Interessen gerade von Rußland, von Österreich-Ungarn und Rumänien so stark kollidierten mit dem für unsere Landwirtschaft bezweckten stärkeren Agrarschutz. Die Kunst, einen Handelsvertrag zustandezubringen, bei dem der eine Teil alles gibt, der andere alles durchsetzt, ist noch nicht erfunden worden.

(Heiterkeit.)

Irgendwo muß ein Loch gelassen werden. Wir haben also bei gewissen landwirtschaftlichen Artikeln, für die in unserem neuen Generaltarif ein stärkerer Zollschutz in Aussicht genommen war, es bei den bisherigen Zollsätzen belassen, und wir haben sogar bei einigen Positionen Zollermäßigungen gegenüber den bisherigen vertragsmäßigen Sätzen in Kauf nehmen müssen. Das ist aber bei solchen landwirtschaftlichen Artikeln geschehen, die eine Zollermäßigung vertrugen, ohne daß die großen landwirtschaftlichen Interessen dadurch geschädigt wurden, und die gleichzeitig wichtige Kompensationsobjekte boten für die Verhandlungen mit anderen Staaten. Wir haben es also bei Erbsen, Linsen, Futterbohnen, Rübsen, Raps und Eiern, und der Schweiz gegenüber bei Hartkäse, bei den bisherigen Zollsätzen gelassen. Wir haben auch den ursprünglich in Aussicht genommenen Stückzoll von 70 Pfennig für Gänse fallen lassen. Ob bei einem intensiven Betrieb unserer Landwirtschaft die früher in Norddeutschland so stark betriebene Gänsezucht sich wieder beleben ließe, erschien zweifelhaft, während andererseits von den Vertragsstaaten, namentlich von Rußland auf die Zollfreiheit der Gänse bedeutendes Gewicht gelegt wurde. Übrigens steht der Freigebung der Gänse die Zollbelegung der Hühner mit 4 M. gegenüber. Wirkliche Zugeständnisse haben wir nur gemacht bei Futtergerste und bei Holz.

Die Gerste, meine Herren, ist, abgesehen von ihrer Verwendung in der Brennerei und Brauerei, ein wichtiges Rohmaterial für die Viehmast. Deshalb waren — das kann ich wohl sagen — die Ansichten der Landwirte über die Nützlichkeit eines solchen Zolles für Gerste von vornherein geteilt. In manchen deutschen Gegenden, wo die Viehzucht prävaliert, wird die Verbilligung der Futtergerste durch die Herab-

setzung des Zolls nicht ungern gesehen werden. Ich gebe aber vollkommen zu, daß namentlich im Nordosten, wo die Gerste nicht nur zum Verbrauch, sondern auch zum Verkauf gebaut wird, die Sache anders liegt. Aber gerade hier wird der erhöhte Zoll für Braugerste seine entsprechende Wirkung ausüben. Außerdem muß die Ermäßigung des Zolls für Futtergerste in Verbindung gebracht werden mit der Erhöhung des Zolls für Mais auf 3 M., die wir trotz großer entgegenstehender Hindernisse Rumänien gegenüber durchgesetzt haben. Mais ist ein im wesentlichen Kohlehydrate enthaltendes Futtermittel. Kohlehydrate erzeugt das Inland im Überfluß; wir brauchen also verhältnismäßig wenig Mais. Die Erhöhung des Maiszolls wird die Nachfrage nach Futtergerste reger gestalten und dadurch diese Frucht vor einem zu starken Preissturz, wie wir erwarten, bewahren.

Was nun das Holz angeht, meine Herren, so lag die Sache ähnlich wie beim Hopfen. Wenn wir an den bisherigen Sätzen für Holz festgehalten hätten, so würde es unmöglich, es würde völlig ausgeschlossen gewesen sein, wieder zu Handelsverträgen mit Rußland und mit Österreich-Ungarn zu gelangen. Deutschland ist nicht imstande, seinen Bedarf an Holz aus eigenen Beständen zu decken. Deshalb erschien die Herabsetzung des Zolls für Rohholz und für beschlagenes Holz zulässig. Dagegen bietet der neue Zolltarif den Vorteil, daß das bewaldrechtete Holz künftig nicht als Rohholz, sondern als beschlagenes Holz verzollt wird und somit eine Zollerhöhung um vier Pfennig erfährt. Der Zoll für Sägeholz ist wegen der Herabsetzung des Zolls für Rohholz in seinen ziffermäßigen Beträgen ermäßigt worden. Indessen ist die Spannung von 60 Pfennig zwischen dem Zollsatz für Rohholz und für Sägeholz festgehalten, und damit ist eine Verringerung des Zollschutzes für unsere deutsche Sägeindustrie vermieden worden. Dazu kommt, daß sich Rußland verpflichtet hat, während der ganzen Dauer des Vertrages weder sein Rohholz noch sein beschlagenes Holz mit einem Ausfuhrzoll oder Ausfuhrverbot zu belegen. Die deutschen Schneidemühlen sind also dagegen sichergestellt, daß ihnen das aus Rußland bezogene Rohholz nicht durch Auflegung eines Ausfuhrzolls verteuert werden kann. Ohne diese Bindung würde Rußland ein bequemes Mittel in der Hand gehabt haben, unsere sorgsam erwogene Relation zwischen den Sätzen für Rohholz, für beschlagenes Holz und für Sägeholz willkürlich zu verschieben.

Meine Herren, wir haben uns auch entschlossen, das *oberschlesische Schweinekontingent* von 1360 auf 2500 Stück pro Woche zu erhöhen. Auch dieses Zugeständnis ist an die ausdrückliche Bestimmung

geknüpft, daß sein Widerruf oder seine Suspension jederzeit aus veterinärpolizeilichen Gründen erfolgen kann. Mit diesem Zugeständnis sind wir nicht nur einem besonderen Wunsch der russischen Regierung entgegengekommen, sondern auch den besonderen Verhältnissen des oberschlesischen Industriebezirks. Da dies oberschlesische Schweinekontingent nicht über die Grenzen jenes Bezirks ausgeführt werden kann, so ist die wirtschaftliche Rückwirkung dieses Zugeständnisses auf unsere Gesamtproduktion an Schweinen nicht von erheblicher Bedeutung.

In noch engeren Grenzen hält sich das Zugeständnis, das wir durch Zulassung eines Kontingents von österreichisch-ungarischen Schweinen zur Abschlachtung in Schlachthöfen an den sächsischen und bayerischen Grenzen Österreich gegenüber gemacht haben. Da die Abschlachtung dieser Schweine in den Schlachthöfen sofort zu erfolgen hat, sie also das Inland nicht lebend berühren, so erschien dieses Zugeständnis vom veterinärpolizeilichen Standpunkte aus nicht bedenklich. Außerdem ist das Fleisch dieser 80000 Schweine zum Absatz nur zugelassen in einer gewissen Anzahl von Städten und Industriezentren in Sachsen, in Bayern und in zwei thüringischen Städten, wo die Bevölkerung wegen ihrer raschen Zunahme imstande sein wird, es mit Leichtigkeit aufzunehmen. Die wirtschaftliche Rückwirkung dieser Konzession ist somit keine erhebliche. Ob und wann Österreich-Ungarn in der Lage sein wird, diese ihm gemachte Konzession voll auszunutzen, bleibt übrigens fraglich, da Österreich-Ungarn gegenwärtig, wie Sie wissen, zur Deckung seines Bedarfs an Schweinen genötigt ist, Schweine aus Deutschland zu beziehen.

Meine Herren, trotz dieser Zugeständnisse, die wir haben machen müssen, unterliegt es doch nicht dem mindesten Zweifel, daß die neuen Verträge einen landwirtschaftsfreundlichen Charakter tragen. Sie bringen unserer Landwirtschaft eine erhebliche Verbesserung ihrer Gesamtverhältnisse, verglichen mit dem bisherigen Gesamtzustand eine Erhöhung des Schutzes für die landwirtschaftliche Produktion in ihren Hauptzweigen. Mit dieser Absicht sind wir in die Handelsvertragsverhandlungen eingetreten, auf dieser Basis sind auch Erfolge erzielt worden. Wir durften aber dabei nicht die Aufgabe außer Augen lassen, die Interessen unserer Industrie und unseres Handels entsprechend wahrzunehmen.

Italien und Belgien hatten vor dem Eintritt in die Handelsvertragsunterhandlungen ihre Zolltarife nicht geändert. Diesen Ländern gegenüber spielten auch unsere landwirtschaftlichen Zollerhöhungen keine erhebliche Rolle. Deshalb ist es auch gelungen, gegenüber Italien und

Belgien die Ausfuhrbedingungen für unsere Industrie in der Hauptsache auf dem bisherigen Niveau zu erhalten. Dagegen hatten Rußland, Rumänien, die Schweiz und auch Österreich-Ungarn vor dem Eintritt in die Handelsvertragsverhandlungen mit uns neue Zolltarife mit wesentlich höheren Zollsätzen aufgestellt. Insbesondere war es vorauszusehen, daß Rußland diese Gelegenheit benutzen würde, um seine Industriezölle für verschiedene Branchen noch weiter zu erhöhen. Seit 25 Jahren ist die russische Regierung bemüht, wo die Bedingungen hierfür nur irgend vorliegen, sich eine eigene Industrie zu schaffen.

Meine Herren, daß das die Folgen der von uns in den achtziger Jahren eingeschlagenen Tarifpolitik sein würden, das hat niemand richtiger vorausgesehen als der große Urheber dieser Wendung, Fürst Bismarck. Ich erinnere mich, als Fürst Bismarck — es muß im Jahre 1886 oder 1887 gewesen sein; es war während der damaligen bulgarischen Wirren — dem russischen Minister des Äußern Herrn von Giers in Franzensbad einen Besuch machte, klagte ihm dieser lebhaft über die bevorstehende Erhöhung der deutschen Agrarzölle, die nach seiner, des Ministers von Giers, Ansicht Rußland schwer schädigen würde. „Ne pleurez pas“ — „weinen Sie nicht“, erwiderte ihm Fürst Bismarck, „unseren Agrarzöllen werden Sie eine russische Industrie zu verdanken haben.“ Insbesondere ist Rußland seit 25 Jahren bemüht, durch allmähliche planmäßige, zielbewußte Erhöhungen seiner Eisenzölle sich eine eigene Eisenindustrie groß zu ziehen. Deshalb ist auch die deutsche Ausfuhr aus Oberschlesien nach Rußland in Roheisen und Eisenwaren in beständigem Rückgang begriffen. Ähnlich liegen die Verhältnisse für andere Industriebranchen. Mit dieser Sachlage mußten wir rechnen. Wir konnten uns nicht der Illusion hingeben, daß Rußland im gegenwärtigen Stadium seiner Entwicklung sich würde bereit finden lassen, seine jungen, mit großen Kosten ins Leben gerufenen Unternehmungen durch Herabsetzung der Zollschranken dem ausländischen Wettbewerb preiszugeben.

Trotz dieser in der Natur der Dinge begründeten Hindernisse ist es uns doch gelungen, die Interessen unserer Industrie und unseres Handels wahrzunehmen.

(Zurufe links.)

— Gewiß, meine Herren; denn eins dürfen Sie nicht vergessen: das ganze von uns auch weiter festgehaltene System des Abschlusses langfristiger Handelsverträge wird doch in erster Linie von der Rücksicht auf die Interessen von Handel und Industrie diktiert.

(Sehr richtig! rechts.)

Um dieses System zu inaugurieren, wurden vor zwölf Jahren die landwirtschaftlichen Zölle herabgesetzt.

(Sehr richtig! rechts.)

Wenn jetzt ein Ausgleich zugunsten der Landwirtschaft geschaffen wird und die Landwirtschaft das wiedererhält, was ihr damals genommen wurde

(Unruhe links),

so ist das keine unbillige Bevorzugung der Landwirtschaft

(lebhaftes Sehr richtig! rechts),

zumal für Industrie und Handel im wesentlichen die Bedingungen erhalten bleiben, deren sie zu ihrem Gedeihen bedürfen. Denn der Abschluß der Handelsverträge bedeutet für Deutschland an und für sich eine wirtschaftliche Stärkung, deren segensreiche Folgen wiederum in erster Linie dem Handel und der Industrie zugute kommen.

(Sehr richtig! rechts.)

Durch den Abschluß des Handelsvertrages speziell mit Rußland ist uns der Abschluß der Handelsverträge mit Rumänien, mit Österreich-Ungarn und der Schweiz nicht nur erleichtert, sondern erst ermöglicht worden. Durch die Vereinbarung einer zwölfjährigen Dauer für die Handelsverträge ist diejenige Stetigkeit der gegenseitigen Bedingungen im wirtschaftlichen Güteraustausch geschaffen worden, welche für unsere Exportindustrie geradezu eine Lebensfrage ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Vor allem, meine Herren, haben wir Abstand genommen von der Kündigung der bestehenden Handelsverträge. Dadurch haben wir die Kontinuität unserer Handelsbeziehungen zum Ausland gewahrt und unserer Industrie und unserem Handel die Unsicherheit und die Erschütterungen erspart, die ihnen sonst — sehr zu ihrem Nachteil — gedroht hätten. Die neuen Handelsverträge sollen am 15. Februar 1906 in Kraft treten; es ist unsere Absicht, sie am 15. Februar 1906 in Kraft treten zu lassen. Unser Handel und unsere Industrie haben also ein Jahr Zeit, sich in die neuen Verhältnisse einzuleben. Gegenüber diesem Vorgehen glaube ich nicht, daß man den Verbündeten Regierungen Mangel an Rücksicht für die Interessen der Industrie und des Handels mit Recht verwerfen kann

(sehr richtig! rechts),

wenn sich auch eine Reihe von Erhöhungen industrieller Zölle des Auslandes nicht hat vermeiden lassen.

(Hört! hört! links.)

Dazu kommt, daß Rußland Abstand genommen hat von seiner anfänglich mit Entschiedenheit aufgestellten Forderung der Differenzierung von Land- und Seezöllen und der Zulassung von Ausgleichszöllen gegenüber Kartellen. Auch hat Rußland in einigen allgemeinwirtschaftlichen Fragen, die die Interessen unseres Handels und unserer Industrie sehr nahe berühren, uns Zugeständnisse gemacht, denen früher unübersteigliche Hindernisse im Wege standen. Ich erinnere beispielsweise an die Gleichstellung der jüdischen und christlichen Handlungsreisenden im Steuer- und zum Teil auch im Paßwesen. Ich erinnere an die Erleichterung der Erwerbung und Veräußerung von Grundbesitz in den westlichen russischen Gouvernements. Finland soll erst allmählich in das russische Zollgebiet einverleibt werden, und die Einverleibung nicht erfolgen, ohne daß wir zwei Jahre vorher davon in Kenntnis gesetzt werden. Das ist ein wertvolles Zugeständnis für unsere Hansestädte, namentlich für Lübeck mit seinem lebhaften Handel nach Finnland. Endlich hat Rußland die Brüsseler Zuckerkonvention und die Zulässigkeit von Zuschlagszöllen auf Zucker anerkannt.

Meine Herren, es kann nicht meine Absicht sein, noch auf weitere Einzelheiten der Verträge einzugehen. Nur vor Übertreibungen möchte ich warnen, wenn von Prohibitivzöllen gesprochen wird. Einzelne der neuen Positionen des Auslandes mögen eine solche Wirkung ausüben

(hört! hört! links);

für die Mehrzahl derselben trifft das aber nicht zu. Bei einer Reihe von wichtigen Ausfuhrartikeln ist es uns z. B. Rußland gegenüber gelungen, die bisherigen Zollsätze aufrecht zu erhalten; so für Zement, für Anilin, für Alizarinfarben. Bei anderen Positionen haben wir Zollerhöhungen akzeptieren müssen. Diese Erhöhungen sind aber teils geringfügiger Natur, teils nach Menge und Wert der betroffenen Warenartikel ohne besondere Tragweite für unsere Ausfuhrindustrie. Von größerer Bedeutung sind die Erhöhungen der russischen Zölle für Maschinen und Maschinenteile, für Eisenwaren, für chemische Artikel. Wir hoffen aber, daß auch bei diesen Positionen die Wirkung weniger schädlich sein wird, als es die Zahlen auf den ersten Blick befürchten lassen. Bei landwirtschaftlichen Maschinen beispielsweise bleibt es teils bei dem bisherigen Zollsatz von 75 Kopeken, teils bleiben sie wie bisher ganz von Zöllen befreit. Damit scheidet schon ein Objekt von 5 bis 6 Millionen aus. Vor allem aber bleibt es für die ganze große Position der nicht besonders benannten eisernen Maschinen bei dem bisherigen Zollsatz von 2 Rubel 20 Kopeken. Nach der russischen Berechnung

fallen unter diese Position Waren im Werte von 13 bis 14 Millionen Rubel. Wenn auch die Anordnung im neuen russischen Tarif etwas geändert worden ist, so wird noch immer ein großer Teil unserer Ausfuhr unter diese Position fallen. Ich gebe zu, daß die russischen Zollerhöhungen für Lokomotiven, Dampfmaschinen, Dampfpumpen empfindliche sind. Dafür haben wir Ermäßigungen erlangt für Lokomobilen mit Dreschmaschinen und Dampfpflügen, von denen wir hoffen, daß die deutsche Eisenindustrie daraus Vorteil ziehen wird. Wesentliche Konzessionen haben wir weiter erlangt für unsere Konfektionsindustrie. Auch den anderen Vertragsstaaten haben wir bei den Industriezöllen Zugeständnisse machen müssen, über welche die Herren Staatssekretäre und Direktoren nähere Darlegungen geben werden. So unerwünscht natürlich diese Zugeständnisse auch sind, so sind wir doch überzeugt, daß unsere Industrie es verstehen wird, sich mit den neuen Verhältnissen abzufinden. Die deutsche Industrie steht so hoch, sie verfügt über so ausgezeichnete technische Kräfte, daß sie nicht nur ihren bisherigen Besitzstand behaupten, sondern weitere Fortschritte auch unter dem Regime der neuen Handelsverträge machen wird. Das wird die Statistik der nächsten Jahre hoffentlich zeigen.

Meine Herren, in der Presse bin ich gestern und heute der Behauptung begegnet, wir hätten bei den Handelsverträgen noch mehr erreichen sollen. Wenn ich das lese, meine Herren, so bedaure ich wirklich, daß ich nicht denjenigen, die so etwas schreiben, selbst die Handelsvertragsverhandlungen übertragen habe

(Heiterkeit),

mit Rußland, mit Österreich-Ungarn, mit Rumänien usw. Die Herren würden sich bald davon überzeugt haben, daß nicht alle Blütenträume reifen, die man sich zu Hause am Studiertisch ausdenkt. Die Behauptung, wir hätten noch mehr erreichen können, wenn wir mehr Festigkeit gezeigt hätten — ich nehme gar keinen Anstand, das hier ganz offen auszusprechen —, ist nichts als eine Redensart. Wir haben gerade so viel erreicht, nicht mehr und nicht weniger, als wir nach Lage der Verhältnisse erreichen konnten. Wenn wir noch mehr verlangt und nur unter der Bedingung abgeschlossen hätten, daß uns noch mehr Konzessionen gemacht würden, so würden wir überhaupt nicht wieder zu Handelsverträgen gekommen sein. Der Abbruch der Verhandlungen, die alsbaldige Kündigung der Verträge, die alsdann un-unvermeidlich gewesen wäre, und Zollkriege nach allen Seiten wären die unvermeidliche Folge gewesen. Und wenn die Zollkriege eine Weile ge-

dauert hätten, so würden die Vertragsverhandlungen wieder aufgenommen worden sein; sie würden ungefähr denselben Verlauf genommen haben wie heute. Das hätte nach der Ansicht der Verbündeten Regierungen weder den Interessen der Industrie und des Handels noch auch den Interessen unserer Landwirtschaft entsprochen. Jeder, der an unserer Stelle unterhandelt hätte, würde nur dann für die Industrie größere Zollerleichterungen erreicht haben, wenn er auf Kosten der Landwirtschaft mehr Zugeständnisse gemacht hätte, und umgekehrt, er würde nur dann zugunsten der Landwirtschaft größere Vergünstigungen erlangt haben, wenn er zu Ungunsten der Industrie höhere Einfuhrzölle des Auslandes in Kauf genommen hätte. Das eine wie das andere wäre nach der Ansicht der Verbündeten Regierungen falsch gewesen. Die Verbündeten Regierungen glauben, genau die richtige Linie gefunden zu haben, auf welcher sich ein wirksamer Schutz für die Landwirtschaft mit den Lebensbedingungen der anderen Erwerbsstände vereinigen läßt.

Meine Herren, von befreundeter Seite bin ich mehr wie einmal gefragt worden, warum ich die bestehenden Handelsverträge nicht früher gekündigt hätte. Hätte ich das getan, so wären die Dinge entweder ebenso gelaufen wie jetzt, wir wären ungefähr zu denselben Handelsverträgen gekommen, vorausgesetzt, daß es uns gelungen wäre, dieselben innerhalb eines Jahres unter Dach und Fach zu bringen. Das wäre aber ein besonderer Glücksfall gewesen, und zu sehr muß man sich nicht auf sein Glück verlassen. Es hätte auch anders kommen können. Wenn wir Zollkriege nach allen Seiten angefangen hätten, so wäre es gar nicht ausgeschlossen gewesen, daß sich gegen uns eine wirtschaftliche Koalition gebildet hätte. Die Staaten mit agrarischen Interessen hätten sich verbünden können, mit uns keine Handelsverträge auf der Grundlage der Minimalzölle abzuschließen, und die Staaten mit industrieller Entwicklung hätten sich vereinigen können, um uns gegenüber solidarisch an gewissen hohen Industriezöllen festzuhalten.

Ich habe im vergangenen Juni im Herrenhause gesagt, die beiden Leuchttürme — so drückte ich mich aus —, zwischen denen die Fahrstraße gefunden werden müsse, seien Schutz für unsere bedrängte notleidende Landwirtschaft und Freiheit für die Ausfuhr unserer Industrieerzeugnisse.[2]) Die Fahrstraße, die zwischen diesen beiden Leuchttürmen durchführte, enthielt mehr Sandbänke und mehr Klippen, als sich manche Kritiker von heute träumen lassen oder zugeben wollen. Wir haben

---

[2]) Vgl. S. 109.

uns bemüht, das Schiff nicht stranden, nicht scheitern zu lassen, sondern es in den Hafen zu bringen.

Wenn uns gesagt wird, wir hätten sogleich nach der Annahme des neuen Zolltarifs alle Handelsverträge kündigen sollen, um dann gegebenenfalls durch einen frischen, fröhlichen Zollkrieg wieder zu neuen Handelsverträgen zu kommen, so kommt mir das gerade so vor, als wenn mich einer aufforderte, auf die Kuppel des Reichstagsgebäudes oder die Spitze des Rathausturmes längs dem Blitzableiter zu klettern.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten. Heiterkeit.)

— Möglich, daß Ihnen das gelingen würde

(Zuruf bei den Sozialdemokraten),

es ist aber auch möglich, daß man sich dabei den Hals bricht; ratsamer ist es jedenfalls, die Treppe hinaufzugehen. Wer auf seinen Schultern das wirtschaftliche und das damit eng verknüpfte politische Schicksal des Landes trägt, der würde leichtsinnig handeln, wenn er den Luftweg wählte, statt zu versuchen, auf der Treppe, wenn auch langsam, so doch sicherer zum Ziele zu gelangen. Wenn ich sage, daß wir, wenn wir noch mehr verlangt hätten, alles gefährdet und alles riskiert haben würden, so spreche ich auf Grund meiner Kenntnisse der Lage der inneren deutschen wie der internationalen Verhältnisse. Diejenigen, welche die neuen Handelsverträge abfällig kritisieren, kennen diese Lage und diese Verhältnisse nicht so genau wie ich. Ich will nicht sagen, daß sie ins Blaue hineinreden, aber sie reden ohne ausreichenden Überblick über unsere inneren und äußeren Verhältnisse.

Meine Herren, ich eile zum Schluß. Die Neuregelung der handelspolitischen Beziehungen zum Auslande ist eine der wichtigsten, aber auch der schwierigsten Aufgaben, die der Regierung und der Volksvertretung eines Landes gestellt werden können. Diese Fragen greifen zu tief in die vitalsten Interessen aller Erwerbsstände ein, als daß sie — wir haben es vor drei Jahren erlebt — nicht alle Beteiligten auf das lebhafteste bewegen sollten. Aber schließlich haben alle Erwerbsstände das gleiche Interesse daran, wieder zu ruhigen und stabilen Verhältnissen zu kommen. Deshalb muß ein Ausgleich geschaffen werden durch gegenseitige Rücksicht und gegenseitige Konzessionen. Ein solcher Ausgleich war unser neuer Zolltarif. Unter welchen Schwierigkeiten es gelungen ist, diesen neuen Zolltarif unter Dach und Fach zu bringen, das ist ja noch in unser aller lebhafter Erinnerung. Aber schließlich ist es doch gelungen, und damit hatte dieses Hohe Haus den verbündeten Regie-

rungen eine feste Basis unter die Füße gegeben für die Handelsvertragsverhandlungen mit den anderen Staaten. Wie ein Zolltarif, so ist auch jeder Handelsvertrag ein Ausgleich, in diesem Falle zwischen den divergierenden Interessen der verschiedenen Staaten. Ein Staat muß dem anderen Konzessionen machen; aber diese Konzessionen werden gemacht in dem Sinne, daß schließlich jeder mit dem Vertrage seinen Interessen besser zu dienen glaubt, als wenn es überhaupt nicht zu einem Vertrage käme.

Meine Herren, die neuen Verträge bilden ein einheitliches Ganze, sie sind aus einem Guß, sie sind entsprossen aus einer Wurzel, dem von der Mehrheit dieses Hohen Hauses angenommenen neuen Zolltarif. Die Verträge können nur im ganzen angenommen oder im ganzen verworfen werden. Von den neuen Verträgen wird keiner der Erwerbsstände im Deutschen Reiche ganz befriedigt sein. Das liegt im Wesen des Vertrages, daß nicht alle Wünsche erfüllt werden können. Die verschiedenen Erwerbsgruppen sollen aber in den Verträgen nicht nur dasjenige sehen, was sie ihnen nicht bringen, sondern auch das Gute anerkennen, das sie für sie enthalten, und dann Vorteile und Nachteile gegeneinander abwägen. Eine solche gerechte Beurteilung wird nach der festen Überzeugung der verbündeten Regierungen zu der Anerkennung führen müssen, daß die neuen Verträge auf einer für uns annehmbaren Grundlage abgeschlossen sind, auf der Grundlage der Wahrung unserer berechtigten Interessen und voller Gegenseitigkeit.

Die nenen Verträge bringen unserer Landwirtschaft den Schutz, dessen sie unbedingt bedarf, ohne die Interessen der Gesamtheit in unbilliger Weise zu schädigen. Sie schaffen für unsere Industrie und für unseren Handel die Bedingungen, unter denen sie gedeihen und sich entwickeln können. Sie nehmen von unserem gesamten wirtschaftlichen Leben den Druck der Ungewißheit und Unsicherheit, der seit Jahren auf ihm lastet, und den wir auf die Dauer nicht ertragen können. Sie eröffnen dem Reiche neue Einnahmequellen, deren wir bei unserer sehr ungünstigen finanziellen Lage dringend bedürfen. Der Bundesrat — ich hebe das mit Genugtuung und Dankbarkeit hervor — hat gestern die neuen Vereinbarungen einstimmig angenommen. Die Verbündeten Regierungen sind überzeugt, daß auch Sie, meine Herren, den neuen Verträgen Ihre Zustimmung erteilen werden im Interesse der inneren und äußeren Wohlfahrt des Deutschen Reiches, zum Wohl unserer gesamten nationalen Arbeit. (Lebhafter Beifall.)

21. Kanalvorlage.

Sitzung des Herrenhauses vom 16. Februar 1905.[1])

Am 8. Februar war im Abgeordnetenhause Paragraph 1 der Kanalvorlage, der insgesamt 334575000 Mark erforderte, in namentlicher Abstimmung mit 256 gegen 132 Stimmen angenommen worden, desgleichen am 8. Februar der ganze Gesetzentwurf, wenn auch mit manchen Abweichungen von der Regierungsvorlage, mit 244 gegen 146 Stimmen. Jetzt stand nun der vom Abgeordnetenhause geänderte Entwurf zur ersten Beratung des Herrenhauses. Die allgemeine Diskussion wurde vom Ministerpräsidenten Reichskanzler Grafen Bülow eingeleitet.

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, wenn ich das Wort zu Beginn Ihrer Verhandlungen ergreife, so bilde ich mir nicht ein, über die wichtige Vorlage, die uns jetzt beschäftigt, viel Neues sagen zu können. Dazu würde kaum jemand imstande sein, nachdem der Gesetzentwurf in dem andern Hause des Landtags seit Jahren von allen Seiten beleuchtet und durchleuchtet worden ist. Aber ich möchte, bevor die endgültige Entscheidung über die Kanalvorlage fällt, in aller Kürze ganz sachlich die folgenden Gesichtspunkte hervorheben.

Es ist seit meinem Amtsantritt mein Bestreben gewesen, die Kanalfrage auf dasjenige Gebiet zurückzuführen und zu beschränken, dem sie ihrer Natur nach angehört: auf das Gebiet der technischen, wirtschaftlichen und sachlichen Erörterungen. Dadurch wird der schwer zu überschätzenden Wichtigkeit der Frage kein Eintrag getan.

Es handelt sich um eine grundlegende Frage des Verkehrs, um die Frage der besten Ausnutzung eines von der Natur uns geschenkten Gutes, die Verbesserung der Transportmöglichkeiten, der Landesmeliorationen usw. Über alle diese Fragen kann man verschiedener Meinung sein. Man kann darüber streiten, ob es richtiger ist, Kanäle zu bauen oder Schleppbahnen; ob die Verbilligung der Transportkosten in dem angestrebten Grade eintreten wird; ob die wirtschaftliche Annäherung der verschiedenen Landesteile in dem gewünschten Maße erreichbar ist; ob die für die Kanalbauten gewählte Trace die richtige ist; ob die Landwirtschaft aus der Regulierung der Wasserläufe die erhofften Vorteile ziehen wird. Alle diese Fragen müssen sich nach den besseren sachlichen Gründen entscheiden, und diese sind nach meiner festen Überzeugung und nach der Überzeugung der Mehrheit des Abgeordnetenhauses für die Vorlage der

[1]) Sten. Ber. d. Verhandl. d. Herrenhauses 1904/05, 31. Sitzung.

Königlichen Staatsregierung. Aber man kann diese Frage behandeln, ohne eine Parteiangelegenheit daraus zu machen, man kann nach einer Verständigung suchen, ohne politischen Überzeugungen und Grundsätzen das mindeste zu vergeben. Ich rechne es der Königlichen Staatsregierung und ich rechne es mir selbst zum Verdienst an, daß ich diese wirtschaftlichen Gesichtspunkte der Vorlage wieder in den Vordergrund geschoben habe. Ich habe mich auch nicht davor gefürchtet, mich in anscheinenden Widerspruch mit früheren Erklärungen zu versetzen, und wenn man mir deshalb hier und da zu grollen schien, so getröstete ich mich des alten Spruchs: νήπιοι· οὐ γὰρ ἴσασιν, ὅσῳ πλέον ἥμισυ παντός, zu deutsch: die Hälfte ist mehr als das Ganze. Gewiß, meine Herren, nur ungern, nur höchst ungern hat die Königliche Staatsregierung sich entschlossen, ein Stück, ein großes Stück des ursprünglichen nach Lage der Verhältnisse als zu weitreichend erkannten Planes zu opfern, um den übrigen Teil des Programms zu verwirklichen. Aber die Königliche Staatsregierung glaubte den Verhältnissen wie der Auffassung der preußischen Volksvertretung Rechnung tragen zu sollen. Aus dieser Erwägung und in der Überzeugung, daß es ihre Pflicht sei, zunächst da helfend einzugreifen, wo die größten Schäden hervorgetreten sind, hat sich die Königliche Staatsregierung auch bereit finden lassen, das gesamte wasserwirtschaftliche Programm in eine Reihe einzelner Vorlagen zu zerlegen und damit die Verquickung von Arbeiten und Projekten, die nach Inhalt, Anlaß, Art und Tempo schwer zusammenpaßten, zu beseitigen. Auf der anderen Seite kann ich mit Genugtuung konstatieren, daß die schweren Kämpfe früherer Jahre mit ihrer Verbitterung diesmal dem Hause der Abgeordneten ganz fern gehalten worden sind, daß man sich sehr sachlich und sehr versöhnlich auseinandergesetzt hat und auf diese Weise zu der dringend wünschenswerten Verständigung gelangt ist. Alle die Gründe, meine Herren, die sachlichen Gründe, welche für die Nützlichkeit und Notwendigkeit der Vorlagen sprechen, will ich hier meinerseits nicht nochmals wiederholen. Auf sie einzugehen, darf ich den Herren Ressortministern überlassen. Aber das will ich sagen: die Meliorationsvorlagen kommen wesentlich dem Osten der Monarchie zugute; auch die Wasserstraßenentwürfe dienen bis auf einen den Interessen der Landesteile rechts der Elbe. Wenn wir den Bedürfnissen des Ostens in weitgehendem Maße mit erheblichen Kosten entgegenkommen, so würde es eine unverdiente Zurücksetzung des Westens sein, wenn wir über seine Wünsche zur Tagesordnung übergingen. Dem Frieden unter den verschiedenen Landesteilen, dem Geiste der Eintracht und Zusammengehörigkeit würde

damit eine schwere Wunde geschlagen werden. Eine schwere Wunde auch dem Solidaritätsgefühle zwischen Landwirtschaft und Industrie.

In dem ersten Stadium der Kanaldebatte, das jetzt längst der Geschichte angehört, stand die Landwirtschaft — ob mit Recht oder Unrecht, will ich ganz unerörtert lassen — unter dem Eindruck, daß dem Westen und der Industrie ein Vorteil zugewandt werden sollte, ohne daß für den Osten und für die Landwirtschaft ein Gleiches geschehe. Was ist seitdem geschehen? Im Reiche haben wir unter schwierigen und langwierigen Kämpfen einen Zolltarif zustandegebracht und Handelsverträge abgeschlossen, welche den Forderungen, den berechtigten Forderungen der Landwirtschaft so weit entgegenkommen, als dies im Rahmen des Gesamtwohls und in den Grenzen des tatsächlich Erreichbaren nur irgendwie möglich war. In diesem Kampfe ist uns die Industrie treu zur Seite gestanden. In Preußen haben wir unter Aufwendung sehr erheblicher Mittel ein System von Maßnahmen zur Förderung und wirtschaftlichen Kräftigung des Ostens eingeführt unter Mitwirkung der Industrie. Endlich sind die Meliorationsvorlagen für den Osten — ich erkenne das gern und dankbar an — unter Mitwirkung aller Parteien ohne Anstand Gesetz geworden. Wenn nunmehr der Rhein-Leine-Kanal gebaut wird, so kann das auch in den Augen der östlichen Landwirte nicht eine einseitige Bevorzugung der Industrie sein, sondern lediglich ein Schritt, der beweist, daß die Fürsorge des preußischen Staates allen Zweigen der erwerbstätigen Bevölkerung gleichmäßig zugute kommt. Meine Herren, ich glaube, daß niemand mehr das Recht hat, an meiner aufrichtigen Teilnahme am Wohle der Landwirtschaft zu zweifeln. Als Freund der Landwirtschaft nehme ich aber auch das Recht in Anspruch, vor einer Übertreibung der Tendenzen zu warnen, die das Wohl der Landwirtschaft einseitig und ohne Rücksicht auf andere Erwerbsstände verfolgen wollen. Eine solche Einseitigkeit, ein Mangel an Rücksicht für gleichberechtigte Interessen würde es sein, wenn jetzt derjenige Teil der Vorlage verworfen werden sollte, welcher den Anteil der Industrie bildet. Daraus würde ein Gegensatz hervorgehen, welcher auf die durch viele Jahre zum beiderseitigen Vorteile gepflegte Solidarität beider Berufsstände und das von dem Fürsten Bismarck immer und immer wieder empfohlene Zusammengehen der Landwirtschaft mit der Industrie ungünstig einwirken und für das Gesamtwohl, für die gemeinsame Arbeit, für die Leistungsfähigkeit unseres ganzen wirtschaftlichen Systems eine ernste Gefahr bedeuten würde. Wie im Reiche gerade die großen Industriellen in Rheinland und

Westfalen mit Entschiedenheit für einen verstärkten Zollschutz der Landwirtschaft eingetreten sind, so gebieten in Preußen das Solidaritätsgefühl und die politische Klugheit, daß die Landwirtschaft die Industrie in der für diese so hochwichtigen Frage nicht im Stiche läßt, daß die Wünsche, die von so wertvollen Zentren der nationalen Industrie seit lange und mit steigendem Nachdrucke geäußert werden, berücksichtigt werden.

Und nun, meine Herren, lassen Sie mich nur noch eins sagen. Es ist keine ganz leichte Aufgabe gewesen, die Kanalfrage als wirtschaftliche Angelegenheit zu isolieren. Die verschiedenen Stadien der langjährigen Kämpfe haben uns wiederholt über die Linie hinausgeführt, wo sich die wirtschaftliche Diskussion vom politischen Streite trennt. Es war aus dieser Zeit an mehr als einer Stelle viel offene und stille Verbitterung zurückgeblieben, die endlich beseitigt werden muß. Die Königliche Staatsregierung und zu meiner großen Freude auch das Haus der Abgeordneten haben das Ihrige getan. An Ihnen, meine Herren, ist es nun, die Schritte zurückzulegen, die uns noch vom Ziele trennen. Lassen Sie uns hoffen, daß der alte Zwist jetzt endgültig zu Grabe getragen wird. Treten Sie den Beschlüssen des Hauses der Abgeordneten bei, und Sie werden sich wohlverdient machen um alle Zweige der vaterländischen Arbeit, um alle Teile des Landes, um die wirtschaftliche und um die politische Zukunft der Preußischen Monarchie.

(Lebhaftes Bravo.)

---

22. Staatsrechtliche Stellung Elsaß-Lothringens. — Abg. von Vollmar. Abg. Graf von Reventlow.

Sitzung des Reichstags vom 15. März 1905.[1])

Auf der Tagesordnung stand zunächst eine Resolution, begründet vom Abgeordneten Dr. Spahn, betr. die staatsrechtliche Stellung Elsaß-Lothringens, speziell die Vertretung des Reichslandes im Bundesrate. Auf die Spahnschen Ausführungen erwiderte

Reichskanzler Graf von Bülow:

In Erwiderung auf die Ausführungen des Herrn Vorredners habe ich das Nachstehende zu erklären:

---

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/1905, 164. Sitzung.

Das Streben der reichsländischen Vertretung, Elsaß-Lothringen zu einem selbständigen Gliede des Deutschen Reiches zu machen und namentlich eine selbständige Vertretung im Bundesrat zu erlangen, bietet den Beweis, wie sehr das Bewußtsein der festen Zugehörigkeit Elsaß-Lothringens zum Reiche in der dortigen Bevölkerung Boden gefaßt hat. So sehr es den Intentionen Seiner Majestät des Kaisers entspricht und so sehr ich selbst bestrebt bin, dieser erfreulichen Tatsache Rechnung zu tragen und den Wünschen der elsaß-lothringischen Bevölkerung Entgegenkommen zu bezeigen, so handelt es sich doch bei dem in der vorliegenden Resolution gestellten Antrage um eine nach verschiedener Richtung hin überaus schwerwiegende politische Maßnahme, deren Durchführung erheblichen Schwierigkeiten und Bedenken begegnet. Es entsteht zunächst die Frage, durch welche Instanz die elsaß-lothringischen Bundesratsbevollmächtigten ernannt werden sollen. Die Wahl derselben durch den Landesausschuß erscheint im Hinblick auf die die Organisation des Bundesrats regelnden Bestimmungen des Art. 6 der Reichsverfassung ausgeschlossen. Ihre Ernennung durch den Kaiserlichen Statthalter würde dagegen dazu führen, den Einfluß Preußens im Bundesrate über die Absichten der Reichsverfassung hinaus zu mehren und damit das Verhältnis Preußens zu den anderen Bundesstaaten in einer für die letzteren ungünstigen Weise zu verschieben.

Auch abgesehen hiervon ist die in Rede stehende Angelegenheit von so hoher politischer Bedeutung und so weittragender Verantwortung, daß den maßgebenden Stellen das Recht vorbehalten bleiben muß, ihrerseits den Zeitpunkt zu bestimmen, zu welchem eine Änderung der verfassungsrechtlichen Stellung Elsaß-Lothringens zu erfolgen haben wird. Jedenfalls muß ich meinerseits von einem näheren Eingehen auf den Antrag absehen, bevor nicht alle einschlagenden Fragen im Schoße des Bundesrats zur Erörterung gelangt sind, und eine Übereinstimmung der Verbündeten Regierungen über dieselben erzielt ist.

Die Resolution über Elsaß-Lothringen war beschlossen worden zu der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1905, Titel „Reichskanzler und Reichskanzlei", der auf der Tagesordnung stand. Zu ihm ergriff nach dem Reichskanzler das Wort der Abgeordnete von Vollmar, der sich wieder auf das Gebiet der auswärtigen Politik begab. Ihm antwortete

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ein Teil der Ausführungen des Herrn Vorredners galt dem Zweck, in Form eines historischen Rückblickes der auswärtigen

Politik des Fürsten Bismarck Mängel und Fehler vorzuwerfen. Ich glaube, die große Mehrheit dieses Hohen Hauses wird wohl der Ansicht sein, daß einer der größten Meister gerade auf dem Gebiet der auswärtigen Politik über solcher Kritik steht, wie sie der Herr Abgeordnete von Vollmar soeben an dem ersten deutschen Reichskanzler geübt hat.

(Na! na! bei den Sozialdemokraten.)

Wer über auswärtige Politik mitreden will, muß sich von persönlichen Sympathien und Antipathien freimachen und darf die auswärtigen Dinge nicht so sehr durch die Brille der Parteidoktrin ansehen, wie das eben der Herr Abgeordnete von Vollmar getan hat, muß seinem Tun und Denken lediglich das Interesse des eigenen Landes zugrunde legen. Das hat Fürst Bismarck getan und damit hat er sich eine Stellung in der deutschen Geschichte geschaffen, gegen die der Herr Abgeordnete von Vollmar vergeblich Sturm läuft.

(Lebhafte Zustimmung.)

Nun hat der Herr Abgeordnete von Vollmar weiter davon gesprochen, daß das russische Prestige in hohem Grade erschüttert wäre. Er hat aber selbst mit einer gewissen Bekümmernis zugeben müssen, daß die französische Republik die Allianz mit Rußland noch immer in der sorgsamsten Weise pflegt. Der Herr Abgeordnete von Vollmar, der die auswärtigen Dinge mit Aufmerksamkeit verfolgt, wird doch auch nicht im Zweifel darüber sein, daß englische Liberale lebhaft gute Beziehungen zwischen England und Rußland wünschen. Die einsichtigen Leute sind in allen Ländern mehr oder weniger der Ansicht, daß die Großmachtstellung Rußlands wohl auch die Wechselfälle eines Krieges und die gegenwärtigen inneren Unruhen überdauern wird.

(Na! na! bei den Sozialdemokraten.)

— Abwarten!

(Große Heiterkeit.)

Nun hat der Herr Abgeordnete von Vollmar auch gemeint, ich würde heute nicht die Behauptung wiederholen, die Sozialdemokratie treibe zum Kriege mit Rußland. Ich bedaure sagen zu müssen, daß ich heute mehr als je der Ansicht bin, daß die Sozialdemokratie einen solchen Konflikt gerne entfachen würde, um an diesem Brande ihre Parteisuppe zu kochen.

(Sehr gut! rechts. Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Ich habe hier einen Ausschnitt vor mir liegen aus einem sozialdemokratischen Blatte, der „Schwäbischen Tagwacht", in der es anläßlich der jüngsten Unruhen in Petersburg heißt:

> Hätte die deutsche Arbeiterschaft jenen Einfluß auf den Staat, den sie anstrebt, so würden morgen bewaffnete Heeressäulen über die Grenze schreiten, um den russischen Brüdern Befreiung zu bringen.

(Hört! hört!)

Herr von Vollmar wird mir selbst zugeben, daß das doch nur den Sinn haben kann, daß, wenn Sie könnten, wie Sie wollten, wenn Sie hier auf diesen Bänken säßen statt auf jenen Bänken mir gegenüber

(Heiterkeit),

Sie Rußland den Krieg erklären, Sie deutsches Gut, deutsches Blut opfern würden, um in Rußland eine Änderung der Staatsordnung herbeizuführen. Und dabei wird mir noch von der Seite, die mir diesen Zeitungsausschnitt vorgelegt hat, gesagt, daß die „Schwäbische Tagwacht" ein relativ gemäßigtes sozialdemokratisches Blatt wäre, das dem Herrn Abgeordneten Dietz nahe stehe, der mir als einer der moderierten Herren von der Sozialdemokratie bezeichnet wird. Wie mag es da erst in anderen Köpfen aussehen!

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, nun hat der Herr Abgeordnete von Vollmar immer wieder gesprochen von einer Abhängigkeit Deutschlands von Rußland. Mich wundert es, daß der Herr Abgeordnete von Vollmar diesen Vorwurf erhoben hat, nachdem ich so oft vor diesem Hohen Hause ausgeführt habe, daß wir nicht von Rußland abhängig sind, daß wir auch Rußland nicht nachlaufen, daß wir aber auch gar keinen Anlaß haben, uns Rußland unangenehm zu machen, wie dies manche Leute gerne möchten. Im übrigen machen mir derartige Angriffe, die gegen diese unsere angebliche Abhängigkeit von Rußland gerichtet werden, nicht den mindesten Eindruck. Der Herr Abgeordnete von Vollmar hat soeben erst daran erinnert, daß vor 20, vor 40 Jahren genau dieselben Angriffe mit den gleichen Argumenten und den gleichen Schlagworten gegen einen Größeren gerichtet wurden, gegen den Fürsten Bismarck. Damals war geradeso die Rede vom deutschen Russenkurs wie heute, von angeblichen deutschen Schergendiensten, die jedem Deutschen die Schamröte ins Gesicht treiben müßten. Damals führte Fürst Bismarck, wie ich mich genau erinnere, einmal in einer Debatte aus, daß er aus solchen

unberechtigten Angriffen die Lehre entnehme, daß es gefährlich, daß es bedenklich wäre, über auswärtige Fragen zu sprechen, die man nicht genau kenne. Ich will nicht erörtern, ob das heute noch zutrifft, und auf wen es heute noch zutrifft.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete von Vollmar hat nun weiter die deutschen Schiffsverkäufe an die Kriegführenden zur Sprache gebracht. Während des ganzen bisherigen Verlaufs des ostasiatischen Krieges haben beide kriegführenden Parteien zahlreiche Handelsschiffe aus neutralem Privatbesitz meist durch Mittelspersonen käuflich erworben. In englischen Zeitungen finden Sie ausführliche Statistiken darüber, in wie zahlreichen Fällen solche Schiffe aus englischem Privatbesitz in den Besitz der japanischen Regierung übergegangen sind. Andererseits ist bekannt geworden, daß auch mehrfach deutsche Schiffe von den Kriegführenden — und zwar anscheinend in höherem Maße von den Russen als von den Japanern — erworben worden sind. Insbesondere sind neuerdings nach einer hierher gelangten amtlichen Mitteilung des Hamburger Senats eine Anzahl von Schiffen der Hamburg-Amerika-Linie durch Kauf in den Besitz einer russischen Privatfirma gelangt. Derartige Transaktionen sind nach feststehendem Völkerrecht neutralen Privatpersonen nicht verwehrt. Es versteht sich von selbst, daß die von der russischen Firma gekauften Schiffe fortan nicht mehr die deutsche Flagge führen dürfen, und daß die bisherige Bemannung nicht genötigt ist, unter russischer Flagge weiter zu dienen.

Sie sehen also, meine Herren, daß auch in der Frage der Schiffskäufe unser Verhalten der korrekten Stellung entspricht, die wir überhaupt gegenüber dem ostasiatischen Kriege einnehmen.

Diese unanfechtbare Haltung hat es freilich nicht verhindert, daß uns Vorwürfe gemacht werden. Von der einen Seite heißt es, daß wir zu Rußland neigten, und diese Tonart hat eben der Abgeordnete von Vollmar wieder vertreten. Andererseits habe ich erst in den letzten Tagen gelesen, wir wünschten die Schwächung von Rußland und deshalb die längere Fortdauer des Krieges. Das eine ist so unbegründet wie das andere. Und die beiden Regierungen, auf die es ankommt, wissen genau, woran sie mit uns sind. Insbesondere weiß die japanische Regierung, daß sie ebenso wie die russische auf unsere strikte und loyale Neutralität zählen kann. Ich nehme keinen Anstand, hier eine Depesche vorzulesen, die vor mir liegt, die ich

vor ganz kurzem aus Tokio erhalten habe und in welcher der Kaiserliche Gesandte mir meldet:

> Die japanische Regierung habe niemals deutschfeindlichen Ausstreuungen Glauben geschenkt, sie wisse, daß gegen uns Intrigen spielten.

— Wen der japanische Minister des Äußern im Auge hat, wenn er von Leuten spricht, die Japan einreden möchten, daß wir ihm unfreundlich gesinnt wären, das weiß ich nicht; aber vielleicht weiß es der Herr Abgeordnete von Vollmar. — Der japanische Herr Minister fuhr fort:

> Die japanische Regierung habe keinen Grund, über uns zu klagen oder uns zu mißtrauen; sie lege den größten Wert auf gute Beziehungen und sehe absolut keinen Grund zu einer Interessenkollision. Auch bat er mich, zu melden, daß die japanische Regierung uns wie anderen Mächten gegenüber vollzogene Tatsachen und erworbene Rechte in Ostasien respektieren werde. Es sei dies nicht allein der feste Entschluß der jetzigen Regierung, sondern bleibender, leitender Grundsatz der japanischen Politik.

Auf der anderen Seite weiß die russische Regierung ebenso genau, daß wir die Schwierigkeiten, in welche Rußland jetzt geraten ist, nicht benutzen werden, um Rußland Unbequemlichkeiten zu bereiten. Diese Beziehungen zu Rußland werden wir auch weiter in der bisherigen Weise sorgsam pflegen, ohne uns zu Rußland in einen Gegensatz bringen zu lassen, für welchen keinerlei reelles deutsches Interesse vorhanden ist.

(Lebhaftes Bravo.)

Ein weiterer Redner zur Etatsdebatte war der Abgeordnete Graf von Reventlow (Deutsche Reformpartei). Er begann mit einer Vertrauenserklärung, eine frühere Erklärung damit berichtigend, und hatte dann eine lange Reihe von Wünschen. Auch ihm antwortete der

Reichskanzler Graf von Bülow:

Um dem Herrn Vorredner zu beweisen, daß ich nicht bloß auf die Reden der Herren von der äußersten Linken antworte

(große Heiterkeit),

will ich sofort auch auf einige seiner Ausführungen erwidern. Ich sage, auf einige seiner Ausführungen. Denn der Herr Vorredner wird wohl selbst nicht erwarten, daß ich die Frage der Reorganisation der bestehenden Parteien jetzt hier sofort aus dem Stegreif behandle und löse.

(Heiterkeit.)

Auch die Frage des Automobilrennens von Homburg lasse ich beiseite. Dagegen möchte ich den Herrn Vorredner darauf aufmerksam machen, daß die öfters von mir ausgesprochene Mahnung, sich nicht in die inneren Verhältnisse anderer Länder einzumischen, nicht nur für die äußerste Linke gilt — sie gilt auch für den Herrn Grafen von Reventlow

(sehr gut!),

und sie gilt für unsere Studenten. Wir würden es uns ernstlich verbitten, wenn fremde Studenten sich in unsere Verhältnisse einmischen würden, wenn sie über deutsche innere Vorgänge, deutsche innere Streitigkeiten Resolutionen fassen wollten. Daß jeder Herr im eigenen Hause ist, und daß jeder am besten tut, vor der eigenen Tür zu kehren — das ist die Grundlage verständiger internationaler Beziehungen.

Unter dieselbe Rubrik fällt auch das, was der Herr Vorredner gesagt hat über die chinesischen Offiziere in deutschem Dienst. Wir haben gern deutsche Instrukteure nach China geschickt, und wir freuen uns, daß chinesische Offiziere im deutschen Heere den deutschen Dienstbetrieb erlernen.

Ebenso einseitig war, was der Herr Vorredner geäußert hat über die Verbindung eines jüngeren deutschen Diplomaten mit der Tochter eines hervorragenden japanischen Staatsmannes, eines Staatsmannes, der längere Zeit Japan in Berlin vertreten und hier die besten Erinnerungen zurückgelassen hat. Ich habe den Konsens für diese Verbindung gern erwirkt.

Der Herr Staatssekretär des Äußern behält sich vor, bei der Beratung seines Etats auf die einzelnen Beschwerdepunkte einzugehen, welche der Herr Graf von Reventlow hier auf dem Gebiete der auswärtigen Politik zur Sprache gebracht hat. Ich möchte mir meinerseits nur über einen Punkt, den er berührt hat, eine kurze Bemerkung gestatten. Der Herr Graf von Reventlow hat die Frage berührt, ob und wie etwa neue Vereinbarungen zwischen dritten Staaten unser Verhältnis zu Marokko beeinflußt haben. Er scheint unsere Politik in diesem Punkte zu untätig zu finden und zu glauben, daß wir uns hier Versäumnisse hätten zuschulden kommen lassen. Ich verstehe vollständig die Aufmerksamkeit, die man auch hier den Vorgängen in und um Marokko widmet. Ich erachte es für eine Pflicht der deutschen Regierung, dafür zu sorgen, daß auch in Zukunft unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko nicht geschädigt werden. Der gegenwärtige Augenblick ist aber für weitere

Erklärungen nicht geeignet. Ich behalte mir solche für später vor.

(Bravo!)

23. Die Abgeordneten Dr. Spahn, von Chrzanowski und Bebel.

Sitzung des Reichstages vom 16. März 1905.[1])

Der Titel „Reichskanzler und Reichskanzlei" stand bei der weiteren Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1905 auch an diesem Tage noch auf der Tagesordnung; der Reichskanzler nahm an der Beratung teil. Er kam in seiner Rede zuerst zurück auf eine Replik des Abgeordneten Dr. Spahn gegen seine (des Reichskanzlers) erste Rede vom Tage zuvor (s. o.), sodann auf Ausführungen des Abgeordneten von Chrzanowski (Pole) vom Tage zuvor und endlich auf die Rede des Abgeordneten Bebel, mit der dieser an diesem Tage den Redereigen eröffnet hatte.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich möchte zunächst mit einer kurzen Bemerkung auf eine Äußerung zurückkommen, die gestern der Herr Abgeordnete Spahn gemacht hat gegenüber meinen Ausführungen über eine eventuelle Vertretung von Elsaß-Lothringen im Bundesrat. Er hat gemeint, meine Antwort auf die erste Resolution hätte mehr meiner Stellung als preußischer Ministerpräsident wie meiner Stellung als deutscher Reichskanzler entsprochen. Die Sache liegt gerade umgekehrt. Als preußischer Ministerpräsident könnte mir eine Verstärkung des preußischen Einflusses im Bundesrat unter Umständen nicht gerade unangenehm sein; als deutscher Reichskanzler habe ich aber darüber zu wachen, daß das durch die Reichsverfassung festgelegte Stimmen- und Stärkenverhältnis im Bundesrat, das Gleichgewicht im Bundesrat nicht verschoben wird. In Erfüllung dieser meiner Pflicht als Reichskanzler habe ich hingewiesen auf die Bedenken und die Schwierigkeiten, welche der Erfüllung des in der ersten Resolution gestellten Antrages im Wege stehen. Das Pflichtbewußtsein des Reichskanzlers hat über etwaige Machtgelüste des preußischen Ministerpräsidenten den Sieg davongetragen.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, an den gestrigen Ausführungen des Herrn Abgeordneten von Chrzanowski hat mich vor allem interessiert und ge-

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., I. Session 1903/1905, 165. Sitzung.

wundert, daß sie hier überhaupt möglich waren. Ich glaube nicht, daß es irgend ein Land und irgend ein Parlament gibt, wo der Vertreter eines fremden Volksstammes sich in dieser Weise auslassen könnte über die Regierung, die Einrichtungen, die Geschichte und den Charakter des Staatswesens, in welchem er lebt.

(Lebhafte Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Der Herr Abgeordnete von Chrzanowski hat von preußischer Barbarei gesprochen, von barbarischen Maßnahmen

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten);

er hat davon gesprochen, daß Preußen die Gewohnheit habe, die Nachbarn einzuschläfern, um im geeigneten Moment seine Finger zum Ländererwerb auszustrecken.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

— Und daß das mit „sehr richtig!" von deutscher Seite begleitet wird, das kommt auch nur bei uns vor.

(Lebhafte Zustimmung.)

Der Herr Abgeordnete von Chrzanowski hat endlich erinnert an die Zeit, wo ein französischer Gouverneur in Berlin regierte und die Königin Luise an der Ostgrenze des Landes — wie er sich ausdrückte — den Kaiser Napoleon um Gnade bat. Jedenfalls wünsche ich allen deutschen Minoritäten in anderen Ländern eine so objektive Behandlung, ein solches Eintreten von den verschiedensten Seiten, wie in diesem Hohen Hause den Herren polnischen Abgeordneten zuteil wird.

(Sehr gut! rechts.)

Es ist mehr als 100 Jahre her, daß ein deutscher Dichter dem deutschen Volke zugerufen hat: „Nie war gegen das Ausland ein anderes Land gerecht wie du". Das stimmt im großen und ganzen noch heute. Derselbe Dichter fügte aber hinzu: „Sei nicht allzu gerecht, sie denken nicht edel genug, zu sehen, wie schön dein Fehler sei". Gut und edel zu sein ist dem Deutschen im allgemeinen auch heute noch mehr Bedürfnis, als national und politisch gescheit und geschickt zu handeln. Wir sind darin gerade umgekehrt wie andere Völker, die sagen und denken: wright or wrong, my country. Wir sind nun einmal weltbürgerlich angelegt

(Zurufe),

— ja wohl, das sind wir; wenn Sie, wie ich, lange im Auslande gelebt hätten, so würden Sie wissen, daß das deutsche Volk von allen Völkern am kosmopolitischsten veranlagt ist — wir müssen uns

geradezu zwingen, national zu denken, und wie der Augenschein lehrt, gelingt das vielen nicht einmal.

(Sehr richtig!)

Wir haben uns deshalb im Laufe unserer Geschichte auch ungefähr für alle fremden Völker begeistert

(sehr wahr! rechts);

wir haben uns auch lange für die polnische Aspiration begeistert. Viel Gutes ist dabei nicht herausgekommen, jedenfalls für uns nicht. Solche Erfahrungen, die harten Lehren der Geschichte und die Natur der Beziehungen unter den Völkern, die vorläufig noch im Zeichen des struggle for life stehen, nötigen uns, große politische, staatliche und nationale Fragen — und die Ostmarkenfrage ist eine große politische Machtfrage

(sehr wahr! rechts) —

lediglich zu behandeln im Hinblick auf die Einheit und die Integrität des eigenen Landes.

(Sehr richtig!)

Ich kann übrigens dem Hern Abgeordneten von Chrzanowski durchaus nicht zugeben, daß die Herausforderung, wie er das gestern ausführte, daß der Angriff von deutscher Seite ausgegangen wäre. Es ist die großpolnische Agitation, welche die Offensive ergriffen hat, die überall die Polen von den Deutschen abgesondert hat, die in alle wirtschaftlichen und kulturellen Angelegenheiten und Bestrebungen, die noch vor 40 bis 50 Jahren von deutscher Seite als Bindeglied zwischen Deutschen und Polen behandelt wurden, den nationalen Gegensatz hineingetragen hat. Es ist die polnische Agitation, die keine Gemeinsamkeit zulassen will zwischen Deutschen und Polen, weder auf materiellem, noch auf ideellem Gebiet. Es ist die großpolnische Agitation, welche die Kluft zwischen Deutschen und Polen immer breiter und tiefer gemacht hat. Und wenn wir uns das nicht länger gefallen lassen wollen, wenn wir uns dagegen zur Wehr gesetzt haben, so haben wir damit doch nur etwas ganz Selbstverständliches getan.

(Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Unsere Maßnahmen im Osten der preußischen Monarchie sind defensiver Natur

(sehr richtig! Widerspruch bei den Polen);

sie dienen einer Politik der Verteidigung. Ich habe an einer anderen

Stelle, im preußischen Abgeordnetenhause, an der Hand eines reichhaltigen Materials nachgewiesen, wie sehr das Deutschtum im Osten in die Verteidigungsstellung geschoben und gedrängt worden ist. Wir denken nicht daran, die Polen vertreiben zu wollen, wir wollen aber dafür sorgen, daß wir nicht von den Polen vertrieben werden

(Zuruf von den Polen)

— jawohl, unter Benutzung unserer verfassungsrechtlichen Institutionen, unter Benutzung auch der deutschen Geduld und Langmut, einer gewissen nationalen Indifferenz, die lange im Osten die Verhältnisse gekennzeichnet hat.

(Sehr richtig!)

Wenn der Herr Abgeordnete Graf Mielzynski gestern gemeint hat, daß das Ansiedlungsgesetz im Widerspruch stünde mit der Reichsverfassung, so hat mein verehrter Herr Nachbar schon nachgewiesen, daß das nicht der Fall ist. Ich möchte dem Grafen Mielzynski aber meinerseits bedeuten, daß die großpolnischen Agitationen direkt gegen den ersten Artikel der preußischen Verfassung gerichtet sind, welcher von der Integrität der preußischen Monarchie handelt.

(Lachen bei den Polen und Zurufe.)

Solche Reden, wie sie gestern Mitglieder der polnischen Fraktion gehalten haben, werden uns nur in dem Entschluß bestärken, die ganze Kraft des preußischen Staates einzusetzen, damit im Osten der Deutsche existenzfähig erhalten wird, damit die östlichen Provinzen der preußischen Monarchie auch weiter und für alle Zukunft in unauflöslichem Verbande bleiben mit der preußischen Monarchie und dem Deutschen Reich.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, ich komme jetzt zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel. Als ich den Saal betrat, machte mir der Herr Abgeordnete Bebel Vorhaltungen über den Ton, in dem ich gestern gegenüber Herrn von Vollmar gesprochen hätte. Ach du lieber Himmel! Seien Sie doch selbst erst freundlicher mit Herrn von Vollmar.

(Schallende Heiterkeit.)

Ziehen Sie selbst erst nettere Saiten auf gegenüber den Herren Revisionisten, ehe Sie mir so ungerechte Vorhaltungen machen.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat weiter einen Brief des Fürsten Bismarck vorgelesen, worin Fürst Bismarck sich mit der Diplomatie

beschäftigt. Dieser Brief war mir wohl bekannt. Er gehört zu den vielen schönen Briefen, die der Fürst Bismarck geschrieben hat, und die beweisen, daß er, wenn er nicht einer der größten Staatsmänner wäre, die je gelebt haben, doch einer der größten deutschen Schriftsteller sein würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Manches von dem, was der Herr Abgeordnete Bebel aus diesem Brief des Fürsten Bismarck über die Diplomatie verlesen hat — mein Gott, ich bin seit 30 Jahren Diplomat, aber ich bin objektiv genug, um zu sagen, daß vieles darin ganz richtig ist.

(Sehr gut! und große Heiterkeit.)

Aber der Fürst Bismarck hat auch sehr vieles sehr Richtige und Treffende über die Tendenzen und über den Charakter der Sozialdemokratie und ihrer Führer gesagt und geschrieben, und es würde mich außerordentlich freuen, wenn der Herr Abgeordnete Bebel gelegentlich solche Äußerungen des Fürsten Bismarck hier vorlesen würde.

(Sehr gut! und Heiterkeit rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, nun ist der Herr Abgeordnete Bebel weiter eingegangen auf die Auslieferungsverträge. Ja, meine Herren, der Herr Staatssekretär des Äußern hat gestern schon nachgewiesen, daß seit ungefähr 20 Jahren, seitdem diese Verträge bestehen, kein einziger Fall von Auslieferung auf Grund jener Verträge wegen politischer Vergehen erfolgt ist. Gegenüber dieser einfachen Tatsache hat doch, wie mir scheint, die hochgradige Erregung des Herrn Abgeordneten Bebel, die ihm sogar einen Ordnungsruf eingetragen hat, etwas Künstliches.

(Sehr richtig! rechts.)

Der Herr Abgeordnete Bebel hat auch von Kohlenlieferungen und Schiffsvermietungen an Rußland gesprochen. Ich habe mich über den Sachverhalt sogleich informiert. Nach den von der Hamburg-Amerika-Linie abgegebenen ausdrücklichen Versicherungen dürfen die deutschen Transportschiffe die russische Flotte nicht begleiten. Sie haben nur Kohlen nach bestimmten neutralen Hafenplätzen zu liefern und sich nach diesen Hafenplätzen nicht zusammen mit den russischen Kriegsschiffen, sondern getrennt von denselben und auf anderen Wegen zu begeben. Davon, daß gegenüber Mannschaften der deutschen Transportschiffe unterwegs und insbesondere vor Madagaskar ein rechtswidriger

Zwang von seiten der russischen Flotte geübt wurde, ist nicht das Allermindeste bekannt.

(Hört! hört! rechts. Na! na! bei den Sozialdemokraten.)

Es ist das auch in hohem Grade unglaubwürdig. Wenn die russischen Admiräle im Interesse der Geheimhaltung ihrer Maßnahmen und des Zustands ihrer Streitkräfte gewisse Vorkehrungen getroffen haben sollten, welche die Bewegungsfreiheit der deutschen Seeleute im Verhältnis zu den russischen Schiffen einschränkten, so wäre dagegen kaum etwas einzuwenden. Wenn die Hamburg-Amerika-Linie gegenüber ihren Seeleuten die Bestimmungen der deutschen Gesetze und des mit den Leuten geschlossenen Heuervertrags verletzt haben sollte, so würden wir sie in Deutschland selbstverständlich unnachsichtlich zur Verantwortung ziehen.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

Es liegt eben bis jetzt nicht der mindeste tatsächliche Beweis dafür vor, daß die Hamburg-Amerika-Linie in dieser Weise irgendwie ihren Pflichten zuwidergehandelt hätte.

(Hört! hört! rechts.)

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel ist dann wieder auf den Königsberger Prozeß zurückgekommen. Ich muß zunächst mit der größten Entschiedenheit den Angriff zurückweisen, den durchaus unberechtigten und ungerechten Angriff, den der Abgeordnete Bebel bei der Gelegenheit gegen den nicht hier anwesenden Herrn preußischen Justizminister gerichtet hat, sowie die Art und Weise wie er sich bemüht hat, das Vertrauen des preußischen Richterstandes zu dem höchsten preußischen Justizbeamten zu untergraben. Ich weise diesen Angriff des Herrn Abgeordneten Bebel als eine durchaus ungerechtfertigte Verdächtigung zurück.

(Bravo! rechts.)

Im übrigen habe ich mich über die politische Seite des Königsberger Prozesses nun schon zwei- oder dreimal hier ausgesprochen.

(Sehr richtig! rechts.)

Materiell, nach der sachlichen und juristischen Seite ist der Königsberger Prozeß im preußischen Abgeordnetenhause klargestellt worden; ich habe also gar keine Veranlassung, hier auf dieses Thema nochmals zurückzukommen.

(Bravo! und sehr richtig! rechts.)

Nun hat der Abgeordnete Bebel auch einen Fall zur Sprache gebracht, der sich in Schneidemühl ereignet haben soll. Das, meine Herren, ist nun wieder ein rechter Beweis für — ich will nicht sagen: die Leichtgläubigkeit des Herrn Abgeordneten Bebel; der Ausdruck liegt mir fern —, aber wirklich für die jugendliche Raschheit

(stürmische Heiterkeit),

mit der er Behauptungen aufstellt, die sich dann nachher als unbegründet herausstellen, und ich hoffe, der Herr Abgeordnete Bebel wird mir sofort zugeben, daß ich in diesem Falle doch mal recht habe.

(Heiterkeit.)

Der preußische Minister des Innern hat in der Sitzung des preußischen Abgeordnetenhauses vom 10. Dezember v. J. darauf hingewiesen, daß es früher zwischen Rußland und Preußen einen Vertrag über die Auslieferung von Deserteuren gab. Dieser Vertrag, dieser Kartellvertrag, wäre aber im Jahre 1869 oder 1870 abgelaufen, und er wäre seitdem nicht wieder erneuert worden

(hört! hört! bei den Nationalliberalen);

seitdem wäre niemals wieder ein Deserteur nach Rußland ausgeliefert worden. Dem habe ich weiter nichts hinzuzufügen.

Nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Bebel weiter und nicht ohne Pathos dargelegt, daß die Sozialdemokratie nicht den Krieg mit Rußland wolle, und er hat dabei mir den Vorwurf gemacht, daß ich die Behauptung, daß die Sozialdemokratie den Krieg mit Rußland anstrebe, nun schon zum vierten oder fünften Male wiederholte.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Herr Bebel, Hand aufs Herz! Haben Sie nicht auch heute in Ihrer Rede eine Menge Dinge gesagt, die ich, seitdem ich das Vergnügen habe, mich ab und zu mit Ihnen auseinanderzusetzen, also seit sieben oder acht Jahren, nicht auch schon oft gehört habe?

(Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.)

Solche Mätzchen sollten wir uns doch allmählich abgewöhnen.

(Allseitige große Heiterkeit.)

Ich verspreche aber dem Herrn Abgeordneten Bebel, daß ich ihm die Kriegswünsche gegen Rußland nicht vorbehalten werde, wenn die Sozialdemokratie durch ihr tatsächliches Verhalten beweist, daß sie den Krieg

mit Rußland nicht will. Wenn die Sozialdemokratie den Krieg mit Rußland nicht will, warum hetzt denn die sozialdemokratische Presse, die doch sonst eine sehr disziplinierte Presse ist

(Zurufe rechts)

— sein muß, wird mir nicht mit Unrecht zugerufen. Gewiß! das ist richtig. Ich erinnere nur an den scharfen Verweis, den der Herr Abgeordnete Bebel im vergangenen Dezember der sozialdemokratischen Presse erteilte, an jenen scharfen — ich hätte beinahe gesagt — Ukas

(große Heiterkeit),

wo von den Nerven der sozialdemokratischen Redakteure die Rede war, von den Denkerstirnen der sozialdemokratischen Redakteure. Nie ist es mir eingefallen, in diesem Tone zur Presse zu sprechen; das werden mir die Herren da oben bezeugen können.

(Große Heiterkeit.)

Also, warum hetzt die sozialdemokratische, die so wohl disziplinierte Presse bei jeder Gelegenheit gegen Rußland? Warum hat beim Beginn des ostasiatischen Krieges eine dem Herrn Abgeordneten Bebel besonders nahestehende Feder in der „Neuen Zeit" programmatische Auslassungen darüber veröffentlicht, daß aus dem ostasiatischen Kriege eine gründliche Änderung der europäischen Landkarte hervorgehen sollte? Warum hat die sozialdemokratische Publizistik bei dem Zwischenfall von der Dogger Bank, wie ich das im Dezember hier nachgewiesen habe, alles getan, um diesen Zwischenfall zu vergiften und womöglich einen Zusammenstoß zwischen England und Rußland herbeizuführen? Warum hat die sozialdemokratische Presse bei der Beschlagnahme einiger deutscher Handelsschiffe und bei dem kleinen Vorfall mit einem Geestemünder Dampfer, dessen Namen ich inzwischen vergessen habe, uns aufgefordert, gegen Rußland vom Leder zu ziehen? Warum veröffentlicht die „Schwäbische Tagwacht" den Artikel, den ich gestern hier vorgelesen habe? Warum schrieb vor einigen Tagen das eigentliche Leibblatt des Herrn Abgeordneten Bebel, also natürlich der „Vorwärts"

(Heiterkeit):

> Die russische Regierung verdient, vom Erdboden vertilgt zu werden.

(Sehr gut! bei den Sozialdemokraten.)

— Da rufen Sie „sehr gut!". Nun bin ich neugierig, ob Sie auch zu dem Nachsatz „sehr gut" sagen werden:

Und die ganze zivilisierte Welt, soweit sie diesen Namen überhaupt verdient, muß sich zum Vernichtungskriege gegen sie
— d. h. die russische Regierung —
vereinigen.

Ich weiß nicht, warum der Herr Abgeordnete Bebel, dem eine gewisse Aufrichtigkeit nicht abzusprechen ist, gerade in dieser Beziehung aus seinem Herzen eine Mördergrube macht. Wir wissen ja alle, daß die Sozialdemokratie nichts Lebhafteres wünscht, als die bestehende Ordnung in Rußland zu stürzen

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten),

und daß sie dafür alle diejenigen Mittel anwendet, die in ihrer Macht stehen. Vorläufig sind Sie noch nicht in der Lage, über unsere Armee und über unsere Flotte zu disponieren. Wären Sie dazu in der Lage, so würden Sie wahrscheinlich, wie dies die „Schwäbische Tagwacht" verlangte, die Armee gegen Rußland marschieren lassen und gleichzeitig, wie dies im Sommer ein anderes sozialdemokratisches Blatt von mir forderte, die deutsche Flotte nach Kronstadt schicken.

Demgegenüber weise ich nochmals darauf hin, daß solche Einmischungen in die Verhältnisse fremder Länder und daß solche Reden über die Verhältnisse fremder Länder, wie sie eben der Herr Abgeordnete Bebel gehalten hat, die Beziehungen zu den fremden Ländern stören

(sehr richtig! rechts),

damit unsere auswärtige Politik erschweren, unsere Beziehungen zum Auslande belasten. Daß der Herr Abgeordnete Bebel hier nicht die Verantwortung übernehmen will für einen leichtfertigen Krieg mit Rußland, das kann ich mir wohl denken. Die Regierung eines großen Landes hat aber nicht nur leichtsinnige Kriege zu vermeiden, sie hat auch dafür zu sorgen, daß die Beziehungen zu anderen Regierungen so bleiben, daß wir den Eventualitäten der Zukunft mit möglichster Ruhe entgegensehen können.

(Sehr richtig! rechts.)

Gegenüber den heftigen und bedauerlichen Äußerungen, in denen sich der Herr Abgeordnete Bebel eben ergangen hat über die inneren Verhältnisse von Rußland, richte ich an ihn die Frage: mit welchem Rechte spielt denn die Sozialdemokratie in dieser Weise den Hofmeister des Auslandes? mit welchem Recht mischen Sie sich in die Verhältnisse anderer Länder, in Vorgänge, die der Justizhoheit eines anderen Landes unterliegen?

Der Herr Abgeordnete Bebel hat drei- oder viermal das Wort „Entrüstung“ gebraucht. Meine Herren, da sich der Herr Abgeordnete Bebel für Äußerungen des großen Fürsten Bismarck interessiert, so will ich ihm ein kleines persönliches Erlebnis erzählen. Als ich viel jünger war, schrieb ich einmal als Geschäftsträger — ich will nicht sagen, von welchem Posten aus — einen Bericht, in dem das Wort „Entrüstung“ vorkam. Da ließ mich Fürst Bismarck darauf aufmerksam machen, daß „Entrüstung“ kein politischer Ausdruck sei.

(Heiterkeit.)

Der Politiker — so schrieb mir Fürst Bismarck — werde durch Vorgänge mehr oder weniger angenehm berührt.

(Heiterkeit.)

Er reagiere in dieser oder jener Weise auf Vorgänge, aber er entrüste sich nicht. Jedenfalls sollte mit dem Wort „Entrüstung“ sparsam umgegangen werden, und es hat erst recht keinen Wert im Munde desjenigen, der sich immer gleich entrüstet, wenn irgend etwas gegen seinen subjektiven Strich geht, gegen seine vorgefaßten Meinungen, Rankünen und Liebhabereien. Es ist aber, und ich sage das bei diesem Anlaß ganz offen, eine alte deutsche Sitte oder vielmehr Unsitte, immer zu protestieren, wenn irgendwo im Auslande etwas passiert, was uns in der Theorie als Unrecht erscheint. So haben wir vor siebzig, achtzig Jahren den Griechenrummel gehabt, ich habe eben von dem Polenrummel gesprochen, der damals den Griechenrummel ablöste, und wir selber haben den Bulgarenrummel und den Burenrummel

(Bewegung)

erlebt. Jawohl, meine Herren, das sage ich ganz offen und frei. Und jetzt möchte man auf jener Seite des Hauses einen Russenrummel inszenieren. Das ist ein Beweis für die Richtigkeit des alten Satzes von Hegel, daß die Völker wenig aus der Geschichte lernen. Was ich sage, meine Herren, das gilt natürlich ebenso gut für legitimistische Schrullen wie für revolutionäre Schrullen. Es ist ebenso falsch, wenn von radikaler und zum Teil auch von liberaler Seite jetzt die inneren Vorgänge in Rußland betrachtet werden lediglich durch die Brille des Liberalismus, als wenn man in der Zeit der heiligen Allianz alles, was in Europa passierte, vom Standpunkt des Legitimitätsprinzips auffaßte. Und wenn der Herr Abgeordnete Bebel angedeutet hat, daß wir der russischen Regierung zu Hilfe kommen wollten, so kann ich ihm darauf nur erwidern, daß so etwas von uns gar nicht

verlangt wird und wir an so etwas gar nicht denken. Wir denken gar nicht daran, uns in innere russische Verhältnisse einzumischen, deutsches Blut und Gut unnütz zu exponieren. Eine solche Interventions-, eine solche Tendenzpolitik überlassen wir der Sozialdemokratie.

(Sehr gut! rechts.)

Ob wir, meine Herren, mit den russischen Regierungszuständen innerlich einverstanden sind oder nicht, ob wir in Rußland diese oder jene politische Entwicklung innerlich wünschen, das kommt gar nicht in Frage. Die Politik ist eine praktische Kunst, die praktisch betrieben werden muß. Wir würden schön hineinfallen, wenn wir uns von abstrakten Prinzipien leiten ließen, während alle anderen, auch die Franzosen, Herr Bebel, nach ihren Interessen gehen. Ich habe hier eine Resolution vor mir liegen, welche eine Stuttgarter Volksversammlung gefaßt und die sie mir zugeschickt hat. Da heißt es:

> Die Versammlung anerkennt es als Pflicht jedes aufgeklärten Menschen, die russische Freiheitsbewegung, soviel in seinen Kräften steht, zu unterstützen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wenn Sie „sehr richtig!" rufen, meine Herren, so antworte ich darauf, daß dieser Beschluß jener Volksversammlung, mit Verlaub zu sagen, Unsinn ist. Der aufgeklärte Mensch hat gar nicht seine Finger in jeden fremden Topf zu stecken; sondern der aufgeklärte Mensch hat lediglich dafür zu sorgen, daß die Sicherheit und Wohlfahrt des eigenen Landes nicht gefährdet wird.

(Lebhaftes, mehrseitiges Bravo.)

---

24. Russische Anleihe. — Ostmarkenpolitik. — Polnischer Aufstand von 1848. — Preußische Versäumnisse. — Kulturkampf.

Sitzung des Reichstages vom 17. März 1905.[1]

Die Beratung der letzten Tage wurde in dieser Sitzung zu Ende geführt; noch zweimal sah sich der Reichskanzler veranlaßt, in die Debatte einzugreifen.

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per. I. Session 1903/05, 166. Sitzung.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Der Herr Vorredner[2]) scheint die Vorliebe für Freizügigkeit, der vorhin ein anderer Redner seiner Partei[3]) Ausdruck gegeben hat, nicht auf das wirtschaftliche Gebiet auszudehnen. In so patriarchalischen Verhältnissen leben wir aber doch nicht mehr, daß ein derartiger Eingriff in die wirtschaftliche Freiheit und in die Bewegung der Börsen möglich wäre, wie ihn der Herr Vorredner zu wünschen scheint. Richtig ist, daß eine russische Anleihe in Berlin vor einiger Zeit aufgenommen worden ist, daß deutsche Banken in Verbindung mit holländischen und russischen Banken diese Anleihe finanziert haben. Richtig ist auch, daß deutsche Kapitalisten es vorteilhaft gefunden haben, ihr Geld in russischen Werten anzulegen. Das war aber eine reine Privatsache. Für die Regierung stand die Frage so, ob sie dieser russischen Anleihe entgegenarbeiten, ob sie eine solche russische Anleihe in Deutschland verhindern sollte — dazu lag bei den guten politischen Beziehungen, in denen wir zu Rußland stehen, keine Veranlassung vor.

(Hört! hört! links.)

Wenn die Japaner die Absicht haben sollten, bei uns eine Anleihe aufzunehmen, so würden wir auch ihnen keine Schwierigkeiten bereiten. Es ist schon neulich darauf hingewiesen worden, daß seinerzeit, vor zwanzig Jahren, Fürst Bismarck eine Kampagne gegen die russischen Anleihen in Deutschland eröffnet hätte. Man sollte sich dabei aber den Grund vergegenwärtigen, der den Fürsten Bismarck zu seiner damaligen Haltung veranlaßt hat. Dieser Grund war, daß Fürst Bismarck in jener Zeit annahm, das von Rußland bei uns aufgenommene Geld sollte für russische Rüstungen gegen Deutschland verwandt werden. Eine solche Besorgnis besteht heute nicht, und wir hatten deshalb jetzt keinen Grund, uns gegen eine russische Anleihe feindlich zu stellen. Derselbe Fürst Bismarck hat, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, beim Beginn des russisch-türkischen Krieges eine russische Anleihe in Deutschland gern zugelassen, und er hat, wie ich mich bestimmt erinnere, im Jahre 1884 oder 1885 offiziös russische Anleihen in Deutschland empfehlen lassen. Und, meine Herren, wenn darauf hingewiesen worden ist, daß Fürst Bismarck allerdings später den russischen Anleihen in Deutschland entgegengetreten ist, so kann ich Ihnen auch hierüber eine charakteristische

---

[2]) Abg. Bernstein.

[3]) Abg. Haase (Königsberg).

Äußerung des Fürsten Bismarck mitteilen. Damals brachte ein Berliner Blatt, welches der linken Seite dieses Hohen Hauses näher steht als der rechten, einen Artikel, in dem es etwa ausführte: „Wer weiß, wie lange diese feindliche Haltung der deutschen Regierung dauern wird? Jetzt werden die russischen Werte vertrieben; vielleicht kommt nächstens wieder eine Zeit, wo die russischen Werte an der Berliner Börse nicht nur zugelassen, sondern sogar von der Regierung empfohlen werden." An den Rand dieses Artikels schrieb Fürst Bismarck: „Natürlich, je nach Bedürfnis!"

Nun hat sich der Herr Abgeordnete Bernstein lebhaft bemüht, die Stimmung für russische Werte möglichst flau zu machen. Ich weiß nicht, wie weit seine Äußerungen einen Einfluß haben werden auf die Börse. Es ist vollkommen richtig, daß der Kurs der russischen Papiere sich bis jetzt gehalten hat; das erklärt sich aber einfach daraus, daß die große Mehrheit der Inhaber russischer Papiere in Deutschland noch immer ein größeres Vertrauen in die wirtschaftlichen und politischen Verhältnisse von Rußland und in die Zukunft des russischen Reiches zu haben scheint als die Herren von der Sozialdemokratie; daß die Inhaber russischer Werte es deshalb vorziehen, die russischen Werte, die sie besitzen, nicht panikartig zu verschleudern, sondern daß sie sie lieber aufheben für bessere Zeiten.

Nun, meine Herren, muß ich mich noch mit einigen Worten zu dem wenden, was der Herr Abgeordnete Spahn soeben am Schlusse seiner Ausführungen über die Ostmarkenpolitik der preußischen Staatsregierung bemerkt hat. Der Herr Abgeordnete Spahn hat gemeint, daß in dem Kampfe, der in den östlichen Provinzen der preußischen Monarchie ausgefochten wird, die Offensive ergriffen worden wäre von deutscher Seite.

(Sehr richtig! bei den Polen.)

Dem muß ich mit großer Entschiedenheit entgegentreten. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß dieser Kampf uns aufgezwungen worden ist

(lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen)

von denjenigen, die das Deutschtum im Osten der preußischen Monarchie bekämpfen, und die trotz aller schönen Redensarten am letzten Ende darauf ausgehen, die gemischtsprachigen Provinzen zu trennen von der preußischen Monarchie.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Und wenn der Herr Abgeordnete Spahn von der guten Gesinnung des Gros der polnischen Bevölkerung gesprochen hat, so erwidere ich darauf, daß unsere Politik sich nicht gegen den friedlichen Teil der polnischen Bevölkerung richtet, sondern sie richtet sich gegen die großpolnische Agitation

(Unruhe bei den Polen),

mit der eine ihrer Pflichten sich bewußte preußische Regierung nicht in Frieden leben kann!

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Nun hat der Herr Abgeordnete Spahn weiter gemeint, daß unsere Ostmarkenpolitik nicht nur politische, sondern auch konfessionelle Ziele verfolge!

(Sehr richtig! bei den Polen.)

Es wundert mich, meine Herren, daß solcher Vorwurf hat erhoben werden können, wo ich so oft betont habe, mit wie großem Ernst ich Gerechtigkeit gegenüber beiden Konfessionen anstrebe. Den Gedanken, daß unsere Ostmarkenpolitik sich gegen das katholische Bekenntnis richten soll, sei es gegen das katholische Bekenntnis im allgemeinen in unseren östlichen Provinzen, sei es auch gegen das katholische Bekenntnis der polnischen Bevölkerung, weise ich mit Entschiedenheit zurück. Ich würde die für unsere östlichen Provinzen von mir vorgeschlagenen und durchgesetzten Maßregeln nicht beantragt haben, wenn ich glaubte, daß sie zur Verschärfung konfessioneller Gegensätze benutzt werden könnten. Was speziell die Ansiedler anbelangt, so sind mir alle deutschen Ansiedler gleich lieb, gleichviel welcher Konfession sie angehören, wenn sie sich nur der Pflichten bewußt sind, die das Deutschtum den Deutschen im Osten auferlegt.

(Bravo! rechts. Bewegung bei den Polen.)

In einer so großen Frage, wie es die Ostmarkenfrage ist, sollte nach meiner Ansicht der konfessionelle Gegensatz so viel als möglich zurücktreten.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Unter den Rednern des Tages befanden sich zwei Mitglieder der polnischen Fraktion, die Abgeordneten Graf von Brudzewo-Mielzynski und Dr. von Jazdzewski. Gegen ihre Ausführungen wandte sich der Reichskanzler in einer zweiten Rede dieses Tages.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich möchte in aller Kürze auf die letzten Ausführungen der beiden Herren von der polnischen Fraktion antworten. Der Herr Abgeordnete Graf Mielzynski hat zur Rechtfertigung des polnischen Aufstandes vom Jahre 1848 darauf hingewiesen, daß damals auch die Berliner einen Aufstand gemacht hätten. Das ist richtig, und das war sehr unrecht und sehr töricht von den Berlinern.

(Große Heiterkeit.)

Gegenüber diesem Rechtfertigungsversuch muß ich aber doch auf zwei Punkte hinweisen: einmal darauf, daß die Berliner niemals die Absicht gehabt haben, sich vom preußischen Staate loszureißen, wie das damals unzweifelhaft die Intention der polnischen Aufständischen war. Der Berliner will ja hoch hinaus; aber das hat er damals nicht angestrebt.

(Große Heiterkeit.)

Und weiter möchte ich darauf hinweisen, daß die Aufständischen in Berlin damals von polnischen Agitatoren angeführt worden sind

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen),

angeführt in der doppelten Bedeutung des Wortes.

(Heiterkeit.)

Meine Herren, ich erkenne gern an, daß der Herr Abgeordnete von Jazdzewski sich einer maßvollen Sprache befleißigt hat. Ich kann wohl sagen, daß er im Gegensatz zu den beiden Herren Vorrednern von der polnischen Fraktion sich einer versöhnlichen Sprache bedient hat, und ich werde ihm ebenso maßvoll antworten. Ich werde ihm nicht antworten mit jener Leidenschaftlichkeit des Tones, die er der Ministerbank vorgeworfen hat, und von der ich noch nichts bemerkt habe.

Der Herr Abgeordnete von Jazdzewski hat gemeint, die preußische Regierung hätte seit dem Jahre 1815 ihre Pflicht insofern nicht erfüllt, als sie es versäumt hätte, durch richtiges Entgegenkommen, durch die richtige Beschwichtigung polnischer Erinnerungen, Empfindungen und Wünsche die polnische Bevölkerung zu gewinnen. Meine Herren, das trifft nicht zu. Solche Beschwichtigungs- und Versöhnungsversuche sind von seiten der preußischen Regierung wiederholt unternommen worden. Sie sind unternommen worden in den vierziger, in den fünfziger und in den neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts. Bei diesen Versuchen ist aber für die preußischen und deutschen Staats-

interessen nie etwas herausgekommen. Es ist dabei nur herausgekommen, daß die polnischen Aspirationen immer exorbitanter wurden.

(Sehr richtig! rechts.)

Und wenn der Herr Abgeordnete von Jazdzewski nicht ohne Wehmut an die Zeit erinnert hat, als auch die polnische Fraktion gewisse Annäherungsversuche gegenüber der preußischen Regierung unternommen hätte, so hoffe ich ihm nicht zu nahe zu treten, wenn ich sage, daß er diese Versuche am besten selbst charakterisiert hat, indem er meinte, er lasse es dahingestellt sein, ob sie, wie er sich ausdrückte, „aus bestem Herzen" hervorgegangen wären. Ich fürchte, meine Herren, daß sie nicht aus bestem Herzen hervorgegangen sind. Und deshalb hat mit Recht Fürst Bismarck damals seine mahnende Stimme erhoben und darauf hingewiesen, daß dieses Entgegenkommen der preußischen Regierung von der großpolnischen Agitation — ich vermag keinen Unterschied zu machen zwischen der großpolnischen Agitation und der großen Mehrheit der polnischen Politiker; Herrn von Jazdzewski nehme ich ausdrücklich aus

(Heiterkeit) —

benutzt würde, um das Deutschtum in den gemischtsprachigen Provinzen zurückzudrängen, um das Polentum auf Kosten des Deutschtums und zum Schaden der deutschen Sache zu fördern.

Der Herr Abgeordnete von Jazdzewski hat auch an den Kulturkampf erinnert. Ich glaube, ich kann es wohl sagen, daß in dieser Richtung unsere katholischen Mitbürger einen erheblichen Umschwung anerkennen müssen und viele ernstliche Beschwerden nicht mehr erheben können

(Oho! in der Mitte),

daß in dieser Beziehung gegen mich kein begründetes Mißtrauen vorhanden sein kann. Es ist auch nicht richtig, daß die deutsch-evangelische Bevölkerung im Verhältnis zur polnisch-katholischen sich seit dem Erlaß des Ansiedlungsgesetzes vermehrt hätte. Im Gegenteil, die polnisch-katholische Bevölkerung hat trotz des Ansiedlungsgesetzes im Verhältnis zur deutsch-evangelischen Bevölkerung zugenommen. Und deshalb, meine Herren, wird die Königlich preußische Staatsregierung und werde ich auch ferner fortfahren, das Deutschtum im Osten zu schützen mit allen Mitteln, die uns zu Gebote stehen.

(Bravo! rechts und bei den Nationalliberalen.)

---

25. Berggesetznovelle.

Sitzung des Abgeordnetenhauses vom 27. März 1905.[1])

Zur ersten Beratung standen die Entwürfe für zwei Novellen zum Berggesetz vom 24. Juni 1865 und 1892. Die erste dieser zwei Novellen betraf das Verbot des Wagennullens, die Einführung von Arbeiterausschüssen, die Beschränkungen der Arbeitszeit und der Strafgelder sowie die Zulassung von Arbeiterkontrolleuren.

Die Debatte wurde eröffnet vom

Ministerpräsidenten Reichskanzler Grafen von Bülow:

Meine Herren, von den beiden Novellen zum Berggesetz, die jetzt den Gegenstand der Beratung in diesem Hohen Hause bilden sollen, beruht die eine Novelle, über den Betriebszwang, im wesentlichen auf früheren Beschlüssen dieses Hohen Hauses. Die andere, die Novelle über die Arbeiterverhältnisse, hat schon vor ihrem Erscheinen Anlaß geboten zu lebhaften Erörterungen in der Presse, in den Vereinen, auch in den parlamentarischen Körperschaften. Diese Erörterungen waren nicht immer objektiv, sie waren vielfach beherrscht von wirtschaftlichen oder Parteiinteressen. Der Grund hierfür ist wohl zum Teil in dem Zeitpunkt der Ankündigung dieses Gesetzentwurfs zu suchen. Der Gesetzentwurf wurde in Aussicht gestellt während eines Kampfes, der nicht nur Arbeitgeber und Arbeitnehmer, sondern auch weitere Kreise in zwei Lager getrennt hatte.

Man hat den Gesetzentwurf ein Notgesetz, man hat ihn ein Gelegenheits-, ein Verlegenheitsgesetz genannt. Diese Bezeichnung ist geeignet, die Mißdeutung hervorzurufen, als ob Anlaß und Zweck der Ihnen vorgeschlagenen Maßnahmen lediglich in einem augenblicklichen, gleich einem Naturereignis plötzlich hereingebrochenen Notstand und in dessen Linderung enthalten wären. Dem gegenüber muß ich zunächst darauf hinweisen, daß die Königliche Staatsregierung schon vor dem Ausbruch des großen Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier nicht nur mit den Gesetzentwürfen beschäftigt war, die das ungerechtfertigte Stillegen von Zechen verhindern und das Knappschaftswesen neu regeln sollten. Es schwebten vielmehr auch Erwägungen über die gesetzliche Einführung einiger den Arbeitsvertrag betreffender sozialpolitischer Maßnahmen, die

---

[1]) Sten. Ber. d. Verhandl. d. Hauses d. Abg., 20. Leg.-Per., I. Session 1904/05, 169. Sitzung.

in den staatlichen Bergwerken des Saarreviers bereits bestehen und sich dort schon bewährt haben.

Wenngleich ich, meine Herren, es meinem Herrn Nachbar, dem Herrn Ressort- und Handelsminister, überlassen muß, diesen Gesetzentwurf im einzelnen zu vertreten und zu begründen, so möchte ich Sie doch auch meinerseits um eine entgegenkommende, ruhige und sachliche Prüfung desselben bitten und zu diesem Zweck in Kürze einige Streiflichter auf den vorhergegangenen Kampf und auf dessen Begleiterscheinungen werfen.

Meine Herren, ich erkenne gern an, daß die ausständigen Bergarbeiter im großen und ganzen eine ruhige Haltung bewahrt haben, und daß die — leider unter Kontraktbruch — niedergelegte Arbeit aus Gründen der Vernunft und im Vertrauen auf Entgegenkommen der Arbeitgeber und auf die in Aussicht gestellten gesetzlichen Schritte wieder aufgenommen worden ist. Das ändert aber nichts an der Tatsache, daß der Streik selbst mit einer Unrechtmäßigkeit begonnen hat; es ändert nichts daran, daß beim Beginne des Streiks die Stimme der Leidenschaft über besonnene Erwägung die Oberhand behalten hatte. In ihren Lohnforderungen haben die Arbeiter nichts erreicht; ihre materielle Lage hat sich verschlechtert durch den Lohnausfall, der auf 500000 bis 600000 M. für den Tag berechnet worden ist. Viel Not, viel Elend ist zu meinem tiefen Bedauern über manche Arbeiterfamilie gekommen. In einer sozialdemokratischen Zeitung habe ich gelesen, daß im Ruhrrevier eine Bevölkerung von zirka 1 Million Menschen infolge des Streiks ihren Lebensunterhalt um mehr als die Hälfte habe herabsetzen müssen. Die Arbeiter haben selbst erfahren müssen, eine wie zweischneidige Waffe ein solcher Lohnkampf ist. Mögen sie dafür vor allem die Hetzer und Wühler verantwortlich machen

(sehr richtig!),

durch die sie sich zur Niederlegung der Arbeit haben verleiten lassen.

Auf der anderen Seite verstehe ich ganz wohl, daß die Zechenbesitzer und daß die Organisation der Grubenbesitzer, der Bergbauliche Verein, zunächst nicht mit kontraktbrüchigen Arbeitern und ihren Vertretern verhandeln wollten. Dieser Widerstand mußte aber aufgegeben werden, als die Königliche Staatsregierung im Hinblick auf die weitreichenden schädlichen Folgen dieses Ausstandes von nahezu 200000 Bergarbeitern im größten Kohlenrevier der preußischen Monarchie mit den

Arbeitervertretern in Unterhandlung getreten war und ihrerseits eine Vermittlung anzubahnen versuchte.

(Sehr richtig! links.)

Wozu die Königliche Staatsregierung bereit war, das konnten die Zechenbesitzer auch.

(Sehr richtig!)

Die Zechenbesitzer wollten die Siebenerkommission, die gebildet war aus Vertretern der christlichen und sozialdemokratischen Gewerkschaft und des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, nicht als berufene Vertretung der Belegschaften anerkennen. Dabei spielte zweifellos grundsätzliche Abneigung der Unternehmer gegen die Organisationen der Arbeiter als solche mit. Meine Herren, wenn wir sehen, wie die moderne Entwicklung mehr und mehr zum Großbetriebe, zum Riesenbetriebe hindrängt, wenn wir sehen, wie die Kapitalkräfte sich syndizieren und kartellieren, wie das alte persönliche Verhältnis zwischen dem Fabrikherrn und seinen Arbeitern immer mehr schwindet, wenn wir sehen, wie der Arbeiter gegenüber der unpersönlichen Kapitalsmacht vielfach allmählich zur bloßen Zahl wird, können wir da das Bestreben der Arbeiter unbillig finden, auch ihrerseits durch Zusammenschließen zu Vereinen, zu Verbänden von der Macht der Zahl zu profitieren? Ich habe im Reichstag gesagt, daß es ein schwieriges Problem ist, einerseits die kartellierten Kapitalkräfte, andererseits die Gewerkschaftsbildung in den richtigen, durch das Gemeinwohl gezogenen Grenzen zu halten. Dieses Problem ist nach meiner festen Überzeugung nicht in dem Sinne zu lösen, wie es die Haltung der beteiligten Zechenbesitzer und Banken in der Hibernia-Angelegenheit und gegenüber den staatlichen Vermittlungsversuchen bei der Kalamität des Bergarbeiterstreiks anzeigt, das heißt im Sinne möglichster Ausschaltung des Staates. Das geht nicht, der Staat muß seine ordnende und schützende Hand auch auf diesem weiten Gebiet walten lassen.

Meine Herren, man hat auch auf den Anteil der Sozialdemokratie an diesem Streik hingewiesen, auf die Haltung, welche diese die Existenzberechtigung des heutigen Staates überhaupt leugnende Partei vor, während und nach dem Streik im Ruhrrevier eingenommen hat. Ganz einverstanden, meine Herren! Die verhetzende Tätigkeit der Sozialdemokratie ist kaum je drastischer zutage getreten als bei diesem Anlaß. Diese Tätigkeit mag für die Zeit unmittelbar vor dem Ausbruch des Streiks schwieriger nachzuweisen sein. Es handelt sich eben um das allmäh-

liche Wachsen der Saat des Hasses gegen die bestehende Ordnung der Dinge

(sehr richtig!),

der Unzufriedenheit mit Gott, Staat, Obrigkeit, jene utopistische Vorstellung von einer Welt, wo es keine Großen und Kleinen, keine Armen und Reichen, wo es nicht einmal mehr gute und böse Menschen geben soll. Es ist auch möglich, daß die lokalen Führer der sozialdemokratischen Gewerkschaften im Ruhrrevier diesmal vom Ausbruch des Streiks abgeraten, daß sie sich um einen ruhigen Verlauf des Streiks bemüht haben. Als aber das Unheil im Gange war, setzte die sozialdemokratische Presse auf der ganzen Linie ein, um den Kampf nach Möglichkeit zu verbittern und zu vergiften. Der nicht nur von der Autorität des Gesetzes diktierte, sondern wirklich arbeiterfreundliche Rat des obersten Reichsbeamten, sich nicht zu Ausschreitungen hinreißen zu lassen, wurde von dem Führer der sozialdemokratischen Partei im Reichstage als eine, wie er sich ausdrückte, Provokation der Bergarbeiter verschrien. Statt zu beruhigen wurde aufgereizt. Die Ankündigung, daß bestimmte Beschwerden der Bergarbeiter abgestellt werden sollten, war angeblich „ein Hohn auf die Lage der Bergarbeiter" und durfte dieselben „unter keinen Umständen" veranlassen, die Arbeit wieder aufzunehmen.

Meine Herren, es ist mir wohl bekannt, daß in den Kreisen des Bergbaulichen Vereins die Ansicht vorherrscht, der Streik wäre anders verlaufen, wenn die staatlichen Organe sich gar nicht um denselben gekümmert hätten.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

In diesem Falle, so meint man, hätte der Streik vielleicht noch länger gedauert, aber mit einer völligen Niederlage nicht nur der verhetzten Bergarbeiter, sondern auch der Sozialdemokratie geendigt.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen).

Meine Herren, ich will von den besonderen Gefahren gerade dieses Streiks für unser ganzes Wirtschafts- und Erwerbsleben absehen. Ich will auch davon absehen, daß im Ruhrrevier die christlichen und freisinnigen Bergarbeiter sich mit den sozialdemokratischen ungefähr das Gleichgewicht halten. In der Politik, meine Herren, kommt es aber nicht nur auf die rechte Gesinnung, es kommt auch auf die Anwendung der tauglichen Mittel, es kommt auf die beste Wahl der Zeit und des Terrains für den Kampf an. Bei der notorischen Übermacht der Zechenbesitzer würden die Unternehmer in diesem Falle das Stilliegen der

Zechen und Hochöfen sicherlich noch eine gute Weile haben aushalten können, die Arbeiter hätten schließlich doch die Arbeit auf Gnade oder Ungnade wieder aufnehmen müssen, die Betriebsleitung hätte alle aufsässigen Elemente ausscheiden, den Gewerkschaften einen schweren Stoß versetzen können.

Meine Herren, wäre damit die Sozialdemokratie wirklich wirksam bekämpft worden? Verlängerung des Streiks bedeutete Vergrößerung der Not und des Familienelends unter den Bergarbeitern

(sehr richtig!),

Not und Elend aber sind der beste Acker für die Sozialdemokratie.

(Sehr richtig! Sehr wahr!)

Warum hätte sonst die Sozialdemokratie einer schleunigen Beendigung des Kampfes mit allen Mitteln entgegengearbeitet? Warum hätte sie nach der Ankündigung des Staatswillens, zu vermitteln, einzugreifen, soweit er es kann — warum hätte sie nach dieser Ankündigung dieses Staatswillens allen Zorn auf die Regierung abgeladen?! Die Sozialdemokratie braucht, um für ihre Grundsätze gegen diesen sogenannten Klassenstaat, gegen die sogenannte kapitalistische Gesellschaft und Weltordnung neue Anhänger zu werben, um ihre alten Anhänger bei ihrer Fahne zu erhalten, die Unzufriedenheit der Massen und die Hoffnungslosigkeit des armen Mannes. Was die Sozialdemokratie an Mitgliederanzahl des alten Bergarbeiterverbandes vielleicht verloren hätte, das würde sie sicherlich an agitatorischer Kraft reichlich wiedergewonnen haben.

(Sehr richtig!)

Solange ich an dieser Stelle stehe, werden Sie mich im Kampfe gegen die Bestrebungen, die freiheits- und kulturwidrigen Bestrebungen der Sozialdemokratie immer auf dem Platze finden! Aber auf schwankendem, moorigem Boden reite ich keine Attacke.

Meine Herren, die Bergarbeiter des Ruhrreviers haben die Arbeit wieder aufgenommen mit der Hoffnung, daß ihnen die in Aussicht gestellte Novelle zum Berggesetz einen stärkeren Schutz ihrer Arbeitskraft, eine sichere Gewähr ihrer Arbeitsleistung und die Einführung von Arbeiterausschüssen bringen wird. Mögen auch die Übelstände in den Bergwerken vor Ausbruch des Streiks stark übertrieben worden sein, so vermag doch die staatliche Fürsorge in mehr als einer Richtung helfend und fördernd einzugreifen. Enttäuschen Sie, meine Herren, diese Hoffnungen nicht! Prüfen Sie mit Wohlwollen die Vorschläge, welche Ihnen

die Königliche Staatsregierung unterbreitet. Was Sie, meine Herren, in Erfüllung der sozialen Aufgaben, der sozialen Pflichten des Staates mit Gerechtigkeit und Unparteilichkeit für die Abstellung wirklicher Beschwerden tun, das tun Sie gegen sozialdemokratische Bestrebungen, das tun Sie für die Monarchie!

(Bravo! und Beifall.)

---

26. Ostmarkenfrage. — Der Kaiser in Tanger. — Streik im Ruhrrevier. — Deutsche Rüstung. — Organisation des Zukunftsstaates.

Sitzung des Reichstages vom 29. März 1905.[1])

Auf der Tagesordnung stand die dritte Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1905. Der Abgeordnete Bebel benutzte diese Beratung dazu, um noch alles Mögliche zur Sprache zu bringen. Ihm trat der Reichskanzler entgegen.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, in der Ostmarkenfrage folge ich diesmal dem Beispiel und dem Vorbild des Herrn Abgeordeten Gothein, was ich nicht immer tue, und werde mich bemühen, mich über diese Frage so kurz als möglich zu fassen. Ich kann dies um so eher tun, als die Ausführungen der drei Redner von der polnischen Fraktion[2]) nach meiner Auffassung von den deutschen Herren so gründlich widerlegt oder, wenn ich mich eines Ausdrucks des Herrn Abgeordneten Grafen Mielzynski von neulich bedienen soll, so gründlich abgeführt worden sind, daß ich dem kaum etwas hinzuzufügen habe.

Der Herr Abgeordnete Gothein hat gemeint, daß der Ostmarkenpolitik der preußischen Regierung mancher Vorwurf zu machen wäre. Ich glaube, der berechtigtste, der stärkste Vorwurf, der der Ostmarkenpolitik der preußischen Regierung gemacht werden könnte, wäre der Vorwurf eines Mangels an Kontinuität

(Sehr richtig! rechts),

und deshalb wird die preußische Regierung die Ostmarkenpolitik, die wir jetzt führen, auch mit Stetigkeit fortsetzen.

(Bravo! rechts.)

---

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg. Per., I. Session 1903/1905, 175. Sitzung.

[2]) Dr. von Skarzynski, von Czarlinski, Dr. Chlapowski.

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat im Eingang seiner Ausführungen den bevorstehenden Besuch Seiner Majestät des Kaisers in Tanger in Verbindung mit der Marokkofrage berührt. Ich halte es auch heute nicht für opportun, mich eingehend und im einzelnen über die Marokkofrage zu äußern.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich nehme aber, nachdem diese Frage nun einmal angeschnitten worden ist, keinen Anstand, zu sagen, daß ich mit den Ausführungen meines Herrn Vorredners, des Herrn Abgeordneten von Kardorff, über diesen Punkt durchaus einverstanden bin. Seine Majestät der Kaiser hat gerade vor Jahresfrist Seiner Majestät dem König von Spanien erklärt, Deutschland erstrebe in Marokko keine territorialen Vorteile. Nach dieser bestimmten Erklärung ist es aussichtslos, dem Besuche Seiner Majestät in Tanger irgendwelche selbstsüchtigen, gegen die Integrität oder die Unabhängigkeit von Marokko gerichteten Absichten unterzuschieben. Ein berechtigtes Motiv zur Beunruhigung kann also aus diesem Besuche niemand herleiten, der selbst keine aggressiven Zwecke verfolgt.

Unabhängig von dem Besuche und unabhängig von der Territorialfrage läuft aber die Frage, ob wir in Marokko deutsche wirtschaftliche Interessen zu schützen haben. Das haben wir allerdings.

Wir haben in Marokko ebenso wie in China ein erhebliches Interesse an der Erhaltung der offenen Tür, d. h. der Gleichberechtigung aller handeltreibenden Völker. Fürst Bismarck hat einmal gesagt, man könne es keinem Staat verübeln, wenn er für nachweisbare Interessen eintritt; verübeln könne man nur dem, der sich — wie Fürst Bismarck sich ausdrückte — aus Böswilligkeit in eine Sache einmischt ohne nachweisbare Interessen. Das ist nicht unser Fall. Die deutschen wirtschaftlichen Interessen in Marokko sind, wie bekannt, recht erheblich, und wir haben dafür zu sorgen, daß sie gleichberechtigt mit denen aller anderen Mächte bleiben.

Nun hat der Herr Abgeordnete Bebel gemeint, unsere Politik gegenüber Marokko sei eine andere geworden. Ich muß den Herrn Abgeordneten Bebel zunächst darauf aufmerksam machen, daß sich die Sprache und die Haltung des Diplomaten und des Politikers nach den Umständen richten. Den Zeitpunkt, den ich für geeignet halte für die Wahrung

unserer Interessen, wähle ich nach eignem Ermessen aus. In diesem Falle hat sich aber in der Tendenz der deutschen Politik nichts geändert. Wer ein fait nouveau sucht, wird es nicht in der deutschen Politik finden. Sofern aber versucht wird, die völkerrechtliche Stellung von Marokko zu ändern oder bei der wirtschaftlichen Entwicklung des Landes die offene Tür zu kontrollieren, müssen wir auch in höherem Grade als früher darauf achten, daß unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko ungefährdet bleiben. Wir setzen uns deswegen zunächst mit dem Sultan von Marokko in Verbindung.

Meine Herren, nun hat der Herr Abgeordnete Bebel bei diesem Anlaß einen Angriff gegen den Herrn Abgeordneten von Riepenhausen gerichtet. Er hat gemeint, der Herr Abgeordnete von Riepenhausen sei ein militärischer Draufgänger, und er hat sich selbst hingestellt als den Friedensmann par excellence. Meine Herren, nach meiner Empfindung ist der Herr Abgeordnete von Riepenhausen viel friedfertiger als der Herr Abgeordnete Bebel.

(Große Heiterkeit.)

Ich habe von dem Herrn Abgeordneten von Riepenhausen bisher noch niemals heftige und tadelnswerte Angriffe gegen befreundete oder benachbarte Reiche gehört; ich habe bisher noch niemals vernommen, daß der Herr Abgeordnete von Riepenhausen die ihm nahestehende Presse eine heftige, aggressive, eine geradezu kriegerische Sprache gegen unsere Nachbarländer hätte führen lassen. Jedenfalls hoffe ich, daß der Herr Abgeordnete Bebel die friedfertige Gesinnung, der er heute Ausdruck gegeben hat, immer, überall und bei jeder Gelegenheit zeigen wird.

Nun hat sich der Herr Abgeordnete Bebel gegen meine vorgestrigen Ausführungen im preußischen Abgeordnetenhause über den Streik im Ruhrrevier und über die Novellen zum Berggesetz gewendet. Wenn der Herr Abgeordnete Bebel bei diesem Anlaß das, was ich seinerzeit in diesem Hohen Hause über den festen Entschluß der preußischen Regierung ausführte, die öffentliche Ordnung unter allen Umständen aufrechtzuerhalten, als eine „Provokation" der Arbeiter bezeichnet, so erwidere ich ihm: solange wir eine Regierung in Preußen und in Deutschland haben werden, die diesen Namen überhaupt verdient, wird sie es als ihre erste Pflicht betrachten, zu verhindern, daß Gesetz und Ordnung verletzt werden.

(Bravo! rechts.)

Weiter hat der Herr Abgeordnete Bebel gesagt, daß in England oder Frankreich kein Minister sich so gegenüber einem Streik hätte benehmen und aussprechen können wie ich bei dieser Gelegenheit. Über die Haltung der Königlich Preußischen Staatsregierung gegenüber dem Streik im Ruhrrevier habe ich mich am vorigen Montag im Abgeordnetenhause eingehend verbreitet. Ich habe dort gesagt, daß nach meiner Ansicht kaum je gegenüber einer so ernsten, so weitreichenden Arbeitseinstellung als es dieser Ausstand im Ruhrrevier war, eine Regierung eine sachlichere und ruhigere Haltung beobachtet hat als in diesem Falle die Königlich Preußische Staatsregierung.

Ich richte aber an den Herrn Abgeordneten Bebel die Gegenfrage: wie haben sich denn bei ähnlichen Anlässen Politiker, die aus der Sozialdemokratie hervorgegangen sind, verhalten? Wo sie dazu in der Lage waren, sind sie Streiks meistens manu militari entgegengetreten. So haben es in Frankreich Minister gehalten, die vorher der sozialistischen Partei angehörten; so hat es, wenn mein Gedächtnis mich nicht täuscht, der Genosse Wollschläger in Basel gehalten bei dem Maurerstreik

(Abgeordneter Bebel: sehr richtig!),

und wenn das der Herr Abgeordnete Bebel bestreitet

(Zuruf links)

— wenn er es nicht bestreitet, so will ich, um ihn in dieser Ansicht zu bestärken

(Heiterkeit),

ihm vorlesen, was er selbst darüber gesagt hat auf dem Internationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam. — Ich bemerke dabei aber ausdrücklich, daß dieser Zeitungsausschnitt mir nicht von dem Herrn Abgeordneten Erzberger vorgelegt worden ist

(Heiterkeit),

der mir nie einen Zeitungsausschnitt oder eine Mitteilung hat zukommen lassen. Was der „Vorwärts“ darüber behauptet hat, war Schwindel.

(Hört! hört!)

Also auf dem Internationalen Kongreß in Amsterdam sagte der Herr Abgeordnete Bebel:

> Kein größerer Kampf in den letzten vier Jahren, nicht in Lille, Roubaix, Marseille, Brest, Martinique und noch jüngst in der Normandie gegen streikende Glasarbeiter, bei dem nicht das Ministerium Waldeck-Rousseau-Millerand, das Ministerium Combes gegen die Arbeiter Militär aufgeboten hat. Im November

ist die Pariser Polizei in schamlosester, gewalttätigster Weise in die Pariser Arbeiterbörse eingebrochen und hat 70 Arbeiter verwundet, niedergeknüppelt. Und da hat ein Teil unserer sozialistischen Freunde in der Kammer nicht für die Bestrafung des Polizeipräfekten gestimmt (Lebhafte Pfuirufe).

Diesen Pfuirufen des Amsterdamer Internationalen Sozialistenkongresses schließe ich mich natürlich nicht an. Ich verhalte mich immer objektiv gegenüber Vorgängen in fremden Ländern. Aber ich richte die Frage an den Herrn Abgeordneten Bebel, mit welchem Recht er da gegen die preußische Regierung zu Felde zieht, die gegenüber einem Ausstande von 200000 Arbeitern nicht einen einzigen Soldaten auf die Beine gebracht hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Als in der belgischen Kammer neulich der belgische Bergarbeiterstreik zur Debatte stand, da baten die beiden sozialistischen Vertreter von Lüttich die belgische Regierung, sie möge gegenüber dem belgischen Streik eine so gerechte und sachliche Haltung einnehmen wie die preußische Regierung während des Bergarbeiterstreiks im Ruhrrevier gegenüber den preußischen und deutschen Bergarbeitern.

(Hört! hört! rechts.)

Gehen Sie, Herr Bebel, bei Ihren belgischen Genossen in die Lehre und brechen Sie endlich mit den verknöcherten Anschauungen — der Ausdruck ist ja erlaubt

(Heiterkeit) —,

mit den verknöcherten Anschauungen, die Sie bisher auf diesem Gebiet an den Tag legen.

Meine Herren, nun hat der Herr Abgeordnete Bebel auch die ruhige Haltung unserer Arbeiter im Ruhrrevier hervorgehoben. Ich habe, wenn ich auch die unter Kontraktbruch erfolgte Niederlegung der Arbeit als eine Unrechtmäßigkeit habe scharf tadeln müssen, doch immer gern anerkannt, daß der Streik im Ruhrrevier im großen und ganzen ruhig verlaufen ist. Dadurch haben sich die Arbeiter in weiten Kreisen Sympathie erworben. Mögen sie daraus erkennen, wie sie sich und ihrer Sache nützen, wenn sie sich in den Bahnen des Gesetzes und der Ordnung halten. Im schreienden Gegensatz zu dieser Haltung der Arbeiter stand aber von Anfang an und bis zu Ende die Haltung der sozialdemokratischen Partei und der

sozialdemokratischen Presse, bei welcher von vornherein und immer wieder der politische, der revolutionäre Pferdefuß zum Vorschein kam.

(Sehr richtig! rechts.)

Die sozialdemokratische Presse war von Anfang an bemüht, Mißtrauen gegen die Regierung und gegen die Volksvertretung zu erwecken. Bevor die Novelle zum Berggesetz angekündigt wurde, erklärte die sozialdemokratische Presse, daß von der Regierung und von dem Parlament unter keinen Umständen irgendwelche gesetzliche Remedur zu erwarten wäre.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

— Warten Sie doch ab! Als die Regierung dann im Interesse des sozialen Friedens mit Unparteilichkeit und Gerechtigkeit gegenüber den streitenden Teilen die Novelle zum Berggesetz in Aussicht stellte, da hat die sozialdemokratische Presse alles getan, um den Arbeitern die Freude an diesem Eingreifen zu verekeln. Regierung und Parlament wurden aufgefordert, etwas für die Bergarbeiter zu tun, gleichzeitig aber wurden dieselbe Regierung und dasselbe Parlament als „Kapitalistenregierung", als „Kapitalistenparlament" mit Schmähungen überhäuft. Im Gegensatz zu den Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel behaupte ich, daß der Ausstand schon viel früher zu Ende gekommen wäre, wenn die sozialdemokratische Presse nicht immerfort Öl ins Feuer gegossen hätte.

(Sehr richtig!)

Das ist sogar in solchen Blättern anerkannt und hervorgehoben worden, die weder der Regierung besonders freundlich, noch den Wünschen und Forderungen der Arbeiter irgendwie feindlich gegenüberstehen. Ich habe hier einen Ausschnitt aus der „Frankfurter Zeitung" vor mir, die meinte,

> daß sich in der Bergarbeiterangelegenheit der sozialdemokratische Parteivorstand und die sozialdemokratische Presse

— es ist die „Frankfurter Zeitung", die so spricht! —

> geradezu täppisch benommen hätten. Mit ihrer abgebrauchten Waschzettelphraseologie hätte die Sozialdemokratie mal wieder eine große Dummheit gemacht.

Ein anderes, den Forderungen der Arbeiter gleichfalls sympathisch gegenüberstehendes Blatt, die „Kölnische Volkszeitung", wies während des Streiks darauf hin, daß der „Vorwärts" den Kampf der Berg-

arbeiter aufs äußerste erschwere; sie wies auf die Schuld hin, welche die sozialdemokratische Presse an der unerwünschten Gestaltung des Bergarbeiterstreiks trage, und hob hervor, daß, je mehr die Sozialdemokratie sich in den Vordergrund dränge, sie um so mehr andere Kreise zurückstoße, auf deren Sympathie und Unterstützung die Arbeiterorganisationen angewiesen seien. Indem die sozialdemokratische Presse alles tat, um den Streik der Bergarbeiter nicht zum Abschluß kommen zu lassen, hat sie bewiesen, daß sie in ihrer Voreingenommenheit und Einseitigkeit für die wirklichen Arbeiterinteressen kein Verständnis und kein Herz hat. In einem sehr arbeiterfreundlichen Blatte habe ich gelesen, daß der Herr Abgeordnete Bebel in der Rede, die er damals während des Streiks in diesem Hohen Hause gehalten und auf die er eben Bezug genommen hat, so gesprochen hätte, als ob er dem Bergbaulichen Verein habe zu Hilfe kommen wollen. Diese Auffassung, meine Herren, will ich mir ja nicht gerade zu eigen machen. Aber das erkläre ich allerdings, daß mir kaum je ein Beweis — ich muß wieder dasselbe Wort gebrauchen — von so verknöcherter Parteianschauung vorgekommen ist, wie die damaligen Ausführungen des Herrn Abgeordneten Bebel. Herr Bebel hätte wirklich nicht anders sprechen können, wenn es seine Absicht gewesen wäre, die arbeiterfreundlichen Bestrebungen der Regierung zu hintertreiben und die bürgerliche Gesellschaft irre zu machen in ihrer sozialpolitischen Tätigkeit. Und wenn der Herr Abgeordnete Gothein eben gesagt hat, ich hätte mich bemüht, im Abgeordnetenhause meiner Einführung der beiden Novellen zum Berggesetz eine scharfmacherische Nuance, einen scharfmacherischen Charakter zu geben, so bestreite ich das ganz entschieden. Das aber sage ich: einer der wirksamsten Helfer des sogenannten Scharfmachertums ist der Herr Abgeordnete Bebel

(lebhafte Zustimmung rechts);

er liefert immer wieder denjenigen Argumente, die sagen, daß die Erfüllung von Arbeiterforderungen nur dazu diene, vaterlandsfeindliche, destruktive, revolutionäre Tendenzen zu stärken.

(Sehr wahr!)

Nun, meine Herren, hat mir trotzdem der Herr Abgeordnete Bebel heute zu meiner nicht geringen Überraschung für gewisse Eventualitäten seine und seiner Freunde Bundesgenossenschaft in Aussicht gestellt

(Heiterkeit rechts),

unter der Voraussetzung, daß ich nach links rutschen soll, auch unter der Voraussetzung, daß ich die Sicherheit des Landes kompromittieren soll, indem ich nicht mehr für die Aufrechterhaltung und Vervollständigung unserer Rüstung sorge.

Ja, meine Herren, es war mir charakteristisch, daß, als während der Rede des Herrn Abgeordneten Bebel bei dem Passus, wo er von einer möglichen Bundesgenossenschaft zwischen seiner Partei und den Herren von dieser Bank sprach, der Zwischenruf ertönte: „Auf wie lange?", sich seiner eine gewisse Verlegenheit bemächtigte, die ich sonst an ihm nicht gewohnt bin.

(Heiterkeit.)

Auch erinnere ich mich zu deutlich, daß der Abgeordnete Bebel bei verschiedenen Gelegenheiten und namentlich in Amsterdam mit der Offenheit — ich möchte das französische Wort gebrauchen: mit derjenigen candeur, die ihm ab und zu eigen ist, ausdrücklich gesagt hat, die Sozialdemokratie nehme alle Konzessionen entgegen, die man ihr mache, sie lasse sich jede Bundesgenossenschaft gefallen, sie halte aber immer fest an ihren letzten Zielen.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Diese letzten Ziele der Sozialdemokratie — die wären eben die Ohnmacht des Landes nach außen und die Anarchie im Innern!

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Auch dagegen hat sich der Herrn Abgeordnete Bebel gewendet, daß ich neulich gesagt habe, ich würde, solange ich hier stünde, die kulturfeindlichen und freiheitfeindlichen Tendenzen und Bestrebungen der Sozialdemokratie bekämpfen. Der Herr Abgeordnete von Kardorff hat soeben schon mit Recht auf den seltsamen Widerspruch hingewiesen zwischen einem solchen Anspruch auf Kultur und zwischen dem Tone, ich kann wohl sagen: dem oft sehr rohen Tone der sozialdemokratischen Presse. Nach dem Abgeordneten Bebel soll meine Auffassung von der Freiheitfeindlichkeit und von der Kulturfeindlichkeit der Sozialdemokratie nur von einem sehr kleinen Kreis meiner politischen oder persönlichen Freunde geteilt werden. Das weise ich entschieden zurück.

(Sehr wahr!)

Ich bin im Gegenteil der festen Überzeugung, daß die Mehrheit, die sehr große Mehrheit des deutschen Volkes nicht die mindeste Lust

empfindet, unsere verfassungsmäßigen Zustände zu vertauschen mit der uns in Aussicht gestellten Diktatur des Proletariats

(sehr richtig!),

mit der uns in Aussicht gestellten Zuchthausordnung

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten)

— jawohl, Zuchthausordnung, dabei bleibt es! —; daß die große Mehrheit unseres Volkes nicht die mindeste Lust hat, alte und bewährte Kulturwerte zu vertauschen mit einer banausischen Gleichheitsmacherei

(sehr richtig! rechts);

daß sie gar keine Lust empfindet, eine ruhige, friedliche, gesetzmäßige Entwicklung einzutauschen mit einem Wirrwarr, der nach aller geschichtlichen Erfahrung schließlich immer durch den Säbel durchhauen worden ist.

(Lebhafter Beifall.)

Auf eine weitere Rede des Abgeordneten Bebel, die reich war an heftigen Ausfällen, antwortete der

Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, die Mehrheit dieses Hauses wird wohl mit mir der Ansicht sein, daß die Kanonade, die wir eben gehört haben, ein Rückzugsgefecht darstellte.

(Heiterkeit.)

Den fliehenden Feind soll man nicht mit zu scharfen Waffen verfolgen, sondern ihm goldene Brücken bauen. Deshalb gehe ich auch nicht auf die kleinen, persönlichen Malicen ein, mit denen der Herr Abgeordnete Bebel seine Rede durchflochten hat, zumal dieselben weder besonders neu, noch übertrieben geistvoll waren.

(Sehr wahr!)

Ich will in aller Kürze nur nachstehende Punkte feststellen. Ich wiederhole noch einmal, was ich beim Beginn des Streiks gesagt habe über die Notwendigkeit, die öffentliche Ordnung und die öffentliche Ruhe aufrecht zu erhalten. Das war keine Drohung, sondern die Feststellung eines Grundsatzes, der in jedem geordneten Staatswesen gilt. Vorläufig leben wir in Deutschland und in Preußen noch in der Monarchie und nicht in der Anarchie, und in der Monarchie wird die Ordnung aufrechterhalten. Der Herr Abgeordnete Bebel stellt es so dar, als ob ich mich in meinen Ausführungen in diesem hohen Hause und im preußischen Abgeordnetenhause in einer für die Unternehmer, die Zechenbesitzer im

Ruhrrevier, wie er sich ausdrückte, zärtlichen Weise ausgesprochen hätte. Ein Blick in diejenigen Blätter, die mehr oder weniger als das Sprachrohr des Bergbaulichen Vereins gelten, beispielsweise in die „Rheinisch-Westfälische Zeitung", müßte den Herrn Abgeordneten eher vom Gegenteil überzeugen. Gewiß, meine Herren, ich befleißige mich der Gerechtigkeit, und deshalb verkenne ich nicht, daß die Unternehmer im Ruhrrevier Männer sind, die durch rastlosen Fleiß, große geschäftliche Tüchtigkeit, hohe Intelligenz, die hier und da durch Genialität in allererster Linie der deutschen Industrie ihren Weltruf erworben und ihre Weltstellung erobert haben. Aber ebenso offen, wie ich das anerkenne und würdige, habe ich in den verschiedenen Debatten, die über den Ruhrstreik und die Novelle zum Berggesetz stattgefunden haben, die Punkte namhaft gemacht, wo nach meiner Ansicht die Unternehmer nicht richtig operiert haben. Ich habe gesagt, daß ihre Haltung gegenüber dem letzten Streik politisch und auch taktisch nicht gerechtfertigt war, und ich wiederhole auch bei diesem Anlaß, daß ich die Opposition, die nach meiner Ansicht viel zu heftige und leidenschaftliche Opposition, welche die Zechenbesitzer gegen die Novelle zum Berggesetz machen, bedauere und beklage.

Der Herr Abgeordnete Bebel hat behauptet, ich hätte ihm Äußerungen in den Mund gelegt, die er nicht getan habe. Er möge doch damit anfangen, mir nicht Äußerungen in den Mund zu legen, die mir niemals eingefallen sind. Ich habe niemals gesagt, daß der Herr Abgeordnete Bebel behauptet hätte, der Herr Abgeordnete Erzberger hätte mir Zeitungsausschnitte geliefert. Ich habe nur gesagt, daß ein sozialdemokratisches Blatt, das führende sozialdemokratische Organ, diese Behauptung aufgestellt hat, die ich nochmals als einen albernen Schwindel charakterisiere.

(Sehr gut! rechts.)

Ferner, meine Herren, soll ich, wie der Herr Abgeordnete Bebel glaubt, die Hilfe unterschätzen, die eventuell die Sozialdemokratie der Regierung bieten könnte. Darauf erwidere ich ihm: wenn die Regierung *seine oder seiner Freunde Unterstützung und Hilfe irgendwie in Betrachtung ziehen soll, dann müssen sie sich nicht nur mausern, sie müssen sich eine ganz andere Haut anschaffen!*

(Heiterkeit und Beifall rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen. — Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Dann, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Bebel mir vorgehalten, daß ich mir öfters erlaubt habe, an ihn die Frage zu richten,

wie er sich eigentlich die Organisation seines Zukunftsstaats denke; daß ich darauf hingewiesen habe, daß ein großer Abstand bestehe zwischen den ausschweifenden Hoffnungen, welche die Sozialdemokratie in dieser Richtung erweckt, und den spärlichen, so kärglichen und dürftigen Mitteilungen, die wir über den realen Inhalt dieses Wolkenkuckucksheims zu hören bekommen. Als er sich soeben anschickte, dieses Thema, diese Frage anzuschneiden, da sagte ich mir: nun kommt es endlich!

(Heiterkeit.)

nun wird er endlich, durch mich gereizt, uns alles enthüllen! Es war aber wieder nichts; der Zukunftsstaat kommt niemals aus dem Futteral heraus!

(Große Heiterkeit.)

Ich muß also wiederholen, daß es nicht nur unlogisch, daß es ein Unrecht gegen die Arbeiter ist, immerfort Möglichkeiten an die Wand zu malen, über die sie obsolut nichts Tatsächliches und Korrektes vor diesem Hohen Hause mitzuteilen vermögen.

Schließlich hat der Herr Abgeordnete Bebel mir mit großem Pathos erklärt, daß er das Verhalten derjenigen seiner Parteigenossen mißbillige, die bei Streiks ganz andere Mittel angewandt haben als sie im Ruhrgebiet die Königlich preußische Staatsregierung angewandt hat. Daß er dies Verhalten seiner Parteigenossen von seinem Standpunkt aus mißbilligt, das begreife ich ja. Aber wenn seine Parteigenossen, sobald sie vor das reale Problem des Streiks gestellt werden, sich so verhalten, wie ich das vorher ausgeführt und nachgewiesen habe, dann sollte der Herr Abgeordnete Bebel auch nicht ein derartiges Geschrei erheben über Splitter im Auge der Regierung, wenn er und seine Freunde so faustdicke Balken im Auge tragen. Der Herr Abgeordnete Bebel hat ja selbst und mit großem Recht in Amsterdam auf dem Internationalen sozialdemokratischen Parteitag gesagt — und das möchte ich Sie, meine Herren von der Sozialdemokratie, bitten, sich ins Stammbuch zu schreiben —: „Die Republik ist nicht so gut, wie wir sie machen, und die Monarchie ist nicht so schlecht, wie wir sie machen!"

(Lebhafter Beifall. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

---

27. Berggesetznovelle.

Sitzung des Hauses der Abgeordneten vom 26. Mai 1905.[1])

Zur dritten Beratung stand der Gesetzentwurf betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892. Die Beratung eröffnete der

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, wenn ich die dritte Lesung der Berggesetznovelle mit einigen Worten einleiten möchte, so ist es nicht meine Absicht, nochmals auf alle Kontroversen einzugehen, die in der ersten und zweiten Lesung eingehend behandelt worden sind. Man hat das Vorgehen der Königlichen Staatsregierung im allgemeinen, man hat insbesondere den Zeitpunkt getadelt, in welchem eine Reform der Berggesetzgebung für Preußen in Aussicht gestellt und sodann der Landesvertretung vorgeschlagen worden ist. Die praktische Arbeit dieses Hohen Hauses in der Kommission und im Plenum hat diese Vorwürfe und Bedenken mehr und mehr zurücktreten lassen, und ich will nicht weiter auf dieselben zurückkommen. Aber das muß ich doch sagen, daß man der Königlichen Staatsregierung nicht den Vorwurf machen kann, sie habe in der Sache selbst nicht Maß gehalten, sie sei zu einseitig, zu exzessiv gewesen in dem Bestreben, Gerechtigkeit zu üben und dem sozialen Frieden zu dienen.

Gewiß, meine Herren, handelt es sich in dieser schwierigen, in dieser wirtschaftlich und politisch gleich schwierigen Materie des Ausgleichs von Unternehmer- und Arbeiterinteressen, von Großkapital und Lohnarbeit im einzelnen um manche Zweckmäßigkeitsfrage, hinsichtlich deren man verschiedener Meinung sein, über die man streiten kann. Die Autoren der Berggesetznovelle konnten sich nicht einbilden, und sie haben sich nicht eingebildet, daß ihre Vorschläge nicht verbesserungsfähig wären. Einige der von der Kommission und dem Hause vorgenommenen Abänderungen erscheinen als Verbesserungen. Mit anderen kann man sich abfinden, wenn auch hier die Königliche Staatsregierung an und für sich der Regierungsvorlage den Vorzug geben würde. In einem der wichtigsten Punkte, bei den Arbeiterausschüssen, ist aber die Vorlage in der zweiten Lesung ein Torso geblieben, während sie durch die Beschlüsse der Kommission in einer Weise abgeändert worden ist, welche den versöhnlichen,

---

[1]) Sten. Ber. d. Verhandl. d. H. d. Abg., 20. Leg.-Per., I. Session 1904/05, 189. Sitzung.

reformatorischen Zweck des Gesetzentwurfs in Frage stellt und mindestens in zwei Richtungen für die Königliche Staatsregierung nicht annehmbar ist.

(Unruhe rechts.)

Ich halte es für nützlich, ich halte es für nötig, in dieser Beziehung keinen Zweifel zu lassen

(sehr richtig! im Zentrum und bei den Freikonservativen),

und ich will in meiner Offenheit noch weiter gehen. Schon bei der ersten Lesung der Vorlage habe ich dem lebhaften Wunsche Ausdruck gegeben, diesen Gesetzentwurf auch mit der Unterstützung der konservativen Partei zustande zu bringen. Seitdem ich zu meinem verantwortungsvollen Amt in Preußen und im Reich berufen worden bin, habe ich bei verschiedenen Gelegenheiten keinen Zweifel darüber gelassen, wie sehr ich ein Zusammenwirken mit der konservativen Partei wünsche. Der Grund für diese meine Haltung liegt nicht in einer mir hier und da vorgeworfenen besonderen Hinneigung zur konservativen Partei, sondern er liegt in der Übereinstimmung der Grundanschauung, welche zwischen uns besteht, in der Kardinalfrage unserer inneren Politik, der Bekämpfung der verfassungswidrigen, revolutionären, staatsfeindlichen und utopischen Bestrebungen der Sozialdemokratie.

Um so mehr muß mir daran liegen, dieses Hohe Haus davon zu überzeugen, daß das Vorgehen der Königlichen Staatsregierung ein berechtigtes war, und daß eine der Erfüllung berechtigter Wünsche dienende Verständigung im Interesse aller Teile, im Interesse des Landes erzielt werden muß. Sie wissen, daß die Königliche Staatsregierung die einschlägigen bergrechtlichen Fragen, soviel an ihr liegt, der preußischen Landesgesetzgebung erhalten sehen möchte. Dazu ist aber erforderlich, daß der Preußische Landtag uns seine Unterstützung bei der Lösung einer so wichtigen sozialpolitischen Frage nicht versagt, und ich halte noch immer an der Hoffnung fest, daß wir nicht umsonst an dieses Hohe Haus appelliert haben.

In einem konservativen Blatt, im „Reichsboten“, habe ich unlängst gelesen:

„Wenn das Sozialismus ist, was die Vorlage will, dann ist alles, was zum Schutze der wirtschaftlichen Interessen der einzelnen Stände durch Staatsgesetze geschieht, also auch die Schutzgesetze für Landwirtschaft, Industrie und Handwerk, wie die Gewerbe-, Handels-, Landwirtschafts- und Handwerkskammern Sozialismus.“

Und weiter hieß es:

„Konservativ ist es, auf Grundlage der historischen Entwicklung den Zeitbedürfnissen gerecht zu werden und ohne Ansehen der Personen und der Stände das Wohl des Volkes fördern zu helfen."

Nun handelt es sich allerdings in dem am meisten umstrittenen Punkte, bei den Arbeiterausschüssen, um die Frage: wird durch diese Maßnahme jenem gesunden Sozialismus, zu dem sich auch Fürst Bismarck bekannte, oder wird dadurch der Sozialdemokratie gedient? Die Arbeiterausschüsse sollen, außer der Mitwirkung bei der Aufstellung der Arbeitsordnungen, die aber nur in dem Rechte auf Anhörung besteht, der Überwachung bei Prüfung der Fördergefäße und dem Rechte auf Anhörung bei Einlegung von Neben- und Überschichten, Beschwerden, Anträge und Wünsche der Belegschaft zur Kenntnis des Grubenbesitzers bringen und sich gutachtlich über dieselben äußern. Die Tätigkeit der Arbeiterausschüsse soll also nicht eine beschließende, vollziehende, sondern lediglich eine vermittelnde, gutachtliche sein. Darin vermag ich eine Gefahr nicht zu erblicken. Im Gegenteil, alle Erfahrungen, die wir bisher in staatlichen Betrieben, nicht nur im Bergbau, sondern auch im Eisenbahnbetriebe, mit Arbeiterausschüssen gemacht haben, bestätigen die Erfahrung, daß solche Ausschüsse nicht dem Kriege, nicht dem Kampfe, sondern dem Frieden dienen.

(Sehr richtig! im Zentrum und links.)

Das ist auch gar nicht verwunderlich. Denn die Möglichkeit, Wünsche der Arbeiter im kleinen Kollegium zur Sprache zu bringen und sie mit den Vertretern der Arbeitgeber zu erörtern, schafft auch die beste Gelegenheit, sich zu einigen, von falschen Forderungen Abstand zu nehmen und sich durch stichhaltige Gründe überzeugen zu lassen.

Gerade bei dem letzten Streik hat sich der Mangel einer gesetzlichen Vertretung der Arbeiter fühlbar gemacht. Hätte eine solche bestanden, so wäre vielleicht der Streik nicht ausgebrochen

(Widerspruch rechts)

oder schneller beendet worden.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Nun, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete von Heydebrand während der zweiten Lesung der Vorlage im Namen der konservativen Partei erklärt, er könne es von seinem Standpunkt nicht länger mit ansehen, daß sozialpolitische Einrichtungen, welche geschaffen wären zum

Zwecke der Versöhnung, zum Zwecke des Friedens, ausgebeutet würden im Interesse der staatsfeindlichen Sozialdemokratie.

(Sehr richtig! rechts.)

Meine Herren, ich verstehe diesen Standpunkt. Und ich gebe Herrn von Heydebrand weiter zu, daß die Sozialdemokratie es leider verstanden hat, schon bestehende sozialpolitische Organisationen, so besonders die Krankenkassen

(sehr wahr! rechts),

zum Schaden ihrer sozialen Bedeutung für Parteizwecke auszubeuten.

(Sehr wahr.)

Zu verhindern, daß das auch bei den Arbeiterausschüssen geschieht, ist die Königliche Staatsregierung durchaus bereit. Sie glaubt aber hierfür genügende Kautelen zu schaffen, wenn die Aufgaben des Arbeiterausschusses genau bestimmt, wenn insbesondere der Arbeiterausschuß auf die Erörterung der Verhältnisse seines Werks beschränkt, zur Aufrechterhaltung des Einvernehmens zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer verpflichtet und für den Fall des Überschreitens seiner Befugnisse mit Auflösung bedroht wird. Außerdem noch die politische Betätigung zu verbieten, erscheint unnötig und wegen des juristisch schwer faßbaren Begriffs der politischen Betätigung untunlich. Ebenso bestehen schwerwiegende Bedenken gegen das ausdrückliche Verbot der politischen Betätigung der einzelnen Mitglieder außerhalb des Ausschusses aus den schon von dem Herrn Justizminister dargelegten sachlichen Gründen.

Und nun, meine Herren: die geheime Wahl der Arbeiterausschüsse. Man hat diese Frage zu einer Prinzipienfrage gestempelt, und Herr von Heydebrand hat die Gründe dargelegt, welche ihn und seine politischen Freunde in dieser Beziehung leiten. Meine Herren, ich verstehe vollkommen, daß man grundsätzlich ein Gegner des geheimen Wahlrechts ist. Ein großer Geist, der alles in allem der linken Seites dieses Hohen Hauses näher stand als der rechten, John Stuart Mill, war beispielsweise der entschiedenste Gegner der geheimen Abstimmung. Er hat darüber ein vielen von Ihnen bekanntes, interessantes Buch geschrieben. Der verewigte Abgeordnete Windthorst hat 1867 für die öffentliche Abstimmung plädiert. Ein Dogma ist das geheime Wahlrecht nicht; an Dogmen glaube ich in der Politik überhaupt nicht

(Heiterkeit),

wohl aber glaube ich, daß niemand seinen Grundsätzen etwas vergibt, wenn er in diesem speziellen Falle der obligatorischen Arbeiterausschüsse

der geheimen Abstimmung zustimmt, wo sie für die fakultativen Arbeiterausschüsse seit lange besteht. Hier haben wir nicht die Grundsätze für die Einführung eines neuen politischen Wahlrechts zu behandeln, sondern wir müssen uns an die Tatsache halten, daß bei den Arbeiterausschüssen im Bergbetriebe die geheime Wahl bestehendes Recht ist.

Meine Herren, wenn nach meiner Ansicht wirklich die Wahrscheinlichkeit dafür spräche, daß Arbeiterausschüsse der Sozialdemokratie förderlich wären, so würde ich niemals die Hand zu ihrer Einführung bieten. Nach meiner Überzeugung wird aber die Einrichtung nützlich, keinesfalls schädlich wirken. Sie bedeutet auch an und für sich durchaus nicht eine Anerkennung des Massenprinzips, wie es die Sozialdemokratie vertritt, sondern ein natürliches Bindeglied zum Ausgleich der großen Entfernung, welche sich mehr und mehr zwischen den Grubenbesitzern und den Betriebsleitern auf der einen Seite und der Masse der Belegschaften auf der andern Seite vollzogen hat.

Meine Herren, in Privatgesprächen und in Zeitungsartikeln ist mir die Besorgnis entgegengetreten, es könnten Eingriffe in die Wirtschaftsordnung, wie wir sie für die Bergwerke beraten, für andere Gewerbe und sogar für die Landwirtschaft folgen.

(Sehr richtig! rechts.)

Principiis obsta ist mitunter ein gutes Wort, aber seine Kehrseite bildet die alte preußische Forderung: Jedem das Seine! Niemand kann ernstlich in Abrede stellen, daß die Arbeit in den Steinkohlenbergwerken unvergleichbar eigentümlicher und schwieriger Art ist, daß ferner die unpersönliche Kapitalmacht sich bei uns nirgends so entfaltet hat wie bei der Gewinnung und Verwertung dieses wichtigsten, dem öffentlichen Interesse unterliegenden Urproduktes, und daß endlich die Ihnen vorgeschlagenen Reformen ausschließlich auf die Eigentümlichkeiten im Bergbau und auf die im Kohlenbergbau zutage getretenen Mißstände zugeschnitten sind. Meine Herren, seit Jahrzehnten verlangen die Bergarbeiter nach einem größeren gesetzlichen Schutz. Diese Wünsche sind während des letzten Streiks in einer Weise ausgesprochen worden, die zugleich Hoffnung auf die Regierung, Vertrauen in den Staat und damit auch eine gewisse Abwehr sozialdemokratischer Hetzereien zum Ausdruck brachten. Diese Hoffnungen, dieses Vertrauen zu enttäuschen, wäre nach meiner Ansicht unpolitisch und unrecht.

(Sehr richtig! links und im Zentrum.)

Es würde ein großer Triumph für die Sozialdemokratie sein, wenn sie den Bergarbeitern mit Recht sagen könnte: seht, was sind Hoffnungen,

was sind Entwürfe! Die Regierung hat euch nur leere Versprechungen gemacht, und die Sozialdemokratie behält recht.

(Sehr richtig!)

Ich weiß, daß Gesetze nicht nur nach Stimmungen gemacht werden können, sondern daß die nüchterne Prüfung des sachlich Notwendigen und Zweckentsprechenden unter sorgfältiger Abwägung der Interessen zu entscheiden hat. Das ändert aber nichts daran, daß in Preußen tatsächlich seit Jahrhunderten die Fürsorge für die Schwachen und Armen als staatliche Pflicht gegolten hat. Unzweifelhaft ist auch dadurch, daß im Namen der Königlichen Staatsregierung vor dem Ende des Streiks bestimmte gesetzliche Schutzmaßnahmen für die Bergarbeiter in Aussicht gestellt sind, die Autorität des Staates engagiert worden.

Als leitender Minister kann und darf ich nicht über die Linie hinausgehen, wo die Autorität der Königlichen Staatsregierung in einer Weise geschädigt werden würde, die in einem monarchischen Staate nicht annehmbar ist. Ich finde in den hier vorliegenden Anträgen Friedberg, Hitze und Stengel, die erst vor wenigen Minuten, in dem Augenblick, wo ich den Saal betrat, zu meiner Kenntnis gebracht worden sind, wenn auch nicht der Form, so doch dem Inhalt nach die Wiedergabe dessen, was mit ihrer Vorlage die Königliche Staatsregierung bezweckte. Ich wende mich an alle diejenigen, die den sozialen Frieden und die ruhige Entwicklung unserer inneren Verhältnisse, die die Aufrechterhaltung des Vertrauens in unsere bestehenden Zustände wollen und erstreben: mögen sie durch Zustimmung zu diesen Anträgen in dieser so ernsten Frage die Hand zur Verständigung bieten.

Ich schließe mit dem Wunsche, mit der Hoffnung, daß die Mehrheit dieses Hohen Hauses die Verantwortung für ein Scheitern der Novelle nicht übernehmen wird.

(Lebhafter Beifall in der Mitte und links.)

---

28. Berggesetznovelle.

Sitzung des Herrenhauses vom 2. Juni 1905.[1])

Der von dem Hause der Abgeordneten unter Abänderung der Regierungsvorlage angenommene Gesetzentwurf, betreffend die Abänderung einzelner Bestimmungen des Allgemeinen Berggesetzes vom 24. Juni 1865/1892 (Arbeiterverhältnisse) stand nunmehr im Herrenhause zur Beratung. Die Debatte eröffnete

[1]) Sten. Ber. d. Verh. d. Herrenhauses 1904/1905, 42. Sitzung.

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich muß es auch vor diesem Hohen Hause meinem Nachbar, dem Herrn Handelsminister, überlassen, die Ihnen unterbreiteten Vorlagen über die Verhältnisse im Bergbau im einzelnen klarzulegen und zu vertreten. Ich möchte aber nicht unterlassen, bei der Einbringung der in wirtschaftlicher, sozialer wie in politischer Beziehung gleich wichtigen Bergarbeitervorlage in aller Kürze einige leitende Gesichtspunkte hervorzuheben.

In ihrer gegenwärtigen Form ist diese Novelle das Ergebnis langwieriger, ernster und gemeinsamer Arbeit der Königlichen Staatsregierung und des Hauses der Abgeordneten. Sie enthält dasjenige, was nach der Überzeugung beider Teile die Novelle bringen muß, wenn der mit ihr verfolgte Zweck erreicht werden soll. Die Gründe, von denen sich die Königliche Staatsregierung bei ihrem Vorgehen wie bei der Einigung mit dem Hause der Abgeordneten hat leiten lassen, habe ich vor gerade acht Tagen, am vergangenen Freitag, bei der dritten Lesung der Novelle im Hause der Abgeordneten näher dargelegt. Ich bitte aber um die Erlaubnis, der Beratung dieses Hohen Hauses einige allgemeine Bemerkungen vorausschicken zu dürfen.

Man hat der Königlichen Staatsregierung vorgeworfen, daß sie während des Streiks gesetzliche Maßnahmen zum Schutze der Bergarbeiter in Aussicht gestellt hat. Ich erwidere darauf, daß die Königliche Staatsregierung nichts versprochen hat und daß die Königliche Staatsregierung Ihnen nichts vorschlägt, was nicht schon in der Hauptsache seit 16 Jahren als berechtigte Forderung anerkannt ist. Die Königliche Staatsregierung hat den Bergleuten nicht die Erfüllung während des Streiks entstandener ungerechtfertigter Forderungen in Aussicht gestellt, sondern nur angekündigt, daß eine gesetzliche Regelung der Verhältnisse erfolgen solle, deren Änderung schon seit längerer Zeit als nützlich und notwendig erachtet worden war. Die Ihnen jetzt vorgeschlagenen Neuerungen halten sich in den Grenzen unserer bisherigen sozialpolitischen Gesetzgebung. Von unnötigen Eingriffen in die Rechte der Arbeitgeber und in das Arbeitsverhältnis, insbesondere von irgendwelcher Bestimmung über die Lohnfrage ist abgesehen worden. Was die Bestimmung über die Arbeitszeit angeht, so ist von der Einführung eines Maximalarbeitstags keine Rede. Die Höchstdauer der Arbeitszeit soll nur insoweit festgesetzt werden, als dies notwendig ist, damit nicht unter exzeptionellen Arbeitsbedingungen durch eine übertriebene Ausdehnung der Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiter

ernstlich gefährdet wird. Ähnliches hat auf Grund der Reichsgewerbe-ordnung der Bundesrat schon für andere Gewerbe bestimmt. Das Gleiche war von der Preußischen Staatsregierung schon vor zwölf Jahren auch für die Bergleute in Aussicht genommen. Die Arbeiterausschüsse sollen der Vermittlung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern dienen. Sie bestehen in den fiskalischen Gruben im Saarrevier, auch in verschiedenen Privatbetrieben, ohne die Folgen hervorzurufen, welche von manchen Seiten befürchtet werden. Im großen und ganzen läßt sich sagen, daß die Novelle nichts enthält, was nicht in den staatlichen Gruben schon eingeführt worden wäre und sich bewährt hätte.

Ich möchte ferner auch daran erinnern, daß die Königliche Staatsregierung durch ihre Behandlung des Streiks einen Ausstand von einer Ausdehnung, wie ihn Preußen und die Welt kaum je gesehen haben, in ruhigen und gesetzlichen Bahnen hielt und zum Abschluß brachte, bevor derselbe unserm ganzen wirtschaftlichen Leben, Arbeitnehmern und Arbeitgebern, unheilbare Wunden geschlagen hatte. Man hat das zwar bestreiten wollen und behauptet, daß dieser Streik gar kein wirtschaftlicher Kampf, sondern lediglich ein politischer Streik gewesen wäre; deshalb hätte die Königliche Staatsregierung keine Zusagen machen dürfen. Meine Herren, wenn die Voraussetzung zutreffend wäre, so würde ich auch die Kritik akzeptieren. Nach meiner Überzeugung trifft aber die Voraussetzung nicht zu. Wie ist der Streik im Ruhrrevier entstanden? Auf einer einzelnen Zeche traten die Arbeiter in den Ausstand, weil die Seilfahrt ohne Anrechnung auf die Arbeitszeit verlängert werden sollte. Die Bewegung griff rasch auf andere Zechen über und erfaßte das ganze Ruhrgebiet, gegen die Bemühungen der Gewerkschaftsführer aller drei Richtungen, ohne Unterschied der christlichen, der sozialistischen und der freisinnigen Parteifarbe. Ich brauche kaum zu sagen und habe niemals einen Zweifel darüber gelassen, daß ich diesen Streik an und für sich als einen leichtfertigen, der Begründung entbehrenden ansehe und stets angesehen habe; das ändert aber nichts an Tatsachen, über die man nicht hinweg kann, auch wenn man den Kontraktbruch der Arbeiter so scharf verurteilt, wie ich ihn immer verurteilt habe, in meiner Antwort an die Bergleute, als sie meine Vermittlung anriefen, wie auch in meinen öffentlichen Erklärungen sowohl im Abgeordnetenhause wie im Reichstage. Der Herr Handelsminister hat den Streik einen Sympathiestreik genannt; man könnte wohl auch von einem Streik des Mißtrauens sprechen. Die Funken, die aus der Bruchstraße auf-

gestiegen waren, wurden durch den Wind des Argwohns weiter getragen und zündeten überall im Ruhrrevier. Zu dem Gefühle der Unsicherheit, das sich dabei stärker zeigte als die ruhige Überlegung, hatten verschiedene Umstände beigetragen: so die kurz vorher erfolgte Stillegung einiger Zechen, die Wurmkrankheit, die in der Hibernia-Angelegenheit entfaltete Macht des Syndikats. Das Gegengewicht lag in der Hoffnung namentlich der christlichen, der nichtsozialdemokratischen Arbeiter auf eine gerechte Prüfung ihrer Lage durch den Staat. Ich bekenne freimütig, ich würde ein schweres Versäumnis darin erblicken, wenn die Königliche Staatsregierung zumal bei der mit der Dauer des Streiks fortschreitenden allgemeinen, nicht allein auf die innere Lage Preußens und des Reichs beschränkten Kalamität passiv geblieben wäre und nichts getan hätte, um das Vertrauen in eine ruhige Entwicklung zu stärken. Damit sollte der allgemeinen Beruhigung gedient, nicht gegen die Arbeitgeber einseitig Partei genommen werden. Ich habe damals erklärt, die Vorbedingung für jede staatliche Aktion sei die Aufrechterhaltung von Ruhe und Ordnung und die Wiederaufnahme der Arbeit. Oder, meine Herren, sollen wir Arbeiterbeschwerden schon deshalb a limine ablehnen, weil sie auch von sozialdemokratischen Arbeitern unterstützt werden? Das wäre nach meiner Ansicht in Wahrheit eine Politik ab irato. Dann würden wir am Ende dahin kommen, die ganze Versicherung der Arbeiter gegen Krankheit, Unfall, Alter als eine Kapitulation vor der Sozialdemokratie zu bezeichnen. Meine Herren, mit solchen Schlagworten lassen sich soziale Maßnahmen und Forderungen nicht abtun. Ich für meinen Teil bleibe durchdrungen von der Wahrheit der Grundsätze, die unser alter großer Kaiser und sein großer Kanzler für soziale Reformen aufgestellt haben. Wenn uns in Zukunft Krisen bevorstehen, so ist zu ihrer siegreichen Überwindung zweierlei erforderlich: Autorität der Monarchie, Autorität der Staatsgewalt und ein gutes Gewissen gegenüber den Arbeitern. Ich halte es für meine Pflicht, das gerade in einem Hause von konservativer Grundfarbe zu betonen, in der Hoffnung, in der Zuversicht, gerade hier Verständnis und loyale und kluge Mitarbeit bei der Aufrechterhaltung der in dieser Frage engagierten Autorität zu finden.

Dieses Hohe Haus hat nun die bedeutsame Aufgabe, das zwischen der Königlichen Staatsregierung und dem Hause der Abgeordneten vereinbarte Werk zu einem guten Ende zu führen. Damit wird der preußische Landtag beweisen, wird gegenüber sozialdemokratischen Verdächtigungen und Hetzereien beweisen, daß er willens und imstande ist,

eine große soziale Aufgabe zu lösen. Er wird den Beweis erbringen, daß die Königliche Staatsregierung recht hat, die bergbaulichen Verhältnisse der preußischen Landesgesetzgebung vorzubehalten. Er wird beweisen, wie falsch es ist, zu behaupten, daß ein nicht aus gleichen, direkten und geheimen Wahlen hervorgegangenes Parlament nicht auch Arbeiterverhältnisse und Arbeiterforderungen mit freiem Blick und ohne Vorurteil behandeln könne. Ein lateinisches Wort sagt: disce ab hoste. Ich glaube, daß es in der Sozialdemokratie keinen einzigen denkenden Kopf gibt, der nicht brennend wünscht, daß diese Vorlage gerade in diesem Hohen Hause scheitern oder versanden möge. Die Sozialdemokratie lauert förmlich auf einen solchen Ausgang der Dinge; das können Sie schon aus dem Indianergeheul entnehmen, das die sozialdemokratische Presse erhob, als die Möglichkeit einer Verständigung zwischen der Königlichen Staatsregierung und dem Hause der Abgeordneten in den Bereich der Möglichkeit, in den Bereich der Wahrscheinlichkeit rückte. Die Sozialdemokratie möchte den Bergleuten höhnisch sagen können: das habt ihr nun von eurem Vertrauen auf die Regierung, von eurem Glauben an die Monarchie! Dagegen wird die Annahme der Vorlage nach der wohlerwogenen, bestimmten Ansicht der Königlichen Staatsregierung der Sozialdemokratie zum Nachteil, einer ruhigen inneren Fortentwicklung, dem sozialen Frieden und der Monarchie zum Vorteil gereichen. Sie liegt in der gleichen Richtung der treuen Fürsorge für die Hilfsbedürftigen, welche die Begründer Brandenburgs, Preußens und des Reiches stets für eine ihrer vornehmsten Pflichten erachtet haben. Im Interesse des Landes, im Interesse der Monarchie bitte ich dieses Hohe Haus um die Annahme der Vorlage.

(Lebhaftes Bravo.)

Im Verlauf der Debatte kam der Graf Bülow dann noch einmal zum Worte; über welche Punkte, ergibt sich aus seinen Ausführungen selbst.

Ministerpräsident Reichskanzler Graf von Bülow:

Meine Herren, ich werde auf das Stillegungsgesetz nicht näher eingehen aus den eben von dem Herrn Präsidenten hervorgehobenen Gründen.[2]) Wenn aber der Herr Graf von Tiele-Winckler gesagt hat,

[2]) Der Präsident hatte die Absicht kundgegeben, jedes der drei Gesetze: Arbeitergesetz, Betriebszwanggesetz und Mutungsgesetz getrennt zu behandeln und demgemäß gebeten, auch bei der allgemeinen Vorbesprechung zu jedem der drei Gesetze nur dann das Wort zu nehmen, wenn es aufgerufen wäre.

er habe niemals erlebt, daß in ein Gesetz so viel Gift und Galle destilliert worden sei wie in die erwähnte Vorlage, so muß ich darauf aufmerksam machen, daß der Königlichen Staatsregierung, als sie diesen Gesetzentwurf dem Landtag unterbreitet hat, jede Animosität selbstverständlich vollkommen ferngelegen hat.

Ich wende mich nun zu einigen anderen Ausführungen, die im Laufe der Debatte gemacht sind. Der Herr Freiherr von Manteuffel hat gemeint, die Königliche Staatsregierung hätte sich während des Streiks im Ruhrgebiete ganz auf die Seite der Bergarbeiter gestellt. Demgegenüber weise ich hin auf die Artikel, welche damals in der sozialdemokratischen Presse erschienen sind und in denen der Königlichen Staatsregierung und speziell mir im Gegenteil vorgeworfen wurde, daß wir in der rücksichtslosesten, herzlosesten Weise die Interessen der Arbeiter den Unternehmern geopfert hätten. Ich weise hin auf die Rede, die, als der Streik seinen Höhepunkt erreicht hatte, der Reichstagsabgeordnete Bebel im Reichstage hielt. Der Abgeordnete Bebel — ich bitte, diese kurzen Stellen verlesen zu dürfen — nahm Bezug darauf, daß ich vor dem Reichstage gesagt hätte, ich wolle keinen Zweifel darüber lassen, daß die Preußische Staatsregierung die vollen Machtmittel des Staates einsetzen würde, wenn der im Ruhrgebiet entfesselte Lohnkampf in Exzesse ausarten sollte. Dann fuhr Herr Bebel fort:

> Ist das eine Sprache von einem Staatsmanne? In einem Augenblicke, wo die Arbeiter sich der größten Ruhe befleißigen, eine derartige Drohung auszusprechen! Gehen Sie alle Parlamente der Welt durch: nirgends wird in einem solchen Falle ein Staatsmann eine solche Provokation Streikenden ins Gesicht zu schleudern wagen. Das ist eine Provokation unerhörtester Art.

Der Abgeordnete Bebel sagte weiter:

> Ähnliches wäre einem englischen Minister nicht passiert; es wäre in England einfach unmöglich gewesen, daß ein Minister so zum Parlamente, zu den Vertretern der Arbeiter im Lande geredet hätte, wie der Reichskanzler es am 20. Januar im Reichstag getan hat. Was haben wir am 20. Januar zu hören bekommen? Gegen die Arbeiter eine Drohung, gegen die Unternehmer einen leisen Tadel und am Schlusse der Rede die größten Komplimente für die Unternehmer. So stehen im Augenblick die Sachen. Der Herr Reichskanzler braucht sich nicht zu wundern, daß auch in der bürgerlichen Presse ein großes Mißbehagen über die Stellung der Regierung zu der kleinen Kapitalisten- und Unternehmerklasse

der Zechenbesitzer sich entwickelt hat. Der Herr Reichskanzler braucht sich auch nicht zu wundern, wenn alle Welt rief: hier kapituliert die Staatsgewalt vor der Kapitalsgewalt!

Also der eine wirft mir vor, ich kapituliere vor der Kapitalsgewalt, der andere, ich kapituliere vor der Sozialdemokratie! Meine Herren, die Wahrheit liegt auch hier in der Mitte. Die Wahrheit ist, daß die Königliche Staatsregierung während dieses Streiks Unparteilichkeit und Sachlichkeit beobachtet, daß sie sich weder von der einen noch von der andern Seite hat ins Schlepptau nehmen lassen, daß sie sich über den verschiedenen Interessengruppen gehalten hat, daß sie bemüht gewesen ist, und mit Erfolg bemüht gewesen ist, im Interesse der Allgemeinheit diesen Streik möglichst bald zu Ende zu führen. Wie notwendig es war, dafür zu sorgen, daß dieser Streik nicht zu einer großen allgemeinen Kalamität auswuchs, habe ich seinerzeit eingehend im Abgeordnetenhause nachgewiesen; das hat soeben der Handelsminister von neuem dargelegt und das hat zu meiner Befriedigung auch Herr Oberbürgermeister Becker zugegeben. Meine Herren, wenn eine Sache leidlich ausgegangen ist, dann ist es leicht, zu sagen, sie hätte unmöglich schief gehen können. Ich stehe aber doch lieber hier mit dem Bewußtsein, daß wir diesen Streik friedlich und rasch zu Ende geführt haben, als wenn derselbe politisch oder wirtschaftlich uns unheilbare Wunden geschlagen hätte.

Nun hat Herr von Burgsdorff sich in temperamentvoller Weise mit der Entstehung des Streiks beschäftigt. Er hat gemeint, dieser Streik sei absichtlich, planmäßig und direkt herbeigeführt worden von der Sozialdemokratie. Ich gebe ihm zu, daß bei Streiks in der Regel meist sozialdemokratische Hetzerei im Spiele ist. In diesem Falle ist aber der unmittelbare und direkte Anstoß nicht von der Sozialdemokratie gegeben worden, sondern die Ursache war komplizierter und tiefer liegender Natur. Herr von Burgsdorff hat weiter gemeint, die Bergarbeiter brauchten nur einen zweiten Streik in Szene zu setzen, um auch den übrigen Teil ihrer Forderungen durchzusetzen. Ich habe schon gesagt, daß die Königliche Staatsregierung den Arbeitern die Beseitigung derjenigen Beschwerden in Aussicht gestellt hat, welche schon seit Jahren von ihr als gerechtfertigt anerkannt waren, nicht aber die Erfüllung ungerechtfertigter und erst während des Streiks entstandener Wünsche und Forderungen. Herr von Burgsdorff hat weiter gemeint, die Maßnahmen, welche wir jetzt für die Bergarbeiter berieten, würden naturgemäß auch auf andere Gewerbe ausgedehnt werden. Ich habe im

Abgeordnetenhause gesagt, daß das durch die Natur der Dinge ausgeschlossen ist. Ich füge hinzu, daß eine Ausdehnung dieser auf die Eigenart der Bergarbeit berechneten Maßnahmen nun gar auf die Landwirtschaft meinen politischen Ansichten und Überzeugungen widerspricht.

Nun, meine Herren, weiß ich nicht, ob das auf Herrn von Burgsdorff einen besonderen Eindruck machen wird! Ich fürchte, daß er kein sehr großes Vertrauen zu mir hat.

(Heiterkeit.)

Ich möchte wirklich nichts sagen, was unbescheiden klingt; aber Herr von Burgsdorff hat seinerzeit auch gemeint, es würde mir niemals gelingen, irgend etwas für die Landwirtschaft zu tun. Er kleidete dieses Mißtrauen, diesen geringen Grad von Vertrauen damals in die witzige und von mir sehr appreziierte Formel: ein Reichskanzler, der von der Landwirtschaft nicht mehr verstände, als daß man einen Bullen nicht melken könne

(Große Heiterkeit),

der sei nicht imstande, etwas für die Landwirtschaft zu tun. Nun hat Freiherr von Manteuffel und dafür danke ich ihm — doch anerkannt, daß es mir gelungen ist, in den Handelsverträgen einiges für die Landwirtschaft zu tun. Ich sage „einiges“; ich hätte gern noch viel mehr für die Landwirtschaft getan. Aber etwas ist doch schließlich erreicht worden, und ich hoffe, daß ich auch bei anderen Anlässen Herrn von Burgsdorff die Möglichkeit geben werde, seine Ansichten über mich zu revidieren.

Ich will heute auf die viel erörterte Frage der Arbeiterausschüsse nicht näher eingehen. Ich möchte mich nur gegen die Gegenüberstellung von Arbeiterausschüssen und Krankenkassen wenden. Ich erkenne an, daß es der Sozialdemokratie leider gelungen ist, sich der Krankenkassen zu bemächtigen; ich erkenne weiter an, daß dies zum großen Nachteile der sozialen Bedeutung der Krankenkassen geschehen ist. Ich erkenne ebenso an, daß sich hier Zustände entwickelt haben, die der Remedur dringend bedürfen.

(Bravo!)

Aber, meine Herren, die Parallele, die gezogen worden ist zwischen den Krankenkassen und den Arbeiterausschüssen, die kann ich nicht zugeben. Hier, bei den Krankenkassen, große Verwaltungskörper mit bezahlten Beamten, Ausdehnung auf ganze Industrieorte; dort ehrenamtliche Funktionen, gut-

achtliche Tätigkeit unter Beschränkung auf die Verhältnisse des eigenen Werks, bleibende wirtschaftliche Abhängigkeit der Arbeiter von dem Unternehmer.

Von allen Herren Vorrednern ist das weite Gebiet der Sozialpolitik erörtert, ist unser Verhältnis zur Sozialdemokratie berührt worden. Im Inland und Ausland wird anerkannt, daß Deutschland in der Sozialpolitik an erster Stelle steht. Wir folgen — ich habe eben daran erinnert — nur dem Beispiele unseres alten Kaisers und seines Kanzlers, wenn wir in der Fürsorge für die Armen und Schwachen nicht erlahmen. Vieles ist schon auf diesem Gebiet erreicht worden, manches und großes steht uns zu tun noch bevor. Ich sage offen, ich würde es für unverantwortlich, ich würde es gerade für einen Akt moralischer Mutlosigkeit der Staatsregierung und des Reichskanzlers halten, wenn sie sich durch die Furcht vor der Sozialdemokratie abhalten ließen, eine weite und richtige Sozialpolitik weiter zu treiben. Ich sage: eine weite Sozialpolitik; denn ich glaube, daß unsere Sozialpolitik sich nicht allein auf die Arbeiter zu beschränken hat, sondern daß wir zu sorgen haben für alle Schutzbedürftigen, soweit das ohne Überspannung unserer Kräfte möglich ist.

(Sehr richtig!)

Wir müssen vorsichtig — vorsichtig! — nach festgestecktem Ziele weitergehen. Jede Überhastung wäre vom Übel. Vor allem müssen wir als Vorbedingung hierfür die dringend notwendige Vereinigung der getrennten Organisationen der Arbeiterversicherung durchführen. Meine Herren, Regierung und Volksvertretung haben die Pflicht, nach Möglichkeit die Klassengegensätze zu mildern und auf eine friedliche Lösung der großen wirtschaftlichen und sozialen Probleme hinzuwirken. Je gewissenhafter sie diese Pflicht erfüllen, um so mehr sind sie auch berechtigt und verpflichtet, den Kampf aufzunehmen gegen diejenigen Elemente, die nicht aufbauen, sondern zerstören wollen und die die sozialen Gegensätze benutzen zur Erreichung ihrer auf den Umsturz der bestehenden Verhältnisse und auf den Umsturz der Verfassung gerichteten politischen Zwecke. Dieser Kampf kann kommen, aber er muß im richtigen Augenblicke, auf dem richtigen Felde und mit den richtigen Waffen geführt werden. Bis dahin halte ich es für meine Aufgabe, aber auch zugleich für meine unabweisbare Pflicht, dafür zu sorgen, daß die bestehenden Gesetze mit Festigkeit und ohne Zögern angewandt werden und keinen Zweifel darüber zu lassen, daß die Sozialdemokratie nicht eine berechtigte Institution im

politischen Kampfe ist, sondern eine unberechtigte, mit allen gesetzlichen Mitteln zu bekämpfende. Auf sozialem Gebiete sehe ich ebensowohl in der ruhigen und planmäßigen Fortführung unserer Sozialpolitik wie in der entschlossenen Bekämpfung der Sozialdemokratie die Aufgabe der Königlichen Staatsregierung, und ich hoffe, daß uns die Unterstützung dieses Hohen Hauses in der einen wie in der anderen Richtung nicht fehlen wird.

Endlich, meine Herren, hat Herr Freiherr von Manteuffel aus dem reichen Schatze seiner Erinnerungen ein Wort seines verewigten Vaters zitiert, daß Revolutionen oft, daß sie meist von oben gemacht werden. Meine Herren, das Wort ist richtig, die Geschichte bestätigt es. Revolutionen können aber von oben in zweifacher Weise gemacht werden: sie können von oben gemacht werden durch Schwäche gegenüber subversiven Bestrebungen; das ist leider schon dagewesen. Sie können aber auch dadurch gemacht werden, daß notwendige Reformen nicht rechtzeitig vorgenommen und daß die Zeichen der Zeit nicht erkannt und verstanden werden. Ich bin überzeugt, daß der verewigte Freiherr von Manteuffel, daß unser großer Feldmarschall von Moltke das von Herrn von Manteuffel eben zitierte Wort in dieser seiner doppelten Bedeutung verstanden haben. Ich denke, meine Herren, daß die Dynastie, unter der wir leben, immer mit der entschlossenen und festen Verteidigung der Fundamente des Preußischen Staates offenen Sinn für die Erfüllung berechtigter Wünsche und gerechter Forderungen verbinden, daß sie immer festhalten wird an ihrem Wahrspruche: suum cuique, jedem das Seine, dem Großen und dem Kleinen. Ich schließe mit der Hoffnung, daß, wie mit dem Hause der Abgeordneten, so auch mit diesem Hohen Hause wir zu einer Verständigung kommen werden, die im Interesse aller Teile, die im Interesse des Landes liegt.

(Lebhaftes Bravo.)

29. Berggesetznovelle.

Sitzung des Herrenhauses vom 28. Juni 1905.[1]

Die entscheidende Beratung über die Abänderung des Berggesetzes stand auf der Tagesordnung des Herrenhauses. Als die Debatte sich dem Ende zuneigte, ergriff der Reichskanzler das Wort zu einem letzten Appell an das Haus.

[1] Sten. Ber. d. Verhandl. des Herrenhauses 1904/1905, 45. Sitzung.

Ministerpräsident Reichskanzler Fürst[2]) von Bülow:

Meine Herren, ich möchte vor allem meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß ich durch dringende Besprechungen davon abgehalten worden bin, der heutigen Debatte von Anfang an beizuwohnen. Dieses mein Bedauern bezieht sich nach dem, was ich gehört habe, vor allem auf die hervorragenden Ausführungen des von uns allen gleich hochverehrten Grafen Botho zu Eulenburg, Ausführungen, deren Grundzüge und Ziele mit meinen politischen Überzeugungen übereinstimmen. Die Darlegungen auch der anderen Herren, die heute das Wort ergriffen haben, scheinen so anregend und interessant gewesen zu sein, daß die Versuchung für mich nahe liegt, auf die mannigfachen zur Sprache gebrachten Fragen näher einzugehen. Wenn ich mich dessen enthalte, so geschieht dies vor allem, weil ich den Gang der Debatte nicht aufhalten möchte. Andererseits habe ich sowohl in diesem Hohen Hause wie im Hause der Abgeordneten manche, vielleicht die meisten der heute entwickelten Bedenken und Zweifel zu widerlegen mich bemüht und möchte nicht in Wiederholungen verfallen. Ich werde mich deshalb auf einige kurze Bemerkungen beschränken.

Die Bedenken auch des Vorredners, des Herrn Schmieding, gegen die Bergarbeiternovelle haben sich weniger gegen die einzelnen Bestimmungen dieses Gesetzentwurfs gerichtet als gegen seine Gesamttendenz und namentlich gegen seine Zweckmäßigkeit im Hinblick auf den Zeitpunkt der Einbringung. Herr Schmieding hat die Gefährlichkeit der einzelnen Bestimmungen der Arbeiternovelle nicht in den Vordergrund geschoben. Der Kernpunkt seiner Ausführungen bildete die Auffassung, daß es sich bei diesem Streik überhaupt nicht um einen wirtschaftlichen, sondern um einen rein politischen Kampf gehandelt hätte; die Arbeitnehmer wären im vollsten Unrecht und die Arbeitgeber durchaus im Rechte gewesen. Meine Herren, ich glaube, daß der geehrte Herr Vorredner damit in denselben Fehler verfallen ist, den man gerade von seiner Seite während des Streiks, und nicht ganz mit Unrecht, der öffentlichen Meinung gemacht hat. Es ist einseitig, es ist nicht objektiv, in diesem Falle die Arbeitgeber als völlige Engel hinzustellen, die in der frivolsten Weise bedroht und angegriffen worden wären. Ebensowenig wie ich jemals die Schuld und den Kontraktbruch der Arbeitnehmer verteidigt oder beschönigt habe, kann ich zugeben, daß bei diesem

[2]) Der Reichskanzler war am 6. Juni 1905 in den preußischen Fürstenstand erhoben worden.

Streik das Verhalten der Arbeitgeber ganz einwandfrei gewesen wäre und sie den Streik nicht hätten vermeiden können.

Im übrigen, meine Herren, habe ich auch sonst kein Hehl daraus gemacht, daß ich manche Bedenken verstehe, die gegen die Vorlage erhoben worden sind. Aber die Gründe, welche die Annahme, die unveränderte Annahme der Arbeiternovelle politisch nützlich und politisch notwendig erscheinen lassen, überwiegen doch bei weitem. Es handelt sich darum, eine von der Königlichen Staatsregierung nun einmal gegebene Zusage einzulösen, das Vertrauen der monarchisch gesinnten Bergarbeiter auf den Schutz des Staates und in seine Macht nicht zu erschüttern, die Autorität der Staatsgewalt aufrechtzuerhalten. Es handelt sich darum, daß das Hohe Haus, wie es das Abgeordnetenhaus schon getan hat, zeigt, daß es große sozialpolitische Aufgaben lösen kann, daß es der Sozialdemokratie keine Triumphe gönnt und ihre Voraussagen Lügen strafen will. Das wird — und darin stehe ich gerade auf dem entgegengesetzten Standpunkt wie der Herr Vorredner — nicht durch die Verwerfung, sondern durch die Annahme der Vorlage erreicht werden. Daß in unserm bedeutendsten Montanbezirke die Verhältnisse auf ein gesetzgeberisches Eingreifen hindrängen, das, meine Herren, hat erst vor wenigen Tagen ein Blatt hervorgehoben, dem weder schwächliche Nachgiebigkeit gegenüber der Sozialdemokratie noch besondere Vorliebe für gewagte sozialpolitische Experimente nachgesagt werden kann. Die „Deutsche Tageszeitung“ führte vor einigen Tagen aus, man könne den Anlaß bedauern, der zu der Zusage an die Bergleute geführt habe; unbestreitbar aber sei, daß Mißstände vorhanden wären, welche der Remedur bedürften. Diese Mißstände wollen wir in Preußen und mit der preußischen Landesgesetzgebung beseitigen.

Herr Vopelius hat an mich das Ersuchen gerichtet, ich möchte die Erklärung abgeben, daß das Bergrecht weder direkt noch durch Einfügung in die Gewerbeordnung zum Gegenstande der Reichsgesetzgebung gemacht werden soll. Ich habe sowohl in diesem Hause wie im Hause der Abgeordneten niemals einen Zweifel darüber gelassen, wie lebhaft die Königliche Staatsregierung wünscht, das Bergrecht der preußischen Landesgesetzgebung zu erhalten. Ich habe mich in demselben Sinne mit großem Nachdruck auch im Reichstag ausgesprochen. In diesem ihrem Bestreben muß die Königliche Staatsregierung aber auch von den beiden Häusern des Landtags unterstützt werden. Wenn Herr Vopelius die Berggesetzgebung dem preußischen Landtag erhalten will, möge er für die Bergarbeiternovelle stimmen; das ist der sicherste Weg dazu. Es

handelt sich darum, daß das Hohe Haus den festen Willen zeigt und der Königlichen Staatsregierung die Möglichkeit bietet, die Berggesetzgebung, wie sie wünscht und anstrebt, der preußischen Landesgesetzgebung zu erhalten.

Meine Herren, es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Bergarbeiternovelle eine hochpolitische Angelegenheit geworden ist und daß ihre Annahme oder Ablehnung von politischer, nicht nur von sozialpolitischer Tragweite ist. Sie hat unter langwierigen, schwierigen und mühsamen Verhandlungen im Hause der Abgeordneten zu meiner Genugtuung eine Gestalt gewonnen, mit der die Königliche Staatsregierung noch einverstanden sein kann. Weitere Abschwächungen würden nach Lage der Dinge das Scheitern der Vorlage bedeuten und damit die höchst unerwünschten politischen Konsequenzen nach sich ziehen, die ich, wie ich glaube, genügend angedeutet habe.

Herr Freiherr von Manteuffel hat bei der ersten Lesung der Bergarbeitervorlage am Anfang dieses Monats an die hohe Aufgabe erinnert, die diesem Hohen Hause für eine wahrhaft staatserhaltende, von Tagesströmungen und den Parteirücksichten nicht beeinflußte Politik gesetzt ist. Gewiß, der Augenblick ist gekommen, wo das Herrenhaus zeigen soll, daß es dieser Aufgabe gewachsen ist. Dieses Hohe Haus wird diese Session, diese fruchtbare Session des Landtags, welche alte und gefährliche Mißverständnisse endlich beseitigt und für das Gemeinwohl schädliche Gegensätze überbrückt hat, nicht mit einem Mißton schließen lassen; es wird den ruhigen Gang der preußischen Politik und der allgemeinen Politik des Reiches nicht in vielleicht verhängnisvoller Weise hemmen und stören. Ich bin der zuversichtlichen Hoffnung, daß das Herrenhaus auch diesmal den rechten Weg finden, daß es, seinen staatserhaltenden, monarchischen, konservativen Traditionen folgend, in dieser wichtigen und ernsten Frage der Königlichen Staatsregierung seine Unterstützung nicht verweigern wird. Dann wird es sich wiederum um das Vaterland wohlverdient machen.

(Lebhaftes Bravo.)

30. Reichsfinanzreform.

Sitzung des Reichtages vom 6. Dezember 1905.[1]

Auf der Tagesordnung stand die erste Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1906 und der Nebengesetze. Die Beratung wurde durch die nachstehende Rede des Reichskanzlers eingeleitet, die den besonderen Zweck hatte, die Unerläßlichkeit der Reichsfinanzreform dem Reichstage darzulegen.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, wenn ich mir das Wort sogleich zu Beginn Ihrer Verhandlungen erbeten habe, so geschieht dies, um in ganz sachlicher und möglichst kurzer Ausführung die wichtigste und bedeutsamste Vorlage einzuleiten, die den Kernpunkt Ihrer Beratungen bilden wird, nämlich die Reichsfinanzreform. Ich sage: die wichtigste und bedeutsamste Vorlage; denn von ihrem Ausgange hängen nach der Überzeugung der Verbündeten Regierungen die Wohlfahrt und die Sicherheit, die gedeihliche Entwicklung und die Zukunft des Reichs und der Verbündeten Einzelstaaten ab. Ohne Gesundung der Reichsfinanzen ist kein Fortschritt in den Kulturaufgaben, keine Entwicklung der sozialen Fürsorge möglich, entbehrt die Erhaltung und Stärkung unserer Wehrmacht zu Lande wie zu Wasser der notwendigen Unterlage.

Die Finanzverhältnisse im Reich haben sich während der letzten Jahrzehnte so ungünstig gestaltet, daß über einen Punkt wohl allgemeine Übereinstimmung herrscht, nämlich, daß es so nicht weitergeht.

(Lebhafte Zustimmung.)

Deshalb aber ist es nicht nur das Recht, sondern es ist die Pflicht der Verbündeten Regierungen, ihrerseits Mittel und Wege vorzuschlagen, um dieser Misere ein Ende zu setzen. Das ist keine dankbare, es ist eine sehr undankbare, es ist eine höchst unpopuläre Aufgabe.

(Sehr richtig!)

Denn keine Steuer ist populär

(sehr richtig!),

jede findet ihre Gegner, an jeder wird Kritik geübt. Es ist für eine Regierung immer sehr unangenehm, wenn sie Geld braucht, hat Fürst Bismarck schon im Norddeutschen Reichstage gesagt; denn diejenigen, die es ihr geben wollen, geben es viel lieber nicht, da sie dafür nach ihrer Ansicht weit bessere Verwendungszwecke haben.

(Heiterkeit.)

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., II. Session 1905/06, 6. Sitzung.

Steuern zahlt man weniger aus Patriotismus als aus Zwang: kann man sich ihnen entziehen, so tut man es nicht ungern.

(Hört! Hört! bei den Sozialdemokraten.)

Insbesondere hat jede neue Steuer etwas unbeschreiblich Ungemütliches.

(Heiterkeit.)

In dieser Beziehung haben sich die Menschen und haben sich die Verhältnisse nicht geändert. Aber im Interesse des Reichs wie der verbündeten Einzelstaaten, die unter der Last der finanziellen Verhältnisse im Reiche erliegen, müssen die Verbündeten Regierungen das Odium einer Finanzreform auf sich nehmen und sie durchführen.

(Sehr richtig!)

Mit einer kleinen Finanzreform wäre uns nicht gedient, sondern nur mit einer Finanzreform, die dauernde Abhilfe schafft.

Die Finanzverhältnisse im Reich — ich wiederhole es — bieten ein überaus trübes Bild. Im Gegensatz zu England und Frankreich trägt unser Finanzwesen im Reich die Züge des neuen und unfertigen, des jungen Haushalts, der sich ohne erhebliche Erbschaft seinen Lebensunterhalt selbst verschaffen soll. Die einzige Erbschaft bildete ein mageres Zoll- und Verbrauchssteuersystem. Auch in England, auch in Frankreich wachsen die Ansprüche des öffentlichen Lebens; das Steuersystem ist aber dort so praktisch eingerichtet, daß es den naturgemäß wachsenden öffentlichen Ansprüchen fortdauernd Genüge leistet. Bei uns lebt man von der Hand in den Mund und ist spätestens alle zehn Jahre am Ende der Weisheit angelangt. Dann macht man die immer wiederkehrenden Stadien der Stockung durch: Knappheit, Einengung des Reichsbedarfs, Defizit, Anleihen; auf diese Stadien folgen wieder Versuche zu Reformen, die zu heftigen Kämpfen führen, bisher aber keine dauernde Abhilfe schaffen konnten. In diesen Verhältnissen liegt die Misere des Reichsbudgets, liegt aber auch der Anlaß zu häufiger und höchst unerwünschter Beunruhigung der Steuerzahler. Ich bin hier gefolgt interessanten Ausführungen des Professors Gustav Cohn in seinen Aufsätzen „Zur Politik des deutschen Finanzwesens“, die ich den Herren zur Lektüre nur empfehlen kann.

Die ordentlichen Einnahmen des Reichs genügen nicht mehr zur Bestreitung seiner ordentlichen Ausgaben. Zur Deckung des Defizits, das seit dem Rechnungsjahre 1899 allmählich auf mehr als 100 Millionen jährlich angewachsen ist, mußten alljährlich regelmäßig die Einzel-

staaten zu ungedeckten Matrikularbeiträgen herangezogen werden. Das war früher die Ausnahme und steht in direktem Gegensatze zu dem von dem Fürsten Bismarck stets vertretenen Grundsatz, daß das Reich, nachdem es die Einzelstaaten in ihrem Steuerrechte stark beschränkt hat, nicht zu ihrem Kostgänger, sondern zu ihrem Versorger gemacht werden müsse. Noch im Jahre 1879 konnte Fürst Bismarck mit Stolz hervorheben:

> Jetzt ist das Reich nicht mehr ein lästiger Kostgänger der Einzelstaaten, sondern ein Kostgänger, der ein gutes Kostgeld zahlt und darüber hinaus sich freigiebig erweist; es ist ein Kostgänger wie ein König, der bei einem Privatmann wohnt.

Meine Herren, aus dem König ist nach und nach ein armer Reisender geworden

(Heiterkeit),

der mit großer Hartnäckigkeit als höchst unerwünschter Gast an die Tür der Einzelstaaten klopft, um sich seinen Lebensunterhalt zu fordern.

In den Begründungen zum Tabaksteuergesetzentwurf vom 9. Februar 1878 und zum Zolltarifgesetzentwurf vom 13. April 1879 wurde wörtlich als Ziel bezeichnet,

> daß durch Vermehrung der eigenen Einnahmen des Reichs eine Entwicklung eingeleitet werde, welche eine Entlastung des Budgets der Einzelstaaten herbeiführt, so daß es den letzteren dadurch ermöglicht wird, drückende Steuern zu beseitigen beziehungsweise zu ermäßigen, oder wenn sie dies für angezeigt halten, einzelne dazu geeignete Steuern den Provinzen, Kreisen und Gemeinden ganz oder teilweise zu überlassen.

Als Zweck und Ziel jeder Reichsfinanzreform wird hier die Entlastung der Einzelstaaten hingestellt, und mit vollem Rechte fügte damals am 27. Mai 1879 Fürst Bismarck im Reichstage hinzu:

> Das Reich erhält, wenn Sie die Finanzzölle nicht bewilligen, doch sein Geld. Für das Reich ist es einerlei, ob die Einkünfte, die wir haben, aus den Matrikularbeiträgen der Einzelstaaten kommen, oder aus den Zöllen des Reichs. Das sieht man dem Taler nicht mehr an, wenn er in die Reichskasse kommt; es ist vielmehr nur im Interesse der Einzelstaaten, daß ich die Finanzfrage so oft akzentuiere.

Die Interessen der Einzelstaaten erfordern gebieterisch, daß sich die Matrikularbeiträge in mäßigen und besonders festen Grenzen halten;

sonst gehen die Einzelstaaten an den Matrikularbeiträgen einfach zugrunde.

Ich habe hier zwei bemerkenswerte Aussprüche vor mir liegen, die bei der Beratung der Bundesverfassung der damalige Reichstagsabgeordnete und spätere Finanzminister von Miquel getan hat. Herr von Miquel, an den wir uns ja noch alle lebhaft erinnern, sagte damals:

> Der Bund führt eine Lastenverteilung ein, welche allen Grundsätzen der Volkswirtschaft geradezu ins Gesicht schlägt. Er verweist im wesentlichen zurück ins Mittelalter, zu den ersten Anfängen der Steuergesetzgebung. Er führt die Kopfsteuer ein, und damit ist das Steuersystem des Bundes nach meiner Meinung verworfen.

Meine Herren, das mag zu scharf sein, aber unbedingt recht behalten hat Herr von Miquel, wenn er damals hinzufügte:

> Eine Vorlage, welche 100 000 Einwohner von Bremen gleichmäßig trifft wie 100 000 Einwohner des Thüringer Waldes, eine solche Art der Umlegung der Lasten kann unmöglich die dauernde Basis des Steuersystems des Bundes sein.

(Sehr richtig! rechts.)

> Eine solche Vorlage wird neben ihrer Ungleichheit die Budgets sämtlicher Einzelstaaten in eine ganz heillose Anarchie und Verwirrung stürzen.

Diese Prophezeiung, meine Herren, ist auf dem Wege, sich zu erfüllen. Wenn wir die Matrikularbeiträge auch nicht ganz abschaffen können, so muß doch die Reichsgesetzgebung Vorsorge treffen, daß sich diese Matrikularbeiträge in gewissen Grenzen halten. Bei dem Etat von 1902 ist in diesem Hohen Hause eingehend erörtert worden, daß die Bundesstaaten nicht imstande sind, mehr als höchstens 24 Millionen Mark jährlich an ungedeckten Matrikularbeiträgen aufzubringen. Um die Etats der letzten Jahre zu balanzieren, mußte der über diese Summe von 24 Millionen hinausgehende Betrag den Bundesstaaten entweder gestundet, oder durch Anleihe aufgebracht werden. Die Stundung hat aber nur dann Erfolg, wenn sich die Verhältnisse innerhalb des Etatsjahres günstiger gestalten, als bei der Aufstellung angenommen werden konnte. Die Deckung durch Anleihe soll nur im äußersten Notfalle geschehen und ist bisher vom Reichstag nur einmal genehmigt worden.

Meine Herren, wenn es schon in hohem Grade unwirtschaftlich ist, unwirtschaftlich für einen Privatmann und unwirtschaftlich für einen

Staatshaushalt, wegen laufender Ausgaben die Schulden zu vermehren, so gibt die Sache zu um so größeren Bedenken Anlaß, wenn bereits eine übermäßige Schuldenlast vorhanden ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Nach der glücklichen Sorglosigkeit der ersten Jahre im neuen Reich, die noch unter dem Einflusse des Milliardensegens standen, hat sich eine Schuldenlast entwickelt, die man in einem verhältnismäßig so kurzen Zeitraum nicht für möglich halten sollte.

(Sehr richtig! rechts. Sehr richtig links und in der Mitte. — Heiterkeit.)

— Ich werde Ihnen gleich die Zahlen geben, dann werden Sie erst recht „sehr richtig!" rufen! — Bis 1877 schuldenfrei; 1905 über 3½ Milliarden Schulden.

(Heiterkeit.)

— Hören Sie nur weiter! — 1877/78 betrugen bei Beginn der Begebung von Reichsanleihen die Passiva nach Abstoßung früherer Verbindlichkeiten 72 Millionen Mark. Der Anleihebestand betrug 1881/82 bereits — ich will in runden Ziffern zitieren — 319 Millionen Mark, 1886/87 486 Millionen Mark, 1891/92 1686 Millionen, 1896/97 2141 Millionen, 1901 2813 Millionen und schließlich in diesem Jahre, 1905, über 3½ Milliarden: 3543 Millionen, welche mehr als 100 Millionen Mark Zinsen jährlich beanspruchen, also etwa ebensoviel, wie der Fehlbetrag im ordentlichen Etat für das Rechnungsjahr 1905 ausmacht.

Zum Vergleich der Schulden des Reiches mit denen anderer größerer Staaten will ich noch folgende Zahlen anführen. 1902 betrugen die Schulden des Reichs einschließlich derjenigen der Bundesstaaten rund 14 Milliarden Mark oder 251 M. auf den Kopf der Bevölkerung; in Österreich 7½ Milliarden, 295 M. auf den Kopf der Bevölkerung; in Ungarn 4 Milliarden, 204 M. auf den Kopf der Bevölkerung; in Italien 10 Milliarden, in Frankreich 24 Milliarden, in Großbritannien 16 Milliarden. Das Bild ändert sich aber noch mehr zu Ungunsten des Deutschen Reiches, wenn wir das Anwachsen der Schulden ins Auge fassen. Die Schulden des Reiches, und zwar ohne diejenigen der Bundesstaaten sind von 1885 bis 1902 um 539,4 %, in den zehn Jahren von 1892 bis 1902 um 61,6 % gestiegen.

(Hört! hört!)

Während der gleichen Zeiträume sind die Schulden in Österreich um 36,7 % und 17,6 %, in Ungarn um 71,8 und 11,8 %, in Italien um 13,2 und 7,1 %, in Großbritannien um 7,8 und 17,7 % gestiegen. In Frankreich betrug die Steigerung in dem ersteren Zeitraum 2,9 %, während die Schuld in Frankreich im letzteren um 4,9 % gesunken ist.

Wie Sie sehen, meine Herren, hat die Knappheit der Mittel nicht zur Sparsamkeit geführt. Auf der anderen Seite brauchen Sie nicht zu befürchten, daß ausreichende Einnahmen uns zur Verschwendung verführen werden. Ich habe öfters die Erfahrung gemacht, daß Leute, die über große Mittel verfügen, die größten Virtuosen in der Sparsamkeit sind. Das Bild hoffen wir Ihnen noch vorzuführen.

(Heiterkeit.)

Jedenfalls, meine Herren, ist es noch weniger eines großen Privathaushaltes als eines großen Staatshaushaltes würdig, sich durch einen fortgesetzten kümmerlichen Widerspruch zwischen Wollen und Können, zwischen Wollen und Müssen und Nichtkönnen hindurchzuschlagen.

Die rapide und andauernde Zunahme der Reichsschulden um durchschnittlich 120 Millionen Mark jährlich gibt zu um so größeren Bedenken Anlaß, als die aus den Anleihen entnommenen Mittel im Reiche nur zum geringen Teil zu direkt werbenden Anlagen verwendet werden, und andererseits eine plan- und regelmäßige Schuldentilgung nicht stattfindet. Gewiß sind seit zehn Jahren durch Spezialgesetze überschüssige Reichseinnahmen im Gesamtbetrage von 204 757 000 vom Anleihesoll abgeschrieben und somit zur Verminderung der Reichsschuld verwendet worden. Diese Spezialgesetze waren aber auf das jeweilige Vorhandensein von Überschüssen basiert und mußten versagen, sobald jene Überschüsse aufhörten.

Andere größere Staaten — auch in der Beziehung ist ein Vergleich nützlich — sind in der Beziehung fast durchweg weit vorsichtiger als wir. Ich habe auch hier einige Zahlen vor mir. Die Vereinigten Staaten von Amerika verfolgen eine ähnliche Methode wie wir, indem sie ihre Schulden aus Überschüssen der Staatseinnahmen tilgen und die Tilgung einstellen, wenn keine Überschüsse vorhanden sind. Im Gegensatz zu uns haben sie aber damit ganz besondere Erfolge erzielt. Die amerikanische Schuld, die 1865 infolge des Bürgerkrieges auf 3384 Millionen Dollars angewachsen war, ist bis 1896 auf 1780 Millionen und bis 1902 auf 931 Millionen Dollars gesunken. England verpflichtet sich bei der Aufnahme seiner Anleihen, die Schuld in einer

bestimmten Anzahl von Jahren wieder zu tilgen, und zwar mittels jährlicher Zahlungen, die neben dem Zinsbetrage auch eine gewisse Kapitalquote umfassen. Außerdem finden in England auch direkte Tilgungen aus einem direkt dazu bestimmten Fonds statt. Frankreich tilgt mit jeweiligen Unterbrechungen seine Schulden ebenfalls durch Annuitäten. In Österreich besteht ebenso, in Italien wenigstens für eingetragene Schulden wie Eisenbahnanleihen eine planmäßige Schuldentilgung. Meine Herren, auf gleich günstige Verhältnisse wie in den Vereinigten Staaten kann bei uns jedenfalls nicht gewartet werden. Die Mehreinnahmen, welche zu erwarten sind aus der weiteren natürlichen Entwicklung der im Reiche vorhandenen Einnahmen, werden bei äußerster Sparsamkeit vielleicht — ich unterstreiche das Wort „vielleicht" — ausreichen für die stetig wachsenden Ansprüche auf dem Gebiete des Militärwesens, der Flotte, im Bereich des Innern, der Justiz, der Post und Telegraphie, für die soziale Fürsorge für die Hilfsbedürftigen.

Ich möchte auch hier einige Zahlen anführen, um den fortschreitenden Bedarf im einzelnen zu kennzeichnen. 1873 verlangten Reichsheer und Marine an fortdauernden Ausgaben 267 Millionen Mark, an einmaligen Ausgaben 66 Millionen Mark, im Etatsjahr 1891/92 an fortdauernden Ausgaben 456 Millionen Mark, an einmaligen Ausgaben 105 1/2 Millionen Mark. Hier hat der Bedarf für Reichsheer und Marine sich in 18 Jahren verdoppelt. Das Jahr 1902 erforderte bereits für Militär- und Marinezwecke rund eine Milliarde Mark, die Verdopplung ist also annähernd schon nach 10 Jahren wieder erreicht. Solche Steigerungen bilden sich aber nicht bloß für Zwecke der Landesverteidigung, auch nicht bloß für die Zwecke des Reichs, sondern — das betone ich ganz besonders — fast auf allen Gebieten und in allen Staaten. So hat Preußen für Zwecke des Unterrichts aufgewandt 1821 6 Millionen Mark, 1861 13 Millionen Mark, 1876 49 Millionen Mark, 1902 176 Millionen Mark. Großbritannien gab für die Armee und Flotte aus 1867/68 540 Millionen, 1898/99 880 Millionen, 1901/02 2460 Millionen Mark.

Meine Herren, trotz äußerster Sparsamkeit wird sicher nicht darauf gerechnet werden können, aus den bisherigen Einnahmequellen des Reichs etwas zu erreichen für die Deckung des Fehlbetrags von über 100 Millionen und für die bereits vom Reich in Angriff genommenen Aufgaben, die Durchführung des Gesetzes über die Friedenspräsenzstärke des Heeres und die weitere Ausführung des Gesetzes über die Wehrpflicht. Das Reich besitzt aber auch andere Aufgaben, die aus

Mangel an Mitteln bisher nicht in Angriff genommen werden konnten und doch dringend der Erledigung harren. Ich verweise in dieser Beziehung auf die organische Schuldentilgung, ich verweise auf die Ausführung des Militärpensionsgesetzes mit seinen etwaigen Rückwirkungen auf die Pensionsverhältnisse der Zivilbeamten. Ich verweise auf die Beseitigung des Personalservises der Offiziere und Militärbeamten, ich verweise auf die dringend notwendige Vermehrung der Marine, ich verweise auf die dringend notwendige Sanierung des Reichsinvalidenfonds.

Es ist nicht das erste Mal, meine Herren, daß wir uns bemühen, Ordnung in die Reichsfinanzen zu bringen, um die Mißstände zu beseitigen, auf die ich soeben hingewiesen habe. Ich will die mannigfachen ganz oder teilweise mißglückten Anläufe nicht rekapitulieren, die von 1869 bis heute in dieser Richtung gemacht worden sind. Das Gesetz vom 14. Mai 1904 hat in formeller Beziehung zweifellos Erfolge gehabt, seine materiellen Wirkungen waren geringer, weil der Hauptübelstand in unseren Finanzen bestehen blieb, nämlich, daß die ordentlichen Einnahmen nicht ausreichen zur Deckung der ordentlichen Ausgaben. Daß die Beseitigung dieses Übelstandes ohne Gefährdung der Sicherheit und des Wohlstandes des Reiches, ohne die Preisgabe wichtiger Kulturaufgaben nicht anders zu erreichen ist als durch neue Steuern, ist die wohl erwogene und fest begründete Überzeugung aller Verbündeten Regierungen. Gewiß, meine Herren, kommt die Finanzreform im wesentlichen heraus auf Einführung neuer Steuern, die Erhöhung der bestehenden; wenn wir aber für die wachsenden Ausgaben nicht vermehrte Einnahmen nötig hätten, dann brauchten wir überhaupt keine Reichsfinanzreform.

(Heiterkeit.)

Wer aber das wachsende Mißverhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zugibt — und das kann niemand leugnen —, der muß auch für die neuen Steuern eintreten. Da heißt es für die Verbündeten Regierungen und für dieses Hohe Haus: „Es fehlt an Geld, nun gut, so schaff es denn!“

Meine Herren, der zur Deckung des Fehlbetrags und der dringendsten neuen Ausgaben notwendige Gesamtbetrag ist, wie in den Anlagen spezialisiert worden ist, auf rund 250 Millionen zu veranschlagen. Von dieser Summe werden mutmaßlich nur 75 Millionen, von denen 50 Millionen bereits gesetzlich für die Witwen- und Waisenversorgung der Arbeiter festgelegt worden sind, durch die Mehreinnahmen aus den Zöllen gedeckt werden können. Um den noch fehlenden Betrag möglichst

gerecht zu verteilen und die minder begüterten Volksklassen zu schonen, ist es nötig, diese Summe möglichst vielen und möglichst leistungsfähigen Schultern aufzuerlegen.

Meine Herren, die Verbündeten Regierungen wissen sehr wohl, daß in diesem Hohen Hause der Wunsch besteht, die breiten Massen gar nicht zu den neuen Steuern heranzuziehen. Die verbündeten Regierungen glauben, daß in dieser Form und so allgemein gehalten dieser Wunsch zu weit geht und für jede durchgreifende Reichsfinanzreform ein unüberwindliches Hindernis bilden würde. Gewiß, meine Herren, soll man sich der Besteuerung des notwendigen Bedarfs enthalten. In der Agitation gegen die neuen Steuern begegne ich aber immer wieder der Fiktion, als ob die Regierung nur aus Eigensinn oder aus Einfältigkeit sich nicht ausschließlich an den Luxus der Reichen hielte, und als ob sie die Wahl hätte, den zwischen steigenden Ausgaben und ungenügenden Einnahmen festgefahrenen Staatswagen entweder durch ein schnellfüßiges Luxuspferd oder durch die vereinte Kraft tüchtiger Arbeits- und Ackerpferde wieder flottzumachen. Meine Herren, diese Wahl besteht nicht. Der Luxus der Reichen wirft auch bei hoher Besteuerung verhältnismäßig nicht viel ab. Es gibt eben zu wenig Reiche.

(Heiterkeit bei den Sozialdemokraten.)

Ich habe vor einigen Wochen in einem Aufsatz, der herrührte von einem Mitgliede dieses Hohen Hauses, das mir persönlich nicht bekannt ist, den ich aber mit großem Interesse gelesen habe, in einem Aufsatz des Abgeordneten Fuchs gelesen, daß, wenn man alle Einkommen in Deutschland teilt, auf jeden Deutschen etwa kaum nur 300 Mark jährlich — wenn ich mich recht entsinne — kommen würden. Ich sage also, es gibt noch zu wenig Reiche. Jede Steuer, soll sie einigermaßen ergiebig sein, muß auch die Genußmittel der Allgemeinheit treffen, das sind die zweckmäßigsten Objekte der Besteuerung.

Diese Erwägung mußte die Verbündeten Regierungen in erster Linie auf die indirekten Steuern führen. Für die indirekten Steuern aber sprach auch die Reichsverfassung, welche die direkten Steuern den Einzelstaaten vorbehalten hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Sie müssen den Einzelstaaten erhalten bleiben, wenn anders deren Leistungsfähigkeit und deren Lebensfähigkeit, die Grundlagen der Reichsverfassung und des Reiches, nicht gefährdet werden sollen.

(Sehr richtig! rechts.)

Das Verhältnis der direkten Steuern zu den indirekten liegt in Deutschland gar nicht ungünstiger als in anderen Ländern. Zieht man die wichtigeren direkten Steuern in Betracht, so ergibt sich für das Reich und die Bundesstaaten eine Belastung von: im Deutschen Reiche 7,72 M. auf den Kopf der Bevölkerung, in Österreich 9,45 M., in Ungarn 9,89 M., in Italien 12,49 M., in Frankreich 12,38 M., in Rußland 2,26 M., in Großbritannien 19,65 M.

(Hört! hört!)

An Zöllen und wichtigeren indirekten Steuern werden dagegen erhoben im Reiche und in den Bundesstaaten zusammen 19,97 M. auf den Kopf der Bevölkerung, in Österreich und Ungarn 21,12 M., in Italien 22,54 M., in Frankreich 44,97 M., in Rußland 15,45 M., in Großbritannien 47,55 M.

(hört! hört! rechts),

in den Vereinigten Staaten von Amerika, in welchen es direkte Bundesabgaben überhaupt nicht gibt, 30,31 M. auf den Kopf der Bevölkerung.

Ich möchte hierbei aber doch noch auf einen Punkt hinweisen. Im Reiche werden von den Einzelstaaten jährlich etwa 280 Millionen Mark für Unterrichtszwecke verausgabt, die im wesentlichen Volksschullasten darstellen. Ich habe vor einigen Tagen in einer Abhandlung, in einer Zusammenstellung gelesen, man könne wohl annehmen, daß von den Gemeinden und sonstigen Verpflichteten für Unterrichtszwecke etwa dreimal so viel aufgebracht würde, wie vom Staate. Wir haben also mit einer jährlichen Ausgabe von über einer Milliarde zu rechnen, die im wesentlichen den breiten Massen der Bevölkerung zugute kommt. Diese Last wird ebenso wie die gleichfalls den Gemeinden und Kommunalverbänden obliegende Armenlast durch direkte Steuern aufgebracht, die vorzugsweise die besitzenden Klassen treffen.

(Sehr wahr! rechts.)

Ich kann auch daran erinnern, daß in Preußen von 34 Millionen über 20 Millionen einkommensteuerfrei sind, und daß nur etwa 13 oder 14% der Bevölkerung zur Ergänzungssteuer veranlagt sind.

Meine Herren, Ziel jeder Steuerreform muß sein, den aufzubringenden Betrag so einzurichten, daß er mit denkbar geringstem Druck auf die Steuerpflichtigen aufgebracht wird. Wir müssen uns immer vorhalten, wie schon vor langen Jahren Fürst Bismarck gesagt hat: Wie sitzt der schwere Steuerrock dem Volke am bequemsten? Oder vielmehr: wie läßt

er sich am bequemsten tragen? Denn ganz bequem sitzt der Steuerrock niemand. Von diesem Gesichtspunkt ausgehend, war mein großer Amtsvorgänger Zeit seines Lebens seit seiner Prüfungsarbeit als Referendar — die behandelte das sehr zeitgemäße Thema „Die Sparsamkeit im Staatshaushalte, ihre Wirkungen und Folgen" — ich sage, seit seiner Prüfungsarbeit als Referendar bis zum Ende seiner politischen Laufbahn ein ausgesprochener Anhänger der indirekten Steuern. Er sah ihre Vorzüge, ihre große Gleichförmigkeit in ihrer leichteren Erhebung, und er hatte den Eindruck, daß gerade der Arme sich unter dem Regime der indirekten Steuern wohler befindet. Ich könnte das mit zahllosen Aussprüchen des Fürsten Bismarck belegen. Dieselben Gesichtspunkte mußten die Verbündeten Regierungen auch dahin führen, ihre Vorschläge für die Gesundung der Reichsfinanzen mit auf die indirekten Steuern zu basieren. Wenn sich die Verbündeten Regierungen trotzdem entschlossen haben, nach langen Erwägungen und schwierigen Beratungen die Erbschaftssteuer dem Reiche zu überweisen unter gewissen Voraussetzungen, so wollen Sie, meine Herren, darin einen Beweis sehen dafür, daß die Verbündeten Regierungen nicht eigensinnig sind, daß die verbündeten Regierungen tun wollen, was an ihnen ist, um zu der so notwendigen und wünschenswerten Verständigung zu gelangen.

Meine Herren, auf eine Erörterung der Streitfrage, ob die Erbschaftssteuer als eine direkte oder indirekte Steuer anzusehen ist, möchte ich hier nicht eingehen. Tatsächlich wirkt sie jedenfalls als direkte Steuer und dient wie die unbestritten als direkte Steuern zu behandelnden Abgaben bisher den Einzelstaaten als Reserve, um nötigen und dringenden Bedürfnissen des eigenen Landes oder gesteigerten Ansprüchen des Reiches an Matrikularumlagen zu genügen. Diese Reserve wird den Einzelstaaten durch die Reichserbschaftssteuer genommen. Die Reichserbschaftssteuer enthält auch eine Besteuerung des Vermögens, die von einem zufälligen Umstande, dem Todesfalle des Erblassers abhängt. Sie enthält einen Eingriff in das den einzelnen Staaten zustehende Steuergebiet, insofern sie die weitere Ausbildung der einzelstaatlichen Vermögenssteuern, also z. B. der preußischen Ergänzungssteuer beeinträchtigt. Meine Herren, deshalb hat der preußische Herr Finanzminister und hat das preußische Staatsministerium, deshalb habe ich mich selbst sehr schwer entschließen können, der Erbschaftssteuer zuzustimmen. Die Erbschaftssteuer trifft ferner das mobile Kapital viel weniger scharf als das immobile.

(Sehr richtig! rechts.)

Gewiß ist das richtig. Ich will noch mehr sagen. Der Besitzer von mobilem Kapital kann dasselbe viel leichter bei seinen Lebzeiten an die Erben übertragen im Gegensatz zu dem Besitzer von Immobilien.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Umgehung der Erbschaftssteuer durch Zuwendungen unter Lebenden läßt sich bei mobilem Kapital sehr schwer verhindern ohne gehässige Eingriffe

(Sehr richtig! rechts)

in die Privatverhältnisse.

Wer Erbe von mobilem Kapital ist, wird die Erbschaftssteuer leicht flüssig machen können. Der Erbe von Immobilien wird, da neben den Grundstücken oft wenig, bisweilen gar kein Barvermögen vorhanden ist, nicht selten Schulden aufzunehmen haben, um die Erbschaftssteuer zu bezahlen.

(Sehr wahr! rechts.)

Meine Herren, ich habe Ihnen absichtlich einige der Bedenken angeführt, die gegen die Erbschaftssteuer sprechen, um Ihnen zu beweisen, daß die Verbündeten Regierungen an diesen Bedenken nicht achtlos und leichtsinnig vorbeigegangen sind. Wenn die Verbündeten Regierungen Ihnen trotzdem die Reichserbschaftssteuer vorschlagen, so geschieht es, weil sie diese Bedenken nicht für unüberwindlich halten. In dem Entwurf der Erbschaftssteuer, von der ein Ertrag von 48 Millionen für das Reich erwartet wird, ist der Versuch gemacht worden, die dieser Steuerart anhaftenden Unebenheiten und Härten tunlichst zu beseitigen, nach Möglichkeit wenigstens zu mildern. Ich will auch nicht verschweigen, daß die Verbündeten Regierungen zu ihrem Entschluß, Ihnen die Erbschaftssteuer vorzuschlagen, auch durch die Erwägung veranlaßt worden sind, daß diese Steuer bei uns noch dürftig ausgestaltet ist und geringe Erträge abwirft. Während in England aus der Erbschaftssteuer auf den Kopf der Bevölkerung 7 M. bezogen werden, in Frankreich, Belgien und Holland, wenn ich nicht irre, 4 M., so wirft die Erbschaftssteuer in Preußen kaum 35 oder 30 Pf. ab.

Ich muß es dem Herrn Staatssekretär des Reichsschatzamts überlassen, die einzelnen Steuervorlagen zu begründen, dem Herrn Staatssekretär, über dessen Kompetenz wir wohl alle einig sind. Als ich vor zwei Jahren den Herrn Freiherrn von Stengel Seiner Majestät dem Kaiser als Staatssekretär für das Reichsschatzamt vorschlug, sagte ich Seiner Majestät, es gäbe in Deutschland drei Personen, welche

den Etat, die Etatsverhältnisse, die Finanzverhältnisse aus dem ff kennen, das wäre erstens der Abgeordnete Richter

(sehr richtig!),

den wir zu unserem allseitigen Bedauern noch immer nicht an seinem gewohnten Eckplatz sehen

(sehr wahr!),

das wäre der Herr Unterstaatssekretär Aschenborn und der Freiherr von Stengel. Der Herr Abgeordnete Richter, fügte ich hinzu, würde wohl leider nicht geneigt sein, diesen Posten anzunehmen

(Heiterkeit),

für den Wissen und Charakter ihn wohl qualifizierten

(sehr gut!),

der Herr Unterstaatssekretär Aschenborn wäre über die Jahre hinaus, wo es einem Spaß mache, Staatssekretär zu werden

(Heiterkeit);

ich sei aber überzeugt, daß der Herr Freiherr von Stengel der richtige Mann für diese Stellung sei. Ich bin auch heute überzeugt, daß Herr von Stengel der rechte Mann ist, um diese große, diese hochwichtige Aufgabe in sachkundiger, gewissenhafter, gerechter Weise mit diesem Hohen Hause durchzuführen.

Meine Herren, die Verbündeten Regierungen, welche einstimmig, welche einmütig hinter dieser Vorlage stehen, hoffen, daß dieses Hohe Haus nicht die schwere Verantwortung auf sich nehmen wird, nicht nach besten Kräften zu einem glücklichen Ausgang dieser notwendigen Vorlage beizutragen. Wir werden um so eher zu einem günstigen Ergebnis gelangen, je mehr wir uns freimachen von der Vorstellung, als sollten die neuen Steuern der Regierung bewilligt werden. Meine Herren, diese Auffassungsweise, diese Ausdrucksweise, der ich noch täglich in der Presse begegne, stammt aus der Kinderzeit des Parlamentarismus.

(Sehr wahr! rechts.)

Für die Herren hier am Tische des Bundesrats, für die Herren der Ressorts, die diese Vorlage mit so großer Mühe hergestellt haben, ist es, soweit ihr Privatinteresse in Frage kommt, wirklich vollständig gleichgültig, ob das Bier oder der Tabak oder die Fahrkarten belastet werden, persönlich haben sie davon gar keinen Vorteil zu erwarten. Wir leben ja doch nicht in einer exotischen Republik, wo die Minister gelegentlich

ihre kurze Amtszeit benutzen sollen — ich sage sollen —, um für sich, ihre politischen Vettern und Anverwandten zu sorgen.

(Heiterkeit.)

Die Verbündeten Regierungen haben diese Vorlage auch nicht eingebracht wie ein leichtsinniger Student, der bei seinem Vater um die Erhöhung seines Wechsels einkommt.

(Heiterkeit.)

Nein, meine Herren, hier handelt es sich um eine dira necessitas; was Sie bewilligen, das bewilligen Sie dem Bunde, das bewilligen Sie für die Deckung von Ausgaben, die für die Wohlfahrt, die Sicherheit, den Frieden, die Zukunft des deutschen Volkes unerläßlich sind. Bewilligen Sie dem Reiche, was es finanziell bedarf, um selbst die nötige Bewegungsfreiheit zu haben und den Einzelstaaten nicht übermäßig zur Last zu fallen! Damit werden Sie die Gegenwart erleichtern, die Zukunft sichern, die Verdienste des Reichstages aber vermehren um eine eminent patriotische Tat!

(Lebhafter Beifall. Zischen bei den Sozialdemokraten.)

In derselben Sitzung erwiderte der Reichskanzler auf die Ausführungen des Abgeordneten Fritzen (Ztr.) folgendes.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, schon im Hinblick auf die vorgerückte Stunde werde ich auf die von dem Herrn Vorredner berührten innerpolitischen und besonders finanzpolitischen Fragen heute nicht mehr eingehen. Ich behalte mir das für den weiteren Lauf der Debatte vor und beschränke mich heute auf die auswärtigen Angelegenheiten.

Als ich vor einer Stunde Zeitungsausschnitte durchblätterte, stieß ich auf einige Preßstimmen, in denen der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß ich im Laufe dieser Etatsdebatte große Enthüllungen machen, daß ich alle Winkel der Weltlage beleuchten und durchleuchten werde. Meine Herren, ein leitender Staatsmann kann nicht in jedem beliebigen Augenblick eine Rede über die auswärtige Lage halten. Namentlich, wenn diese Lage keine durchaus befriedigende ist

(hört! hört! in der Mitte und bei den Sozialdemokraten);

wenn Verstimmungen eben erst überwunden und neue möglich sind, wird er sich zunächst immer fragen müssen, ob er überhaupt reden soll, und ob er nicht, wenn er auf jede Frage öffentlich Rede und Antwort stehen

wollte, mehr schaden als nützen würde. Die Beziehungen von Regierung zu Regierung können korrekt, sie können von beiderseitiger Friedensliebe erfüllt sein, aber die Beziehungen zwischen den Kabinetten erschöpfen nicht die Politik ihrer Länder.

(Sehr richtig!)

Ich weiß nicht, ob ich mich irre, aber ich glaube, es war in diesem Hohen Hause, daß einer seiner größten Männer, der Reichstagsabgeordnete Graf Helmut Moltke, im Vergleich zu der Kabinettspolitik früherer Tage auf die Gefahren der Volksleidenschaften in unserer Zeit hingewiesen hat. Wir haben z. B. jetzt in England mit einer tiefgehenden Abneigung der öffentlichen Meinung gegen uns zu rechnen. Erst in allerletzter Zeit haben sich Anläufe gegen diese bedenkliche Spannung in ernsten englischen Kreisen bemerkbar gemacht. Ich begrüße aufrichtig solche günstigeren Zeichen.

(Bravo!)

Ich möchte gern darin einen Anfang dafür sehen, daß man zu dem leider unterbrochenen wechselseitigen Verständnis zweier großer Völker von gleichartiger Kultur zurückkehren will.

(Sehr richtig! Bravo!)

Ich beabsichtige also nicht, Ihnen ein Exposé über die auswärtige Lage zu geben, da ich mir davon in diesem Moment keinen Vorteil für das Land verspreche. Ich bin aber durchaus bereit, auf einzelne konkrete Fragen, die der Herr Vorredner angeschnitten hat, meine Meinung zu äußern.

Der Herr Vorredner hat das Verhältnis zwischen Deutschland und Italien berührt. Offenbar im Hinblick auf die zwischen Italien und Frankreich eingetretene Annäherung hat er der Befürchtung Ausdruck gegeben, daß zwischen Deutschland und Italien nicht mehr alles beim alten sei. Daß eine Abwendung Italiens vom Dreibund nicht zu erwarten ist, habe ich vor der inzwischen erfolgten Erneuerung des Dreibundes gesagt. Italien hat sich dem Dreibund seinerzeit nicht in unklarer Sentimentalität angeschlossen, sondern weil es dabei auch seine Rechnung findet. Die Gründe, welche seinerzeit die drei großen mitteleuropäischen Reiche zusammengeführt haben, bestehen auch heute noch; es ist nichts geschehen, was sie beseitigen könnte. Wie zwischen Deutschland und Österreich-Ungarn, so besteht

auch zwischen Deutschland und Italien nicht der leiseste Interessengegensatz. Zwischen Österreich-Ungarn und Italien haben Mißverständnisse und Verstimmungen bestanden, es ist aber durch beiderseitigen guten Willen und gegenseitiges Entgegenkommen noch immer gelungen, diese Mißverständnisse zu beseitigen. Das Bindeglied zwischen Österreich-Ungarn und Italien bildet Deutschland, das für jedes dieser beiden Reiche der natürlichste Bundesgenosse ist. Die gegenwärtige italienische Regierung sieht in dem Dreibunde die Grundlage ihrer auswärtigen Politik. Aber auch die große Mehrheit des italienischen Volkes ist zu patriotisch und zu klug, um nicht zu wissen, das ein vom Dreibund losgelöstes Italien noch stärker sein müßte, als Italien ist, wenn es nicht für die Unabhängigkeit seiner Politik Gefahren laufen will, die jeder Italiener aus der Geschichte seines Landes kennt. Wenn Italien jetzt von mehr als einer Seite umworben wird, so ist wohl nicht zu bestreiten, daß seine Freundschaft gerade durch seine Zugehörigkeit zum Dreibunde und durch die Sicherheit, die diese Zugehörigkeit gewährt, an Wert gewonnen hat.

Meine Herren, der Dreibund will in Europa den Frieden und den status quo aufrecht erhalten. Das war sein Ausgangspunkt, das ist sein Endziel. Deshalb haben wir den Dreibund abgeschlossen, deshalb haben wir den Dreibund erneuert, deshalb halten wir unverbrüchlich am Dreibunde fest.

(Bravo!)

Aber, meine Herren, Deutschland muß stark genug sein, um im Notfall sich auch ohne Bundesgenossen behaupten zu können

(Bravo!);

es muß stark genug sein, um im schlimmsten Fall auch allein seine Stellung verteidigen zu können.

(Sehr richtig!)

Ich sage: im schlimmsten Fall. Dieser Fall ist nicht eingetreten; wir hoffen, daß dieser Fall nicht eintreten wird. Aber diesen Fall dürfen wir niemals aus den Augen verlieren. Wir müssen stets eingedenk bleiben der Worte, die in seiner letzten großen Rede, in seiner unsterblichen Rede vom 6. Februar 1888 Fürst Bismarck mit bezug auf die schon damals bestehenden Bündnisverträge sagte:

> Wir müssen

— sagte Fürst Bismarck —

> unabhängig von der augenblicklichen Lage so stark sein, daß wir mit dem Selbstgefühl einer großen Nation, die unter Umständen

stark genug ist, ihre Geschicke in die eigene Hand zu nehmen, auch gegen jede Koalition jeder Eventualität entgegensehen können.
(Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, der Herr Vorredner hat auch Verhältnisse und Vorgänge in Ostasien berührt. Gegenüber Japan war unsere Politik vor, während und nach dem ostasiatischen Kriege korrekt und loyal. Das ist in Japan durchaus anerkannt worden. Unsere Beziehungen zu Japan sind gut und freundlich. Schon das eigene Interesse weist Japan auf Achtung vor geschlossenen Verträgen hin. Ich glaube nicht, daß Japan vertragsmäßige und wohlbegründete Rechte sollte verletzen wollen. Ich glaube vielmehr, daß das japanische Volk, das sich durch Tapferkeit und Intelligenz seinen Platz unter den großen Mächten erobert hat, bestrebt sein wird, diese Stellung durch eine Vertrauen erweckende Politik zu festigen und zu sichern.

Daß durch den neuen japanisch-englischen Vertrag unsere Stellung in Ostasien beeinträchtigt werden sollte, ist bisher nicht anzunehmen. Natürlich kommt es auf den Geist an, in dem dieser Vertrag ausgelegt und ausgeführt werden wird. Sein Wortlaut steht in keinem Widerspruch zu den Zielen, die wir selbst in Ostasien verfolgen. Wir haben in Ostasien nie etwas anderes angestrebt als die offene Tür für unseren Handel, für unsere Industrie, für unsere Kultur. Und weil wir die offene Tür in diesem Sinne wollen, sind wir für möchlichste Sicherung des Friedens und für die Aufrechterhaltung der Integrität und der Unabhängigkeit von China. Das waren, das bleiben die Ziele unserer ostasiatischen Politik, wie ich sie mehr als einmal vor diesem Hohen Hause dargelegt habe. Mit dieser Politik sind die Zwecke des japanisch-englischen Bündnisses, wie sie Lord Landsdowne Anfang November öffentlich erläutert hat, wohl vereinbar. Insbesondere haben wir nie einem Zweifel darüber Raum gelassen, daß wir in Schantung nur wirtschaftliche Ziele verfolgen.

In Übereinstimmung mit dieser unserer allgemeinen ostasiatischen Politik haben wir die Zurückziehung unserer Kontingente aus Tschili in dem Augenblick in Angriff genommen, den wir immer als den geeignetsten Moment für die Räumung bezeichnet hatten, nämlich bei Wiederherstellung des Friedens in Ostasien. Als dieser Augenblick mit der Ratifikation des Friedens von Portsmouth gekommen war, haben wir allen in Tschili noch mit Kontingenten vertretenen Mächten die Evakuierung vorgeschlagen. Dieser unser Vorschlag ist von allen Mächten angenommen worden. Die Einzelheiten der Räumung, die gleichzeitig

und gleichmäßig erfolgen soll, werden jetzt von den Vertretern der Mächte in Peking unter Zuziehung der militärischen Befehlshaber erörtert. Ich denke, daß die Räumung im wesentlichen nach der Wiederherstellung der Schiffahrt, also beim Beginn des Frühjahrs wird vor sich gehen können.

Meine Herren, was unsere Stellung zu den von dem Herrn Vorredner weiter berührten inneren Vorgängen in Rußland angeht, so enthalten wir uns dort jeder Einmischung.

(Sehr richtig!)

Wir beschränken uns auf den lebhaften und aufrichtigen Wunsch, daß sich die russische Entwicklung in glücklicher, friedlicher, ruhiger Weise vollziehen möge. Daran sind wir, wie der Herr Abgeordnete Fritzen mit großem Rechte hervorhob, wirtschaftlich und politisch als Nachbarland in hohem Grade interessiert. Aber weder mit Ratschlägen noch mit Angeboten noch mit irgend einer Art von Intervention mischen wir uns da ein.

(Sehr richtig! rechts und in der Mitte.)

Was ich da sage von unserer Stellung zu Rußland, das gilt ganz besonders für unsere Haltung gegenüber den Vorgängen in den Weichselgouvernements. Besonders in dieser Richtung hat man uns die unsinnigsten Pläne untergeschoben. In einem großen ausländischen Blatte las ich an einem Dienstag, Rußland würde sich genötigt sehen, Russisch-Polen die Autonomie zu geben, weil wir das verlangt hätten, da wir Ruhe in den russischen Gouvernements haben wollten. In demselben Blatt las ich am nächsten Tage, am Mittwoch, als inzwischen nicht die Autonomie, sondern der Belagerungszustand verkündigt war, dieser wäre auf unser Drängen proklamiert worden, weil wir uns vor Selbständigkeitsgelüsten unserer polnischen Staatsbürger fürchteten. Das eine war eine ebenso alberne Erfindung wie das andere.

(Zuruf bei den Polen.)

Wie sich die russischen Verhältnisse weiter entwickeln, was in Rußland weiter vor sich geht, ist lediglich Sache der Russen. Das versteht sich von selbst, daß wir ein Übergreifen der Unruhen auf unser Gebiet nicht dulden werden.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen, in der Mitte und rechts.)

Bei uns werden wir die Ordnung aufrecht zu erhalten wissen, darauf verlassen Sie sich.

(Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, was nun die Marokkofrage angeht, so kann ich Ihnen in dieser Beziehung keine neuen Tatsachen vorführen. Ich kann auch nicht alles sagen, was die Akten enthalten. Es erscheint mir aber durchaus angemessen und berechtigt, daß die Vertretung des deutschen Volkes weiß, wie der verantwortliche Leiter unserer auswärtigen Politik zu einer Frage steht, die über ihren unmittelbaren materiellen Wert hinaus die internationale Stellung des Reichs berührt und ernste Schwierigkeiten geschaffen hat. Ich glaube, das geschieht am besten, indem ich Ihnen in ganz einfachen Linien ein Bild der Entwicklung dieser Frage gebe.

Es ist Ihnen bekannt, daß Deutschland schon zur Zeit der Madrider Konferenz, also vor 25 Jahren, in Marokko keine Sondervorteile suchte, sondern wie damals alle übrigen Mächte eine ruhige und unabhängige Entwicklung des scherifischen Reichs begünstigte. Indem wir an diesem Standpunkt festhielten, konnte eine deutsche Aktion wegen Marokko nur defensiver, nicht aggressiver Natur sein. Also keine territorialen Erwerbungen in Marokko, wohl aber Achtung vor den bestehenden Verträgen, Achtung unserer politischen Stellung zu Marrokko als einem unabhängigen Staat, Achtung unserer wirtschaftlichen Gleichberechtigung in Marokko.

Nun hatten Anfang April vergangenen Jahres England und Frankreich wegen überseeischer Fragen ein Abkommen miteinander geschlossen. In bezug auf Marokko bedeutete dieses Abkommen eine Desinteressierung Englands zugunsten Frankreichs. England verpflichtete sich durch dieses Abkommen, Frankreich in Marokko freie Hand zu lassen. Selbstverständlich haben wir niemals der englischen Regierung das Recht bestritten, ebensowenig wie später der spanischen, über die marokkanischen Interessen ihrer Untertanen nach Gutdünken zu verfügen. Aber deutsche Rechte konnten durch ein englisch-französisches Abkommen nicht aufgehoben werden.

(Sehr richtig! bei den Liberalen, in der Mitte und rechts.)

Diese unsere Rechte ergaben sich aus der zwischen den größeren europäischen Staaten, den Vereinigten Staaten von Amerika und Marokko am 3. Juli 1880 zu Madrid abgeschlossenen Konvention und aus dem deutsch-marokkanischen Handelsvertrag vom 1. Juni 1880. Hauptsächlich kam der Artikel 17 der Madrider Konvention in Betracht, durch welchen Marokko allen auf der Madrider Konferenz vertretenen Mächten das Recht der Behandlung als meistbegünstigte Nation eingeräumt hat.

Wenn also Frankreich auf Grund des französisch-englischen Abkommens in Marokko Sonderrechte erwerben wollte, welche mit dem Meistbegünstigungsrecht der anderen Staaten in Widerspruch stehen, so hatte es nicht nur die Zustimmung von Marokko, sondern auch diejenige der übrigen Signatarmächte einzuholen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Pacta sunt servanda. Wir hatten ein vertragsmäßiges Recht darauf, bei einer Neugestaltung der Verhältnisse in Marokko mit gehört zu werden.

(Sehr richtig!)

Unsere Handelsinteressen in Marokko sind zu erheblich, als daß wir eine Entwicklung der Dinge hätten zulassen können, an deren Ende die vollständige Abschließung von Marokko stand. Wir haben ein erhebliches Interesse daran, daß die noch freien Gebiete in der Welt nicht noch weiter eingeschränkt werden

(lebhafter Beifall),

und daß der Betätigung unserer Industrie und der Ausbreitung unseres Handels in einem kommerziell wichtigen und zukunftsreichen Lande die Wege nicht verschlossen werden. Und wenn gesagt worden ist, diese unsere Handelsinteressen wären nicht erheblich genug, um eine ernsthafte Vertretung zu rechtfertigen, so erwidere ich darauf, daß jedes Land das Recht hat, selbst zu entscheiden, wie hoch es den Wert solcher seiner Interessen schätzen will.

(Lebhafte Zustimmung.)

Jedenfalls trifft das „minima non curat praetor" nicht auf Angelegenheiten zu, bei denen das Vertragsrecht und das Ansehen eines Landes in Frage kommen.

Meine Herren, ich hätte lebhaft gewünscht, daß die Verständigung mit Frankreich über die Vereinigung unserer vertragsmäßigen Rechte in Marokko mit dem französisch-englischen Abkommen sich rasch, glatt und geräuschlos vollzogen hätte. Von diesem Wunsche geleitet, habe ich mich vor diesem Hohen Hause bald nach dem Abschluß des englisch-französischen Abkommens über Marokko in entgegenkommender und versöhnlicher Weise ausgesprochen. Ich hob damals hervor, wir brauchten bis auf weiteres nicht anzunehmen, daß unsere Interessen und Rechte in Marokko verletzt werden würden. Ich betonte, wir hätten keinen Grund, a priori zu glauben, daß dem englisch-französischen Abkommen eine

Spitze gegen uns gegeben werden solle. Die Andeutung, welche in diesen Worten lag, war, wie ich glaube, verständlich; sie war jedenfalls voller Courtoisie. Meine Erwartung, daß die andere Seite, bevor sie an die Verwirklichung ihrer Pläne in Marokko ging, an uns herantreten und sich mit uns verständigen würde, hat sich jedoch nicht erfüllt.

(Hört! hört!)

Man machte uns keine, jedenfalls keine ernsthafte und ausreichende Mitteilung über das Abkommen. Ein Teil der französischen Presse war bemüht, dem Abkommen eine Spitze gegen Deutschland zu geben. Auch sonst trat die Tendenz hervor, uns Schwierigkeiten in den Weg zu legen.

Meine Herren, der Minister, der die Verantwortung, die schwere Verantwortung trägt für die Sicherheit und den Frieden eines großen Landes, darf sich nicht einschläfern oder düpieren lassen; er soll aber auch nicht vorzeitig die Nerven verlieren, sondern abwarten und schweigen können, bis sich die Situation in der einen oder anderen Richtung geklärt hat.

Dieser Augenblick kam, als die französische Regierung sich anschickte, ohne weitere Erklärung, ohne Anfrage bei uns aus dem Abkommen mit Marokko die weitestgehenden Konsequenzen zu ziehen. Zu diesem Zwecke wurde der französische Gesandte Herr St. René Taillandier nach Fez geschickt, welcher der marokkanischen Regierung Vorschläge unterbreitete, deren Annahme Marokko in eine ähnliche Lage gebracht haben würde wie Tunis. Diese Vorschläge wurden in Formen gestellt, die als Ultimatum gelten konnten. Indem sie uns hiervon in Kenntnis setzte, teilte die marokkanische Regierung uns gleichzeitig mit, der französische Gesandte habe sich zur Unterstützung seiner Forderungen auf ein europäisches Mandat berufen. Damit waren unsere vertragsmäßigen Rechte aus der Madrider Konvention offenkundig verletzt, die durch internationale Verträge verbürgte Souveränität von Marokko in Frage gestellt, unsere wirtschaftlichen Interessen in Marokko in absehbarer Zeit mit Vernichtung bedroht.

Die verschiedenen Phasen der langwierigen diplomatischen Kampagne, die sich seitdem abgespielt hat, will ich nicht im einzelnen rekapitulieren. Die Gesichtspunkte, die für uns während dieser mehrmonatlichen Verhandlungen leitend waren, sind in einem Erlaß zusammengefaßt, den ich am 11. April d. J. an den kaiserlichen Bot-

schafter in London gerichtet habe und den ich vor diesem Hohen Hause verlesen will.

Obwohl ich aus Euerer Exzellenz Berichterstattung entnehme, daß die öffentliche Meinung in England einer sachlichen Würdigung marokkanischer Angelegenheiten und insbesondere unserer Marokkopolitik wenig zugänglich ist, möchte ich doch nicht unterlassen, Sie über die Hauptgesichtspunkte dieser letzteren zu orientieren.

In dem englisch-französischen Abkommen ist die Erhaltung des status quo ausdrücklich vorgesehen. Wir waren daher berechtigt anzunehmen, daß, falls im Laufe der Zeit Neuerungen eingeführt werden sollten, welche geeignet wären, die Interessen der Fremden zu berühren, Deutschland zu denjenigen Staaten gehören würde, mit welchen man deshalb in Verhandlung treten werde. Hiervon ausgehend, traten wir aus der Beobachterrolle nicht heraus bis zu dem Augenblick, wo die marokkanische Regierung unsere Vertreter in Tanger fragen ließ, ob wirklich der französische Gesandte, wie er das vor dem Machsen erklärt habe, Mandatar der europäischen Mächte sei. Ungefähr gleichzeitig damit erfuhren wir, daß das von dem Gesandten zur Annahme vorgelegte Programm Forderungen enthalte, welche mit dem status quo unvereinbar sind. Um jeden Zweifel an den Endabsichten der französischen Regierung zu beseitigen, machten einige inspirierte Organe der großen Pariser Presse Stimmung für den Gedanken, daß Marokko zu Frankreich in das gleiche Verhältnis wie Tunis zu bringen sei.

Wir stehen auf dem Standpunkte, daß diesem französischen Vorhaben die völkerrechtliche Grundlage fehlt, und daß dadurch die Interessen aller derjenigen Staaten beeinträchtigt werden, welche bei den früheren marokkanischen Konferenzen mitberaten haben und jetzt nicht von Frankreich gefragt worden sind. Der Einwand offiziöser französischer Blätter, daß es sich bei den früheren Konferenzen nicht um eine politische Änderung, sondern lediglich um die Regelung privatrechtlicher Interessenfragen gehandelt habe, ist rabulistisch und nicht stichhaltig. Denn eine Änderung, wie die Tunifikation von Marokko, welche darauf hinausläuft, das nicht französische Element nach dem Vorgange von Tunis gänzlich aus dem marokkanischen Geschäftsleben zu verdrängen, berührt selbstverständlich die fremden Privatinteressen in ihrer Gesamtheit. Eine Befragung der Vertragsstaaten ist daher nicht zu vermeiden,

sofern Frankreich nicht den Rechtsboden verlassen und lediglich die Machtfrage stellen will.

Was England und auch Spanien angeht, so bestreiten wir keiner der beiden Regierungen das Recht, über die marokkanischen Interessen ihrer Untertanen für Gegenwart und Zukunft nach Gutdünken zu verfügen. Wir glauben aber nicht, daß eine der beiden den Anspruch erhebt, gleichzeitig über die Interessen der Angehörigen der übrigen Vertragsstaaten, z. B. über die Deutschen, zu disponieren. Diese unsere Annahme wird gestützt durch den Artikel des englisch-französischen Vertrags, wo die Erhaltung des status quo ausdrücklich vorgesehen ist.

Es werden jetzt in der englischen Presse große Anstrengungen gemacht, um, wie dies übrigens schon seit Jahren gebräuchlich ist, der deutschen Politik allerlei düstere Pläne unterzuschieben. Auf unsere Lage paßt der Spruch: Cet animal est très méchant, quand on l'attaque il se défend. Wir treten für unsere Interessen ein, über welche anscheinend ohne unsere vertragsgemäße Zustimmung verfügt werden soll. Die Bedeutung der Interessen ist dabei Nebensache. Derjenige, welchem Geld aus der Tasche genommen werden soll, wird sich immer nach Möglichkeit wehren, gleichviel, ob es sich um 5 Mark oder um 5000 handelt.

(Zuruf und Heiterkeit.)

Daß wir wirtschaftliche Interessen in Marokko haben, bedarf keines Beweises. Wenn wir dieselben stillschweigend preisgeben, so ermuntern wir damit die zuschauende Welt zu ähnlichen Rücksichtslosigkeiten gegen uns bei den anderen, vielleicht größeren Fragen.

(Sehr richtig!)

Euere Exzellenz werden also da, wo Sie eine Besprechung der Marokkopolitik für angezeigt halten, sagen können, daß Deutschland in Marokko für die Interessen seiner Reichsangehörigen eintritt, welche dort identisch sind mit den Interessen der Angehörigen aller übrigen Vertragsstaaten und mit der Erhaltung der offenen Tür. Ferner, daß Deutschland nicht die Absicht hat, bei diesem Anlaß durch Sonderverhandlungen sich Sondervorteile, welcher Art es auch sei, in Marokko oder anderswo zu verschaffen.

(Lebhafter Beifall.)

Meine Herren, in Übereinstimmung mit diesem Gesichtspunkte haben wir von dem Augenblicke an, wo die Marokkofrage nicht durch unsere Schuld in ein akutes Stadium getreten war, eine neue Konferenz der Madrider Konferenzstaaten als den sichersten Weg zu einer friedlichen Lösung des entstandenen Interessenkonfliktes angesehen. Wir haben also in dieser Frage von Anfang an einen klaren Rechtsstandpunkt eingenommen und festgehalten. Dieser Rechtsstandpunkt schloß die Anerkennung der besonderen Stellung in sich ein, die Frankreich als algerischer Grenznachbar einnimmt, wie seiner Rechte aus seinen früheren Verträgen, mußte aber gegenüber einer unberechtigten und gefährlichen Ignorierungspolitik um so entschiedener zur Geltung gebracht werden.

(Lebhaftes Bravo rechts, in der Mitte und links.)

Die französische Regierung hat nunmehr den Konferenzgedanken aufgenommen, sich mit uns über das Konferenzprogramm verständigt, und die anderen Signatarmächte, ebenso wie auch Rußland, werden an der neuen Marokkokonferenz teilnehmen. Es versteht sich von selbst, daß wir auf dieser Konferenz das, was wir bisher für recht und billig gehalten haben, auch weiter vertreten und verteidigen werden.

(Bravo!)

Meine Herren, darin sollen uns auch die von alter Feindschaft und Mißgunst unternommenen Versuche nicht beirren, der deutschen Politik falsche Beweggründe unterzuschieben, Mißtrauen zu säen und insbesondere die deutsche Friedensliebe zu verdächtigen.

(Sehr gut!)

Man hat uns nachgesagt, daß wir nach einem Anlaß suchten, um über Frankreich herzufallen. Meine Herren, warum sollten wir das? Aus Revanche? Wofür? Oder aus bloßer Rauflust? Das ist absurd. Dann hieß es wieder, wir wollten Frankreich zwingen, mit uns gegen England zu gehen. Das ist ebenso absurd. Alle diese und ähnliche Ausstreuungen, alle diese und ähnliche Lügen erklären sich nur daraus, daß feindselige Stimmungen gegen uns bestehen, gegen die wir auf der Hut sein müssen.

(Sehr richtig! rechts, in der Mitte, bei den Nationalliberalen und Freisinnigen.)

Meine Herren, dieser Rückblick auf die Entwicklung der marokkanischen Angelegenheit soll mir nicht den Anlaß bieten, feierlich und in

schönen Worten vor diesem Hohen Hause, vor Europa und vor der Welt den friedlichen Grundzug unserer Politik zu versichern. Denn gerade unsere Haltung gegenüber der Marokkoangelegenheit, wie ich sie in großen Umrissen gezeichnet habe, beweist unanfechtbar, daß, wenn wir die deutschen Rechte und Interessen zu wahren bestrebt sind, wir doch auch materielle Schwierigkeiten und diplomatische Gegnerschaften ohne Mißachtung der Rechte anderer, ohne Provokation, friedlich zu überwinden trachten.

(Bravo!)

Indem wir das tun, sind wir ganz im Rahmen der deutschen traditionellen Politik, die seit der Erlangung unsrer Einheit kein höheres Ziel und kein höheres Interesse gekannt hat, als die Kräfte innerer und äußerer Kultur zu entfalten und allezeit gegen die Schrecken des Krieges gerüstet zu sein.

(Bravo!)

Wer das noch nicht erkannt hat, der will es nicht sehen, und da helfen auch rednerische Versicherungen nichts.

(Lebhafter, anhaltender Beifall auf fast allen Seiten des Hauses.)

31. Deutsche Kolonien. — Marokko. — Sozialdemokratie.

Sitzung des Reichstages vom 9. Dezember 1905.[1]

Die Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1906 und der Nebengesetze stand auf der Tagesordnung. Der Abgeordnete Bassermann hatte in längerer Rede ausgeführt: man müsse sich darauf gefaßt machen, daß eine Zeit kommen könne, in der eine Isolierung Deutschlands eintreten könne; dann sei vor allem ein starker maritimer Schutz Deutschlands notwendig. Es seien Bemühungen im Werke, bessere Beziehungen zwischen Deutschland und England herbeizuführen. Er sei der Ansicht, daß die Elemente, die uns in einen Krieg mit England treiben wollen, aufs äußerste zu verdammen sind. Zurzeit sei es als ausgeschlossen zu betrachten, daß England uns angreifen werde. Trotzdem sei jedes deutsche Schiff, das mehr bewilligt wird, ein Friedensbürge. Im allgemeinen stimme er der Regierungspolitik zu, halte aber das Einsetzen der Person des Kaisers für nicht ungefährlich. Das hätte vermieden werden können, wenn wir eine stärkere Flotte hätten. Besonders wandte er sich gegen die Sozialdemokratie, die immer bestrebt sei, das [illegible] unserer Diplomatie zu stören.

---

[1] Sten. Ber. d. R.-T. 11. Leg.-Per., II. Session 1905/1906, [illegible] Sitzung

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, ich danke dem Herrn Vorredner für den patriotischen Grundton seiner Ausführungen, der auch da hervortrat, wo er die Politik der Verbündeten Regierungen kritisiert hat. Mein Herr Nachbar zur Rechten, Graf Posadowsky, will auf einige dieser Kritiken, die der Herr Vorredner speziell am Schlusse seiner Ausführungen vorgebracht hat, im weiteren Verlaufe der Debatte noch antworten. Ich wende mich für meine Person zunächst zu dem, was der Herr Abgeordnete Bassermann gesagt hat über den, wenn nicht ernstesten, doch besonders schwierigen Punkt der gegenwärtigen Lage, nämlich den Verhältnissen in den Kolonien.

Mit Recht hat der Herr Abgeordnete Bassermann darauf hingewiesen, daß wir in unserer Kolonialpolitik eine Zeit schwerer Prüfung durchzumachen haben. Seit zwei Jahren stehen unsere Truppen in Südwestafrika im Felde. Es ist ihrer Bravour gelungen, die Widerstandskraft der Hereros vollständig zu brechen und auch die Witboi, den gefährlichsten Hottentottenstamm, zu zersprengen und ihre namhaftesten Führer zur Unterwerfung zu bringen. Aber bis in die letzten Wochen haben im Süden des Schutzgebietes Gefechte stattgefunden, die uns herbe Verluste gebracht haben.

In dem Wiederaufbau unserer südwestafrikanischen Kolonie steht uns eine überaus schwierige Aufgabe bevor.

(Sehr richtig! bei den Nationalliberalen.)

Ich hoffe zuversichtlich, daß der neue Gouverneur, Herr von Lindequist, der — ich kann es wohl sagen —, von dem Vertrauen aller Ansiedler empfangen, im Schutzgebiet eingetroffen ist, sich dieser seiner Aufgabe gewachsen zeigen wird. Ich hoffe, daß unsere Landsleute draußen in der friedlichen Arbeit, die sie jetzt allmählich wieder aufnehmen, ihre Pflicht mit ebenso viel Ausdauer und Zähigkeit erfüllen werden wie unsere Truppen die ihrige in harten Kämpfen.

Noch ehe der Friede in Südwestafrika hergestellt ist, hat auch in Ostafrika eine aufrührerische Bewegung weitere Kreise erfaßt. Gleich zu Anfang sind ihr zu unserem tiefen Bedauern eine Anzahl Weißer, darunter Missionare und Schwestern, die friedlich ihres Weges zogen, zum Opfer gefallen. Erfreulicherweise ist es unserer Truppe bisher an allen wichtigen Punkten gelungen, ohne erhebliche Verluste der Bewegung Herr zu werden. Aber auch hier ist Vorsicht geboten. Die Entsendung von Kreuzern und von Marinemannschaften hat sich ebenso wie die

Verstärkung der dem Gouverneur Graf von Götzen zur Verfügung stehenden militärischen Machtmittel als notwendig erwiesen, und wir haben uns genötigt gesehen, für die dadurch entstehenden Kosten in einem Nachtragsetat Ihre Bewilligung nachzusuchen.

Es sind große Opfer, die dem deutschen Volke durch den südwestafrikanischen Feldzug auferlegt wurden. Besonders schmerzlich berühren uns — ich will das auch von dieser Stelle aussprechen — die Verluste so vieler wertvoller Menschenleben. Mancher deutschen Mutter Sohn hat drüben in afrikanischer Erde ein frühes Grab gefunden; die Familien, die Verluste zu beklagen haben, zählen nach Hunderten. Es darf uns und es soll uns in diesem Schmerz der Gedanke ein Trost sein, daß in unserem Volk und in unserer waffenfähigen Jugend noch der alte Soldatengeist lebt

(Bravo!),

daß unsere Leute unter Verhältnissen, wie sie schwieriger kaum gedacht werden können, Verhältnissen, die an Manneszucht, Tapferkeit, Hingebung die höchsten Anforderungen stellten, Offiziere und Mannschaften sich des deutschen Namens und alten Ruhmes würdig gezeigt haben.

(Lebhaftes Bravo.)

Sie haben nicht nur zu sterben, sondern sie haben, was manchmal schwieriger ist, auch zu ertragen, zu entbehren und zu leiden verstanden. Das deutsche Volk wird das Andenken an diejenigen seiner Kinder, die für das Deutschland jenseits des Meeres in Kampf und Tod gegangen sind, ebenso treu bewahren, wie die Erinnerung an seine Söhne, die in dem Kampf um unsere nationale Einigung den Heldentod gefunden haben.

(Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, für ein Ziel, um das so viele Söhne unseres Volkes freiwillig in den Tod gegangen sind, dürfen uns die Opfer an Geld und Gut nicht zu hoch sein. Gewiß, die finanzielle Belastung, die uns durch den südwestafrikanischen Feldzug auferlegt wird, ist ungemein schwer. Diese Last wird doppelt empfunden in einer Zeit, wo so viele andere dringende Aufgaben der Lösung harren. Aber, meine Herren, wir müssen durchhalten, wenn anders wir die Kolonien nicht preisgeben wollen.

(Bravo! und Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich glaube mit dem Herrn Abgeordneten Bassermann, daß durch das Blut, das in Südwestafrika geflossen ist, die Schutzgebiete nur noch fester mit dem Mutterland verbunden sind. Ich glaube nicht an die Kolonialmüdigkeit, von der der Herr Abgeordnete Kopsch gesprochen hat. Ich glaube, daß das deutsche Volk heute weniger als je geneigt ist, seine Kolonien aufzugeben.

(Sehr wahr!)

Wenn wir, meine Herren, unseren Besitzstand festhalten, wenn wir unsere Kolonien nicht preisgeben wollen, dann müssen wir uns auch der Pflicht bewußt werden — auch darin stimme ich mit dem Herrn Abgeordneten Bassermann überein —, unsere Kolonien in einem rascheren Tempo vorwärts zu bringen und ihnen eine Entwicklung zu geben, die sie statt einer Last für den Reichssäckel zu einer Stütze für unsere Weltstellung und für unseren Wohlstand macht.

(Sehr richtig! rechts.)

In dieser Beziehung gilt es, aus den Vorgängen in Afrika die vollen Konsequenzen und ernsthafte Lehren zu ziehen.

Ich gebe Ihnen vollkommen zu, daß auf kolonialpolitischem Gebiete Fehler begangen sind, große Fehler, intra muros et extra. Es hat aber keinen Zweck, sich jetzt nachträglich darüber zu streiten, wo am meisten gesündigt worden ist. Worauf es ankommt, ist, jetzt zusammen zu wirken, um ähnliche Fehler für die Zukunft zu vermeiden, um Mißstände, wo sie hervorgetreten sind, zu beseitigen, um Hand anzulegen zu positiver Arbeit. Und vor allem müssen uns die Vorgänge in Afrika eine Lehre dafür sein, wie teuer unzeitige und übertriebene Sparsamkeit zu stehen kommt.

(Sehr wahr! rechts.)

Wenn wir unseren Kolonien die notwendigen Voraussetzungen verweigern für die Sicherung unserer militärischen Herrschaft oder für eine wirtschaftliche Erschließung, dann können wir uns auch nicht darüber wundern, daß, wie dies der Fall gewesen ist, solche Unterlassungssünden sich doppelt und dreifach rächen. Wo das Anlagekapital, wo das Betriebskapital nicht ausreicht, da kann ein Unternehmen nicht rentieren.

Ich will jetzt nicht im einzelnen auf die Forderungen eingehen, welche die verbündeten Regierungen diesem Hohen Hause auf kolonialpolitischem Gebiete in dieser Session unterbreiten; aber ich möchte auch

meinerseits hinweisen auf die besondere Dringlichkeit und besondere Wichtigkeit des Eisenbahnbaues von Lüderitzbucht nach Kubub.

(Sehr gut!)

Indem dieses Hohe Haus diese Vorlage mit möglichster Beschleunigung erledigt, wird es sich nicht nur den Dank unserer Kolonisten und unserer braven Truppen verdienen, sondern auch im Sinne einer weisen und vorschauenden Sparsamkeit handeln.

(Sehr richtig! rechts.)

Aus den Vorgängen und Lehren in Afrika sollen wir aber auch die nötigen Nutzanwendungen für die Reorganisation unserer Kolonialverwaltung ziehen. Es ist gerade ein Jahr her, daß ich mich hier über diese Frage ausgesprochen, daß ich ein kolonialpolitisches Programm vor dem Hohen Hause entwickelt habe.[2] Damals, meine Herren, befanden wir uns noch mitten in Erwägungen, und was ich sagte, war natürlich mit manchem Vorbehalt und manchem Fragezeichen versehen. Heute kann ich sagen, daß die einzelnen Punkte festere Gestalt angenommen haben, und daß ich entschlossen bin, dieses Programm, wie ich es damals skizziert habe, durchzuführen.

Von dem, was ich damals — es war am 5. Dezember vorigen Jahres — in Aussicht gestellt habe, ist die Ernennung eines Zivilgouverneurs für das südwestafrikanische Schutzgebiet heute bereits vollendete Tatsache. Die Umwandlung der Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts in ein Reichskolonialamt, auf die ich gleich noch zurückkommen werde, finden Sie in dem Ihnen vorliegenden Entwurf zum Reichshaushaltsetat in Vorschlag gebracht. Die besonders wichtige Trennung von Militär- und Zivilverwaltung, die sich sowohl für die Schlagfertigkeit der Truppe als auch für die Einheitlichkeit der Verwaltung als notwendig erwiesen hat, erhält ihre budgetmäßige Grundlage in den Ihnen vorliegenden Etats für Südwest- und Ostafrika. Und endlich ist der meiner Ansicht nach dringend wünschenswerte Ausbau der Selbstverwaltung der Kolonien und die Übertragung von Rechnungslegung und Rechnungskontrolle vom Rechnungshofe nach den Schutzgebieten durch Änderung der zurzeit gültigen Vorschriften über das Etats- und Rechnungswesen in Aussicht genommen. Ich kenne sehr wohl, meine Herren, die Schwierigkeiten, die gerade auf diesem materiell wichtigsten Gebiete der organisatorischen Reform vorliegen. Ich hoffe und vertraue aber doch darauf, daß sich, da über das Ziel Überein-

[2] Vgl. die Rede vom 5. Dezember 1904; oben S. 129f.

stimmung herrscht, auch über die Mittel zur Erreichung des Zieles eine Einigung mit diesem Hohen Hause wird herbeiführen lassen.

Ich sagte eben, daß ich zurückkommen würde auf einen Punkt, an dem der geehrte Herr Abgeordnete Fritzen neulich Kritik geübt hat. Der Herr Abgeordnete Fritzen äußerte Zweifel darüber, ob durch die Errichtung eines Kolonialamts an der Kolonialverwaltung etwas geändert werden würde. Er verlangte eine Reorganisation von unten herauf, die von der Verwaltung der verschiedenen Schutzgebiete auszugehen habe. Meine Herren, ich möchte darauf erwidern: das eine tun und das andere nicht lassen. Aus dem, was ich schon im vorigen Jahre ausgeführt habe, wissen Sie, daß ich die Umwandlung der Kolonialabteilung in ein Reichskolonialamt nur als ein Glied in der Kette der Kolonialreformen betrachte, aber allerdings als ein wichtiges Glied. Das Funktionieren der Verwaltungen der Schutzgebiete hängt doch wesentlich davon ab, daß der Mechanismus der Zentralinstanz richtig klappt. Mir ist es aber zweifellos, daß die Kolonialverwaltung ihren umfangreichen und vielgestaltigen Aufgaben in dem bisherigen Rahmen nicht mehr gerecht werden kann. Es kommt dazu, daß es für den Reichskanzler überaus erwünscht ist, für die Kolonialangelegenheiten einen verantwortlichen Stellvertreter an seiner Seite zu haben, wie er solche für die übrigen Ressorts besitzt. Wie Ihnen bekannt ist, können nach dem Stellvertretungsgesetz von 1878 nur die Vorsteher der obersten Reichsbehörden mit der Stellvertretung des Reichskanzlers betraut werden. Das zu errichtende Kolonialamt soll ein oberstes Reichsamt werden, die Kolonialabteilung ist es nicht.

Nun hat der Herr Abgeordnete Bassermann soeben den Wunsch ausgesprochen nach einem besseren Beamtenmaterial für die Kolonien. Auch hier gebe ich vollkommen zu, daß die Kolonialverwaltung nicht immer die richtigen Leute auf die richtigen Posten gestellt hat. Ich bitte aber doch, die Fälle nicht zu verallgemeinern. Ich bin überzeugt, daß die große Mehrheit unserer Kolonialbeamten ihre Schuldigkeit tut. In jeder Verwaltung werden Verfehlungen vorkommen, und diese Gefahr ist besonders groß unter den eigenartigen und schwierigen Verhältnissen der tropischen Kolonien. Ich möchte auch daran erinnern, daß sich eine allen Anforderungen genügende koloniale Beamtenschaft nicht aus der Erde stampfen läßt, daß sie mir nicht auf der flachen Hand wächst, sondern daß sie nur allmählich herangezogen werden kann. Ich habe vor einem Jahre gesagt: alle organisatorischen Reformen nutzen nichts, wenn nicht in der ganzen Verwaltung der richtige Geist herrscht. Ich

bin aber überzeugt, daß es uns nach und nach gelingen wird, einen kolonialen Beamtenstand heranzubilden, der den spezifischen Anforderungen der Kolonien entspricht und der auf der Höhe des alten und guten Rufes unseres heimischen Beamtentums steht.

Der Herr Abgeordnete Bassermann hat auch den Wechsel berührt, der in der Leitung der Kolonialverwaltung vor sich gegangen ist. Meine Herren, ich würde es für eine Ungerechtigkeit halten, nicht auch bei diesem Anlaß meine Anerkennung auszusprechen dem bisherigen Herrn Kolonialdirektor für die Pflichttreue, und ich kann wohl sagen, für die Selbstlosigkeit, mit der er in harten Zeiten sein Amt wahrgenommen hat.

(Bravo!)

Ich hoffe und glaube, daß sein Nachfolger der richtige Mann ist, um die Gesichtspunkte durchzuführen, die ich als die Vorbedingung für eine glückliche Gestaltung der kolonialen Verhältnisse hingestellt habe. Ich erwarte insbesondere, daß er von der Kolonialverwaltung fernhalten wird die Krebsschäden jeder Verwaltung: Bureaukratismus und persönliche Eifersüchteleien.

(Beifall.)

Ich bin auch überzeugt, daß es ihm ebenso fern liegen wird wie mir, tüchtige Leute in Wasserstiefeln zurückzusetzen hinter weniger tüchtigen Leuten in Lackschuhen.

(Heiterkeit.)

Ich hoffe, daß mit der Unterstützung dieses Hohen Hauses unseren Kolonien, unserem Schmerzenskind, kann ich wohl sagen, bessere Tage und ein Aufschwung bevorstehen mögen.

Ich will aber diesen Gegenstand nicht verlassen, ohne mit der größten Entschiedenheit die Angriffe zurückzuweisen, die in der Sitzung vor acht Tagen, der ich zu meinem lebhaften Bedauern, verhindert durch dringende Amtsgeschäfte, nicht beiwohnen konnte, gegen den General von Trotha gerichtet worden sind. Der General von Trotha hat in einem langwierigen und schwierigen Feldzuge persönliche Bravour, Energie, Umsicht, alle Eigenschaften eines tüchtigen, eines hervorragenden Führers an den Tag gelegt.

(Beifall.)

Mit vollem Recht trägt er die höchste militärische Auszeichnung, die Preußen zu vergeben hat, den Orden Pour le mérite.

(Bravo!)

Solche Angriffe, wie sie gegen den General von Trotha gerichtet sind, können nur sein Ansehen erhöhen, können nur die Achtung vor ihm erhöhen bei allen denjenigen, die sich als Deutsche fühlen.

(Beifall. — Zwischenruf bei den Sozialdemokraten.)

Sachlich habe ich auf die Vorwürfe, die gegen die Kriegsführung des Generals von Trotha und insbesondere gegen eine wieder zur Sprache gebrachte Proklamation des Generals gerichtet worden sind, das Nachstehende zu sagen:

Es ist begreiflich, daß in dem Augenblicke, wo die Proklamation erlassen wurde, für den General von Trotha die militärischen Gesichtspunkte in erster Linie standen. Diese ließen ihm die äußerste Strenge gegenüber den Hereros als notwendig erscheinen. Sie wissen übrigens, daß der General von Trotha die Proklamation, die für die Hereros bestimmt war, durch einen gleichzeitig an die Truppen erlassenen Befehl wesentlich abgemildert hat. Trotzdem ist, sobald diese Proklamation hier bekannt geworden war, in Übereinstimmung mit den Grundsätzen, die ich vor einem Jahre vor diesem Hohen Hause entwickelt habe, der General telegraphisch angewiesen worden, die Hereros, mit Ausnahme der unmittelbar Schuldigen, nicht zurückzuweisen und für ihre Unterbringung die guten Dienste der Missionen anzunehmen. Nach diesen Grundsätzen ist im ganzen Schutzgebiet, sowohl im Hererolande wie auf dem südlichen Kriegsschauplatz, verfahren worden.

Meine Herren, wenn Sie sich in die Lage unserer Leute in Südwestafrika versetzen, so werden Sie mir, glaube ich, zugeben, daß eine so weit gehende Schonung des Feindes bei unseren Leuten einen hohen Grad von Selbstbeherrschung voraussetzt.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Tücke und die Grausamkeit des aufständischen Feindes, wie sie hier Oberst von Deimling geschildert hat, Oberst von Deimling, der selbst vor dem Feinde gestanden hat, unerhörte Strapazen stellten die Geduld und Langmut unserer Leute auf eine harte Probe. Ich glaube, daß, wer fern vom Schuß sich über angebliche Grausamkeiten unserer Leute entrüstet, daß der sich doch keinen rechten Begriff davon macht, was es für unsere solchen Anstrengungen und Entbehrungen, den Qualen von Hunger und Durst, der steten Todesgefahr ausgesetzten Reiter bedeutet, die zu Hunderten vom Feinde ausgestoßenen Weiber und Kinder bei sich aufzunehmen und den letzten Schluck Wasser und das letzte bißchen Reis mit ihnen zu teilen. Das setzt nach meiner Auffassung

eine Selbstverleugnung voraus, von der ich nicht weiß, ob alle diejenigen sie eintretendenfalls an den Tag legen würden, die jetzt nach unseren Truppen mit Steinen werfen.

(Sehr gut! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Jedenfalls, gegenüber den Versuchen, unseren Leuten und unserer Kriegführung in Südwestafrika einen Makel anzuheften, Versuchen, die im Inland hervorgehen aus Parteiwut, im Auslande aus Heuchelei – gegenüber solchen Versuchen erkläre ich, daß nach meiner Überzeugung selten oder nie ein Kolonialkrieg mit solcher geduldigen Menschlichkeit geführt worden ist, wie dieser Feldzug von unseren deutschen Soldaten.

(Bravo!)

Meine Herren, zu meiner Freude haben sich die Redner dreier Parteien über die Flottenvorlage in einer Weise ausgesprochen, die mich hoffen läßt, daß dieses Hohe Haus der notwendigen Verstärkung unserer Wehrkraft zur See seine Zustimmung nicht verweigern wird. Ich kann unsere Flottenvorlage nicht besser begründen als mit den Erwägungen, die der italienische Ministerpräsident während des vergangenen Sommers der italienischen Flottenvorlage vorausschickte. Mein verehrter Freund Herr Fortis hob damals dreierlei hervor: einmal, daß seine Flottenvorlage hervorgehe nur aus der Notwendigkeit der Verteidigung; daß diese herrühre von den schnellen Fortschritten, die das Seewesen überall machte, und endlich, daß die Regierung sich darauf beschränkt habe, das für die Verteidigung des Landes unabweislich Notwendige zu fordern, daß diese Verteidigung des Landes aber für alle Parteien das höchste Ziel sein müsse. Das ist richtig für uns, wie es richtig war für Italien.

Noch auf eine andere Motivierung möchte ich mich beziehen, mit der ungefähr um dieselbe Zeit das Oberhaupt eines großen Volkes eine Flottenvorlage verteidigte, die die unsrige an Umfang weit übertraf. Als der Präsident Roosevelt für die amerikanische Flottenvorlage eintrat, führte er aus, daß es ein Werkzeug gäbe, welches für das Volk der Vereinigten Staaten vom Standpunkte seiner Wohlfahrt wie vom Standpunkte seines Ansehens unentbehrlich wäre, und das sei die Flotte. Die Flotte sei die sicherste Gewähr für die Aufrechterhaltung des Friedens und die sicherste Bürgschaft gegen den Krieg. Nichts sei unvorsichtiger, als wohlhabend und unbewaffnet zu sein. Und der Präsident Roosevelt fügte hinzu, die amerikanische Flotte sei entstanden unter

verschiedenen Präsidenten, die verschiedenen Parteien angehört hätten; unter verschiedenen Kongressen, unter verschiedenen Staatssekretären der Marine, die verschiedenen Richtungen angehört hätten; unter einem Staatssekretär der Marine, der während des Sezessionskrieges im Lager der Südstaaten gefochten hätte; und unter einem Staatssekretär der Marine, der während dieses Krieges der Fahne der Nordstaaten gefolgt wäre. Die amerikanische Flotte wäre aber erbaut worden, weil die Männer der Exekutive und die Männer im Kongreß, sobald es um die Flotte gehe, immer nur als Amerikaner gehandelt hätten, denen die Ehre und das Interesse des ganzen Landes über allem anderen stünde. So wollen wir es auch machen.

Seitdem diese Worte gesprochen wurden, haben sich in der Welt Ereignisse abgespielt, die beweisen, was eine Flotte für das Schicksal eines Krieges und für das Schicksal eines Landes bedeutet. Die Japaner haben nicht auf die guten Leute, aber schlechten Musikanten gehört, die ihnen auseinandergesetzt haben, wie es uns auseinandergesetzt worden ist, daß Japan im Hinblick auf seine geographische Lage oder aus Rücksicht auf seine Finanzen nicht imstande sei, sich neben seinem starken Heere auch eine starke Flotte zu halten. Sie haben sich beides geschaffen, Heer und Flotte, und mit der Flotte haben sie das Schicksal des Krieges und ihres Landes besiegelt, denn über beide fiel das Los am Tage von Tsuschima.

Die Ausgaben für die Flotte sind nicht volksfeindlich, wie die Sozialdemokratie behauptet. Volksfeindlich ist es, das Volk in Illusionen zu wiegen, ihm nicht die Wahrheit zu sagen, ihm einzureden, daß sich der Frieden aufrechterhalten ließe ohne die nötige Wehrkraft. Ein französischer Abgeordneter, ein Republikaner, hat vor einiger Zeit mit Recht gesagt: Les peuples forts sont les peuples qu'on respecte, die starken Völker sind es, die man respektiert. Es ist eine einfache Forderung des gesunden Menschenverstandes, daß diejenigen, die Güter erworben haben, auch darauf sehen, diese zu beschützen; und je höher der Wohlstand gestiegen ist, desto notwendiger ist es, daß man ihn schützt. Die reichsten Klöster hatten die dicksten Mauern.

(Große Heiterkeit.)

Die Sozialdemokratie spricht immer von dem Militarismus. Seit dreißig, vierzig Jahren heißt es, der Militarismus zehre am Marke des deutschen Volkes. Dabei hat der preußische Herr Finanzminister

hier vorgestern nachgewiesen, daß sich während dieser dreißig, vierzig Jahre der Wohlstand des deutschen Volkes in den oberen, mittleren und unteren Schichten beständig gehoben hat. Dieser wirtschaftliche Aufschwung ist erfolgt nicht trotz des Militarismus, sondern das, was man Militarismus nennt, war die Vorbedingung dieses Aufschwunges.

(Sehr wahr! rechts.)

Nur dank unserer Wehrkraft konnte sich unser Wohlstand, unsere wirtschaftliche Blüte entfalten. Die Grundlage, die notwendige Unterlage unserer Wehrkraft aber sind geordnete und gesunde Finanzen. Ohne geordnete Finanzen keine Wehrkraft, ohne Wehrkraft kein Frieden, ohne Frieden kein Wohlstand. Von sozialdemokratischer Seite wird immer hingewiesen auf das Steigen der militärischen Ausgaben. Ja, meine Herren, wie sehr die militärischen Ausgaben, die Ausgaben für Heer und Marine steigen, das habe ich selbst vor einigen Tagen an der Hand eines reichhaltigen Materials betont. Die militärischen Ausgaben steigen aber nicht nur bei uns, sie steigen auch in allen anderen Ländern, sie steigen anderswo sogar rascher und in größerem Umfange als bei uns. Bei uns werden für militärische Zwecke — ich zitiere aus dem Gedächtnis — etwa 1200 Millionen jährlich ausgegeben, für wirtschaftliche und kulturelle Zwecke im Reiche und den Bundesstaaten das Vielfache. Im republikanischen Frankreich liegen die Sachen umgekehrt, da werden mehr als zwei Milliarden ausgegeben allein für militärische Zwecke und beträchtlich weniger für die innere Verwaltung.

(Hört! hört! bei den Nationalliberalen.)

Wenn wir diesen von unserem Willen unabhängigen Tatsachen nicht Rechnung tragen, würden wir den Wohlstand, die Sicherheit und den Frieden des Landes gefährden. Der Herr Finanzminister hat in der ausgezeichneten Rede, die er hier vorgestern gehalten hat, an einen großen französischen Patrioten, Herrn Thiers, erinnert, der mit seltener Vaterlandsliebe und seltener Entschlossenheit die wirtschaftliche und politische Wiedergeburt seines Landes in die Wege geleitet hat. Ich will ein anderes Wort, das auch ein einsichtiger Franzose gesprochen hat, anführen. Als Ende der sechziger Jahre einer der Führer der radikalen Opposition in der französischen Deputiertenkammer dem französischen Kriegsminister vorwarf, daß er mit seinen Vorlagen Frankreich in eine Kaserne verwandeln wolle, erwiderte ihm der Kriegsminister Niel: Sehen Sie sich vor, daß Sie mit der Verweigerung solcher Vorlagen Frankreich nicht in einen Kirchhof verwandeln!

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Bebel hat vorgestern den Besuch Seiner Majestät des Kaisers in Tanger eine Provokationsreise genannt, und auch der Herr Abgeordnete Bassermann war mit diesem Besuche nicht ganz einverstanden. Um allen Mißverständnissen vorzubeugen, will ich ausdrücklich betonen, daß ich diesen Besuch, der schon im Februar in Erwägung gezogen war, und dessen Ausführung ich, nachdem ohne unsere Schuld die Marokkofrage einen akuteren Charakter angenommen hatte, angeraten habe

(hört! hört! links),

daß ich diesen Besuch mit meiner vollen politischen Verantwortung decke. Dieser Besuch hat dadurch, daß er den internationalen Charakter der Marokkofrage zum allgemeinen Bewußtsein brachte, nützlich gewirkt, und indem Seine Majestät der Kaiser bei diesem Anlaß seine Person für die deutschen Interessen und das deutsche Ansehen einsetzte, hat er nach meiner Überzeugung sich um das Land verdient gemacht.

(Bravo!)

In der vorgestrigen Rede des sozialdemokratischen Führers ist auch die Angelegenheit Jaurès berührt worden. Die Regierung hat einfach ihre Pflicht erfüllt, ihre Schuldigkeit, indem sie sich in kritischer Zeit ihre Kreise nicht durch die Sozialdemokratie stören ließ.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Frage, ob der Berliner Besuch des Herrn Jaurès nützlich gewirkt haben würde für die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, hängt davon ab, ob einerseits dieser Besuch in Frankreich einen günstigen Eindruck hervorgerufen und welchen Mißbrauch andererseits die Sozialdemokratie in Berlin mit Herrn Jaurès getrieben hätte.

(Sehr richtig!)

Was den ersten Punkt anlangt, so glaube ich, daß der Besuch damals in Frankreich keinen allgemeinen günstigen Eindruck gemacht haben würde, und ich nehme das Recht für mich in Anspruch, die Vorgänge in Frankreich und die Rückwirkung, die diese oder jene Ereignisse auf die Vorgänge dort üben, geradeso genau beurteilen zu können wie mancher andere. Was aber den Mißbrauch angeht, den die Sozialdemokratie in Berlin mit Herrn Jaurès getrieben haben würde, so ist ja klar, daß

die Sozialdemokratie den Besuch des Herrn Jaurès in Berlin wünschte, um ihn für die innerpolitischen Ziele der deutschen Sozialdemokratie auszuschlachten. Die Sozialdemokratie wollte die Legende verbreiten, als ob sich die Regierung mit kriegerischen, mit frivolen Kriegsabsichten getragen hätte, aber an der Ausführung dieser Absichten verhindert worden wäre durch die Sozialdemokratie. Es sollte das Märchen in Umlauf gesetzt werden, als ob die Regierung nicht imstande gewesen wäre, den Frieden mit Ehren zu wahren, dazu hätte sie der Unterstützung der Sozialdemokratie bedurft.

(Heiterkeit rechts.)

Die Sozialdemokratie wollte sich als die Retterin des Kapitols aufspielen.

(Große Heiterkeit.)

In einem Leipziger Blatt las ich damals die ganz zutreffende Bemerkung: „Der Palmwedel, den die Sozialdemokratie für Herrn Jaurès bereit hält, ist im Grunde nur ein dürftiges Feigenblatt."

(Heiterkeit.)

Meine Herren, die Entscheidung über die großen Fragen der auswärtigen Politik, über Krieg und Frieden, liegt nicht bei der sozialdemokratischen Agitation, die wird nicht von den sozialdemokratischen Agitatoren in der Hasenheide ausgetragen, die Entscheidung über Krieg und Frieden liegt in Deutschland bei denjenigen Faktoren, die dazu verfassungsmäßig berufen sind.

(Bravo! rechts.)

So weit sind wir nicht gekommen, daß wir uns dies verfassungsmäßige Recht entwinden ließen, daß wir die Entscheidung über die allerernstesten Fragen, von denen Wohl und Wehe der Zukunft und Frieden der Nation abhängt, hineingleiten ließen in den Strudel der sozialdemokratischen Agitation!

(Sehr richtig! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Solange ich an dieser Stelle stehe, wird die auswärtige Politik des Landes nicht unter den Willen der Sozialdemokratie gebeugt werden

(lebhafter Beifall);

denn die Sozialdemokratie behandelt die auswärtigen Fragen nicht, wie sie behandelt werden müssen: lediglich vom Standpunkt

der nationalen Interessen, der Interessen des eigenen Landes, sondern sie behandelt auch diese Fragen aus dem engen Gesichtswinkel ihres Fraktionsinteresses, ihrer Parteidoktrin, ihres Parteidogma.

(Lebhafte Zustimmung rechts und bei den Nationalliberalen.)

Die Sozialdemokratie — oder vielmehr leider: die deutsche Sozialdemokratie — treibt keine nationale auswärtige Politik, sie weiß vorläufig nicht einmal, was eine nationale auswärtige Politik ist

(sehr gut!),

sondern sie ordnet die auswärtigen Interessen des Landes ihren Parteiinteressen unter.

(Sehr richtig!)

Wenn wir unsere auswärtige Politik solchen Einflüssen unterwürfen, wenn wir solchen Tendenzen auch nur Einfluß einräumten über unsere auswärtige Politik, so würden wir die Sicherheit des Landes gefährden; das wäre nationaler Selbstmord. Ich werde alle derartigen Versuche auch künftig abweisen und in ihre Schranken zurückweisen.

(Bravo! rechts.)

In Konstanz hat im vergangenen Juni der Führer der deutschen Sozialdemokratie erklärt, wenn es zum Kriege käme zwischen Deutschland und Frankreich — zu einem Kriege, den wir nicht wünschen, von dem die Führer der Sozialdemokratie sehr wohl wissen, daß wir ihn nicht wollen —, wenn es zu einem solchen Kriege käme, wäre es sehr möglich, daß sich in Deutschland Dinge ereigneten wie in Rußland. Das heißt: er stellte für diesen Fall Revolution und Meuterei in Aussicht.

(Hört! hört! rechts.)

Meine Herren, wenn es etwas gibt, was im Auslande diejenigen ermutigt, die sich dem deutschen Volk gegenüber mit gehässigen, mit feindseligen Absichten tragen, so ist es eine solche Äußerung und ein solcher Hinweis.

(Vielfaches „Sehr richtig!" rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Wir wissen alle, daß es in England Organe der öffentlichen Meinung gibt, die, in völliger Verkennung deutscher Sinnesart oder wider besseres Wissen, die Meinung verbreiten, als richteten sich die deutschen Flottenrüstungen gegen England. Während nun die verständigen Leute —

nicht nur in Deutschland, sondern glücklicherweise auch in England — darauf hinweisen, daß unsere Politik friedlich, daß unsere Flottenverstärkung defensiver Natur ist, daß wir ebenso gut das Recht haben, uns Schiffe zu halten und eine Flotte zu bauen, wie alle anderen Länder, so bemühte sich derselbe Führer der deutschen Sozialdemokratie vorgestern wieder, die Meinung zu verbreiten, als enthielten unsere Flottenrüstungen eine Provokation, eine Drohung gegenüber England.

Wenn man eine Prämie setzen würde auf eine Äußerung, die am meisten geeignet wäre, unsere Stellung gegenüber England zu erschweren, Mißtrauen in England gegen uns zu erwecken, den Unfrieden zwischen England und Deutschland zu erregen, so würde der Mann einen Anspruch auf eine solche Prämie haben, der hier eine solche Äußerung gemacht hat.

(Stürmisches Bravo.)

Weiter hat der Führer der Sozialdemokratie gesagt, die deutsche Sozialdemokratie würde das Vaterland nur dann verteidigen, wenn ihr das richtig erscheint — das heißt, wenn es in ihren Parteikram paßt. Der Herr Abgeordnete Bassermann hat schon gefragt: wer soll denn das entscheiden, ob gefochten werden, ob das Vaterland verteidigt werden soll? Soll das entschieden werden auf einem sozialdemokratischen Parteitag durch Mehrheit?

(Heiterkeit),

oder wird das entschieden vom sozialdemokratischen Parteivorstand wie eine Stänkerei innerhalb der Redaktion dieses oder jenes Parteiblattes?

(große Heiterkeit),

oder trägt etwa der Diktator der sozialdemokratischen Partei die Entscheidung darüber in den Falten seiner Toga?

(Große Heiterkeit.)

Und das wurde hier gesagt, meine Herren, 24 Stunden, bevor in der französischen Deputiertenkammer gestern ein hervorragender französischer Sozialist erklärte, die französische Sozialdemokratie, die desertiere nicht vor dem auswärtigen Feinde.

(Sehr gut!)

Wenn jene Äußerung des Führers der deutschen Sozialdemokratie so viel heißen soll, daß diese, wo es sich um die Sicherheit, die Wohlfahrt, die Zukunft des ganzen Volkes in einem

uns frevontlich aufgedrungenen Kriege — und nur einen solchen werden wir führen, darauf können Sie sich verlassen! — handelt, erst ratschlagen will, ob sie mittun soll oder nicht, das heißt auf deutsch, ob sie Landesverrat üben will oder nicht

(hört! hört! und sehr wahr!),

so kann ich Ihnen nur raten, solche Tendenzen nicht da zu betätigen, wo sie nicht unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität stehen.

(Lebhaftes Bravo.)

Und ich möchte auch dem Auslande raten, auf solche sozialistischen Versicherungen keine Hoffnung zu bauen.

Der Abgeordnete Bebel hat vorgestern mehrmals auf die russischen Verhältnisse hingewiesen, und in der sozialdemokratischen Presse lesen wir täglich Vergleiche und Hinweise, daß es bei uns ebenso kommen könnte. Aus naheliegenden Gründen werde ich mich jeder Kritik russischer Zustände, jedes Urteils über russische Verhältnisse enthalten. Aber das will ich doch sagen, daß die Verhältnisse in Deutschland wesentlich anders liegen als in Rußland

(sehr richtig!);

und das will ich weiter sagen, daß, wenn die Sozialdemokratie versuchen sollte, bei uns Plünderungen und Meuchelmord, Generalstreik und Massendemonstrationen einzubürgern, solche Versuche zerschellen werden an der Festigkeit unserer Institutionen, an der Entschlossenheit der Regierungen, an dem gesunden Sinn des deutschen Volks, das sich das Joch der Sozialdemokratie nicht auferlegen lassen wird.

(Stürmischer Beifall.)

---

32. Auswärtige Beziehungen und die Sozialdemokratie.

Sitzung des Reichstages vom 14. Dezember 1905.[1])

Auf der Tagesordnung stand wiederum die Fortsetzung der ersten Beratung des Reichshaushaltsplanes für das Rechnungsjahr 1906 in Verbindung mit der ersten Beratung der Gesetzentwürfe über den Haushaltsetat der Schutzgebiete auf

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., II. Session 1905/06, 12. Sitzung.

das Rechnungsjahr 1906, einer Novelle zum Flottengesetz vom 14. Juni 1900 und über die Ordnung des Reichshaushalts und die Tilgung der Reichsschuld (Reichsfinanzreform).

Der Abgeordnete Bebel hatte wieder eine lange Rede gehalten über die angebliche Ungleichheit der Behandlung der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer, über die Beziehungen zwischen Deutschland und England, über die Propaganda des Flottenvereins, die Kaiserreise nach Tanger. Er hatte erklärt, weder durch spöttische Bemerkungen des Reichskanzlers über die Politik der Hasenheide noch durch den Vorwurf des Landesverrats würde die Sozialdemokratie sich abhalten lassen, die auswärtige Politik so zu behandeln wie es ihr gut scheint.

Darauf antwortete der

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Ich werde, meine Herren, aus den langen Ausführungen des Herrn Vorredners nur zwei Punkte herausgreifen.

Der Herr Vorredner hat erklärt, daß die deutsche Sozialdemokratie die besten Beziehungen zu England anstrebe. Ich erwidere mit der Gegenfrage, warum, wenn dem so ist, die deutsche Sozialdemokratie fortgesetzt bestrebt ist, gerade in England das Mißtrauen gegen uns zu schüren.

(Sehr richtig! rechts.)

Das hat der Herr Vorredner ableugnen wollen; er hat gemeint, die deutsche Sozialdemokratie und die deutsche sozialdemokratische Presse signalisiere nur die zwischen Deutschland und England bestehende Spannung, sie trage zu einer solchen nicht bei. Das muß ich bestreiten.

(Hört! hört!)

Daß wir England gegenüber keine aggressiven Pläne verfolgen, habe ich hundertmal gesagt; ebenso, daß es Unsinn ist, uns solche Pläne unterzuschieben. Diese törichte Behauptung wird fortgesetzt von der sozialdemokratischen Presse wiederholt. Das Zentralorgan der Sozialdemokratie, der „Vorwärts", brachte am 12. August — gerade in dem Augenblick, wo der Besuch der englischen Flotte in der Ostsee weniger bei uns als außerhalb unserer Grenzen eine gewisse Erregung hervorgerufen hatte — einen Artikel, in dem es wörtlich hieß:

> Es scheint ganz sicher und nicht erfunden. Am Ausgange des vorigen Jahres war Deutschland im Begriff, England den Krieg zu erklären.

(Hört! hört! rechts.)

Das ist eine Lüge!

(Hört! hört!)

Weiter hieß es in dem Artikel:

> Daß tatsächlich die Flotte damals mobil gemacht wurde, ist seinerzeit von uns aus absolut sicherer Quelle mitgeteilt worden.

Das ist Unsinn

(hört! hört!);

wir haben nicht mobil gemacht! Der „Vorwärts" fährt fort:

> Als das Unwetter vorübergegangen war, wurde für das harte Wort „Mobilmachung" irgend ein anderer, milderer technischer Ausdruck ersonnen, da man die Sache selbst nicht mehr in Abrede stellen konnte."

Gleicher Unsinn!

(Hört! hört!

> Insoweit also stehen wir auf festem Boden

— Unsinn: Sie stehen gar nicht auf festem Boden!

(Heiterkeit) —,

> wenn es auch niemand begreifen kann, daß wirklich auch nur einen Augenblick in Deutschland der Gedanke bestanden hat, die deutsche Flotte mit der englischen sich messen zu lassen. Auch darüber besteht nicht der mindeste Zweifel, daß man in England über diese Vorgänge genau unterrichtet ist, und daß die von unseren Offiziösen vergeblich teils bestrittene, teils als grundlos behauptete Erregung Englands auf diese Vorgänge zurückzuführen ist. Nur darüber ist man sich im unklaren, welche geheimnisvollen Vorkommnisse diese gewaltige Krisis nahegerückt haben sollen. Nun sprechen Leute, die sich für wohlinformiert ausgeben, seit Wochen mit immer größerer Ungeniertheit davon, daß die Ursache jenes drohenden Zusammenstoßes in einem schweren Konflikt zwischen Wilhelm II. und König Eduard zu suchen sei.

Das ist eine blödsinnige Lüge.

(Große Heiterkeit.)

Das solche Äußerungen unserer Gegner in der Welt Material für Verleumdungen gegen uns liefern müssen, das liegt auf der flachen Hand

(sehr wahr),

und daß dies nicht der Zweck solcher Ausstreuungen sein soll, das werden wohl wenige bezweifeln, die außerhalb des Bannes der sozialdemokratischen Doktrin stehen.

Demgegenüber erkläre ich hier als verantwortlicher Leiter der deutschen Politik: es ist unwahr, daß wir uns England gegen-

über jemals mit aggressiven Plänen getragen hätten. Es ist unwahr, daß wir jemals im Begriff gestanden hätten, England den Krieg zu erklären. Es ist unwahr, daß wir im vergangenen Winter unsere Flotte gegen England mobil gemacht hätten. Es ist unwahr, daß wir England gereizt oder provoziert hätten. Und mit der größten Entschiedenheit trete ich dem Versuche entgegen, den Deutschen Kaiser, der seit 18 Jahren so viele Beweise ehrlicher Friedensliebe gegeben hat, als Friedensstörer hinzustellen.

(Lebhaftes Bravo.)

Am 1. August hatte die „Magdeburgische Zeitung" einen Artikel gebracht, an dessen Schluß es hieß: Kaiser Wilhelm hege keine kriegerischen Pläne.

> Das beweist nicht nur sein bisheriges Regiment in Deutschland, nicht nur die letzte Rede im altehrwürdigen Rathause zu Bremen, sondern es liegt vor allen Dingen in der Natur der Dinge und in dem Charakter des Volkes, an dessen Spitze der Kaiser steht. Deutschland will nichts als für seine eigene Entwicklung den gleichen Frieden und den gleichen Ellbogenraum, den die anderen Völker genießen.

An den Rand dieses Artikels schrieb damals Seine Majestät der Kaiser: „Richtig, habe ich heute wörtlich an den König von Dänemark gesagt." Der Artikel war dem Kaiser vorgelegt worden, als er gerade zum Besuch in Kopenhagen weilte.

Der „Vorwärts", das leitende Blatt der Sozialdemokratie, hat diese Verleumdungskampagne während des ganzen Herbstes fortgesetzt. Im September schrieb er:

> Je eifriger Deutschland seine Flottenrüstungen betreibt, desto näher rückt die Gefahr eines kriegerischen Zusammenstoßes mit England, das ja gar nichts anderes annehmen kann, als daß die kolossalen deutschen Marinerüstungen gegen England gerichtet seien.

(Hört! hört! rechts.)

Dazu bemerke ich erstens, daß die deutschen Flottenrüstungen nicht kolossale sind.

(Heiterkeit.)

Der Führer der Sozialdemokratie hat in seiner neulichen Rede selbst zugeben müssen, daß sie relativ gemäßigt sind. Und zweitens, wieder-

hole ich, ist es eine Unwahrheit, daß diese Flottenrüstungen einen aggressiven Charakter gegenüber England trügen.

Der Herr Vorredner hat neulich gesagt, die englischen Sozialdemokraten hätten niemals in irgend einer Weise gegenüber Deutschland feindliche Absichten an den Tag gelegt. Ich würde mich freuen, wenn dem so wäre. Im Frühjahr aber erklärte einer der Führer der englischen Sozialdemokratie, Herr Hyndman, in einem Artikel in seinem Blatt „Justice" folgendes. — Ich bemerke dazu, daß dieser Artikel Mitte März erschien, also vor dem Besuch des Kaisers in Tanger, den der Herr Vorredner mit Unrecht als Wendepunkt in unserer Marokkopolitik hinstellt. — Also schon vor dem Kaiserbesuch in Tanger erklärte Herr Hyndman: England müsse sich mit Frankreich verbünden, damit es der deutschen Flotte unmöglich gemacht werde, ihre Flagge auch nur für eine Woche auf dem Meere aufrechtzuerhalten.

(Hört! hört! rechts.)

Unsere Flotte wollen sie beide nicht, der englische Sozialdemokrat und der Führer der deutschen Sozialdemokratie

(Heiterkeit),

nur mit dem Unterschiede: wenn der erstere sie nicht mag, so ist es aus einem mißverstandenen, einem irre geleiteten Patriotismus, während bei dem Führer der deutschen Sozialdemokratie Motive mitspielen, die ich nicht weiter charakterisieren will.

(Sehr gut!)

Weiter hieß im „Vorwärts" im Oktober:

> Ein Teil der Presse hat die Enthüllungen des „Matin" über den Angriffsplan Englands als unglaubwürdig behandelt. In Wirklichkeit war für die Urteilsfähigen von vornherein klar, daß die Enthüllungen in ihrem Kern wahr sein mußten. Solche Pläne paßten vollkommen in die Situation, die durch den Zusammenbruch Rußlands herbeigeführt war. England sieht in den deutschen Flottenrüstungen lediglich die Absicht eines zukünftigen Angriffs auf die englische Weltmacht. Welchen Zweck sollte denn auch die so ungeheuer wachsende Flotte Deutschlands haben?
>
> (Hört! Hört! rechts. — Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)
>
> Die deutschen offensiven Pläne, die um die letzte Jahreswende mehr

in der diplomatischen Welt als in der Öffentlichkeit debattiert wurden

— das ist eine nette diplomatische Welt, wo das debattiert wurde

(große Heiterkeit) —,

mußten diese Tendenz in England stärken, seinerseits durch einen Angriff allen zukünftigen Eventualitäten zuvorzukommen.

(Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, wenn die Stimmung zwischen Deutschland und England nicht so ist, wie sie nach der Ansicht der verständigen Leute sein sollte, so ist das wesentlich darauf zurückzuführen, daß in jedem dieser beiden Länder es Leute gibt, die dem andern Land Absichten, Pläne, Tendenzen unterschieben, an die nach meiner Überzeugung die Mehrheit der vernünftigen Leute in dem betreffenden andern Land gar nicht denkt.

(Sehr richtig! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Es ist ebenso falsch, wenn es in Deutschland Leute gibt, die glauben, daß Deutschland sich nur im Gegensatz zu England entwickeln könnte, wie es unrichtig ist, wenn manche Engländer annehmen, daß eine Schädigung Deutschlands einen Vorteil für England bedeuten würde.

(Sehr richtig!)

Die Bahnen beider Länder laufen an und für sich gar nicht gegeneinander. Wenn aber so viele Engländer an böse Absichten Deutschlands glauben, so ist das zweifellos auch zurückzuführen auf die Agitation und die Sprache der deutschen Sozialdemokratie

(sehr richtig!),

die beständig ihr eigenes Land als Störenfried hinstellt.

(Sehr richtig!)

Wie oft hat die Sozialdemokratie erklärt, an der Verstimmung gegen uns, speziell in England, sei unsere Weltpolitik schuld! Wie oft habe ich gesagt, daß wir unter Weltpolitik nichts anderes verstünden, als daß wir auf dem Gebiete des Handels, der Industrie, der Schiffahrt dieselbe Berücksichtigung verlangen wie alle anderen Länder und mit aller Welt auf dem Fuße der Gleichberechtigung stehen wollen. Wenn unsere Weltpolitik oft falsch ausgelegt wird, so können wir uns dafür wiederum bei der Sozialdemokratie bedanken, die sie fortwährend falsch auslegt und mißdeutet.

(Sehr richtig!)

Auch heute wieder ist von sozialdemokratischer Seite angedeutet worden, daß unsere Verteidigungsmaßregeln zur See die Schuld trügen an dem im Ausland gegen uns herrschenden Mißtrauen. Der Gedanke, als ob wir irgendwie darauf ausgingen, die englische Seeherrschaft zu zerstören, ist einfach lächerlich. Unsere Seerüstungen halten sich in viel bescheideneren Grenzen als die mancher anderen Länder, und speziell trotz dem, was eben der Herr Abgeordnete Bebel ausgeführt hat, als die englischen Seerüstungen. Schon deshalb, von tausend anderen Gründen abgesehen, ist es absurd, zu glauben, daß wir unsere Flotte gegen England bauten. Wir wollen niemand angreifen, wir wollen auch England nicht angreifen; aber wir wollen so stark sein, daß wir einen brutalen, einen ungerechten Angriff des Auslandes mit Ehren zurückweisen können.

(Lebhafter Beifall.)

Nun, meine Herren, hat der Herr Vorredner auch soeben gemeint, ich hätte mit Unrecht gegen ihn den Vorwurf erhoben, daß er auf dem Gebiete der auswärtigen Politik sich in Widerspruch setze mit den wirklichen, den wahren Interessen des Landes. Er hat sich und die Sozialdemokratie von dem Vorwurfe reinigen wollen, daß sie eine Politik treibe, die den wahren deutschen Interessen widerspreche. Alpha und Omega jeder richtig geleiteten auswärtigen Politik ist, daß für sie das nationale, das eigene Interesse des betreffenden Landes die alleinige Richtschnur sein kann.

(Sehr richtig!)

In diametralem Gegensatz dazu ordnet die Sozialdemokratie grundsätzlich und mit Bewußtsein die Interessen, den Frieden, die Sicherheit des Landes ihren eigenen Parteiinteressen und Parteitendenzen, ihren destruktiven und utopischen Parteitendenzen und Parteiinteressen unter.

(Lebhafte Zustimmung. — Zurufe.)

— Gegenüber dem Widerspruch, der sich auf der linken Seite des Hauses regt, will ich eine kurze programmatische Erklärung vorlesen, die der Parteiphilosoph jener Richtung, der authentische Interpret des Dogmas von Marx, Herr Kautsky, während dieses Sommers, als unsere Politik kritische Tage durchmachte, veröffentlichte. Da hieß es:

— Individuum wie Nation sind dem internationalen Emanzipationskampf des Proletariats unterzuordnen, und wo eines ihrer

Sonderinteressen im Gegensatz zu Bedürfnissen dieses Emanzipationskampfs tritt, da hat das individuelle oder nationale Interesse dahinter zurückzutreten.

(Lebhafte Rufe: Hört! hört!)

Weiter führt Herr Kautsky aus:

Der kapitalistisch denkende Nationalist mag erklären: right or wrong, my country — ob es recht oder unrecht tut, ich stehe auf der Seite meines Vaterlandes; der Sozialdemokrat muß Intelligenz und Mut genug haben, um erkennen zu können, wenn das Sonderinteresse einer Nation, und wäre es auch seine eigene, dem Emanzipationskampf des Proletariats in den Weg tritt, und dementsprechend zu handeln.

(Hört! hört!)

Herr Kautsky belegt das mit Beispielen. Er weist unter anderem darauf hin, daß die Sozialdemokratie während des deutsch-französischen Krieges den nationalen Ansprüchen des eigenen Landes entgegengetreten sei, weil sie in Widerspruch gestanden hätten mit den Interessen der internationalen Sozialdemokratie. Nach diesem Grundsatze müsse sich die Haltung der Sozialdemokratie auch gegenüber den Selbständigkeitsbestrebungen aller Völker richten. Beispielsweise hätte die Sozialdemokratie sich den nationalen Aspirationen der Slawen Österreichs und der Türkei widersetzt, mit Ausnahme der Polen. Also die Wiederherstellung Polens wird nicht bekämpft, obwohl eine solche nur auf deutsche Kosten erfolgen könnte — das eine wie das andere, weil es das Interesse der internationalen Sozialdemokratie verlange.

(Hört! hört! rechts.)

Auf die Frage, die ich schon einmal an den Führer der Sozialdemokratie gerichtet habe: wer denn nun im einzelnen Falle zu entscheiden hat, ob das Interesse des betreffenden Landes, das eigene, das nationale Interesse maßgebend sein soll, oder das internationale, das revolutionäre, das sozialdemokratische — auf diese Frage habe ich allerdings bei Herrn Kautsky ebensowenig eine Antwort gefunden, als sie uns heute der Herr Vorredner erteilt hat; dagegen läßt Herr Kautsky gar keinen Zweifel darüber, daß, geradeso wie das der Führer der Sozialdemokratie andeutete, der deutsche Sozialdemokrat das Vaterland nur dann verteidigen soll, wenn es der Sozialdemokratie in ihren Parteikram paßt. Es heißt wörtlich bei Herrn Kautsky:

> Wenn für den Sozialdemokraten das Vaterland der Güter höchstes nicht ist, wenn dessen Interessen untergeordnet sind denen des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, dann kann seine Verteidigung auch nicht unter allen Umständen Pflicht der Sozialdemokratie sein, sondern nur dann, wenn das patriotische Interesse mit den proletarischen Interessen oder denen der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung zusammenfällt.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Ausdrücklich fügt Herr Kautsky hinzu, daß ebensowenig wie die Sozialdemokratie sich für jeden Krieg, sei es auch ein Verteidigungskrieg, begeistere, sie ebensowenig jede Teilnahme an dem Krieg verurteile etwa mit der Motivierung, die Sozialdemokratie wolle Frieden zwischen allen Völkern. Das ist eine hübsche Illustration zu der begeisterten Friedenstirade, die wir soeben gehört haben, eine hübsche Illustration zu der Resolution des sozialdemokratischen Parteitags in Jena, wo die Sozialdemokratie für sich das Monopol der Friedensarbeit und der Friedensliebe in Anspruch nahm. Ich will hier vor dem Lande feststellen, daß das nicht zutrifft. Im Widerspruch mit dem, was der Herr Vorredner ausgeführt hat, erklärt Kautsky ausdrücklich:

> Nicht einmal jeder Angriffskrieg sei zu verurteilen.

(Hört! hört!)

> Die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg sei überhaupt in den meisten Fällen eine zweifelhafte. Die Sozialdemokratie könne sehr wohl in die Lage kommen, einen Angriffskrieg zu fordern.

(Hört! hört!)

> Im Jahre 1848 hätten Marx und Engels einen deutschen Angriffskrieg gegen Rußland für nötig gehalten.

(Aha! rechts.)

> Später hätten sie sich bemüht, England zum kriegerischen Vorgehen gegen Rußland aufzustacheln. Dürfen wir sie deswegen tadeln?

— fragt Herr Kautsky, und er antwortet: „Sicher nicht!“ Herr Kautsky hätte hinzufügen können, daß es von seinem Standpunkte aus ganz begreiflich war, wenn beispielsweise im Sommer vorigen Jahres nach dem Zwischenfall an der Dogger Bank die deutsche sozialdemokratische Presse sich solche Mühe gab, England zum kriegerischen Vorgehen gegen Rußland zu ermutigen, und daß es auch ganz in der Ordnung war,

wenn dieselbe sozialdemokratische Presse, als später einige deutsche Handelsschiffe versehentlich von russischen Kriegsschiffen aufgebracht wurden, trotz der augenscheinlichen Bereitwilligkeit der russischen Regierung, uns sogleich jede wünschenswerte Genugtuung zu geben, doch alles in Bewegung setzte, um uns in einen Krieg mit Rußland hineinzutreiben, der den Interessen des deutschen Volkes durchaus nicht entsprach, wohl aber der Sozialdemokratie in ihren Parteikram paßte. Die sozialdemokratische Presse war nur logisch, sie war konsequent, sie bewegte sich im Rahmen der sozialdemokratischen Doktrin und Tradition, wenn sie uns mit Rußland zu verfeinden suchte. Aber warum bestritt der Führer der Sozialdemokratie bei der Etatsdebatte im vorigen Jahre, daß die Sozialdemokratie bemüht ist, unsere Beziehungen zu Rußland möglichst zu verschlechtern? Warum leugnete er mir gegenüber damals Tatsachen, die sein Freund, Herr Kautsky, ganz offen zugibt? Ich gestehe, daß mich das einigermaßen skeptisch macht gegenüber Versicherungen des Führers der Sozialdemokratie, wenn sie auch noch so pathetisch abgegeben werden. Die Wahrheit ist: die Friedensversicherungen der Sozialdemokratie sind Schaumschlägereien

(lebhafter Beifall — große Unruhe bei den Sozialdemokraten),

ein Paravent, hinter dem sie ihre wirklichen Absichten verbirgt. Was die Sozialdemokratie in Wirklichkeit will, ist, das deutsche Volk zum Landsknecht ihrer internationalen Pläne zu machen

(sehr richtig!),

so daß es sich für diese internationalen Pläne verbluten würde.

Während in dieser Weise die deutsche Sozialdemokratie bemüht ist, überall Mißtrauen gegen uns zu säen, uns nach außen zu diskreditieren und zu denunzieren, während das offizielle wissenschaftliche Organ der Sozialdemokratie erklärt, die Sozialdemokratie verurteile nicht nur nicht den Krieg, sondern sie mißbillige nicht einmal jeden Angriffskrieg — verweigert die deutsche Sozialdemokratie dem Vaterlande die Mittel, die es zu seiner Verteidigung bedarf. Und während des Sommers erklärte unter dem Beifall sozialdemokratischer Blätter das leitende süddeutsche sozialdemokratische Preßorgan, die „Münchener Post", den Heldentod auf dem Schlachtfeld, den Tod, den viele Söhne dieses Landes gestorben sind, den Tod von Theodor Körner und dem Feldmarschall Schwerin, den Tod, den noch heute mancher Deutsche drüben in Afrika stirbt —

den verglich das sozialdemokratische Blatt mit dem Tode des Schweins von der Hand des Schlächters.

(Stürmische Zurufe von den Sozialdemokraten. Pfuirufe rechts.)

— Ja, Treitschke hat recht, es gibt Niedrigkeiten, zu denen nur in Deutschland der Parteihaß herabsteigt.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Führer der deutschen Sozialdemokratie sind — möge der Herr Vorredner es leugnen oder nicht — nicht nur nicht national, sie stellen sich überall in Gegensatz zu den wirklichen Interessen des Landes. Ich glaube und erkläre es öffentlich, auch vor dem Auslande, daß die Masse der deutschen Arbeiter das Herz auf dem rechten Fleck hat

(sehr richtig! rechts),

daß es der Sozialdemokratie nicht gelungen ist, der großen Mehrheit der deutschen Arbeiter, auch denen nicht, die sich von ihr haben verführen lassen, weil sie ihnen eingeredet hat, daß sie am wirksamsten die Arbeiterinteressen vertrete, alle deutsche Gesinnung auszutreiben.

(Sehr richtig! und Bravo.)

Ich erkläre und glaube, daß die Masse der deutschen Arbeiter im Ernstfall ihre Schuldigkeit tun würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Aber die Führer der Sozialdemokratie denken anders. Das fing schon 1870 an, als sie dem Vaterlande die Mittel verweigert haben, um uns gegen einen ungerechten Angriff zu verteidigen. Das setzte sie fort, als von sozialdemokratischer Seite die falsche Beschuldigung in Umlauf gesetzt wurde, der wahre Urheber des Krieges von 1870 sei Fürst Bismarck, eine Legende, die nachher von allen unseren auswärtigen Feinden mit Wohlgefallen verbreitet und ausgeschlachtet worden ist. Wo sie dazu Gelegenheit hat, hat sich die Sozialdemokratie auf die Seite unserer Gegner gestellt, mochten das nun die chinesischen Boxer sein oder die Hottentotten oder die Hereros.

(Sehr richtig! rechts.)

Wie steht es denn mit jener Angabe, daß der Führer der deutschen Sozialdemokratie in Amsterdam gesagt haben soll, es würde ihm nicht unangenehm sein, wenn Deutschland auf dieselbe Weise zur Republik käme wie Frankreich 1870?

(Hört! hört! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Wenn diese Äußerung wirklich gefallen ist, wenn der Führer der deutschen Sozialdemokratie es wirklich gern sehen würde, daß Deutschland eine Niederlage erlitte, eine furchtbare Niederlage, daß Blut und Tränen über das Land kämen, nur weil die Sozialdemokratie glaubt, daß dadurch ihr Parteiinteresse gefördert wird, damit sie an einem solchen das deutsche Vaterland verheerenden Brande ihre Parteisuppe kochen kann — so fehlen mir wiederum die Worte, um eine solche Auffassungsweise richtig zu kennzeichnen.

(Sehr gut! und Bravo!)

Die deutsche Sozialdemokratie ist fortgesetzt bestrebt, unser Land, gegen das sich — es ist vielleicht der einzige Punkt, worin ich dem Herrn Vorredner recht gebe — viel Mißtrauen, viel Eifersucht regt, nach außen verhaßt zu machen. Während der Marokkokrise ist nicht das leitende Blatt, aber von allen sozialdemokratischen Blättern, soviel ich weiß, dasjenige, das dem Herrn Vorredner am nächsten steht, die „Leipziger Volkszeitung", so weit gegangen, in einem Artikel dem zuverlässigen Vertrauen Ausdruck zu geben, daß Frankreich wegen Marokko bis zum äußersten gehen würde.

(Hört! hört!)

In dieser Korrespondenz eines deutschen Blattes hieß es:

> Es besteht nicht der geringste Zweifel, daß die britische Flotte und die enormen Hilfsquellen des britischen Reichs den Franzosen zur Verfügung stehen werden. Es wird eine der schönsten Zeiten für die britischen Kreuzer sein, den deutschen Handel vom Meer zu verjagen
>
> (hört! hört!)
>
> und die deutsche Handelsmarine als gute Prise in die britischen Häfen zu bringen.
>
> (Hört! hört!)

Man merkt ordentlich dem Schreiber an, welches Vergnügen ihm diese Aussicht bereitet.

> Hinzu kommt noch, daß Deutschland vollkommen isoliert ist. . . . .
> Delcassé kann es sich deshalb gestatten, auf die lärmende deutsche Diplomatie mit aller Ruhe und logischen Schärfe zu antworten.

Das war die von Herrn Bebel soeben gerühmte Unterstützung, welche uns damals von sozialdemokratischer Seite zuteil wurde.

Pikant ist übrigens der Eifer, mit welchem sich die sozialdemokratische Presse für den damaligen französischen Herrn Minister der auswärtigen Angelegenheiten ins Zeug legte

(sehr gut! rechts),

den die französische Sozialdemokratie bekämpfte. Natürlich legte sich die Sozialdemokratie nur deshalb so für ihn an den Laden, weil sie in ihm einen Feind des Deutschen Reiches sah.

(Sehr gut!)

Mehr als einmal habe ich in französischen Blättern gelesen, daß, wenn die Sozialdemokratie bei uns ans Ruder käme, sie unsere westlichen Grenzprovinzen an Frankreich zurückgeben würde. Das habe ich noch vor einiger Zeit in der „France Militäre" gesehen, dem angesehensten französischen militärischen Wochenblatt. In einem anderen französischen Blatt, dem „Rappel", habe ich gelesen, daß die deutsche Sozialdemokratie den wichtigsten Schlag gegen den Frankfurter Frieden führen würde. Also die französischen Revanchepolitiker rechnen für die Erfüllung ihrer Hoffnungen auf die deutsche Sozialdemokratie. Deshalb pflegen auch im Auslande an gewissen Stellen sozialdemokratische Erfolge so große Befriedigung zu erregen. Das geht nicht aus besonderer Sympathie für unsere Sozialdemokratie hervor — in der Beziehung bitte ich die Herren, sich keine Illusionen zu machen

(Heiterkeit) —,

sondern das geht hervor aus der Ansicht, daß die deutsche Stellung in der Welt um so schwächer wird, je stärker die Sozialdemokratie in Deutschland wird.

(Sehr wahr! rechts.)

So kann es denn kommen, daß ein englischer Poet, der uns gegenüber sehr mißgünstig ist, Mr. Kipling, in einem Interview mit einem Journalisten, das viele der Herren gewiß im Sommer gelesen haben, gleichzeitig Partei nahm für den britischen Imperialismus und für die deutsche Sozialdemokratie

(große Heiterkeit);

daß er den britischen Imperialismus für durchaus berechtigt, für schön und gut erklärte, dagegen über die bescheidenen Bestrebungen des deutschen Volks, auch seine überseeischen Interessen zu entwickeln, ungefähr ebenso abfällig, ebenso höhnisch urteilte, wie dies unsere Sozialdemokratie zu tun pflegt. So kann es kommen, daß zwei große, aber uns

nicht gerade freundlich gesinnte Blätter wie die Londoner „Times“ und der Pariser „Temps“, die in England und in Frankreich den Sozialismus bekämpfen, sich nicht genug tun können in Lobeserhebungen über die Reden des Herrn Vorredners.

(Sehr wahr! rechts und bei den Nationalliberalen. Heiterkeit.)

So mag wohl ein skrupelloser Kaufmann, obwohl er selbst in seinem Bureau strenge Zucht hält, es nicht ungern sehen, wenn sein Rivale Angestellte hat, die unter Umständen bereit sind, das Konkurrenzhaus in die Luft zu sprengen.

(Große Heiterkeit. — Unruhe links.)

In der Beziehung haben unsere ausländischen Neider und Feinde eine feine Witterung. Wenn es jemals unserer Sozialdemokratie gelänge, das Ziel zu erreichen, von dem der Herr Vorredner soeben wieder erklärt hat, daß es ihr vorschwebt; wenn sie je bei uns das Heft in die Hand bekäme, so würde das nicht nur den Verlust unserer Grenzprovinzen bedeuten, die mit deutschem Schweiß und Blut getränkt sind, sondern wir würden wieder dastehen, wie in den jämmerlichsten Zeiten unserer Geschichte, als Spielball für fremde Willkür, als Tummelplatz für fremde Beutegier.

(Bravo!)

Man hat oft Parallelen zwischen französischen Jakobinern und deutschen Sozialdemokraten gezogen. Ich leugne nicht, daß eine gewisse Ähnlichkeit vorhanden ist, Ähnlichkeit im Gedankengange, in der Redeweise, im Fanatismus wie im Dogmatismus, Ähnlichkeit vielleicht auch in der freundlichen Gesinnung der Herren untereinander.

(Große Heiterkeit.)

Aber ein Unterschied waltet ob zwischen der deutschen Sozialdemokratie und den französischen Jakobinern. Die französischen Jakobiner waren Patrioten durch und durch, sie wollten ein großes, ein starkes Frankreich, Frankreich ging ihnen über alles; — unsere Jakobiner fangen damit an, überall vor den Ansprüchen des Auslandes zurückzuweichen, unsere Grenzposten aufzugeben, sie wollen kein stärkeres, sie wollen ein schwächeres, ein verkleinertes Deutschland. Das ist der tiefste Graben zwischen ihnen und uns, das ist das, was die größte Kluft bildet zwischen ihnen und uns: der Mangel an Verständnis für die Daseinsbedingungen der Nation, für diejenigen Forderungen, ohne welche die Nation ihre Stellung in der Welt nicht behaupten kann.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, nun hat der Herr Vorredner unsere gegenwärtigen Zustände in Deutschland und die Zustände vor der französischen Revolution verglichen. Ich gestehe, daß mir kaum jemals ein hinkenderer Vergleich vorgekommen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Dort in Frankreich vor der Revolution Zwang, Unfreiheit, Leibeigenschaft — hier bei uns Verfassung, Rechtsstaat, allgemeines Stimmrecht.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

— Jawohl, Rechtsstaat, ein wirklicher Rechtsstaat, wie er bei Ihnen ausgeschlossen wäre, wenn Sie das Heft in der Hand hätten.

(Sehr richtig! rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Damals in Frankreich Frivolität und Fäulnis — bei uns im großen und ganzen gesunde gute Verhältnisse. Verschonen Sie uns mit solchen Vergleichen! Und seien Sie jedenfalls überzeugt, daß, wenn Sie versuchen sollten, einen Bastillensturm zu unternehmen, Ihnen das übel bekommen würde.

(Bravo! Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Ich wiederhole meinen Rat: gehen Sie nicht von Redensarten zu Taten über. Versuchen Sie es, Sie werden sehen, was darnach kommt.

(Lebhafter Beifall. — Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

33. Bekämpfung der Sozialdemokratie.

Sitzung des Herrenhauses vom 25. Januar 1906.[1]

Im Herrenhause hatten Graf Finck von Finckenstein-Schönburg und Graf zu Eulenburg-Prassen folgende Interpellation eingebracht:

„Erscheint es der Staatsregierung möglich, die vaterlandsfeindlichen Unternehmungen der Sozialdemokratie mit den Mitteln der Gesetzgebung erfolgreich zu bekämpfen?"

Nach Begründung dieser Interpellation durch Graf zu Eulenburg-Prassen beantwortete sie

[1] Sten. Ber. d. Verhandl. d. Herrenhauses 1905/06, 6. Sitzung.

Ministerpräsident Reichskanzler Fürst **Bülow** folgendermaßen:

Meine Herren, der Herr Graf zu Eulenburg-Prassen hat auf die Gefahren hingewiesen, die von der Sozialdemokratie drohen. Diese Gefahren — ich danke dem Herrn Begründer der Interpellation, daß er das ausgesprochen hat — kann niemand ernster bewerten als ich. Ich habe in der Tat keine Gelegenheit versäumt, der Sozialdemokratie mit Nachdruck entgegenzutreten. Ich habe die bürgerlichen Parteien und das Land auf die Bedrohung unseres Rechtsstaats und unserer verfassungsmäßigen Einrichtungen, auf die Bedrohung der Grundlage jeder bürgerlichen Freiheit, des Rechtes der Individualität immer und immer wieder hingewiesen. Selbstverständlich glaube ich hiermit meine Pflicht zum Schutze unserer geistigen und materiellen Güter noch nicht erfüllt zu haben. Ich erkenne es als unbestreitbare Pflicht jeder Regierung an, den von dem Herrn Grafen zu Eulenburg-Prassen geschilderten Gefahren entgegenzutreten, sie im Rahmen der Gesetze mit Energie zu bekämpfen, Agitationen, welche die staatliche Ordnung gefährden, soweit die Gesetze dies irgend zulassen, zu unterdrücken. Diese unsere Pflicht werden wir nicht versäumen; das haben wir noch in diesen Tagen gezeigt. Vor der Tyrannei der Straße beugen wir uns nicht, durch Demonstrationen und Drohungen lassen wir uns nichts abtrotzen. Pöbelexzesse und Revolution werden wir in Preußen, in Deutschland nicht dulden. **Die Regierung hält** — und damit beantworte ich die in der Interpellation gestellte Anfrage — **eine Vermehrung ihrer Befugnisse bis jetzt nicht für nötig; von ihren gesetzlichen Befugnissen aber wird sie entschlossen Gebrauch machen.**

(Bravo!)

Meine Herren, staatsfeindlichen Bestrebungen gegenüber hat aber nicht nur die Regierung Pflichten. Der Herr Vorredner hat an das Wort erinnert: caveant consules! Auch in den Zeitungen ertönt der Ruf: Reichskanzler, Regierung, ergreift die Offensive, ergreift außerordentliche Maßregeln, zeigt der Revolution den starken Arm des Staates. Meine Herren, die Entscheidung darüber, wann der Augenblick gekommen ist, an die gesetzgebenden Körperschaften zu appellieren, um verstärkte Machtmittel gegenüber revolutionären Umtrieben zu fordern, muß der verantwortlichen Regierung überlassen bleiben.

(Sehr richtig! und Bravo!)

Anzeichen, Äußerungen von Nervosität, wie sie in der Presse hier und da hervortreten, schaden der guten Sache, nützen dem Gegner, indem

der Glaube erweckt werden könnte, als wenn es ein Leichtes wäre, unter dem gegenwärtigen Rechtszustande seine Ziele zu erreichen. Mehr, vielmehr nützen Presse und Parteien der gemeinsamen Sache, wenn sie angesichts des gemeinsamen Gegners den inneren Streit untereinander zum Schweigen bringen und den Zusammenschluß der bürgerlichen Elemente zum Kampf gegen die revolutionäre Sozialdemokratie anbahnen.

(Sehr richtig!)

Die Zeit ist zu ernst, als daß wir uns den Luxus gestatten könnten, uns untereinander zu bekriegen. Dem Ausdruck dieser Überzeugung bin ich aber bisher leider noch viel zu selten begegnet.

(Sehr wahr!)

Im Gegenteil, während und nach den letzten Reichstagswahlen haben die bürgerlichen Parteien nur zu oft sich in den Haaren gelegen, sie haben sogar Wahlbündnisse abgeschlossen mit der Sozialdemokratie —

(lebhafte Bewegung)

zu meinem tiefen Bedauern Bündnisse abgeschlossen mit der Sozialdemokratie, die ihrerseits alle bürgerlichen Elemente als eine feindliche Masse betrachtet und behandelt.

(Sehr wahr!)

Für die Königliche Staatsregierung wie für die bürgerlichen Parteien muß die Parole lauten: Gegen die revolutionäre Sozialdemokratie! Der Übermut dieser Partei wäre nicht so hoch gestiegen, wenn man es von unserer Seite in Unterschätzung der unserer äußeren Machtstellung und unserer inneren Wohlfahrt, unserer Freiheit und Kultur drohenden Gefahr nicht immer und immer wieder an der notwendigen Kohäsion hätte fehlen lassen. Die Königliche Staatsregierung wird gegenüber der Sozialdemokratie auf dem Posten sein. Sie wird ihre Schuldigkeit tun nicht nur durch entschlossene Anwendung der Gesetze, sondern auch indem sie tut, was sie kann, um unter den bürgerlichen Parteien und zwischen den bürgerlichen Parteien und der Staatsregierung Uneinigkeit und Zwiespalt und Mißverständnisse zu verhindern oder zu beseitigen, um ein Zusammengehen der bürgerlichen Parteien untereinander sowie der bürgerlichen Parteien mit der Staatsregierung zu ermöglichen. An die bürgerlichen Parteien aber richte ich auch von dieser Stelle die Mahnung: Seien wir einig gegenüber dem gemeinsamen Feinde!

(Lebhaftes Bravo!)

34. Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten.

Sitzung des Reichstages vom 22. Februar 1906.[1]

Zur ersten und eventuell zweiten Beratung stand ein Gesetzentwurf, durch den der Bundesrat ermächtigt wurde, den deutschen Vertragstarif den Vereinigten Staaten von Nordamerika bis zum 30. Juni 1907 einzuräumen. Die Debatte wurde eröffnet vom

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, nach dem Abschluß der dem Reichstag vor einem Jahr vorgelegten Handelsverträge mit den europäischen Staaten trat an die verbündeten Regierungen die Aufgabe heran, auch das wirtschaftliche Verhältnis zu den Vereinigten Staaten von Amerika neu zu ordnen. Die Vereinigten Staaten sind ein vorzugsweise landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe exportierendes Land. Trotzdem war, wie dies der Herr Abgeordnete Graf von Schwerin-Löwitz in seiner, wenn ich nicht irre, im Oktoberheft der „Deutschen Monatsschrift" erschienenen interessanten Darlegung nachgewiesen hat, bei den mit Amerika einzuleitenden Verhandlungen die deutsche Landwirtschaft weniger, und jedenfalls nicht in erster Linie beteiligt. Die deutsche Landwirtschaft hatte durch unseren neuen Zolltarif und unsere neuen Handelsverträge den für sie notwendigen Schutz erhalten und konnte deshalb den kommenden Ereignissen mit Ruhe entgegensehen. Bei den Vertragsverhandlungen mit Amerika galt es vielmehr, die Ergebnisse unserer neuen Handelsverträge für unsere Industrie und für unseren Handel zu verwerten. Beide leiden bei der Ausfuhr nach der Union einmal unter der besonderen Höhe der amerikanischen Zollsätze, dann aber auch namentlich unter mancherlei Schwierigkeiten bei der Zollabfertigung, die ja mit dem in Amerika bestehenden Wertzollsystem zusammenhängen, die aber durch den komplizierten Modus der Fakturenbeglaubigung durch die amerikanischen Konsuln und die Festsetzung des Marktwertes durch die Appraiser in den amerikanischen Ankunftshäfen einen sehr empfindlichen Umfang angenommen haben.

Wir haben der amerikanischen Regierung bei der Kündigung des Abkommens vom 10. Juli 1900 einen Tarifvertrag nach dem Muster der von uns mit den europäischen Staaten abgeschlossenen Handelsverträge vorgeschlagen, in dem uns also Amerika gegen unsere Konventional-

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg. Per., II. Session 1905/06, 50. Sitzung.

sätze eine Herabsetzung seiner Zölle und die Beseitigug gewisser Härten in seinem Zollverfahren zu gewähren hätte. Wir waren uns dabei der großen Schwierigkeiten, welche dem Abschluß eines umfassenden Tarifvertrages gerade mit den Vereinigten Staaten entgegenstehen, von Anfang an wohl bewußt. Diese Schwierigkeiten liegen außerhalb des Bestrebens beider Regierungen, wirtschaftlich wie politisch gute Beziehungen zu unterhalten; in Verhältnissen, die ich von dieser Stelle des näheren nicht erörtern könnte, ohne den Anschein einer mir fernliegenden Einmischung in die inneren Verhältnisse eines fremden Staates hervorzurufen. Ich begnüge mich daher mit der Feststellung, daß sich der Abschluß eines deutsch-amerikanischen Handelsvertrages bis zum 1. März d. J. als unmöglich erwiesen hat. Angesichts dieser Sachlage haben sich die verbündeten Regierungen entschlossen, den vorliegenden Gesetzentwurf einzubringen, durch welchen dem Bundesrat die Möglichkeit gegeben wird, den Vereinigten Staaten bis zum 30. Juni 1907 die Sätze unserer Handelsverträge zu gewähren. Es handelt sich also um einen Akt der autonomen Gesetzgebung, und dadurch wird zugleich zum Ausdruck gebracht, daß die Vereinigten Staaten bei uns ein Recht auf Meistbegünstigung nicht besitzen. Denn wir räumen ihnen Zollermäßigungen ein, ohne daß wir dazu eine vertragsmäßige Verpflichtung hätten. Wir tun dies, weil wir Zeit gewinnen wollen, um zu sehen, ob die mit Amerika angeknüpften Verhandlungen nicht doch noch zu einem befriedigenden Ende geführt werden können. Wir tun es, weil wir im Interesse beider Teile einen Zollkrieg vermeiden wollen.

Meine Herren, ich lege hohen Wert auf den Fortbestand der guten politischen Beziehungen, die zum Segen beider Länder zwischen uns und den Vereinigten Staaten bestehen.

(Sehr richtig! rechts.)

Es wäre aber trügerisch, zu glauben, daß ich politische Freundschaft mit einer Benachteiligung unserer wirtschaftlichen Interessen erkaufen wollte. Der Grund für diesen Gesetzentwurf liegt vielmehr darin, daß ein Zollkrieg für beide Teile schädlich und unerwünscht und deshalb nur im Notfall zu führen ist. Unter einem solchen Zollkriege würden bei uns nicht nur unsere Schiffahrtsinteressen, sondern ebenso die Interessen unserer nach Amerika ausführenden Industrien leiden, und in ähnlicher Weise würden auch die Vereinigten Staaten geschädigt werden, die nicht nur bei ihrem in den letzten Jahren angewachsenen industriellen Export verwundbar sind, sondern deren landwirtschaftliche

Erzeugnisse wir in vielen Artikeln sehr gut anderweit ersetzen können.

(Sehr richtig! links.)

Vorteile aus einem Zollkrieg zwischen uns und Amerika würden Dritte ziehen, für deren Nutzen zu arbeiten wir keine Veranlassung haben.

(Sehr wahr!)

Meine Herren, man konnte im Zweifel darüber sein, welche Dauer diesem Gesetzentwurf zu geben sei. Wenn sich die verbündeten Regierungen entschlossen haben, Ihnen den 30. Juni 1907 als Endtermin vorzuschlagen, bis zu welchem die Vereinigten Staaten die Zollsätze unseres Konventionaltarifs statt der Sätze unseres Generaltarifs gewährt werden dürfen, so sind hierfür gewichtige Gründe maßgebend gewesen. Eine längere Bemessung dieser Frist könnte den Anschein erwecken, als wenn wir mit der jetzigen Regelung einen definitiven Zustand schaffen wollten, während es sich doch nur um ein Provisorium handelt. Gegen eine kürzere Bemessung spricht der Umstand, daß die schwierigen Vertragsverhandlungen mit Amerika binnen wenigen Monaten nicht beendigt werden können, und daß eine erneute Verlängerung der Frist in hohem Grade unerwünscht wäre. Auch müssen wir Rücksicht auf unsere Industrie nehmen, die nicht der Gefahr ausgesetzt werden darf, binnen kurzem wieder vor neuen Verhältnissen zu stehen. Das würde den Abschluß langfristiger Lieferungsverträge von vornherein unmöglich machen.

Meine Herren, es handelt sich bei der Vertagung dieser Entscheidung nicht um eine materielle Lösung, sondern um eine Frage des zweckmäßigen Vorgehens. Für die taktische Behandlung einer Angelegenheit von internationalem Charakter müssen die Herren uns schon etwas freie Hand lassen und uns Vertrauen schenken. Bei Handelsvertragsverhandlungen liegen die Sachen nicht immer ganz einfach, und es müssen viele Umstände in Berücksichtigung genommen werden. Insbesondere ist bei Handelsvertragsverhandlungen oft viel Geduld nötig. Auch bei den anderen Handelsvertragsverhandlungen ist nicht immer alles gleich glatt gegangen, sondern wir haben, wie Sie sich erinnern, mehrfach unterbrechen und vertagen müssen, bis ein endgültiges Ergebnis vorlag; so bei Rußland, bei Österreich-Ungarn und auch bei anderen Staaten. Diese Unterbrechungen und Vertagungen trafen aber in eine Zeit, wo der Zeitpunkt des Inkrafttretens unseres neuen Tarifs noch nicht bestimmt war, und sind deshalb vor der großen Öffentlichkeit ziemlich unbemerkt vor-

übergegangen. Bei den Vereinigten Staaten ist der Unterschied, daß uns nur noch wenige Tage von dem 1. März trennen, wo unser neuer Zolltarif in Kraft treten wird. Deshalb sind wir genötigt, uns an dieses Hohe Haus zu wenden, welches durch die Bewilligung dieses Gesetzentwurfs uns die Möglichkeit gewähren soll, zu versuchen, mit den Vereinigten Staaten doch noch im guten zu einer Verständigung zu gelangen.

Daß auch bei der Regierung der Vereinigten Staaten der Wunsch besteht, freundschaftliche wirtschaftspolitische Beziehungen zu uns zu erhalten, geht auch aus einer Note hervor, welche, wie der Kaiserliche Botschafter in Washington vorgestern gemeldet hat, der Staatssekretär Root an ihn gerichtet habe. In dieser Note ist gesagt, daß, sobald den Vereinigten Staaten die ermäßigten Zollsätze bis zum 30. Juni 1907 zugesichert seien, der Präsident unverzüglich die erforderliche Proklamation erlassen werde, um Deutschland den Fortgenuß der bisherigen Zollermäßigungen der Sektion III des Dingleytarifs sicherzustellen. Er hoffe, daß seine Mitteilung, nach welcher gewisse Abänderungen des Zollverwaltungsgesetzes und der Ausführungsbestimmungen in Aussicht genommen sind, von uns als ein Beweis für den ernstlichen Wunsch des Präsidenten angesehen werde, die amerikanische Zollverwaltung von allem zu befreien, was den deutschen Exporteuren irgendwie das Aussehen von Härten zu haben scheine. Er hoffe ferner, daß während des Zeitraumes bis zum 30. Juni 1907 ein passender Weg werde gefunden werden, um eine dauernde Grundlage für den wechselseitigen Handel beider Länder zu schaffen unter Bedingungen, die für beide Teile befriedigend und vorteilhaft seien. Der Staatssekretär Root gibt schließlich in dieser Note der Zuversicht Ausdruck, daß bei Fortdauer der bisherigen freundschaftlichen Haltung auf beiden Seiten man zu einem Abschluß gelangen werde, der mit dem von beiden Teilen gehegten lebhaften Wunsche nach wahrer Freundschaft zwischen dem deutschen und amerikanischen Volke im Einklang stehe. So weit die amerikanische Note.

Meine Herren, bei der Wichtigkeit unserer Handelsbeziehungen zu den Vereinigten Staaten haben die verbündeten Regierungen es jedenfalls für ihre Pflicht gehalten, alle Mittel zu erschöpfen, welche eine versöhnliche Regelung herbeizuführen geeignet sind, und sie hoffen, daß dieses Hohe Haus diesen Gesichtspunkten Rechnung tragen wird.

35. Reichskolonialamt.

Sitzung des Reichstages vom 29. März 1906.[1]

Die verbündeten Regierungen hatten die Errichtung eines selbständigen Reichskolonialamtes gefordert, die Budgetkommission hatte aber Ablehnung beschlossen. Bei der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1906 trat der Reichskanzler energisch für die Forderung mit folgender Rede ein.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, im Namen der verbündeten Regierungen und auch für meine Person als Chef der Reichsverwaltung möchte ich Sie bitten, der Vorlage über die Errichtung eines Reichskolonialamts Ihre Zustimmung zu erteilen. Diese Vorlage ist nicht ein willkürlicher oder unbedachter Griff, sondern sie ist eine Maßnahme, die wir nach allen Seiten reiflich geprüft und überlegt haben. In Übereinstimmung mit den verbündeten Regierungen betrachte ich die Organisation unserer obersten Reichsbehörden als eine Einrichtung, deren Gefüge nicht ohne Not angetastet oder verändert werden soll. Es entspricht aber den Traditionen, welche für die Fortbildung dieser Organisation bis jetzt maßgebend gewesen sind, daß wir uns nicht den Notwendigkeiten verschließen, welche die Entwicklung der Reichsgeschäfte mit sich bringt. Ich glaube, meine Herren, daß Freunde und Feinde unserer Kolonialpolitik heute wenigstens darin einig sind, daß sie die Bedeutung anerkennen, welche die Kolonialfragen für unser politisches Leben allmählich gewonnen haben, daß sie anerkennen, von welcher Wichtigkeit es für die Reichsfinanzen, für unsere wirtschaftliche Zukunft, für unsere Stellung in der Welt ist, ob die kolonialen Geschäfte richtig und zweckmäßig wahrgenommen werden oder nicht. Wir können uns der Tatsache nicht verschließen, daß Deutschland eine Kolonialmacht geworden ist und sich den Pflichten und Aufgaben nicht entziehen kann, die daraus für uns entstehen. Das ist der Boden, auf dem wir stehen, und auf diesem Boden haben die Gegner unserer Kolonialpolitik das gleiche Interesse daran wie ihre Freunde, daß die Organisation der Kolonialverwaltung auf der Höhe ihrer Aufgabe steht, und daß nicht aus einer mangelhaften Organisation Mißstände und Schwierigkeiten entstehen, für welche im letzten Ende das deutsche Volk mit seinem Geld und Blut aufkommen muß.

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., II. Session 1905/06, 78. Sitzung.

Die gegenwärtige Organisation unserer Kolonialverwaltung ist unzulänglich. Diese Versicherung kann ich mit gutem Gewissen und aus voller Überzeugung als einer von denjenigen abgeben, die in erster Linie berufen sind, mit dieser Organisation zu arbeiten. Ich habe schon im Dezember 1904 darauf hingewiesen, daß der Reichskanzler bei dem Umfang und der Bedeutung, welche die kolonialen Geschäfte gewonnen haben, in der Lage sein muß, für diesen Zweig der Reichsverwaltung ebenso einen verantwortlichen Stellvertreter zur Seite zu haben, wie für die übrigen Ressorts. Es ist Ihnen bekannt, meine Herren, daß nach den bestehenden verfassungsrechtlichen Grundsätzen, denen niemand ihre gute Berechtigung abstreiten wird, nur die Vorstände der obersten Reichsämter mit der Stellvertretung des Reichskanzlers betraut werden können. Wenn wir also dem vorliegenden zwingenden Bedürfnisse genügen wollen, so müssen wir entweder die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts zu einer obersten Reichsbehörde ausgestalten, oder wir müssen durch eine Abänderung des Stellvertretungsgesetzes die Möglichkeit schaffen, daß der im Verbande des Auswärtigen Amts verbleibende Direktor oder Unterstaatssekretär der Kolonien mit der Stellvertretungsbefugnis ausgestattet wird. Es versteht sich von selbst, daß wir beide Wege mit derjenigen Sorgfalt geprüft haben, zu der wir in organisatorischen und verfassungsrechtlichen Fragen doppelt verpflichtet sind. Diese Prüfung hat ergeben, daß die Errichtung eines vom Auswärtigen Amt getrennten Kolonialamts nicht nur vor dem anderen Wege den Vorzug verdient, sondern daß dies die einzig ausreichende und dem vorhandenen Bedürfnis wirklich entsprechende Lösung ist. Dieser Weg erspart uns die Durchbrechung eines bewährten und verfassungsrechtlich wichtigen Grundsatzes. Auf diese Weise vermeiden wir die prinzipiell und praktisch gleich bedenkliche Neuerung, daß der Reichskanzler neben den Vorständen der übrigen Reichsämter in dem Chef der Kolonialverwaltung einen Stellvertreter bekommen würde, der ihm nicht unmittelbar untersteht, sondern dessen unmittelbarer Vorgesetzter ein anderer Stellvertreter des Reichskanzlers, nämlich der Staatssekretär des Auswärtigen Amts sein würde.

Je länger ich mich mit dieser Frage beschäftige, um so mehr bin ich zu der Überzeugung gelangt, daß eine solche Regelung Friktionen und Konflikte geradezu provozieren würde

(sehr richtig! rechts),

und daß auf diese Weise für den Reichskanzler die erforderliche Entlastung nicht nur ausbleiben, sondern geradezu eine Erschwerung in der Behandlung der kolonialen Geschäfte entstehen würde.

(Sehr richtig! rechts.)

Nur eine reinliche Scheidung des Auswärtigen und des Kolonialressorts kann mir die Möglichkeit geben, mit dem Chef der Kolonialverwaltung in gleicher Weise zu arbeiten wie mit den Vorständen der übrigen Reichsämter. Solange der Chef der Kolonialverwaltung für seine Person der Untergebene des Staatssekretärs des Auswärtigen Amts bleibt, und solange die Kolonialabteilung dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts in der bisherigen Weise unterstellt bleibt, ist es für den Reichskanzler nicht nur ein Gebot der persönlichen Rücksichtnahme, sondern eine geschäftliche Notwendigkeit, daß er in allen wichtigen kolonialpolitischen Fragen, auch in solchen, die keine direkte, unmittelbare Beziehung zur auswärtigen Politik haben, nicht nur mit dem Chef der Kolonialverwaltung, sondern auch mit dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts Fühlung hält. Daran wird auch durch die Stellvertretungsbefugnis des Chefs der Kolonialverwaltung nichts geändert; das Räderwerk bliebe kompliziert.

(Sehr richtig! rechts.)

Was aber, meine Herren, nach meiner Überzeugung in organisatorischen und verfassungsrechtlichen Fragen vor allem not tut, was die Voraussetzung ist für einen geordneten Gang der Reichsmaschine, das ist Einfachheit und Klarheit. Darum muß ich mich gegen einen Weg aussprechen, der auf den ersten Blick manches für sich haben mag, der sich bei näherem Zusehen aber als staatsrechtlich gekünstelt herausstellt, und der für den Reichskanzler wie für den Staatssekretär des Auswärtigen Amts und den Chef der Kolonialverwaltung die Geschäfte in hohem Grade erschweren würde. Dem Staatssekretär des Auswärtigen Amts wird, solange die Kolonialverwaltung in irgend einer Form im Verbande des Auswärtigen Amts bleibt, bei dem heutigen Umfang und der gegenwärtigen Bedeutung der auswärtigen wie der kolonialen Geschäfte eine Geschäftslast zugemutet, der auch ein arbeitskräftiger Mann mit guten Nerven nach meiner Überzeugung nicht mehr gewachsen ist.

(Sehr richtig! rechts.)

Mein langjähriger, treuer und ausgezeichneter Mitarbeiter, der uns leider zu früh entrissene Staatssekretär von Richthofen, dessen Arbeitsfreudigkeit und Geschäftskenntnis ja

auch in diesem Hohen Hause stets Anerkennung gefunden haben, ist unter der Bürde zusammengebrochen, welche die heutige Organisation auf seine Schultern gelegt hatte. Er hat wiederholt erklärt, daß er der doppelten Belastung nicht mehr gewachsen sei; er hat die kolonialen Geschäfte den Nagel zu seinem Sarge genannt. Herr von Richthofen war Kolonialdirektor gewesen, bevor er Unterstaatssekretär und Staatssekretär des Auswärtigen Amts wurde. Bei dem lebhaften Interesse, welches er für unsere Kolonien bewahrt hatte, ist ihm die Erklärung hart angekommen, daß er die bei der heutigen Ordnung ihm noch bleibende Arbeit und Verantwortlichkeit in kolonialen Dingen nicht länger tragen könne. Da mußte ich mir doch sagen, daß eine Geschäftslast in kolonialen Angelegenheiten, welcher der Herr von Richthofen nicht mehr gewachsen war, von einem neuen Manne neben den auswärtigen Geschäften nicht wohl getragen werden könne.

(Sehr richtig! rechts.)

Herr von Richthofen war wirklich der letzte, unter dem die heutige Organisation noch allenfalls funktionieren konnte. Sein plötzlicher Tod hat die Zwangslage für uns noch zugespitzt.

Es liegt mir fern, meine Herren, Fragen der Organisation nach persönlichen Gesichtspunkten entscheiden zu wollen. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, daß seinerzeit — die älteren Herren in diesem Hause werden sich ja daran noch erinnern — die Ausscheidung des Reichsjustizamts und der Verwaltung der Reichseisenbahnen aus dem früheren Reichskanzleramt hier damit begründet wurde, daß nach dem Rücktritt des Staatsministers Delbrück vom Reichskanzleramt und dem damit verbundenen Verlust an Arbeitskraft und Geschäftskenntnissen die geplante organisatorische Veränderung sich nicht länger hinausschieben lasse. Wir befinden uns heute hinsichtlich der Kolonialverwaltung genau in der gleichen Lage.

Wie sehr für die Kolonialverwaltung selbst die Ausgestaltung der Kolonialabteilung zu einer unabweisbaren Notwendigkeit geworden ist, das brauche ich nach den eingehenden Darlegungen, die hierüber in der Kommission gegeben worden sind, wohl nicht im einzelnen auszuführen. Es ist dargelegt worden, daß die Kolonialabteilung des Auswärtigen Amts an Beamtenzahl wie an Geschäftsumfang nur hinter wenigen anderen Ressorts zurücksteht, und daß sie verschiedene dieser Ressorts, in denen doch auch eine ganz respektable Arbeit geleistet wird, z. B.

das Reichsschatzamt und das Reichsjustizamt, in dieser Beziehung noch übertrifft.

Es ist also zweifellos, daß der Chef der Kolonialverwaltung im inneren Betriebe seiner Behörde dieselbe Entlastung braucht und auf dieselbe Entlastung Anspruch hat wie die Vorstände der anderen Reichsämter. Dem Chef der Kolonialverwaltung muß die Möglichkeit gegeben werden, daß er sich den Kopf frei hält für die großen Aufgaben der Kolonialpolitik. Diese Entlastung ist die Voraussetzung für die Führung einer rationellen Kolonialpolitik, sie ist auch die unverläßliche Voraussetzung für die allgemein als notwendig anerkannten Reformen auf dem ganzen Gebiete der Kolonialverwaltung.

Bei der ersten Lesung des Etats, im vergangenen Dezember, hat der Herr Abgeordnete Fritzen geäußert, er wünsche eine Reorganisation unserer Kolonialverwaltung von unten, ausgehend von der Lokalverwaltung der einzelnen Schutzgebiete. Ich habe damals, wie ich glaube, ungefähr erwidert: wir wollen das eine tun und das andere nicht lassen; wir wollen eine Reform in membris et in capite. Heute möchte ich hinzufügen: die Aussicht einer Reform an den Gliedern, die ich ebenso für notwendig halte wie der Herr Abgeordnete Fritzen, ist nach meiner festen Überzeugung aussichtslos, wenn nicht durch eine Reform am Haupt dafür gesorgt wird, daß die Zentralinstanz ihren Aufgaben genügen kann.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Meine Herren, von einer Erörterung der finanziellen Seite der Angelegenheit glaube ich mit dem Herrn Referenten absehen zu können. Die Mehrkosten des Reichskolonialamts sind in der Tat so geringfügig, daß sie bei der Entscheidung einer Frage von dieser Bedeutung überhaupt nicht mitsprechen können.

Auch das Bedenken, als ob durch die Trennung der Kolonialverwaltung vom Auswärtigen Amt in einzelnen Angelegenheiten eine Erschwerung des Geschäftsganges eintreten könnte, vermag ich als stichhaltig nicht anzuerkennen. Ich werde nach dem Vorbild von Einrichtungen, wie sie sich im Verkehr zwischen anderen in ihrem Geschäftskreis sich nahe berührenden Ressorts bewährt haben, alle Vorkehrungen treffen, die geeignet sind, einer solchen Erschwerung des Geschäftsganges vorzubeugen. Ich möchte auch der Ansicht entgegentreten, als ob durch die Lostrennung der Kolonialverwaltung vom Auswärtigen Amt die Einheitlichkeit unserer auswärtigen Politik irgendwie tangiert werden

könnte. Die Einheitlichkeit unserer auswärtigen Politik ist wie die Pflicht, so auch die Sorge des Reichskanzlers. Seien Sie versichert, daß weder ich noch irgendeiner meiner zukünftigen Nachfolger die Einheitlichkeit in der Leitung unserer auswärtigen Politik durch die Errichtung eines Kolonialamts auch nur im mindesten beeinträchtigen lassen werden.

(Bravo!)

Meine Herren, ich habe mich schon vor Jahr und Tag dagegen verwahrt, als ob ich den mehr formellen Fragen der Organisation eine übertriebene Bedeutung beimessen könnte. Ich habe gesagt, daß auch die beste Organisation nur wirksam ist nach dem Geist, von dem sie getragen und geleitet wird. Ich habe aber hinzugefügt, daß eine veraltete und unzulängliche Organisation großen Schaden anzurichten vermag. Eine solche veraltete und unzulängliche Organisation kann die besten Absichten lähmen. Sie kann alle Einsicht und Initiative in Fesseln schlagen; sie kann dahin führen, daß nützliche Kräfte fruchtlos verbraucht werden. Alle diejenigen, die mit unserer heutigen Kolonialorganisation zu arbeiten haben, sind übereinstimmend der Ansicht, daß dieselbe veraltet, unzulänglich und reformbedürftig ist. Wir alle hoffen, daß dieses Hohe Haus der nach gewissenhaftester Prüfung für die Förderung der Reichsgeschäfte wie im Interesse einer sachgemäßen Führung der auswärtigen und der Kolonialgeschäfte als unabweisbar und unaufschiebbar erkannten Reform seine Zustimmung nicht verweigern wird.

Und schließlich, meine Herren, möchte ich noch einen Punkt betonen. Es liegt mir fern, Entscheidungen dieses Hohen Hauses oder einzelner Fraktionen irgendwelche persönliche Motive unterzuschieben. Ebenso falsch wie die Behauptung, als ob wegen dieses Staatssekretariats eine Reichskanzlerkrisis ausgebrochen sei oder ausbrechen werde

(Heiterkeit),

ist nach meiner Überzeugung auch die Behauptung, daß hier aus persönlichen Gründen einer an sich berechtigten Forderung Widerstand geleistet würde. Demgegenüber erkläre ich ausdrücklich, daß ich an allen Stellen dieses Hohen Hauses nur sachliche Beweggründe voraussetze. Um so mehr hoffe ich, daß die zweifellose Begründung und das Schwergewicht dieser sachlichen Gründe Sie zu einem zustimmenden Votum führen möge, um welches ich wiederholt bitte.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

36. Algeciras.

Sitzung des Reichstages vom 5. April 1906.[1]

Auf der Tagesordnung stand Fortsetzung und Schluß der zweiten Beratung des Reichshaushaltsetats für das Rechnungsjahr 1906, Titel „Reichskanzler und Reichskanzlei". Der Reichskanzler ergriff gleich zu Beginn der Sitzung das Wort zu folgender Mitteilung über die Konferenz von Algeciras, die materiell ihre Beratungen am 31. März beendigt hatte.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, ich möchte die erste Gelegenheit ergreifen, die sich mir bietet, um mich nach dem materiellen Abschluß der Konferenz von Algeciras vor diesem Hohen Hause über unsere Marokkopolitik auszusprechen. Sie werden es aber verstehen, wenn ich heute meine Worte sehr sorgsam abwäge, nicht nur, weil der formelle Abschluß der Konferenz noch nicht erfolgt ist und in keinem anderen Parlament das Ergebnis der Konferenz und die Marokkofrage besprochen worden sind, sondern auch, weil ich die mühsam erreichte Verständigung nicht beeinträchtigen oder trüben will.

Will man unsere Marokkopolitik richtig verstehen, so muß man zu ihrem Ausgangspunkt zurückkehren; will man das Ergebnis richtig würdigen, den Anfang mit dem Ende vergleichen. Eine Zeit der Beunruhigung liegt hinter uns. Es gab Wochen, wo der Gedanke an kriegerische Verwicklungen sich der Gemüter bemächtigte. Wie kam das? Waren Lebensinteressen des deutschen Volkes bedroht, so daß die Leitung unserer auswärtigen Politik daran denken konnte, die Machtfrage aufzuwerfen? Sollten wir, wollten wir um Marokko Krieg führen? Nein, meine Herren, um Marokko nicht. Wir haben in Marokko keine direkten politischen Interessen, wir haben dort auch keine politischen Aspirationen. Wir haben weder wie Spanien eine Jahrhunderte alte maurische Vergangenheit, nicht wie Frankreich eine Hunderte von Kilometern lange Landesgrenze mit Marokko; wir haben keine durch mancherlei Opfer erworbenen historischen oder moralischen Anrechte, wie diese beiden europäischen Kulturländer. Aber wir haben wirtschaftliche Interessen in einem unabhängigen, bisher noch wenig erschlossenen, zukunftsreichen Lande. Wir waren Teilhaber an einer internationalen Konvention, die das Prinzip der Gleichberechtigung enthielt. Wir besaßen aus einem

[1] Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., II. Session 1905/06, 85. Sitzung.

Handelsvertrag die Rechte der meistbegünstigten Nation. Darüber nicht ohne unsere Zustimmung verfügen zu lassen, war die Frage des Ansehens der deutschen Politik, der Würde des Deutschen Reiches, in welcher wir nicht nachgeben durften.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.)

Daraus, meine Herren, folgt, was wir in Marokko erreichen wollten, was nicht. Wir wollten nicht in Marokko selbst festen Fuß fassen; denn darin hätte eher eine Schwächung als eine Stärkung unserer Stellung gelegen. Wir wollten auch älteren politischen oder historisch begründeten Ansprüchen Spaniens oder Frankreichs keinen schikanösen oder überhaupt keinen Widerstand entgegensetzen, solange die deutschen Rechte und Interessen geschont und geachtet wurden. Wir wollten uns auch nicht an England reiben, weil dieses in seinem Vertrage vom April 1904 eine Annäherung an Frankreich vollzogen hatte. Denn in diesem Vertrage verfügte England, was Marokko betrifft, nur über seine eigenen Interessen, und was Ägypten betrifft, so hat es in den uns angehenden Fragen nachträglich unsere Zustimmung herbeigeführt.

Was wir wollten, war, zu bekunden, daß das Deutsche Reich sich nicht als quantité négligeable behandeln läßt

(sehr gut! rechts, in der Mitte und bei den Nationallilleralen),

daß die Basis eines internationalen Vertrages nicht ohne Zustimmung der Signatarmächte verrückt werden darf

(sehr richtig!),

daß in einem so wichtigen, selbständigen, an zwei Welthandelsstraßen gelegenen Wirtschaftsgebiet die Tür für die Freiheit des fremden Wettbewerbs offen gehalten werden soll.

Das geeignetste Mittel, dieses Ziel auf friedlichem Wege zu erreichen, war die Einberufung einer neuen Konferenz. Ich habe in den Zeitungen hier und da gelesen, daß wir mit einem französisch-deutschen Separatabkommen mehr erreicht haben würden. Ich weiß nicht, meine Herren, ob ein solches überhaupt möglich gewesen wäre, und ob nicht bei einem solchen Versuch im Gegenteil die Gegensätze sich noch mehr verschärft haben würden. Jedenfalls würden wir damit von vornherein unsere feste, auf einem internationalen Vertrage beruhende Rechtsstellung geschwächt haben. Unser Vertrauen in die Stärke, die einen festen Rechtsboden verleiht, war so groß, daß wir auf die Konferenz drangen, obwohl jedermann wußte, daß drei Großmächte durch Sonder-

abmachungen an Frankreich gebunden und eine vierte ihr Alliierter ist, wir also unsere Forderungen auf der Konferenz gegen eine Mehrheit der Großmächte durchzusetzen hatten.

Das Vertrauen, von dem ich soeben sprach, hat uns nicht getäuscht. Gewiß, meine Herren, hat die Konferenz länger gedauert, als mancher erwartete. Die Sache war eben nicht leicht, und es gibt in der Diplomatie wie im bürgerlichen Leben manche weit weniger wichtige Angelegenheiten, über die noch viel länger verhandelt und gestritten wird.

(Zustimmung und Heiterkeit.)

Unseren Unterhändlern bin ich die Anerkennung schuldig, daß sie die deutschen Forderungen mit ebenso viel Festigkeit und Zähigkeit wie Umsicht vertreten haben.

(Lebhaftes Bravo.)

Die Einzelheiten der Konferenzbeschlüsse, meine Herren, sind durch die Presse veröffentlicht worden und Ihnen allen bekannt. Ich will sie in diesem Augenblick nicht näher erörtern und auch hinsichtlich der Beurteilung des Gesamtergebnisses nur das Nachstehende betonen.

Es wäre ein Mangel an Augenmaß gewesen, wenn wir die Konferenz hätten scheitern lassen wegen untergeordneter Fragen, wie die Zahl der für die Staatsbank zu stellenden Zensoren oder der schweizerischen oder holländischen Polizeistationen, Fragen, die für uns nicht Selbstzweck, sondern nur Mittel zum Zweck waren. Für solche sekundären Forderungen Kopf und Kragen daranzusetzen, wäre nicht praktische Politik gewesen. Auch ließ sich schwer bestreiten, daß kein Land vermöge seiner Erfahrungen geeigneter war, die Polizeiinstrukteure zu stellen, als die beiden Nachbarländer Spanien und Frankreich.

Hätten wir uns dieser Tatsache hartnäckig verschlossen, so würde der während der Konferenzverhandlungen von der französischen Presse gegen die deutsche Politik so laut erhobene Vorwurf der Intransigenz wirklich berechtigt gewesen sein. Worauf es ankam, war, den internationalen Charakter der Polizeiorganisation zu verbürgen. Frankreich hat sich mit der gleichen Versöhnlichkeit wie wir zu einer loyalen Lösung dieser schwierigsten Frage bereitfinden lassen. Wir sind nicht kleinlich, wir sind in manchen Einzelfragen nachgiebig gewesen; aber wir haben unerschütterlich festgehalten an dem großen Grundsatz der offenen Tür, der neben der Wahrung des deutschen Ansehens uns in der ganzen Marokkoaktion geleitet hat und leiten mußte.

Meine Herren, es war ein ziemlich schwieriger Berg, den wir zu ersteigen hatten. Manche Übergänge waren nicht ohne Gefahr. Eine Zeit der Mühe und Unruhe liegt hinter uns. Ich glaube, daß wir jetzt mit mehr Ruhe ins Weite blicken dürfen. Die Konferenz von Algeciras hat, wie ich glaube, ein für Deutschland und Frankreich gleich befriedigendes, für alle Kulturländer nützliches Ergebnis geliefert.

(Lebhafter Beifall.)

37. Internationale Lage.

Sitzung des Reichstages vom 14. November 1906.[1])

In der Reichstagssitzung vom 5. April war der Reichskanzler, der in den vorangegangenen Wochen an Influenza zu leiden gehabt hatte, ohne sich Schonung aufzuerlegen, während der an seine Rede anknüpfenden Diskussion von einer schweren Ohnmacht betroffen worden. Für den Rest der Session mußte er sich die Teilnahme an den parlamentarischen Geschäften versagen, was nicht ohne Wirkung auf wichtige Entscheidungen blieb. Ein längerer Aufenthalt auf Norderney und in Homburg v. d. H., wo dem Fürsten das Kaiserliche Schloß zur Verfügung gestellt worden war, stellte den Reichskanzler völlig wieder her. Als der Reichstag am 13. November seine Sitzungen wieder aufnahm, fand er den Fürsten Bülow in alter Kraft an seinem Platze.

In der Sitzung vom 14. November kam eine Interpellation des Abgeordneten Bassermann zur Verhandlung, die folgenden Wortlaut hatte:

„Ist der Herr Reichskanzler bereit, Auskunft zu geben über unsere Beziehungen zu den übrigen Mächten und sich über die Besorgnisse zu äußern, welche in vielen Kreisen unsers Volkes wegen der internationalen Lage bestehen?"

Der Reichskanzler beantwortete die vom Interpellanten mit längerer Rede begründete Anfrage folgendermaßen.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, bevor ich mich sachlichen Ausführungen zuwende, möchte ich auch von dieser Stelle meinem Dank Ausdruck geben, und nicht nur für die vielen freundlichen Beweise von persönlichem Wohlwollen und persönlicher Sympathie, die mir während meiner Erkrankung

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., II. Session 1905/06, 117. Sitzung.

von Mitgliedern dieses Hauses zuteil geworden sind: auch diesem Hohen Hause als solchem und Ihrem verehrten Herrn Präsidenten möchte ich danken von diesem meinem Platze aus, den ich mit Gottes Hilfe hier wieder einnehme. Ich tue das in dem Gefühl und tue es in der Überzeugung, die mich geleitet hat seit dem Tage meines Amtsantrittes, nämlich daß Bundesrat, Reichstag und Reichskanzler zusammengehören durch die Verfassung und auf dem Boden der Verfassung zum Wohle des Vaterlandes. Sie bilden das Obergeschoß des Reichsbaues, dessen Fundamente vor einem Menschenalter gelegt wurden, geheiligt durch das Blut der Tausende, die gebettet liegen von Düppel und Alsen bis zu den Tälern des Jura. In diesem Bau verkörpert sich der deutsche Einheitsgedanke: was den einen Teil trifft, das trifft auch die anderen.

In Beantwortung der an mich gerichteten Interpellation will ich jetzt auf unsere internationalen Beziehungen eingehen und auf die Stellung des Reiches in der Welt. Ich behalte mir dabei vor, auf manche Punkte, die der Herr Antragsteller bei der Begründung seiner Interpellation näher berührt hat, im weiteren Verlauf der Debatte zurückzukommen.

Was zunächst unser Verhältnis zu Frankreich angeht, so, glaube ich, müssen wir unterscheiden zwischen dem, was vielleicht an und für sich wünschenswert und dem, was nach Lage der Verhältnisse möglich ist. Der Gedanke eines engeren Anschlusses oder auch eines Bündnisses mit Frankreich, wie er hier und da in der Presse auftaucht, ist, wie die Stimmung in Frankreich noch ist, nicht realisierbar. Je weniger Illusionen wir uns in dieser Beziehung machen, um so besser. Die Gründe hierfür liegen in den Ereignissen der Vergangenheit, die von uns und unseren französischen Nachbarn verschiedenartig aufgefaßt werden; sie liegen auch in der Lebhaftigkeit des französischen Patriotismus, die man je nachdem übertriebene Eigenliebe oder nachahmungswerten Nationalstolz nennen kann. Ich persönlich neige der letzteren Auffassung zu. Ich habe vor vielen Jahren in Paris die Ehre gehabt, einem sehr hervorragenden, einem großen Franzosen näher zu treten und ihm ein dankbares Andenken bewahrt: denn er ist für mich, der ich damals ein junger Botschaftssekretär war, menschlich gut und freundschaftlich gewesen. Das war Léon Gambetta, und ich erinnere mich, wie er mir eines Abends in kurzen, markigen, lapidaren Zügen sein Vorgehen und seine Haltung nach Sedan, als Mitglied der Regierung der nationalen Verteidigung, schilderte, deren Seele er war. „Frankreich“, sagte er mir, „war in

die Knie gesunken, ich habe ihm gesagt: erhebe dich und vorwärts." La France était tombée à genoux, je lui ai dit: debout et marche! „Wer in solchen Augenblicken Frankreich regiert," fügte Gambetta gegen mich hinzu, „hat das Gefühl, ein Thermometer in der Hand zu halten; ein Druck der Hand läßt das Quecksilber steigen oder fallen. In solchen Momenten, in großen Momenten, kann man alles mit Frankreich machen!" „Dans ces moments, dans les grands moments, on peut tout faire de la France!" Als mir Gambetta das sagte, dachte ich junger Mensch mir innerlich: „Möchte, wenn je ein gleiches Schicksal über das deutsche Volk käme, wie damals über das französische Kaiserreich, die Nation Männer finden, die mit gleichem unbeugsamen Patriotismus weiter fechten bis zum bittersten Ende!"

Ich möchte hierbei bemerken, daß es gerade diese Lebhaftigkeit des französischen Patriotismus, der starke und hochgespannte nationale Ehrgeiz des französischen Volkes, also traditionelle und glänzende Eigenschaften unserer temperamentvollen Nachbarn sind, die uns nötigen, militärisch en vedette zu sein, um nicht nur das verlorene Gut an den Vogesen zu wahren, das mit Strömen deutschen Blutes wieder erworben wurde, sondern auch die endlich, so spät und so mühsam errungene Einheit der Nation, unsere endlich wiedererworbene Machtstellung und Weltstellung!

Ich vergesse niemals das Wort, das mir einmal ein geistvoller französischer Diplomat und Historiker, Rothan sagte: „La paix de Westphalie, qui a fait la France et défait l'Allemagne" — „der Westfälische Frieden, der Frankreich gemacht und Deutschland aufgelöst hat". Ich überlasse es unseren Historikern, ich überlasse es jedem denkenden Deutschen, hieraus die nötigen Schlüsse zu ziehen. Frankreich war ein in sich gefestigtes und geschlossenes Reich, als Deutschland und Italien noch geographische Begriffe waren, ein festes Stück Marmor zwischen zwei lose gefügten Mosaikplatten. Daß bei jedem oder fast bei jedem Zusammenstoß mit einem dieser beiden Nachbarn, sofern dieser nicht von dritter Seite Hilfe erhielt, Frankreich sich als stärker erwies, war eine Art von Naturnotwendigkeit. Die Leiter der französischen Politik von Richelieu bis zu Napoleon III. sind sich auch nicht im Zweifel gewesen über den Kausalzusammenhang, der zwischen diesem politischen Übergewicht Frankreichs — „la prépondérance légitime de la France", wie es die Franzosen nannten — und der politischen Zerrissenheit in den beiden Nachbarländern bestand. Daß er den deutschen und den italienischen Einigungsprozeß nicht aufzuhalten ver-

mochte, war der schwere Vorwurf, der gegen Napoleon III. erhoben wurde; daß er gerade diese Seite der Politik des zweiten Kaiserreichs bekämpfte, gereichte Thiers zum Ruhm. Wie die französische Politik Jahrhunderte hindurch bei inneren deutschen Zwistigkeiten die Hand im Spiele hatte, indem sie bei uns die zentrifugalen Strömungen und Elemente begünstigte, brauche ich nicht auszuführen. Diese lange Periode französischer Mitarbeit in Deutschland kam 1870 zum Abschluß. Damals erlangte Deutschland nicht nur die ihm in den Zeiten seiner Uneinigkeit und deshalb Ohnmacht entrissenen Grenzlande wieder, sondern es erlangte gleichzeitig die innere Einheit und die Einigkeit nach außen. Diese letztere Errungenschaft wird noch wirksamer, als der Besitz von Metz und Straßburg, verhindern, daß je wieder deutsche Grenzgebiete zum Tummelplatz fremder Kriegslust werden.

Auch Italien, Frankreichs anderer Nachbar, ist kein Mosaikbild mehr. Als einheitlicher Nationalstaat, und durch den Dreibund gestärkt, kann es sich heute Frankreich nähern, ohne Besorgnis, von seinem mächtigen Nachbar abhängig zu werden. Es ist begreiflich, daß es dem stolzen französischen Patriotismus schwer fällt, sich in diese Tatsachen der Gegenwart zu finden und namentlich in das Erstarken eines deutschen Volksbewußtseins, das volle Gleichberechtigung mit anderen Völkern verlangt. Daran hat auch der Marokkozwischenfall nichts geändert, wenn sich hierbei auch erfreulicherweise von neuem gezeigt hat, daß beide Völker in Frieden miteinander auszukommen wünschen.

Ich höre manchmal, es gebe Franzosen, die ein näheres Verhältnis mit uns wünschen. Unter vier Augen hat auch mir dieser oder jener Franzose gesagt, er würde intimere Beziehungen zu uns wünschen: öffentlich ist aber noch keiner, kein Deputierter, kein Minister, kein Senator vor seinem Volke dafür eingetreten, ich meine, unter Voraussetzungen, die für uns annehmbar wären.

(Zuruf von den Sozialdemokraten.)

— Jaurès? Eine Schwalbe macht noch keinen Sommer, selbst wenn sie eine rote Schwalbe ist.

(Heiterkeit.)

Was aber zwischen uns und Frankreich sehr gut möglich ist, das sind ruhige, normale und korrekte Beziehungen. Ich hoffe — und ich glaube, ich kann sagen, wir hoffen alle ohne Unterschied der Partei von links bis rechts —, daß die Zahl der einsichtigen

Franzosen, die einen Angriffskrieg gegen Deutschland grundsätzlich verwerfen, zunehmen, und die Zahl derjenigen Franzosen, die einen solchen Krieg nur deshalb scheuen, weil er vielleicht im letzten Ende für Frankreich ungünstig verlaufen würde, abnehmen wird. Wir hoffen alle, daß bei beiden Völkern die Einsicht fortschreiten wird, daß keiner von beiden ein Interesse daran hat, das ganze gewaltige Risiko und das ganze furchtbare Elend eines Krieges auf sich zu nehmen, und daß den gegenseitigen Frieden nicht zu stören im Interesse beider Völker liegt.

(Bravo!)

Und was weiter möglich erscheint, ist, daß beide Völker sich auf wirtschaftlichem Gebiet, dem weiten Gebiet industrieller und kommerzieller Unternehmungen begegnen und zusammen arbeiten, vielleicht auch hier und da einmal über eine koloniale Frage sich verständigen. Dabei bemerke ich ausdrücklich, daß wir nicht daran denken, uns zwischen Frankreich und Rußland oder Frankreich und England eindrängen zu wollen. Insbesondere denken wir nicht daran, die Störung der französisch-englischen Freundschaft zum Gegenstande unserer offenen oder versteckten Bemühungen zu machen. Die französisch-russische Allianz ist bis jetzt seit ihrem Bestehen keine Gefahr für den Frieden gewesen; sie hat sich im Gegenteil als ein Gewicht bewährt, das auch zum regelmäßigen Gang der Weltuhr beitrug. Wir hoffen, daß man von der englisch-französischen entente cordiale dasselbe wird sagen können. Gute Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland haben der französisch-russischen Allianz keinen Eintrag getan. Gute Beziehungen zwischen Deutschland und England können an und für sich ebensowenig im Widerspruch stehen mit der entente cordiale. wenn diese friedliche Zwecke verfolgt.

(Zurufe.)

Die entente cordiale ohne gute Beziehungen der Weltmächte zu Deutschland wäre eine Gefahr für den europäischen Frieden. Eine Politik, die darauf ausginge, Deutschland einzukreisen, einen Kreis von Mächten um Deutschland zu bilden, um es zu isolieren und lahmzulegen, wäre eine für den europäischen Frieden bedenkliche Politik.

(Sehr wahr!)

Eine solche Ringbildung ist nicht möglich ohne Ausübung eines gewissen Druckes. Druck erzeugt Gegendruck, aus

Druck und Gegendruck können schließlich Explosionen hervorgehen.

(Sehr richtig! und Heiterkeit.)

Deshalb ist es besonders erfreulich, daß gerade französische Blätter den Gedanken ausgesprochen haben, ein gutes Verhältnis zwischen Deutschland und England sei notwendig für die Erhaltung des europäischen Friedens und entspreche deshalb auch den französischen Interessen.

Zwischen Deutschland und England steht kein unnützes Erinnern, zwischen Deutschland und England bestehen auch keine tieferen politischen Gegensätze. Es hat Verstimmungen zwischen beiden Völkern gegeben, unpraktische und unverständige Verstimmungen, an denen, wie gewöhnlich im Leben, beide Teile ungefähr gleichviel Schuld hatten, aber keine feindseligen Taten. In geistiger Beziehung, in Kunst und Wissenschaft, stehen beide Völker sich nahe. Shakespeare und Darwin gehören uns, wie Goethe und Kant auch den Engländern gehören. Mit Recht hat man von einer geistigen Verwandtschaft zwischen beiden Völkern gesprochen. Auf wirtschaftlichem Gebiete sind wir aufeinander angewiesen; der internationale Verkehr besteht nun einmal im Geben und Nehmen. Gewiß ist zwischen Deutschland und England auf wirtschaftlichem Gebiet auch Konkurrenz und Rivalität vorhanden. Solche Rivalität und Konkurrenz braucht aber keine politischen Gegensätze, geschweige denn einen Krieg hervorzurufen. Wir haben solche Rivalität mit Österreich-Ungarn und Italien, ohne daß unsere Beziehungen zwischen diesen Mächten dadurch ernstlich geschädigt würden. England hat sie mit Amerika und Japan, ohne daß die Beziehungen zwischen diesen Ländern darunter litten. Deutschland und England sind sich gegenseitig gute Kunden, sogar so gute Kunden, daß jedes von beiden ein Interesse daran hat, sich den andern als Kunden zu erhalten. Schon deshalb sollten die verständigen Leute in beiden Ländern tun, was in ihren Kräften steht, um Mißverständnisse zu beseitigen und das gegenseitige Verständnis zu fördern.

In diesem Zusammenhange möchte auch ich meine Befriedigung aussprechen über die freundliche Aufnahme, welche die Bürgermeister und Stadtverordneten deutscher Gemeinden in England gefunden haben

(bravo! links),

und über die Worte, die bei dieser Gelegenheit in London gefallen sind.

(Erneutes Bravo links.)

Ich glaube, daß ein solches Sichnähertreten von Volk zu Volk, von Mensch zu Mensch nützlich und notwendig ist.

(Sehr richtig! links.)

Ich glaube, daß der geehrte Herr Abgeordnete Bassermann hierüber sich etwas zu skeptisch ausgelassen hat

(sehr richtig! links);

ich halte ein solches Anknüpfen persönlicher Beziehungen für nützlich und notwendig.

(Erneute Zustimmung links.)

Auch von dem Besuche unserer Journalisten in England — der geehrte Herr Antragsteller möge mir erlauben, ihm das zu sagen — erwarte ich nützliche Folgen. Ich hoffe, daß die Publizisten beider Länder sich nicht nur als Menschen, sondern auch als Gentlemen kennen gelernt haben, und daß sie bei aller Überzeugungstreue und bei allem Patriotismus in ihrer Polemik doch künftig Gehässigkeiten und mala fides vermeiden werden. Ich hoffe, sie werden sich vor Augen halten, daß, wenn man niemanden zur Liebe zwingen kann, doch jedes der beiden Völker vollen Anspruch auf die Achtung des anderen hat.

(Sehr richtig! links.)

Und wenn gerade auf publizistischem Gebiet in der Vergangenheit hüben und drüben gesündigt worden ist, so möge von jetzt an die deutsche und die englische Presse zeigen, daß sie der Lanze des Achilleus gleicht, welche die Wunden zu heilen vermochte, die sie geschlagen hatte. Es gibt ja keinen vernünftigen Menschen in Deutschland, der nicht aufrichtig ruhige Beziehungen zu England wünscht auf der Basis beiderseitiger Loyalität. In einem Artikel, den in einem deutsch-englischen Blatt ein deutscher Publizist veröffentlicht hat, der vor einigen Jahren in der vordersten Reihe unserer Burenfreunde stand, habe ich die zutreffende Bemerkung gefunden, es sei nicht Haß gegen England gewesen, was seinerzeit bei uns die lebhafte Begeisterung für das Burenvolk entfacht habe, denn von einem solchen Haß sei auch damals nicht die Rede gewesen; die deutsche Burenbegeisterung jener Tage sei zurückzuführen auf germanischen Idealismus und deutsche Romantik. Das ist vollkommen richtig, das sage ich, der ich damals diese Romantik und diesen Idealismus, diese tiefgewurzelte Neigung unseres Volkes, politische Angelegenheiten als Gemüts- und Herzensfragen zu behandeln, bekämpft habe und bekämpfen mußte. Zu meinem Bedauern lese ich

immer wieder, namentlich in der sozialistischen Presse, daß unsere Verteidigungsmaßnahmen zur See die Schuld trügen an der gegen uns in England bestehenden Verstimmung. Ich habe auch dargelegt, daß der Gedanke, als ob der Ausbau der deutschen Flotte sich gegen England richte, einfach töricht ist — ich finde keinen anderen Ausdruck, um den Gedanken zu kennzeichnen —, als ob wir uns England gegenüber mit offensiven Absichten trügen, und daß auch die Besorgnis mancher englischen Kreise vor einer gar nicht vorhandenen großen deutschen Flotte einfach unfaßbar ist. Hat doch gerade bei dem Bankett zu Ehren unserer städtischen Vertretungen, oder wenigstens zu jener Zeit, ein englischer Minister hervorgehoben, England besitze zurzeit die schlagfertigste und streitbarste Flotte, welche es je gehabt habe, und es sei auch gewillt, diese Flotte auf ihrer jetzigen Höhe zu halten. Und noch vor wenigen Wochen versicherte der erste Lord der englischen Admiralität öffentlich, England sei zur See nie so stark gewesen wie gegenwärtig, wo es jeder möglichen Kombination gewachsen sei, die andere Mächte gegen England aufbringen könnten.

Also ich frage: wozu der Lärm? Wir denken gar nicht daran, eine Flotte zu bauen, die so stark wie die englische wäre.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

Aber wir haben das Recht und die Pflicht, uns eine Flotte zu halten, die dem Umfange unserer Handelsinteressen entspricht

(sehr wahr! sehr richtig! rechts)

und der Notwendigkeit, unsere überseeischen Interessen zu schützen und unsere Küsten zu verteidigen.

(Sehr wahr! rechts.)

Meine Herren, warum sollen wir nicht das Recht haben, ebensogut Schiffe zu bauen und uns eine Flotte zu halten wie die Italiener oder die Russen oder die Japaner oder die Amerikaner oder die Franzosen oder die Engländer selbst.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, gerade vor einem Jahre an die Argumente erinnert, mit denen der damalige italienische Ministerpräsident Herr Fortis und der Präsident der Vereinigten Staaten Mr. Roosevelt damals für die Verstärkung der Flotten ihrer

Länder eintraten, und hinzugefügt, wir befänden uns genau in derselben Lage. Das deutsche Volk und der Deutsche Kaiser haben keine kriegerischen Gelüste. Friedensstörungen und Angriffe werden nicht von uns ausgehen. Das Deutsche Reich ist seit seiner Wiedererrichtung in ununterbrochenem Frieden mit allen anderen Ländern geblieben. Das Gleiche läßt sich nur von wenigen anderen Staaten sagen. Durch diese unsere Haltung während nun 35 Jahren ist der unwiderlegliche Beweis erbracht worden, daß Deutschland eine eminent friedliche Politik verfolgt. Auch in Zukunft werden Friedensstörung und Angriff nicht von uns ausgehen. Wir erkennen auch ohne Hintergedanken die Stellung an, die sich England seit langem und in weitem Umfange in der Welt gemacht hat. Daß das keine Redensart ist, beweist unsere Haltung in der ägyptischen Frage, die der Herr Abgeordnete Bassermann soeben gestreift hat. Fürst Bismarck pflegte zu sagen: wir sind in Serbien österreichisch, in Bulgarien russisch, in Ägypten englisch. Auch seit den Tagen des Fürsten Bismarck haben wir immer die günstigen Wirkungen der englischen Mitverwaltung des Nillandes anerkannt und England in Ägypten keine Steine in den Weg gelegt, selbst dann nicht, als wir ein formales Recht dazu gehabt hätten. Damit meine ich den Erlaß der Khedivialverordnung von 1904, der wir ohne weiteres unsere Zustimmung erteilt haben. Nichtsdestoweniger sind uns in englischen und französischen Blättern anläßlich des Akabafalles allerlei dunkle Machenschaften angedichtet worden. Man war aber auf der Hohen Pforte ebenso wie in London genau darüber unterrichtet, daß schon unsere Interessen an einer ruhigen Entwicklung des türkischen Reiches uns eine friedliche Beilegung dieses Streitfalles wünschen ließen.

Von dem Verhältnis zwischen Deutschland und England gilt, was Fürst Bismarck einmal — wenn ich mich nicht täusche, im Jahre 1867 — über die Annäherung zwischen Norddeutschland und Süddeutschland sagte, nämlich daß die Früchte nicht rascher reifen, wenn man eine Lampe unter sie hält. Wenn die Beziehungen zwischen Deutschland und England freundschaftlichere und vertrauensvolle werden sollen, so ist vor allem Zeit und Geduld notwendig; denn eine lange Periode der Mißverständnisse liegt hinter uns. Die Nadel des politischen Barometers ist glücklich von Regen und Wind auf Veränderlich gegangen.

(Heiterkeit.)

Forcieren läßt sie sich nicht. Wenn sie auf schön Wetter zeigen soll, müssen von beiden Seiten neue Reizungen und Trübungen vermieden

werden. Vor allem müssen die Lebensinteressen der großen Völker hoch über persönlichen Reibungen und Empfindungen stehen.

(Sehr gut!)

Das, meine Herren, gilt natürlich für beide Länder, und es gilt für jede Rangstufe.

(Sehr wahr! rechts und links.)

Man hat angeblichen Verstimmungen zwischen den beiden Souveränen, die an der Spitze des deutschen und des englischen Volkes stehen, zu große Bedeutung beigelegt. Weder König Eduard noch Kaiser Wilhelm werden persönlichen Empfindlichkeiten Einfluß auf sachliche Erwägungen, auf die Wahrnehmung der politischen Interessen ihrer Länder gestatten. König Eduard ist bei uns mit der Achtung und der Ehrerbietung aufgenommen worden, die ihm nicht nur als Oberhaupt des englischen Volkes gebühren, sondern auch nach seinen staatsmännischen Eigenschaften; die Begegnung von Kronberg hat denn auch die guten persönlichen Beziehungen zwischen beiden Monarchen bekräftigt

(Zuruf links)

und die Hoffnung befestigt, daß sich das Wort bewahrheiten werde, das der König 1904 gesprochen hat, nämlich daß die Flaggen beider Länder niemals feindlich gegeneinander wehen sollten.

Der Herr Abgeordnete Bassermann hat gemeint, daß die Haltung Italiens auf der Konferenz von Algeciras unseren Erwartungen nicht entsprochen, daß sie uns Grund zur Unzufriedenheit gegeben hätte. Die damalige Haltung mancher italienischer Blätter entsprach allerdings nicht dem zwischen Deutschland und Italien bestehenden Bündnisverhältnis. Von der Haltung der italienischen Regierung und namentlich der Herren Sonnino, San Giuliano, Visconti-Venosta und Guicciardini kann ich das nicht sagen. Italien befand sich auf der Konferenz von Algeciras in einer schwierigen Lage. Zwischen Italien und Frankreich bestanden hinsichtlich Marokkos gewisse Verabredungen, von denen wir wissen, daß sie nicht im Widerspruch mit dem Dreibundvertrage standen. Wir haben den Italienern sogar in früheren Jahren vor meiner Zeit gelegentlich gesagt, daß wir es ihnen überlassen müßten, wie sie sich im Mittelmeer und speziell in Afrika mit ihren dortigen Nachbarn auseinandersetzen wollten.

Als nun die Art und Weise, wie unsere vertragsmäßigen Rechte in Marokko ignoriert wurden, uns zum Vorgehen zwang und sich daraus schließlich die Konferenz von Algeciras entwickelte, kam Italien in eine

diffizile Situation. In dieser Lage hat die damalige italienische Regierung korrekt gehandelt, nicht nur indem sie uns rechtzeitig hinsichtlich der Grenzen der ihr in Algeciras möglichen Unterstützung informierte, sondern auch indem sie innerhalb dieser Grenzen die von uns vertretenen Grundsätze und angestrebten Ziele nach Möglichkeit förderte. Als Beweis hierfür möchte ich ein Telegramm verlesen, das ich gerade in einem kritischen Augenblicke der Konferenz von unserem ersten Delegierten Herrn von Radowitz erhielt.

Marquis Visconti-Venosta

— telegraphierte er mir am 11. März —

> hat sich in letzter Zeit besonders bemüht, außerhalb der Konferenzsitzungen in Bank- und Polizeifrage im Sinne unseres Verlangens auf die Franzosen einzuwirken, was sicher von Nutzen gewesen ist und weiter sein kann. Es ist mehr darin von ihm Vorteil zu ziehen als von seinem direkten Eingreifen in die Konferenzverhandlungen, das er möglichst vermeidet.

Bei diesem Anlaß will ich übrigens sagen, daß alles, *was erzählt wird über Umtriebe deutscher Agenten in Tripolis oder über eine von deutscher Seite in das Hinterland von Tripolis vorbereitete Expedition Erfindungen* sind, die lediglich bezwecken, Italien gegen uns mißtrauisch zu machen. Um auch in Wien gegen uns Stimmung zu machen, wurden diese Erfindungen hier und da mit dem Zusatz verbrämt, wir wollten eine direkte Verbindung von Kamerun über Tripolis nach Triest herstellen

(Heiterkeit),

das bei diesem Anlaß von Deutschland annektiert werden solle. So schlug man nämlich zwei Fliegen mit einer Klappe: die Lüge von Tripolis war auf Italien berechnet, sollte Italien gegen uns mißtrauisch machen; der Unsinn mit Triest war auf die Österreicher gemünzt. Von einer solchen Expedition in Tripolis ist niemals die Rede gewesen. Wir haben weder eine Veranlassung noch irgend ein Interesse daran, uns im Hinterlande von Tripolis oder auch von Tunis politisch zu betätigen.

Was dieser oder jener unverantwortliche italienische Politiker gegen den Dreibund sagt, das möchte ich nicht überschätzen. *In unverantwortlicher Stellung sagt auch anderswo mancher manches*

(lebhafte Zurufe: sehr richtig! links und bei den Sozialdemokraten),

was er als Minister nicht gleich in Taten umsetzt.

Während der vielen Jahre, der 6 Jahre — gestatten Sie mir eine kleine persönliche Reminiszenz —, wo ich die Ehre hatte, das Reich als Gesandter in Rumänien zu vertreten, in Rumänien, einem Lande und einem Volke, die mir lebhafte Anhänglichkeit und aufrichtige Sympathie eingeflößt haben, unter der weisen und erleuchteten Leitung des Königs Karol, eines der tüchtigsten und pflichttreuesten Fürsten, die mir vorgekommen sind — also ich sage, während meiner langjährigen Tätigkeit in Bukarest pflog ich freundschaftlichen Verkehr mit einem hervorragenden Mitglied der dortigen Kammer, der mir für die Zeit, wo er erst Minister sein würde, allerlei schöne Versprechungen machte. Als er nun endlich Minister wurde und gar keine Anstalten machte, seine Zusagen einzulösen

(Zurufe bei den Sozialdemokraten),

da erinnerte ich ihn schließlich, natürlich in zartfühlender Weise — Sie kennen ja meine Art

(große Heiterkeit) —,

an seine Versprechungen, und da antwortete mir der treffliche Mann mit dem Brustton wahrer Überzeugung: Sie glauben gar nicht, mein werter Herr — sagte er zu mir —, wie man seine Ansichten ändert, sobald man Minister wird.

(Große Heiterkeit, Zurufe bei den Sozialdemokraten.)

Auf französisch klang das noch hübscher: „Vous ne sauriez croire, mon cher monsieur, à quel point le gouvernement change les idées d'un homme." Sie glauben gar nicht, mein lieber Herr, wie das Regieren die Ansichten eines Menschen von Grund aus umkrempelt.

(Erneute Heiterkeit.)

Das machte mir damals einen gewissen Eindruck. Ich war selbst noch nicht Minister gewesen.

(Heiterkeit.)

Das habe ich mir gemerkt, das kommt auch anderswo vor.

(Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.)

Was die italienischen Politiker angeht, so braucht die große Mehrzahl ihre Ansichten gar nicht zu ändern; denn alle ernsthaften italienischen Politiker, mögen sie Minister sein oder werden können, sind zu einsichtig, sind zu patriotisch, als daß sie Lust haben sollten, das italienische Staatsschiff aus dem ruhigen Hafen

des Dreibunds mit seinem sicheren Ankergrund hinauszuführen in die stürmische See neuer Gruppierungen, zu abenteuerlicher und kompaßloser Fahrt. Die italienischen Politiker in allen Lagern wünschen die Erhaltung des Friedens. Solange Italien fest und loyal zum Dreibund steht, trägt es schon dadurch zur Aufrechterhaltung des Friedens bei für sich und für die anderen. Wenn Italien sich vom Dreibund loslöste oder eine schwankende und zweideutige Politik machte, so würde das die Chancen einer großen und allgemeinen Konflagration erhöhen.

Der Dreibund hat bis jetzt noch nicht die Möglichkeit gehabt, sich praktisch zu erproben. Diese Gelegenheit ist ihm aber hauptsächlich deshalb erspart geblieben, weil er eben bestand

(sehr wahr! in der Mitte),

weil das Bündnis der mitteleuropäischen Reiche vorhanden war. Das hat wesentlich dazu beigetragen, Gefahren für die Sicherheit und Unabhängigkeit der verbündeten Reiche und damit eine Hauptgefahr für den europäischen Frieden fernzuhalten. Wenn es gelungen ist, diese Gefahr ohne blutige Zusammenstöße und ohne beständige, für Handel und Wandel verderbliche Kriegsdrohungen und Kriegsbefürchtungen fern zu halten, so beweist das den Wert des Bündnisses, das noch heute vor manchen anderen denkbaren Kombinationen gewichtige Vorzüge besitzt.

Der Dreibund hat unter anderem auch den Nutzen, daß er Konflikte zwischen den Verbündeten ausschließt. Wenn Italien und Österreich-Ungarn nicht Verbündete wären, so könnten die Beziehungen zwischen beiden gespannte werden. So bedeutet der Dreibund, an dem die drei Verbündeten gleichmäßig interessiert sind, wir nicht weniger, aber auch keineswegs mehr als die anderen

(sehr wahr! rechts),

nicht nur eine politische Entlastung Europas, sondern auch eine Hauptquelle der gegenwärtigen allgemeinen wirtschaftlichen Prosperität, die so eng mit der Aufrechterhaltung des Friedens verknüpft ist. Und so können wir ohne Überhebung und ohne Übertreibung sagen, daß die Fortdauer des Dreibundes auch dem europäischen Interesse entspricht, weil dem Interesse des Friedens.

Meine Herren, es ist auch mir ein Bedürfnis, auszusprechen, wie verläßlich die Unterstützung war, die uns Österreich-Ungarn in Algeciras gewährt hat, und ich brauche nicht hinzuzufügen, daß wir

eintretendenfalls Österreich-Ungarn dieselbe Treue halten werden, getragen von der Zustimmung dieses Hohen Hauses und der ganzen Nation.

(Bravo!)

Es ist mir unverständlich, wie man namentlich anläßlich des Besuches unseres Kaisers in Wien hat annehmen können, wir wollten uns in die inneren Verhältnisse der Habsburgischen Monarchie einmischen. Wir mischen uns nicht in fremde Verhältnisse ein und erteilen keinen Rat, wenn er nicht erbeten wird.

(Heiterkeit.)

So was zu tun, ist taktlos, wie jede Aufdringlichkeit.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Insbesondere bedarf der Monarch keines Rates, der nun schon seit so vielen Jahren und Jahrzehnten nicht ohne ernste Schicksalsschläge und schwere Prüfungen, aber immer pflichttreu, immer gerecht die Völker und Länder am Donaustrom regiert.

(Bravo!)

Auch in den Konflikt zwischen Cisleithanien und Transleithanien haben wir uns nie eingemischt. Das wäre eine Torheit gewesen, ungefähr ebenso töricht, als wenn man sich in einen Streit zwischen Eheleuten einmischt, was bekanntlich das sicherste Mittel ist, es mit beiden zu verderben.

(Heiterkeit.)

Das würde in Widerspruch gestanden haben mit den dauernden Traditionen der deutschen Politik, von denen ich niemals abgewichen bin. Ich kann aber nicht mit dem Ausdruck meines Erstaunens darüber zurückhalten, daß, wie der Herr Abgeordnete Bassermann soeben hervorgehoben hat, eine politisch so geschulte und politisch so intelligente Nation wie die ungarische uns so etwas hat zutrauen können. Wie war das möglich, meine Herren, nach alledem, was man in Budapest weiß über Charakter, Tendenzen und Ausgangspunkte des Dreibundes, den ein Ungar, Graf Gyula Andrassy, abgeschlossen hat, nach dem Besuch unseres Kaisers in Pest im September 1897, wobei ich zugegen war, nach alledem, was ich selbst spontan und motu proprio in der Abwehr über unser Verhältnis zu Ungarn und zu dem Ungartum ausgeführt habe; denn eine Einmischung in die Differenz zwischen Cisleithanien und Transleithanien zugunsten von Transleithanien — das kann man unmöglich von uns erwartet haben. Diesem Konflikt gegenüber war für uns nur Reserve

möglich, und die haben wir beobachtet. Wir werden sie weiter einhalten; denn gute Beziehungen zu Österreich-Ungarn entsprechen heute gerade so sehr dem deutschen Interesse wie in den Tagen des Fürsten Bismarck. Die Aufrechterhaltung der vollen Unabhängigkeit, der ganzen Machtstellung der österreichischen Monarchie ist für Deutschland ebenso nützlich und ebenso notwendig, wie es die Aufrechterhaltung der deutschen Machtstellung für Österreich-Ungarn ist, für Österreich und für Ungarn, auch für Ungarn, auch für die Magyaren und das Magyarentum. Ich bin überzeugt, daß, wenn Deak und Andrassy noch lebten, beide mir recht geben würden. Was wir wünschen, ist das Blühen und Gedeihen der österreichisch-ungarischen Monarchie und die Entwicklung ihrer beiden Teile je nach Bedürfnis und Charakter.

Bevor ich auf unsere Beziehungen zu Rußland eingehe, muß ich meinem Bedauern darüber Ausdruck geben, daß immer wieder versucht wird, uns die Absicht unterzuschieben, uns in die inneren russischen Verhältnisse einzumischen. Davon ist keine Rede. Wir intervenieren auch in Russisch-Polen nicht. Sollte der Brand über unsere Grenzen greifen, so werden wir ihn bei uns zu löschen verstehen; daran wird uns niemand hindern. Aber an fremder Löscharbeit beteiligen wir uns nicht. Die Behauptung, als ob Deutschland an einem Abkommen beteiligt wäre, durch welches die bei der Entwicklung in Rußland angeblich zu erwartende Entstehung eines autonomen Polens verhindert werden soll, ist total falsch. Ein solches Abkommen zwischen uns einerseits und Rußland andererseits oder zwischen uns und Österreich-Ungarn einerseits und Rußland andererseits existiert nicht. Alle Angaben über irgend welche deutschen Einmischungen im eigentlichen Rußland oder in Russisch-Polen oder auch in den baltischen Provinzen auf Grund von Abmachungen mit fremden Regierungen oder mit fremden Höfen, von Minister zu Minister oder von Monarch zu Monarch sind ohne Ausnahme unwahre und tendenziöse Erfindungen. Wir empfinden gar nicht das Bedürfnis, irgendwo den Gendarm zu spielen; das ist ein undankbares Geschäft

(Heiterkeit),

wie das Rußland selbst 1849 in Ungarn erfahren hat. Das ist unter Umständen ein gefährliches und folgenschweres Unternehmen, wie das Österreich und Preußen 1792 mit ihrer Intervention in Frankreich erlebt haben

(sehr richtig! bei den Sozialdemokraten)

— es freut mich, Herr Ledebour, daß Sie mir einmal „sehr richtig!“

rufen; hoffentlich bleibt es nicht bei diesem vielversprechenden Anfang

(Heiterkeit) —

ich sage also: wie es Österreich und Preußen 1792 bei ihrer Intervention in Frankreich erlebt haben, das hat nur die französische Revolution elektrisiert und in ihrer Folge das erste französische Kaiserreich mit seinen Eroberungszügen herbeigeführt. Wir wünschen, daß es der russischen Regierung und dem russischen Volke gelingen möge, einen Ausweg aus ihren gegenwärtigen inneren Schwierigkeiten zu finden. Wir wünschen, daß Rußland in gemeinsamer Arbeit von Regierung und Volk als Großmacht und als einheitliches Reich erhalten bleibt; denn ein innerlich gesundes und kräftiges Rußland ist wertvoll als Faktor der Erhaltung des Gleichgewichts in Europa und in der Welt. Aber dabei mischen wir uns in keiner Weise in die inneren Verhältnisse Rußlands ein. Dadurch unterscheidet sich ja gerade — das kann ich Ihnen nicht verschweigen, Herr Ledebour — unsere Politik von der von manchen anderen Seiten empfohlenen Politik, daß wir bei inneren Konflikten, Streitigkeiten und Wirren benachbarter und befreundeter Länder nicht fanatisch Partei ergreifen

(sehr richtig! rechts),

sondern unsere Politik nur zuschneiden im Hinblick auf die allgemeine Weltlage, auf die Sicherheit des eigenen Landes. Solche doktrinäre Parteinahme erscheint uns landesverderblich.

(Sehr richtig! rechts.)

So einfach und leicht ist unsere Stellung in Europa denn doch nicht, daß wir uns den Luxus gestatten könnten, uns unpolitischen Gefühlswallungen hinzugeben. Die Art und Weise — das muß ich noch hinzufügen —, wie die Sozialdemokratie in allen diesen Fragen Partei ergreift, ist vom nationalen Standpunkte aus gerade so unrichtig und gerade so falsch, wie es beispielsweise am Ausgange des 18. Jahrhunderts das Verhalten der französischen Emigranten war oder später die Politik der heiligen Allianz und ihrer Anhänger vom Wiener Kongreß bis zum Krimkrieg oder, wenn ich an unsere preußische Geschichte denke, das Treiben des Eidechsenbundes bei den Kämpfen zwischen Polen und dem Ordensstaate Preußen. Dieselben Ursachen, dieselben Leidenschaften und dieselben Schwächen, dieselbe Unfähigkeit, die eigene Parteidoktrin, das eigene Parteiinteresse dem Wohle des Ganzen unterzuordnen, rufen eben bei den Menschen immer wieder dieselben Erscheinungen hervor, ob es sich nun um einen Marquis des ancien

régime. einen Strauchritter des Mittelalters oder um einen orthodoxen Marxisten wie Herrn Ledebour handelt.

(Heiterkeit.)

Ich freue mich, meinerseits feststellen zu können, daß unsere Beziehungen zu Rußland gute und freundliche sind. Ich muß weit zurückgehen in meinen diplomatischen Erinnerungen, um eine Periode zu finden, wo die Beziehungen zwischen Deutschland und Rußland so normale, so ruhige und so korrekte waren wie heute, und dabei betone ich gegenüber dem Herrn Abgeordneten Bassermann ausdrücklich, daß die wiederholten Begegnungen zwischen unserm Kaiser und dem Kaiser von Rußland wesentlich dazu beigetragen haben, jenes gegenseitige Vertrauen aufrecht zu erhalten, das eine der besten Bürgschaften des europäischen Friedens ist, und das hoffentlich immer zwischen diesen beiden Ländern aufrecht erhalten bleiben wird zum Wohle beider Völker und zum Besten des europäischen Friedens. Bei den Begegnungen der beiden Monarchen ist von inneren russischen Verhältnissen nicht die Rede gewesen und namentlich nicht im Sinne reaktionärer deutscher Ratschläge. Die Begegnungen haben sehr dazu beigetragen, die im Verhältnis zu Deutschland früher vorhandenen Schatten von Mißtrauen und Verstimmung abzustreifen; die beiden Kaiser haben heute einer von dem andern die volle Überzeugung friedlicher, freundlicher und loyaler Absichten.

Rußland braucht gegenwärtig alle seine guten Kräfte zur Regelung seiner inneren Verhältnisse. Nach dem Krimkriege schrieb Fürst Gortschakoff in einer berühmten Depesche: La Russie ne boude pas. elle se recueille — Rußland schmollt nicht, es sammelt sich. Auch gegenwärtig hält die russische Regierung es offenbar für nützlich, sich auf dem auswärtigen Gebiete nicht auf weitschauende Unternehmungen einzulassen. Zwischen Rußland und England schweben seit einiger Zeit Unterhandlungen, welche den Erfolg versprechen, daß über gewisse zentralasiatische Gebiete, wo alte russisch-englische Rivalitäten bestehen, namentlich über Tibet, Persien und Afghanistan, eine Verständigung erzielt wird. Wir haben in Tibet und in Afghanistan gar keine, in Persien nur wirtschaftliche Interessen. Wir haben gar kein Interesse daran, diese Verhandlungen zu stören oder das mutmaßliche Ergebnis derselben mit scheelen Augen anzusehen. Sollten im Laufe der Verhandlungen deutsche Rechte und wohlerworbene Interessen in Frage kommen, so liegen von beiden Seiten

loyale Erklärungen vor, daß man diese Rechte und diese Interessen achten wird.

Leider, meine Herren, kann ich nicht hoffen, mit dieser meiner ruhigen Auffassung über ein russisch-englisches Abkommen allgemeine Zustimmung zu finden. In einem mir vorgelegten Artikel las ich erst vor kurzem, wie falsch es sei, die Beseitigung der Reibungsflächen in Zentralasien nicht mit der größten Zufriedenheit zu verfolgen, da Deutschland ein Interesse daran habe, daß Rußland und England nicht wie Hund und Katze gegenüberstünden, und in demselben Artikel, in welchem der Reichskanzler aufgefordert wurde, diese Verständigung mit allen Kräften zu vereiteln, wurde fast in demselben Atemzug der deutschen Politik der Vorwurf gemacht, eine Macht gegen die andere auszuspielen und dadurch alle Mächte gegen uns mißtrauisch zu machen. Auf der einen Seite also sollen wir gegen die Verständigung zweier Mächte in Zentralasien intrigieren, auf der anderen Seite wird uns der Vorwurf gemacht, dem Auslande durch unruhige Geschäftigkeit Anlaß zur Verdächtigung der deutschen Politik zu geben. Meine Herren, wenn wir nach diesem Rezept verführen und uns ohne genügenden deutschen Interessenanteil in fremde Angelegenheiten einmischen wollten, so würden wir allerdings das Übelwollen verdienen, was aus anderen Ursachen vielfach in der Welt gegen uns besteht; das gehört aber in das Kapitel von der Verkennung der Grenzen einer verständigen Weltpolitik und der urteilslosen Kritik, auf das ich nachher noch zurückkommen werde.

Meine Herren, unsere Beziehungen zu Japan sind von dem Herrn Abgeordneten Bassermann nicht berührt worden; ich möchte aber trotzdem betonen, daß ich diese Beziehungen zu Japan auch weiter sorgsam pflegen werde. Japan hat sich durch die hervorragenden Leistungen seiner brillanten Armee und seiner tapferen Flotte seinen Platz unter den Großmächten erobert. Damit ist es nur dem Beispiel anderer großen Völker gefolgt und namentlich unserem preußischen Beispiel. Auf dem Schwert beruht in letzter Linie die Großmachtstellung eines Volkes. Mit Eroberungsabsichten und Vergrößerungsplänen haben wir uns in Ostasien niemals getragen. Ich habe schon am 11. Juli 1900 als Staatssekretär des Auswärtigen in meinem damaligen Zirkular an die deutschen Bundesregierungen gesagt, daß wir keine Aufteilung des chinesischen Reiches wünschten und in Ostasien keine Sondervorteile anstrebten. Daß wir in Ostasien nicht auf Eroberungen ausgingen, haben wir in dem deutsch-englischen Notenaustausch vom Oktober 1900 aus-

gesprochen vor dem englisch-japanischen Bündnis. Wir hatten und haben in Ostasien nur wirtschaftliche Ziele, deren Erreichung im wesentlichen abhängig ist von der Aufrechterhaltung des Friedens, der Integrität von China und des Prinzips der offenen Tür. Diese Ziele, die zu verfolgen wir gerade so berechtigt sind wie alle übrigen in Ostasien interessierten Völker, werden wir auch weiter im Auge behalten. Ich freue mich, sagen zu können, daß die Haltung der chinesischen Regierung uns gegenwärtig keinen Anlaß zu Klagen gibt, daß unser Handel seine Stellung neben dem Handel der anderen dort interessierten Völker behauptet, und daß wir an eine weitere ruhige Entwicklung des chinesischen Reiches glauben zum Besten von China selbst, zum Besten des internationalen Handels und friedlicher Beziehungen zwischen allen handeltreibenden Völkern.

Was unser Verhältnis zu Amerika angeht, so bin ich gewiß, daß die große Mehrheit dieses Hohen Hauses mir recht geben wird, wenn ich sage, daß Deutschland und Amerika zu den Völkern gehören, die aus natürlichen wie aus historischen Gründen auf ein gutes gegenseitiges Verhältnis hingewiesen werden. Die Grenzen beider Länder berühren sich nicht, ihre politischen Interessen stoßen nirgends feindlich aufeinander. Um die wirtschaftlichen Interessen auszugleichen, ist natürlich beiderseitiges Entgegenkommen und gegenseitige Nachgiebigkeit erforderlich. Wo diese beiden Voraussetzungen eintreffen, erscheint ein solcher Ausgleich nicht unmöglich. Ich möchte bei dieser Gelegenheit sagen — denn man muß es niemals vergessen, man soll es niemals vergessen —: wenn in einem kritischen Augenblick einer für einen gut war, das soll man weder im politischen noch im privaten Leben vergessen. Das „étonner le monde par son ingratitude“ des Fürsten Schwarzenberg war ein politischer Fehler. Also ich sage: wir haben Grund, Amerika dankbar zu sein für seine Haltung auf der Konferenz von Algeciras. Amerika hat sich, dem geringen Maße seiner Interessen entsprechend, dort mehr zurückgehalten, es hat eine durchaus unparteiische Haltung beobachtet; aber sein ausgezeichneter und von allen Teilen gleich hochgeachteter Vertreter, Mr. White, hat keine Gelegenheit vorübergehen lassen, um zu einem Ausgleich der Gegensätze beizutragen und einen für alle Beteiligten ehrenvollen Ausgleich herbeizuführen. Das war ein großer Dienst, den Amerika dem Weltfrieden geleistet hat; denn ein Scheitern der Konferenz von Algeciras hätte nicht nur in die Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich, sondern auch in die allgemeine Weltlage und allgemeine Weltpolitik ein irritie-

rendes und beunruhigendes Element getragen. Das war der zweite Dienst, der zweite große Dienst, den Amerika dem Weltfrieden geleistet hat; der erste Dienst war die Wiederherstellung des Friedens zwischen Japan und Rußland.

Meine Herren, bei diesem Anlaß möchte ich mir eine sehr kurze Bemerkung pro domo mea gestatten. Ich höre und lese so oft, ich sei durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges überrascht worden. Wenn sich einmal die Archive unserer Zeit öffnen werden — selbst werde ich keine Denkwürdigkeiten hinterlassen

(Heiterkeit und Bravo!) —

also ich sage: wenn sich einmal die Archive unserer Zeit öffnen werden, werden diese Behauptungen, ich sei durch den Ausbruch des russisch-japanischen Krieges überrascht worden, bei den Historikern große Heiterkeit erwecken. Ich wußte ganz genau, wie die Dinge lagen. Ich habe, soweit dies in unserer Macht stand und für den Unbeteiligten zulässig war, in Japan zum Frieden geraten. Ich habe der russischen Regierung keinen Zweifel darüber gelassen, daß die japanische Regierung unter gewissen Voraussetzungen, wenn ihr nicht bestimmte Zusagen gemacht und Bürgschaften geboten würden, zum Kriege entschlossen und daß das japanische Volk für diesen Krieg hervorragend vorbereitet und gerüstet sei. Weiter konnte ich als Unparteiischer nicht gehen, und das, was ich auf vertraulichstem Wege erfahren hatte, jedem aufzubinden, jedem Herrn von der Börse, jedem Herrn von der Presse — meine Herren, ich tue der Presse gern einmal einen Gefallen

(Heiterkeit) —,

das ging wirklich nicht!

Da ich nun einmal auf einen mir persönlich gemachten Vorwurf eingegangen bin, so möchte ich zu meiner Verteidigung noch etwas anderes sagen. Es heißt oft, ich sei dem Auslande gegenüber zu liebenswürdig. Von der anderen Seite heißt es freilich im Auslande und sogar im Inlande, daß ich durch meine Politik das Ausland provoziere. Das ist wieder einmal ein Terrain, meine Herren, wo ich die mittlere Linie halte, welche die verständige zu sein pflegt. Wenn man mir übertriebene Liebenswürdigkeit dem Auslande gegenüber vorwirft, so scheint man anzunehmen, daß ich die Urbanität, deren ich mich als Mensch und im persönlichen Verkehr allerdings gern befleißige, meiner politischen Tätigkeit als einzige Richtschnur unterlege. Das ist ein Irrtum. Man scheint sich ferner nicht gegenwärtig zu halten, daß

gerade auf dem Gebiet der auswärtigen Politik Höflichkeit und Festigkeit sich gar nicht ausschließen; es kommt nur darauf an, die eine wie die andere Eigenschaft im rechten Augenblick zur Anwendung zu bringen. Als ein ausgezeichneter russischer Diplomat, Fürst Orloff, nach dem für Rußland unglücklich, aber ehrenvoll verlaufenen Krimkriege nach Paris geschickt wurde, um die Unterhandlungen einzuleiten, die später zum Pariser Kongreß führten, apostrophierte er den Kaiser Napoleon III. mit den Worten: die Hauptkunst eines Diplomaten, Sire, — sagte er zu ihm — besteht darin, daß er im richtigen Moment zu schmeicheln und im richtigen Moment einen Fußtritt zu geben versteht.

(Heiterkeit.)

Unser seliger Kaiser Nikolaus — fuhr er fort — war ein großer Monarch; aber als er den Krimkrieg anfing, hatte er diesen weisen Grundsatz einen Augenblick aus den Augen verloren, deshalb bin ich hier. Es kommt also darauf an, die eine wie die andere Eigenschaft im rechten Augenblick zur Anwendung zu bringen. Ungefüge Anrempelungen des Auslandes, knotige Manieren, ein konsequent sich überhebender und anmaßender Ton wirken schon in der Presse schädlich, viel schädlicher, als sich manche Leute einbilden; die würden unberechenbare Konsequenzen haben, wenn ich in meiner verantwortlichen Stellung mich dazu hinreißen ließe.

Wenn man auf den Fürsten Bismarck hingewiesen hat, so wird ein eingehendes Studium der Reden wie der Handlungen dieses unvergleichlichen Staatsmannes jeden davon überzeugen, daß *dessen Größe nicht in Sporenklirren, Kürassierstiefeln und nicht im Rasseln mit dem Pallasch bestand, sondern im rechten Augenmaß für Menschen und Dinge.*

(Sehr richtig! rechts.)

Das Dogmatisieren des Fürsten Bismarck ist übrigens — das möchte ich doch einmal offen aussprechen — bei uns nicht nur zu einer Manie, sondern beinahe zu einer Kalamität geworden. *Wir laborieren an dem mißverstandenen Fürsten Bismarck.*

(Sehr wahr! in der Mitte.)

Da zeigt sich so recht unsere deutsche Neigung, alles zu einem System zu machen. Um die Mitte des vorigen Jahrhunderts, namentlich in der Konfliktszeit, war der Gelehrte, der Professor das Ideal des politisierenden Deutschen; der schwebte uns seit der Frankfurter Pauls-

kirche als Lichtbild vor. Das Burschikose im Fürsten Bismarck, das Junkerliche und Militärische in seinem Wesen erregte zunächst Entrüstung — wir Deutsche entrüsten uns ja gern und leicht. Man muß das in aufrichtig geschriebenen Memoiren jener Zeit nachlesen, wenn man es nicht, wie manche von uns, selbst erlebt hat. Nach den ungeheuren Erfolgen des Fürsten Bismarck ist der Professor etwas in Mißkredit gekommen, dagegen denkt mancher Deutsche, ein leitender Staatsmann müsse nur recht forsch und burschikos auftreten, immer und ausschließlich Kürassierstiefeln anhaben, immer und unausgesetzt kalte Wasserstrahlen versenden.

(Heiterkeit.)

Mit anderen Worten: jetzt wird Fürst Bismarck zum System erhoben, dabei aber vergessen, daß jede Zeit andere Mittel erfordert. Alle, die mich persönlich kennen, wissen, daß ich meine unbegrenzte Verehrung und Bewunderung für den großen Kanzler niemals und niemandem gegenüber je verleugnet

(bravo! rechts),

daß ich ihm auch nach seinem Sturze die Treue bewahrt habe.

(Bravo! rechts.)

Aber gerade deshalb will ich es offen aussprechen: auch der größte Mann bleibt ein Sohn seiner Zeit, und die nach ihm kommenden Geschlechter können sich nicht darauf beschränken, seine Urteile, seine Auffassung oder nun gar seine Allüren blind nachzuahmen und nachzumachen, sondern sie müssen mit der Entwicklung der Dinge gehen, die nie stille steht, die auch das größte Genie nicht vorhersehen, geschweige denn vorzeichnen kann.

(Sehr richtig!)

Friedrich der Große war der erste Staatsmann seiner Zeit; wenn aber Fürst Bismarck darauf sich beschränkt hätte, friderizianische, d. h. spezifisch preußische Politik zu treiben, so würde er die Einheit Deutschlands nicht begründet haben. Das trat ja am deutlichsten hervor bei der bekannten Differenz zwischen dem Fürsten Bismarck und unserem alten Kaiser wegen der zu stellenden Friedensbedingungen in Nikolsburg 1866. Nicht, daß es von den Bahnen Friedrichs des Großen abwich, hat meines Erachtens Preußen vor 100 Jahren nach Jena und Tilsit geführt, sondern daß es in falschem Sinne zu ängstlich und zu engherzig an diesen Bahnen kleben blieb.

(Sehr richtig!)

Wenn die Entwicklung der Dinge es verlangt, daß wir über Bismarcksche Ziele hinausgehen, so müssen wir es tun, selbst wenn Fürst Bismarck seinerzeit unter scheinbar ähnlichen Verhältnissen anders geurteilt hat. Darum richte ich an alle, die es angeht, die Mahnung, es nicht zu machen wie Lots Weib, die, weil sie nur nach rückwärts sah, zur Salzsäule wurde.

(Große Heiterkeit.)

Die Nachfolge eines großen Mannes besteht nicht in der sklavischen Nachahmung, sondern in der Fortbildung, selbst wenn sie auch hier und da zu einem Gegensatze führt. Und als praktische Politiker, als Männer, welche die Aufgaben des Tages zu lösen haben, müssen wir uns mit der Tatsache abfinden, daß wir keinen Fürsten Bismarck mehr haben.

(Sehr richtig!)

Der Name des Fürsten Bismarck, die Erinnerung an das, was Fürst Bismarck uns war, wird für alle Zeiten als Feuersäule herziehen vor dem deutschen Volke, wie ich das vor dem Denkmale des Fürsten Bismarck gesagt habe, das da draußen steht.[2])

(Bravo!)

Sein Name bleibt ein dauernder Besitz, eine Mahnung, ein Vorbild, ein Wahrzeichen, ein Stolz für unser Volk, eine Gewähr der Zukunft, ein Trost in sorgenvollen oder matten Tagen. Aber die Nation muß die Kraft in sich finden, auch ohne einen solchen Titanen auszukommen, wie ihn die Götter nur sehr selten, alle hundert Jahre einmal, einem Volke schenken; denn wenn der einzelne und auch der größte Genius sterblich ist, so ist die Nation unsterblich. Ihr Dasein hat mit dem Tode des großen Kanzlers nicht geendet. Und als Patrioten müssen wir, jeder an seinem Teile, darauf hinwirken, daß das Werk des großen Kanzlers erhalten bleibt. Das gilt für mich und alle, die auf nationalem Boden stehen.

(Bravo!)

Meine Herren, es ist ja namentlich der Alldeutsche Verband, der mir die Kürassierstiefel und den Pallasch des Fürsten Bismarck vorrückt. Ich weiß wohl, daß die Bestrebungen des Alldeutschen Verbandes das Gute haben, daß sie das Nationalgefühl wach erhalten und dem Hang des deutschen Philisters zu verschwommenem Kosmopolitismus oder zu engherziger Kirchturmpolitik entgegenarbeiten. Ich

---

[2]) Vgl. Bd. I, S. 225.

bedauere für meine Person, daß der Vorsitzende des Alldeutschen Verbandes nicht wieder in dieses Hohe Haus gekommen ist.

(Große Heiterkeit.)

Ich weiß auch sehr wohl, meine Herren, daß außer dem eben von mir genannten Herrn noch andere warmherzige Patrioten diesem Verbande angehören; aber für die auswärtige Politik kommt es doch noch mehr auf die Klarheit des Kopfes, als auf die Wärme und Güte des Herzens an

(sehr richtig!),

und das Herz des Patrioten soll sich nicht nur zeigen in unterschiedslosem Räsonnieren auf alle Fremden, auf Engländer und Russen, auf Nordamerikaner und Brasilianer, auf Ungarn und Italiener, und noch weniger in kühnen Zukunftsträumen, die nur die Aufgaben der Gegenwart erschweren und überall Mißtrauen gegen uns hervorrufen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Das aber, meine Herren, gebe ich vollkommen zu, daß einseitige Avancen, unerbetene Attentionen ein untaugliches Mittel sind, um ungerechtfertigte Angriffe abzuwehren und die Weltstellung der Nation zu wahren. Bei unruhigem Empressement kommt selten etwas Gutes heraus; korrekt, aber nicht überschwänglich

(sehr richtig!),

höflich, aber sich nicht klein machen oder gar sich wegwerfen.

(Erneute Zustimmung.)

Wer sich grün macht, den fressen die Ziegen.

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, bevor ich nun auf unsere angebliche Isolierung komme, möchte ich auf eine Erscheinung eingehen, die der Herr Antragsteller berührt hat, und auf die auch von anderer Seite hingewiesen worden ist, und die ja infolge dieses letzten Hinweises neuerdings viel erörtert worden ist. Objektiv, wie ich bin, verstehe ich, daß die Sozialdemokratie mit der Feder und dem Mund bestrebt ist, Reichsverdrossenheit zu züchten. Das liegt in ihrem Programm, das liegt in ihrem System. Was aber weniger verständlich ist, das ist der Eifer, mit dem Nichtsozialdemokraten hinter allem her sind, um unsere Zustände schwarz in schwarz zu malen.

(Lachen bei den Sozialdemokraten.)

Wenn ich solchem übertriebenen Pessimismus entgegentrete, so will ich damit selbstverständlich nicht fauler Ruhe oder eitler Selbstgefälligkeit oder blindem Optimismus das Wort reden, und ebensowenig soll das Recht der öffentlichen Kritik bestritten werden, die zu allen Zeiten nützlich und notwendig ist, und die wir in unserer Zeit — das sage ich Ihnen ganz offen — weniger als je entbehren können.

(Sehr richtig! links.)

Die Klagen dürfen aber nicht in einer Weise erhoben werden, die sie gegenüber der wirklichen Sachlage im Lichte phantastischer Übertreibung erscheinen läßt

(sehr richtig! rechts),

schon weil solche Übertreibung sich selbst straft, indem sie auch gegen berechtigte Kritik abstumpft. Die Kritik muß fruchtbar wirken können. Wir sollen auch nicht Kleinigkeiten und Nebensächlichkeiten aufbauschen, nicht das Kind mit dem Bade ausschütten, nicht so übertreiben, wie das alte deutsche Art oder vielmehr Unart ist, nicht über Strohhalme stolpern. Wie übertrieben manche Klagen sind, geht ja schon daraus hervor — mit Recht hat das der Abgeordnete Bassermann eben hervorgehoben —, daß, während es in Deutschland vielfach heißt, wir kämen immer mehr herunter, wir würden gar nicht mehr respektiert und gefürchtet, im Auslande ebenso fälschlich behauptet wird, daß unsere Machtentfaltung und unser tatsächliches Vorwärtskommen eine Gefahr für andere bilde. Es wäre nicht zu verwundern, meine Herren, wenn gegenüber solcher Hyperkritik den führenden Persönlichkeiten bei uns schließlich zu Mut würde wie dem Bauer in der bekannten Fabel, der mit seinem Sohne und seinem Esel zu Markte zog.

(Heiterkeit.)

Sie kennen die Fabel! Erst ritt er selbst auf dem Esel. Da hieß es: „Ist das ein fauler Kerl! Er selbst reitet und seinen Jungen läßt er nebenherlaufen!“ Dann setzte er den Jungen auf den Esel. Da hieß es: „Der dumme Kerl setzt sich der Sonne und dem Staub aus und seinen Bengel läßt er reiten!“ Dann setzten sich beide auf den Esel. Da beklagt man das arme Tier und will Vater und Sohn beim Tierschutzverein anzeigen

(Heiterkeit),

bis endlich, von so viel Kritik verwirrt, der Bauer das Dümmste tut, was er überhaupt tun kann, nämlich den Esel auf die Schulter nimmt und selbst trägt.

(Heiterkeit.)

Welcher Nutzen, meine Herren, für unsere auswärtige Politik und für unsere Interessen im Ausland ist beispielsweise davon zu erwarten, wenn ein freisinniges Berliner Blatt in einem mir vorgelegten Artikel schreibt:

> Wo es sich um den Schutz der Deutschen im Auslande handelt, würde man heute wahrscheinlich erst fragen: was ist der Mann? welcher Konfession gehört er an? welcher Partei zählt er sich zu?
>
> (sehr richtig! links)
>
> und wenn die Auskunft verdächtig erscheint, dann läßt man ihn eben in der Patsche sitzen.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Meine Herren, das ist eine leichtfertige Unterstellung!

(Widerspruch links.)

Natürlich fehlt auch in dem Artikel wieder nicht jener schematische Hinweis auf Bismarck. Wo sind die Tatsachen, die dieses unseren ganzen auswärtigen Dienst herabsetzende Urteil rechtfertigen sollten?

(Bravo! rechts.)

Ich weiß sehr wohl, daß man hier und da geklagt hat über mangelnden Schutz im Auslande. Bei näherer Untersuchung, an welcher ich es niemals habe fehlen lassen, hat sich in der Regel ergeben, daß entweder die Tatsachen falsch wiedergegeben waren, oder daß es sich um frühere Deutsche handelt, die ihre Staatsangehörigkeit längst aufgegeben hatten.

(Hört! hört! rechts.)

Der Schutz des Reiches wird heute allen Deutschen ohne Unterschied des Standes, der Konfession oder der Partei zuteil; auch deutschen Sozialdemokraten ist selbst in zweifelhaften Fällen nach Recht und Gesetz beigestanden worden.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

In solchen summarischen, wegwerfenden Urteilen vermag ich keine Förderung unserer nationalen Interessen zu erblicken

(sehr richtig! rechts),

sondern nur eine das Interesse schädigende blinde Kritiksucht. Wer sich im Auslande umgesehen hat, der weiß, daß wir draußen im allgemeinen über ein pflichttreues, seinen nationalen Aufgaben bewußtes Beamtenpersonal verfügen. Ich erwarte, daß sich unsere Beamten auch durch kränkende und ungerechte Angriffe, die sie über sich ergehen lassen

müssen, nicht in der Freudigkeit ihrer Diensterfüllung beirren lassen. Wo finden Sie aber anderswo eine so exzessive Kritik wie bei uns? Glauben Sie nicht, meine Herren, daß auch anderswo hier und da mit Wasser gekocht wird, daß es auch anderswo Fehler und Mißstände und Unebenheiten gibt?

(Sehr richtig! rechts.)

Sie werden aber nicht in solcher Vergrößerung vorgeführt, sie werden nicht so unermüdlich breit getreten wie bei uns.

(Sehr richtig!)

Ich denke oft an das Wort von Treitschke, der Deutsche möge für die inländischen Verhältnisse und Zustände und Einrichtungen nur einen kleinen Teil des wohlwollenden Verständnisses zeigen, das er ausländischen Vorgängen und Institutionen so gern entgegenbringt.

(Sehr richtig! rechts.)

Glaubt denn irgend jemand im Ernste, daß es im Auslande so viel besser ausschaute als bei uns? In einem großen englischen Blatt las ich kürzlich: dem unkritisch und selbstgefällig angelegten englischen Volke wäre der deutsche Pessimismus einfach unverständlich, nach englischer Auffassung hätte niemand weniger Veranlassung zum Pessimismus als die Deutschen, und deshalb figuriere in der englischen Presse der Deutsche auch immer gleichzeitig als nachahmungswürdiges Beispiel und als gefährlicher Konkurrent. Und jedenfalls, haben nicht auch andere Völker, und gerade in unserer Zeit, Schwierigkeiten zu überwinden gehabt, die härter waren als die uns bisher vom Schicksal auferlegten Proben? Ist England nicht mit dem südafrikanischen Kriege fertig geworden, Frankreich mit ernsten inneren Aufgaben und Krisen, Italien und Amerika mit ernsten kolonialen Problemen? Hofft Rußland nicht, sich durch ein dichtes Gestrüpp von Schwierigkeiten seinen Weg zu bahnen? Wir haben gar keinen Anlaß, wehleidiger zu sein als andere.

Ich wiederhole: ich halte eine positive und sachliche, von wirklicher Sorge und Liebe zum Vaterlande getragene Kritik für sehr angebracht, und gerade in unseren Tagen. Persönlich bin ich für Kritik wirklich nicht empfindlich. Und das soll auch nicht sein, wer im öffentlichen Leben steht. Ich kann mir sogar ein Dasein ohne Kritik nicht recht vorstellen.

(Heiterkeit.)

Ich weiß wirklich nicht, ob ich das aushalten würde.

(Heiterkeit.)

Ich glaube, es würde mir gehen wie dem Müller, der nicht mehr schlafen konnte, als die Mühle aufhörte zu klappern.

(Heiterkeit.)

Die Kritik hat das Gute, daß sie zur Selbstprüfung zwingt und der Selbstgefälligkeit ein Ende macht, die ein Fehler ist und eine Klippe für ein Volk, wie für den einzelnen, für jeden von uns. Aber ohne ausreichende Kenntnis der verwickelten internationalen Beziehungen und der wirklichen Weltlage, ohne ausreichenden Überblick über das komplizierte europäische Schachbrett, wie das vielfach geschieht, mit nervöser, tendenziöser, hysterischer Kritik einzugreifen in die Speichen des Rades der auswärtigen Politik, das lähmt die Aktion des Landes nach außen und schädigt den Kredit des Landes. Der Kredit, den ein Land im Auslande besitzt, muß geschont werden: ihn ohne Not zu erschüttern, schädigt nicht nur unser Ansehen, sondern tut auch unserm Volk unrecht.

Deutschland, meine Herren, braucht sich vor der Isolierung gar nicht so sehr zu fürchten. Wären wir wirklich isoliert — wir sind es nicht; aber nehmen wir den Fall an —, so brauchten wir auch noch nicht zu flennen wie ein einsames Kind im Walde,

(Sehr richtig! rechts.)

Ein Volk von 60 Millionen mit einem Heer wie das deutsche ist niemals isoliert, solange es sich selbst treu bleibt, solange es sich nicht selbst aufgibt.

(Sehr wahr! sehr richtig! rechts.)

Wir haben es gar nicht nötig, irgend jemand nachzulaufen

(bravo! und sehr richtig! rechts),

den anderen gegenüber entgegenkommender zu sein als diese uns gegenüber.

(Sehr richtig! rechts.)

Das wäre nicht würdig, das wäre nicht einmal klug.

(Sehr richtig! rechts.)

Solange wir unser Schwert scharf halten, sind wir auch in der Lage, uns unseren Freunden nützlich und unseren Feinden unangenehm zu machen. Der Dreibund besteht, und unsere Beziehungen zu anderen Mächten werden auch weiter der Gegenstand unserer ruhigen und besonnenen Aufmerksamkeit bleiben.

Ich warne auch in dieser Beziehung vor Nervosität. Wir sind in Deutschland allzu nervös geworden, rechts und links, unten wie oben.

(Zuruf links.)

— Das sage ich ja: oben wie unten!

(Heiterkeit.)

Es ist gut, meine Herren, alle Wetterzeichen der auswärtigen Politik zu beobachten und namentlich jedes Wetterleuchten; aber vor jedem Stirnrunzeln des Auslandes zu erbeben, ist nicht die Art großer Völker, und wir wollen und sollen ein großes Volk sein.

(Bravo! rechts, in der Mitte und bei den Nationalliberalen.)

Ein Volk darf nicht klein von sich denken. Es ist unsere Pflicht, durch eine friedliche und gerechte auswärtige Politik uns Vertrauen und Sympathien zu erwecken. Aber allen Haß und jeden Neid zu entwaffnen, ist weder dem einzelnen noch einem Volke möglich. Neid ist süßer als Mitleid.

Wir haben uns mehr als einmal in Situationen befunden, wo die Gefahr einer allgemeinen Gruppierung gegen uns näher lag als heute. In seiner unsterblichen Rede vom 6. Februar 1888 hat Fürst Bismarck dargelegt, daß während der ersten Hälfte des vorigen Jahrhunderts das Bestehen von Koalitionen und eine daraus resultierende Kriegsgefahr in Europa der beinahe normale Zustand war, und daß es von seiten unserer auch damals viel geschmähten Diplomatie eines nicht geringen Grades von Umsicht und Geschicklichkeit bedurfte, um zu verhindern, daß Preußen im Widerspruch mit seinen Interessen und gegen die Absicht seiner Leiter in fremde Streitigkeiten verwickelt wurde. Er hat dargelegt, wie oft nicht nur in den Tagen des Großen Kurfürsten und des Großen Königs, sondern auch in jener verhältnismäßig stillen Zeit der Heiligen Allianz und des Frankfurter Bundestages, wo, um mit Heine zu reden, Deutschland sanft schnarchte in der Hut von 36 Monarchen, die Gefahr einer Isolierung für uns bestand. Und ich brauche die Herren nicht daran zu erinnern, daß auch in jener großen und unvergeßlichen, von dem Herrn Abgeordneten Bassermann mit Recht gerühmten Zeit, wo ein durch ein langes Leben und frühzeitige schwere Erfahrungen, die ihn für das ganze Leben Maßhalten als höchste Weisheit gelehrt hatten, durch strenge Selbstzucht gereifter Monarch an der Spitze stand, wo einer der größten Staatsmänner aller Zeiten unsere Politik lenkte, die Gefahr von Koalitionen gegen Deutschland vorhanden war. Tiefe Verstimmungen haben damals zwischen uns und Rußland, zwischen uns und England stattgefunden Als ich im Sommer 1884 als Geschäftsträger von Paris nach Petersburg geschickt wurde und mich

auf der Durchreise in Varzin meldete, sprach Fürst Bismarck mit Besorgnis von den Beziehungen zu Rußland

(hört! hört! links),

die seit dem Berliner Kongreß oder richtiger gesagt: seit der Krieginsicht-episode des Jahres 1875 nicht mehr die alten waren. Er erwog, ob die Unbequemlichkeit einer Option Deutschlands zwischen Österreich und Rußland für uns größer sei oder die Gefahr einer Wiederkehr der Konstellation von 1757, d. h. eines gemeinsamen russisch-österreichischen Vorgehens gegen uns. Von 1878 bis 1889 haben sich unsere Beziehungen zu Rußland trotz aller entgegenarbeitenden Bemühungen des Fürsten Bismarck, der gerade auf dem Gebiete der deutsch-russischen Beziehungen alle Hilfsquellen seines fruchtbaren und erfindungsreichen politischen Genius entwickelte, und trotz seines oft sehr weitgehenden Entgegenkommens gegenüber Rußland — ich war damals an unserer Botschaft in Petersburg, ich weiß es genau — beständig verschärft und verschlechtert. Auch England gegenüber fehlte es in den letzten 20 Jahren nicht an Verstimmungen, die stellenweise einen sehr gereizten Charakter annahmen. Daß ein vom Fürsten Bismarck im Jahre 1880 unternommener Versuch, eine Annäherung an England herbeizuführen, mißglückte, und nicht durch seine Schuld mißglückte, hat eine englische Publikation der letzten Wochen auch weiteren Kreisen enthüllt. Und was Frankreich angeht, so lag die Gefahr eines Zusammenstoßes mit Frankreich 1887 doch noch näher als in den letzten Jahren. Ich brauche nur an die Verstimmungen und Spannungen nach dem Berliner Kongreß, an den Schnäbelefall, an den Karolinenstreit, an die Samoadifferenz, an die Pariser Demonstrationen gegen König Alfons von Spanien im Jahre 1883 — ich war damals in Paris, die Situation war recht gespannt — zu erinnern, um klar zu machen, daß es auch damals nicht an Ereignissen fehlte, die geeignet waren, die öffentliche Meinung zu erregen und ernstliche Besorgnisse wachzurufen.

Meine Herren, ich gehe noch weiter, unsere Situation würde heute eine gesichertere und leichtere sein, als sie in den 80er Jahren war, wenn wir nicht inzwischen die *überseeische Politik* inauguriert hätten

(lebhafte Zurufe; sehr richtig! bei den Sozialdemokraten),

nicht, meine Herren, als ob ich geschmacklos genug wäre, mich mit dem Fürsten Bismarck zu vergleichen, sondern weil sich die Verhältnisse in Europa inzwischen verschoben haben. Die Gefahr eines russischen Angriffs liegt nach menschlicher Berechnung heut weniger nahe, ist weniger

Neigung zu einem solchen vorhanden als in den Tagen des Generals Skobeleff oder der russischen Demonstrationen für Herrn Deroulède. In Österreich-Ungarn und in Italien wurde damals öffentlich weniger gegen den Dreibund geredet; er hatte aber im stillen vielleicht einflußreichere und klügere Gegner. Vor allem war Deutschland materiell weniger stark, als es heute ist, im Vergleich zu seinen Gegnern wie zu seinen Freunden. Was heutzutage unsere Situation kompliziert und erschwert, das sind unsere überseeischen Bestrebungen und Interessen.

(Lebhafte Zurufe: sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Wären wir in dieser Richtung nicht engagiert, wenn wir nicht in dieser Beziehung verwundbar wären, würden wir auf dem Kontinent nicht allzu viel zu fühlen haben.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Dann wäre es auch leichter, als es heute ist, Reibungen und Friktionen mit England zu vermeiden.

(Sehr richtig! bei den Sozialdemokraten.)

Sie wissen aber alle, meine Herren, daß die Ströme nicht rückwärts reisen, daß ein 50jähriger Mann sich nicht in einen 40jährigen zurückverwandeln kann. Sie wissen, welche elementaren Triebkräfte, die rasche Zunahme unserer Bevölkerung, der gewaltige Aufschwung unserer Industrie, der Wagemut, die Unternehmungslust unserer Kaufleute, die wirtschaftliche Tüchtigkeit des deutschen Volkes uns in die Weltpolitik hineingeführt haben und überseeische Interessen für uns geschaffen haben.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Die Aufgabe unserer Generation ist es, gleichzeitig unsere kontinentale Stellung, welche die Grundlage unserer Weltstellung ist, zu wahren, und unsere überseeischen Interessen so zu pflegen, eine besonnene, vernünftige, sich weise beschränkende Weltpolitik so zu führen, daß die Sicherheit des deutschen Volkes nicht gefährdet und die Zukunft der Nation nicht beeinträchtigt wird.

(Bravo! rechts.)

Diese Aufgabe ist keine leichte; das weiß niemand besser als ich. Wir können in schwierige Situationen kommen. Wir können uns auch

mehreren Gegnern gegenüber befinden. Das ist aber noch kein Grund zum Verzagen. Daß Situationen denkbar sind, wo wir nur auf unsere eigene Kraft angewiesen sind, meine Herren, darauf hat Fürst Bismarck, darauf hat der Feldmarschall Graf Moltke mehr als einmal hingewiesen. „Ein starker Staat steht nur sicher auf sich selbst“, hat Graf Moltke vor diesem Hohen Hause im Jahre 1888 gesagt. Ein großes Volk muß auf jede Lage gefaßt sein, und sein Geist muß ein solcher sein, daß es jeder Situation mutig und entschlossen entgegengehen kann.

Der Herr Abgeordnete Bassermann hat soeben an mein letztes Auftreten vor diesem Hohen Hause erinnert. Als ich am 5. April d. Js. zum letzten Male vor diesem Hohen Hause stand, sagte ich mit Bezug auf die Konferenz von Algeciras, welche nach mancherlei Fährlichkeiten, die sie dem Scheitern nahegebracht hatten, zwei Tage später zu einem befriedigenden Abschluß gelangt war: der Berg — so sagte ich ungefähr —, den wir zu ersteigen hatten, war ziemlich schwer, manche Übergänge waren nicht ohne Gefahr, eine Zeit der Mühe und der Ruhe liegt hinter uns, wir können jetzt mit mehr Ruhe ins Weite blicken!

Diese Hoffnung hat sich erfüllt, die Situation in Europa und in der Welt ist eine friedlichere geworden. Gewiß ist noch hier und da Unruhe vorhanden. Diejenigen, die zur See gefahren sind, wissen, daß, wenn ein Sturm die Gewässer aufgeregt hat, noch längere Zeit, auch nachdem sich die Oberfläche geglättet hat, unter der Oberfläche die Unruhe fortbesteht und das Schiff ins Rollen und Schwanken bringt. Man nennt das die Dünung. In der politischen Welt zittert noch eine gewisse Erregung nach, die zu Vorsicht und Umsicht mahnt, aber keinen Anlaß zum Kleinmut gibt.

Sorgen wir dafür, daß unsere Machtmittel zu Lande und zu Wasser für unsere Verteidigung ausreichen! Vergessen wir endlich über unseren inneren, wirtschaftlichen, konfessionellen und politischen Streitigkeiten nicht das Interesse, die Wohlfahrt und das Recht des Ganzen, und das deutsche Volk wird seine Stellung in der Welt zu behaupten wissen.

(Lebhafter Beifall.)

Gegen den Schluß der Debatte kam der Reichskanzler noch einmal auf deren Verlauf und auf die gegen seine Darlegungen erhobenen Einwände zurück. Er führte noch folgendes aus:

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, der Herr Abgeordnete Wiemer hat die Abwesenheit des Herrn Staatssekretärs des Äußeren moniert. Ich habe

selbst erst gestern nachmittag erfahren, daß die Interpellation des Herrn Abgeordneten Bassermann schon heute auf die Tagesordnung gesetzt werden würde. Es ist dem Herrn Staatssekretär des Äußeren beim besten Willen nicht möglich gewesen, vor heute nachmittag aus München wieder einzutreffen. Es ist selbstverständlich, daß sich der Herr Staatssekretär des Äußeren, wenn wieder auswärtige Fragen zur Diskussion stehen, an der Debatte beteiligen wird.

Gegenüber dem Herrn Abgeordneten Spahn möchte ich feststellen, daß ich den Ausschuß des Bundesrats für auswärtige Angelegenheiten wiederholt und gerade in ernsten und kritischen Momenten einberufen habe. Ich habe ihn beispielsweise einberufen, als die chinesische Expedition im Sommer 1900 vorbereitet wurde. Ich habe ihn auch einberufen im Frühjahr 1905 in einem entscheidenden Augenblick der marokkanischen Frage. Ich habe aber auch abgesehen hiervon immer Sorge dafür getragen, daß die deutschen Bundesregierungen, sei es durch vertrauliche Mitteilungen der preußischen Gesandten bei den Bundesregierungen, sei es durch Rücksprache zwischen mir und den hiesigen einzelstaatlichen Vertretern, über den Gang, die Ziele und die einzelnen Phasen unserer auswärtigen Politik auf dem Laufenden erhalten werden. Ich bin mir wohl bewußt, wie wichtig es ist, daß unsere auswärtige Politik die vertrauensvolle Zustimmung der Bundesregierungen findet.

(Zurufe von den Sozialdemokraten.)

— Und auch die Zustimmung des Volkes, das versteht sich von selbst! Daran braucht mich der mir unbekannte Herr nicht zu erinnern, der mich soeben unterbrochen hat. —

Meine Herren, verschiedene der Herren Vorredner und auch der Herr Interpellant, der Herr Abgeordnete Bassermann, haben sich nicht gerade in wohlwollender Weise mit unserer Diplomatie beschäftigt. Ich halte es als Chef unseres diplomatischen Dienstes für meine Pflicht, der Überzeugung Ausdruck zu geben, daß diese Kritik nicht in allen Punkten, aber doch sehr überwiegend, über das Ziel hinausschießt. Unsere diplomatischen Vertreter sind mir fast alle bekannt. Sie tun im großen und ganzen ihre Schuldigkeit, glauben Sie mir. Zu einem brauchbaren Diplomaten gehören mancherlei Eigenschaften. Er soll nicht nur Arbeitskraft besitzen, Kenntnisse, Charakter; denn was einen guten Inlandsbeamten ausmacht, das macht noch lange keinen brauchbaren Diplomaten aus. Es kann auch einer auf einen Posten passen, der auf einem anderen Posten umschmeißen würde. Ich höre manchmal, unsere Diplomatie sei

antiquiert, sie sei vieux jeu, sie arbeite mit Personen und Figuren, wie in Scribeschen Lustspielen vorkommen, die aber nicht in unsere Gegenwart paßten. Daß unsere Zeit nicht mehr die Zeit der Heiligen Allianz und des alten Frankfurter Bundestages ist, das ist klar. Höfische Interessen sind seitdem in den Hintergrund getreten, wirtschaftliche und finanzielle Fragen spielen eine viel größere Rolle als früher; Presse und Parlament nehmen eine ganz andere Stellung ein. Ein Diplomat mit dem Gesichtskreise des alten Frankfurter Bundestages oder der Restaurationsepoche würde heute keine Seide spinnen. Der Diplomat, der nur über die Wadenkrämpfe irgend einer Prinzessin zu berichten wußte

(Heiterkeit),

über den sich Fürst Bismarck lustig machte, wäre heute eine unmögliche Figur. Der Diplomat, der mit Bank- und Handelskreisen Fühlung hat, der die Presse zu behandeln versteht, der einflußreiche Parlamentarier zu seinen Freunden zählt, der wird einen großen Vorsprung vor seinen Kollegen haben.

(Heiterkeit.)

Was man damit machen kann, das hat Graf Witte in Portsmouth gezeigt.

Aber darüber wollen wir nicht vergessen, daß die menschliche Natur immer dieselbe bleibt, daß die Menschen im wesentlichen sich nicht ändern, und daß die Mittel, sie zu gewinnen und den eigenen Zwecken dienstbar zu machen, ungefähr die gleichen sind wie früher. In einem berühmten Kapitel seiner „Caractères“ hat der Franzose La Bruyère vor 200 Jahren ein Bild des Diplomaten entworfen, wie er sein soll. Das fängt, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, mit den Worten an: „Der Ambassadeur soll ein Proteus sein, ein Chamäleon“.

(Heiterkeit.)

Dem liegt, wenn auch in pointierter Form, die Ihre Heiterkeit erregt, der richtige Gedanke zugrunde, daß der *Diplomat mit den gegebenen Faktoren rechnen und die vorhandenen Umstände benützen und sich in sie finden soll.*

In dem politischen Wettkampf um den Einfluß in einem Ort und in einem Lande siegt nicht immer der moralisch höher Stehende, der Edlere, sondern gewöhnlich derjenige, der die Verhältnisse am besten zu benutzen, der sich am besten in die Verhältnisse zu finden weiß.

(Hört! hört! links.)

Es gibt auch eine diplomatische Mimikry. Deshalb habe ich wohl gelegentlich jungen Diplomaten geraten, sie sollten sich den Alcibiades zum Vorbild nehmen, der bei den Athenern in Geist machte, mit den Spartanern schwarze Suppe aß und bei den Persern lange Gewänder trug. Die Liederlichkeit des Alcibiades brauchen sie ja nicht nachzumachen.

(Große Heiterkeit.)

Solche Adaptionsfähigkeit ist keine Charakterlosigkeit, und die schließt einen starken und lebendigen innerlichen Patriotismus nicht aus. Sich nach den Umständen richten und nicht nach intransigenten Prinzipien, das ist noch lange kein Zickzackkurs. Ein verstorbenes geistvolles Mitglied dieses Hohen Hauses und derjenigen Partei, welcher der Abgeordnete Wiemer angehört, Ludwig Bamberger, sagte mir einmal, das Geheimnis der Diplomatie bestünde vielleicht in einer gewissen Inkonsequenz. Jedenfalls soll ein Diplomat keine vorgefaßten Meinungen haben, keine festgelegten und unabänderlichen Sympathien oder Antipathien und keine Rankünen. Der einzige Regulator seiner Gefühle für fremde Länder muß der Nutzen sein, den sie uns bringen können, oder der Schaden, der von ihnen droht. Und endlich soll der deutsche Diplomat nicht belehrend auftreten. Das ist ja ein alter deutscher Erbfehler, das Belehrenwollen, der steckt auch noch zu sehr in unserer Presse, die sich im übrigen, was Gesinnung und Kenntnisse anbetrifft, gewiß neben der Presse anderer Länder sehen lassen kann. Ich weiß wohl, dieser deutsche Fehler hängt ja mit vorzüglichen deutschen Eigenschaften zusammen, mit der Fülle unserer Kenntnisse, mit der Hochachtung, die uns das Wissen einflößt, mit dem Mitleid, das wir mit Unwissenheit empfinden. Aber beliebt macht das Belehrenwollen nicht. Ich erinnere mich aus meiner Jugend, da gab es bei einer Botschaft zwei deutsche Botschaftssekretäre; von denen pflegte der Fürst Bismarck zu sagen: der eine — ich will ihn A nennen weiß alles, und der andere — ich will ihn B nennen — weiß es immer noch besser.

(Heiterkeit.)

Die beiden waren nicht gerade beliebt. Wenn ein Diplomat ein Bindeglied sein soll zwischen dem Lande, das er vertritt, und dem Lande, bei dem er akkreditiert ist, so muß er die Schulmeisterei zu Hause lassen.

Seien Sie im übrigen versichert, meine Herren, daß ich bei der Auswahl unserer diplomatischen Vertreter mit großer Sorgfalt verfahre,

und jedenfalls ohne jedes Vorurteil. Haben Sie denn überhaupt bei mir schon irgend ein Vorurteil konstatiert?

(Zurufe der Sozialdemokraten.)

Mein Freund, der feinsinnige Poet Wilbrandt, sagte einmal vor Jahren zu mir: Sie sind, mein lieber Bülow, von einer erschreckenden Vorurteilslosigkeit

(große Heiterkeit),

und als ich das nach Jahren einem Publizisten — einem liberalen Publizisten — wieder erzählte, meinte der: „Das ist eben Ihr Unglück, das wird Ihnen noch schlecht bekommen, in Deutschland muß man Vorurteile haben."

(Große Heiterkeit.)

Meine Herren, ich komme jetzt zu einem sehr ernsten Gegenstande, der von den meisten der Herren Vorredner gestreift worden ist, nämlich zu dem persönlichen Regiment oder dem sogenannten persönlichen Regiment. Ich habe hier einmal gesagt: ein gewissenhafter, ein seiner moralischen Verantwortlichkeit sich bewußter Reichskanzler wird nicht im Amte bleiben, wenn er Dinge nicht zu verhindern vermag, die nach seinem pflichtmäßigen Ermessen das Wohl des Reiches wirklich und dauernd schädigen. Wären solche Dinge vorgefallen, so würden Sie mich nicht mehr an dieser Stelle sehen; denn was Sie auch über mich denken mögen: ein Kleber bin ich nicht, dessen können Sie sicher sein. Ich habe damals weiter gesagt, daß ich es nicht ablehnen würde, bei Kundgebungen Seiner Majestät des Kaisers, auf welche sich streng genommen meine verfassungsmäßige Verantwortlichkeit nicht erstreckt, die moralische Verantwortung zu übernehmen für die Rückwirkung solcher Kundgebungen auf den Gang der großen Politik, denn ich sei dem Bundesrat und ich sei diesem Hohen Hause verantwortlich für eine Führung der Geschäfte, die nicht den inneren und den äußeren Frieden des Reiches beeinträchtige. Wie sehr ich mir dieser Verantwortung bewußt bin, habe ich bei mehr als einer Gelegenheit gezeigt; ich erinnere nur an den Gang der lippischen Frage.

Der große Irrtum, in den bei der Behandlung dieser Frage viele verfallen, ist, daß sie die Verhältnisse, wie sie bei uns verfassungsmäßig gegeben sind und sich historisch entwickelt haben, verwechseln mit den Zuständen in denjenigen Ländern, wo das rein parlamentarische Regierungssystem besteht. In solchen Ländern ist der Monarch nur der formale Inhaber der Staatsgewalt. Le roi règne, mais il ne gouverne

pas, wie Thiers unter der Julimonarchie sagte. In Wirklichkeit ruht die Staatsgewalt in den Händen der Minister, die von der jeweiligen Kammermehrheit abhängig sind. Man kann über die Vorzüge wie über die Nachteile des parlamentarischen Regierungssystems sehr verschiedener Ansicht sein. Es gibt Länder, wo mehr die Vorzüge hervortreten, beispielsweise in England, wo das parlamentarische Regierungssystem seit Jahrhunderten zur allgemeinen Zufriedenheit und zum Segen des Landes besteht. Es gibt auch Länder, wo sich mehr die Schattenseiten des parlamentarischen Systems zeigen. Denn ein Regierungssystem, das für alle Länder sich eignet, gibt es ebensowenig wie einen Rock, der jedem Menschen paßt, oder wie eine Medizin, die alle Leiden heilt. Bei uns ist das parlamentarische Regierungssystem schon deshalb nicht möglich, weil bei uns keine der großen Parteien die absolute Mehrheit hat und voraussichtlich nach unserer ganzen politischen, wirtschaftlichen und konfessionellen Struktur keine in absehbarer Zeit die Mehrheit haben wird. Auch abgesehen von diesem durchschlagenden faktischen und praktischen Grunde ist das parlamentarische Regierungssystem bei uns nicht Rechtens, und wir wollen doch alle auf dem Boden des Rechtes bleiben. Bei uns in Deutschland sind die Minister nicht die Organe des Parlamentes und seiner jeweiligen Mehrheit, sondern sie sind die Vertrauensmänner der Krone; die Regierungsanordnungen, welche ergehen, sind nicht die Anordnungen eines tatsächlich von dem Monarchen unabhängigen und von der jeweiligen Mehrheit des Parlamentes abhängigen Ministers, sondern es sind die Regierungsanordnungen des Monarchen. Die Korrektur dieser Zustände und die Gewähr für eine verfassungsmäßige Ordnung der Dinge liegt darin, daß die Regierungsanordnungen des Monarchen nur so weit wirksam sind, als er einen Minister findet, der sie unter seiner eigenen Verantwortung ausführt, der sich weigern kann, diese Anordnungen auszuführen, der dem Monarchen erklären kann, daß, wenn er dieses oder jenes verlangen oder tun oder sagen sollte, er — der Minister — nicht länger im Amte bleiben könne.

Wie weit, meine Herren, ein Minister das persönliche Hervortreten, die Meinungs- und Gefühlsäußerungen des Monarchen mit seiner Verantwortung decken will, das ist Sache des politischen Augenmaßes, des Pflichtgefühls gegenüber Krone und Land, das gehört in das Gebiet der politischen Imponderabilien. Ich kann mir sehr wohl denken, daß ein Minister finden kann, daß ein übertriebenes persönliches Hervortreten des Regenten, daß ein zu weit getriebener monarchischer Subjektivismus,

daß ein zu häufiges Erscheinen des Monarchen ohne die ministeriellen Bekleidungsstücke, von denen die Weisheit des Fürsten Bismarck sprach, daß das dem monarchischen Interesse nicht zuträglich ist

(lebhafte Zurufe: sehr richtig!),

und daß er dafür die Verantwortung vor Krone, Land und Geschichte nicht übernehmen kann.

Aber die Auffassung, als ob der Monarch in Deutschland keine eigenen Gedanken über Staat und Regierung haben dürfe, als ob er nur mit dem Kopfe seiner Minister denken, als ob er nur sagen dürfe, was diese ihm aufgesetzt hätten, die ist grundfalsch — sie widerspricht dem deutschen Staatsrecht, sie widerspricht auch den Wünschen des deutschen Volkes.

(Sehr richtig! rechts.)

Das deutsche Volk will keinen Schattenkaiser, es will einen Kaiser von Fleisch und Blut. Das Auftreten und die Äußerungen einer starken Persönlichkeit, wie es — das werden selbst seine Gegner anerkennen —, unser Kaiser ist, das bedeutet noch lange keine Verletzung der Verfassung. Nennen Sie mir doch einen einzigen Fall, wo sich unser Kaiser in Widerspruch gesetzt hätte mit der Verfassung!

Ich glaube auch, daß, wie Sie mir jetzt keinen solchen Fall nennen können, Sie mir niemals einen solchen Fall werden nennen können; denn ich bin überzeugt, daß unser Kaiser die Verfassung stets gewissenhaft beobachten wird, wie das seine Pflicht ist. Solange sich aber der Kaiser in den Schranken der Verfassung hält, so lange vermag ich in den Klagen über persönliches Regiment oder gar über Absolutismus nur den Ausdruck jener schon vorhin von mir gekennzeichneten, jetzt bei uns herrschenden Neigung zu Übertreibungen zu erkennen.

Und endlich, meine Herren, hat der Herr Abgeordnete Wiemer auch von Kamarilla gesprochen. Kamarilla ist kein deutsches Wort.

(Große Heiterkeit.)

Kamarilla, das bedeutet eine häßliche fremde Giftpflanze, und man hat nie versucht, sie in Deutschland einzupflanzen ohne großen Schaden für das Volk.

(Zuruf bei den Sozialdemokraten.)

— Würden Sie nicht die Güte haben, das, was Sie zu sagen haben, nachher vorzubringen, statt mich beständig zu unterbrechen!

(Sehr richtig!)

Ich habe Sie auch noch nicht unterbrochen, wenn Sie das Wort hatten! — Ich sage also: man hat nie versucht, diese häßliche Giftpflanze bei uns einzupflanzen ohne großen Schaden für die Fürsten und ohne großen Schaden für das Volk.

(Sehr richtig!)

Unser Kaiser ist aber ein viel zu grader Charakter und er ist ein zu klarer Kopf, als daß er sich in politischen Dingen anderswo Rats erholen sollte als bei seinem eigenen Pflichtgefühl und bei seinen berufenen Ratgebern. Und deshalb richte ich an die verehrten Herren die Bitte: lassen Sie unbegründetes Mißtrauen fahren und vereinigen Sie sich auch in diesem Winter mit den Verbündeten Regierungen zu fruchtbringender und ersprießlicher Arbeit!

(Lebhafter Beifall.)

38. Koloniale Angelegenheiten.

Sitzung des Reichstags vom 28. November 1906.[1])

Die Mißstände in der Kolonialverwaltung, die sich besonders nach dem Ausbruch des Aufstandes in Südwestafrika geltend gemacht hatten, waren während des ganzen Sommers in der Presse erörtert worden. Das Material zu diesen Erörterungen war im wesentlichen durch einige ungetreue Subalternbeamte der kolonialen Verwaltung den oppositionellen Zeitungen zugetragen worden. An der sogenannten Enthüllungskampagne beteiligten sich auch teils persönlich, teils als stille Förderer einige Reichstagsabgeordnete des Zentrums. Die Reichsregierung war eifrig dabei, die zutage getretenen tatsächlichen Mißstände durch eine gründliche Aufräumungsarbeit zu beseitigen. Der Reichskanzler hatte von seinem festen Willen, in dieser Richtung nichts ungetan zu lassen, mehrfache Beweise gegeben. Zu den durch die Ereignisse notwendig gewordenen Maßregeln gehörte auch der Wechsel an der Spitze der Kolonialabteilung. Die Wahl war auf den Bankdirektor Dernburg gefallen. Ihn führte der Reichskanzler mit folgender Rede parlamentarisch ein.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, ich benutze die erste mir gebotene Gelegenheit, um mich vor diesem Hohen Hause über unsere kolonialen Angelegenheiten auszusprechen. Ich bin gewiß, keinem Widerspruch zu begegnen, wenn ich sage, daß wir auf diesem Gebiet eine ernste Krisis durchmachen. Unsere Kolonien haben uns die schwersten Opfer auferlegt, Opfer an

[1]) Sten. Ber. d. R.=T., 11. Leg.=Per., II. Session 1905/06, 128. Sitzung.

Gut und Opfer an Blut. Trotz der über jedes Lob erhabenen Bravour unserer Truppen ist es erst nach dreijährigen blutigen Kämpfen gelungen, den Widerstand des Gegners zu brechen. Wenn auch der Hauptwiderstand des Feindes überwunden ist, so dauert doch leider der Kleinkrieg noch fort, und es wird voraussichtlich noch einige Zeit vergehen, bis wieder völlige Ruhe und Sicherheit in unser Schutzgebiet einzieht. Die Kriegführung auf so weite Entfernung, unter schwierigen und ungewöhnlichen Verhältnissen hat uns enorme Summen gekostet. Weitere große Summen werden erforderlich sein für die Beendigung des Krieges, für die Wiederaufrichtung unseres Schutzgebietes und für seine weitere wirtschaftliche Erschließung. Das alles räume ich ein.

Wenn aber, meine Herren, die Regierung heute vor die Nation treten und ihr vorschlagen wollte, es ähnlich zu machen wie weiland der Frankfurter Bundestag, der Hannibal Fischer den Auftrag erteilte, die deutsche Flotte unter den Hammer zu bringen; wenn die Regierung der Nation vorschlagen wollte, unsere Kolonien zu veräußern oder sich selbst zu überlassen oder in irgend einer Form preiszugeben, so würde eine tiefe Entmutigung gerade die besten Kräfte erfassen. Und mit Recht. Auch in der Flotte sah man damals, vor 54 Jahren, ein schlechtes Geschäft und warf deshalb die Flinte ins Korn, in einem jener Momente moralischer Depression, wie sie nicht nur den einzelnen, sondern bisweilen auch ein Volk befallen. Wenn aber beide — Individuum und Volk — wieder gesunden, so schämen sie sich solcher Schwächeanwandlungen. Ich bin gewiß, es wird sich kein deutscher Reichstag und kein deutscher Reichskanzler finden, welche die Verantwortung dafür übernehmen, unsere Kolonien aus dem Soll und Haben unseres Volkes auszustreichen.

(Bravo! rechts. Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

In der Auffassung, als brauchten wir keine Kolonien, zeigt sich meines Erachtens nicht nur ein unangebrachter Kleinmut, sondern auch ein Mangel an Einsicht in die treibenden Kräfte der Entwicklung der Völker und der Weltgeschichte.

(Sehr richtig! rechts.)

Die Frage steht nicht so: ob wir kolonisieren wollen oder nicht; sondern wir müssen kolonisieren, ob wir wollen oder nicht. Der Trieb zur Kolonisation, zur Ausbreitung des eigenen Volkstums, ist in jedem Volke vorhanden, das sich eines gesunden Wachstums und kräftiger Lebensenergie erfreut. Darum war auch das deutsche Volk seit seinem Eintritt in die Weltgeschichte, seit 2000 Jahren, ein

kolonisierendes Volk, und wir werden ein kolonisierendes Volk bleiben, solange wir gesundes Mark in den Knochen haben.

Die Formen der Kolonisation wechseln freilich und die Vorteile, die das Mutterland aus seinen Kolonien zieht. In den Zeiten unserer nationalen Uneinigkeit und Ohnmacht gingen die über die Landesgrenzen hinausdringenden Kräfte für unser Volkstum verloren. Während damals andere Völker in der neuen Welt ihre Kräfte und ihren Unternehmungsgeist betätigten und große Kolonialreiche schufen, verzehrte sich Deutschland in häßlichen konfessionellen Streitigkeiten und in törichtem partikularistischen Bruderzwist. Wir wurden zum Kulturdünger für andere, klügere Völker.

Eine Wandlung zum Besseren trat ein mit unserer in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts erfolgten wirtschaftlichen und politischen Wiedererstarkung. Die deutsche Schiffahrt begann sich zu entwickeln. Es entstanden zahlreiche deutsche Unternehmungen in überseeischen Ländern. Diese Unternehungen konnten auf die Dauer des Schutzes durch unsere politischen Machtmittel nicht entbehren. Diesen Schutz zu gewähren war für Deutschland besonders schwierig.

Wir dürfen nicht vergessen, meine Herren, wie sehr sich anfänglich nicht nur die Engländer, sondern auch andere Völker uns gerade auf überseeischem Gebiete überlegen glaubten. Als das Ausland anfing zu merken, wieviel kaufmännischer Unternehmungsgeist und wirtschaftliche Energie im Deutschen vorhanden war, die zur Entfaltung drängten, fing man an, unseren Unternehmungen Schwierigkeiten in den Weg zu legen und uns den Vorsprung merken zu lassen, den politische Machtmittel und territorialer Besitz auch auf wirtschaftlichem Gebiete gewähren. Darüber durften wir uns nicht wundern. Und doch war es eine Notwendigkeit für das deutsche Volk, im kolonialen Wettbewerb nicht allzu sehr zurückzubleiben.

Wir alle wissen, meine Herren, daß sich Fürst Bismarck im ersten Jahrzehnt nach der Gründung des Reichs allen kolonialen Bestrebungen gegenüber ablehnend verhielt. Die vorsichtige Behandlung, welche der große Kanzler anfänglich dem kolonialen Problem angedeihen ließ, ist der beste Beweis dafür, daß sein späteres aktives Eingreifen in die kolonialen Angelegenheiten, unsere 1884 und 1885 Schlag auf Schlag erfolgten Erwerbungen großer Gebiete in Polynesien und in Afrika, nicht aus den Eingebungen einer Augenblickspolitik hervorgingen, nicht aus phantastischen Vorstellungen oder unangebrachter Großmannssucht,

sondern aus reiflicher Abwägung der wirtschaftlichen und politischen Notwendigkeiten, unserer wirtschaftlichen und politischen Machtmittel.

Meine Herren, in der Überzeugung, daß der damals vom Fürsten Bismarck betretene Weg der richtige ist, daß wir auf diesem Wege bleiben müssen, und vor allem, daß wir das erworbene Land, das unter unserem Schutze steht, uns erhalten müssen, können und werden wir uns nicht abbringen lassen, auch wenn zurzeit Nöte und Sorgen mit diesen Erwerbungen verknüpft sind.

Wir befinden uns in einer Krisis; aber diese Krisis wird hoffentlich zu einer Gesundung führen. Zu dieser Gesundung genügt nicht die Niederwerfung des Aufstands und auch nicht die Pazifizierung unserer Schutzgebiete. Es ist auch das offene Bekenntnis erforderlich, daß Fehler in der Kolonialverwaltung begangen sind.

(Sehr richtig! in der Mitte.)

Es ist der feste Wille erforderlich, diese Fehler nicht zu wiederholen und augenscheinliche Mißstände zu beseitigen.

Ich habe schon vor zwei Jahren vor diesem Hohen Hause die Grundzüge einer Reorganisation entwickelt, wie sie meines Erachtens für unsere koloniale Zentral- und Lokalverwaltung notwendig ist. Ich habe schon damals die Loslösung der Kolonialabteilung vom Auswärtigen Amt und die Errichtung eines selbständigen Reichskolonialamts als dringend wünschenswert bezeichnet. Zu meinem lebhaften Bedauern ist durch einen während meiner Erkrankung gefaßten Beschluß dieses Hohen Hauses diese Forderung in dritter Lesung abgelehnt worden. Wie kam denn das, meine Herren, nachdem dieses Hohe Haus in zweiter Lesung in Würdigung der von der Regierung vorgebrachten rein sachlichen Gründe sich mit stattlicher Mehrheit für ein Reichskolonialamt ausgesprochen hatte? Ich will auf diese Frage pro hic et nunc nicht eingehen, sondern nur feststellen, daß die Verbündeten Regierungen die Schaffung eines selbständigen Reichskolonialamts nach wie vor für dringend wünschenswert halten und überzeugt sind, daß diese Notwendigkeit sich in den letzten Monaten noch mehr als früher herausgestellt hat.

(Sehr richtig! rechts.)

Nun weiß ich wohl, meine Herren, daß solche koloniale Organisationsfragen und ihre richtige Lösung nicht das einzige Heilmittel für

unsere Kolonien sind. Es sind auch sonst Reformen in capite et in membris nötig.

(Sehr richtig!)

Wir müssen uns vor allem die Frage vorlegen: wie heben wir die wirtschaftliche Entwicklung unserer Kolonien? wie fördern wir das Interesse und das Verständnis für unsere Kolonien im deutschen Volke? wie beteiligen wir mehr als bisher unseren Handel und unsere Industrie, unsere Geschäfts- und Bankwelt an unseren überseeischen Unternehmungen?

Der Gedanke lag nahe, die Lösung dieser schwerwiegenden Fragen einer Persönlichkeit zu übertragen, die schon früher in engerer Fühlung mit den treibenden wirtschaftlichen Kräften in unserem Volke gestanden hatte. Bei der Wahl eines Nachfolgers für den Prinzen Hohenlohe, der sich seiner Aufgabe mit einem Fleiß und einer Hingebung unterzogen hat, die ich auch von dieser Stelle rühmend hervorheben möchte, habe ich in erster Linie nach den wirtschaftlichen und kaufmännischen Eigenschaften gesucht, die bisher in unserer Kolonialabteilung sehr zu ihrem Schaden gefehlt hatten.

Meine Herren, unser Kaufmannsstand hat sich eine große Stellung gemacht, aus eigener Kraft. Er hat zur Hebung des deutschen wirtschaftlichen Wohlstandes und wirtschaftlichen Einflusses und damit des deutschen Ansehens in der Welt erheblich beigetragen. Er zählt in seinen Reihen sehr tüchtige Leute, ausgezeichnete Kräfte. Die Mitwirkung eines dieser Herren, eines unserer capitains of industry, wie man sie in Amerika nennt, für die Geschäfte des Reiches zu gewinnen, erschien mir von vornherein als vorteilhaft. In den Unterredungen, die ich mit Herrn Dernburg über unsere kolonialen Angelegenheiten hatte, ergab sich Übereinstimmung der leitenden Gesichtspunkte und Ziele. Ich konnte deshalb Herrn Dernburg mit gutem Gewissen Seiner Majestät dem Kaiser als Nachfolger des Prinzen Hohenlohe in Vorschlag bringen. Mit dieser Ernennung, meine Herren, ist übrigens für mich ein alter Wunsch in Erfüllung gegangen. Schon als ich Staatssekretär des Äußern wurde, vor neun Jahren, und der damalige Kolonialdirektor, der seitdem leider verstorbene Freiherr von Richthofen, mir als Unterstaatssekretär zur Seite trat, hätte ich gern einen Mann des praktischen Erwerbslebens an die Spitze unserer Kolonialverwaltung gestellt. Die Verhandlungen, die damals Baron von Richthofen in meinem Auftrage in Hamburg und in Bremen

führte, blieben leider erfolglos. Ein angesehener hanseatischer Kaufmann ließ mir damals sagen: „Am Tage verdiene ich brav Geld an der Börse, am Nachmittag fahre ich mit zwei schönen Füchsen auf mein Landhaus, und das soll ich mit der Schinderei und Aufregung in der Wilhelmstraße vertauschen?“

(Große Heiterkeit.)

Acht Jahre später, also vor einem Jahre, nach dem Rücktritt des Herrn Stuebel, bin ich auf meinen Gedanken zurückgekommen. Damals habe ich den Direktor des Norddeutschen Lloyd Herrn Wiegand sondiert, der sich aber nicht von dem gerade in einer wirtschaftlichen Transformation befindlichen Lloyd trennen konnte.

Es freut mich, daß es mir endlich gelungen ist, einen Gedanken zu verwirklichen, den ich für gesund und für lebensfähig halte. Dieses Hohe Haus aber bitte ich, dem neuen Herrn in der Kolonialverwaltung mit Vertrauen entgegenzukommen; denn nur bei vollem gegenseitigen Vertrauen lassen sich die Aufgaben lösen, die uns auf kolonialpolitischem Gebiet gestellt sind.

Diese Aufgaben bestehen nicht nur in der wirtschaftlichen Erschließung der Kolonien. Es gilt auch augenscheinliche Mißstände in der Kolonialverwaltung zu beseitigen. Worin diese Mißstände bestehen, brauche ich nach den Ereignissen dieses Sommers nicht klarzulegen. Niemand kann es aufrichtiger bedauern als ich, der verantwortliche Leiter der Reichsgeschäfte, daß einige der gegen die Kolonialverwaltung erhobenen Beschwerden und Anklagen sich als begründet herausgestellt haben.

(Hört! hört! links.)

Ich bin mir bewußt, daß ich keine Vertuschungspolitik getrieben habe, sondern eingeschritten bin, sobald ein Verdacht zu meiner Kenntnis gelangte. Man hat mir vorgeworfen, daß auch ich nicht für ein schnelles Einschreiten gegen schuldige Beamte gesorgt hätte.

Man hat insbesondere gesagt, daß ein Subalternbeamter, Poeplau, schon in den Jahren 1904 und 1905 Anzeigen gegen Beamte an mich erstattet hätte, denen keine Folge gegeben worden wäre. Meine Herren, der Beamte Poeplau hat sich schwerer Disziplinarvergehungen schuldig gemacht.

(Hört! hört! rechts.)

Als er unter grober Verletzung seiner Dienstpflicht amtliche Schriftstücke Dritten mitteilte, mußte die Untersuchung gegen ihn eröffnet werden.

Der Ausgang dieser Untersuchung konnte auch die beste Aufklärung bringen, ob das von Poeplau vorgebrachte Belastungsmaterial zutreffend sei. Deshalb wurde der Ausgang dieser Untersuchung abgewartet, bevor ein Entschluß gefaßt wurde über ein Einschreiten gegen die von Poeplau verdächtigten Beamten.

Durch Erkenntnis des Kaiserlichen Disziplinarhofs vom 2. April 1906 ist gegen Poeplau auf Entfernung aus dem Amte durch Dienstentlassung erkannt worden. In dem Urteile ist festgestellt, daß erstens der Angeschuldigte von amtlichen, zurzeit geheimen Schriftstücken einen die Amtsverschwiegenheit verletzenden Gebrauch gemacht, zweitens die seiner Dienstbehörde schuldige Achtung verletzt, drittens gegen Beamte der Kolonialverwaltung böswillig oder leichtfertig unwahre Beschuldigungen erhoben hat.

(Hört! hört! rechts. — Zurufe links.)

Die Achtungsverletzung ist in verschiedenen Eingaben und Anschuldigungen an mich, den Reichskanzler, gefunden. Es heißt in den Entscheidungsgründen wörtlich:

> Der Angeschuldigte hat dem Reichskanzler mit der Veröffentlichung angeblicher Mißstände gedroht, um ihn seinen Ansprüchen geneigt zu machen, und hat dadurch die Achtung, die er seinem Vorgesetzten schuldig, ist in dreister Weise verletzt.

Sie werden mir zugeben, meine Herren, daß die Aussagen dieses Beamten nicht von vornherein Anspruch auf Beachtung oder gar auf volle Glaubwürdigkeit hatten.

Aber auch anderen Vorwürfen bin ich begegnet. Ich hätte nicht dafür gesorgt, hat man gesagt, daß die Firma Tippelskirch gute Sättel, Stiefel und Mäntel lieferte. Meine Herren, ich frage Sie, ob es einen vernünftigen Menschen gibt, der bona fide vom Reichskanzler verlangen kann — ich sage natürlich bona fide, von dialektischen Kunstgriffen rede ich nicht — der also bona fide vom Reichskanzler verlangen kann, daß er sich um alle Details der ihm unterstellten Ressorts kümmert. In keinem Lande der Welt gibt es einen Beamten, der so viele und wichtige Funktionen in sich vereinigt, wie der deutsche Reichskanzler. Daß aber der Reichskanzler außer der Vertretung vor diesem Hohen Hause, im Bundesrat und vor beiden preußischen Häusern, außer dem amtlichen Verkehr mit Seiner Majestät dem Kaiser, den Bundesfürsten und allen Ressortchefs, außer der Leitung der Staatsministerialsitzungen, außer der ständigen Fühlung mit den hier akkreditierten fremden

Missionen, außer der umfangreichen Lektüre von Berichten, außer zahlreichen Rücksprachen und Vorträgen, außer der Verantwortlichkeit für die äußere Politik und den ganzen Gang der inneren Reichs- und preußischen Politik auch noch sorgen soll für Stiefel und Sättel, die nicht drücken, und für Mäntel, die den Regen nicht durchlassen, das ist zuviel verlangt.

(Beifall rechts. Unruhe links.)

Ich lehne es ab, in dieser Beziehung für die Details aller Ressorts verantwortlich gemacht zu werden. Ich kann nicht in alle Löcher hineinkriechen und alle Winkel durchstöbern, um zu sehen, ob auch etwas Unrechtes vorkommt. Meine Pflicht ist, einzuschreiten, wenn eine Unregelmäßigkeit zu meiner Kenntnis kommt. Diese Pflicht habe ich erfüllt und werde sie weiter erfüllen.

(Bravo! rechts.)

Und nun, meine Herren, will ich noch eins sagen. Seit Monaten hat ein Teil unserer Presse seine Aufgabe darin gesehen, sich bis zur Erschöpfung mit den Kolonialangelegenheiten und insbesondere mit den sogenannten Kolonialskandalen zu beschäftigen. Man hat sich nicht darauf beschränkt, wahre Tatsachen wiederzugeben, man hat sich ungeheuerlicher Übertreibungen, Verallgemeinerungen und Entstellungen schuldig gemacht.

(Sehr richtig! rechts.)

Ich habe schon neulich, heute gerade vor 14 Tagen, darauf hingewiesen, wie sehr bei uns die Unsitte eingerissen ist, heimische Mißstände durch ein Vergrößerungsglas zu betrachten und deutsche Vorgänge in der Verzerrung vorzuführen.[2]) Bei den Vorgängen auf kolonialem Gebiet erreichte diese Manie, die nur bei uns grassiert, sonst nirgendwo in der Welt, ihren Höhepunkt. Jeder einzelne Fall wurde als typisch behandelt und als Symptom für eine angebliche Verseuchung unseres Beamtenstandes breitgetreten usque ad taedium. Im Ausland hat man sich beeilt, solche Übertreibungen und Verallgemeinerungen mit Behagen aufzunehmen und mit Vergnügen weiter zu verbreiten. Schadenfreude soll ja die reinste Freude sein und wenn der Kredit eines Konkurrenten geschädigt wird, so vergießt der Mensch darob nicht gerade Tränen. Mir sind Briefe zugegangen von Deutschen im Auslande, es sei uner-

[2]) Vgl. die Rede vom 14. November, oben S. 330.

hört, wie dadurch der deutsche Kredit, das deutsche Ansehen in der Welt geschädigt worden wäre. Im Auslande bildet man sich wirklich ein, es wären bei uns Millionen gestohlen worden, unser Beamtenstand sei verseucht, es sei kaum noch ein ordentlicher, pflichttreuer und braver Beamter in Deutschland anzutreffen. In englischen, französischen, amerikanischen, spanischen Blättern erschienen spaltenlange Artikel, angefüllt mit deutschem Klatsch und Tratsch, unter der Überschrift „Das deutsche Panama". Demgegenüber, meine Herren, will ich vor dem Inlande und vor dem Auslande, vor der ganzen Welt feststellen, daß der deutsche Beamtenstand von keinem anderen übertroffen wird — —

(lebhaftes Bravo! rechts; Unruhe links).

Vizepräsident Dr. Paasche: Meine Herren, ich bitte um etwas Ruhe.

Reichskanzler Fürst von Bülow (fortfahrend): — — an Treue, an Fleiß, an Gewissenhaftigkeit, an Integrität.

(Bravo! rechts. Zurufe links.)

Ich will feststellen — und Ihre Unterbrechungen machen mich darin nicht einen Augenblick irre

(Bravo! rechts) —,

daß auch in unserer Kolonialverwaltung die große Mehrheit der Beamten, die unter schwierigen Verhältnissen arbeiten, ordentliche und pflichttreue Beamte sind.

(Bravo! rechts. Zurufe links.)

Ich will feststellen, daß einzelne beklagenswerte Vorfälle, die sich in unserer Kolonialverwaltung ereignet haben, nicht dem ganzen deutschen Beamtenstande zur Last geschrieben werden können. Ich will feststellen, daß solche Vorgänge auch in der Kolonialgeschichte anderer Völker stattgefunden haben und in höherem Grade und weit größerem Umfange als bei uns. Engländer, Franzosen, Amerikaner haben noch ganz andere Kolonialschwierigkeiten und ganz andere Kolonialskandale überwunden als wir.

(Sehr richtig!)

Wie man solche Schwierigkeiten, wie man solche Not überwindet, mutig, zäh und geduldig, können wir von den Engländern, das können wir auch von den Franzosen lernen. Und ich will endlich feststellen, daß diejenigen, die bei uns solche Übertreibungen und Verallgemeinerungen

schreiben oder lesen, selbst im Grunde davon überzeugt sind, daß unser Beamtenstand durchaus intakt ist. Ausnahmen gibt es überall; aber bei uns sind sie Gott sei Dank verschwindend.

Meine Herren, ich werde gegen jeden Beamten, der sich eine Unregelmäßigkeit zuschulden kommen läßt, rücksichtslos einschreiten

(Bravo rechts);

ich werde aber auch jedem Beamten — das erkläre ich vor dem Lande —, der seine Schuldigkeit tut und zu Unrecht verdächtigt wird, meinen vollen Schutz angedeihen lassen.

(Bravo! rechts.)

Möge unser Beamtenstand, auf den das deutsche Volk gewohnt ist, stolz zu sein, auf den das deutsche Volk nach wie vor mit Stolz zu blicken ein gutes Recht hat

(Bravo!),

möge er sich nicht entmutigen, möge er sich nicht erbittern lassen — denn hinter ihm steht nicht nur die Regierung, hinter ihm stehen alle gerecht denkenden Leute, und die haben in unserem Volke noch immer die Mehrheit gehabt.

(Bravo!)

Sie aber, meine Herren, bitte ich, in ruhiger, sachlicher Arbeit mit den Verbündeten Regierungen die Wege zu beraten, die zu dem uns gemeinsamen Ziele führen. Bewilligen Sie, was die Verbündeten Regierungen nach gewissenhafter Prüfung als notwendig betrachten für die Wahrung unseres Ansehens und gegen die Wiederkehr neuer Aufstände. Damit werden Sie unseren Kolonien, damit werden Sie dem Vaterlande den besten Dienst erweisen.

(Lebhaftes Bravo.)

---

39. Des Reichskanzlers Eintreten für den Kolonialdirektor.

Sitzung des Reichstages vom 4. Dezember 1906.[1])

Auf der Tagesordnung stand Fortsetzung und Schluß der ersten Beratung des ersten und zweiten Nachtrags zum Reichshaushaltsetat für 1906 und des

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., II. Session 1905/1906, 133. Sitzung.

ersten und zweiten Nachtrags zum Etat der Schutzgebiete für 1906. In der Sitzung des vorangehenden Tages war es zu einer erregten Auseinandersetzung zwischen dem stellvertretenden Kolonialdirektor Dernburg und dem Abgeordneten Roeren (Ztr.) gekommen. Dieser stand in nahen Beziehungen zu einem der ungetreuen Beamten der Kolonialverwaltung und hatte sich trotzdem zu einem Vorstoß im Reichstag verleiten lassen, der nach den an amtlichen Stellen, jedoch noch nicht in der Öffentlichkeit bekannten Vorgängen, die sich zur Zeit des Kolonialdirektors Stübel abgespielt hatten, nicht ohne scharfe Abwehr bleiben durfte. In vollem Einverständnis mit dem Reichskanzler legte daher am 3. Dezember der stellvertretende Kolonialdirektor die kompromittierenden Zusammenhänge zwischen dem Abgeordneten Roeren und der Enthüllungskampagne dar. Um jeden Zweifel daran zu beseitigen, ob das Vorgehen des Kolonialdirektors seine Zustimmung habe, erschien der Reichskanzler am folgenden Tage im Reichstage und gab unter stärkster Spannung des Hauses die folgenden Erklärungen ab.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, ich habe den letzten Verhandlungen dieses Hohen Hauses nicht beiwohnen können. Ich bin in diesen Tagen durch Sitzungen des Staatsministeriums und anderweite dringende Amtsgeschäfte in Anspruch genommen. Aus den Morgenzeitungen habe ich ersehen, daß es gestern zu scharfen Auseinandersetzungen zwischen dem stellvertretenden Herrn Kolonialdirektor und einigen Mitgliedern dieses Hohen Hauses gekommen ist. Es ist meine Absicht, keinen Zweifel darüber zu lassen, daß ich die Haltung des stellvertretenden Herrn Kolonialdirektors und insbesondere seine Verteidigung grundlos angegriffener Beamter und seine Abwehr ungerechtfertigter Pression durchaus und nachdrücklich billige.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Ich habe schon vor dem Eintritt des gegenwärtigen stellvertretenden Herrn Kolonialdirektors im Laufe dieses Sommers strenge Weisung gegeben, daß die Untersuchung der in der Kolonialverwaltung vorgekommenen Mißstände nach allen Seiten hin unnachsichtlich und unparteiisch geführt, und daß unter keinem Vorwande irgend etwas in irgend einer Richtung vertuscht werden solle.

(Bravo! rechts.)

Die Offenheit, mit welcher der stellvertretende Herr Kolonialdirektor sich über diese Vorgänge ausgesprochen hat, war lediglich eine Konsequenz der von mir erteilten generellen Instruktion. Er war auch von mir ermächtigt, volle Aufklärung zu geben über den Fall Wistuba und über

die damit zusammenhängenden Fragen, sofern der bedauerliche Gegensatz zwischen der Verwaltung und den Missionen in Togo und die Konsequenzen dieses Gegensatzes hier zur Sprache gebracht werden sollten.

Ich hätte gewünscht, meine Herren, daß der Herr Abgeordnete Roeren, weniger dem Beispiel des Herrn Abgeordneten Bebel und mehr dem Beispiel seines Fraktionskollegen, des Herrn Abgeordneten Erzberger gefolgt wäre

(Heiterkeit links),

und daß er hier nicht aufs neue Fälle von Ausschreitungen zur Sprache gebracht hätte, deren Untersuchung zum Teil noch im Gange ist. Nachdem dies einmal geschehen war, mußte deutlich und vorbehaltlos klargestellt und über jeden Zweifel erhoben werden, daß die eingeleitete Aufklärung sich nach allen Seiten zu erstrecken hätte, daß sie nicht Halt zu machen hätte vor einzelnen Abgeordneten, die auf Grund einseitigen Materials in gutem Glauben, aber zu eifrig gegen verdiente Beamte Anschuldigungen erhoben und ungetreue Beamte unter ihren Schutz genommen hatten. Mit Recht hat der stellvertretende Herr Kolonialdirektor gestern gefragt: Wo bekommen wir Beamte her für unsere Kolonien, wenn in dieser Weise gegen die Beamten vorgegangen wird?

(Sehr richtig! rechts.)

Ich weiß wohl, meine Herren, daß diese Mißstände sich unter meiner formellen Verantwortung ereignet haben. Als diese Mißstände aber zu meiner Kenntnis gekommen sind, habe ich in diesem Hause offen erklärt, daß Verfehlungen und Mißstände vorgefallen wären. Es kann nicht gegen mich der Vorwurf erhoben werden, daß ich nach Kenntnis von diesen Vorgängen nicht sofort energisch eingegriffen hätte. Deshalb habe ich einen zweimaligen Personalwechsel an der Spitze der Kolonialabteilung vorgenommen, und jetzt ist eine gründliche Reorganisation der Kolonialverwaltung im Gange.

Meine Herren, nachdem nun gestern diese Aussprache stattgefunden hat, richte ich nochmals an dieses Hohe Haus die Bitte, das mit gutem Willen, mit Klarheit und Festigkeit begonnene Werk der Reorganisation unserer Kolonien nicht dadurch zu hemmen und aufzuhalten, daß immer wieder alte und neue Fälle der Vergangenheit hier zur Sprache gebracht werden. Auf der Seite der Verbündeten Regierungen ist der feste Wille vorhanden, die vorgefallenen Verfehlungen unnachsichtlich zu ahnden und die vorhandenen Mißstände rücksichtslos zu beseitigen. Helfen Sie uns

nun aber auch, meine Herren, unsere Kolonien einer besseren Zukunft entgegenzuführen und sie endlich fruchtbringend zu gestalten für das deutsche Volk.

(Lebhaftes Bravo.)

42. Auflösung des Reichstags.

Sitzung des Reichstages vom 13. Dezember 1906.[1])

Auf der Tagesordnung stand die zweite Beratung der Nachträge zum Reichshaushaltsetat für das Rechnungsjahr 1906 und zum Haushaltsetat für die Schutzgebiete auf das Rechnungsjahr 1906.

Die Regierungsvorlage forderte 29200000 M. als Restausgabe im laufenden Rechnungsjahr für die in Südwestafrika stehenden Truppen. Das Zentrum beantragte, nur 20288000 M. zu bewilligen, und wollte außerdem, daß spätestens bis zum 31. März 1907 die Vorbereitungen dazu getroffen würden, die Gesamtstärke der in Südwestafrika zu belassenden Truppen auf 2500 herabzumindern. Ein freisinniger Vermittlungsantrag wollte in das Dispositiv der Ausgabe die Bestimmung einfügen, daß eine weitere erhebliche Verminderung der Gesamtstärke der Truppen über die im Gange befindlichen Heimbeförderungen hinaus „entsprechend der fortschreitenden Beruhigung des Schutzgebiets“ vorbereitet werden sollte. Die Budgetkommission hatte die Regierungsvorlage und alle Anträge abgelehnt. Das Plenum stand also bei der zweiten Beratung vor einem Vakuum. Die in der Kommission gestellten Anträge waren im Plenum wieder eingebracht worden. Die Gefahr wurde nunmehr drohend, daß sich gegen die Regierungsvorlage eine Mehrheit ergeben würde. In dieser Situation ergriff der Reichskanzler beim Beginn der Debatte das Wort.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, die Ihrer Beschlußfassung heute unterbreitete Vorlage der Verbündeten Regierungen ist vor ihrer Einbringung der Gegenstand sorgsamer Prüfung aller beteiligten Stellen gewesen. Sie geht davon aus, nur das Unerläßliche zu fordern. Es wird nur diejenige Truppenstärke gefordert, die für die Niederwerfung des Aufstandes und die Beruhigung unserer Kolonie unerläßlich ist. Wir werden die Truppe in Südwestafrika bis zum April künftigen Jahres auf rund 8000 Mann vermindern, je nach Fortschritt der Operationen und Verbesserung der Etappen im Laufe des nächsten Etatsjahres weitere Ermäßigungen eintreten lassen und nach Beendigung der Operationen nur die notwendigsten Besatzungstruppen zurückbehalten.

---

[1]) Sten. Ber. d. R.-T., 11. Leg.-Per., II. Session 1905/06, 140. Sitzung.

Ihre Kommission ist zu einem positiven Resultate nicht gelangt, hat vielmehr alle Anträge und die Regierungsvorlage abgelehnt. Der Vorschlag, uns schon jetzt für das Rechnungsjahr 1907 auf eine bestimmte, gegenüber der jetzigen wesentlich verminderte Truppenzahl festzulegen, ist für die Verbündeten Regierungen unannehmbar.

(Hört! hört! rechts.)

Meine Herren, es ist Ihrer Kommission von sachverständiger militärischer Seite dargelegt worden, daß die verlangte Truppenstärke wirklich notwendig, und daß eine Verminderung tatsächlich unmöglich ist, weil dadurch die Durchführung der militärischen Operationen verhindert werden würde. Eine Einstellung der militärischen Aktion vor völliger Niederwerfung des Aufstandes würde aber schwerwiegende Folgen nach sich ziehen. Diese Folgen würden bestehen nicht nur in dem Verlust des Südens unseres Schutzgebiets, wir würden auch die Mitte und den Norden auf das schwerste gefährden.

(Sehr richtig! rechts.)

Wir würden — das sagen alle Kenner der Verhältnisse — binnen kurzer Frist neue Aufstände in allen Teilen unseres Schutzgebietes zu gewärtigen haben, deren Bewältigung uns die doppelten und dreifachen Opfer kosten würde, wie wir sie bisher schon gebracht haben.

(Sehr richtig! rechts.)

Solche Aufstände in unserem südwestafrikanischen Schutzgebiet würden naturgemäß auf unsere anderen Kolonien überspringen. Wir würden eine allgemeine Auflehnung gegen die weiße Herrschaft erleben. Die geringe Anzahl unserer Schutztruppen würde einer solchen Bewegung nicht gewachsen sein. Wir stünden dann vor der Frage, ob wir unsere Kolonien mit unverhältnismäßigen Opfern und Kosten wiedererobern oder ob wir sie für immer verlieren wollen. Nicht nur die militärischen Autoritäten, sondern alle Sachverständigen stimmen darin überein, daß es sich um eine letzte Anstrengung handelt, um unseren Kolonien dauernde Ruhe und Sicherheit wiederzugeben. Wenn wir vor diesem letzten Opfer zurückscheuen sollten, so würden wir uns nach meiner Ansicht einer schweren Unterlassung, einer nationalen Versündigung schuldig machen.

(Sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen.
Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Ich kann nicht annehmen, meine Herren, daß dieses Hohe Haus einen solchen in finanzieller und militärischer, in poli=

tischer und nationaler Hinsicht gleich bedauerlichen und bedenklichen Entschluß fassen wird. Sollte ich mich hierin täuschen, so würde ich als verantwortlicher Leiter der Reichsgeschäfte vor dem deutschen Volk und der Geschichte nicht in der Lage sein, eine solche Kapitulation zu unterschreiben.

(Lebhafter Beifall rechts und bei den Nationalliberalen.)

Als sich die Diskussion erschöpft hatte, wandte sich der Reichskanzler, ehe es zur Abstimmung ging, noch einmal mit folgendem entschiedenen Appell an den Reichstag.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Meine Herren, ich halte mich für verpflichtet, Sie nochmals und in letzter Stunde auf die schwere Verantwortung hinzuweisen, welche Sie durch Ihre bevorstehenden Beschlüsse auf sich nehmen. Es handelt sich hier nicht um die Frage, ob für unsere Kolonien einige Millionen mehr oder weniger bewilligt werden sollen. Es handelt sich, wie Ihnen der Herr Vertreter des Generalstabs soeben überzeugend dargelegt hat, um die Frage, ob wir unsere Kolonie behaupten wollen oder nicht. Es handelt sich, wie ich als verantwortlicher Leiter der Reichsgeschäfte hinzufüge, um die Frage, ob wir unser Ansehen in der Welt, ob wir unsere Waffenehre

(lebhafter Widerspruch bei den Sozialdemokraten — lebhaftes Bravo rechts)

— ich wiederhole gegenüber Ihrem Widerspruch: es handelt sich, wie ich als verantwortlicher Leiter der Reichsgeschäfte hinzufüge, um die Frage, ob wir unsere Waffenehre, ob wir unsere Stellung in der Welt, ob wir unser Ansehen gefährden wollen, um eine verhältnismäßig geringfügige Summe zu ersparen am Ende eines Feldzuges, der uns Hunderte von Millionen gekostet hat.

(Bravo! rechts. Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Wollen wir in einer Stunde des Kleinmuts die Früchte jahrelanger tapferer Anstrengungen gefährden?

(Unruhe bei den Sozialdemokraten.)

Sollen die Opfer, die schweren Opfer an Gut und Blut, die wir für unsere Kolonien gebracht haben, den Kolonien und dem Vaterland zum Segen gereichen, oder sollen sie umsonst gebracht sein?

Eine Regierung kann sich nicht von Parteien und Parlament vorschreiben lassen, wie viele Truppen sie für kriegerische Operationen braucht.

(Widerspruch links. Sehr richtig! rechts.)

Wohin, meine Herren, soll es führen, wenn sich bei uns die Gewohnheit einbürgerte, militärische Maßnahmen im Kriegszustande, deren richtige Durchführung entscheidend ist für Leben und Gesundheit unserer Truppen, für unsere Waffenehre, unter Umständen für Wohl und Wehe und Zukunft des ganzen Landes, von Fraktionsbeschlüssen oder Parteirücksichten abhängig zu machen!

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Meine Herren, da draußen stehen unsere Soldaten, das sind Deutsche, die haben gekämpft, die haben Anstrengungen erduldet, die sind im Begriff, den letzten Widerstand, die letzten Reste des Gegners niederzuringen: sollen sie nun etwa zurück, weil die Regierung aus Kleinmut, weil eine kleinmütige Regierung aus Scheu vor parlamentarischen oder Parteirücksichten ihren Heldenmut vor dem Feinde im Stich läßt?

(Lebhaftes Bravo rechts.)

Meine Herren, was haben andere Völker für Kolonialkriege geführt, Engländer, Franzosen, Holländer, und haben nicht mit der Wimper gezuckt! Soll sich das deutsche Volk kleiner zeigen, soll das deutsche Volk kleiner dastehen als andere Völker? Das ist die Frage, auf welche die Verbündeten Regierungen eine Antwort wünschen, eine Antwort fordern klipp und klar!

(Sehr wahr! rechts.)

Wir können bedauern, meine Herren, daß der Aufstand ausgebrochen ist, daß er uns so viel Menschenleben, daß er uns so große Summen gekostet hat. Wir können das bedauern, aber zurück können wir nicht. Wir müssen durchhalten!

Meine Herren, man hat mir das Wort in den Mund gelegt: nur keine innere Krise! Ich habe das alberne Wort dementieren lassen. Es kehrt immer wieder zurück. In Wirklichkeit habe ich natürlich nie etwas Derartiges gesagt.

(Hört! hört! rechts.)

Es gibt Situationen, wo ein Zurückschrecken vor Krisen ein Mangel an Mut, ein Mangel an Pflichtgefühl wäre.

(Lebhaftes Bravo rechts und bei den Nationalliberalen.)

Wenn Sie wollen, haben Sie die Krisis!

(Bravo! rechts.)

Parteien können Forderungen annehmen oder ablehnen; denn sie tragen keine Verantwortung.

(Oho!)

— Sie tragen keine Verantwortung! Die Regierung darf sich nicht vor Wünschen und Interessen einzelner Parteien beugen, wenn ihre höchste Aufgabe, die nationale, in Frage steht.

(Bravo! rechts.)

Man hat mir ferner vor einigen Minuten das Gerücht zugetragen, in dieser Frage schöbe ich nicht, sondern ich würde geschoben, ich gäbe nur Direktiven der obersten Stelle nach, der südwestafrikanische Guerillakrieg sei eine Art militaristischer Sport. Meine Herren, das ist eine dreiste Unwahrheit. Niemand drängt mich, niemand schiebt mich. Ich brauche gar keine Direktive, um zu erkennen, daß hier nationale Notwendigkeiten vorliegen

(lebhafter Beifall rechts),

und darnach, lediglich darnach zu verfahren.

Es handelt sich nicht im entferntesten um eine Frage des inneren Regiments, es handelt sich nicht um Gegensätze des parlamentarischen und des persönlichen Willens. Es handelt sich um die vom Reichskanzler nach gewissenhafter Prüfung vertretene Überzeugung der Verbündeten Regierungen. Es handelt sich um unsere ganze kolonialpolitische Stellung

(sehr richtig! rechts und bei den Nationalliberalen),

um mehr als das, um unsere Stellung in der Welt.

(Widerspruch bei den Sozialdemokraten.)

Glauben Sie, meine Herren, daß so was keine Rückwirkung auf das Ausland hat?

(Sehr richtig! rechts.)

Was würde es für einen Eindruck machen, im Innern und nach außen, wenn die Regierung in einer solchen Lage, in einer solchen Frage kapitulieren und nicht die Kraft in sich finden sollte, ihre nationale Pflicht zu erfüllen.

(Lebhafter Beifall rechts und links.)

Wir werden unsere Pflicht tun — im Vertrauen auf das deutsche Volk!

(Stürmischer anhaltender Beifall. — Zischen bei den Sozialdemokraten.)

Bei der nun vorgenommenen namentlichen Abstimmung wurde zuerst der oben erwähnte freisinnige Antrag mit 175 gegen 171 Stimmen abgelehnt, darauf — ebenfalls in namentlicher Abstimmung — die Regierungsvorlage mit 177 gegen 168 Stimmen.

Nunmehr erhebt sich der Reichskanzler von seinem Platze.

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Ich habe dem Reichstag eine Kaiserliche Verordnung mitzuteilen.

(Das Haus erhebt sich. — Stürmischer Beifall und Händeklatschen im Hause und auf den Tribünen.)

Präsident:

Ich bitte, nicht mit den Händen zu klatschen!

(Zurufe von verschiedenen Seiten: Tribünen!)

Reichskanzler Fürst von Bülow:

Die Kaiserliche Verordnung lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw., verordnen auf Grund des nach Art. 24 der Reichsverfassung vom Bundesrat unter Unserer Zustimmung gefaßten Beschlusses, im Namen des Reichs, was folgt:

Der Reichstag wird hierdurch aufgelöst.

(Große Erregung auf allen Seiten des Hauses.)

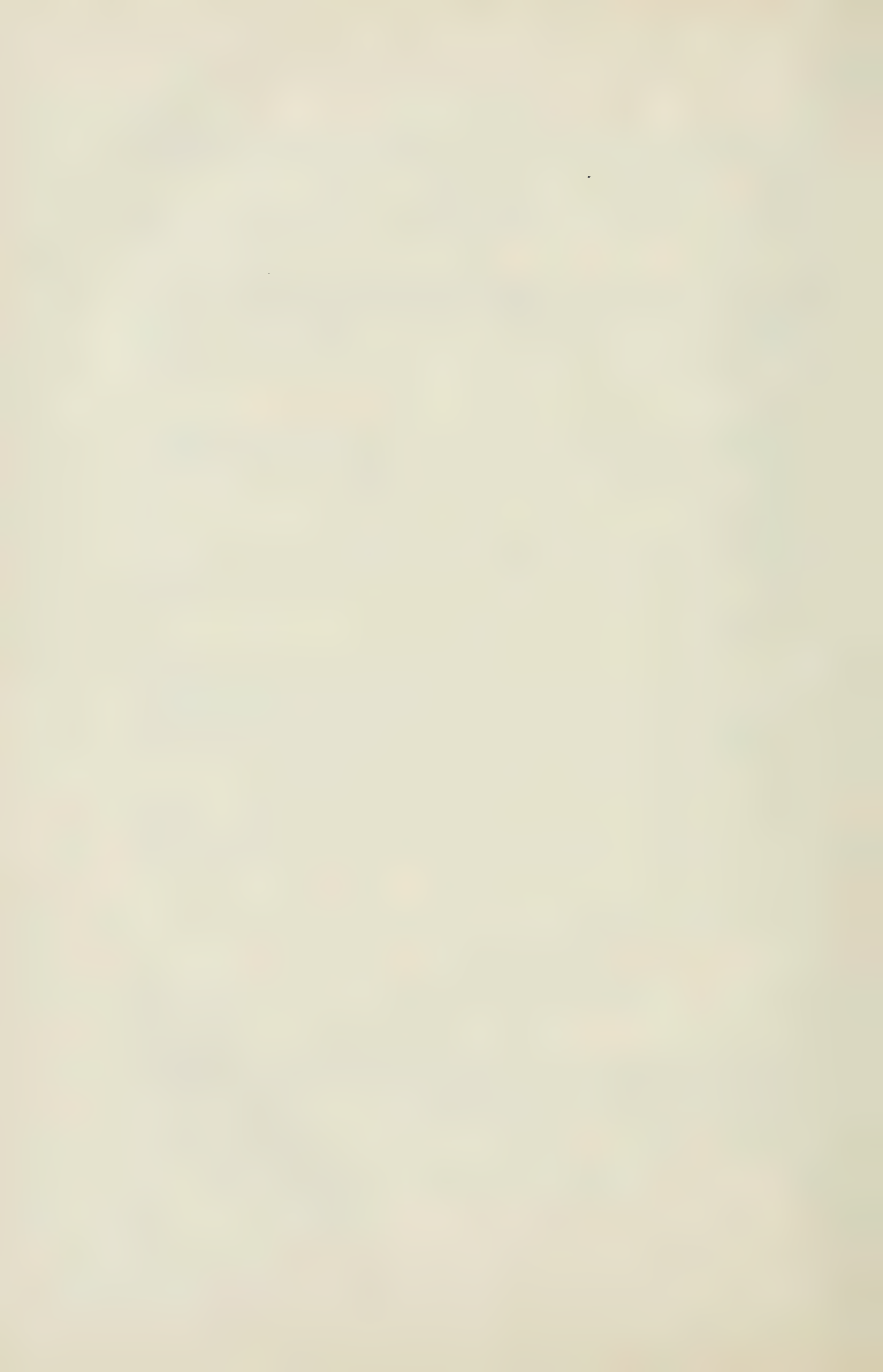
Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Bückeburg, den 13. Dezember 1906.

(Gez.) Wilhelm.

(Gegengezeichnet) Bülow.

Auf Grund dieser Kaiserlichen Verordnung erkläre ich im Namen der Verbündeten Regierungen auf Befehl Seiner Majestät des Kaisers die Sitzungen des Reichstags für geschlossen.



Anhang.

Urkundliche Beiträge.



I. Alldeutscher Verband und die Eisenbahn Dar es Salam-Mrogoro.

Der Alldeutsche Verband hatte kurz vor Beginn des letzten Abschnittes der Session Eingaben an den Reichskanzler und an die Vorstände der nationalen Fraktionen gerichtet mit der Bitte um Verabschiedung des Gesetzentwurfes über die ostafrikanische Eisenbahn noch in der laufenden Session. Vom Reichskanzler ging dem Verbande darauf folgende Antwort zu:

Berlin, den 27. April 1903.

Der Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes erwidere ich auf das gefällige Schreiben vom 15. d. M. ergebenst, daß, wenn der Reichstag den ihm vor zwei Jahren vorgelegten Gesetzentwurf wegen Übernahme einer Zinsgarantie für den Bau einer Eisenbahn von Dar es Salâm nach Mrogoro auch in seiner jetzt zu Ende gehenden Tagung nicht erledigen wird, daran allein der Umstand schuld ist, daß innerhalb des Reichstags eine Mehrheit für Annahme des Gesetzentwurfes nicht zu gewinnen war. Eine Verantwortung wird die Verbündeten Regierungen hierfür um so weniger treffen können, als dieselben sich bewußt sind, alles getan zu haben, ihrerseits die Angelegenheit zu fördern.

Ich persönlich habe nie einen Zweifel über das große und besondere Interesse gelassen, das ich an dem Bau von Eisenbahnen in unseren Kolonien, namentlich an der Bahn von Dar es Salâm nach Mrogoro, nehme, und bin, worauf die Hauptleitung in ihrem Schreiben selbst Bezug nimmt, in der Sitzung des Reichstages vom 24. April 1901 mit nicht mißzuverstehender Deutlichkeit für die Annahme der Vorlage selbst eingetreten.[1]) Schon damals sind im Reichstage von mir alle die sachlichen Gründe hervorgehoben worden, die den Bau der Bahn als unentbehrlich für die Entwicklung des Schutzgebietes erscheinen lassen, und ich stehe auch heute auf dem Boden dessen, was ich damals gesagt habe.

Die Frage, wie die Angelegenheit gegenüber der ablehnenden Haltung der Mehrheit des Reichstages in der laufenden Tagung zu behandeln sei und welche Maßnahmen etwa zu treffen oder nicht zu treffen seien,

---

[1]) Vgl. Bd. I, S. 218ff.

um die Aussichten der Vorlage für die Zukunft nicht auf das Spiel zu setzen, ist von mir auf das ernstlichste erwogen worden. Daß hierbei Rücksichten auf die innerpolitische Gesamtlage und die Parteiverhältnisse zu nehmen waren, wird von dem Mitgliede des Reichstages, das das Schreiben der Hauptleitung mit unterschrieben hat, am wenigsten verkannt werden können. Die Angelegenheit wird, wie der Direktor der Kolonialabteilung in der Sitzung des Reichstages vom 21. März d. J. bereits angekündigt hat, den neuen Reichstag beschäftigen, der sich, wie ich hoffe, der Pflicht nicht entziehen wird, sie erneut zu prüfen und in richtiger Erkenntnis der Bedürfnisse unseres ostafrikanischen Schutzgebietes zu erledigen.

Der Reichskanzler.
(gez.) Bülow.

An
die Hauptleitung des Alldeutschen Verbandes
z. H. des Herrn Professor Dr. Hasse,
Mitglied des Reichstages
Hochwohlgeboren.
Berlin.

II. Graf Bülow Ehrenbürger von Bromberg.

Am 24. Juni 1903 überbrachten Oberbürgermeister Knobloch und Stadtverordnetenvorsteher Professor Dr. Bratsch aus Bromberg dem Reichskanzler den Ehrenbürgerbief dieser Stadt.

Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters erwiderte der Reichskanzler mit herzlichem Dank, daß die beiden Herren die weite Reise nicht gescheut hätten, um ihm persönlich den Ehrenbürgerbrief zu überbringen. Er betrachte es als hohe Ehre, mit der Stadt Bromberg so eng verbunden zu sein. Er danke auch besonders für die künstlerische Ausführung der Urkunde, welche ihm den schönen Inhalt noch wertvoller mache. Da treffe das Wort von Goethe zu: „Goldne Äpfel in silbernen Schalen". Es sei ihm eine Freude gewesen, sich für die kulturelle und industrielle Entwicklung von Bromberg einsetzen zu können, denn er wisse, daß die von ihm geleitete und vertretene Ostmarkenpolitik der Preußischen Staatsregierung gerade bei der Bürgerschaft der Stadt

Bromberg verständnisvolle Unterstützung finde. Die Stadt Bromberg habe den Unterschied zwischen deutscher und polnischer Herrschaft an ihrem eigenen Leibe erfahren. Vom Deutschen Orden angelegt, sei Bromberg unter der Herrschaft dieses Ordens ein blühendes Gemeinwesen gewesen. Als aber an einem der traurigsten und verhängnisvollsten Tage der Deutschen Geschichte der Deutsche Orden zusammenbrach, sei mit ihm und mit der Sache des Deutschtums im Osten auch Bromberg gesunken.

Als der Große König den Netzedistrikt wieder für Preußen und Deutschland gewann, sei Bromberg, um mit den Worten des Königs zu reden, ein Stück Wüstenei gewesen, mit kaum 1000 Einwohnern. Der Oberbürgermeister habe mit Recht erinnert an das, was Bromberg dem großen König verdanke. Er habe auch Beweggründe wie Ziele unserer heutigen Ostmarkenpolitik richtig gekennzeichnet.

An dieser Ostmarkenpolitik würde unbeirrt festgehalten werden. Wir bildeten uns nicht ein, daß der historische Kampf, den das Deutschtum im Osten mit seinen Gegnern führen müsse, von heute auf morgen beendet werden könne. Wenn aber von deutscher Seite von oben und unten weiter stetig, mutig und geduldig gearbeitet werde, würden die Früchte nicht ausbleiben.

Der Reichskanzler schloß mit dem Ausdruck des Dankes für die freundliche Anerkennung und Hilfe, die er in Bromberg finde und die er mit den besten Wünschen für das weitere Aufblühen der Stadt erwidere.[1])

III. Kölner Männergesangverein „Polyhymnia".

Am Sonntag, den 2. August 1903, brachte der Kölner Männergesangverein „Polyhymnia" im Kurgarten von Norderney dem Reichskanzler und der Gräfin Bülow ein Ständchen. Der Reichskanzler antwortete auf die Ansprache des Präsidenten des Gesangvereins folgendes:

Meine Herren, ich danke Ihrem Herrn Vorsitzenden für seine gütige Rede und seine anerkennenden Worte. Ich danke Ihnen allen, daß Sie so schön gesungen haben. Von Kölner Sängern und ganz besonders

---

[1]) Nordd. Allg. Ztg. vom 25. Juni 1903.

von Ihrem Verein war man berechtigt, Vorzügliches zu erwarten. Sie haben diese Erwartungen aber noch übertroffen, und wenn ich eine Zensur auszuteilen hätte, so würden Sie Ia bekommen. Das ist wenigstens die Ansicht meiner Frau, auf die ich in musikalischen Dingen gern requiriere. Von Musik verstehe ich selbst nicht viel. Wo das musikalische Gebiet beginnt, hört bei mir das eigene Urteil auf. Wenn ein Minister eine Sache nicht kennt, dann holt er sich einen Geheimen Hofrat. Mein Geheimer Hofrat ist in musikalischen Dingen meine Frau, und ich habe das größte Vertrauen zu ihr. Sie war von Ihrem Gesange ganz entzückt.

Was ich aber, meine Herren, sehr wohl verstehe und zu würdigen weiß, das ist die freundliche Gesinnung, die Sie zu mir geführt hat, und womit ich ganz einverstanden bin, ist, daß Sie nach Norderney gekommen sind; denn ich bin schon ganz Norderneyer geworden; ich freue mich über jeden Gast, der auf der Insel landet; aber über die Rheinländer und über die Kölner freuen wir uns ganz besonders. Denn mit dem Rhein und mit der Stadt Köln ist es etwas ganz Besonderes.

Der Rhein, dessen Reize Sie so schön besungen haben, der Rhein ist uns allen sehr ans Herz gewachsen, und die Stadt Köln haben wir alle gern. Sie haben den Kölner Dom, das herrlichste Gotteshaus im deutschen Lande und in der ganzen Welt, und Ihren schönen Karneval, den hat keine andere Stadt, und Sie haben die Flora und das „Kölnische Wasser“ und die Kölnischen Jungen. Aber Sie haben auch ein mächtiges, emporstrebendes Gemeinwesen in Köln, der Metropole am Niederrhein. Die Kölner Bürgerschaft zeichnet sich vor allem aus durch echt deutsche Gesinnung. Das war schon vor 30 Jahren der Fall, als ich in Bonn weilte, nahe bei Köln, und daß das heute noch so ist, das haben die Worte bewiesen, die Sie an mich gerichtet haben.

Meine Herren, das deutsche Lied hat eine bedeutsame Rolle gespielt in der Geschichte der deutschen Einigung. Es ist ein einigendes Bindeglied, ein Bindemittel gewesen zwischen den deutschen Stämmen, und als uns vor hundert Jahren die Fremden alles genommen hatten, das deutsche Lied mußten sie uns lassen, und das hat dazu beigetragen, Haß, Zwietracht, Mißgunst und Neid niederzuringen. Halten Sie fest am deutschen Lied, seine Aufgabe ist noch nicht erschöpft, noch nicht erfüllt.

Und so hoffe ich, daß es Ihnen wohlgefallen möge hier in Norderney und daß sie gern wiederkommen an das Gestade der Nordsee. Sie

folgen damit nur dem Beispiel des Vater Rhein, der auch immer wieder nach Norden läuft und sich in die Nordsee ergießt.

Nochmals, meine Herren, herzlichen Dank, auch im Namen meiner Frau!

IV. Volkswirtschaft.

Professor Schmoller hatte dem Reichskanzler einen von ihm in der Hauptversammlung deutscher Ingenieure in München am 30. Juni 1903 gehaltenen Vortrag: „Über das Maschinenzeitalter in seinem Zusammenhange mit dem Volkswohlstand und der sozialen Verfassung der Volkswirtschaft“ übersandt. Fürst Bülow dankte mit dem nachstehenden Schreiben:

Berlin, 14. August 1903.

Sehr verehrter Herr Professor!

Für Ihre freundlichen Zeilen vom 8. August d. J. wie für die beigefügte Broschüre spreche ich Ihnen meinen verbindlichsten Dank aus. Ich habe nicht nur die letzte Seite der Broschüre angesehen oder mir über ihren Inhalt Vortrag halten lassen, sondern die Schrift selbst von der ersten bis zur letzten Seite mit lebhaftem Interesse gelesen.

Vor über 20 Jahren habe ich an einem stillen Morgen im Walde von St. Germain bei Paris Ihren Aufsatz über Zwecke und Ziele des Jahrbuchs für Gesetzgebung, Verwaltung und Volkswirtschaft im Deutschen Reiche gelesen, lange bevor ich die Ehre hatte, Sie kennen zu lernen. Dieser Aufsatz ist für viele meiner Anschauungen auf wirtschaftlichem und sozialpolitischen Gebiete von wesentlichem Einflusse gewesen.

In Ihrem Münchener Vortrage vom 30. Juni d. J. haben Sie mit der Ihnen eigenen staunenswerten Fülle der Kenntnisse, in wahrhaft wissenschaftlicher Objektivität und mit weitem Blick die großen Aufgaben entwickelt, welche in unserer Zeit der Staatsleitung gegenüber den Klassenkämpfen obliegen. Wie schwierig diese Aufgaben sind, vermag Ihnen niemand besser nachzufühlen als ich, der ich im täglichen Kampfe mich mit ihnen zu beschäftigen habe. Sie sind nur im Zeichen de Gerechtigkeit und in ruhiger Besonnenheit zu lösen. Wer sich zu dieser Auffassung bekennt, wird manchen Angriffen von rechts und links ausgesetzt sein. Judaeis scandalum, Graecis stultitia. Um so mehr ist es

mir eine Freude gewesen, mich von einem so hervorragenden Gelehrten, wie Sie es sind, verstanden und unterstützt zu wissen.

Mit dem Ausdruck ausgezeichnetster Hochachtung bin ich

ergebenst

(gez.) Bülow.

V. Trinkspruch in Dresden.

Auf der Rückreise von Wien besuchte der Reichskanzler am 23. September 1903 die Städteausstellung in Dresden. Bei einem Frühstück, das zu Ehren des Reichskanzlers im Ausstellungsgebäude stattfand, dankte Oberbürgermeister Beutler dem Reichskanzler für seinen Besuch; er hoffe, Graf Bülow werde von den Bestrebungen der Ausstellung befriedigt sein. Er gab dem Vertrauen Ausdruck, daß städtische Wohlfahrt und kommunale Bestrebungen bei der Regierung Unterstützung und Förderung finden würden.

Graf Bülow antwortete:

Ich danke Ihnen für Ihre so freundliche Begrüßung, danke für alles Schöne, was ich hier gesehen habe, und danke vor allem für die Ehre, die Sie mir durch die Übertragung des Ehrenvorsitzes der Deutschen Städteausstellung erwiesen haben. Es ist mir eine besondere Freude gewesen, durch meinen Besuch der Ausstellung Zeugnis abzulegen für den hohen Wert, den die Regierung auf die Entwicklung der städtischen Gemeinwesen legt. Das glänzende Bild, das die Ausstellung bietet, muß nicht nur bei mir, sondern bei jedem Besucher die Hochachtung vor den hervorragenden Leistungen der deutschen Städte noch verstärken.

Die deutschen Städte sind seit den Tagen König Heinrichs, des Städtegründers, ein Hort deutschen Handels und Wandels, deutscher Bildung, deutscher geistiger Freiheit gewesen. In einem schönen Gedicht hat Max von Schenkendorf vor fast hundert Jahren die Bedeutung der deutschen Städte für Geschichte und Leben der Nation besungen. Zu jener Zeit fingen die deutschen Städte erst an, sich von den schweren Wunden zu erholen, die innere und äußere Kämpfe ihnen geschlagen hatten, bis zum dreißigjährigen Kriege zurück. Jetzt, seit der Neugründung des Deutschen Reiches, haben des Reiches Städte einen Aufschwung genommen, der auch die Blütezeit des 15. und 16. Jahrhunderts übertrifft.

Die Deutsche Städteausstellung und der Rahmen, der sie umgibt, die Stadt Dresden, zeigen uns diese neue Blüte: die Ausstellung mit ihrem reichen Material auf allen Gebieten des städtischen Lebens, das schöne Dresden, das ein erlauchter Geist, Herder, das deutsche Florenz genannt hat, mit seinen großartigen modernen Bauwerken und seinen unvergänglichen Schätzen der Kunst daneben, ein Sinnbild der Verbindung alter Kultur mit rüstigem Vorwärtsschreiten.

Eines, meine Herren, möchte ich bei meinem Besuch der Ausstellung noch hervorheben: daß sie mir wieder den Umfang der Aufgaben klar vor Augen geführt hat, die namentlich auf sozialpolitischem Gebiet den Städteverwaltungen heute obliegen. Wieviel zur Lösung dieser Aufgaben schon geschehen ist, beweist die Dresdener Städteausstellung. Aber gerade auf diesem Gebiet wird uns und unseren Nachkommen noch viel zu leisten geboten sein.

Vor fast allen Ländern besitzt Deutschland eine besonders reiche Anzahl großer Städte. Die Männer, die an der Spitze dieser Städte stehen, dürfen wir mit Stolz zu den besten Arbeitern im Dienste des Gemeinwohls zählen. Aus diesen Kreisen der Städteverwaltung sind Männer hervorgegangen, die sich in anderen leitenden Stellungen als erstklassige Diener ihres Staates bewährt haben, und ich denke, wir werden noch manchen Bürgermeister als Minister oder Oberpräsidenten erleben.

Ich leere den Becher, den Sie mir kredenzt haben, auf das Wohl unserer ausgezeichneten Städteverwaltungen, auf das Wachsen, Blühen und Gedeihen des Gemeinsinnes der deutschen Städte.

VI. Taufe des Linienschiffs „Preußen".

Auf der Werft des Stettiner Vulkan fand am 31. Oktober 1903 Taufe und Stapellauf des Linienschiffes K statt in Gegenwart des Kaiserpaares, des Staatssekretärs von Tirpitz, des Kommandierenden Generals General der Kavallerie von Langenbeck und des Oberpräsidenten Freiherrn von Maltzahn. Die Taufrede hielt der Reichskanzler Graf von Bülow.

Sie lautete:

Euere Majestäten! Meine Herren!

Am 22. November 1873, vor beinahe dreißig Jahren weilte hier auf der Werft des „Vulkan" das deutsche Kronprinzenpaar mit seinen

beiden ältesten Söhnen. Eine nach dem damaligen Stand der Technik erstklassige Panzerfregatte ging zu Wasser und empfing aus dem Munde der Frau Kronprinzessin den Namen „Preußen". Neben der Kronprinzessin stand, hochaufgerichtet im herbstlichen Schneegestöber, der Sieger von Wörth. Dem ablaufenden Schiffe aber folgten die Blicke des jugendlichen Prinzen, der später als Kaiser sich die Aufgabe stellen sollte, unter sorgsamer Verwertung der überkommenen Grundlagen die neue Flotte zu schaffen, die das über die Bedeutung eines festländischen Staates hinauswachsende Deutsche Reich nicht entbehren kann.

Die alte, nur noch als Hafenschiff verwendete „Preußen" war wohl auf einer deutschen Werft, aber noch nach fremdem Muster und nach dem Plan eines ausländischen Schiffsbauers entstanden. Heute liegt vor unseren Augen fertig zur Entlassung in sein Element, der Körper eines mächtigen Linienschiffes von rein deutscher Bauart, ein Zeugnis deutschen Könnens, ein Preis der heimischen Arbeit, woran von den Ideen des leitenden Ingenieurs bis zum Hammerschlag des braven Werkmannes viele fleißige Köpfe und Hände teil haben. Beim Vergleich jenes Stapellaufs aus dem Jahre 1873 mit unserem heutigen Stapellauf dürfen wir ohne Ruhmredigkeit sagen: es geht vorwärts mit der deutschen Flotte, vorwärts durch die bahnbrechende Kraft kaiserlicher Initiative, durch die bundesfreudige Mithilfe der Landesfürsten, durch die patriotische und opferwillige Haltung des Reichstags, durch die Grundstimmung des deutschen Volks, das mit seiner parlamentarischen Vertretung, seinen Fürsten und seinem Kaiser sich über die Unmöglichkeit klar ist, das nationale Leben in binnenländische Schranken zurückzudämmen.

Es liegt in der allgemeinen Entwicklung unserer Tage, auf den Gewässern des Erdballs die Berührungen zwischen den Kriegsschiffen der Seefahrt treibenden Staaten zu vermehren. Ich glaube, das ist eine erfreuliche Eigentümlichkeit der modernen Zeit zur Erziehung der Völker, zum Vorteil ihrer Umgangssitten und zur Stärkung der Friedensliebe. Wie die Diplomatie, so besitzt ja auch die Marine durchgebildete internationale Verkehrsformen. Auch sie ist ein völkerverbindendes Element. Man lernt sich höher achten, wenn man auf See oder an fremden Gestaden im Dienste der Zivilisation und für Forderungen des Völkerrechts sich im Schmuck blanker Wehr begegnet, wenn gleichsam bewegliche Machtinseln der Kulturstaaten auf freiem Meer nebeneinander kreisen, Grüße austauschen und gemeinsame Aufgaben erfüllen. Wie aber schon nach nüchterner Rechtsanschauung die deutschen Kriegs-

schiffe schwimmende Gebietsteile des Reiches sind, so gelten sie auch unserem Herzen als ein Stück Deutschland. Und wie jeder vom Stapel laufende Panzer nach vollendeter Ausrüstung mit seinen Offizieren und Mannschaften eine deutsche Welt im kleinen ist, eine Summe vieler Tüchtigkeiten, so folgt ihm auf seinen Fahrten eine reiche Fülle menschlicher, dienstlicher, staatlicher Beziehungen: sorgende und hoffende Liebe von Eltern und Kindern, von Frauen und Bräuten, Wünsche der Kameraden, Befehle der Vorgesetzten, Berechnungen der Politik, das Machtgebot des obersten Kriegsherrn, die Ehre der Nation. Deshalb ist uns ein solches Schiff keine bloße Nummer, sondern von dem Augenblick ab, wo es zu Wasser gleitet, erscheint es uns als ein beseeltes Wesen, das sein Eigenleben führt.

Fern im Osten, zwischen Weichsel und Memel, wohnte ein heidnischer Stamm, den die Tapferkeit und die staatenbildende Kraft deutscher Ritter in mehr als halbhundertjährigen Kämpfen deutscher Ordnung unterwarf. Als an einem der unglücklichsten Tage der deutschen Geschichte der Deutsche Orden zusammenbrach, blieb ein kleiner Teil erhalten, der sich auch in trüber Zeit und fremder Abhängigkeit deutsche Sprache und Sitte wahrte, bis der Stern der Hohenzollern über ihm aufging. Und als die Hohenzollern den Kurhut mit der Königskrone vertauschten, erhielt das neue Königreich den Namen des alten viel umstrittenen Ordenslandes. Kaum ein anderer Name wäre geeigneter für ein Fahrzeug, das gegen Wind und Wellen kämpfen soll. Denn der Staat, der diesen Namen trägt, von Anbeginn an bedroht, gefürchtet, gehaßt, aber auch geliebt und hoch gehalten von seinen Söhnen mit Anspannung aller Kräfte wie wenige, war oft von Stürmen umbraust, hat aber mit Gottes Hilfe alle Stürme schließlich immer siegreich überstanden. Sie haben uns oft bedränget von unserer Jugend auf, aber sie haben uns nicht übermocht. Möge für unser jüngstes Linienschiff das Leben lang, glücklich, ehrenvoll sein, würdig des stolzen und ruhmreichen Namens, den Euere Majestät ihm jetzt geben wollen.

Nach der Ansprache des Reichskanzlers sagte Ihre Majestät die Kaiserin mit lauter Stimme:

„Auf Befehl Sr. Majestät des Kaisers und Königs taufe ich dich:

„P r e u ß e n.“

VII. Mommsens Tod.

Telegramm an Frau Professor Mommsen in Charlottenburg.

Berlin, 1. November 1903.

Lassen Sie mich meine und meiner Frau innige Teilnahme an einem Verlust bezeugen, der mit der herben Trauer, die er Ihnen und Ihren Kindern bringt, auch unsere Wissenschaft und unser nationale Kultur schwer getroffen hat. Die Bedeutung Theodor Mommsens ist damit nicht erschöpft, daß es ihm vergönnt war, als Geschichtschreiber, als Altertumsforscher, als Rechtslehrer unter der Bewunderung des Auslandes den Ruhm deutscher Gelehrsamkeit zu mehren. Die Universalität seiner Geistesrichtung, das Mitleben und Mitstreben in den Gedanken der Zeit, die Bewahrung eines feurigen Jugendmutes im Kampf für seine Überzeugungen stellen diesen edlen Toten in den Kreis derer, die wir große Europäer nennen und gern als Vorläufer einer reicheren Zukunft verehren!

(gez.) Graf Bülow.

VIII. Fünfzigjähriges Dienstjubiläum des Reichsbankdirektors Wirklichen Geheimrats Dr. Koch.

Am 2. November 1903 feierte der Reichsbankdirektor Dr. Koch sein fünfzigjähriges Dienstjubiläum. An dem aus diesem Anlaß veranstalteten Festmahl nahm der Reichskanzler teil und hielt folgende Ansprache:

Gestatten Sie mir, meine Herren, für mich und meine Kollegen von der Regierung dem Reichsbank-Direktorium zu danken, das uns durch seine liebenswürdige Aufforderung Gelegenheit gegeben hat, an der Feier des 50jährigen Dienstjubiläums Seiner Exzellenz des Herrn Präsidenten Dr. Koch persönlich teilzunehmen. Gern vereinigen wir uns mit Ihnen, um den Ehrentag des trefflichen Mannes zu feiern, dessen Lebensarbeit sich im Herzen des deutschen Geldverkehrs vollzogen hat. Ich darf es der berufenen Kennerschaft des Herrn Staatssekretärs des Reichsschatzamts überlassen, die Verdienste unseres verehrten Jubilars um die Entwicklung des Reichsbankwesens näher zu würdigen. Ich möchte für meinen Teil Seine Exzellenz den Herrn Präsidenten nur als

lebenden Zeugen und Mitbegründer des gewaltigen Aufschwungs in Anspruch nehmen, der sich ausprägt in dem Unterschied zwischen den Ziffern der deutschen Geldwirtschaft beim Beginn der Laufbahn unseres Dr. Koch und dem gegenwärtigen Geschäftsumfang der Reichsbank.

Meine Herren, die Grundlage, auf der solche Erfolge möglich waren, ist die gesamte Beschaffenheit unserer Volkswirtschaft. Ich glaube — und ich hoffe mich dabei in Übereinstimmung mit Ihrem Urteil zu befinden —, daß diese Grundlage gesund und lebensfähig ist, daß sie uns weitere Fortschritte verspricht, nicht in irgend einem Zukunftsstaat, sondern innerhalb der tüchtigen Wirklichkeit des Deutschen Reichs.

(Bravo.)

Zum Hohn auf alle Verelendungstheorien erfreut sich unser Volk als Ganzes trotz mancher Krisen bis in immer breitere Schichten hinein einer Lebenshaltung, wie sie ihm in seiner Vergangenheit für die große Masse der Nation niemals beschieden war. Die Kräfte zu diesem Aufblühen hat Deutschland aus seiner großstaatlichen Zusammenfassung gewonnen, aus der inneren und äußeren Sicherheit, die ihm das Reich gebracht hat.

Nicht als äußerlichen Prunk, als ein Schaustück, das man nach Belieben haben oder nicht haben mag, auch nicht bloß als Verwirklichung einer idealistischen Sehnsucht, sondern als eine zwingende historische Notwendigkeit, als die conditio sine qua non für Deutschlands Zukunft ehren wir die am 18. Januar 1871 erneuerte Krone.

Nicht bloß die politische und nationale Einheit, auch die materielle Wohlfahrt unseres Volkes hängt am deutschen Kaisertum der Hohenzollern. Lassen Sie uns auch bei diesem Feste an erster Stelle des Mannes gedenken, der mit frischem Mut und hohem Sinn über den deutschen Geschicken waltet, der mir noch jüngst, als seinem Hause abenteuerliche, über die Reichsgrenzen hinausgreifende Pläne nachgesagt wurden, geschrieben hat: „Ich und meine Söhne gehören dem deutschen Volke.“ Seine Majestät der Kaiser und König lebe hoch!

(Lebhafter andauernder Beifall.)

IX. Deutscher Arbeiterkongreß in Frankfurt a. M.

Am 13. Dezember 1903 empfing der Reichskanzler die Deputation, die vom deutschen Arbeiterkongreß in Frankfurt a. M. beauftragt worden war, die Beschlüsse des Kongresses dem Reichskanzler zu überbringen. Die Deputation bestand aus den beiden Vorsitzenden des Kongresses: Herrn Franz Behrens-Berlin, Evangelische Arbeiter-Vereine, Geschäftsführer des deutschen Gärtner-Verbandes, Adam Stegerwald-Köln, Generalsekretär des Gesamtverbandes christlicher Gewerkschaften; ferner den drei Referenten des Kongresses: Mathias Schiffer-Krefeld, Vorsitzendem des Zentralverbandes christlicher Textilarbeiter, Bürgerschaftsmitglied Wilhelm Schack-Hamburg, Vorsitzendem des deutsch-nationalen Handlungsgehilfen-Verbandes, Johann Giesberts-M.-Gladbach, Arbeitersekretär der katholischen Arbeiter-Vereine Westdeutschlands und dem Landtagsabgeordneten Karl Schirmer-München-Pasing, Vertreter der süddeutschen Eisenbahn- und Postbediensteten-Verbände. Der Sprecher der Deputation Herr Behrens erwähnte in seiner Ansprache, daß sich die nationaldenkende und christliche Arbeiterschaft zum ersten Male in Frankfurt zu gemeinsamen sozialpolitischen Beratungen zusammengefunden hätte. Der Kongreß habe das auf dem Gebiete der Arbeiterversicherung und des Arbeiterschutzes bereits Erreichte dankbar anerkannt, zugleich aber bestimmte Wünsche für den weiteren Ausbau des Koalitionsrechts, für die Rechtsfähigkeit der Berufsvereine und für Errichtung paritätischer Arbeitskammern formuliert. Die Ansprache schloß mit der Versicherung, daß die Auftraggeber der Deputation von herzlicher Treue und Liebe zu Kaiser und Vaterland erfüllt seien.

Die Antwort des Reichskanzlers lautete:

Meine Herren, ich freue mich, Sie hier zu sehen und ich danke Ihnen, daß Sie durch Ihren Besuch mir Gelegenheit geben, Sie persönlich kennen zu lernen.

Ihr Frankfurter Kongreß war für mich eine willkommene Erscheinung. Ich habe mir über den Verlauf der dort gepflogenen Beratungen eingehend Bericht erstatten lassen. Als die Wahl des richtigen Weges begrüße ich es, daß die in Frankfurt versammelten Arbeitervertreter sich an Seine Majestät den Kaiser gewandt haben. Nur auf gesetzlichem Wege, unter dem Schutz der Monarchie und auf dem Boden der Solidarität aller Staatsbürger ist ein wirklicher und dauernder Fortschritt für die deutschen Arbeiter möglich.

Unbeirrt durch Gegenströmungen von links und rechts hält das Oberhaupt des Reichs daran fest, daß es zu seinen für Deutschlands Zukunft wichtigsten Aufgaben gehört, die Wohlfahrt der deutschen Arbeiter zu fördern und ihr Vorwärtsstreben innerhalb der notwendigen Unterordnung auch der Arbeiterinteressen unter das Gemeinwohl mit Kaiserlichem Gerechtigkeitssinn zu unterstützen. Es ist ein bleibender

Ruhmestitel unseres deutschen Kaisertums, daß es unter allen staatlichen Machtgebilden zuerst und aus freiem Antrieb die Initiative zur Einführung gesetzlicher Schutzmaßregeln für Arbeiter ergriffen und eine Reihe von Fürsorgeeinrichtungen ins Leben gerufen hat, die in anderen Kulturländern noch nicht verwirklicht sind.

Die letzten 20 Jahre haben bei uns den arbeitenden Klassen gegen früher wesentliche Verbesserungen ihrer wirtschaftlichen Lage gebracht und an dem Ausbau der grundlegenden Gesetzgebung wird stetig fortgearbeitet. Wenn irgend jemand dem werktätigen Deutschen die Erreichung einer Lebenshaltung wünscht, die ihn zum bestgestellten Arbeiter der Welt machen würde, so ist es unser Kaiser. Das können Sie mir glauben. Was nun die amtliche Behandlung Ihrer Resolutionen betrifft, so brauche ich Ihnen, meine Herren, die sie politisch geschulte Männer sind, nicht auseinanderzusetzen, daß ich als erster Beamter eines so föderativen Staatswesens wie das Deutsche Reich keine bindenden Zusicherungen für künftige Arbeiten der Gesetzgebung aussprechen kann, um alle Ihre Wünsche zu erfüllen.

Wohl aber will ich Ihnen versichern, daß ich die Bestrebungen verstehe und würdige, die Gleichberechtigung der Arbeiter auf dem Boden der Selbsthilfe und in staatlich geordneter Interessenvertretung noch mehr zur Geltung zu bringen, und daß ich daher für eine ernste sachliche Prüfung Ihrer Frankfurter Resolutionen Sorge tragen werde. Mögen Sie auch aus der Vergangenheit der staatlichen Arbeiterfürsorge in Deutschland das Vertrauen für die Zukunft schöpfen, daß sich die Verbündeten Regierungen ihrer sittlichen Aufgaben gegenüber den Arbeitern vollkommen bewußt und entschlossen sind, sie gewissenhaft zu erfüllen. Die Hoffnung, daß Sie, meine Herren, dieses Vertrauen mit sich fortnehmen, macht mir unser Zusammentreffen wertvoll und ich danke Ihnen nochmals, daß Sie mich aufgesucht haben.

X. Deutsches Reich und Amerika.

Der „Montreal Daily Herald“ brachte am 17. Dezember 1903 einen Bericht über eine Unterredung, die einer seiner Mitarbeiter mit dem deutschen Reichskanzler über die deutsche Politik gegenüber Amerika gehabt hatte. Anlaß dazu war ein Artikel des „New York Herald“ gewesen mit der Behauptung, daß die kolumbische Regierung in der Frage des Nicaraguakanals von Deutschland zum Widerstande gegen die Vereinigten Staaten aufgehetzt worden sei.

Nach dem kanadischen Blatte hat Graf Bülow erklärt:

Ich erinnere mich wohl, Ihnen schon Ende Juni dieses Jahres gelegentlich von Verdächtigungen, die sich an den Venezuelastreit anknüpften, die Stellung Deutschlands zu den amerikanischen Republiken auseinandergesetzt zu haben. Ich habe damals erklärt: „Politische Aspirationen haben wir in der neuen Welt überhaupt nicht.“ Diese Erklärung gilt heute genau so, wie sie vor einem halben Jahre gegolten hat und wie sie in zehn Jahren gelten wird. Damit ist aber schon gesagt, daß die Mitteilungen über sympathische Kundgebungen der deutschen Regierung gegenüber Kolumbien absolut erfunden sind. Denn in der Bekundung von Sympathien würde eine Einmischung liegen, die wiederum nur dann einen Sinn haben könnte, wenn Deutschland politische Ziele in Amerika verfolgte und sich dafür einen Stützpunkt in der neuen Welt verschaffen wollte.

Wenn unsere Interessen und wohlerworbenen Rechte verletzt werden, dann wissen wir — das hat der Venezuelafall bewiesen — unser Recht auch wahrzunehmen. Wir tun es aber nur, weil wir es müssen, nicht etwa, weil es uns besonderes Vergnügen machte, von unserer starken Wehrkraft zu Wasser und zu Lande Gebrauch zu machen. Es macht uns mehr Vergnügen, mit allen, auch den kleinen Staaten, in Frieden und Freundschaft zu leben. Ist es also nur der moralische Zwang und nicht etwa ein abenteuerlicher Sinn, der uns veranlaßt, da einzuschreiten, wo unsere Ehre und Interessen in Frage stehen, so ergibt sich daraus zur Evidenz, daß es uns nicht beikommen kann, uns einzumischen, wo unsere Interessen gar nicht berührt sind.

Für die Gefährlichkeit der Einmischung gerade in amerikanische Angelegenheiten aus purer Abenteuerlust steht mir ein lehrreiches Beispiel vor Augen. Der Stern Napoleons III. erbleichte, als er sich auf das sinnlose Abenteuer in Mexiko einließ. Für deutsche Staatsmänner ist, mag es sich um Amerika oder andere Erdgebiete handeln, die Politik der Nichteinmischung, wenn unsere Interessen nicht berührt werden, oberster Grundsatz. Eine solche Politik entbehrt des Zaubers der Romantik, sie erscheint vielleicht manchem egoistisch, aber sie trägt sehr wesentlich zur Wahrung des Weltfriedens bei, dessen Erhaltung mir ein sehr ideales Ziel zu sein scheint.

XI. Kantische Philosophie.

Anfang des Jahres 1904 hatte die „Königsberger Hartungsche Zeitung" an eine Anzahl hervorragender Vertreter des Staatsgedankens, der Wissenschaft, Dichtung und Kunst im In- und Auslande die Bitte um eine individuelle Äußerung über Kant — gewissermaßen als Manifestation des modernen Geistes dem alten großen Denker gegenüber — gerichtet.

Darauf ging u. a. am 2. Februar folgende Antwort des Reichskanzlers Grafen Bülow ein:

Wer ein rechter Kantianer sein will, muß, glaube ich, viel Selbstbescheidung, viel Demut im Anerkennen der Vernunftgrenzen, viel Ehrfurcht vor ewigen Rätseln mitbringen. Auf der Suche nach Weltanschauung laufen in unseren Tagen auch die mehr als Halbgebildeten vielfach Phantastereien in die Arme. Heilsam wäre diesem Geschlecht die Umkehr zu der Gedankenstrenge des Mannes, der gezeigt hat, daß es für metaphysische Fragen keine andere Lösung gibt, als das immer schärfere Verstehen ihrer Unlösbarkeit, der mit seinen berufenen Fortsetzern uns die Chemie der allgemeinen Begriffe lehren kann, die im täglichen Meinungsstreite so oft vermißte Klarheit und Festigkeit der Grunderkenntnisse. In diesem Sinne, nicht minder aber mit der Erinnerung daran, daß in den Schriften des großen Königsbergers die Philosophie des preußischen Pflichtbewußtseins niedergelegt ist, daß der Geist des kategorischen Imperativs die Schlachten unserer Freiheitskriege geschlagen, an Preußens Größe und Deutschlands Einheit mitgearbeitet hat und noch heute wie fernerhin nicht entbehrt werden kann, stimme ich in den Ruf ein, der neuerdings wieder durch die Reihen unserer philosophisch Gebildeten geht: Zurück zu Kant!

XII. Deutscher Landwirtschaftsrat 1904.

Das Festmahl des deutschen Landwirtschaftsrats im Jahre 1904 fand am 11. Februar im großen Saale des Hotels de Rome statt. Der Einladung zu dem Feste hatten Folge geleistet: der Reichskanzler Graf von Bülow, die Minister von Rheinbaben, von Podbielski, Frhr. von Hammerstein, der Präsident des Reichstages Graf von Ballestrem, der Staatssekretär des Reichsschatzamtes Frhr. von Stengel, die Gesandten Bayerns, Mecklenburgs, Braunschweigs usw. Die Tafelrunde bildeten etwa 150 Personen. Die Reihe der Trinksprüche eröffnete der erste Vorsitzende des Landwirtschaftsrats Graf von Schwerin-Löwitz mit

einem Hoch auf den Kaiser, in das die Versammlung begeistert einstimmte. Sodann begrüßte der zweite Vorsitzende Frhr. von Soden-Frauenhofen die Ehrengäste, insbesondere den Reichskanzler in längerer Rede. Unmittelbar darauf erhob sich

Graf Bülow:

Die liebenswürdige Begrüßung des Herrn Vorredners hat mich sehr angenehm berührt. Ich danke ihm aufrichtig für seine freundlichen Worte. Ich grolle ihm auch nicht wegen der kleinen Spitzen seiner Rede. Daß neben den Rosen der Anerkennung die Dornen der Kritik stehen, weiß ein Minister in Berlin wie in München.

(Heiterkeit.)

Ich danke auch Ihrem Herrn Vorsitzenden für die willkommene Einladung zu dem heutigen Fest, die es mir wiederum ermöglicht, einige Stunden in der Mitte der hier versammelten berufenen Vertreter der deutschen Landwirtschaft zu verbringen. Das ist mir immer eine besondere Freude, obwohl ich kein praktischer Landwirt bin. Daß ich das nicht bin, ist mir ja gelegentlich vorgeworfen worden. Ein ausgezeichnetes Mitglied des Herrenhauses[1]) hat während des vorjährigen Wahlkampfes diesen Vorwurf in die hübsche Formel gekleidet, ich verstände von der Landwirtschaft nicht mehr, als daß man aus Gras Heu machen und daß man einen Bullen nicht melken kann.

(Stürmische Heiterkeit.)

Das hat mich in jenen ernsten Tagen natürlich sehr erheitert, wie es Sie jetzt erheitert hat, und ich will auch offen gestehen, daß ich ganz gern mit Grundbesitz angesessen sein möchte.

(Heiterkeit.)

Es gibt aber eine große Anzahl Freunde der Landwirtschaft, die selbst keine Güter besitzen, die aber deshalb doch die Landwirtschaft schützen wollen, weil sie überzeugt sind, daß dort vor allem das Mark und die Kraft des deutschen Volkes steckt.

(Bravo!)

Und es ist gut, daß dem so ist. Wenn für die Landwirtschaft nur diejenigen eintreten wollten, welche selbst Grundbesitz haben, so würde dadurch die Zahl der Freunde der Landwirtschaft verringert werden. Bei solcher Exklusivität müßten ja selbst Herr Diedrich Hahn und Herr Örtel aus den Reihen der Agrarier ausscheiden. Das wäre doch schade.

(Heiterkeit.)

[1]) Herr von Burgsdorff; vgl. oben S. 231.

Wenn aber auch solche Männer für die Landwirtschaft eintreten, welche an dem Ergehen derselben kein eigenes Interesse haben, so ist das ein besonders kräftiger Beweis für die Bedeutung der Landwirtschaft für den ganzen Staatskörper. Meine Herren, es ist in der letzten Zeit viel darüber geklagt worden, daß die neuen Handelsverträge dem Reichstage noch nicht vorgelegt worden sind. Es sollte aber doch nicht übersehen werden, daß erst mit der Annahme unseres neuen Zolltarifs für uns die Möglichkeit geschaffen wurde, wegen Erneuerung der bestehenden Handelsverträge mit anderen Staaten in Unterhandlungen einzutreten. Vorher konnten solche Verhandlungen überhaupt nicht geführt werden, weil uns selbst dazu die unentbehrliche tarifarische Unterlage fehlte. Aber auch die anderen Vertragsstaaten waren damals noch nicht in der Lage, die Verhandlungen mit uns sofort zu beginnen. Verschiedene Länder, z. B. die Schweiz, Rußland, Österreich-Ungarn und Rumänien, hatten bekanntlich ihre Tarife gleichfalls einer Revision unterzogen, die damals noch nicht zum Abschluß gelangt war und es zum Teil noch jetzt nicht völlig ist. Trotzdem sind wir ohne Säumen an die Aufgabe herangetreten, auf der Grundlage unseres neuen Zolltarifs den Abschluß neuer Handelsverträge mit dem Auslande vorzubereiten. Den Reichsbehörden erwuchs zunächst die Aufgabe, die neuen Tarife der anderen Staaten, soweit ihnen dies möglich war, eingehend zu prüfen, um sich darüber schlüssig zu machen, welche vertragsmäßigen Änderungen im deutschen Interesse gefordert werden könnten. Die neuen ausländischen Tarife sind zum Teil noch detaillierter als unser neuer Zolltarif. Die aus der Prüfung aller einzelnen Positionen sich ergebende Arbeit war daher nicht gering. Die von mir damit betrauten Beamten haben aber ihre ganze Kraft darangesetzt, und es ist ihnen gelungen, ihre Aufgabe in verhältnismäßig kurzer Zeit zu bewältigen. Auch die Prüfung unseres eigenen neuen Tarifs und die Aufstellung der Wünsche auf vertragsmäßige Änderung verschiedener Positionen desselben war selbstverständlich den mit uns kontrahierenden fremden Staaten nicht zu verwehren und nahm auch dort Zeit in Anspruch. Nach Beendigung dieser unerläßlichen Vorarbeiten sind wir sogleich in die diplomatischen Verhandlungen eingetreten, zunächst mit Rußland, dann mit der Schweiz, Italien, Belgien, Rumänien, Österreich-Ungarn. Über den Stand dieser Verhandlungen kann ich natürlich hier keine Mitteilungen machen. Auch wann die neuen Handelsverträge dem Reichstage vorgelegt werden können, läßt sich heute noch nicht angeben. Die Handelsverträge, wenigstens die wichtigsten, hängen untereinander auf das engste zusammen. Es ist

deshalb nicht wahrscheinlich, daß einer der neuen Handelsverträge bekannt gegeben wird, bevor auch die anderen Verhandlungen wenigstens im wesentlichen zu Ende geführt sind. Die Gründe hierfür liegen so sehr auf der Hand, daß ich sie nicht näher darzulegen brauche. Meine Herren, die Verbündeten Regierungen haben den ernsten Willen, den neuen Zolltarif sobald als möglich in Kraft treten zu lassen. Sie möchten vor allem unserer Landwirtschaft sobald als irgend angängig den stärkeren Zollschutz zuteil werden lassen, den ihr unser neuer Zolltarif gewährt. Andererseits sind die Verbündeten Regierungen der Überzeugung, daß die Kontinuität unserer handelspolitischen Beziehungen zum Auslande möglichst gewahrt werden muß, damit sich der Übergang von den alten zu den neuen Verträgen glatt und ohne Erschütterung vollziehen kann. Deshalb ist bisher davon Abstand genommen worden, die bestehenden Handelsverträge zu kündigen. Das Beste wäre an und für sich, wenn sich die neuen Handelsverträge unmittelbar an die bestehenden Handelsverträge anschlössen. Sonst könnte ein vertragsloser Zustand entstehen, oder wir müßten uns mit interimistischen Meistbegünstigungsabkommen behelfen. Einen solchen Zustand wechselnder Zollsätze und ständiger Meinungskämpfe über eine bessere Gestaltung der Dinge möchten wir unserer Industrie, unserem Handel und auch unserer Landwirtschaft ersparen. Bedenken Sie auch, meine Herren, daß es oft nicht leicht ist, ein einmal zerschnittenes vertragsmäßiges Band wieder anzuknüpfen, Auch ist erfahrungsmäßig bei Vertragsunterhandlungen diejenige Regierung immer im Nachteil, die unbedingt bis zu einem bestimmten Termin fertig werden will. Erfüllen sich die Erwartungen der Verbündeten Regierungen, verlaufen die Vertragsverhandlungen nach Wunsch und schließen sich die neuen Verträge unmittelbar an die bestehenden an, so wird eine Kündigung überhaupt nicht erfolgen. Vielmehr werden die alten Abkommen durch die neuen Vereinbarungen ohne weiteres ersetzt oder modifiziert werden. Wenn dagegen wider Erwarten die Dinge sich so gestalten sollten, daß auf eine befriedigende Einigung mit den anderen Vertragsstaaten in gegebener Zeit nicht gehofft werden könnte, so werden die Verbündeten Regierungen mit dem Bewußtsein zur Kündigung schreiten, daß die daraus sich ergebenden nachteiligen Folgen nicht Deutschland allein und nicht einmal vorzugsweise Deutschland treffen würden.

(Lebhaftes Bravo.)

Ich hoffe, daß wir in dieser Frage bald klar sehen werden. Ich verstehe sehr gut die Ungeduld, mit welcher die Neuregelung unserer handels-

politischen Beziehungen erwartet wird. Aber die Sache liegt einmal so, und es gilt auch hier, die Ruhe und Ausdauer nicht zu verlieren. Seien Sie versichert, daß die Interessen der Landwirtschaft, für die ich, auch wenn ich nicht praktischer Landwirt bin, doch volles Verständnis habe, der hohen Wichtigkeit der Sache entsprechend beim Abschlusse der Handelsverträge energisch wahrgenommen werden.

(Beifall.)

Meine Herren, die weitaus größere Hälfte aller Schwierigkeiten, mit denen wir bei der künftigen Gestaltung unserer wirtschaftlichen Beziehungen zum Auslande zu kämpfen haben, ist durch Forderungen veranlaßt, deren Durchsetzung ich im Interesse der deutschen Landwirtschaft übernommen habe. Fremde und einheimische Gegnerschaft gegen die Erhaltung eines kräftigen, national und monarchisch gesinnten Bauernstandes im Deutschen Reich vereinigen sich zum Ansturm gegen das, was man meine agrarische Politik nennt. Im Munde der Gegner soll das ein Schelt- und Spottwort sein. Ich betrachte diese Bezeichnung aber als einen Ehrentitel für mich.

(Lebhafter Beifall.)

Für diese Kämpfe glaube ich das Vertrauen der deutschen Landwirte zu verdienen. Zum glücklichen Erfolge bedarf ich aber das Bewußtsein, daß Sie, meine Herren, unsere Anstrengungen unterstützen und für das Ergebnis entschlossen eintreten werden. In dieser Hoffnung erhebe ich mein Glas auf das Wohl der deutschen Landwirtschaft und ihrer hier versammelten Vertretung. Die deutsche Landwirtschaft und der deutsche Landwirtschaftsrat sie leben hoch!

(Allseitiger, lebhafter Beifall.)

XIII. Ehrenmitgliedschaft der Posener Akademie.

Der Senat der Königlichen Akademie zu Posen hatte den Reichskanzler Grafen von Bülow einstimmig zum Ehrenmitglied ernannt. In dem Beschlusse wird ausgeführt, daß die Akademie nach § 16 ihrer Satzungen berechtigt ist, Personen, die sich um die Förderung deutschen Geisteslebens in den Ostmarken verdient gemacht haben, diese Ehre zu erweisen. Sie bitte also denjenigen um seine Fürsorge, der der Träger der nationalen Politik in den Ostmarken sei.

Der Reichskanzler sprach seinen Dank in folgendem Schreiben an den Rektor Professor Dr. Kühnemann aus:

Berlin, den 6. März 1904.

Euer Hochwohlgeboren

beehre ich mich auf das freundliche Schreiben vom 2. d. M. zu erwidern, daß ich die Ernennung zum ersten Ehrenmitgliede Ihrer Akademie auf Grund der einstimmigen Entschließung des Senats als eine Auszeichnung betrachte, die ich gern und dankbar annehme. Sie ist mir willkommen zur sinnbildlichen Kräftigung des engeren Verhältnisses, das aus der Arbeit an den nationalpolitischen Aufgaben für die Stärkung des Deutschtums in den Ostmarken mir als Reichskanzler und Ministerpräsidenten auch zu der dortigen Akademie erwächst. Ich blicke mit Befriedigung darauf, daß die eigenartige deutsche Hochschule während meiner Amtszeit und unter meiner Mithilfe entstanden ist. Ich freue mich des regen Besuches, den die Anstalt schon während des ersten Halbjahrs ihrer Tätigkeit aufzuweisen hatte, und vertraue, daß, unbekümmert um etwaige Rückschläge, auch in Zukunft die Posener Akademie das Banner der nationalen Geistesbildung unseren Landsleuten in den Ostmarken treu und tapfer vorantragen wird. Der fortdauernden Fürsorge der Königlichen Staatsregierung und der persönlichen bereitwilligen Anteilnahme Ihres ersten Ehrenmitgliedes an allem, was das Wohl und Wehe der Akademie betrifft, bitte ich Sie und die Herren Mitglieder des Senats versichert zu sein.

In besonderer Wertschätzung

(gez.) Bülow.

XIV. Beethovenhaus.

Der Vorstand des Beethovenhauses in Bonn hatte die Denkschrift des Vereins Beethovenhaus dem Reichskanzler Grafen Bülow übersandt und erhielt darauf folgendes Dankschreiben:

Berlin, den 28. Mai 1904.

Dem Vorstand des Vereins Beethovenhaus zu Bonn beehre ich mich, für die Überreichung seiner Denkschrift meinen verbindlichen Dank auszusprechen. Diesem Dank schließt sich auch meine Frau an, die in unserem Hause das Andenken des großen Meisters Ludwig in hohen

Ehren hält. Mir selbst ist ein näheres Verhältnis zur Musik immer versagt geblieben. Aber auch als Laie darf ich mir ein Gefühl dafür zuschreiben, daß die Eigenart vieler Beethovenscher Schöpfungen neben ihrem ewig menschlichen Gehalt einen tiefnationalen Zug einschließt. Wie mein britischer Kollege bei dem schönen Lob, das er jüngst unserer Musik gewidmet hat (Mr. Balfour bei der Joachim-Feier in London), gewiß nicht zuletzt auf die Werke des Mannes hindeuten wollte, in dessen hehrer Kunst Bismarck und Moltke Erhebung gefunden haben, so wird jeder Deutsche, auch wenn er nie eine Taste angerührt, im Tempel unseres nationalen Ruhmes Beethoven mit williger Verehrung begrüßen.

In diesem Sinne bitte ich den Vorstand des Vereins Beethovenhaus zu Bonn, meiner sympathischen Teilnahme an seinen Bestrebungen versichert zu sein.

(gez.) Graf von Bülow.

XV. Semmeringfeste.

Der Landesverband für Fremdenverkehr in Niederösterreich hatte den deutschen Reichskanzler zur Feier des fünfzigjährigen Gedenktages der Eröffnung der Eisenbahn von Wien nach dem Semmering eingeladen. Der Reichskanzler lehnte sein Erscheinen mit folgendem Dankschreiben ab:

Den Landesverband für Fremdenverkehr in Niederösterreich bitte ich, für die freundliche Einladung zu den Semmeringfesten meinen verbindlichen Dank entgegenzunehmen. Ich wünsche der Feier zum Gedächtnis des Tages, an dem vor fünfzig Jahren die Eisenbahnverbindung zwischen der Kaiserstadt an der Donau und einer der schönsten Jochhöhen in den deutschen Alpen eröffnet wurde, das beste Gelingen und bitte, mich im Geist als anwesend zu betrachten, wenn ich zu meinem Bedauern durch Amtsgeschäfte verhindert bin, der liebenswürdigen Aufforderung Folge zu leisten.

Fünfmal habe ich mit meiner Frau wochenlang auf dem Semmering geweilt, alle Wege und Stege in seinem Gebiet durchstreift und immer gern von dem Gipfel des Sonnenwendsteins den weiten Rundblick in die Bergwelt und bis zu den Türmen Wiens genossen. Ich

hoffe auch, noch keinen letzten Abschied von dort genommen zu haben und bin mit herzlichem Gruß an die alten und neuen Freunde der gastlichen Höhe des Landesverbandes ergebener

(gez.) Graf von Bülow, m. p.[1])

XVI. Südwestafrikanische Farmer.

Die Deputation der südwestafrikanischen Farmer und Kaufleute wurde am 16. Juni 1904 von dem Herrn Reichskanzler empfangen. Wie wir erfahren, hat Graf Bülow in seiner Erwiderung auf die vorgetragenen Wünsche zugesagt, daß sowohl die Frage der Erhöhung der Entschädigungssumme, als auch die Form der Hilfeleistung einer erneuten Prüfung unterzogen werden soll. Nach beiden Richtungen wird die durch Verfügung des Reichskanzlers vom 2. Juni d. J. im Schutzgebiet eingesetzte Kommission, deren Aufgabe es ist, über die Verteilung der bereits bewilligten 2 Millionen Mark Bestimmung zu treffen, bis zum Wiederzusammentreten des Reichstags neues Material liefern. Der Herr Reichskanzler glaubte jedoch schon jetzt in Aussicht stellen zu können, daß in dem im kommenden Herbst dem Reichstage vorzulegenden Nachtragsetat für Südwestafrika weitere Mittel auch für Beihilfen an die geschädigten Ansiedler angefordert werden würden, und daß er bei dieser Gelegenheit im Reichstag für eine den Wünschen der Ansiedler entsprechende Revision der früheren Beschlüsse über die Form der Entschädigung eintreten werde.

Im Anschluß an die Entschädigungsfrage brachte die Deputation einige weitere, sich auf die Organisation der Schutzgebietsverwaltung beziehenden Wünsche vor, insbesondere hinsichtlich einer stärkeren Beteiligung der Ansiedler an der Verwaltung, einer schärferen Abgrenzung zwischen Militär- und Zivilverwaltung und hinsichtlich gewisser Reformen in der Beamtenlaufbahn. Der Herr Reichskanzler antwortete, daß die von der Deputation angeregten Verwaltungsfragen schon seit längerer Zeit Gegenstand seiner ernsten Aufmerksamkeit und eingehender Erwägungen der beteiligten Ressorts seien.

[1]) Neue Freie Presse vom 19. Mai 1904.

Der Herr Reichskanzler erklärte sich schließlich bereit, den Wunsch der Deputation, bei Sr. Majestät dem Kaiser empfangen zu werden, Allerhöchsten Ortes zu befürworten.[1])

XVII. Empfang der Posener Akademie.[2])

Am 18. Juni 1904 empfing der Reichskanzler die Verwaltungskommission der Königlichen Akademie in Posen, bestehend aus dem Rektor der Königlichen Akademie Professor Dr. E. Kühnemann, dem Protektor Professor der Hygiene, Medizinalrat Dr. med. E. Wernicke und dem Syndikus derselben Regierungsrat Daniels, die gekommen waren, um ihm das Diplom als Ehrenmitglied der Akademie zu überreichen. Nachdem die Herren durch den Chef der Reichskanzlei Wirklichen Geheimen Oberregierungsrat v. Conrad vorgestellt waren, hielt der Rektor Professor Dr. Kühnemann folgende Ansprache:

„Euere Exzellenz! Der Senat der Königlichen Akademie in Posen hat uns abgesandt, um Euerer Exzellenz das Diplom der Ehrenmitgliedschaft unserer Akademie zu überreichen. Mit hoher Freude stehen wir vor dem ersten Ehrenmitglied unserer jungen Hochschule. Und zuerst soll der Dank noch einmal ausgesprochen sein, ein Dank, der uns allen das Herz bewegt, dafür, daß Euere Exzellenz sich unserer Bitte nicht versagt und die Stelle des ersten Ehrenmitgliedes angenommen haben, — dann aber auch dafür, daß Sie uns die hohe Ehre und Freude gönnen, Ihnen persönlich gegenüberzutreten und in Ihre eigenen Hände das Diplom zu legen. Wir haben uns in der Wahl unseres ersten Ehrenmitgliedes hoch hinauf gewagt. Es wäre nicht undenkbar, daß Stimmen der Mißgunst, der Verdächtigung sich aussprächen in Vorwürfen, wie sie unsere junge Hochschule zu fürchten hat, da ja die Unabhängigkeit nach oben und nach unten, von innen und von außen allein es ist, auf der der Erfolg der geistigen Arbeit ruht. Aber wir fühlen uns in unserem Gewissen frei. Wir wissen, daß Euere Exzellenz die Sorge für die deutsche Ostmark als ein Hauptstück aufgenommen haben in Ihre große Lebensarbeit. In dieser Sorge für die Ostmark war die Begründung der Akademie ein bedeutsames Ereignis. Wir sind nicht fremd in Ihrem Gesichtskreis. Wir wollen nicht in unbescheidener Zudringlichkeit ein Verhältnis erzwingen, das nicht bestände, sondern dankbar und freudig erkennen wir das Verhältnis an, welches ist. Aber auch von seiten der Akademie soll in unserer Wahl ein Bekenntnis liegen. Wir wollen es gar nicht verhehlen, daß wir uns in aller unserer Arbeit geleitet fühlen

---

[1]) Nordd. Allg. Ztg. vom 19. Juni 1904, Zweite (Morgen-) Ausgabe.

[2]) Nordd. Allg. Ztg. vom 19. Juni 1904.

von nationalem Geiste. Wir fühlen uns im Dienste eines großen deutschen Werkes. Wenn dem wissenschaftlichen Arbeiter in der Spezialisierung der Wissenschaft sonst wohl das Gefühl fremd werden mag, daß er im Dienste seines Volkes steht, wir fühlen es unmittelbar, daß wir arbeiten für unser Volk und für unseren Staat. Denn wir möchten, soviel es unsere Kraft vermag, die Welle des deutschen geistigen Lebens dort stark und groß machen und vom Geiste aus das Herrschaftsgebiet der deutschen Nation behaupten. Das Gemeinschaft- und Volkbildende der geistigen Arbeit erfahren wir neu. Ist es doch der Geist, der die Menschen verbindet und der sie froh macht. Die Deutschen haben große Zeiten allemal dann gehabt, wenn sie sich durchdrungen und bis in das Innerste ergriffen fühlten von gemeinsamen großen Ideen. So sind wir, die Lehrer der Akademie, von allen Stämmen, aus allen Provinzen des Heimatlandes dort zusammengekommen, selber ein Stück deutscher Ansiedlung, uns fast alle bis zu jenem Tage völlig fremd, und schon bilden wir ein Volk und wissen uns eins in dem großen herrlichen Werke. So gelang es der Akademie schon in der kurzen Zeit ihres Wirkens, alle die getrennten Schichten der Posener Gesellschaft zusammenzufassen und ihnen einen Vereinigungspunkt zu geben in der Lust der geistigen Arbeit. Und zwar ist es die Lust der geistigen Arbeit allein, denn äußere Vorteile hat ja unsere Akademie noch nicht zu bieten. Das Ganze trägt ein schöner, echt deutscher Idealismus. Wir haben in dem Ernennungsschreiben für Euere Exzellenz den schlichtesten Ausdruck gewählt.

(Das Diplom wird verlesen.)

„Aber tief im Herzen fühlen wir, was damit gesagt ist. Möchte Euere Exzellenz stets mit Freude sich als Ehrenmitglied unserer Akademie fühlen! Und so erlauben Sie in Ihrer Güte, daß ich das Diplom ehrerbietig in Ihre Hände lege. Diese Stunde wird von uns nicht vergessen und im Gedächtnis der Königlichen Akademie treu und dankbar bewahrt werden."

Der Reichskanzler erwiderte etwa folgendes:

Er danke dem Herrn Rektor herzlich für seine gütigen und beredten Worte. Er danke gleichzeitig allen drei Herren dafür, daß die Posener Akademie ihn zu ihrem Ehrenmitgliede — und zwar ersten Ehrenmitgliede — gewählt hätte. Er habe diese Wahl gern angenommen. Der Herr Rektor habe mit Recht hervorgehoben, daß er, der Reichskanzler, einen großen Anteil an der Entwicklung der Dinge in der deutschen Ostmark nähme. Er habe schon vor Jahren öffentlich erklärt, daß er die Ostmarkenfrage für die wichtigste Frage unserer inneren Politik halte. Dieser Meinung sei er heute mehr wie je. Und wenn er auch pflichtgemäß alle seine Landsleute in sein Herz geschlossen habe, so dürfe er es doch vielleicht

aussprechen, daß er für die Deutschen unserer viel umstrittenen Ostmark eine ganz besondere Liebe habe. Es sei auch gesagt worden, daß die Posener Akademie ihm nicht fremd sei, und daß er bei ihrer Begründung nach Kräften mitgewirkt habe. Allerdings lege er bei seinen Maßnahmen für die Hebung des Deutschtums im Osten auf die geistige Seite ein großes Gewicht. Er habe es gelegentlich ausgesprochen: Wo der Deutsche prosperieren solle, müsse ihm geistiges Leben blühen; wo ihm Kunst und Wissenschaft fehlten, verkümmere der Deutsche. Denn, wie einer unserer großen Philosophen gesagt habe, das Heil komme den Deutschen von den Ideen und durch die Ideen. Hierfür nun zu sorgen, sei die Akademie in erster Linie berufen.

Er stimme den beiden Hauptgedanken zu, die der Herr Rektor ausgesprochen habe von der notwendigen Unabhänigkeit der Wissenschaft und von der nationalen Aufgabe der Posener Akademie. Die Freiheit der Wissenschaft sei für den Deutschen die Luft, deren er für sein geistiges Leben bedürfe. Die nationalen Ziele, welche die Posener Akademie in dem uns Deutschen im Osten aufgedrungenen Kampfe verfolge, müßten jedem an derselben tätigen Lehrer immer vor Augen stehen. Es sei schon etwas Großes, wenn die Akademie dazu beitrage, die Deutschen in Posen zu einigen. Unser Volk habe bei seinen großen Vorzügen auch Fehler, die im Laufe der Geschichte dem Vaterland oft Schaden gebracht hätten. Hierzu gehöre vor allem der Hang der Deutschen zur Uneinigkeit. Wir würden mit unserer Ostmarkenpolitik schon weiter sein, wenn die Deutschen im Osten gegenüber dem Gegner kleine Parteiunterschiede, kleinliche Standes- und Klassenvorurteile in den Hintergrund treten ließen. Möge die Akademie Einigungspunkt und Bindeglied unter den Deutschen in Posen werden.

Graf Bülow schloß: Er werde stets als erstes Ehrenmitglied der Posener Akademie an ihrem weiteren Ergehen den größten Anteil nehmen, und wenn er ihr bei irgend welchen Schwierigkeiten ihrer Entwiklung einmal beistehen könne, so solle sie immer auf ihn zählen können.

Der Reichskanzler zog dann die drei Herren in ein längeres Gespräch und ließ sich eingehend vom Zustande und der Entwicklung der Akademie berichten. Das Gespräch kam dabei auf die Verhältnisse in der Provinz Posen, insbesondere auf die Tätigkeit der Ansiedlungskommission. Der Reichskanzler gab hierbei der Hoffnung Ausdruck, daß der § 15b

des Gesetzentwurfs, betreffend die Gründung neuer Ansiedlungen, den er in voller Kenntnis seiner Tragweite eingebracht habe und als ein notwendiges Verteidigungsrüstzeug im Kampfe gegen die Gegner des Deutschtums betrachte, im Hause der Abgeordneten angenommen werden würde. Als endlich der traurigen Auditorienverhältnisse der in einem Mietshause einstweilen untergebrachten Hochschule Erwähnung geschah, versprach er alles zu tun, damit die Akademie baldmöglichst ein eigenes Heim bekomme, und dafür zu sorgen, daß die erste Baurate in den nächsten Etat eingestellt werde.

XVIII. Reichsregierung und Missionen.

Die Rheinische Missionsgesellschaft hatte am 27. Mai 1904 an den Reichskanzler eine Eingabe gerichtet, in der sie sich gegen die von ihm in der Reichstagssitzung vom 9. Mai erhobenen Vorwürfe gegen einzelne Missionare verteidigte. Darauf hat der Reichskanzler Ende Juni 1904 folgendes geantwortet:

Dem Vorstand der Rheinischen Missionsgesellschaft beehre ich mich auf das gefällige Schreiben vom 27. v. M. ergebenst zu erwidern, daß die Worte, mit denen ich in der Reichstagssitzung vom 9. Mai[1]) das Verhalten einzelner Missionare bei Ausbruch des Herero-Aufstandes in Südwestafrika besprochen habe, bei dem Vorstande eine irrtümliche Auslegung gefunden haben. Ich bin weit davon entfernt gewesen, unter Verkennung der Verdienste der Rheinischen Mission um die Begründung und Entwicklung der deutschen Schutzherrschaft und die Ausbreitung der Kultur in Deutsch-Südwestafrika, eine abfällige Kritik an der Mission selbst oder an der Gesamtheit der Missionare zu üben. Auf der anderen Seite läßt sich nicht in Abrede stellen, daß einzelne Missionare, als sie Anschuldigungen schwerwiegender Natur gegen ihre Landsleute in einem Augenblick veröffentlichten, wo die letzteren sich den unerhörten Greueln der Herero ausgeliefert sahen, mit der berechtigten nationalen Empfindung des Unwillens und der Entrüstung über diese Greuel sich in Widerspruch gesetzt haben. Ich habe unter Betonung meiner Hochachtung für die Mission im allgemeinen ausdrücklich hervorgehoben, daß ein solcher Vorwurf nur einzelne Missionen

[1]) Vgl. oben S. 100.

treffe, und es gereicht mir zur besonderen Genugtuung, feststellen zu können, daß die Ausführungen des Vorstandes über die Stellung der Missionare zu den nationalen Fragen und über ihre Pflichten gegenüber ihren Landsleuten in den Kolonien mit meiner eigenen Auffassung sich in vollem Einklang befinden.

XIX. Turfan-Expedition.

Brief an Professor D. Dr. Harnack, Charlottenburg.

Norderney, den 16. August 1904.

Verehrter und lieber Herr Professor!

Ihre freundlichen Zeilen aus dem Ober-Inntal erreichten mich gerade, als ich infolge einer Anregung des Ministers Studt bereits mit dem Gegenstande Ihrer Fürsprache, der Turfan[1]-Expedition, beschäftigt war, und sie trugen dazu bei, mein ohnehin schon vorhandenes Interesse für die Angelegenheit noch zu erhöhen. Durchdrungen von der wissenschaftlichen Bedeutung dieser Expedition werde ich es mir gern angelegen sein lassen, ihr auch meinerseits, soweit dies unter den gegenwärtigen Verhältnissen irgendwie möglich ist, die Wege zu ebnen. Es freut mich, daß ich damit nicht nur der deutschen Wissenschaft im allgemeinen einen Dienst erweisen, sondern auch Ihrer Bitte entsprechen kann.

Ihre freundlichen Wünsche für meine Erholung erwidere ich herzlichst und hoffe, daß Sie in den Tiroler Bergen Ruhe und Ausspannung finden werden, wenngleich mir Ihr Schreiben zeigt, daß Sie in gewohnter Arbeitslust auch in der Sommerfrische die Ihnen besonders am Herzen liegenden Geschäfte zu fördern suchen.

Meine Frau dankt vielmals für Ihre Grüße, und ich bin stets

Ihr

aufrichtig ergebener

(gez.) Bülow.

[1]) Bezeichnung für Ostturkestan.

XX. Lippe.

Auf die telegraphische Anzeige vom Ableben des Grafen Ernst zur Lippe-Biesterfeld und von der Übernahme der Regentschaft des Fürstentums Lippe durch den Grafen Leopold hatte der Kaiser an diesen ein Telegramm geschickt, in dem er sein Beileid aussprach und fortfuhr: „Da die Rechtslage in keiner Weise geklärt ist, kann ich eine Regentschaftsübernahme Ihrerseits nicht anerkennen und lasse auch das Militär nicht vereidigen." Auf diesen Vorgang bezieht sich das nachfolgende, an den Vizepräsidenten des Lippeschen Landtags, Kommerzienrat Hoffmann, gerichtete Schreiben des Reichskanzlers:

Homburg v. d. H., den 8. Oktober 1904.

Geehrter Herr Kommerzienrat!

Sie haben mich heute mündlich um eine authentische Interpretation des Telegramms Seiner Majestät des Kaisers und Königs vom 26. vorigen Monats gebeten; ich bin gern bereit, Ihnen meine Antwort schriftlich zu bestätigen und ermächtige Sie, unter Berufung auf mich öffentlich zu erklären, daß Seine Majestät der Kaiser mit diesem Telegramm lediglich bezweckt hat, die vorläufige Nichtvereidigung der Truppen für den Regenten und den Grund derselben mitzuteilen. Mit der Auffassung des Bundesrats, daß die Rechtslage noch ungeklärt sei, konnte Se. Majestät sich nicht in Widerspruch setzen. Jeder Eingriff in die verfassungsmäßigen Rechte des Fürstentums hat Sr. Majestät dem Kaiser selbstverständlich fern gelegen, und insbesondere liegt es außerhalb Allerhöchstseiner Absicht, der derzeitigen Ausübung der Regentschaft im Fürstentum durch den Herrn Grafen Leopold zur Lippe irgendwelches Hindernis zu bereiten; wie stets im Reiche, wird auch im vorliegenden Falle der Rechtsboden nicht verlassen werden, und die Lippesche Frage wird ihre Erledigung ausschließlich nach Rechtsgrundsätzen finden. Ich hoffe, daß es unter den Auspizien des Bundesrats bald gelingen wird, auf schiedsrichterlichem Wege zum Wohle des Lippeschen Landes zu einer endgültigen Lösung der Frage zu gelangen, und werde das Meinige tun, um dieses Ziel in möglichst kurzer Frist zu erreichen.

In vorzüglicher Hochachtung

(gez.) Graf von Bülow, Reichskanzler.

XXI. Taufe des Linienschiffs „Deutschland“.

Am 19. November 1904 fand auf der Germaniawerft in Kiel die Taufe und der Stapellauf des Linienschiffs N statt. Der Reichskanzler Graf Bülow hielt folgende Taufrede:

Euere Majestät, Euere Königliche Hoheit, meine Herren!

Das Schiff, zu dessen Stapellauf wir versammelt sind, soll den Namen unseres Vaterlandes tragen. Was sagt uns dieser Name? Wie wollen wir das Deutsche Reich? Wie soll es sein?

Sicher ruhend in der Eintracht der Fürsten und Stämme; Kleinen und Großen das Maß ihres Rechts nach Gesetz und Verfassung verbürgend; hilfreich den Schwachen; wachsende Wohlfahrt und Ordnung im Innern; aller ehrlichen Arbeit freie Bahn; jeder Tüchtigkeit ein herzliches Willkommen.

So allein kann im Reiche der Boden bereitet werden für alle Werke des Friedens. Sie zu schirmen im Wettbewerb der Völker, dazu halten wir unsere Waffen scharf. Der Sohn eines schwachen Volkes ist, vom heimischen Stamme losgelöst, ein in den Wind gefallenes Blatt. Wer von uns hinauszieht, um deutsche Kultur und deutsche Arbeit in die Welt zu tragen, soll seines festen Rückhalts in der Heimat sicher sein.

Darum schaffen wir uns unsere Flotte. Für niemanden aber ist unsere Seewehr eine Herausforderung. Willig stehen wir in Reih und Glied mit allen Freunden des Friedens, ohne zu vergessen, daß nicht wir allein den Gang der Weltgeschicke bestimmen.

Stark im friedlichen Rate der Völker, so wollen wir unser Land bleiben und gedeihen sehen; dazu helfe uns auch unser jüngstes Schiff, das Euere Majestät jetzt taufen wollen.

Seine Majestät der Kaiser taufte hierauf das Schiff auf den Namen

„Deutschland“.

XXII. Graf Bülow über die deutsch-englischen Beziehungen.

Am 15. November 1904 gewährte der Reichskanzler dem bekannten, in Berlin lebenden englischen Publizisten Mr. John L. Bashford eine Unterredung, über welche dieser im „Nineteenth Century“ berichtete. Seinem Aufsatz ent-

nehmen wir nach der Übersetzung der „Kölnischen Zeitung“ vom 30. November 1904 das Nachstehende.

Die britische Presse.

Es gereicht mir zum besonderen Vergnügen, sagte Graf Bülow, als er mich am Abend des 15. November in seiner Bibliothek begrüßte und mich einlud an seinem Schreibtische Platz zu nehmen, ihrem Wunsche nach einer Unterredung mit mir entsprechen zu können. Eine starke Feindschaft gegen Deutschland scheint die Feder einer Anzahl ihrer Landsleute zu beeinflussen, was ich aufrichtig bedauere, und ich muß sagen, daß es mir scheint, als ob eine gewisse Schule Ihrer Schriftsteller den Zeitungskrieg als ihre Hauptlebensaufgabe betrachte. Dem beiderseitigen Interesse würde sicherlich durch eine Beseitigung der Mißstimmung zwischen Deutschland und England besser gedient, als dadurch, daß sie sie fördern. Ich freue mich jedoch, zu sehen, daß ein Rückschlag wenigstens gegenüber den verleumderischen Ausschreitungen dieses Feldzugs eingesetzt und eine Anzahl englischer Blätter in der letzten Zeit auf den ganz verbissenen Ton verzichtet, der so aufreizend wirkte. Indem ich den nahe liegenden Vergleich nach der andern Seite zu nicht aufkommen ließ, zumal das leitende Organ der Alldeutschen Presse vor einigen Monaten versucht hatte, die Sache einzurecken (Amende honorable), indem es deutlich zugab, daß der böswillige Feldzug auf deutscher Seite während des Burenkrieges ein großer Irrtum war, beschränkte ich mich auf die Bemerkung, daß die Verbitterung unserer Schriftsteller doch auch herausgefordert worden sei. Sogar die englisch-chinesische Presse, fügte der Reichskanzler hinzu, ich verweise auf den North China Herald, betrachtet dieses ewige Klopfen auf Deutschland mittels Verdächtigungen wegen unserer Politik in China als unwürdig und gefährlich, und darauf berechnet, Deutschland in die Arme Rußlands zu treiben.

Die tibetische Frage.

Lassen Sie mich die Anschuldigung erwähnen, die in der Times gegen unsern Gesandten in Peking wegen der tibetischen Frage erhoben wurde, fuhr der Kanzler fort. Ich darf wohl annehmen, daß man gegenwärtig in England überzeugt ist, daß wir nicht eingriffen, um die Vollziehung eures Vertrages mit Tibet zu hintertreiben, und uns auch sonst nicht um die tibetischen Angelegenheiten kümmerten. Ich kann

Sie versichern, daß wir gegenüber Tibet wenigstens ebenso gleichgültig sind, wie gegenüber der Mandschurei. Wir haben stets unsere Bemühungen um den Schutz der Neutralität und des Bestandes Chinas auf das eigentliche Himmlische Reich beschränkt und haben die darüber hinausliegenden Provinzen und Gebiete außerhalb des Rahmens unserer Politik gelassen. Wir können aktenmäßig nachweisen, daß der Vertreter des Deutschen Reichs in Peking sich jeglicher Eingriffe in die tibetische Frage enthalten hat und daß alle Behauptungen des Gegenteils reine Erfindung sind. Ich will Ihnen die Depesche des Freiherrn von Mumm zeigen, wodurch er mein Telegramm beantwortete, das ihn um eine Erklärung der in der Times vom 18. Oktober enthaltenen Behauptungen bat. Der Wortlaut dieses Telegramms, das ich nun durchlesen durfte, ergibt deutlich, daß der Bericht der Times irrtümlich war. Freiherr von Mumm erklärte, er habe nur einmal beim Waiwupu angefragt, ob der in den Blättern veröffentlichte Wortlaut des Vertrages echt sei, und daß er dabei ausdrücklich hinzugefügt habe, Deutschland habe kein Interesse an der Sache. Der Kanzler fuhr fort: Ich will nicht behaupten, Dr. Morrison[1]) habe geflissentlich eine Unwahrheit gesagt. Ich kann mir leicht vorstellen, daß er auf der Suche nach einem anti-englischen Zuge in der deutschen auswärtigen Politik jemand in die Hände gelaufen ist, der ihn angeführt hat. Es gibt in Waiwupu und auch außerhalb dieses chinesischen Amtes Leute, die glauben, sie könnten einen Vorteil daraus ziehen, wenn sie vorgeben, Deutschland habe ein Interesse an der tibetischen Frage. Auf alle Fälle ermächtige ich Sie, öffentlich zu erklären, daß Freiherr von Mumm sich in diese Frage nicht eingemischt hat, und daß ich jede andere Lesart hierüber als eine Fälschung bezeichne."

Die angeblichen Warnungen Deutschlands an Rußland.

„Eine andere Bemühung, böses Blut gegen uns zu machen, liegt in der Fabel, die Nervosität der baltischen Flotte sei auf Warnungen aus Deutschland zurückzuführen. Wir werden daher als die Ursache des Unglücks hingestellt, das die Huller Fischer betroffen hat. Daran ist kein wahres Wort. Tatsächlich herrschte in amtlichen russischen Kreisen Besorgnis wegen der Sicherheit der baltischen Flotte, lange bevor der Zeitpunkt ihrer Abreise festgesetzt war. Ich kann Ihnen sagen, daß schon im August d. J. die russischen Behörden unsere Aufmerksamkeit

[1]) Korrespondent der „Times" in Peking.

auf etwas wie die Möglichkeit eines japanischen Angriffs auch von irgendeinem Platze auf deutschem Boden lenkten. Es ist unsere Pflicht, sowie es unter ähnlichen Umständen jeder neutrale Staat tun müßte, Maßregeln zu ergreifen, um zu verhüten, daß unser Gebiet als eine feindliche Basis gegen einen Kriegführenden benutzt wird. Wir gehorchten dabei dem Rufe der Pflicht, indem wir den Warnungen Rußlands die Folge gaben, daß wir unser Marineamt und unsere Küstenbeamten anwiesen, besonders aufmerksam zu sein und die Sache zu untersuchen. Dänemark handelte ähnlich. Es freut uns, daß kein widerwärtiges Ereignis in unseren Gewässern vorgekommen ist, und wir bedauern sehr, daß ein Unglück sich anderwärts ereignet hat."

England und Rußland.

Als Antwort auf meine Bemerkung, daß viele Leute in England glaubten, die deutsche Regierung intrigiere in der ganzen Welt gegen England und habe sich in der letzten Zeit besonders bemüht, Unfrieden zwischen England und Rußland und zwischen Frankreich und Rußland zu stiften, fuhr der Kanzler fort: Ich erwartete eine Frage von Ihnen darüber und möchte besonderes Gewicht auf die Tatsache legen, daß wir keineswegs darauf aus sind, die Russen und Engländer, sei es in Asien oder in Europa, aneinander zu hetzen. Im Gegenteil, unser sehnlicher Wunsch geht dahin, daß es zwischen England und Rußland nirgendwo zu einem gewaltsamen Zusammenprall komme, und zwar aus keinem anderen Grunde, als daß unser eigenes Interesse uns zwingen müßte, zu versuchen, einen solchen Zusammenprall abzuwehren. Wir könnten nicht voraussehen, falls ein solches Unglück über die Welt käme, wie weit der Krieg zwischen diesen beiden Ländern sich ausbreiten oder was für Folgen für uns daraus entstehen könnten. Es fällt uns im Traume nicht ein, mit einer solchen Brandfackel zu spielen, weil wir keine Lust haben, unser eigenes Haus in Flammen zu sehen. Deshalb haben wir alles getan, was in unserer Macht lag, um den Krieg in Ostasien auf seinen Herd zu beschränken, und wir dürfen sagen, daß unsere Bemühungen von Erfolg gewesen sind. Wir können uns einiges Verdienst daran zuschreiben, daß China neutral geblieben ist, und hoffen auch, daß kein Grund zu der Befürchtung besteht, es werde seine Neutralität brechen. Die Fragen mit Bezug auf unsere Beziehungen zu Rußland und England zu Rußland werden von einigen Ihrer Schriftsteller in einer gar seltsamen Weise behandelt. Es gibt bei Ihnen eine Partei,

die von jeher einer besonderen Verständigung zwischen England und Rußland das Wort redete. Sei es drum. Wir haben nichts dagegen einzuwenden, besonders wenn es dem Frieden gilt. Aber wenn es heißt, Deutschland stehe besonders gut mit Rußland, dann erhebt sich sofort ein Geschrei in England, wir verfolgten weitere Ziele und brauten ein Bündnis gegen England. Wir haben keine besonderen Abmachungen mit Rußland, aber wir haben den lebhaften Wunsch und die Absicht, mit unseren östlichen Nachbarn auf freundlichem und intimem Fuße zu leben, und ich, wie auch jeder andere deutsche Staatsmann, täte meine Pflicht nicht, wenn ich diese Freundschaft nicht pflegte. Wenn Sie nach der Karte blicken wird es Ihnen unschwer klar werden. Während des jetzigen Krieges haben wir strenge Neutralität beobachtet, und so wird es bleiben, und wir hoffen auch weiter mit Rußland in enger Freundschaft zu leben.

England und Frankreich.

Was die gegen uns erhobene Anschuldigung betrifft, wir hätten versucht, Zwietracht und Verwicklungen zwischen Frankreich und England zu säen, um die Vollziehung des Abkommens zu hintertreiben, können Sie wirklich glauben, daß wir den gegenwärtigen Augenblick auswählen würden, um so zu handeln, wo doch die offenkundigsten Anzeichen einer entente cordiale sich uns aufdrängen mußten? Plumpe Intrigen dieser Art würden auf die Aufrichtigkeit einer Verständigung wie diese völlig wirkungslos bleiben. Ist es möglich, und wie ist es möglich, daß man uns in Ihrem Lande einer so haarsträubenden Dummheit für fähig hält, wodurch wir uns nur bloßstellen könnten?

Auf der andern Seite ist es doch gestattet, wenn Sie wollen, daß wir uns fragen, ob diese enge Freundschaft zwischen Frankreich und England für uns als wünschenswert gelten kann oder nicht. Auf alle Fälle haben wir in Ägypten den englischen Wünschen zugestimmt und dadurch der britischen Regierung unsern guten Willen gezeigt, indem wir ihrer englich-freundschaftlichen Abmachung mit Frankreich kein Hindernis in den Weg stellten.

Die deutschen Historiker und England.

Bei einem allgemeinen Gespräch über die Art, wie deutsche Schriftsteller, namentlich einige berühmte deutsche Historiker, über die Möglichkeit eines künftigen Krieges zwischen England und Deutschland schreiben, machte ich den Kanzler darauf aufmerksam, daß man in gebildeten

Kreisen Englands viel Gewicht auf die drohende Sprache lege, die hie und da in den Schriften gelehrter deutscher Professoren vorkomme, die in den Universitäten als Handbücher benutzt würden. Als Probe führte ich einen Satz an, den Heinrich von Treitschke 1884 gebraucht haben soll: „Die Abrechnung mit England muß noch kommen, es wird die längste und die schwierigste werden." Ich erwähnte auch, daß es von ihm in England heißt „er habe sich die Lebensaufgabe gestellt, in Deutschland einen leidenschaftlichen Haß gegen England zu züchten". Graf Bülow antwortete: Ich habe die Stelle, die Sie anführen, nie gesehen, jedenfalls kann ich Sie versichern, da ich Treitschke gut kenne, daß man ihm füglich keine Feindschaft gegen England zuschreiben kann. Er hatte Freunde in England, unter andern Carlyle, und kannte die englische Literatur und das englische Leben sehr gut. Sie werden in seinen Schriften manche Stellen finden, die das Gegenteil von dem beweisen, was man ihm nach Ihren Angaben in England zuschreibt. Wenn man aus Treitschkes Werken Stellen mit antienglischen Empfindungen anführt, so wäre es doch billig, auch diejenigen zu erwähnen, die freundschaftliche Gefühle aussprechen. Sie dürfen nicht vergessen, daß Treitschke nicht nur ein Historiker, sondern auch ein Dichter und ein sehr leidenschaftlicher Mann war. Er war ein glühender Reichsdeutscher schon vor 1870 und haßte den Partikularismus. Obschon Sachse von Geburt, empfand er keine engherzige Liebe für sein engeres Vaterland, eben wegen der Bestrebungen, die er als partikularistisch auslegte; auch konnte er sich nicht nach den süddeutschen Staaten hingezogen fühlen. Wenn er die von Ihnen angeführten Worte wirklich gebraucht hat, muß es in einem Anfall von Erregung oder Wut geschehen sein, denn er ärgerte sich leicht. Aber auch wenn er oder andere solche Worte gebraucht haben, so liegt darin noch kein Lehrsatz, der bei den Staatsmännern oder Lehrern des Landes Aufmunterung und Vertretung fände. Launen und Reden von Dichtern, Philosophen und Historikern lassen sich nicht kontrollieren, aber von Treitschke spreche ich aus eigener Kenntnis. Er bewunderte England, Griechenland, Italien, drei Länder, wo die Freiheit und die Literatur gepflegt worden sind, und Carlyle und Byron gehörten zu seinen Lieblingshelden. Wie oft haben nicht Ihre Landsleute gesagt, Bismarck hasse England; das ist nicht wahr, was Sie auch über seine Politik sagen mögen. Bekanntlich sagte Bismarck häufig: Wir Deutsche lieben die Engländer, aber sie sollen uns nichts zu sagen haben. Ich kann über Bismarcks Politik wohl aus eigener Kenntnis sprechen und ich weise den Gedanken aufs

schärfste zurück, daß er England gehaßt habe oder Pläne gegen Englands Weltstellung gehegt habe.

Die deutsche Flotte.

Lassen Sie mich nun einige Worte über die stets wiederkehrenden Behauptungen sagen, unsere Flottenpolitik gehe darauf hinaus, einen Krieg mit England vorzubereiten. Als Antwort auf diese Anschuldigung kann ich mit gutem Gewissen sagen, daß wir nicht im Traume daran denken, einen solchen Krieg heraufzubeschwören, denn das wäre ein ungeheuerliches Verbrechen. Ein Krieg zwischen England und Deutschland könnte politisch nur gerechtfertigt sein, wenn man annähme, daß beide Länder allein sich auf der ganzen Welt als Nebenbuhler gegenüberstehen, und daß die Niederlage des einen oder andern Nebenbuhlers die völlige Vorherrschaft des andern bedingt. In frühern Jahrhunderten befand sich England fortwährend je einem Nebenbuhler gegenüber, es waren nacheinander Spanien, Holland und Frankreich. Damals stand alles auf dem Spiele. Heutzutage gibt es eine Anzahl Mächte, die dieselben Ansprüche erheben wie wir, und der russisch-japanische Krieg zeigt, daß man ihre Zahl schon erhöhen kann. Wie die Dinge liegen, würde ein Krieg zwischen Deutschland und England der größte Glücksfall sein für alle Nebenbuhler der beiden Mächte. Denn da ein solcher Krieg, darüber dürfen wir uns nicht täuschen, den deutschen Handel, soweit sich übersehen ließe, gänzlich vernichten und den englischen Handel ernstlich schädigen würde, würden unsere Nebenbuhler die Gelegenheit benutzen, sich die Märkte der Welt zu sichern, ohne einen Schuß abzufeuern. Würden wir aufeinander losschlagen, so würde also ein ganzer Haufe tertiorum gaudentium vorhanden sein. Da Sie ja die Frage unserer Flotte genau studiert haben, werden Sie gewiß den Beweis gefunden haben, daß diese Flotte nur für die Verteidigung bestimmt ist. Ihr Zweck ist, unsere Gewässer gegen einen Angriff zu sichern und den nötigen Schutz für unsere auswärtigen Interessen zu bieten. Natürlich werden wir stets dafür sorgen, daß sie schlagfertig ist, wenn man ihrer bedarf, denn unser Wahlspruch muß lauten: Allzeit bereit. Die fremden Länder müssen sich mit der Tatsache aussöhnen, daß der deutsche überseeische Kaufmann nicht mehr als das armselige Geschöpf zu betrachten ist, das sich damit zu begnügen hat, die Brotkrumen unter dem Tisch aufzulesen. Er sitzt jetzt neben seinen Genossen, und wir haben ein volles Anrecht darauf, für die Rechte, die uns mit den Bürgern der andern Nationen gemeinsam sind, aufzutreten und sie zu verteidigen.

Bevor ich von dem Kanzler Abschied nahm, bat ich um die Erlaubnis, eine weitere Frage stellen zu dürfen, deren Beantwortung seinen bisherigen Mitteilungen großes Gewicht verleihen würde. Ich verwies darauf, daß man in England glaubte, Deutschland sei uns ein wirklicher und ein Todfeind, und fügte hinzu: Man verbreitet auch jenseits des Kanals, Ew. Exzellenz hege eine tiefe Abneigung gegen England. Wollen Sie mir gütigst gestatten, auf diese Anschuldigung zu antworten. Gewiß, antwortete der Kanzler in ernstem Tone, „ich will diese Frage als Mensch und als Politiker beantworten. Als Politiker und deutscher Staatsmann halte ich dafür, daß es verkehrt und verbrecherisch wäre, eine Politik zu vertreten, die darauf ausgeht, Feindschaft zwischen zwei großen Nationen wie Deutschland und England zu säen, die beide für die gesittete Welt unentbehrlich sind. Ein Krieg zwischen diesen beiden Völkern wäre ein heilloses Unglück, und ich wiederhole es, ein unverzeihliches Verbrechen bei einem Staatsmann, der ihn geflissentlich hervorruft oder so handelt, daß er möglich oder wahrscheinlich wird. Als Mensch kann ich Sie versichern, daß meinen Gedanken nichts ferner liegt als Abneigung, geschweige denn Haß oder Feindschaft gegen England. Ich bewundere das Land, sein Volk und seine Literatur. Bitte, erklären Sie, daß ich die Anschuldigung ganz nachdrücklich von mir weise, als ob ich auch nur das leichteste Übelwollen oder die leichteste Abneigung gegen England oder die Engländer empfände, eine Anschuldigung, die mir ganz neu und ganz unverständlich ist.

XXIII. Festrede im Deutschen Landwirtschaftsrat 1905.

Auch im Jahre 1905 folgte der Reichskanzler der Einladung des Deutschen Landwirtschaftsrates zu dessen Festmahl. Es fand am 8. Februar statt. Seine Rede war diesmal mit Rücksicht auf die kurz zuvor abgeschlossenen Handelsverträge von besonderer Bedeutung.

Reichskanzler Graf von Bülow:

Als ich vor zwei Jahren um diese Zeit in Ihrer Mitte weilte, lagen die schweren Kämpfe um das Zustandekommen des neuen Zolltarifs eben hinter uns. Damals war die Saat gelegt worden. Damals versprach ich Ihnen, daß die Interessen der deutschen Landwirtschaft bei den

Handelsvertragsunterhandlungen mit Nachdruck wahrgenommen werden würden. Jetzt ist die Zeit der Ernte gekommen. Nun weiß ich ja wohl, meine Herren, daß man von meinen Freunden auf dem Lande selten oder nie ein Wort voller Befriedigung über ihre Ernte zu hören bekommt.

(Heiterkeit.)

Der eine findet das Futter für das Vieh nicht genügend, der andere den Roggen schlecht, der dritte den Weizen mäßig; dem einen war es zu trocken, dem anderen zu naß.

(Heiterkeit.)

So habe ich auch nie angenommen, daß die Ernte aus den Handelsverträgen die Landwirte ganz befriedigen würde. Die mir soeben von meinen verehrten Herren Nachbarn zur Rechten und zur Linken gezollte Anerkennung übertrifft meine Erwartungen. Ich bin angenehm enttäuscht.

(Heiterkeit.)

Um das Gleichgewicht wieder herzustellen, will ich Ihnen sofort sagen, daß ich selbst manches noch viel besser, manchen Ertrag nach Quantität und Qualität reicher gewünscht hätte.

(Bravo!)

Aber das glaube ich doch mit gutem Gewissen sagen zu können: Wenn wir nicht alles erreicht haben, die Hauptsache haben wir erreicht. Aus dem Gröbsten haben wir die deutsche Landwirtschaft wieder herausgehauen.

(Sehr richtig!)

Und wenn behauptet wird, das sei unter unerträglichen Opfern für die Industrie geschehen, so bestreite ich das auf das allerentschiedenste.

(Sehr richtig!)

Wer das behauptet, unterschätzt die Kraft der deutschen Industrie wie die Vorteile, die für Handel und Industrie in den neuen langfristigen Verträgen enthalten sind.

(Sehr richtig!)

Auf der jetzt geschaffenen Grundlage wollen wir, wie mein Herr Nachbar zur Linken sehr richtig ausführte, weiter bauen. Sie, meine Herren von

der praktischen Landwirtschaft, indem Sie die der Landwirtschaft durch die neuen Verträge gebotenen Vorteile durch intensiven Betrieb, durch genossenschaftlichen Zusammenschluß, durch zweckdienliche Meliorationen voll ausnutzen und so Viehzucht und Körnerbau in Deutschland auf die Höhe der Vervollkommnung bringen. Wir von der Regierung, indem wir das mit den 7 neuen Handelsverträgen begonnene Werk fortsetzen.

(Bravo!)

Durch diese 7 Verträge ist etwa ein Drittel unseres Handels vertragsmäßig geregelt worden. Wir werden trachten, nunmehr auch mit anderen wichtigen und uns befreundeten Staaten zu einem richtigen Ausgleich der gegenseitigen Interessen zu gelangen. Wenn es, meine Herren, uns gelungen ist, den ersten schwierigen Teil des großen Werks zu einem gedeihlichen Abschluß zu bringen, hoffe ich, Sie werden mir und den Verbündeten Regierungen das Vertrauen schenken, daß wir die richtigen Mittel und Wege finden, um auch den übrigen Teil unserer Aufgaben in handelspolitischer Beziehung zum Wohle der Landwirtschaft wie der Gesamtheit zu Ende zu führen.

(Lebhaftes Bravo.)

Aber auch damit betrachte ich unsere Pflicht nicht als erfüllt. Auf vielen anderen Gebieten wartet unser noch reichliche Arbeit für die Landwirtschaft. Ich erinnere nur an die brennende Frage der Entschuldung des Grundbesitzes, deren Lösung wir begonnen haben und hoffentlich zu einem glücklichen Ende bringen werden. Ich will erinnern an die überaus wichtige innere Kolonisation, für die ich mich besonders interessiere, die ich planmäßig in Angriff genommen und durchgeführt zu sehen wünsche.

(Bravo!)

Ich erinnere an die Landarbeiternot, die wir nach meiner Ansicht nicht im Wege der Gesetzgebung, sondern nur durch großzügige Unternehmungen zur Seßhaftmachung der Landarbeiter werden beseitigen können.

(Lebhafter Beifall.)

Lassen Sie uns auf diesen Wegen zusammengehen in Vertrauen und Mut. Wehren sie einem wehleidigen Pessimismus, stärken Sie den Mut und das Selbstvertrauen der deutschen Landwirte. Von einem deutschen Dichter, der vor kurzem seinen 80. Geburtstag gefeiert hat, von Hermann Lingg, las ich die Verse:

Regen, Sturm und Hagelschauer,
Schickt der Himmel mir herab,
Doch ich bin ein alter Bauer,
Der sich niemals noch ergab,
Und ich trotz' ihm bis zum Grab.

(Lebhafter Beifall.)

Das ist eine Gesinnung, wie sie dem deutschen Landmann wohl ansteht. Vor allem, meine Herren, halten Sie fest an der Überzeugung, daß unser Kaiser und König, die Verbündeten Regierungen und der verantwortliche Leiter der Politik des Reiches einig sind in dem Wunsche und einig sind in dem Bestreben, der Landwirtschaft auch weiter zu helfen, die Landwirtschaft auch weiter zu fördern.

(Bravo!)

In diesem Sinne erhebe ich mein Glas auf die deutsche Landwirtschaft und auf ihre Vertreter. Die deutsche Landwirtschaft und der Deutsche Landwirtschaftsrat, sie leben hoch!

XXIV—XXXII. Marokko.

Dem Weißbuch über Marokko entnehmen wir die vom Reichskanzler ausgegangenen Erlasse mit Ausnahme des in der Reichstagsrede vom 6. Dezember 1905 bereits mitgeteilten.[1])

XXIV. Erlaß des Reichskanzlers an die Kaiserlichen Missionen in Wien, Lissabon, Brüssel, Haag, Stockholm und an die Königlichen Missionen in München, Stuttgart, Dresden, Karlsruhe, Oldenburg und Hamburg.

Berlin, den 12. April 1905.

Die Entstellungen der Wahrheit, welche neuerdings hinsichtlich der Marokkofrage durch die französische Presse und insbesondere durch die für inspiriert geltenden Organe verbreitet werden, lassen die nachfolgende kurze Darlegung der Sachlage und unserer Stellung dazu als zeitgemäß erscheinen.

[1]) Vgl. oben S. 258f.

Es ist falsch, daß das französisch-englische Marokko-Abkommen der deutschen Regierung schriftlich oder mündlich zur Kenntnis gebracht worden sein soll. Herr Delcassé hat zwar dem Kaiserlichen Botschafter hie und da Andeutungen allgemeiner Art gemacht über unhaltbare Zustände in Marokko und über die Notwendigkeit, welche sich daraus für Frankreich ergebe, auf die Sicherung seiner algerischen Grenze bedacht zu sein. Als aber im vorigen Sommer bereits längere Zeit nach der englisch-französischen Konvention der deutsche Botschafter an Herrn Delcassé eine Frage richtete, welche sich auf den Inhalt jenes Abkommens bezog, erwiderte der Minister nur: „Sie finden das Alles im Gelbbuch."

Die deutsche Regierung rührte sich damals nicht, weil in einem Artikel der englisch-französischen Konvention die Erhaltung des status quo ausdrücklich vorgesehen ist, wir uns also zu der Annahme berechtigt halten konnten, daß die marokkanischen Vertragsmächte von Frankreich befragt werden würden, falls Frankreich in Marokko Neuerungen anstreben sollte, welche geeignet wären, die bisherigen Rechte und Freiheiten der Angehörigen anderer Vertragsstaaten in ihrem Umfange oder ihrer Dauer zu beschränken. Wir wurden jedoch gewahr, daß diese unsere Voraussetzung eine irrige gewesen und daß es Zeit sei, an den Schutz der deutschen Interessen zu denken, als die Marokkanische Regierung anfragen ließ, ob es richtig wäre, daß der französische Gesandte in Fez, wie er angebe, Mandatar der europäischen Mächte sei; als ferner erkannt wurde, daß verschiedene Punkte des sogenannten französischen Reformprogramms — welches in seiner Vollständigkeit bis heute noch nicht vorliegt — in direktem Gegensatz zur Erhaltung des status quo stehen; als endlich hervorragende, sogar inspirierte Organe der französischen großen Presse offen auf Tunis als Vorbild für die Neugestaltung Marokkos hinwiesen.

Da die deutsche Regierung nicht danach strebt, durch eine Sonderabmachung Sondervorteile für sich zu erlangen, so betrachtet sie eine neue Konferenz der Vertragsstaaten als das gegebene Mittel zur friedlichen Lösung des jetzigen Interessenkonflikts. Der Einwand der französischen Presse, daß es sich bei den früheren Konferenzen nicht um eine politische Umgestaltung gehandelt habe, sondern um privatrechtliche Interessen, ist nicht stichhaltig. Denn da jetzt mit der Möglichkeit eines französischen Protektorats über Marokko, d. h. mit einer gänzlichen Verdrängung nichtfranzösischer wirtschaftlicher Unternehmungen nach dem Vorgange von Tunis zu rechnen ist, so sind die fremden Privatinter-

essen in ihrer Gesamtheit bedroht, und eine Konferenz wäre mehr als je am Platze. Es ist das ein Ausweg, welcher keine berechtigte Empfindlichkeit verletzen kann, da es sich lediglich um die Anwendung eines bereits mehrfach erprobten Auskunftsmittels handelt.

Indem wir hierbei naturgemäß zunächst für die eigenen deutschen Interessen eintreten, handeln wir in dem Bewußtsein, daß dieselben identisch sind mit den wirtschaftlichen Interessen aller nichtfranzösischen Vertragsstaaten. Ob diese Interessen groß oder klein sind, ist dabei Nebensache. Deutschland vertritt die Ansicht, daß über seine marokkanischen Interessen nicht verfügt werden kann, ohne daß es und die übrigen Vertragsstaaten dabei zu Worte gekommen sind. Wir glauben auch, daß der Englischen Regierung bei dem französischen Marokkovertrage die Absicht fern lag, über nichtenglische wirtschaftliche Interessen zu verfügen. Diese Ansicht wird bestärkt durch den Artikel des Vertrags, welcher die Erhaltung des status quo ausdrücklich stipuliert. Es ist dies einer der Gründe, weshalb wir annehmen, keine der in Betracht kommenden Regierungen werde sich der Berechtigung des Gedankens verschließen, daß alle marokkanischen Vertragsstaaten gehört werden müssen, wenn es sich um den Plan einer Neugestaltung handelt, deren bedrohlicher Charakter für die Gesamtheit der nichtfranzösischen Privatinteressen keinem Zweifel unterliegt.

Euer usw. sind ermächtigt, diese Auseinandersetzung zur Kenntnis der dortigen Regierung zu bringen.

(gez.) Bülow.

XXV. Telegramm des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris.

Berlin, den 28. April 1905.

Sprechen Sie in meinem Namen dem Ministerpräsidenten für seine entgegenkommenden Äußerungen meinen Dank aus. Aus denselben glaube ich entnehmen zu können, daß er sich von der Lage Rechenschaft gibt, in welche Deutschland versetzt sein würde, wenn über deutsche Interessen von dritter Seite verfügt worden wäre, ohne uns zu befragen. Bei ruhigem Hinnehmen eines derartigen Ignorierens der Existenz einer

Großmacht würde sich diese Unannehmlichkeiten, um nicht zu sagen Gefahren für die Zukunft bereiten. Neben Erwägungen anderer Art kommt der materielle Wert bedrohter Interessen erst in zweiter Linie in Betracht. Ich glaube aus den Eröffnungen des Ministerpräsidenten Euerer Durchlaucht gegenüber entnehmen zu können, daß der Gedanke an eine einseitige und gewaltsame Lösung der Interessenfrage ihm ebenso fern liegt wie der Regierung Seiner Majestät des Kaisers. Daß ihre Interessen in dieser Frage mit denen einer Anzahl anderer Staaten identisch sind, ist sich die Kaiserliche Regierung bewußt. Hoffentlich wird sich die gegenwärtige Spannung in befriedigender Weise unter Beteiligung aller Interessenten erledigen lassen. Dabei mitzuwirken sind wir gern bereit.

(gez.) Bülow.

XXVI. Erlaß des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris.

Berlin, den 1. Mai 1905.

Euerer Durchlaucht spreche ich zunächst meine Anerkennung aus für Ihre bisherige Behandlung der marokkanischen Angelegenheit, insbesondere für die Art, wie Sie die Versuche pariert haben, welche Herr Delcassé gemacht hat, um den gelegentlichen, mündlichen und bruchstückweisen Mitteilungen, welche er durch Sie oder durch Herrn Bihourd hierher gelangen ließ, den Charakter eines diplomatischen Akts zu geben. Daß ein diplomatisches Aktenstück von solcher Tragweite wie das Marokko-Abkommen nicht auf Grund mündlicher und fragmentarischer Wiedergabe beurteilt werden kann, bedarf keines Beweises. Für Eröffnungen von solcher Wichtigkeit ist die schriftliche Form die durch den diplomatischen Gebrauch konsekrierte. Die formelle und materielle Insuffizienz der im Laufe des vorigen Jahres von Herrn Delcassé durch Euere Durchlaucht und durch Herrn Bihourd hierher übermittelten Andeutungen und Fingerzeige ist eine Tatsache, über welche keiner der beiden Teile sich nachträglich hinwegsetzen kann. Ob bei diesen Andeutungen ein Wink mehr oder weniger gegeben wurde, ist ein unerheblicher Umstand, welcher keine Remedur schafft für den von Grund aus unvollständigen Charakter

des Ganzen. Wir haben deshalb, als der französische Botschafter am 25. v. Mts. fragte, ob wir eine Aufzeichnung über den vollständigen Inhalt der früheren marokkanischen Besprechungen des Herrn Delcassé mit Euerer Durchlaucht zu haben wünschten, auf die Kenntnis dieses Schriftstücks verzichtet. Dem völkerrechtlichen Brauche hätte es, wie gesagt, entsprochen, wenn Frankreich den sämtlichen Mitinteressenten, welche als solche durch die Unterzeichnung der Madrider Konferenzakte genügend gekennzeichnet sind, das französisch-englische Marokko-Abkommen in den üblichen Formen nach dessen Abschluß mitgeteilt hätte. Herr Delcassé hat zwar behauptet, daß diese Mitteilung durch die Veröffentlichung des Abkommens im französischen Journal officiel überflüssig geworden sei. Indessen wird es dem Herrn Minister nicht entgehen, daß diese beiden Arten der Bekanntgabe einen grundverschiedenen Charakter haben. Die direkte Mitteilung ist nicht ein bloßer Akt der Courtoisie, sondern die französische Regierung hätte sich dadurch implizite den Adressaten gegenüber bereit erklärt, über deren Interessen, falls sie dieselben berührt glaubten, in Erörterungen einzutreten. Die Veröffentlichung im französischen Amtsblatt hingegen stellt die unbefragten Mitinteressenten einfach vor die vollendete Tatsache.

Es beweist die konzilianten Anschauungen der deutschen Regierung, wenn sie im Hinblick auf den Artikel des Abkommens, welcher die Erhaltung des status quo stipuliert, sich zunächst an der Vermutung genügen ließ, daß in absehbarer Zeit Veränderungen, welche schädlich auf die fremden Interessen wirken könnten, nicht beabsichtigt seien. Indessen wurde nach dem Auftreten des französischen Gesandten in Fez und nach verschiedenen anderen Anzeichen diese Vermutung unhaltbar, vielmehr zeichnet sich jetzt mit zunehmender Deutlichkeit eine Lage, welche die Gesamtheit der nichtfranzösischen Interessen in Marokko bedroht. Unter diesen Umständen sieht die deutsche Regierung sich genötigt, darauf hinzuweisen, daß deutsche Interessen in Marokko berührt werden können, daß diese Interessen auf vertragsmäßiger Grundlage beruhen und daß daher über dieselben ohne Mitwirkung Deutschlands nicht verfügt werden kann.

Ich will gern annehmen, daß Herrn Delcassé der Gedanke an eine einseitige und gewaltsame Lösung der Interessenfrage heute ebenso fern liegt, wie der Regierung Seiner Majestät des Kaisers, welche letztere sich überdies bewußt ist, daß ihre Interessen in dieser Frage identisch sind mit denen einer Anzahl anderer Staaten. Wir hoffen, daß die jetzige Spannung sich in befriedigender Weise erledigen lassen wird und

sind gern bereit, zu unserem Teile dabei mitzuwirken, sobald wir über die gegenwärtig in Fez geschaffene Lage genügend orientiert sein werden.

Alles Vorstehende können Euere Durchlaucht nach Ihrem Ermessen in der nächsten Unterredung mit Herrn Delcassé verwerten. Für Euere Durchlaucht persönlich bemerke ich noch, daß unter den aufzuklärenden Widersprüchen auch die Mandatsfrage mitspielt. Herr Delcassé hat bestritten, daß ein solcher Auftrag von ihm erteilt oder vom Gesandten ausgeführt worden sei. Die gegenteilige Angabe, daß Herr Saint René Taillandier sich ausdrücklich und öffentlich als den Mandatar der europäischen Mächte bezeichnet habe, erscheint jedoch in einer Weise begründet, welche es untunlich macht, über diesen Inzidenzpunkt ohne weitere Nachprüfung zur Tagesordnung überzugehen. Wir warten, um uns eine Meinung zu bilden, die Meldung des Grafen Tattenbach ab. Herrn Delcassé gegenüber wollen Euere Durchlaucht eine Äußerung über die Mandatsfrage vermeiden, weil deren Spitze sich, wie die Dinge liegen, gegen den Minister persönlich richten könnte.

(gez.) Bülow.

XXVII. Erlaß des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris.

Berlin, den 22. Mai 1905.

Die ersten Meldungen des Grafen Tattenbach aus Fez sind nicht geeignet, die Ansicht von dem stürmischen Charakter der bisherigen Marokkopolitik des Herrn Delcassé zu ändern.

Zunächst wird die Angabe, daß Herr St. René Taillandier sich in Fez als Mandatar der europäischen Mächte bezeichnet habe, von mehreren Seiten und insbesondere auch vom Sultan persönlich mit großer Entschiedenheit bestätigt.

Ferner meldet Graf Tattenbach unter dem 17. d. M. wörtlich: „Der französische Gesandte hat unmittelbar nach meiner Ankunft in Fez im Auftrage des Herrn Delcassé erklärt, daß die französische Regierung es als eine Beeinträchtigung ihrer Interessen ansehen würde, wenn die französischen Reformvorschläge den Signatarmächten zur Kenntnisnahme

und Äußerung unterbreitet würden. Das Recht, in marokkanischen Angelegenheiten zu intervenieren, stehe keiner andern Macht zu."

Hiernach will der Vertreter Frankreichs ohne weiteres Beschlag auf Marokko legen und dem Sultan den Verkehr mit den übrigen Vertragsstaaten verbieten. Nach Herrn Rouviers bisherigen Äußerungen halte ich mich zu der Annahme berechtigt, daß der Ministerpräsident diese Art des Vorgehens mißbilligt.

(gez.) Bülow.

XXVIII. Runderlaß des Reichskanzlers an die Kaiserlichen Missionen in Wien, Rom, Madrid, London, Paris, St. Petersburg, Washington, Brüssel, Haag, Lissabon, Stockholm.

Berlin, den 5. Juni 1905.

Nach einer telegraphischen Meldung der Kaiserlichen Gesandtschaft in Tanger hat die Marokkanische Regierung die Signatarmächte der Madrider Konvention zu einer Konferenz in Tanger eingeladen, um dort über die von Seiner Scherifischen Majestät beschlossenen, den jeweiligen Verhältnissen in Marokko entsprechenden Reformen sowie über die Beschaffung der hierfür erforderlichen Mittel zu beraten.

Die Kaiserliche Regierung glaubt, entsprechend den von ihr früher abgegebenen Erklärungen, in einer solchen Konferenz das beste Mittel zur Einführung derartiger Reformen zu erblicken. Denn da diese Reformen voraussichtlich nur unter Anlehnung an die Signatarmächte erfolgen können, so ist die Möglichkeit ihrer Durchführung beschränkt durch die Bestimmungen der Madrider Konvention, insbesondere durch den Artikel 17, wonach jeder Signatarmacht in Marokko das Recht auf Behandlung als meistbegünstigte Nation zusteht und somit keiner Macht eine bevorzugte Behandlung eingeräumt werden darf. Das geplante Reformwerk würde daher nur mit Zustimmung aller Signatarmächte zustande kommen können. Aus diesen Erwägungen hat die Kaiserliche Regierung die Einladung Marokkos angenommen.

Sollte die Konferenz an der Weigerung einzelner Signatarmächte scheitern, so würde die Folge sein, daß der bisherige Vertragszustand unverändert aufrecht erhalten bliebe. Hieran würde auch nichts geändert werden, wenn einige Signatarmächte erklären sollten, daß sie mit den für Marokko in Aussicht genommenen Maßregeln einverstanden seien oder daß sie daran kein Interesse nähmen. Denn es würde nach den obigen Ausführungen der Widerspruch einer einzigen Signatarmacht genügen, um die Einräumung irgendwelcher Sonderrechte, die mit dem Meistbegünstigungsrechte der anderen Mächte unvereinbar sind, den Rechtsboden zu entziehen.

Abgesehen von dem vorstehend entwickelten Rechtsstandpunkte glaubt übrigens die Kaiserliche Regierung die Konferenz auch deshalb für nützlich erachten zu sollen, weil ganz unabhängig von der Rechtsfrage die bestehenden politischen Interessen der Signatarmächte durch die Gewährung von Sonderrechten an einzelne Mächte beeinträchtigt werden könnten und die Konferenz ein geeignetes Mittel zur Herbeiführung eines Ausgleichs bieten würde.

Euer usw. bitte ich, Vorstehendes durch Vorlesen zur Kenntnis der dortigen Regierung zu bringen und auf Wunsch Abschrift zu übergeben. Bei Besprechung der Sache wollen Sie sodann mündlich, aber auftragsgemäß die nachstehenden Gesichtspunkte hervorheben und verwerten.

Gegenüber der französischen Mission in Marokko läßt sich die vertragsmäßige Rechtslage folgendermaßen zusammenfassen:

Die Madrider Konvention stellt sich nicht dar als ein Vertrag Marokkos einerseits und der übrigen Signatarmächte andererseits, sondern als ein Vertrag sämtlicher Signatarmächte untereinander, dergestalt, daß jede Macht allen anderen Mächten gegenüber verpflichtet ist, die Bestimmungen des Vertrags als für sie maßgebend anzusehen. Frankreich hat daher, sofern es Sonderrechte in Marokko erwerben will, die mit den Vertragsbestimmungen im Widerspruch stehen, nicht nur die Zustimmung Marokkos, sondern auch die aller übrigen Signatarmächte einzuholen.

Die von Frankreich erstrebten Sonderrechte würden zweifellos eine Verletzung der Madrider Konvention zur Folge haben. Wenn auch die Anträge, welche Frankreich an Marokko gerichtet hat, im einzelnen noch nicht bekannt sind, so steht doch so viel fest, daß Frankreich Marokko veranlassen will, ihm ein Recht auf Leitung der inneren Verwaltung des Landes sowie seines gesamten Heerwesens zu übertragen und ihm

dadurch eine bevorzugte Behandlung vor allen übrigen Signatarmächten einzuräumen.

Auf diese Weise würde Frankreich ebenso wie in Tunis, den gesamten Verwaltungsapparat des Landes und damit jede Verwaltungsentscheidung der Marokkanischen Regierung in die Hand bekommen und so Marokko politisch wie handelspolitisch unter seine Herrschaft bringen. Eine solche Stellung einer einzelnen Signatarmacht ist aber mit Artikel 17 der Madrider Konvention schlechterdings unvereinbar.

Ein Gewährenlassen der französischen Aktion gegen Marokko hieße also nichts anderes, als die den Signatarmächten durch die Madrider Konvention verbürgten Rechte preisgeben, während ein Einspruch gegen diese Aktion sich lediglich als eine Verteidigung des bestehenden Rechtszustandes darstellt.

(gez.) Bülow.

XXIX. Erlaß des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris.

Berlin, den 12. Juni 1905.

Wir würden dem Wunsche des Herrn Rouvier, vor der Marokko-Konferenz über die Ausdehnung der zulässigen Reformen mit uns eine Aussprache zu haben, unter der Voraussetzung entsprechen können, daß zuvor Frankreich die Einladung zur Konferenz annimmt. In diesem Falle würden auch die übrigen Signatarmächte der Madrider Konvention zur Teilnahme an der Konferenz voraussichtlich bereit sein, so daß das Zustandekommen derselben gesichert wäre.

Sollte schon jetzt Herr Rouvier näheres über unsere Ansichten in dieser Hinsicht zu erfahren wünschen, so würden Euere Durchlaucht zu erwidern haben: die französische Regierung werde sich nach dem von uns bisher eingenommenen Standpunkte von selbst sagen können, daß die auf dem Gebiete der Polizei notwendigen Reformen international festzustellen und zeitlich zu beschränken seien; daß die Finanzreformen gleichfalls international behandelt werden müßten; und daß endlich die wirtschaftliche Erschließung Marokkos unter voller Beachtung des Grundsatzes der open door zu erfolgen habe. Dies alles sei aus der Natur der Sache zu folgern; Sie zweifelten aber nicht daran, daß sowohl die

Kaiserliche Regierung als auch die übrigen Signatarmächte, soweit irgend möglich, den berechtigten französischen Wünschen Rechnung tragen würden. Bei Ihrem Gespräche über dieses Thema bitte ich übrigens zu beachten, daß die vorstehenden Ausführungen nur objektive Deduktionen sind, und daß wir mit Frankreich in entsprechende Verhandlungen erst eintreten wollen, nachdem die französische Regierung die Einladung zur Konferenz in formeller Weise angenommen haben wird.

Wir geben uns der Hoffnung hin, daß unter diesen Umständen für Frankreich die Konferenz annehmbar sein wird. Andererseits befürchten wir, daß, wenn die Konferenz am Widerspruche Frankreichs scheitert, sich erhebliche Schwierigkeiten herausstellen werden.

Euere Durchlaucht bitte ich im Sinne der vorstehenden Ausführungen mit Herrn Rouvier Rücksprache zu nehmen und dabei unserer aufrichtigen Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der von beiden Seiten gewünschte Ausgleich auf dem angedeuteten Wege erzielt werden möge.

(gez.) Bülow.

XXX. Erlaß des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris.

Berlin, den 16. Juni 1905.

Bei Ihren weiteren Besprechungen mit Herrn Rouvier bitte ich Euere Durchlaucht, an dem in meinem Erlaß vom 12. Juni d. J. dargelegten Standpunkte festzuhalten, daß wir mit Frankreich in Verhandlungen über die Ziele und das Programm der Konferenz erst eintreten können, nachdem die französische Regierung die Einladung zur Konferenz in formeller Weise angenommen haben wird. Nach wie vor glauben wir, daß in diesem Falle die Konferenz zustande kommen wird. Denn, wenn England auch endgültig die Einladung ablehnen sollte, so braucht die Konferenz doch daran allein nicht zu scheitern, da England zugunsten Frankreichs auf seine hier in Betracht kommenden Interessen verzichtet hat und mithin durch Frankreich auf der Konferenz gewissermaßen mit vertreten sein würde. Wir glauben ferner, daß die Konferenz im Interesse von Frankreich selbst liegen würde. Denn sie würde es Marokko erleichtern, den berechtigten französischen Wünschen zu entsprechen, da diese

alsdann ebenso wie die sonst als notwendig erkannten Reformmaßregeln eine europäische Sanktion erhalten würden.

Euere Durchlaucht werden die Frage des Herrn Rouvier, wie der Ausdruck „international" bei den Reformen auf dem Gebiete der Polizei und Armee und der Finanzen zu verstehen sei, wie folgt beantworten können:

Heerwesen und Polizei würden zunächst insofern international zu ordnen sein, als die Konferenz, wie Herr Rouvier richtig hervorgehoben hat, ein Mandat zur Durchführung der erforderlichen Reformen erteilen müßte. Diese Aufgabe würde, soweit es sich um die Distrikte an der algerischen Grenze handelt, naturgemäß Frankreich allein zufallen können, womit, soweit sich aus den Ausführungen Herrn Rouviers entnehmen läßt, der Hauptwunsch Frankreichs erfüllt sein würde. Dagegen würde kein Grund vorliegen, das Mandat auch für die entfernter liegenden Plätze, insbesondere die am Atlantischen Ozean, allein an Frankreich zu übertragen. Hier würde es vielmehr der Sachlage entsprechen, daß die Polizeireformen, soweit erforderlich, in den einzelnen Distrikten verschiedenen Mächten zugeteilt würden. Die Finanzreformen würden vor allem dadurch international zu gestalten sein, daß die nach dem französischen Reformprojekte zu gründende marokkanische Staatsbank nicht lediglich von einer französischen Bankgruppe, sondern von Bankgruppen verschiedener Mächte ins Leben gerufen würde. Dabei würden die zu besetzenden leitenden Stellen wie das einzuschießende Kapital möglichst gleich zu verteilen sein.

Ich bitte bei Entwickelung der vorstehenden Gesichtspunkte wiederholt darauf hinzuweisen, daß es sich hier keineswegs um Vorschläge der Kaiserlichen Regierung, sondern nur um objektive Deduktionen handelt.

Euerer Durchlaucht stelle ich hiernach das sofortige Eintreten in weitere Verhandlungen mit Herrn Rouvier anheim.

(gez.) Bülow.

XXXI. Erlaß des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris.

Berlin, den 25. Juni 1905.

Euerer Durchlaucht beehre ich mich anbei die Antwort der Kaiserlichen Regierung auf das Exposé der Französischen Regierung über die

Marokkokonferenz vom 21. d. M. sowie zwei Abdrücke davon mit der Bitte zu übersenden, unsere Antwort dem Ministerpräsidenten Rouvier persönlich zu übergeben.

(gez.) Bülow.

Die Regierung der Französischen Republik hat in einem der Kaiserlichen Regierung am 23. Juni 1905 mitgeteilten Exposé der Ansicht Ausdruck gegeben, daß zur Durchführung der von ihr der Marokkanischen Regierung gemachten Reformvorschäge die von Seiner Scherifischen Majestät angeregte Konferenz der Signatarmächte der Madrider Konvention weder notwendig noch zweckmäßig sei.

Nach den Ausführungen des Exposés erstrebt die Französische Regierung mit ihren Vorschlägen weder die Leitung der inneren und der äußeren Angelegenheiten sowie des Heerwesens im Marokkanischen Reiche, noch will sie die Unabhängigkeit des Sultans und die Integrität seines Gebiets oder die Vertragsrechte der übrigen Mächte beeinträchtigen. Die Kaiserliche Regierung nimmt von diesen Erklärungen mit Genugtuung Kenntnis, um so mehr als die Marokkanische Regierung die französischen Vorschläge in anderem Sinne aufgefaßt hatte. Ferner stimmt die Kaiserliche Regierung mit der Französischen Regierung darin völlig überein, daß die in Aussicht genommenen Reformen die Aufrechterhaltung der Ordnung, die gute Verwaltung und das wirtschaftliche Gedeihen des Landes bezwecken müssen. An diesen Zielen sind außer Frankreich auch die anderen Staaten beteiligt, deren Angehörige in Marokko ansässig sind oder mit dem Lande Handel und Verkehr unterhalten. Demnach würden auch die Mittel und Wege zur Erreichung der Ziele naturgemäß durch gemeinsame Beratung festzustellen sein. Nimmt aber Frankreich, wie es beabsichtigt, die Lösung dieser Aufgaben allein in die Hand, so ist zu besorgen, daß es durch die Macht der Verhältnisse dahin geführt werden könnte, mehr und mehr die Leitung der Regierungsgewalt zu übernehmen und dadurch allmählich zu der nach seinen eigenen Ausführungen nicht erstrebten Stellung in Marokko zu gelangen.

Hiernach würden die französischen Reformvorschläge auf dem Gebiete des Heerwesens, der inneren Verwaltung und des Finanzwesens, wie sie die Marokkanische Regierung nunmehr der Kaiserlichen Regierung mitgeteilt hat, eine schwere Gefährdung der Unabhängigkeit Marokkos bedeuten. Auch erscheint es nicht zutreffend, wenn das Exposé ausführt, daß die wirtschaftlichen Vorteile eines solchen Reformwerkes allen

Mächten gleichmäßig zugute kommen würden; vielmehr dürften sie vorzugsweise, insbesondere da, wo es sich um die Erteilung von Konzessionen handelt, der dieses Reformwerk betreibenden Macht zufallen. Das zeigt sich auch bei den Vorschlägen auf wirtschaftlichem Gebiete, die nach Mitteilung Marokkos von der Französischen Regierung gemacht worden sind.

Eine solche Sonderstellung einer einzelnen Signatarmacht ist mit den Bestimmungen der Madrider Konvention nicht vereinbar. Insbesondere steht der Artikel 17 dieser Konvention entgegen, wonach jeder Signatarmacht in Marokko das Recht auf Behandlung als meistbegünstigter Nation zusteht, und somit keiner Macht eine bevorzugte Behandlung eingeräumt werden darf. Die Kaiserliche Regierung muß daran festhalten, daß sich diese Meistbegünstigung nicht, wie das französische Exposé anzunehmen scheint, ausschließlich auf die Ausübung des Schutzrechts oder etwa noch auf die wirtschaftlichen Interessen beschränkt, sondern daß sie sich auf das gesamte Maß des von den Signatarmächten in Marokko in Anspruch genommenen Einflusses bezieht. Dies ergibt sich sowohl aus dem Wortlaute der Bestimmung, die ganz allgemein gehalten ist, als auch aus den Umständen und Verhältnissen, die zu der Madrider Konferenz sowie zur Aufnahme des erwähnten Artikels geführt haben.

Hiernach setzt die Durchführung von Reformen in Marokko, wenigstens soweit dazu die Einräumung von Sonderrechten zugunsten einzelner Signatarmächte erforderlich ist, die Zustimmung der übrigen Mächte voraus. Eine solche Zustimmung aber dürfte am leichtesten auf einer Konferenz zu erzielen sein, die ganz unabhängig von den dafür sprechenden rechtlichen Erwägungen ein geeignetes Mittel zur Herbeiführung eines Ausgleichs zwischen den bestehenden politischen und handelspolitischen Interessen der Signatarmächte bieten würde.

Die Konferenz würde überdies dem Sultan, dessen Zustimmung die erste Voraussetzung der Reformen bildet, ein Eingehen auf die Vorschläge wesentlich erleichtern, da das Reformwerk alsdann die Sanktion aller beteiligten Mächte erhalten würde. Wenn das französische Exposé ausführt, daß Frankreich infolge der Nachbarschaft Algeriens und der Ausdehnung der gemeinsamen Grenze zu dem Reformwerk in erster Linie berufen sei, so ist ohne weiteres zuzugeben, daß Frankreich ein sehr legitimes Interesse daran hat, die Ordnung im Grenzgebiet aufrecht erhalten zu sehen. Dagegen wird es nicht wohl beanspruchen können, andere Mächte von der Teilnahme an dem marokkanischen Reformwerke von vornherein auszuschließen.

Indem das auf der Konferenz zu vereinbarende Reformwerk der Unabhängigkeit des Sultans eine größere Garantie gewährt, würde es auch den Absichten entsprechen, von denen der Sultan bei der Einladung zu der Konferenz ausgegangen ist. In diesem Sinne hat die Kaiserliche Regierung die Einladung angenommen und dieser Charakter wird auch dadurch nicht geändert, daß sie sich selbst die Wahrung ihrer vertragsmäßigen Rechte vorbehält. Sie betrachtet es nicht, wie das französische Exposé ausführt, als Zweck oder gar als Hauptzweck der Konferenz, die Rechte der Signatarmächte aus der Madrider Konvention von neuem sicher zu stellen; sie glaubt aber allerdings, daß, wenn diese vertragsmäßigen Rechte im Interesse der Reformen eine Einschränkung erfahren sollen, dies nur durch den einstimmigen Beschluß aller dieser Mächte geschehen kann. Dementsprechend hat auch der Sultan anderweit zu erkennen gegeben, daß er das Reformwerk von dem einstimmigen Beschlusse der Signatarmächte abhängig mache.

Bevor die Französische Regierung zu der Frage der Marokko-Konferenz endgültig Stellung nimmt, wünscht sie die Ansichten der Kaiserlichen Regierung über die dort zu behandelnden Einzelfragen sowie über deren Lösung kennen zu lernen. Danach würde die Kaiserliche Regierung ein vollständiges Programm für die Konferenz zu entwerfen und gewissermaßen deren Entscheidungen vorzugreifen haben. Hierzu ist sie zu ihrem Bedauern aus formalen wie aus sachlichen Gründen nicht in der Lage.

Die Einladung zu der Konferenz ist vom Sultan ausgegangen, der als deren Zweck die Beratung über die den gegenwärtigen Verhältnissen im Scherifischen Reiche entsprechenden Reformen und die Beschaffung der hierzu erforderlichen Mittel bezeichnet hat. Es wird daher in erster Linie ihm zu überlassen sein, den Signatarmächten demnächst die Einzelheiten dieses Programms mitzuteilen. Dazu kommt, daß es, solange das Zustandekommen der Konferenz nicht gesichert erscheint, zwecklos wäre, in den von Frankreich gewünschten Ideenaustausch einzutreten; denn eine dabei etwa erzielte Verständigung würde nur insofern von Bedeutung sein, als sie die Zustimmung aller übrigen Signatarmächte fände, die nach Lage der Umstände nur auf der Konferenz erfolgen könnte. Endlich kann die Kaiserliche Regierung gegenwärtig einzelne Vorschläge für das Konferenzprogramm nicht machen, weil die in Betracht kommenden Fragen zunächst einer eingehenden Prüfung unterzogen werden müssen; ein längeres Hinausschieben der Entscheidung könnte aber schon an sich das Zustandekommen der Kon-

ferenz und damit des Reformwerks gefährden. Die Kaiserliche Regierung gibt sich der Hoffnung hin, daß die Regierung der Französischen Republik ihre gegenwärtigen Bedenken gegen eine Konferenz den dauernden Vorteilen unterordnen wird, welche das Zustandekommen des Reformwerks für Marokko wie für die Ruhe der Welt mit sich brächte.

Berlin, den 24. Juni 1905.

XXXII. Erlaß des Reichskanzlers an den Kaiserlichen Botschafter in Paris.

Norderney, den 2. August 1905.

Euere Durchlaucht haben seiner Zeit Herrn Rouvier davon in Kenntnis gesetzt, daß wir auf Anerbietung der Marokkanischen Regierung, die uns besondere Vorteile in Marokko sichern würden, bisher nicht eingegangen seien und — solange wir auf eine Verständigung mit Frankreich rechnen könnten — an diesem Standpunkt festhalten würden.

Nach Verhandlungen, die seit einer Reihe von Monaten schwebten, ist, Meldungen aus Tanger zufolge, kürzlich zwei deutschen Firmen der Bau einer Mole in Tanger im Werte von etwa 60000 Pfund übertragen worden. Hier ist nichts bekannt von einer Mitwirkung des Grafen Tattenbach bei diesem Abschluß oder bei der Vergebung irgend einer anderen Konzession. Der Gesandte ist aber zum Bericht darüber aufgefordert worden, und die Kaiserliche Regierung behält sich ihre Stellungnahme zu dem Vertrag über den Molenbau vor bis zum Eingang dieses Berichts. Deutsche Banken, die den Sultan zur Beseitigung augenblicklicher Not auf die nächste, von Marokko aufzunehmende Anleihe einen Vorschuß von zehn Millionen Mark zusicherten, haben wir unserer oben erwähnten Zusage gemäß davon abgehalten, den Vorschuß von Erteilung von Konzessionen wirtschaftlicher oder administrativer Natur abhängig zu machen.

Wir haben unseren Vertreter in Fez früher wie jetzt dahin instruiert, daß wir unser Möglichstes tun wollen, um die derzeitige Lage in Marokko nicht zu modifizieren und ihrer zukünftigen Gestaltung nicht zu präjudizieren. Aber wir müssen dabei erwarten, daß die französische Vertretung in Marokko eine gleich loyale Haltung beobachtet. Allen Unzuträglichkeiten der Situation wird sicherlich am besten abgeholfen und wechselseitigen Rekriminationen am sichersten vorgebeugt, wenn wir bald

in die Lage gesetzt werden, uns gemeinschaftlich mit der französischen Regierung wegen der Einzelheiten des Konferenzprogramms mit dem Sultan zu verständigen.

(gez.) Bülow.

XXXIII. Jaurès.

Für den 9. Juli 1905 war das Auftreten Jaurès' in einer Berliner sozialdemokratischen Versammlung angekündigt worden. Der Reichskanzler wünschte dies auf gütlichem Wege zu verhindern. Er richtete deshalb folgenden Erlaß an den deutschen Botschafter in Paris:

Berlin, den 5. Juli.

Die Presse hat für den 9. Juli das Auftreten des Herrn Jaurès in einer sozialdemokratischen Versammlung in Berlin angekündigt. Gegen die Persönlichkeit des Herrn Jaurès würde ich an sich nichts einzuwenden haben. Ich schätze Herrn Jaurès als Redner; ich achte seine Anschauungen in der auswärtigen Politik und stimme nicht selten mit ihnen überein; ich freue mich, daß er mehrfach für freundliche Beziehungen zwischen Deutschland und Frankreich eingetreten ist.

Es handelt sich hier aber nicht um den Grad der persönlichen Wertschätzung des Herrn Jaurès, sondern um die politische Rolle, die ihm zugeschoben werden soll. Das führende Organ der Sozialdemokratie in Deutschland, der „Vorwärts", hat angekündigt, daß mit der geplanten Versammlung der Anfang eines unmittelbaren Einflusses der Sozialdemokratie auf die auswärtige Politik gemacht und der Klassenkampf auf internationaler Grundlage propagiert werden soll. Noch deutlicher kommt die verhetzende Absicht der deutschen Veranstalter der Versammlung in einem Organe des sogenannten wissenschaftlichen Sozialismus, der „Neuen Gesellschaft", zum Ausdruck. Hier heißt es u. a.: „Die Revolution hat das russisch-französische Bündnis dynamitiert; jetzt ist es die historische Aufgabe der deutschen Sozialdemokratie, der französischen Republik zu leisten, was sie bei den russischen Machthabern vergebens zu finden hoffte: Schutz vor Provokationen und übertriebenen Machtaussprüchen einer imperialistischen deutschen Politik."

Damit ist ausgesprochen, in welche Richtung die in Aussicht genommene Kundgebung geleitet werden soll. Die deutsche Sozialdemokratie würde die Anwesenheit des Herrn Jaurès in Berlin lediglich dazu ausnutzen, gedeckt durch seine Person ihre staatsfeindlichen Bestrebungen gegen die

nationalen Interessen zu fördern. Die Kaiserliche Regierung kann nicht darauf verzichten, hiergegen die ihr zu Gebote stehenden Mittel anzuwenden. Sie würde sonst dazu beitragen, die Überhebung einer Partei zu steigern, welche die in Deutschland verfassungsmäßig bestehenden Zustände umstürzen will.

Die Regierung der französischen Republik hat sich immer das Recht gewahrt, ausländischen Rednern, sobald ihr dies geboten oder opportun erschien, das Wort zu verbieten. Sie hat seinerzeit die deutschen Reichstagsabgeordneten Bebel und Bueb verhindert, auf französischem Boden über ihre politische Tätigkeit in Deutschland zu sprechen. Sie hat im vergangenen Jahre dem deutschen Reichstagsabgeordneten Delsor verboten, in Luneville aufzutreten. In beiden Fällen hat die französische Volksvertretung das Vorgehen der französischen Regierung gutgeheißen. Insbesondere schienen im Falle des Abbé Delsor, wenn mich mein Gedächtnis nicht täuscht, die französischen Sozialisten das Verfahren ihrer Regierung nicht verwerflich zu finden.

Wenn auch von dem Takt des Herrn Jaurès zu erwarten wäre, daß er seinerseits alles vermeiden würde, was der deutschen oder der französischen Regierung Unannehmlichkeiten bereiten könnte, so ist die gleiche Zuversicht gegenüber den deutschen Veranstaltern der Versammlung leider nicht gestattet. Herr Jaurès hat sich selbst vor bald einem Jahre in Amsterdam davon überzeugen können, wie weit in ihrer rein negierenden, doktrinären und rückständigen Haltung die deutsche Sozialdemokratie von der praktischeren und patriotischeren Richtung ihrer französischen Gesinnungsgenossen entfernt ist. Unter solchen Umständen würde auch die Sache der deutsch-französischen Verständigung durch den voraussichtlichen Verlauf der Versammlung nichts gewinnen.

Ich halte es daher für richtig, daß das öffentliche Auftreten des Herrn Jaurès in Berlin unterbleibt.

Euere Durchlaucht wollen im Sinne dieser Ausführungen Herrn Jaurès auf dem Ihnen angemessen erscheinenden Wege ersuchen, seine Reise nach Berlin zu unterlassen.

(gez.) Bülow.

XXXIV. „Hamburger Nachrichten“.

Seitens des Inhabers und Chefredakteurs der „Hamburger Nachrichten“, des Dr. Emil Hartmeyer, war dem Reichskanzler Fürsten von Bülow ein Sonderabdruck der in dem Werke „Der Staat Hamburg“ enthaltenen Geschichte

der „Hamburger Nachrichten“ bezw. der Firma Hermanns Erben überreicht worden. Hierauf ist vom Reichskanzler folgendes Schreiben eingetroffen:

Norderney, den 3. August 1905.

Sehr geehrter Herr Doktor!

Haben Sie besten Dank für die freundliche Übersendung der Geschichte der „Hamburger Nachrichten“, für die Sie mit Recht Interesse bei mir voraussetzen. Die Beziehungen der „Hamburger Nachrichten“ zum Fürsten Bismarck sichern diesem Blatte einen dauernden Platz in der Geschichte der deutschen Publizistik. Für mich haben die „Hamburger Nachrichten“ auch eine persönliche Bedeutung: ich bin von mütterlicher Seite Hamburger, habe einen großen Teil meiner Kindheit vor den Toren Hamburgs am Ufer der Elbe verlebt, und so ist es gekommen, daß die „Hamburger Nachrichten“ zu den ersten Zeitungen gehören, die ich gelesen habe. Ich verfolge daher gern in Ihrer Schrift die Entwicklung Ihres Blattes zu der angesehenen Stellung, die es heute einnimmt.

Ihr ergebener

(gez.) Bülow.

XXXV. „Petit Parisien“ (Interview).

Am 3. Oktober 1905 wurde in Baden-Baden ein Redakteur des „Petit Parisien“ vom Fürsten Bülow empfangen. Über seine Auslassungen berichtete das Blatt folgendes:

Zu gewissen Zeiten war Frankreichs Politik in einer Weise geleitet worden, daß man es für ihr wesentlichstes Ziel halten mußte, Deutschland zu isolieren, und daß ihr leitender Grundsatz schien, uns mit allen Mitteln feindselig zu sein. Ich möchte schlechterdings niemanden angreifen, aber ich erinnere daran, daß ich vor 1½ Jahren, als das französisch-englische Abkommen betreffs Marokko abgeschlossen wurde, im Reichstage die Erklärung abgab, das französisch-englische Abkommen scheine keineswegs gegen Deutschland gerichtet zu sein, jedoch hinzufügte, daß mir keinerlei offizielle Mitteilung davon gemacht worden sei.

Glauben Sie nicht, daß man mir damals diese Mitteilung, die ich für notwendig hielt, hätte machen sollen? Nichts dergleichen geschah, und wir hatten einen Beweis mehr, daß die französische Politik uns nicht nur isolieren, sondern sogar verletzen wollte. Es kam der Tag,

wo zweifellos zur Krönung ihres Werkes diese Ausschließungspolitik eine Tendenz verriet, Marokko in ein zweites Tunis umzugestalten. Deutschland, das an Marokkos Handel interessiert ist, und das ein Recht hatte, seine berechtigten Interessen zu verteidigen, sah sich genötigt, dies Recht geltend zu machen. Frankreich zeigte die Absicht, sich eine Sonderstellung in ganz Marokko zu schaffen. Dies war unvereinbar mit der Unabhängigkeit Marokkos, die durch internationale Verträge bekräftigt war, unvereinbar auch mit der wirtschaftlichen und handelspolitischen Freiheit, kurz eine ernste Lage war das Ergebnis und es schien schwer, aus dieser Lage herauszukommen, ohne daß die Würde eines der beiden Länder darunter litt.

Wer hat dies verschuldet? Und wie kann man sagen, daß Deutschland durch seine Intervention irgendwelche Voreingenommenheit oder Hintergedanken an den Tag legte; daß es Frankreich feindselig war, während Deutschland doch nur für seine Staatsangehörigen und ihre Interessen sorgte, während es doch nur seine Pflicht als große Nation erfüllte, wie Frankreich selbst es getan hätte! Um Derartiges zu behaupten, muß man absichtlich vergessen, daß die Politik Deutschlands seit langem den Wunsch hegt, die Beziehungen mit Frankreich zu verbessern. Zeigen die soeben stattgefundenen Unterhandlungen nicht, daß wir uns darauf beschränkt haben, in Marokko das Regime der offenen Tür zu sichern, daß wir keine Vorurteile besonderer Natur territorialer oder sonstiger Art für uns verlangten? Wir haben uns beeilt, die besondere Situation Frankreichs anzuerkennen; im Vertrauen auf die Loyalität der französischen Regierung haben wir zugegeben, daß die Konferenz sich nicht mit der Polizeifrage an der algerisch-marokkanischen Grenze zu beschäftigen habe. Frankreich wiederum hat den Abschluß nebensächlicher Geschäfte, die zwischen dem Machsen und deutschen Bankiers und Unternehmern vereinbart wurden, anerkannt. Da unsere wirtschaftlichen Interessen, die zu ihrem Schutze in Marokko nur des freien Wettbewerbs bedürfen, nunmehr nichts zu befürchten haben, und unsere nationale Würde vor jeder Verletzung sicher ist, haben wir Frankreich die besondere Stellung zuerkannt, die es seiner Grenze verdankt.

Bezüglich der marokkanischen Frage selbst haben wir es gleichfalls und mit Rücksicht auf alle irgendwie beteiligten Nationen der Konferenz überlassen, diese Frage zu studieren und Abhilfe zu finden. Die eben stattgehabten Verhandlungen, das jüngst abgeschlossene Abkommen, haben den Deutschen gezeigt, daß ihnen gegenüber in Frankreich sich etwas

geändert hat, und daß man seit einiger Zeit ihnen gegenüber eine loyale Politik verfolgt. Das ist ein für beide Völker glückliches Ereignis; ich freue mich, das Verdienst daran zum großen Teil Herrn Rouvier beizumessen, der die Lage von einem höheren Gesichtspunkt aus beurteilt und aufrichtig an dem Aufhören der Spannung mitgearbeitet hat.

Ich weiß wohl, es gibt Unzufriedene, das war vorauszusehen. Einige deutsche Blätter haben sich beklagt, daß Deutschland nicht versucht hat, besondere Vorteile zu erlangen. Sie vergessen, daß das niemals Zweck der deutschen Politik war. In Frankreich könnte bei ihren Frondeuren der Verdacht bestehen, daß die gegenwärtige Politik Deutschlands in Marokko trotz alledem einen aggressiven Charakter behalte, und daß neue Schwierigkeiten vor, während oder nach der Konferenz hervorgerufen werden könnten. Das heißt vollständig vergessen, daß die deutsche Aktion seit Beginn der marokkanischen Angelegenheit eine ausschließlich defensive Aktion war. Ein Mißtrauen, wie es sich in dieser Annahme zeigt, ist durch nichts gerechtfertigt. Der Presse der beiden Länder liegt es ob, zwischen unseren beiden Völkern ein Gefühl des Vertrauens zu schaffen, die beiden Regierungen wünschen dies aufrichtig. Mit Beruhigung und Freude würde man die künftigen Zeiten erwarten können, wenn gewisse Franzosen und gewisse Deutsche sich nicht mehr als notgedrungen traditionelle Feinde betrachten würden, wenn sie einsehen würden, wie fruchtbar der aufrichtige völlige Friede zwischen zwei großen Völkern ist, wieviel Großes er verbürgt. Die bereits errungenen Verbesserungen der deutsch-französischen Beziehungen werden nicht durch unsere Schuld verloren gehen, denn wir wollen in Algeciras dieselbe Aufrichtigkeit zeigen, wie in Paris.

Auf den Einwand, was geschehen würde, wenn der Machsen den Beschlüssen der Konferenz nicht Rechnung tragen sollte, antwortete der Reichskanzler: Die Aufrechterhaltung und Befestigung einer loyalen und offenen Politik zwischen Frankreich und Deutschland gestatte, dieser Eventualität sowie mancher anderen ohne Besorgnis entgegen zu sehen.

Auf die Frage, was er über die russisch-deutsche Annäherung denke, antwortete der Reichskanzler: Alles mögliche Gute, die russisch-deutsche Freundschaft besteht und ich glaube, daß es Frankreich nur angenehm sein kann, Rußland mit uns in guten Beziehungen zu sehen. Die Franzosen haben ein Interesse daran, daß ihr Verbündeter einen Freund mehr hat; wir beglückwünschen uns aus demselben Grunde zu der französisch-italienischen Freundschaft.

XXXVI. „Temps“ (Interview).

An demselben Tage, an dem der Redakteur des „Petit Parisien" vom deutschen Reichskanzler empfangen wurde, wurde auch der Besuch eines Mitarbeiters des „Temps" in Baden-Baden angenommen. Über dessen Unterredung mit dem Fürsten Bülow erstattete das Pariser Blatt folgenden Bericht:

Ich betrachte das eben getroffene Abkommen als ein erfreuliches Ereignis im Leben der beiden Völker, denn es macht einer Periode des Mißtrauens ein Ende, die ich immer für bedauerlich gehalten habe. Ich war glücklich, festzustellen, daß die Anschauungen des Herrn Rouvier bezüglich der zu beobachtenden Grundsätze in Übereinstimmung mit den meinigen standen. Ich hoffe, daß derselbe Einklang sich auch auf der Konferenz kundgeben wird. Ich bin der Ansicht, daß diese Konferenz, weit entfernt davon, uns zu entzweien, dazu beitragen soll, uns zu nähern. Für diese Annäherung ist allerdings eine Bedingung notwendig, man muß sich im französischen Publikum darüber klar werden, daß jene Politik, die Deutschland zu isolieren trachtete, der Vergangenheit angehört, daß diese Bahn heute für immer aufgegeben ist. Ich hege die Zuversicht, daß dem so sein wird, und deshalb habe ich mit dem soeben unterzeichneten Abkommen einen großen Beweis unseres versöhnlichen Geistes gegeben. Ich habe nur den einen Wunsch, daß die französische Politik auf und nach der Konferenz mir gestattet, diese Politik des guten Einvernehmens fortzusetzen, wie sie allein zweier großer Nachbarvölker würdig ist, die beide wesentliche Faktoren der Zivilisation sind.

Auf die Bemerkung des Redakteurs des „Temps", daß in Frankreich die Kundgebungen zur deutschen Politik, insbesondere die Schritte des Grafen Tattenbach Mißtrauen hervorgerufen haben, entgegnete Fürst Bülow: Daß man diesen Eindruck empfangen hat, ist auch mir bekannt; ich bedauere dies, aber ich gebe Ihnen mein Wort als Ehrenmann, daß auf unserer Seite niemals der geringste Hintergedanke vorhanden war. Ich wiederhole das lediglich, um den bedauerlichen Mißverständnissen ein Ende zu machen. Übrigens haben wir dies bei den beendeten Verhandlungen bewiesen.

Auf die Äußerung des Interviewers, in Frankreich herrsche die Besorgnis, daß Deutschland entgegen der Bismarckschen Tradition nunmehr die koloniale Ausdehnung Frankreichs behindern, daß man in Berlin Frankreich in eine antienglische Politik hineinziehen und dazu vermittelst einer deutsch-russischen Annäherung zwingen wolle, erwiderte

der Reichskanzler: Alle diese Beunruhigungen sind unbegründet. Ja, es ist wahr, daß Fürst Bismarck häufig die Berechtigung der französischen Kolonialpolitik anerkannt hat, und ich selbst habe eines Tages im Reichstage erklärt, daß es weder in Afrika noch in Asien einen Punkt gebe, wo unsere Interessen aufeinanderstoßen, aber diese Kolonialpolitik darf nicht wie in der Marokkosache die Gelegenheit zu einem üblen Vorgehen gegen Deutschland bilden. Vorausgesetzt, daß die französische Kolonialpolitik unsere wachsenden Handelsinteressen und unsere Würde, die wir noch höher stellen, respektiert, werden wir Frankreich nicht bloß nicht behindern, sondern nötigenfalls in Marokko und anderwärts unterstützen.

Was den zweiten Grund des Mißtrauens anlangt, so weiß ich, daß es Leute gibt, die einen Krieg zwischen England und Deutschland als etwas Notwendiges prophezeien. Ich sage, daß es eine Albernheit ist, diesen Krieg als unvermeidlich anzukündigen. Deutschland und England würden einander zu viel Unheil antun. Sie werden diesen Versuch nicht machen. Und wenn ich auch die Heftigkeit dieser Zeitungspolemiken und die Nervosität des Publikums nicht verkenne, so behaupte ich doch, daß die Regierungen in London wie in Berlin sich zu sehr ihrer Verantwortlichkeit bewußt sind, als daß sie sich durch derartige Heftigkeit beeinflussen ließen. Frankreich kann da übrigens eine nützliche Rolle spielen, indem es die Gemüter beruhigt anstatt aufzustacheln. Die internationale Solidarität ist zu tiefgreifend, als daß man sich schmeicheln könnte, der tertius gaudens zu sein. Wenn zwischen England und Deutschland Voreingenommenheiten vorhanden sind, so werden diese früher oder später schwinden. Frankreich kann mithelfen, sie zu zerstreuen. Sein Beispiel zeigt, daß es immer möglich ist, sich mit England zu versöhnen. Was Rußland anlangt, so stehen wir zu Ihrem Verbündeten in den denkbar besten Beziehungen. Das ist eine natürliche traditionelle Situation. Warum sollten Sie daran Anstoß nehmen? Haben wir jemals am französisch-russischen Bündnis Anstoß genommen? Hatte dieses Bündnis uns gegenüber jemals den aggressiven Charakter, den man, ich weiß nicht, warum, gewissen Annäherungen zugeschrieben hat, die, ohne den Wert eines Bündnisses zu besitzen, viel beunruhigender schienen? Ein doppeltes System von Allianzen, die beide friedlich sind, sichert das Gleichgewicht Europas. Diesen Allianzen könnten und sollten sich Freundschaften beigesellen. Sie stehen mit Italien gut; nichts kann besser sein. Wir stehen mit Rußland gut. Vortrefflich! Man darf nur der französisch-italienischen Annäherung keinen antideutschen und

der deutsch-russischen Annäherung keinen antifranzösischen Charakter beilegen.

Ich habe offen zu Ihnen gesprochen, denn die Offenheit ist die beste Politik. Es kann auf beiden Seiten unangenehme Augenblicke gegeben haben, aber ein unnützer Konflikt ist vermieden und der Friede aufrecht geblieben. Das ist die Hauptsache. Ich wünsche, daß diese Beendigung der Spannung das Vorspiel zu einem gegenseitigen Vertrauen bilden möge. Die deutsche öffentliche Meinung würde sich gern diesem Gefühle hingeben, sobald sie die Sicherheit hat, daß in Paris niemand mehr daran denkt, uns zu isolieren, was unter Kulturvölkern wie unter Unzivilisierten immer als ein übles Vorgehen gelten wird.

XXXVII. Straßburger Männergesangverein.

Am 4. Oktober 1905 empfing der Reichskanzler in Baden-Baden in Gegenwart der Fürstin Bülow und des zum Besuche dort weilenden Prinzen Max von Baden eine Abordnung des Straßburger Männergesangvereins, die im Hotel Stephanie mehrere Lieder vortrug. Nach Beendigung der Gesangsvorträge überreichte der Vorsitzende des Gesangvereins dem Reichskanzler mit längerer patriotischer Ansprache das künstlerisch ausgeführte Diplom der Ehrenmitgliedschaft des Vereins.

Der Reichskanzler dankte den Sängern für den Genuß, den sie ihm bereitet hätten.

Er höre — so führte Fürst Bülow aus — stets gern ein deutsches Lied; von Elsässern vorgetragen, hätten ihn die Lieder aber doppelt erfreut. Er stehe als Reichskanzler in nahen amtlichen Beziehungen zu den Reichslanden und er pflege diese Beziehungen gern: er sei stolz darauf, Ehrenmitglied des Straßburger Männergesangvereins zu sein, und dies nicht nur als Reichskanzler, sondern auch als Deutscher, denn Straßburg und die Reichslande seien jedem guten Deutschen besonders ans Herz gewachsen. Er kenne wohl, bemerkte der Reichskanzler in Erwiderung auf eine Stelle in der Rede des Vorsitzenden, die hohe Bedeutung des deutschen Liedes für das deutsche Volk als ein oft bewährtes Bindeglied in der Geschichte seiner nationalen Einheitsbewegung. Er wisse auch, daß der Straßburger Männergesangverein von vaterländischer Gesinnung erfüllt sei und sei überzeugt, daß jedes Mitglied desselben auch fernerhin ein Apostel des Deutschtums in seiner Heimat sein werde. Und so hoffe er denn, daß die Beziehungen zwischen den Landsleuten jenseits

und diesseits des Rheins, zwischen Elsaß-Lothringen und Altdeutschland immer herzlichere und engere werden würden. Den Sängern sei es, so schloß der Reichskanzler, gewiß besonders lieb gewesen, auch vor dem Prinzen Max von Baden zu singen, dem Neffen des Großherzogs Friedrich, des von allen Deutschen gleich verehrten badischen Landesherrn.

Alsdann erkundigten sich der Reichskanzler und die Fürstin Bülow noch nach den persönlichen Verhältnissen der einzelnen Herren der Abordnung, der Stärke des — wie sich ergab über tausend Mitglieder zählenden — Vereins, seinen Konzerten und Sängerfahrten und verabschiedeten sich von den Herren in freundlichster Weise.

XXXVIII. „Associated Preß“ (Interview).

Gegen Ende Oktober 1905 führte der Reichskanzler in einem Interview gegenüber dem Berliner Vertreter der „Associated Preß“, Elmer Roberts, folgendes aus:

Wir machen, ebensowenig wie die Vereinigten Staaten, unsere Handelspolitik nach starren Dogmen. Wir wollen die Interessen unseres Landes zur Geltung bringen und seinen wirtschaftlichen Bedürfnissen Rechnung tragen. Der alte Zolltarif vom Jahre 1879 mit den daran im Laufe der Zeit vorgenommenen Änderungen hat in Ansehung der Entwicklung des deutschen Wirtschaftslebens unseren Interessen nicht mehr entsprochen, und insbesondere hat infolge der Verträge der neunziger Jahre, die die Gewinnung der Auslandsmärkte in den Vordergrund stellten, die deutsche Landwirtschaft gelitten. Deshalb mußte auf die deutsche Landwirtschaft bei der Aufstellung des neuen deutschen Zolltarifs vom 25. Dezember 1902 besonders Rücksicht genommen werden. Daß diese Tendenz dem Abschluß von Handelsverträgen nicht feindlich ist und sich mit Entgegenkommen gegen die Interessen anderer Länder wohl vereinbaren läßt, haben wir bereits durch den Abschluß einer Reihe von neuen Handelsverträgen bewiesen.

Auch mit den Vereinigten Staaten können wir und wollen wir auf einem freundlichen handelspolitischen Fuße leben. Eine unveränderte Fortdauer des bisherigen Zustandes ist aber schon aus formellen Gründen nicht möglich. Unser Abkommen mit den Vereinigten Staaten vom Jahre 1900 ist ausdrücklich auf die Zollsätze der alten Tarifverträge gestellt worden. Diese Zollsätze verlieren infolge unserer neuen Handelsverträge Ende Februar 1906 ihre Geltung, und so ver-

liert mit dem Inkrafttreten des neuen Zolltarifs, d. h. mit dem 1. März 1906, das deutsch-amerikanische Abkommen seine Grundlage. Daher besteht für die Kaiserliche Regierung die Notwendigkeit, dieses Abkommen auf den 1. März 1906 zu kündigen.

Wir wollen nun keineswegs an die Stelle des jetzigen Abkommens ein Vakuum treten lassen, sondern wir haben selbstverständlich den aufrichtigen Wunsch, mit der Regierung der Vereinigten Staaten zu einer neuen Verständigung zu gelangen. Dieser Wunsch entspricht nicht nur dem freundschaftlichen politischen Verhältnis der beiden Länder, sondern auch den wirtschaftlichen Bedürfnissen auf beiden Seiten.

Der Kaiserliche Botschafter Freiherr Speck von Sternburg, der in den nächsten Tagen auf seinen Posten nach Washington zurückkehrt, wird der amerikanischen Regierung entsprechende Vorschläge vorlegen. Gewiß wünschen wir in unserem neuen Abkommen mit den Vereinigten Staaten die Gesichtspunkte zur Geltung zu bringen, die für die Neugestaltung unserer gesamten handelspolitischen Beziehungen maßgebend und in den bereits abgeschlossenen neuen Verträgen zum Ausdruck gekommen sind. Demgemäß haben wir unsere Vorschläge nach sorgfältiger Erwägung der in Frage kommenden deutschen Interessen aufgestellt. Unsere Anträge werden sich aber in nach unserer Ansicht durchaus erfüllbarem Rahmen halten, und wir werden sicherlich mit keiner Forderung an die amerikanische Regierung herantreten, die ein Lebensinteresse des dortigen Wirtschaftsorganismus verletzt.

Mir scheint, daß die Interessenten auf beiden Seiten bald ihre Wünsche zu hoch spannen, bald in ihren Befürchtungen zu weit gehen. Auch kennen und berücksichtigen sie die Verhältnisse auf der anderen Seite nicht durchweg genügend. Die beiden Regierungen sind eher in der Lage, das Mögliche und Erreichbare abzumessen. Wir glauben daher zuversichtlich, daß sich zwischen dem amerikanischen und dem deutschen Standpunkte durch Entgegenkommen von beiden Seiten ein gerechter und billiger Ausgleich finden lassen wird. Und wir hoffen, in gemeinsamer Arbeit mit der dortigen Regierung, die gleichfalls immer betont hat, daß eine gerechte Reziprozität die Basis aller handelspolitischen Verständigungen sein müsse, zu einem beide Teile befriedigenden Abschluß zu gelangen.

Die zweckmäßigste Förderung dürfte das Werk wohl dadurch erhalten, daß ein offener Meinungsaustausch zwischen solchen Männern beider Länder erfolgt, welche auf dem Gebiete der Zoll- und Tariffragen hervorragend erfahren sind. Eine freundliche Aussprache und ein

Kennenlernen des Standpunktes des anderen Teils wirkt immer versöhnlich und förderlich. Vielleicht würde man auf diese Weise am sichersten und schnellsten zu einer Verständigung gelangen.

Wir wünschen, wie gesagt, diese Verständigung aufrichtig und werden eifrig an ihr arbeiten in dem Bewußtsein, daß die beiderseitigen Wünsche, Interessen und Anschauungen zwar verschieden, aber durchaus miteinander vereinbar sind, zumal wenn man die allgemeinen Vorteile einer gesunden Reziprozität im Auge behält.

XXXIX. Fleischteuerung.

Am 31. Oktober 1905 wurde vom Reichskanzler die Abordung des Deutschen Städtetages empfangen. Auf die Ansprache des Oberbürgermeisters Kirschner aus Berlin erwiderte Fürst Bülow folgendes.[1]

Es sei ihm erwünscht, die Vertreter großer deutscher Städte bei sich zu sehen und mit ihnen eine Frage zu besprechen, die unsere Volkswohlfahrt tief berühre. In der Presse, in Versammlungen und in Petitionen werde dem Reichskanzler und preußischen Ministerpräsidenten der Vorwurf gemacht, daß er gegenüber der in vielen Gegenden Deutschlands herrschenden Fleischverteuerung eine zu passive Rolle spiele. Der Vorwurf sei ungerecht. Er, der Reichskanzler, verkenne keinen Augenblick, daß eine ungerechtfertigte Verteuerung notwendiger Lebensmittel zu einer schweren Schädigung, zu einer Bedrängnis weiter Volkskreise führen könne. Er verkenne ebensowenig, daß der verantwortliche Leiter der Reichs- und Staatsgeschäfte die Pflicht habe, solche Schädigungen zu verhindern oder einzuschränken, soweit dies in seiner Macht liege. Er habe den Herren bereits schriftlich mitgeteilt, welche Zuständigkeit der Reichskanzler gesetzmäßig in dieser Frage habe. Er habe die Verpflichtung und Berechtigung, die zur Abwehr von Seucheneinschleppungen von den zuständigen Landesregierungen getroffnen Maßregeln zu überwachen, auch die beteiligten Bundesstaaten zu einheitlichen Abwehrmaßregeln zu veranlassen. Darin liege aber an sich nicht das Recht, Maßregeln, die von einer Landesregierung zur Abwehr von Viehseuchen erlassen seien, aufzuheben oder zu beschränken: die Verantwortung zu

[1] Nordd. Allg. Ztg. Nr. 258 vom 2. Nov.

solchem Eingriff in die Rechtssphäre der Einzelstaaten gegen deren Willen könnte kein Reichskanzler übernehmen.

Die Erhaltung unseres deutschen Viehbestandes entspreche Lebensinteressen unsers Volkes, nicht nur der Landwirtschaft, sondern des gesamten Volkes. Solange er an verantwortlicher leitender Stelle stehe, werde er niemals die Hand dazu bieten, den deutschen Viehbestand durch Außerachtlassung notwendiger Vorsichtsmaßregeln oder durch einseitige Maßnahmen zu gefährden. Er sei zu sehr durchdrungen von der Bedeutung der Landwirtschaft für unser Volkswohl, um nicht Schädigungen von ihr fernzuhalten. Das schließe aber keine einseitige Bevorzugung der Landwirtschaft in sich, sondern lasse sich vollkommen vereinigen mit der Wahrnehmung der Interessen aller Erwerbsstände.

Die formale Zuständigkeit verhindere nicht — dies sage er ganz besonders gegenüber den Erörterungen in einem Leipziger Blatt, das seine neuliche Antwort an den Herrn Oberbürgermeister Kirschner kritisiert habe —, daß er seinerseits nicht unterlassen würde, in gemeinsame Erwägungen mit den Bundesregierungen darüber zu treten, ob Erleichterungen an den Grenzen eintreten könnten, wenn er die Überzeugung gewonnen hätte, daß solche Erleichterungen möglich und zweckmäßig wären. Zu dieser Überzeugung fehlten aber vorläufig die Voraussetzungen.

Wenn Maßregeln zur Beseitigung von Übelständen getroffen werden sollen, so müsse man zunächst klar sehen über die Gründe der Übelstände. Zuzugeben sei eine zum Teil erhebliche Steigerung der Viehpreise, insbesondere bei den Schweinen. Es frage sich aber, ob diese Steigerung auf einen Viehmangel im Auslande oder auf andere Ursachen zurückzuführen sei. Ob ein Viehmangel vorliege, könne nicht durch die Statistik einzelner Märkte in den großen Städten, nicht durch Preßartikel oder Reden in Versammlungen, sondern nur durch eingehende Ermittlungen im Lande festgestellt werden. Es frage sich ferner, ob die Preise an den Marktorten im Verhältnis stehen zu den Stallpreisen, die Großhandelspreise zu den Detailpreisen, oder ob ein ungerechtfertigter Aufschlag vom Zwischenhandel erhoben werde. Sollten Fleischmangel und zu hohe Fleischpreise festgestellt werden, so frage es sich weiter, ob die Öffnung der Grenzen ein taugliches Mittel sei, und ob sie sich ohne Gefahr der Seucheneinschleppung durchführen lasse. Sei letzteres nicht der Fall, so müsse man von dieser Maßregel Abstand nehmen, denn ein Seuchenausbruch im Inlande würde nicht nur die Landwirt-

schaft aufs schwerste schädigen, sondern auch die Fleischteuerung erheblich vermehren, ja zu einer wirklichen Fleischnot führen. Er müsse immer wieder darauf hinweisen, daß die Sperrung der Grenzen nicht zu dem Zweck erfolge, der Landwirtschaft höhere Preise zu sichern, sondern um die schwere Schädigung zu vermeiden, die der Ausbruch von Viehseuchen dem nationalen Wohlstande und der Ernährung des Volkes bringen würde.

Schließlich bedürfe es auch der Feststellung, ob im Auslande genügendes Vieh zur Ausfuhr vorhanden sei, und ob im Auslande die Preise wesentlich geringer wären als im Inlande. — Diese Feststellungen seien notwendige Voraussetzungen für eine Entschließung, die Grenzen zu öffnen oder andere Maßregeln zu treffen. — Die Herren wüßten, daß für Preußen seit Wochen eingehende Erhebungen angeordnet seien, die Klarheit über alle diese Fragen geben sollen. Diese Erhebungen wären dem Abschlusse nahe und würden die Grundlage weiterer Entschließungen für die preußische Staatsregierung bilden. Inzwischen könnten die städtischen Verwaltungen manches tun, um ihrerseits die Fleischteuerung zu beschränken. Er könne den Herren nur empfehlen, dem Beispiele der Stadt Wien und den Anregungen der preußischen Landwirtschaftskammern zu folgen und ihrerseits in der gegenwärtigen kritischen Lage die Fleischversorgung ihrer Städte in die Hand zu nehmen. Die preußische Staatsregierung werde gern bereit sein, solche Unternehmungen zu fördern und zu unterstützen, soweit es nur möglich sei.

XL. Graf Lerchenfeld-Köfering.

Zu Ehren des bayerischen Gesandten in Berlin, des Grafen von und zu Lerchenfeld-Köfering, fand am 16. November 1905 im Kaiserhof ein Festmahl statt. Der Reichskanzler nahm daran teil. Während der Tafel brachte er folgenden Trinkspruch aus:

Meine Damen und Herren! Ein Jubiläum wie dasjenige, das wir heute feiern, ist ein seltenes Fest, doppelt selten bei einem Diplomaten, denn die Diplomaten sind im allgemeinen unruhige Leute, denen es gegeben ist, auf keiner Stätte zu ruhen. Fünfundzwanzig Jahre sind heute verflossen, seit am 16. November 1880 Graf Lerchenfeld als Gesandter in Berlin beglaubigt wurde, und ohne Unterbrechung ist er

seitdem, seit fast einem Menschenalter, der Träger der Beziehungen Bayerns zu Preußen gewesen. Ich glaube, es gibt kaum einen Posten, der für den Zusammenhalt und das Zusammenwachsen des Deutschen Reiches so wichtig wäre, wie die Stellung als Vertreter des zweitgrößten Bundesstaates in Berlin. Wir alle erinnern uns, wie sorgsam auf die Festigung des Verhältnisses zwischen den Reichsgliedern durch Pflege der persönlichen Beziehungen ihrer amtlichen Vertreter der große Staatsmann bedacht gewesen ist, dessen Genius über unserer nationalen Einigung gewaltet hat. Wir alle wissen, wie sehr dem Fürsten Bismarck namentlich die fortschreitende vertrauensvolle Annäherung zwischen Nord und Süd am Herzen lag. Noch in seiner letzten Gabe an die Nation, in seinen „Gedanken und Erinnerungen", finden sich Zeugnisse für diesen bundesfreundlichen Grundzug seiner inneren Reichspolitik, vor allem im Verkehr zwischen Preußen und Bayern.

In unserem Jubilar haben Fürst Bismarck und seine Nachfolger für die Erweiterung und Vertiefung des politischen Einklangs zwischen Berlin und München einen hochgeschätzten Mitarbeiter gefunden, und ich, der ich das Festhalten an den föderativen Wurzeln unseres nationalstaatlichen Lebens als ein ernstes Vermächtnis des großen Kanzlers betrachte, bin gewiß, auch in seinem Sinne zu sprechen, wenn ich an dem heutigen Ehrentage eines bayerischen Diplomaten in Preußen das langjährige, verdienstvolle Wirken Seiner Exzellenz des Herrn Grafen von Lerchenfeld dankbar anerkenne. Die hohe Auszeichnung, welche Seine Majestät der Kaiser dem Grafen Lerchenfeld vor zwei Tagen in Nürnberg verliehen hat, war eine wohlverdiente. Unter den süddeutschen Staatsmännern, die berufen waren, nach der Reichsgründung an unserm inneren organischen Erstarken mit ihren norddeutschen Kollegen zusammenzuarbeiten, wird der Name Lerchenfeld nicht vergessen werden.

Der Reichskanzler würdigte hierauf die persönlichen Eigenschaften des Grafen Lerchenfeld, denen seine durch die große Anteilnahme an der heutigen Feier bezeugte Beliebtheit in der Berliner Gesellschaft zu verdanken sei, und schloß mit einem Hoch auf den Jubilar, seinen hochverehrten lieben Freund, dem er eine lange ehrenreiche Fortsetzung seiner Laufbahn wünsche.

Graf Lerchenfeld erwiderte sodann:

„Gestatten Sie, daß ich auf die freundlichen Worte antworte, die Sie im Namen des ganzen Kreises an mich gerichtet haben. Sie haben so viel Gutes über mein Wirken gesagt, daß ich eigentlich beschämt bin und nicht anders antworten kann, als heute früh; aber es ist das Recht des Jubilars, sich zu wieder-

holen, und ich kann nur sagen, wenn ich oft nicht genügt habe in meinen Werken, so kann ich mir doch das Zeugnis geben, daß ich den guten Willen gehabt habe, meine Aufgabe zu erfüllen, eines der kleinen Bänder zu sein zwischen Preußen und Bayern, zwischen dem Reich und den Bundesstaaten. Ich bin kein Redner wie Fürst Bülow, ich bin heute — und ich bitte das zu bedenken — ein geknickter Jubelgreis, geknickt allerdings von Freude und von Dank, von den Gefühlen, die dem menschlichen Herzen am angenehmsten sind. Es ist mir in diesen Tagen so viel an herzlichen Wünschen, so viel an schönen Geschenken, soviel an Freuden aller Art geworden, daß ich selber Angst bekommen habe, hochmütig zu werden; aber ich will versuchen, bescheiden zu bleiben. Darauf jedoch darf ich stolz sein, daß eine solche illustre Zahl von Freunden sich eingefunden hat zum heutigen Fest, stolz darauf, daß der erste Beamte des Deutschen Reiches Zeit gefunden hat, in seinem vielbeschäftigten Leben einem alten treuen Verehrer so schöne Worte zu widmen. Meine Damen und Herren! Ich blicke auf 25 Jahre in Berlin zurück, und es ist mir das Beste geworden, was einem Menschen werden kann: ich habe meine alte Heimat behalten — das hat mir der gestrige Tag und die Anwesenheit so vieler Freunde gezeigt, die sich aus Bayern eingefunden haben —, ich habe aber auch eine neue Heimat hier in Berlin gefunden, ich habe mir hier so manchen Freund und manche Gönnerin erworben, und das ist das Beste im Leben. Dadurch wird man froh und freudig in guten Zeiten, und wenn schwere Zeiten kommen, dann bringen einen die guten Freunde darüber hinweg. Meinen Freunden gilt daher mein Toast. Ich möchte mit diesem Toast aber auch einen Wunsch verbinden: den, daß Sie alle so schöne Jubiläen feiern mögen, silberne, goldene, dienstliche und andere, und vor allem, daß dann auch Ihre Freunde sich in solcher Zahl um Sie scharen, und Sie den Tag so vergnügt und froh begehen, wie es mir heute beschieden ist, und daß der Tag Sie so froh finden möge, wie der heutige mich. Meine Freunde, sie leben hoch!"

XLI. Katholisches Hospiz in Jerusalem.

Auf einen Neujahrswunsch, den der Direktor des katholischen Deutschen Hospizes in Jerusalem, Pater Schmidt, an den Reichskanzler Fürsten Bülow gesandt hatte, antwortete dieser:

Berlin, den 13. Januar 1906.

Hochwürdiger Pater!

Aus Anlaß des Jahreswechsels haben Sie meiner wiederum in altbewährter Treue gedacht. Ihr liebenswürdiges Schreiben vom 16. v. M. hat mir eine herzliche Freude bereitet, und ich erwidere Ihre von warmem Patriotismus getragenen Glück- und Segenswünsche aufrichtigst. Möge es Ihnen vergönnt sein, auch im neuen Jahre und in weiterer Zukunft in ungetrübter Kraft und Frische Ihres erhabenen Amtes zu walten

und Ihre segensreichen, dem Heile der leidenden Menschheit gewidmeten Werke in der heiligen Stadt zu vollenden. Über die großen Fortschritte, die diese Werke inzwischen gemacht haben, bin ich vor kurzem durch den Herrn Vizepräsidenten des Deutschen Vereins vom Heiligen Lande unterrichtet. Die von Herrn Dr. Klein zur Verfügung gestellten Notizen und Bilder haben mir einen neuen Beweis dafür geliefert, daß der Verein die hohen Aufgaben, die er sich in Palästina gestellt hat, unter Ihrer bewährten und einsichtsvollen Leitung in würdigster Weise löst. Die jetzt vollendete Krypta der Marienkirche auf dem Sion stellt, nach der Photographie zu urteilen, einen wirkungsvollen Bau dar, der in hohem Maße dazu geeignet erscheint, ein beredtes Zeugnis von deutschem Schaffenstrieb und deutschem Kunstsinn im Heiligen Lande abzulegen. Daß auch der Bau vor dem Damaskustor rüstig fortschreitet und sogar demnächst schon seiner Bestimmung wird übergeben werden können, hat mich sehr erfreut. Ich zweifle nicht daran, daß die deutschen Pilger, die im Frühjahr dort eintreffen werden, angesichts dieser Fortschritte für die Vollendung der Jerusalem-Werke tatkräftig eintreten werden. Auch hege ich die zuversichtliche Hoffnung, daß Sie, hochwürdiger Pater, und Ihre Herren Konfratres in den Patres Benediktinern, denen Sie in so herzlicher und echt brüderlicher Gesinnung entgegenzukommen bereit sind, treue und verständnisvolle Mitarbeiter an den heiligen deutschen Werken in Jerusalem finden werden. Daß ich selbst diese Werke stets mit wärmstem Interesse begleiten werde, bedarf keiner besonderen Versicherung.... Ich verbleibe Ihr treuergebener

(gez.) Bülow.

XLII. Deutsch-englische Beziehungen.

Sir Francis William Fox, der Ehrensekretär des anglo-deutschen Freundschaftskomitees, der kurz zuvor in dessen Auftrag in Berlin gewesen war, erhielt vom Reichskanzler Fürsten Bülow folgenden Brief:

Berlin, 17. Januar 1906.

Lieber Mr. Fox!

Ich bedaure aufrichtig, daß meine Gesundheit es mir nicht gestattet, Sie zu sehen und mit Ihnen persönlich über die Arbeit des anglo-deutschen Freundschaftskomitees zu verhandeln. Daß der Zweck dieses Vereins meine volle Sympathie besitzt, ist Ihnen bereits bekannt,

und ich benutze mit Vergnügen die durch Ihren freundlichen Besuch in Berlin gewährte Gelegenheit, um zu wiederholen, daß die deutsche Regierung mit der herzlichsten Befriedigung alle Bemühungen willkommen heißt und fördern wird, welche dazu dienen, bessere Stimmung zwischen unseren Ländern zu erzielen. Hierdurch bestätigt sich nur die Überzeugung, die ich schon bei verschiedenen Gelegenheiten geäußert habe, und zwar nicht nur in jüngster Zeit.

Ich möchte Sie an meine Rede im Reichstag vom 5. Dezember 1904[1]) erinnern, welche, wie ich damals erklärte, die Richtschnur der Kaiserlichen Politik darstellt. Ich sagte in jener Rede: ich hoffe, die Geschicke der beiden Länder werden immer durch die kühlen Köpfe entschieden werden, welche wissen, daß Deutschland und England nicht nur für die unmittelbare Gegenwart, sondern für alle künftige Zeit, soweit menschliche Augen sehen können, am besten durch Aufrechterhaltung der gegenwärtigen friedlichen Beziehungen gedient sein wird. Seitdem hat sich meine Überzeugung nicht geändert, und die Bildung Ihrer Vereinigung hat dazu beigetragen, sie zu bestätigen.

In der Hoffnung, daß das anglo-deutsche Freundschaftskomitee fortfahren werde, zu gedeihen, bin ich Ihr sehr ergebener

(gez.) Bülow.

XLIII. Deutscher Landwirtschaftsrat 1906.

Das Festmahl des Deutschen Landwirtschaftsrates fand im Jahre 1906 am 8. Februar in gewohnter Weise im Kaiserhof statt. Der Reichskanzler war auch diesmal der an ihn ergangenen Einladung gefolgt und hielt nachstehende Rede:

Meine Herren! Fünf Jahre sind vergangen, seitdem ich zum erstenmal in ihrer Mitte erschien. Seitdem habe ich meines Wissens nie gefehlt, wenn sich der Deutsche Landwirtschaftsrat hier vereinigte. Und ich bin immer gern zu Ihnen gekommen. Auch außerhalb dieser festlichen Gelegenheiten haben wir — mein Herr Nachbar zur Rechten hat dies soeben erwähnt — schon manches zusammen durchgemacht, Freud und Leid, und unsere Kameradschaft hat mehr als einen Sturm überdauert. An einen dieser Stürme hat der Herr Graf Schwerin, dem ich für seine gütigen Worte aufrichtig danke, erinnert an die Fleischteuerung, die wir durchlebt haben. Ich danke Ihnen, meine Herren, für die Anerkennung, die Sie mir für meine Haltung in dieser Frage

[1]) Vgl. oben S. 124.

durch den Mund Ihres Herrn Vorsitzenden haben zuteil werden lassen. Diese meine Haltung war aber selbstverständlich.

(Bravo!)

Mit ihr glaube ich nicht nur der Landwirtschaft, sondern dem Lande gedient zu haben.

(Lebhaftes Bravo.)

An Tadel hat es natürlich trotzdem nicht gefehlt. Daran habe ich mich aber allmählich gewöhnt

(Heiterkeit),

und zwar an Tadel von allen Seiten, je nachdem, von links und gelegentlich auch von rechts. Ist mir doch erst vorgestern aus Ihrer Mitte, und noch dazu von einem langjährigen persönlichen Freund, mit dem zusammen ich einst die Schulbank gedrückt habe, zu Halle, auf dem guten alten Pädagogium, vorgeworfen worden, die von mir eingebrachte und vertretene Reichsfinanzreform trage einen revolutionären Charakter

(Heiterkeit).

Als ich Botschaftsrat war, vor nun 20 oder 22 Jahren, sagte mir einmal mein damaliger Chef, der General von Schweinitz, ein kluger und welterfahrener Mann: Ein Diplomat, sagte er mir, muß einerseits so feinfühlig sein, daß er es merkt, wenn eine Fliege hinter seinem Rücken durchs Zimmer fliegt; andererseits muß er ein Fell haben, wie ein Rhinozeros.

(Große Heiterkeit.)

Diese letztere Eigenschaft gegenüber ungerechten Angriffen empfehle ich auch allen meinen Kollegen. Wer empfindsame Nerven hat, der taugt in unserer Zeit nicht zum Minister. Wegen der Fleischteuerung regnete es ja Angriffe auf mich und auf den Herrn Landwirtschaftsminister, den Landwirtschaftsminister, von dem ich hoffe, und von dem wir alle hoffen, daß sein praktischer Blick und sein Organisationstalent der Landwirtschaft noch lange an verantwortlicher Stelle erhalten bleiben mögen.

(Lebhaftes Bravo.)

Durch solche Angriffe durfte ich mich nicht abdrängen lassen von meiner Pflicht, von meiner gern erfüllten Pflicht, endlich Besserung in die ländlichen Verhältnisse zu bringen, dem Landwirt wieder Mut zu machen und damit dem gesamten deutschen Vaterland zu nützen.

(Lebhaftes Bravo.)

Meine Herren, ich weiß sehr wohl, daß die Fleischteuerung, die sich in verschiedenen Gegenden längere Zeit drückend fühlbar gemacht hat und zum Teil noch fühlbar macht, eine sehr ernste Frage ist, welche die größte Beachtung verdient, und deren Bedeutung ich nie einen Augenblick verkannt habe. Ich war von vornherein, als die Fleischteuerung eine Kalamität zu werden drohte, entschlossen, helfend einzugreifen, soweit dies nur in meiner Macht steht. Solchen wirtschaftlichen Konjunkturen gegenüber ist meine Macht aber begrenzt, und solche Übelstände können nicht von heute auf morgen durch schleunige Maßnahmen behoben werden. In Petitionen, Resolutionen, Reden und Broschüren wurde immer ein Heilmittel angepriesen: „Öffnet die Grenzen!" Ja, meine Herren, wenn dieses Mittel wirklich ein unfehlbares Mittel, ein Heilmittel ersten Ranges wäre und keine Gefahren in sich schlösse, warum sollte denn die Regierung so eigensinnig oder so einfältig sein, es nicht anzuwenden? Ich konnte aber nicht meine Zustimmung zu einer Maßregel geben, die den deutschen Viehstand gefährdet, der ein so gewaltiger Faktor des Nationalvermögens ist.

(Sehr richtig!)

Wo und soweit die Vieheinfuhr ohne Gefahr der Seucheneinschleppung geschehen kann, ist sie zugelassen und kann sie zugelassen werden, um dem Fleischmangel abzuhelfen. Versagen wir aber unserem Viehbestande den nötigen veterinärpolizeilichen Schutz, so setzen wir nicht nur unsere Landwirtschaft, sondern auch alle Konsumenten schweren Gefahren aus.

(Sehr richtig!)

Fassen die Viehseuchen einmal erst wieder Fuß bei uns zu Lande, so ist Fleischteuerung, wirkliche Fleischnot die unausbleibliche Folge. Das hieße wirklich den Teufel durch Beelzebub austreiben.

(Sehr richtig!)

Deshalb, meine Herren, müssen wir danach streben, uns vom Auslande unabhängig zu machen und unseren eigenen Viehbestand so viel als möglich zu heben. Damit wird dem Lande mehr genützt als durch ungerechte Klagen über angebliche Bevorzugung der Agrarier. Es ist der kleine Mann, den wir schützen, der kleine Besitzer, nicht der Großgrundbesitzer, sondern der Bauer.

(Lebhafte Zustimmung.)

Und, meine Herren, der Bauer ist auch ein Mensch, der leben will!

Ich betrachte es als die vornehmste Aufgabe der Regierung, den deutschen Bauernstand zu kräftigen, zu schützen und zu heben

(lebhafte Zustimmung),

und das nicht nur aus wirtschaftlichen, sondern auch aus sozialpolitischen Gründen.

(Bravo!)

Warum, meine Herren, kämpft denn die Sozialdemokratie mit solcher Vorliebe gerade gegen den Bauernstand und seine Interessen? Warum erklärte ihr Breslauer Parteitag, die Sozialdemokratie habe gar keinen Grund, für die Erhaltung des Bauernstandes einzutreten, denn das könne nur geschehen, indem man ihn in seinem Besitze befestige, also in diametralem Gegensatz zu dem sonstigen Verfahren der Sozialdemokratie. Die Sozialdemokratie wolle, so erklärten damals in Breslau ihre Führer, wohl den Kleinbesitzer gewinnen, jedoch nur, indem sie ihn davon überzeuge, daß er als Besitzer keine Zukunft habe, sondern daß seine Zukunft die Zukunft des Proletariats sei. Also zunächst will die Sozialdemokratie den Besitz des Bauernstandes zertrümmern; dann kann der Bauer die Ehre haben, sich der Sozialdemokratie anzuschließen und im Roten Meer zu ersaufen.

(Heiterkeit.)

Das ist klar und deutlich, und vom sozialistischen Standpunkt aus auch ganz verständlich. Um so mehr aber haben Regierungen und Reichskanzler die Pflicht, den Bauernstand, den mein Herr Nachbar zur Rechten mit Recht als eines der festesten Fundamente des monarchischen Staatswesens genannt hat, zu schützen, seine Existenzbedingungen zu sichern und ihn nicht untergehen zu lassen.

(Lebhaftes Bravo!)

Dieser Pflicht werde ich genügen, solange ich an leitender Stelle stehe.

(Stürmisches Bravo!)

Und ich wünschte, daß mich in dieser Richtung alle diejenigen unterstützen möchten, die auf dem Boden der bestehenden Gesellschaftsordnung stehen, die eine friedliche und freiheitliche Entwicklung unserer inneren Verhältnisse wollen, unbeschadet der Zugehörigkeit zu dieser oder jener bürgerlichen Partei. Denn solange der Landwirt, solange der deutsche Bauer auf seiner Scholle sitzt, solange er ein erträgliches Dasein hat, wird die Sozialdemokratie nicht herrschen zwischen Ostsee und Alpen.

(Beifall.)

Ich erhebe mein Glas auf das Wohl der deutschen Landwirtschaft und ihrer Vertretung, des Deutschen Landwirtschaftsrats. Sie leben hoch!

XLIV. Graf von Hohenthal und Bergen.

Am 26. März 1906 fand im Kaiserhof in Berlin das Abschiedsmahl für den sächsischen Gesandten Grafen von Hohenthal und Bergen und seine Gemahlin statt, nachdem der Graf durch das Vertrauen seines Landesherrn zum Minister des Innern in seiner Heimat ernannt worden war. Der zahlreichen Gesellschaft gehörten auch der Reichskanzler und die Frau Fürstin von Bülow an.

Der Reichskanzler Fürst von Bülow widmete dem Gefeierten Worte freundschaftlicher Verehrung. Der heutige Abend wolle noch einmal alle die versammeln, die sich der Freundschaft des Gräflich Hohenthalschen Hauses erfreuen durften. Zwei Jahrzehnte sind vergangen, seitdem Graf Hohenthal als Vertreter seines Königs in Berlin sei. Damals habe der große Kaiser Wilhelm die Berufung des nun Scheidenden zum hiesigen Gesandten (wie er aus den Akten festgestellt habe) als „sehr genehm" dankbar anerkannt. Seit jenen Tagen des unvergeßlichen Königs Albert sei das Beglaubigungsschreiben des Grafen Hohenthal bei zwei preußischen Königen unter Allerhöchstihrer Anerkennung entgegengenommen, ein Zeichen auch für das Vertrauen des Fürsten Bismarck zu der erfolgreichen Wirksamkeit des Grafen Hohenthal, der die freundnachbarlichen Beziehungen zwischen Preußen und Sachsen stets wirksam gefördert habe. Fürst Bülow erwähnte dann die Familientradition des Hauses Hohenthal zwischen Berlin und Dresden und gedachte mit dankbaren, herzlich empfundenen Worten der im Gräflich Hohenthalschen Hause waltenden Geselligkeit. Dem scheidenden Gesandten gab der Fürst die besten Wünsche mit für seinen neuen schwierigen Posten unter der Devise, die er auf einer Medaille für Wilhelm von Oranien gelesen habe: „Ruhig über dem tosenden Meere." Fürst Bülow gedachte weiter dankbar des Wirkens der Gemahlin des Grafen und schloß unter allseitiger freudiger Zustimmung mit einem Hoch auf Graf und Gräfin von Hohenthal.

Bald darauf erhob sich der Staatsminister Graf von Hohenthal und Bergen, um in bewegten Worten der Freundes-Tafelrunde für die festliche Veranstaltung zu danken. Berlin sei ihm mehr als eine zweite Heimat geworden: er sei hier geboren und seine Kinder auch, und über Gebühr und Würdigkeit habe er Freundschaft, Liebe und Anerkennung gefunden. Es sei ihm schwer geworden, von seinem hiesigen Posten zu scheiden, aber dem dringenden Rufe seines Königlichen Herrn habe er Folge geben müssen. Es bedurfte dazu einer förmlich elementaren Kraftanstrengung. Fürst Bülow habe es ausgesprochen, daß der Wechsel in seiner Stellung kein leichter sei; er werde alles tun, um seinen Aufgaben nach besten Kräften gerecht zu werden. Mit tief empfundenen Dankesworten schloß Graf Hohenthal.

XLV. Deutscher Handelstag.

Im Anschluß an seine Vollversammlung veranstaltete der Deutsche Handelstag ein Festmahl, an dem eine Anzahl Ehrengäste teilnahmen. Unter den Geladenen befand sich auch der Reichskanzler Fürst von Bülow. Den ersten Trinkspruch brachte Präsident Kaempf aus auf Kaiser und Reich; gleich darauf erhob sich der Reichskanzler zu folgender Rede:

Ich danke Ihnen, meine Herren, daß Sie so freundlich waren, mich zur Teilnahme an dem heutigen Festmahl des Deutschen Handelstages aufzufordern. In der Absicht, Ihrer Einladung Folge zu leisten, wurde ich noch bestärkt, als ich unter den Bemerkungen zu Ihrer Tagesordnung den Entwurf der Erklärung las, der deutsche Handelstag erkenne die Notwendigkeit an, durch Einführung neuer Steuern endlich Ordnung in unserem Reichshaushalt zu schaffen, und spreche sich für die Aufbringung von Mitteln aus, um die im Interesse aller Volkskreise erforderliche Stärkung der Wehrkraft des Reiches zur See zu ermöglichen. Aus dieser Erklärung wie aus dem Gang Ihrer heutigen Debatte habe ich wiederum mit Genugtuung entnommen, daß wir trotz dieser oder jener Divergenz in anderen Punkten in den für die Zukunft der Nation dringendsten Fragen grundsätzlich auf demselben Boden stehen.

Ich begrüße es, daß Sie, die Vertreter unseres Handels und unserer Industrie, sich ohne parteidoktrinäre Bedenklichkeit zu dem bekennen, was vor allem not tut, wenn, wie dies Ihr Herr Generalsekretär heute früh mit Recht anerkannt hat, die bisherige, im großen und ganzen so günstige materielle Entwicklung Deutschlands nicht in ihren Grundbedingungen unterbunden werden soll. Auf Einzelheiten der Steuervorschläge, über die ja das letzte Wort noch nicht gesprochen ist, will ich hier nicht eingehen. Ich darf aber die Hoffnung ausdrücken, daß bei der parlamentarischen Behandlung dieser Fundamentalfrage die großen nationalpolitischen Gesichtspunkte, die eine Mehrbesteuerung unumgänglich machen, nirgends außer acht gelassen werden, wo man die Fortdauer einer friedlichen Entwicklung nach außen wie im Innern wünscht.

(Bravo!)

Meine Herren, Sie haben oft gelesen und vielleicht auch selber gesagt oder gedacht, der p. Bülow habe nur Sinn und Verständnis für agrarische Gesichtspunkte und Forderungen.

(Heiterkeit.)

Wenn ich so einseitig wäre wie dieser Vorwurf, dann stände ich jetzt wohl nicht in Ihrer Mitte.

(Bravo!)

Ein deutscher Reichskanzler ohne Verständnis für die Bedeutung von Handel und Industrie, meine Herren, das ist ein Unding.

(Lebhaftes Bravo.)

Und wenn er die Erkenntnis von der Unentbehrlichkeit dieser großen Wirtschaftszweige für unser nationales Gedeihen auf seinen Posten nicht mitbrächte, sie würde ihm in der Ausübung des Amtes anerzogen werden. Bei mir hat es dessen nicht bedurft. Ich bin schon, als ich die über Erwarten vielgestaltige Entwicklung des deutschen Lebens seit der Reichsgründung noch vom Auslande her beobachtete, in kleinen und großen Fragen darauf hingewiesen worden, welches Aktivum eine leistungsfähige Industrie und ein blühender Handel für die internationale Geltung ihrer Länder in die Wagschale werfen.

(Bravo!)

Und welcher Deutsche sollte nicht Freude darüber empfinden, Freude darüber, daß Hans der Träumer, wie man ihn früher nannte, weltwirtschaftlich wach geworden ist und seinen Mann steht im Wettbewerb mit anderen älteren Handelsvölkern? Wer fühlte nicht — ich möchte sagen — den nationalen Herzschlag stärker, wenn er in Rheinland-Westfalen sich den Hochburgen unserer Eisenindustrie nähert; wenn ihm in den Berliner Elektrischen Werken die Fortschritte unserer Technik vor Augen treten; wenn er im Hamburger Hafen, in dessen Nähe ich aufgewachsen bin, die Riesendampfer sieht, die den deutschen Handel über alle Meere tragen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Meine Herren, ich will das glänzende Bild, so berechtigt der patriotische Stolz auf unseren wirtschaftlichen Aufschwung ist, nicht weiter ausmalen. Möglicherweise werden wir ohnehin morgen lesen, ich sei nun doch dem Merkantilismus und Industrialismus ins Garn gegangen

(Heiterkeit)

— meinetwegen! Es ist nun einmal so im guten deutschen Lande, daß mehr oder weniger alle Erwerbsstände liebevoll die Regierung umdrängen, wie in Werthers Leiden die Kinder die Brot schneidende Lotte

(große Heiterkeit)

und eine ordentliche Regierung muß auch dafür sorgen, daß jeder nicht nur sein Brot, sondern auch Butter aufs Brot bekommt.

(Zustimmung.)

Ich verleugne aber auch hier nicht, was ich im Kreise von Landwirten öfters ausgeführt habe, ich scheue mich nicht, auch vor dieser Versammlung zu wiederholen: Ich betrachte allerdings die deutsche Landwirtschaft als das Sorgenkind des deutschen Reichskanzlers. Ich bin überzeugt, daß ihr Gedeihen auch den anderen großen Zweigen unseres Wirtschaftslebens Vorteil bringt, nicht zuletzt dem Handel. Ein neues Aufblühen unserer Bodenkultur wird auch dem Handel neue Triebkräfte geben. Und wenn es ihm vergönnt sein sollte, wie ich das aufrichtig hoffe, in Zukunft noch glücklicher als bisher in die Ferne zu schweifen, so möge er die Schwester nicht vergessen, die treu auf der heimatlichen Scholle arbeitet, deren Arbeit wirtschaftlich und sozialpolitisch die Grundlage eines dauerhaften Aufschwungs, bleibender Blüte bildet, das Fundament des deutschen Hauses. Ihre eigenen Ruhmestitel werden dadurch nicht geschmälert.

(Lebhafte Zustimmung.)

Niemand kann übersehen, wieviel zähe Ausdauer im Konkurrenzkampf, wieviel Wagemut und Selbstvertrauen nötig war und ist, um für den deutschen Handel die Stellung zu erringen und zu behaupten, die er zum Stolz des deutschen Namens jetzt in der Welt einnimmt. Und es ist keine leere Schmeichelei, wenn ich hier vor Ihnen und von Ihnen, den Pionieren unseres Handels, sage: den größeren Teil ihres Wertes haben sie sich selbst geschaffen.

(Bravo!)

Ihre besten Gewinnchancen lagen in Ihrer eigenen Tüchtigkeit.

(Lebhaftes Bravo.)

Einer meiner erprobtesten Mitarbeiter, der heute morgen Ihre Versammlung begrüßte, hat kürzlich den vortrefflichen Eigenschaften des deutschen Arbeiterstandes ein unumwundenes Zeugnis ausgestellt, das ich Wort für Wort unterschreibe. Ich werde bei Ihnen keinem Widerspruch begegnen, wenn ich anerkenne, welcher Schatz an gesunden Kräften, an Intelligenz und Fleiß im werktätigen Volke Tag für Tag lebendig ist.

(Bravo!)

Ich füge aber hinzu, und diese Ergänzung mache ich auch im Sinne des Grafen Posadowsky, daß die in den Massen schlummernden Fähig-

keiten sich nicht so fruchtbar entwickeln könnten ohne die Verdienste der deutschen Arbeitgeber.

(Zustimmung.)

Wenn aus unserem Einsatz im Welthandel die geistige Energie, der weite und freie Blick des deutschen Unternehmertums gestrichen würden, müßten sich für Millionen von Arbeitern die Lebensbedingungen verschlechtern.

(Sehr richtig!)

Dann könnten wir auch nicht länger die wirtschaftliche und politische Stellung aufrechterhalten, die wir jetzt in der Welt einnehmen.

(Lebhafte Zustimmung.)

Aus vollem Herzen rufe ich: Der deutsche Handel und der Deutsche Handelstag, sie leben hoch!

XLVI. Staatsminister von Buddes Tod.

Der Reichskanzler Fürst von Bülow richtete an die Witwe des Staatsministers von Budde folgendes Beileidsschreiben:

Berlin, den 28. April 1906.

Hochverehrte Frau von Budde!

Euere Exzellenz bitte ich, den Ausdruck meiner tiefen Teilnahme an dem Verlust entgegenzunehmen, der Sie betroffen hat. Wenn etwas Sie in diesen schweren Tagen zu trösten vermag, so wird es die Einmütigkeit und Wärme sein, mit denen sich die Trauer um den frühen Tod Ihres ausgezeichneten Gemahls bekundet. Mit Euerer Exzellenz, mit Seiner Majestät dem Kaiser und König beklagt den Heimgang des Staatsministers von Budde nicht nur der Kreis derjenigen, die das Glück hatten, in gemeinsamer Arbeit mit ihm an den großen Aufgaben des Staates zu schaffen; nicht nur die Armee, die in ihm einen ihrer besten Männer gesehen hat; nicht nur die Angehörigen des großen Verwaltungskörpers, dem seine treue Sorgfalt noch in der tödlichen Krankheit galt; es nehmen alle teil, denen die wirtschaftliche Entwicklung unseres Vaterlandes am Herzen liegt, weil sie beobachten konnten, mit wie erfolgreicher Umsicht und Tatkraft er das ihm anvertraute Wirkungsgebiet gepflegt hat. Sein Lebenswerk, so früh er es abbrechen mußte, liegt klar vor unseren Augen; seine Verwaltung, so kurz sie

war, wird in den Annalen Preußens stets einen hohen Ehrenplatz bewahren. Und für immer vorbildlich wird die heroische Hingabe sein, mit der Ihr Gemahl im Angesicht des Todes, bis zum letzten Hauch, im Dienste des Königs und des Landes ausgeharrt hat.

Sein Andenken wird unvergessen bleiben!

In aufrichtiger Verehrung Euerer Exzellenz ganz ergebener

(gez.) Fürst von Bülow,
Reichskanzler.

XLVII. Deutsche Kolonialgesellschaft.

An den Präsidenten der Deutschen Kolonialgesellschaft, den Herzog Johann Albrecht von Mecklenburg-Schwerin, richtete der Reichskanzler folgendes Schreiben.

Norderney, den 18. Juni 1906.

Durchlauchtigster Herzog!

Die von dem Vorstande der Deutschen Kolonialgesellschaft in seiner Sitzung am 4. Oktober 1905 gegebenen, mit den gnädigen vom 13. Dezember v. J. hierher mitgeteilten Anregungen entsprechen denjenigen Zielen, die zu erreichen die Kolonialverwaltung gerade in letzter Zeit besonders angestrebt hat und, soweit sie nicht bereits verwirklicht sind, weiterhin anstreben wird.

Der von den gesetzgebenden Körperschaften genehmigte Bau der Eisenbahn Lüderitzbucht-Kubub ist in Angriff genommen und wird mit aller Energie gefördert, so daß die betriebsfähige Fertigstellung der Bahn noch im Laufe dieses Jahres zu erwarten steht.

Über die dringend notwendige Verbesserung der Landungsverhältnisse in Swakopmund haben eingehende sachverständige Untersuchungen und Erörterungen stattgefunden. Zur Prüfung der sich vielfach widersprechenden Meinungen und Vorschläge der Sachverständigen und zur Aufstellung eines bestimmten Planes für die in Angriff zu nehmenden Arbeiten befindet sich zurzeit der Oberbaudirektor und Professor Kummer an Ort und Stelle.

Zwecks Aufstellung eines Projektes über die Weiterführung der Usambarabahn haben Untersuchungen des Geländes bis zum Kilimandscharo-Gebiet stattgefunden, die aber bisher zu einem abschließenden Ergebnis über die zu wählende Linienführung noch nicht geführt haben.

Die Entsendung einer neuen Kommission zur Vervollständigung der Untersuchungen an Ort und Stelle wird vorbereitet.

Auch die Verbesserung der Landungsverhältnisse in Tanga hat neuerdings dadurch gefördert werden können, daß mit der Pächterin der Usambarabahn ein Einvernehmen über die alsbaldige Aufstellung eines Ladekrans mit Motorbetrieb erzielt ist. Es ist zu erhoffen, daß nach Inbetriebsetzung dieses Krans die so erweiterte Hafenanlage imstande sein wird, auch einen gesteigerten Verkehr glatt zu bewältigen.

Die Bildung eines selbständigen Reichskolonialamts wird auch nach der durch den Reichstag erfolgten Ablehnung eine der wesentlichsten Bestrebungen der Kolonialverwaltung bleiben.

In größter Verehrung verbleibe ich

Euerer Hoheit treu ergebener

(gez.) Bülow.

XLVIII. Akademiedirektor Dr. Kühnemann.

Der frühere Akademiedirektor in Posen, Professor Dr. Kühnemann, hatte dem Reichskanzler seine Schrift „Von der deutschen Kulturpolitik in Posen" übersandt. Er erhielt darauf Anfang Juli 1906 folgendes Schreiben:

Euer Hochwohlgeboren bitte ich, für die Übersendung Ihrer Schrift „Von der deutschen Kulturpolitik in Posen" und die freundlichen Zeilen, welche dieselben begleiteten, meinen verbindlichen Dank entgegenzunehmen. Schon der Titel Ihrer Arbeit hat meinen Beifall. Kultur und Politik stehen einander nicht, wie das häufig gerade in geistig hochstehenden Kreisen angenommen wird, als fremde oder gar feindliche Lebensmächte gegenüber. Jede Politik muß vielmehr kulturelle Ziele haben, und alle Kultur zeigt wieder die Tendenz, sich im nationalen Staate zu verwirklichen. Auch unsere Ostmarkenpolitik würde vergeblich sein, wenn nicht die werbende Kraft unserer nationalen Kultur hinter ihr stände. So dankbar ich für die in Ihrer Schrift ausgesprochene Anerkennung der staatlichen Maßnahmen zur Förderung deutscher Kultur in Posen bin, und so sehr ich mich an den von Ihnen konstatierten Erfolgen freue, so teile ich doch auch darin vollständig Ihre Ansicht, daß alles dies erst einen bescheidenen Anfang bedeutet. Ich werde auch ferner dafür eintreten, daß in dem geistigen Kampf um unsere Ostmark die besten Streiter in die Front geschickt werden.

(gez.) Bülow.

IL—LI. Braunschweig.

Nach dem Tode des Prinzen Albrecht von Preußen, Regenten des Herzogtums Braunschweig, entspann sich zwischen dem Braunschweigischen Staatsministerium und dem Reichskanzler bzw. preußischen Minister der Auswärtigen Angelegenheiten und zwischen dem Herzog von Cumberland und dem Reichskanzler nachstehenden Briefwechsel.

Das Braunschweig-Lüneburgische Staatsministerium richtete folgendes Schreiben an den Reichskanzler:

Euerer Durchlaucht haben wir in dem ganz ergebensten Schreiben vom 13. d. M., mit welchem wir das an Seine Majestät den Deutschen Kaiser und König von Preußen gerichtete Schreiben des Regentschaftsrats von demselben Tage zu geneigter Beförderung an die Allerhöchste Adresse übersandten, mitzuteilen nicht verfehlt, daß sich auf Grund des Gesetzes vom 16. Februar 1879 Nr. 3, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend, der Regentschaftsrat für das Herzogtum Braunschweig konstituiert habe. Der Vorschrift in Absatz 3 des § 3 jenes Gesetzes gemäß, welche unter anderem anordnet, daß die Landesversammlung unverzüglich behuf verfassungsmäßiger Mitwirkung bezüglich der durch die obwaltenden Umstände etwa weiter gebotenen Schritte einzuberufen sei, hat der Regentschaftsrat einen außerordentlichen Landtag einberufen. In dessen Sitzung vom heutigen Tage ist auf einen Antrag der bei dem Beginne des Landtags gewählten staatsrechtlichen Kommission von der Landesversammlung innerhalb ihrer verfassungsmäßigen Zuständigkeit einstimmig beschlossen, eine die weitere Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume betreffende Resolution an den Regentschaftsrat zu richten.

Nach einer Anordnung des Regentschaftsrats verfehlen wir nicht die Resolution, welche wir in beglaubigter Abschrift anschließen, Euerer Durchlaucht zu geneigter Kenntnisnahme ganz ergebenst zu unterbreiten und mit folgenden Bemerkungen zu begleiten.

Die Resolution bekundet zunächst die Ansicht der Landesversammlung, daß eine längere ungewisse Fortdauer des in dem oben schon erwähnten Landesgesetze vom 16. Februar 1879 vorgesehenen Provisoriums dem inneren Frieden und damit der Wohlfahrt des Herzogtums nicht förderlich sein würde, und weist darauf hin, daß die Einwohnerschaft des Landes durchweg von dem lebhaften Wunsche beseelt sei, baldigst eine endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse herbeigeführt zu sehen. Den Weg zur Erreichung dieses Zieles erblickt die Landesversammlung in der Beseitigung der Gegensätze, welche zwischen der Krone Preußen und dem derzeitigen Haupte der jüngeren Linie des Hauses Braunschweig bestehen und in dem Beschlusse des Bundesrats vom 2. Juli 1885 zum Ausdruck gebracht sind. Die Landesversammlung hält daher nach ihrer Resolution für geboten und den gegenwärtigen Augenblick für geeignet, daß nicht sofort zur Wahl eines neuen Regenten geschritten, vielmehr zunächst an zuständiger Stelle der Versuch gemacht werde, auf eine Beseitigung jener Gegensätze hinzuwirken.

Wir können nicht umhin, auch unsererseits anzuerkennen, daß die provisorische Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume schon jetzt nicht ohne

nachteiligen Einfluß auf die öffentlichen politischen Verhältnisse des Landes, namentlich auf die Parteibildungen in demselben gewesen sind. Wir können ferner die Befürchtung nicht abweisen, daß jener nachteilige Einfluß zum Schaden des Landes und insbesondere auch einer neuen Regentschaft sich verschärfen und erweitern würde, wenn jetzt ohne weiteres der Regentschaftsrat und die Landesversammlung in dem durch das Gesetz vom 16. Februar 1879 vorgeschriebenen Verfahren die Wahl eines neuen Regenten bewirkten, ohne zuvor alles, was ihnen nach der Landesverfassung und der Stellung des Herzogtums im und zum Reiche möglich, getan zu haben, um zu bewirken, daß auf dem Wege, den die Resolution, wie oben ausgeführt, im Auge hat, an die Stelle des Provisoriums ein Definitivum, d. h. die Übernahme der Regierung seitens des zur Thronfolge im Herzogtume nach der in der Landesverfassung beurkundeten Thronfolgeordnung berufenen Agnaten gesetzt werde.

Die Herzogliche Landesregierung ist nicht darüber im Zweifel — und dies kommt auch in der Resolution der Landesversammlung zum Ausdruck —, daß auf jenem Wege die endgültige Ordnung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume ausgeschlossen sein würde, wenn die Tatsachen, welche den Bundesrat nach dem Inhalt des von ihm unterm 2. Juli 1885 gefaßten Beschlusses bestimmt haben, die Überzeugung der Verbündeten Regierungen dahin auszusprechen, daß die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung nicht vereinbar sei, noch jetzt unverändert fortbestehen, und wenn deren Beseitigung zurzeit unüberwindliche Hindernisse sich entgegenstellen. In der Öffentlichkeit ist stets und bis in die neueste Zeit behauptet worden, daß jene Verhältnisse unverändert fortbeständen, daß insbesondere Seine Königliche Hoheit der Herzog von Cumberland die von ihm geltend gemachten Ansprüche auf Gebietsteile des Bundesstaates Preußen nicht ausdrücklich und zweifellos aufgegeben habe. Auch die Resolution der Landesversammlung geht von dieser Auffassung, welche der unsrigen entspricht, aus. In dem Augenblicke jedoch, wo das Herzogtum Braunschweig vor der Neuwahl eines Regenten steht, welche der Verlängerung des Provisoriums auf vermutlich lange Zeit gleichkommen würde, muß dem Herzogtume daran liegen, zunächst von zuständiger Stelle des Reiches eine Erklärung darüber zu erhalten, ob in der Tat die Tatsachen, welche in dem Bundesratsbeschlusse vom 2. Juli 1885 bekundet worden, auch im gegenwärtigen Augenblicke noch bestehen. Wird diese Frage bejaht, so knüpft sich daran für das Herzogtum die in der Resolution zum Ausdrucke gebrachte weitere und wichtigste Frage, ob angesichts der schwerwiegenden Interessen des Herzogtums, um welche es sich handelt, eine Beseitigung jener Tatsachen nicht möglich sei.

Das Herzogtum ist, seit es mit dem Tode des letzten Herzogs aus der älteren Linie des Hauses Braunschweig in die Lage gekommen, seine Regierungsverhältnisse auf Grund des Landesgesetzes vom 16. Februar 1879 zu regeln, stets, eingedenk seiner Pflichten gegen das Reich, bestrebt gewesen, die ihm aus seiner eigentümlichen Lage erwachsenden Aufgaben unter sorgfältiger Wahrung und Pflege des Reichsgedankens zu erfüllen. Dankbar hat das Herzogtum andererseits anzuerkennen, daß es stets auf solchem Wege die Unterstützung der Organe des Reichs gefunden hat. Die Herzogliche Landesregierung glaubt, sich daher auch in der gegenwärtigen ernsten Lage des Herzogtums vor allem an die

Hohe Reichsregierung wenden zu sollen. Euer Durchlaucht bitten wir zunächst ganz ergebenst um eine Mitteilung darüber, ob die Tatsachen, auf welche sich der Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885 stützt, noch jetzt unverändert fortbestehen. Wenn dies der Fall, so erlauben wir uns ferner, der Lage des Herzogtums Rechnung tragend, zu Euerer Durchlaucht geneigter Erwägung zu verstellen, ob sich den Organen des Reichs Mittel und Wege bieten würden, auf die Ausgleichung der Gegensätze, welche zwischen der Krone Preußen und dem Herzoge von Cumberland bestehen, hinzuwirken. Daran knüpfen wir endlich die ganz ergebenste Bitte, die Anwendung der sich etwa bietenden Mittel in der bezeichneten Richtung herbeizuführen und von dem Ergebnisse uns gütigst Kenntnis zu geben.

Dem Bundesrat wird schon indirekt Anlaß zu einer Stellungnahme zu der gegenwärtigen Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume gegeben sein, wenn es sich um die demnächst erforderliche Prüfung der Legitimation der Braunschw. Bundesratsbevollmächtigten handelt.

Bei der Prüfung der Angelegenheit haben wir nicht übersehen, daß die Behinderung Seiner Königlichen Hoheit des Herzogs von Cumberland an der Übernahme der Regierung des Herzogtums in dessen Verhältnis zum Bundesstaat Preußen seinen Grund hat, daß mithin, wenn es sich um Änderungen jenes Verhältnisses handeln würde, die Entschließungen der Hohen Königlich Preußischen Staatsregierung in Betracht kämen. Der Grund, welcher uns bestimmt hat, die Resolution der Landesversammlung zunächst der Hohen Reichsregierung zu unterbreiten, ist oben dargelegt. Wir haben aber nicht verfehlt, Abschriften der Resolution und dieses Schreibens dem Königlich Preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten mit einem Begleitschreiben zu geneigter Kenntnisnahme zu übermitteln. Es ist damit dem in der Resolution ausgesprochenen Ersuchen der Landesversammlung, die Angelegenheit auch der Königlich Preußischen Staatsregierung zu unterbreiten, entsprochen.

Wenn endlich noch in der Resolution beantragt worden, dieselbe Seiner Königlichen Hoheit dem Herzoge von Cumberland und zu Braunschweig und Lüneburg zu unterbreiten, so haben wir dem, wie wir Ew. Durchlaucht ganz ergebenst mitzuteilen nicht verfehlen, entsprochen, indem wir Abschrift der Resolution mit einem von allen weiteren sachlichen Erörterungen oder Anträgen absehenden Begleitschreiben an jene Adresse zur Kenntnisnahme abgesandt haben.

Braunschweig, den 25. September 1906.

Herzogl. Braunschw.-Lüneb. Staatsministerium.

(gez.) von Otto.

Hierauf antwortete der Reichskanzler (II.):

Homburg v. d. Höhe, den 3. Oktober 1906.

An

das Herzoglich Braunschweig-Lüneburgische Staatsministerium,

Braunschweig.

Dem Herzoglich Braunschweig.-Lüneburgischen Staatsministerium beehre ich mich auf das an mich als Reichskanzler gerichtete Schreiben

vom 25. d. Mts. zu erwidern, daß ich den Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885, durch welchen die Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig für nicht vereinbar erklärt worden ist mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung, für mich so lange als maßgebend behandeln muß, als derselbe nicht durch einen neuen Beschluß des Bundesrats aufgehoben oder abgeändert worden ist. Einen solchen aufhebenden oder abändernden Beschluß herbeizuführen, sehe ich mich nicht in der Lage.

Demgemäß habe ich die Möglichkeit einer Übernahme der Regierung von Braunschweig durch den Herzog von Cumberland unter der obwaltenden Sachlage außer Betracht zu lassen.

Es ergibt sich aus dem Vorstehenden, daß ich eine weitere Antwort auf die von dem Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgischen Staatsministerium an mich gestellten Fragen, welche die Möglichkeit einer Regierung des Herzogs von Cumberland in Braunschweig zur Voraussetzung haben, zurzeit nicht zu geben vermag. Die in dem Schreiben des Herzoglichen Staatsministeriums wie auch in der damit mitgeteilten Resolution des Braunschweigischen Landtags zum Ausdruck gebrachten reichstreuen Gesinnungen geben die Zuversicht, daß das Herzogliche Staatsministerium auch bei der ihm jetzt obliegenden Regelung der Verhältnisse im Herzogtum die allgemeinen Reichsinteressen im Auge behalten wird.

Der Reichskanzler.
(gez.) von Bülow.

An den preußischen Minister der auswärtigen Angelegenheiten schrieb das Braunschweig-Lüneburgische Staatsministerium:

Der nach dem Ableben Seiner Königlichen Hoheit des Prinzen Albrecht von Preußen rc., Regenten des Herzogtums Braunschweig auf Grund des Gesetzes vom 16. Februar 1879 Nr. 3, die provisorische Ordnung der Regierungsverhältnisse bei einer Thronerledigung betreffend, konstituierte Regentschaftsrat für das Herzogtum Braunschweig hat, der Vorschrift in Abs. 3 § 3 jenes Gesetzes gemäß, einen außerordentlichen Landtag einberufen. In dessen Sitzung vom heutigen Tage ist von der Landesversammlung einstimmig beschlossen, eine von der staatsrechtlichen Kommission der Versammlung im Entwurf vorgelegte, die weitere Gestaltung der Regierungsverhältnisse im Herzogtume betreffende Resolution an den Regentschaftsrat zu bringen.

Dem Königlich preußischen Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten verfehlen wir nicht, den Schlußanträgen der Resolution entsprechend, nach Anordnung des Regentschaftsrats, Abschriften

1. der den Verhandlungen der Landesversammlung entnommenen Resolution,
2. des Schreibens vom heutigen Tage, mit welchem die Resolution dem Herrn Reichskanzler unterbreitet worden,

zu geneigter Kenntnisnahme ganz ergebenst zu übersenden.

Braunschweig, den 25. September 1906.

Herzoglich Braunschw.-Lüneb. Staatsministerium.
(gez.) von Otto.

Die Antwort des preußischen Ministers des Auswärtigen auf dieses Schreiben lautete (L):

Homburg v. d. H., den 3. Oktober 1906.

An
Herzoglich Braunschw. Lüneb. Staatsministerium,
Braunschweig.

Dem Herzoglich Braunschweigisch-Lüneburgischen Staatsministerium beehre ich mich auf das an das Königliche Ministerium der auswärtigen Angelegenheiten gerichtete Schreiben vom 25. v. Mts. mitzuteilen, daß die in dem Bundesratsbeschluß vom 2. Juli 1885 aufgeführten Gründe, aus denen damals die Regierung des Herzogs von Cumberland für nicht vereinbar erklärt worden ist mit den Grundprinzipien der Bündnisverträge und der Reichsverfassung, nach der Überzeugung der Königlichen Staatsregierung noch heute Geltung haben. In dem durch den früheren Beschluß gekennzeichneten Verhältnis des Herzogs zu Preußen ist eine entscheidende Änderung nicht eingetreten. Auch bestehen noch immer, und zwar unter mindestens stillschweigender Duldung des Herzogs, welfische Bestrebungen, die sich in ihrem Endziel auf die preußische Provinz Hannover erstrecken. Es kann Preußen nicht zugemutet werden, daß es in dem benachbarten Bundesstaat eine welfische Regierung dulde, durch die der preußische, unter dem Schutze der Reichsverfassung stehende Besitzstand gefährdet werden würde.

Die Königliche Staatsregierung würde hiernach einem etwaigen Antrag auf Aufhebung oder Abänderung des Bundesratsbeschlusses vom 2. Juli 1885 ihre Zustimmung versagen müssen. Sie glaubt auch zurzeit nicht in der Lage zu sein, ihrerseits Schritte zu unternehmen, um eine Änderung des in dem Bundesratsbeschluß gekennzeichneten Verhältnisses des Herzogs zu Preußen herbeizuführen.

Der Königlich Preußische Minister der auswärtigen Angelegenheiten.
(gez.) von Bülow.

Der Herzog von Cumberland schrieb an den Reichskanzler:

Euerer Durchlaucht beehre ich mich Abschrift des Schreibens, welches ich an des Deutschen Kaisers und Königs von Preußen Majestät wegen der Übernahme der Regierung des Herzogtums Braunschweig gerichtet habe, zur geneigten Kenntnis hierüber zu übersenden und Euere Durchlaucht als Vorsitzenden des Bundesrates zu bitten, von dem Inhalte des Schreibens dem Bundesrate Mitteilung machen zu wollen, sobald Euere Durchlaucht dies für angezeigt halten. Indem ich die freundliche Bitte ausspreche, daß Euere Durchlaucht der Verwirklichung meines in dem Handschreiben Seiner Majestät unterbreiteten Vorschlages geneigte Unterstützung angedeihen lassen wollen, verbleibe ich

mit vollkommener Hochachtung Euerer Durchlaucht ergebenster

(gez.) Ernst August.

Gmunden, den 2. Oktober.

Die Antwort des Reichskanzlers an den Herzog von Cumberland lautete (LI):

Homburg v. d. Höhe, den 7. Oktober 1906.

Seiner Königlichen Hoheit dem Prinzen Ernst August
von Großbritannien und Irland, Herzog von Cumberland.

Eurer Königlichen Hoheit beehre ich mich mit untertänigstem Dank den Empfang des gnädigen Schreibens vom 2. dieses Monats zu bestätigen, mit welchem Eure Königliche Hoheit mir eine Abschrift des von Ihnen an Seine Majestät den Kaiser und König wegen der Regierung im Herzogtum Braunschweig gerichteten Schreibens zur Kenntnis übersandt haben. Was Eurer Königlichen Hoheit Wunsch nach Mitteilung dieses Schreibens an den Bundesrat betrifft, so muß ich mir die Entschließung darüber vorbehalten. Dagegen sehe ich mich zu meinem Bedauern außerstande, die gewünschte Unterstützung des von Eurer Königlichen Hoheit Seiner Majestät dem Kaiser unterbreiteten Vorschlages zuzusagen. Die Gesichtspunkte, nach welchen ich als Reichskanzler, wie als preußischer Minister des Auswärtigen pflichtmäßig die braunschweigische Frage zu behandeln habe, sind in zwei in dieser Eigenschaft von mir mit Genehmigung Seiner Majestät des Kaisers an die herzoglich braunschweigische Regierung gerichteten, inzwischen der Öffentlichkeit übergebenen Schreiben dargelegt. Von dem in diesen Schreiben angenommenen Standpunkte aus glaube ich in Euerer Königlichen Hoheit Vorschlag eine für das Reichsinteresse annehmbare Lösung nicht erblicken zu können. Mit dem Ausdrucke der ehrerbietigsten Gesinnung verharre

als Euerer Königlichen Hoheit untertänigster

(gez.) Fürst von Bülow, Reichskanzler.

LII. Der Silvesterbrief.

Der Reichskanzler Fürst von Bülow hat an den Vorstand des Reichsverbandes gegen die Sozialdemokratie zu Händen des Generalleutnants von Liebert nachfolgendes Schreiben gerichtet:

Berlin, Silvester 1906.

In dem Schreiben des Reichsverbandes zur Bekämpfung der Sozialdemokratie vom 18. Dezember d. J. ist mir nahegelegt worden, vor der Reichstagswahl noch eine aufklärende Kundgebung zu erlassen. Ich komme dieser Anregung gerne nach und bitte, für die öffentliche Verbreitung dieser Antwort Sorge zu tragen.

Die parlamentarische Lage, die ich bei meinem Amtsantritt vorfand, war nicht wesentlich verschieden von der im letzten Reichstage: die bürgerliche Linke in drei, vier Gruppen gespalten; die Rechte einiger zwar, aber an Zahl ebenso schwach, wie die Liberalen zusammen; in der Mitte die stärkste Partei, das Zentrum, schon damals nahezu imstande, entweder nebst Polen, Welfen usw. mit den Sozialdemokraten oder mit den Konservativen und dem rechten Flügel der Liberalen eine Mehrheit zu bilden. Eine andere Möglichkeit, als mit dem Zentrum die Geschäfte zu erledigen, gab es, namentlich seit den Wahlen von 1903, nicht.

Der Reichskanzler war auf die Mitarbeit dieser Partei angewiesen; er mußte versuchen, ihre Zustimmung zu den im Interesse des Landes notwendigen wirtschaftlichen und nationalen Vorlagen zu erlangen. Daß er dem Zentrum zuliebe staatliche Hoheitsrechte preisgegeben oder sich in religiösen und kulturellen Fragen schwach gezeigt habe, bestreite ich. Jedenfalls darf nicht vergessen werden, daß die wichtigsten Aufgaben, die Verstärkung der Seewehr, die Handelsverträge, die Finanzreform, nur mit Hilfe des Zentrums zu lösen waren und gelöst worden sind.

Ich habe diesen Zustand der Abhängigkeit der parlamentarischen Ergebnisse von dem guten Willen einer Partei in dem vielgestaltigen deutschen Parteigetriebe immer als nicht unbedenklich empfunden. Ihn zu ändern hatte ich so lange keinen Grund, als das Zentrum sich bereit zeigte, mit den Verbündeten Regierungen positive Arbeit zu leisten, und der Versuchung, seine parlamentarische Stärke zu mißbrauchen, nicht nachgab.

Aber bereits im Frühjahr des abgelaufenen Jahres wurden drei dringend nötige Forderungen: die Eisenbahn nach Keetmanshoop, die Entschädigung der Farmer, die Errichtung eines Kolonialamtes durch eine

29*

von Zentrum und Sozialdemokratie geführte Oppositionsmehrheit verworfen. Damals konnte ich, von schwerer Krankheit noch nicht erholt, nicht eingreifen. Aber es reifte in mir der Entschluß, jedem neuen Versuch solcher Machtproben bei ernsten und wichtigen Angelegenheiten des Reiches mit aller Kraft entgegenzutreten. Neben der dann notwendigen Wahrung der Autorität der Regierung und ihrer Stellung über den Parteien schien mir auch ein gewisser Wandel in den doktrinären Anschauungen der Vertreter des liberalen Bürgertums und der steigende Widerwille gegen das sozialdemokratische Treiben die Hoffnung zu rechtfertigen, daß eine Änderung der parlamentarischen Lage durch das deutsche Volk selbst möglich sei.

In Deutschland gibt es keine einheitliche liberale Partei, die den klaren Willen und die Fähigkeit gezeigt hätte, positive Politik zu machen. Es ist jetzt nicht der Augenblick, Fehler, die begangen, Gelegenheiten, die versäumt worden sind, nachzurechnen. Jedenfalls haben es innere Uneinigkeit, negativer Doktrinarismus, Übertreibung der Prinzipien und Unterschätzung des praktisch Erreichbaren nicht zu dem vom Liberalismus erstrebten Einfluß auf die Regierungsgeschäfte kommen lassen. Erst im letzten Jahrzehnt hat sich darin manches geändert. Ich denke an Eugen Richters Kampf gegen die Sozialdemokratie, an die fortschreitende Überwindung der Manchester-Doktrin, vor allem an das wachsende Verständnis für große nationale Fragen. Manches wird noch zu lernen sein: Maßhalten, richtiges Augenmaß und Blick in die Nähe, Sinn für historische Kontinuität und reale Bedürfnisse.

Ich glaube nun keineswegs, daß aus den Wahlen eine große geeinigte liberale Partei hervorgehen und etwa den Platz des Zentrums einnehmen könnte. Wohl aber könnten die Parteien der Rechten, die nationalliberale Partei und die weiter links stehenden freisinnigen Gruppen bei zielbewußtem Vorgehen im Wahlkampf so viel Boden gewinnen, um eine Mehrheit von Fall zu Fall zu bilden. Den starken Gegensatz, der bisher zwischen den Parteien der Rechten und denen der bürgerlichen Linken in wirtschaftlichen Fragen bestanden hat, halte ich für kein unüberwindliches Hindernis. Der unbedingt notwendige Schutz der Landwirtschaft ist in den neuen Handelsverträgen auf ein Jahrzehnt hinaus gesichert, und mancher freisinnige Mann hat schon unter vier Augen zugegeben, daß sie auch für die städtischen Interessen nicht ungünstig gewirkt haben. Jedenfalls müssen die Gegner der Handelsverträge anerkennen, daß sich Handel und Industrie fortdauernden Aufschwungs erfreuen.

Andererseits führt bereits eine gute Brücke über das trennende Wasser. Die konservativen Parteien und die nationalliberale sind in allen großen Fragen, wo es sich um Wohl und Wehe der Nation, ihre Einheit, ihre Machtstellung handelte, zuverlässig gewesen. Die Nation ging ihnen über die Partei. Das ist ihr Ruhm, den werden sie behaupten. Je mehr auf der Linken die Bereitschaft zur Befriedigung der großen nationalen Bedürfnisse für den Kolonialbesitz, für Heer und Flotte zunimmt, um so breiter und fester kann die Brücke werden, und wohl würden sich auch die nationalgesinnten Elemente, die im Zentrum vorhanden sind, mit allen anderen bürgerlichen Parteien in solchen Fragen leichter zusammenfinden, wenn mit dem Wegfall der Möglichkeit einer schwarzroten Majorität der Fraktionsegoismus des Zentrums der Handhabe beraubt wäre, sich rücksichtslos gegen die Regierung geltend zu machen.

Die bedenklichste Folge davon, daß sich das Zentrum der sozialdemokratischen Stimmen zur Bildung eines oppositionellen Blockes bedienen konnte, war die Bedeutung, die dadurch die Sozialdemokratie selbst im verflossenen Reichstage erlangte. Da bietet sich ein weiteres hochwichtiges Feld gemeinsamer Sorgen und Arbeit aller nationalen Elemente. Entgegen der leider in einigen liberalen Köpfen noch herrschenden Idee, daß die Reaktion im Reiche von rechts drohe und Seite an Seite mit der Sozialdemokratie zu bekämpfen sei, liegt nach meiner festen Überzeugung die wahre Reaktion oder die wahre Gefahr der Reaktion bei der Sozialdemokratie. Nicht nur sind ihre kommunistischen Zukunftsträume kulturfeindlich, die Mittel zu ihrer Verwirklichung brutaler Zwang — alles, was sich etwa irgendwo in Deutschland in reaktionärer Gesinnung findet, gewinnt Kraft und Recht durch die sozialistische Unterwühlung der Begriffe von Obrigkeit, Eigentum, Religion und Vaterland. Auf den wildgewordenen Spießbürger und phrasentrunkenen Gleichmacher Robespierre folgte der Degen Bonapartes. Er mußte kommen, um das französische Volk von der Schreckensherrschaft der Jakobiner und Kommunisten zu befreien.

Als nun das Zentrum sogar bei einer Angelegenheit, die die deutsche Waffenehre und unser Ansehen vor der Welt berührte, und unmittelbar nach der freimütigen Aussprache über unerträgliche Einmischungen in den inneren Kolonialdienst eigenwillig den Verbündeten Regierungen eine unannehmbare Klausel aufzunötigen suchte, und als es dann mit Hilfe der Sozialdemokratie einen sachgemäßen freisinnigen Antrag niederstimmte, mußte von dem verfassungsmäßigen Mittel zur

Wahrung der Autorität der Regierung Gebrauch gemacht und der Reichstag aufgelöst werden. Die Abstimmung vom 13. Dezember war ein Schlag gegen die Verbündeten Regierungen und die nationale Würde. Ich arbeite mit jeder Partei, welche die großen nationalen Gesichtspunkte achtet. Wo diese Gesichtspunkte mißachtet werden, hört die Freundschaft auf. Niemand in Deutschland will ein persönliches Regiment. Die große Mehrheit des deutschen Volkes will aber erst recht kein Parteiregiment. Es ist deutsche Eigenart, deutsches Schicksal, daß wir unsere politische Stellung bis zur Stunde der Gefahr lieber nach Gefühlen und allgemeinen Begriffen als nach realen Interessen und nationalen Zielen nehmen. Obgleich es für Kaiser und Bundesfürsten nicht Katholiken und Protestanten, sondern nur schlechtweg Deutsche gibt, die den gleichmäßigen Schutz der Gesetze genießen, besteht doch die stärkste Partei im Reichstag ausschließlich aus Katholiken. „Für Wahrheit, Freiheit und Recht" steht im Programm des Zentrums. Ist es aber wahr, wenn es in dem Aufruf der rheinischen Zentrumspartei heißt, im Hintergrund lauere ein neuer Kulturkampf? Im paritätischen Deutschland geht es der katholischen Kirche wohler als in manchen katholischen Ländern, und kein Vertreter der Verbündeten Regierungen denkt daran, die Parität aufzuheben, die Gewissensfreiheit zu verletzen und die katholische Religion zu bedrängen. In jener Behauptung dient die Religion nur als Mittel zum Schutze politischer Fraktions-Interessen. Obgleich es ferner keinen Staat gibt, der mehr für Gegenwart und Zukunft der Arbeiter, für ihre materiellen und geistigen Bedürfnisse getan hätte, als das Deutsche Reich, obgleich die deutschen Arbeiter die bestgebildeten der Welt sind, halten doch Millionen bewußt oder als Mitläufer zu einer Partei, die den Staat und die Gesellschaft von Grund aus umwälzen will.

Von solchem Druck muß das deutsche Volk sich freimachen. Der liberale Städter und Landmann ist daran nicht weniger beteiligt als der konservative. Mögen die Verhältnisse in den einzelnen Wahlkreisen noch so große Verschiedenheiten aufweisen, die Parteien, die am 13. Dezember an der Seite der Regierung standen, werden von vornherein im Auge zu behalten haben, was sie damals einigte: *Der Kampf für Ehr' und Gut der Nation gegen Sozialdemokraten, Polen, Welfen und Zentrum.* Ich stelle die Sozialdemokraten voran, weil jede Niederlage der Sozialdemokratie eine Warnung für ihren blinden Übermut, eine Stärkung des Vertrauens in den ruhigen Fortschritt unserer inneren Entwicklung und eine Befestigung unserer Stellung

nach außen wäre, und weil dadurch zugleich die Möglichkeit erschwert würde, daß eine bürgerliche Partei mit Hilfe der sozialdemokratischen eine dominierende Stellung gegen die anderen bürgerlichen Parteien einnimmt.

Der Reichskanzler
Bülow.

An
den Vorstand des Reichsverbandes gegen
die Sozialdemokratie
zu Händen des Herrn Generalleutnant von Liebert
Exzellenz,
Berlin.

Register.

B.

C.

D.

E.

F.

G.

H.

J.

J (j).

K.

L.

M.

N.

O.

P.

Q.

R.

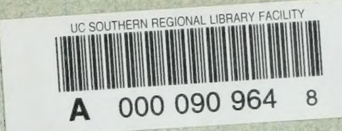
S.

T.

U.

V.

W.



University of California
SOUTHERN REGIONAL LIBRARY FACILITY
Return this material to the library
from which it was borrowed.

MAY 17 1988
MAY 24 1988
JAN 21 1991
APR 13 1992

Verlag von Georg Reimer in Berlin W. 35

Carl Schurz, Lebenserinnerungen

Band I. Bis zum Jahre 1852. Mit einem Porträt Schurz und Kinkel

Preis geheftet M. 7.—, gebunden M. 8.—

Ludwig Bamberger, Erinnerungen

Herausgegeben von Paul Nathan. Mit einem Porträt Bambergers

Preis geheftet M. 7.50, in Leinen gebunden M. 8.50, in Halbfranz gebunden M. 9.50

Heinrich Hilgard-Villard Lebenserinnerungen

Ein Bürger zweier Welten (1835—1900)

Preis geheftet M. 10.—, gebunden M. 11.50

Gustav von Mevissen

Ein rheinisches Lebensbild 1815—1899 von Joseph Hansen. 2 Bände mit 3 Porträts

Preis geheftet M. 20.—, in 2 Halbfranzbände gebunden M. 25.—

Moritz Lazarus, Lebenserinnerungen

Bearbeitet von Nahida Lazarus und Alfred Leicht. Mit einem Porträt Lazarus

Preis geheftet M. 12.—, in Halbfranz gebunden M. 14.—

Graf Alexander Keyserling

Ein Lebensbild aus seinen Briefen und Tagebüchern zusammengestellt von seiner Tochter Freifrau Helene von Taube von der Issen. 2 Bände mit 2 Porträts und 5 Abbildungen

Preis geheftet M. 20.—, in 2 Halbfranzbände gebunden M. 24.—